

200

Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, an das Auswärtige Amt**VS-NfD****Fernschreiben Nr. 2184****Aufgabe: 6. Juli 1987, 23.20 Uhr¹****Ankunft: 6. Juli 1987, 21.56 Uhr**

Betr.: Staatsbesuch des Bundespräsidenten in SU²;
hier: Gespräch mit Gromyko am 6.7., 15.00 Uhr

Zur Unterrichtung

Am Gespräch des Herrn Bundespräsidenten mit dem Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets, Herrn Gromyko, am ersten Tag des Staatsbesuches (6.7.) von 15.00 bis 17.20 Uhr nahmen auf deutscher Seite noch BM und ich, auf sowjetischer Seite AM Schewardnadse und Botschafter Kwizinskij teil (außerdem je ein Dolmetscher). Das – ursprünglich auf nur ca. 1 1/2 Stunden angesetzt – Gespräch verlief in sachlicher und aufgeschlossener Atmosphäre. Thematisch war es, Gromykos Vorschlag folgend, einerseits der Sicherheitspolitik, andererseits der Entwicklung der Beziehungen auf der Grundlage des Moskauer Vertrages³ gewidmet.

1) Fragen der Sicherheitspolitik nahmen entsprechend dem starken diesbezüglichen sowjetischen Interesse breiten Raum ein.

Bundespräsident sah, einleitend, in diesem Jahr Möglichkeit wichtiger Vereinbarungen („historischer Moment“). Konkrete Vereinbarungen seien, so Bundespräsident, um so effektiver, je mehr sie in eine langfristige Perspektive eingebettet werden. Ergebnis im Mittelstreckenbereich (Liquidierung ganzer Kategorie von Waffen) werde in Bonn volle Unterstützung finden. Bundespräsident schlug dann die Brücke zum konventionellen Bereich und unterstrich als übergreifende Erkenntnis, daß Überlegenheiten ihren Sinn verloren haben und Kriege nicht mehr geführt werden können. Nur das zur Erhaltung des eigenen Sicherheitsbedürfnisses Erforderliche könne zugestanden werden. In Perspektive bis 2000 sah er angesichts Interdependenz im Sicherheitsbereich einerseits Notwendigkeit zunehmender Kooperationsbereitschaft, einschließlich Weltraumfragen, andererseits Erfordernis, Einigung über Verteidigungsfähigkeit ohne Angriffsfähigkeit mit Ausschluß von Überraschungsakten, um Vertrauen zu schaffen. Der Bundespräsident unterstrich, daß Vertrauen nicht nur durch militärische Sicherheit – die während der letzten Jahrzehnte „Monopolstellung“

¹ Das Fernschreiben wurde von Botschaftsrat I. Klasse Haak, Moskau, konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat Libal am 7. Juli 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Heyken „n[ach] R[ückkehr]“ sowie an Vortragenden Legationsrat Weiß, Legationsrat I. Klasse Grunenberg und Legationssekretär Lucas verfügte.

Hat Heyken am 7. Juli 1987 vorgelegen.

Hat Weiß vorgelegen.

Hat Grunenberg und Lucas am 9. Juli 1987 vorgelegen.

² Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker, der von Bundesminister Genscher begleitet wurde, besuchte die UdSSR vom 6. bis 11. Juli 1987. Vgl. dazu auch Dok. 203, Dok. 204, Dok. 206 und Dok. 212.

³ Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, II, Dok. 387 und Dok. 388.

in der West-Ost-Politik eingenommen habe –, sondern durch Zusammenarbeit (KSZE zweiter Korb⁴) zu schaffen sei. Gromykos Ausführungen waren sehr stark auf die Nuklearwaffen konzentriert: „Es gebe kein wichtigeres Thema als die Sicherheit.“ Unter Bezugnahme auf Programm des GS vom 15.1.86 zur völligen Abschaffung der Kernwaffen⁵, wobei man mit Teillösungen beginnen müsse, wie es in Genf⁶ und Reykjavik⁷ begonnen worden sei.⁸

Zu LRINF/SRINF beschränkte sich G. auf allgemeine Erwägungen: Nachdem sowjetische Seite ursprüngliche westliche Vorstellungen aufgenommen habe, kämen „jetzt lauter Überlegungen, die bremsen“. Gewicht der BR Deutschland sei größer, als wir es wohl selbst einschätzten. Wir könnten mehr tun, einschließlich politischer Beeinflussung unserer Verbündeten – wobei klar war, daß er die USA meinte. „Wenn Sie mit dem Bild vom gemeinsamen Haus⁹ einverstanden sind, dann haben Sie auch das Recht, entsprechenden Einfluß auszuüben.“ Europa könne nicht nur von außerhalb Europas bestimmt werden: Denn es habe seine spezifischen Probleme und Interessen. Sicher gebe es kein Gebiet in der Welt, wo so viele Vernichtungswaffen stationiert seien. Er forderte Verurteilung der „bösen Konzeption“ der Abschreckung durch alle Europäer.

Bundespräsident wies darauf hin, daß wir keine A-Waffen haben¹⁰, aber am meisten von Kernwaffen bedroht sind. Wir hätten deshalb kein wichtigeres Interesse als Reduzierung bzw. Beseitigung der Kernwaffen und nähmen auch durchaus unseren Einfluß wahr – auch in solchen Gesprächen wie dem heutigen (wenn auch unser Einfluß nicht so groß sei wie derjenige, den SU auf ihre Verbündeten ausüben könne). Bundespräsident unterstrich unsere Bemühungen um Einflußnahme insbesondere dort, wo die Europäer unabhängig von Bündnissen gemeinsame Interessen haben. Das Bild vom „gemeinsamen Haus Europa“ nahm er auf und plädierte für Hausordnung, nach der alle gleiche Sicherheit und Zugang zueinander haben, weil der Wohlstand des einen vom Wohlstand der anderen

⁴ Für den Wortlaut des Abschnitts „Zusammenarbeit in den Bereichen der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Technik sowie der Umwelt“ (Korb II) der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 925–944.

⁵ Am 15. Januar 1986 unterbreitete der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, Vorschläge zur Abrüstung und Rüstungskontrolle. Für den Wortlaut der Erklärung vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 3, S. 146–159. Vgl. dazu ferner AAPD 1986, I, Dok. 16 und Dok. 19.

⁶ Präsident Reagan und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, trafen vom 19. bis 21. November 1985 in Genf zusammen. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 317 und Dok. 319. Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung über das Treffen vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN Bd. 86 (1986), Heft 2106, S. 7–10. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 687–690.

⁷ Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 vgl. AAPD 1986, II, Dok. 282 und Dok. 284–286.

⁸ So in der Vorlage.

⁹ Zur Vorstellung des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, daß Europa ein „gemeinsames Haus“ sei, vgl. Dok. 43, Anm. 11.

¹⁰ Die Bundesrepublik verzichtete in einer auf der Londoner Neun-Mächte-Konferenz vom 28. September bis 3. Oktober 1954 von Bundeskanzler Adenauer abgegebenen Erklärung auf die Herstellung von atomaren, biologischen und chemischen Waffen auf eigenem Territorium. Diese Erklärung wurde Bestandteil der Anlage I zum Protokoll Nr. III über die Rüstungskontrolle des WEU-Vertrags vom 23. Oktober 1954. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 269.

Mit der Unterzeichnung des Nichtverbreitungsvertrags vom 1. Juli 1968 verzichtete die Bundesrepublik am 28. November 1969 auf die Herstellung, den Erwerb und den Besitz von Nuklearwaffen. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 785–793.

abhängen und es darauf ankomme, daß die Bewohner Vertrauen zueinander entwickeln.

Bundespräsident unterstrich die Notwendigkeit, „Sprache der Abschreckung“ zu überwinden und vom Nicht-Krieg der Abschreckung zum wahren Frieden durch Vertrauen zu gelangen. Über die Unmenschlichkeit der A-Waffen bestehe Einigkeit. Bei den konventionellen Rüstungen müsse ehrliche Balance angestrebt und Weg dazu durch breite Zusammenarbeit geebnet werden. Wenn dies zu Änderung strategischer Vorstellungen führe – warum nicht? Wenn die Bündnisse darüber reden wollten, so sollten sie dies tun: Auch bilaterale Kontakte könnten hierzu beitragen.

Unsere Haltung zu SDI (Beteiligung deutscher Firmen) bezeichnete G. als „negatives Element unserer Politik, das bei anderen Schule machen könne“. Sowjets wüßten nicht, ob dies unser letztes Wort sei; vielleicht sei Korrektur noch möglich.

Bundespräsident wies darauf hin, daß, wenn er dies richtig einschätze, die USA ihre Erwartung an SDI relativiert hätten. Er unterstrich, daß wir mit den USA in guter Bündnispartnerschaft leben und der Kreml nicht der Ort sei, über die USA Beschwerde zu führen. Bundespräsident betonte bei ABM Notwendigkeit strikter Einhaltung und einvernehmlicher Lösung von Auslegungsfragen.¹¹ Kooperationsbereitschaft der USA bei der Weltraumforschung solle beim Wort genommen werden. Bundespräsident stellte fest, daß, obwohl ohne Vereinbarung, Reykjavik Perspektiven aufgezeigt habe, die vor drei Jahren noch unvorstellbar. Die ganz überwiegende Mehrheit unseres Volkes sei dafür, daß die skizzierten Vereinbarungen zu Verträgen würden.

G. wandte sich gegen Teilung von Ergebnissen der Weltraumforschung. Zur konventionellen Abrüstung verwies er auf Budapester Vorschläge¹² und letzte WP-Vorschläge zu Militärdoktrin¹³, auf die man noch keine Antwort habe. Er erinnerte daran, daß WP seinerzeit (in den 50er Jahren) sogar Eintritt in die NATO vorgeschlagen habe¹⁴, aber nie Antwort bekommen habe. Bundespräsident plädierte demgegenüber dafür, letztere Frage der Geschichte zu überlassen. Fragen der Strategie dagegen könnten vielleicht auch bilateral – ohne Vereinbarung – behandelt werden. Hier hätten auch die Soldaten einander Nützliches zu sagen.

Frage der Verifikation wurde von G. kurz unter Hervorhebung neuerer Entwicklungen der sowjetischen Position ohne Vertiefung angesprochen. Bundespräsident

¹¹ Zur Frage der „engen“ oder „weiten“ Interpretation des ABM-Vertrags vgl. Dok. 24.

¹² Zur Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts am 10./11. Juni 1986 vgl. Dok. 44, Anm. 10.

¹³ Am 28./29. Mai 1987 fand in Ost-Berlin die Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts statt. Für den Wortlaut des Kommuniqués und der Erklärung über Militärdoktrinen vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 385–394.

¹⁴ Am 31. März 1954 schlug die UdSSR den drei Westmächten in einer Note vor, „ein auf den gemeinsamen Bemühungen aller europäischen Staaten beruhendes Sicherheitssystem“ zu schaffen: „Es ist vollkommen klar, daß die ‚Organisation des Nordatlantikpakts‘ unter entsprechenden Bedingungen ihren aggressiven Charakter verlieren könnte, wenn alle Großmächte, die zur Antihitlerkoalition gehörten, an ihr teilnehmen würden. Geleitet von den unabänderlichen Prinzipien ihrer friedlichen Außenpolitik und im Bestreben, die Spannungen in den internationalen Beziehungen zu mildern, erklärt sich die Sowjetregierung daher bereit, gemeinsam mit den interessierten Regierungen die Frage der Beteiligung der Sowjetunion am Nordatlantikpakt zu erörtern.“ Vgl. EUROPA-ARCHIV 1954, S. 6533 f.

wies auf technische Schwierigkeiten hin und sprach Hoffnung aus, daß an der Verifikationsfrage Abschlüsse nicht scheitern sollten.

2) Bilaterale Beziehungen

Bundespräsident sprach sich für Entwicklung auf Grundlage des Moskauer Vertrages, insbesondere auf Gebieten der Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und im humanitären Bereich, aus. Wegen Erörterung im einzelnen verwies er auf das Delegationsgespräch am kommenden Mittwoch.¹⁵ Im wirtschaftlichen Bereich wies Bundespräsident darauf hin, daß wir die von den Sowjets begonnenen Maßnahmen zwar nicht kommentieren, aber ihre positive Tendenz mit großer Aufmerksamkeit beobachten. Kooperationsabsichten könnten Reformen nicht ersetzen, wohl aber ergänzen. Bundespräsident sprach sich für verstärkten Austausch im Erziehungs- und Bildungsbereich aus. Auf wissenschaftlichem Gebiet sei die Zusammenarbeit auf theoretischen Feldern bereits gut, bei der angewandten Wissenschaft sei sie noch ausbaufähig.

G. steuerte rasch auf das territoriale Element des Moskauer Vertrages hin, nachdem er zunächst für Kooperation zwischen den beiden europäischen Staaten ohne Rücksicht auf Unterschiede plädiert hatte und dabei auch an Rapallo¹⁶ erinnerte, das ein Beispiel für gute deutsch-sowjetische Beziehungen war wie der Moskauer Vertrag. Jedenfalls habe der deutsch-sowjetische Vertrag von 1970 große historische Bedeutung prinzipiellen Charakters. Der Vertrag sei wertvoller als mancher Friedensvertrag, er „lebt“. Festhalten am Vertrag sei Grundlage der Entwicklung der Beziehungen zu Normalität und freundschaftlichen Beziehungen.

Es wurde deutlich, daß es ihm sehr stark auf das territoriale Element ankam, das er als eine elementare Grundlage unserer Beziehungen bezeichnete. Wer, so G., „leichtfertig“ an diese Frage herangehe, habe „keine Ahnung von Politik oder böse Absichten“. SU wolle gute Beziehungen zur „BRD“ wie auch Frieden in Europa. G. erklärte, er wäre auf diesen Punkt vielleicht nicht eingegangen, wenn nicht bei uns diesbezügliche Stimmen laut geworden seien.

Bundespräsident teilte G.s Auffassung, daß Moskauer Vertrag Grundlage der Beziehungen bleibt, von der beide Seiten auszugehen haben. Entwicklung der Beziehungen zur SU stehe im Zentrum unserer Politik. Bundespräsident wies darauf hin, daß zwischen Rapallo und dem Moskauer Vertrag ein schlimmes Kapitel unserer Geschichte lag. Der Moskauer Vertrag habe neue Möglichkeiten geschaffen, die Beziehungen mit Leben zu erfüllen. Bundespräsident bezeichnete es als selbstverständlich, daß wir die Grenzen in Europa als unverletzlich betrachten, plädierte aber dafür, sie durchlässiger zu machen. Daß die Deutschen in zwei Staaten lebten, sei eine Tatsache, ändere aber nichts an dem Gefühl, einer Nation anzugehören. Die Menschen in beiden deutschen Staaten könnten von einer Klimaverbesserung in Europa nur profitieren. Bundespräsident konzedierte, daß den Sowjets nicht alles gefalle, was sie in unseren Zeitungen lesen. Er verteidigte das Recht unserer Presse, auch das zu schreiben, was nicht gefällt.

¹⁵ Am 8. Juli 1987 führte Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker in Moskau ein zweites Gespräch mit dem Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets, Gromyko. Vgl. dazu Dok. 212, Anm. 24.

¹⁶ Für den Wortlaut des Vertrags vom 16. April 1922 zwischen dem Deutschen Reich und der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (Vertrag von Rapallo) vgl. REICHSGESETZBLATT 1922, Teil II, S. 677 f.

Abschließend betonte Bundespräsident, daß Bundesregierung fest auf der Grundlage des Moskauer Vertrages steht, und richtete Grüße des BK aus. Er lud Gromyko zu einem Besuch in die BR Deutschland ein, bei dem sich dieser über die Grundhaltung unserer Bevölkerung zu den Beziehungen überzeugen könne. G. betonte große Bedeutung, die die SU dem Besuch und auch der Teilnahme von BM Genscher beimesse. Es sei der Wille der sowjetischen Seite, daß dieser Besuch positiv eingeschätzt wird. Er erwiderte die Grüße des BK, wobei er an die ausführlichen Gespräche erinnerte, die er mit dem BK geführt habe.¹⁷

[gez.] Meyer-Landrut

Referat 213, Bd. 147123

201

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Duarte

7. Juli 1987¹

Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem Präsidenten der Republik El Salvador, Herrn José Napoleon Duarte, am 7. Juli 1987²

Teilnehmer auf deutscher Seite: der Herr Bundeskanzler, Frau Lehnhardt als Dolmetscherin, VLR I Dr. Hartmann als Note-taker.

Teilnehmer auf salvadorianischer Seite: Präsident José Napoleon Duarte, Außenminister Dr. Ricardo Acevedo Peralta, Major David Munguía Payés.

Beim Mittagessen (ab 13.30 Uhr) ferner auf deutscher Seite anwesend: Staatssekretär Jürgen Ruhfus, Botschafter Guido Heymer.

Der *Bundeskanzler* heißt Präsident Duarte in Bonn sehr herzlich willkommen.

¹⁷ Vgl. das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 18. Januar 1983; AAPD 1983, I, Dok. 10.

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hartmann, Bundeskanzleramt, am 8. Juli 1987 gefertigt und am folgenden Tag von Ministerialdirektor Teltschik über Bundesminister Schäuble, beide Bundeskanzleramt, an Bundeskanzler Kohl geleitet.

Hat Schäuble am 9. Juli 1987 vorgelegen.

Hat Kohl vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Teltschik.“

Hat Ministerialrat Freiherr Leuckart von Weißdorf, Bundeskanzleramt, am 13. Juli 1987 vorgelegen.

² Präsident Duarte hielt sich vom 5. bis 12. Juli 1987 in der Bundesrepublik auf. Vortragender Legationsrat I. Klasse von Jagow informierte am 14. Juli 1987: „Präs[ident] Duarte führte Gespräche mit BK, BM Genscher, BM Klein und StM Schäfer. Bei der CDU sprach er mit GS Geißler, bei der SPD mit MdB Wischniewski. Vor und nach dem offiziellen Teil wurde er von der KAS betreut. In München traf er mit MP Strauß zusammen, der als B[undes]RatsPräs[ident] den abwesenden B[undes]Präs[identen] vertrat. [...] In Gymnich wurden am 6.7. im Rahmen bereits zugesagter FZ zwei ausführende Abkommen unterzeichnet (Warenhilfe 40 Mio. DM, Telefonprojekt 13 Mio.). Zusätzlich erhielt ELS für Medikamente 1,2 Mio. DM.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 5551; Referat 331, Bd. 136339.

Präsident *Duarte* dankt für die Einladung und die Unterstützung, die die Bundesregierung und der Bundeskanzler persönlich El Salvador gewähren.³

Präsident Duarte erläutert sodann auf Bitten des Bundeskanzlers die Lage in seinem Land:

- bei der Entwicklung der Demokratie gehe es Tag um Tag mehr voran;
- was den Bürgerkrieg betreffe, so läge die Initiative heute bei den Militärs;
- im wirtschaftlichen Bereich sehe man sich ernststen Schwierigkeiten gegenüber.

Auf die wirtschaftlichen Schwierigkeiten näher eingehend, erwähnt Präsident Duarte, daß er bereits einmal auf Druck der USA einer Abwertung der salvadorianischen Währung zugestimmt habe. Dies habe große soziale Probleme nach sich gezogen, für die er einen politischen Preis habe zahlen müssen.⁴ Jetzt drängten die USA erneut auf eine Abwertung. Diesmal habe er sich allerdings mit Erfolg dem Druck widersetzt.

Ein weiterer Teil der Schwierigkeiten rühre daher, daß die Weltmarktpreise für die wichtigsten Erzeugnisse von El Salvador – Kaffee, Baumwolle, Zucker – stark gefallen seien. Dies habe zur Folge, daß der Erlös aus dem Verkauf dieser Erzeugnisse um rund 50 % zurückgegangen sei.

Wenn es nicht gelinge, dieser Schwierigkeiten Herr zu werden, bestehe sogar die Gefahr eines Staatsstreiches. Er habe zum 1. Juni einen neuen Wirtschaftsplan vorgelegt, der eine Reihe finanzieller, wirtschaftspolitischer und sozialer Maßnahmen umfasse.

Auf den Bürgerkrieg in El Salvador eingehend, erklärt Duarte, sein Ziel bleibe, den inneren Frieden wiederherzustellen. Dabei genüge es nicht, einen Dialog mit der anderen Seite zu führen. Vielmehr gelte es, das Vertrauen wiederherzustellen und Anstrengungen zu unternehmen, um die Guerilla wieder in den demokratischen Prozeß einzugliedern.

Er habe zu diesem Zweck eine Reihe von Reformen durchgesetzt. Dazu gehörten insbesondere ein Gesetz über eine allgemeine Amnestie und Anpassungen im Bereich des Strafrechts und des Prozeßrechts. Auf die entsprechende Frage des Bundeskanzlers stellt Duarte klar, daß die Guerilla zur Zeit rund 4000 Mann umfasse. Demgegenüber habe 1980 die Zahl der Guerilleros noch rund 15 000 betragen. Auf eine weitere Frage des Bundeskanzlers erläutert Duarte, daß die Guerilla sehr wenig Unterstützung im Volk habe. 1980 hätte sie bei öffentlichen Demonstrationen noch 300 000 Leute mobilisieren können, heute würden sich höchstens 5000 zusammenfinden.

³ Referat 331 legte am 30. Juni 1987 dar, der Besuch des Präsidenten Duarte sei der „Höhepunkt einer Besuchsserie hochrangiger Vertreter der christdemokratischen Regierungspartei von El Salvador. [...] Wir wollen mit dieser Einladung unsere Ermutigung für die politische Mitte in El Salvador deutlich machen, die sich in einem schweren Behauptungskampf gegen die Extreme von rechts und links befindet. Es ist wichtig, daß wir der Regierung Duarte, des seit einem halben Jahrhundert ersten freigewählten Präsidenten von El Salvador, unsere Unterstützung zeigen. Sie ist allen Schwächen zum Trotz die einzige Alternative zu Rechtsdiktatur und leninistischer Revolution.“ Vgl. Referat 331, Bd. 136339.

⁴ Botschafter Heymer, San Salvador, legte am 25. August 1987 im Politischen Halbjahresbericht zur Wirtschaftslage dar: „Die Abwertung des Colóns im Rahmen des im Januar unter Druck des IWF und der USA in Kraft gesetzten Sanierungsprogramms hat die inflationäre Entwicklung weiter verstärkt, was ein erneutes Absinken der Reallöhne zur Folge hat.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 401; Referat 331, Bd. 136336.

Auf die Frage des *Bundeskanzlers*, ob und welche Kontakte er mit der Führung der Guerilla habe, erklärt *Duarte*, er habe bisher nur mit Vertretern aus dem zweiten Glied verhandelt. Er kenne von den fünf Leuten, die die Führung bildeten, zwei persönlich – Schafik Hándal und Cienfuegos. Die Kontakte zur Guerilla liefen hauptsächlich über den Erzbischof von San Salvador⁵. Auf die Frage des *Bundeskanzlers*, welche Chancen er für eine Verständigung sehe, erklärt *Duarte*, er versuche eine „Botschaft der Humanisierung“ auszusenden, um ein Minimum gegenseitiger Verständigung zu erreichen. Er gebe die Hoffnung nicht auf, müsse allerdings andererseits feststellen, daß es innerhalb der Guerilla einen Prozeß der Radikalisierung gebe.

Der *Bundeskanzler* stellt die Frage, ob die Guerilla in El Salvador möglicherweise die Strategie verfolge, zunächst die Bildung einer rechtsgerichteten Regierung zu begünstigen, um dann den Vorwand für einen Umsturz zu haben. Das entspräche in etwa der Lage in Chile, wo der Terrorismus der Linken praktisch Pinochet stabilisiere.

Präsident *Duarte* erwidert, in der Tat lasse sich die Guerilla in El Salvador von zwei Theorien leiten:

- Zum einen arbeite sie auf den Sturz der demokratischen Regierung hin und nehme dann durchaus in Kauf, daß die extreme Rechte an die Macht komme. Damit rechneten sie sich für sich selber größere Chancen aus.
- Ein anderer Weg bestehe darin, die Regierung durch bewaffneten Kampf in die Enge zu treiben, um dann mit Hilfe eines Volksaufstandes an die Macht zu kommen.

Auf die Frage des *Bundeskanzlers*, ob die politische Rechte in El Salvador heute vor allem durch Militär repräsentiert⁶ werde, erklärt *Duarte*, es handele sich in der Tat vielfach um frühere Militärs, die in die Politik gegangen seien. Dazu zählten beispielsweise Oberst d'Aubuisson und Oberst Ochoa. Es spielten aber auch die Vertreter der Wirtschaftsoligarchie eine große Rolle.

Auf die entsprechende Frage des *Bundeskanzlers* erklärt *Duarte*, die politische Rechte werde in den Vereinigten Staaten vor allem von Senator Helms und der sogenannten „Vereinigung für freie Entwicklung“, in der sich rechtsgerichtete Vertreter der Republikanischen Partei zusammengefunden hätten, unterstützt. Reagan selber und die Republikanische Partei hätten sich demgegenüber immer um Verständigung mit ihm bemüht. *Duarte* bezeichnet Reagan ausdrücklich als einen treuen Freund, wie er selber auch ein treuer Freund der USA sei.

Der *Bundeskanzler* erklärt, er habe häufig mit Präsident Reagan über die Rolle von Duarte gesprochen und zu großer psychologischer Sensibilität im Umgang mit El Salvador geraten. Leider verhalte sich eine Weltmacht nicht immer klug.

Präsident *Duarte* erklärt auf die entsprechende Frage des *Bundeskanzlers*, die Rolle der katholischen Kirche in El Salvador habe sich in den letzten vier bis fünf Jahren erheblich gewandelt. Während sie früher teilweise offen mit der Guerilla sympathisiert habe, unterstütze sie jetzt sehr konsequent die demo-

⁵ Arturo Rivera y Damas.

⁶ Korrigiert aus: „präsentiert“.

kratische Regierung. Hierbei habe auch der Einfluß des Apostolischen Nuntius⁷ eine Rolle gespielt, der dafür gesorgt habe, daß die Bischofskonferenz heute ein breiteres politisches Spektrum aufweise.

Auf die Frage nach der Haltung der deutschen Kirchen gegenüber El Salvador erklärt Duarte, er selber erfahre weder von der evangelischen noch von der katholischen Kirche Unterstützung. Allerdings sei Monsignore Stehle stets hilfreich in humanitären Fragen gewesen.⁸ Außerdem hätten die deutschen Katholiken die Kirche in El Salvador und ihr nahestehende Organisationen unterstützt. Sie hätten beispielsweise für die Erdbebenopfer⁹ zwischen 1 und 1,5 Mio. DM gespendet. Bei der evangelischen Kirche habe er den Eindruck, daß diese eher den marxistischen Gruppen helfe. Allerdings habe er hierfür keine Beweise.

Auf die Frage des Bundeskanzlers nach der Rolle des Militärs erläutert Duarte, er habe in diesem Punkt keine ernsthaften Probleme. Zwar gebe es immer noch hier und da Machtmißbrauch. Diese Dinge habe man aber insofern unter Kontrolle, als er wiederholt dafür gesorgt habe, daß Militärs, die sich schuldig gemacht hätten, abgesetzt und bestraft würden. Insgesamt könne man sagen, daß die Militärs den demokratischen Prozeß akzeptiert hätten.

Auf die entsprechende Frage des Bundeskanzlers erklärt Duarte, die Streitkräfte in El Salvador verfügten heute über insgesamt 56 000 Mann. Von diesen seien 40 000 Mann unmittelbar im militärischen Einsatz und 16 000 Mann zur Sicherung der Städte abgestellt. Anfang der 80er Jahre hätten rund 12 000 bei den Streitkräften gedient. Die hohe Zahl sei erforderlich, um die erforderliche Überlegenheit gegenüber der Guerilla sicherzustellen, die 10:1 betrage.

Auf die entsprechende Zusatzfrage des Bundeskanzlers erläutert Duarte, daß die Streitkräfte zu etwa 40 % aus Berufssoldaten und 60 % aus Wehrpflichtigen bestehen. Er weist darauf hin, daß man durch systematische Erziehungsprogramme die „Professionalität“ der Streitkräfte erheblich gesteigert und diese insbesondere auch auf die Bedeutung der Demokratie und die Wahrung der Menschenrechte hingewiesen habe.

Der *Bundeskanzler* stellt die Frage, welche Parteibeziehungen die PDC¹⁰ von El Salvador in Lateinamerika unterhalte und welche Unterstützung sie von dort erfahre.

Duarte erwidert, die engsten Beziehungen unterhalte seine Partei zu Guatemala, dies, obschon es mit Guatemala auf dem Gebiet der Außenpolitik erhebliche Meinungsverschiedenheiten gebe. Guatemala richte sich mehr an den Interessen Mexikos aus, während El Salvador sich enger an die USA anlehne.

Im übrigen unterstütze er selber eine Reihe christdemokratischer Parteien in Lateinamerika, insbesondere die Partei in Nicaragua, aber auch in Costa Rica und Chile. Auf die entsprechende Frage des Bundeskanzlers erklärt Duarte, die

⁷ Francesco De Nittis.

⁸ Vortragender Legationsrat I. Klasse von Jagow notierte am 12. Oktober 1987, der Bischof von Santo Domingo de los Colorados, Stehle, habe ihn über die von ihm, Stehle, vermittelten Gespräche zwischen der Regierung von El Salvador und der Guerilla informiert, die am 4./5. Oktober 1987 in der Nuntiatür in San Salvador stattfanden. Vgl. dazu Referat 331, Bd. 136335.

⁹ Zum Erdbeben in El Salvador am 10. Oktober 1986 vgl. Dok. 108, Anm. 3.

¹⁰ Partido Demócrata Cristiano.

solidarische Haltung der christlich-demokratischen Parteien in Südamerika sei für ihn außerordentlich wichtig gewesen. Nur zwei Parteien hätten sich von ihm distanziert; zu einem bestimmten Zeitpunkt die Christlichen Demokraten in Honduras und eine von den Christlichen Demokraten in Uruguay abgespaltene linke Gruppierung.

Auf eine weitere Frage des Bundeskanzlers stellt Duarte klar, daß er in Europa insbesondere von Italien unterstützt werde. Die italienische Regierung habe für die Opfer des Erdbebens rund 100 Mio. Dollar gespendet. Neuerdings werde er auch von der französischen Regierung unterstützt.

Auf eine entsprechende Bitte des Bundeskanzlers erläutert Duarte sodann die interne Lage in der Partei (hierzu erfolgt gesonderter Vermerk).

Das Gespräch wird bei dem nachfolgenden Mittagessen fortgesetzt:

Auf die Frage des *Bundeskanzlers*, in welchen Bereichen die Bundesregierung noch helfen könne, weist Präsident *Duarte* auf das Projekt einer Berufsschule in der Provinz Sensuntepeque hin. Der *Bundeskanzler* erbittet eine genaue Beschreibung des Projektes und sagt eine wohlwollende Prüfung zu.

Der Bundeskanzler bittet Präsident Duarte sodann seine Auffassung zur Entwicklung in Chile und innerhalb der Christlich-Demokratischen Partei Chiles darzulegen.

Präsident *Duarte* erklärt, der Kurs von Pinochet arbeite den linksradikalen Kräften in die Hände. Die Christlich-Demokratische Partei habe bisher eine gemäßigte Linie verfolgt; er schließe aber eine Radikalisierung eines Teils der Partei nicht aus. Er habe seinerseits den Führern der PDC immer wieder gesagt, daß nicht der bewaffnete Kampf, sondern nur die Rückkehr zur Demokratie einen Ausweg aus der verfahrenen Lage biete.

Der *Bundeskanzler* erklärt, ihm lägen Informationen vor, wonach sich die politische Diskussion innerhalb der Streitkräfte – insbesondere bei der Luftwaffe und der Marine – verstärke.

Präsident *Duarte* erwidert, in der Tat dürfe man nicht vergessen, daß die Marine seinerzeit an einem Attentatsversuch auf Pinochet¹¹ beteiligt gewesen sei. Andererseits könne man die Probleme nicht dadurch lösen, daß eine Militärregierung durch eine andere ersetzt werde.

Die Gefahr, daß einige Vertreter der Christlich-Demokratischen Partei Chiles sich mit der radikalen Linken verbinden, sei nicht von der Hand zu weisen. Wenn dies einträte und die chilenischen Christdemokraten in einen möglichen Bürgerkrieg verwickelt würden, bedeute das die Zerstörung von Chile. Der *Bundeskanzler* wirft ein, in der Tat sei es die Strategie der extremen Linken, so viel Terror zu erzeugen, daß das Pendel zunächst immer mehr nach rechts und schließlich zur anderen Seite ausschlage. Er wolle Duarte allerdings offen fragen, ob es eine konkrete Gefahr der genannten Art derzeit in der chilenischen Christdemokratischen Partei gebe.

Duarte erwidert, zur Zeit finde eine heftige interne Auseinandersetzung über den Kurs der Partei statt. Man könne sogar von einer gewissen Spaltung sprechen. Die Kräfte der Vernunft seien nach wie vor gegen eine Anlehnung an die

¹¹ Zum Attentat auf Präsident Pinochet am 7. September 1986 vgl. Dok. 10, Anm. 6.

marxistische Linie. In Anbetracht der Tatsache, daß in Chile möglicherweise die Frage eines Bürgerkrieges im Raum stehe, sei es daher wichtig, diese Kräfte zu unterstützen, sonst könne es passieren, daß die Christlichen Demokraten wieder auf eine Lage wie unter Allende zusteuern, wo die Partei nicht in Ordnung gewesen sei und zur Destabilisierung erheblich beigetragen habe.

Der *Bundeskanzler* erklärt, er unterstütze die Christlichen Demokraten in Chile, allerdings gelte dies nur für eine Linie der Vernunft. Was immer in Chile passiere, sei von großer Bedeutung für ganz Lateinamerika.

Präsident *Duarte* stimmt dem ausdrücklich zu und weist auf den intellektuellen Einfluß Chiles in Gesamtlateinamerika hin. Auch dies sei ein Grund dafür, daß er wegen der dortigen Entwicklung so besorgt sei.

Der *Bundeskanzler* fragt sodann nach der Entwicklung in Panama.¹²

Präsident *Duarte* erklärt, dort habe man es mit einem System zu tun, in dem sich die Streitkräfte auf der einen Seite mit Kommunisten, auf der anderen Seite zu einer Art „sozialem Pakt“ verbunden hätten. Es handele sich um eine Militärdiktatur mit politischer Fassade. Wenn man sich des Präsidenten entledigen wolle, werde dieser einfach für krank erklärt. Dies könne beispielsweise mit dem derzeitigen Präsidenten Delvalle geschehen.

Der Pakt der Militärs mit den Kommunisten beruhe auf zwei Bedingungen:

- der antiamerikanischen Ausrichtung der Außenpolitik, die statt dessen stärker nach Mexiko und Kuba orientiert sei;
- der Duldung kommunistischen Einflusses in bestimmten Institutionen wie beispielsweise den Universitäten.

Auf die entsprechende Frage des Bundeskanzlers erklärt Duarte, die Christlichen Demokraten in Panama hätten eine zentrale Rolle in der Opposition inne, seien dadurch allerdings auch in die Schußlinie der Regierung geraten. Er habe Ricardo Arias Calderón unter diesen Umständen eine realistische Politik nahegelegt.

Auf die Frage nach der Rolle Mexikos erklärt Duarte, er sei über die innere Entwicklung in diesem Land nur durch die Medien unterrichtet. Allerdings habe sich die Linie der mexikanischen Regierung gegenüber El Salvador in letzter Zeit gemäßigt. Mexiko habe nicht nur seine Botschaft in San Salvador wieder eröffnet, sondern auch den offiziellen Besuch eines Vizeaußenministers angekündigt.

Für El Salvador besonders unangenehm seien die Bestrebungen von Mexiko – hinter denen Außenminister Sepúlveda stehe –, El Salvador in der VN-Menschenrechtskommission immer wieder auf die Anklagebank zu setzen. So werde sein Land immer wieder verurteilt, während Nicaragua und Kuba ungeschoren davorkämen. Die einzigen, die El Salvador bei diesen Debatten zu Hilfe kämen, seien die Bundesrepublik Deutschland und Costa Rica.

Der *Bundeskanzler* bittet Präsident Duarte, ihm hierzu eine eingehende Dokumentation zukommen zu lassen.

Präsident *Duarte* sagt dies zu.

¹² Am 11. Juni 1987 wurde in Panama nach zweitägigen Unruhen und Zusammenstößen zwischen Polizei und Demonstranten der Ausnahmezustand verhängt, der am 30. Juni 1987 aufgehoben wurde.

Der *Bundeskanzler* fragt sodann, welches die Probleme der Regierung von El Salvador mit dem Arias-Plan¹³ seien.

Präsident *Duarte* erwidert, er sei mit dem Ansatz des Arias-Plans – Wege zu einer Demokratisierung Zentralamerikas aufzuzeigen – voll einverstanden. Damit werde Nicaragua gedrängt, sich von einem totalitären marxistischen Staat in Richtung auf eine sozialistische Demokratie zu entwickeln. Allerdings müsse man sehen, daß Nicaragua genau dies nicht wolle.

Sein Problem liege darin, daß in dem außenpolitischen Teil des vorliegenden Entwurfs einseitig die amerikanische Unterstützung für die Contras¹⁴ gebrandmarkt und deren Beendigung gefordert werde, die Hilfe, die Nicaragua und Kuba den Guerillas in El Salvador gewähre, jedoch keine Erwähnung finde.

Der *Bundeskanzler* fragt, ob es dennoch eine Chance für eine Einigung gebe.

Präsident *Duarte* erwidert, er habe auf eine Änderung des Terminplans gedrängt. Statt sofort auf ein Treffen der Präsidenten zuzusteuern, habe er vorgeschlagen, daß dieses Treffen zunächst durch Experten und die Außenminister vorbereitet werde.

Nicaragua verfolge bei den Beratungen über den Arias-Plan eine Strategie, die auf seine – Duartes – Isolierung abziele. Dies zeige ausdrücklich ein ihm vorliegendes vertrauliches Dokument. Demnach sei Präsident Ortega im Prinzip bereit gewesen, den vorliegenden Entwurf ohne Änderungen anzunehmen; hierbei habe Ortega gleichzeitig auf die Unterstützung von Costa Rica als dem Urheber des Planes sowie auf die neutrale Rolle von Guatemala gesetzt. Ausdrücklich spreche das genannte Dokument davon, daß Nicaragua sich Duartes innenpolitische Schwäche und zugleich die besondere Eitelkeit von Cerezo zu Nutzen machen solle. Wäre er auf diese Strategie hereingefallen, hätte El Salvador gegenüber der Weltöffentlichkeit als der Schuldige für ein Scheitern des Planes dagestanden.

Fälschlicherweise habe man ihn beschuldigt, auf amerikanische Weisung – nach dem Besuch von Habib – gegen die Durchführung des Präsidententreffens Stellung bezogen zu haben. Dies treffe nicht zu. Duarte weist darauf hin, daß das Außenministertreffen für den 16. Juli und das Präsidententreffen für den 6. August vorgesehen seien.

Der *Bundeskanzler* erklärt, er wolle gerne in dieser Sache hilfreich sein. Es sei ja nun einmal so, daß es Leute gebe, die ihn – Duarte – in eine bestimmte Ecke stellen wollten. Bezüglich des Arias-Plans müsse man klug vorgehen. Dieser sei nun einmal sehr populär. Er enthalte auch eine Reihe guter Punkte. Man dürfe nicht pauschal gegen diesen Plan angehen. Er bitte daher Präsident Duarte, ihn eingehend über die Entwicklung zu unterrichten, um gegebenenfalls von hier aus Unterstützung bei befreundeten europäischen Regierungen mobilisieren zu können. Der *Bundeskanzler* nennt insbesondere Italien, die Beneluxländer, Großbritannien und Präsident Mitterrand.

¹³ Zum Vorschlag eines Friedensabkommens für Zentralamerika des Präsidenten Arias vom 15. Februar 1987 vgl. Dok. 103, Dok. 108 und Dok. 110.

Zur Unterzeichnung des Abkommens auf der Gipfelkonferenz der Präsidenten zentralamerikanischer Staaten am 6./7. August 1987 in Guatemala-Stadt vgl. Dok. 228.

¹⁴ Zur „Iran-Contra-Affäre“ vgl. Dok. 125, Anm. 7.

Präsident *Duarte* sagt diese Unterrichtung zu. Er weist ausdrücklich noch einmal darauf hin, daß er den Arias-Plan unterstütze, der viele positive Elemente enthalte. Sein Ziel sei es, diesen Plan zu verbessern. Das gelte insbesondere für die Punkte Gleichzeitigkeit, Verifikation und Kontrolle.

Was den außenpolitischen Teil angehe, so sei er der Auffassung, daß die USA einen Fehler begehen würden, wenn sie eine Aussage zu der Rolle der Contras auch dann verweigerten, wenn gleichzeitig die Unterstützung Kubas und Nicaraguas für die Guerilla in El Salvador erwähnt werde.

Der *Bundeskanzler* beendet das Gespräch mit der Versicherung, daß wir unsere Freunde nicht im Stich lassen würden.

Präsident *Duarte* bedankt sich sehr herzlich für das Gespräch.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 72

202

Botschafter Schoeller, Paris, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 1554

Aufgabe: 7. Juli 1987, 16.05 Uhr

Ankunft: 7. Juli 1987, 16.34 Uhr

Betr.: Barbie-Prozeß¹

Nach dem Abschluß des Strafverfahrens gegen Barbie bleibt festzuhalten, daß dieser Prozeß politisch für unser heutiges Verhältnis zu Frankreich ohne Bedeutung ist, vgl. dazu Bezugsbericht Nr. 1². Der Leitartikel der „Monde“ vom 5./6. Juli d.J. betont erneut, daß es Unrecht wäre, den Deutschen von heute die Untaten der NS-Zeit vorzuhalten.³ Insofern schulden wir der französischen Medienberichterstattung Anerkennung, da sie in beispielhafter Weise Vergangenheit und Gegenwart auseinandergehalten hat. Das ist um so mehr zu würdigen, als das Barbie-Verfahren vor allem ein Medienprozeß war. Diese haben jeden Tag ausführlich darüber berichtet, während sich die Anteilnahme der Öffentlichkeit im Sinne des sogenannten „Mannes auf der Straße“ in Grenzen hielt. Zeitungen, Historiker, politisch Interessierte, Journalisten haben sich in allen Medien ausführlich zu Barbie und seiner Zeit geäußert. Ihr Anliegen war

¹ Zum Prozeß gegen Klaus Barbie vgl. Dok. 140.

Ministerialrat a. D. Schätzler, z. Z. Lyon, berichtete am 4. Juli 1987, im Prozeß gegen Barbie habe das Schwurgericht an diesem Tage das Urteil verkündet: „Demgemäß hat es Klaus Barbie wegen aller angeklagten Taten zu lebenslanger Freiheitsstrafe verurteilt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 47; B 83 (Referat 511), Bd. 1626.

² Botschaftsrätin I. Klasse von Kotzebue, z. Z. Lyon, konstatierte am 11. Mai 1987, aus dem Prozeß gegen Barbie ließen sich keine Rückschlüsse auf den Stand der deutsch-französischen Beziehungen ziehen: „Damit hat der Barbie-Prozeß nichts zu tun, wohl aber mit Völkerpsychologie: Die dunkelste Periode unserer Geschichte wird unsere Erblast bleiben.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 11 („Prozeßbericht Nr. 1“); B 83 (Referat 511), Bd. 1626.

³ Vgl. den Artikel „Justice et réconciliation“; LE MONDE vom 5./6. Juli 1987, S. 1.

vor allem, den Prozeß als notwendig, als klärend, als Schlüssel für eine Vergangenheitsbewältigung darzustellen, an deren Opportunität zumindest einige Zweifel bestanden.

Fazit des Prozesses ist jetzt Erleichterung: Den Täter hat, wenn auch spät, die verdiente Strafe getroffen. Seine Verbrechen gegen die Menschlichkeit sind gesühnt.

Das Bild Frankreichs hat keinen Schaden genommen, und die Ereignisse aus der Besatzungszeit haben keine Umwertung erfahren müssen. So spricht man mit Genugtuung von einem historischen Prozeß, einem Markstein der Vergangenheitsbewältigung, der zugleich als Lehrstück für die nachfolgenden Generationen ein neues Kapitel eröffnet und die Mahnung aus rechtloser Zeit in die Gegenwart trägt. Barbie wird in französischen Schulbüchern wohl Hitler überdauern.

Dennoch fragt es sich, ob der Barbie-Prozeß rechtlich auf festen Füßen stand. Für die ihm zur Last gelegte Beteiligung an Mord und Tötung ist das nach der Beweislage zu bejahen. Zur rechtlichen Praktikabilität einer Verurteilung wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit hat dieser Prozeß aber nichts wirklich Klärendes beigetragen. Das rechtliche Neuland wurde nicht bewältigt. Sicher haben die Zeugen darüber ausgesagt, wie sie entwürdigt, wie sie gefoltert wurden, jedoch waren diese Aussagen eher ein Echo der Leiden, der ertragenen Willkür, Schreie aus der Erinnerung zur höchsten emotionalen Steigerung getrieben und nun endlich, nach Jahrzehnten, vor der Welt herausgebracht und beachtet. Zusammen mit den sonstigen Zeugen, die über Konzentrationslager und das NS-Unrechtsregime ausgesagt haben, wurde ein düsteres Gemälde rechtloser Zeit gezeichnet – jedoch hat die unreflektierte Übernahme solcher Berichte wenig mit den Anforderungen zu tun, die man sonst in einem Strafverfahren an den Nachweis eines fest umrissenen Straftatbestandes zu stellen pflegt. Barbie ist wohl doch zur Symbolfigur alles Bösen hochgesteigert worden, was hinzunehmen wäre, wenn man davon ausgehen könnte, daß die Nürnberger Interpretationen von 1946 nur der historischen Gerechtigkeit für diesen NS-Prozeß dienen sollten und nicht zukunftsweisende Rechtsprechung bedeuten. Die Verteidigung hat mit ihren Hinweisen auf Verbrechen gegen die Menschlichkeit aus der Kolonialzeit in Afrika und aus dem Algerienkrieg Ausblicke gezeigt, die Fragen nach den Geistern aufwerfen, die man gerufen hat.

[gez.] Schoeller

B 83 (Referat 511), Bd. 1626

203

Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, an das Auswärtige Amt

VS-NfD

Aufgabe: 8. Juli 1987, 23.31 Uhr¹**Fernschreiben Nr. 2212****Ankunft: 8. Juli 1987, 22.25 Uhr**

Betr.: Staatsbesuch des Bundespräsidenten in SU²;
 hier: Zweites Gespräch BM – Schewardnadse (8.7.1987)³

Zur Unterrichtung

1) Im Gespräch mit AM Schewardnadse am 8.7., 17.30 bis 18.15 Uhr (anwesend: Kwizinskij und ich), fragte BM, ob er als Ergebnis des Besuchs des Bundespräsidenten verstehen dürfe, daß die sowjetische Seite eine grundlegende Verbesserung der Beziehungen wünsche. Wenn es so sei, entspreche dies exakt unserem Verständnis. Es sei eine deutsche Grundsatzposition, die in der Regierungserklärung des Bundeskanzlers („zentrale Bedeutung“ der deutsch-sowjetischen Beziehungen)⁴ ausgesprochen worden sei.

BM wies auf Ankündigung des Besuchs von AM Schewardnadse in Bonn durch GS Gorbatschow hin und bekräftigte die Einladung noch einmal. Treffen der Außenminister werde eine weitere wichtige Etappe im politischen Dialog bilden. Um seinen Erfolg sicherzustellen, sei an Vorbereitung in New York oder über die Botschaften oder durch entsandte Mitarbeiter zu denken. Er wolle es Schewardnadse anheimstellen, wie wir es halten sollten.

Zur Substanz des Dialogs: Zwar erschöpfe sich das West-Ost-Verhältnis nicht in der Abrüstungsproblematik, aber wir sollten auf diesem Gebiet engsten Kontakt halten, um dem Erfolg aller Verhandlungen dienen zu können – ob wir an ihnen direkt beteiligt sind oder nicht.

Zur Frage des Generalsekretärs, ob das von ihm, BM, im vergangenen Jahr Gesagte gelte⁵, könne er bestätigen. Er habe sich so Botschafter Kwizinskij gegenüber geäußert und auch öffentlich eingelassen.

2) AM Schewardnadse konstatierte als Ergebnis des Besuchs eine gemeinsame Entschlossenheit – beide Seiten wollten „neue Seite aufschlagen“, um bedeutsame, „kardinale“ Änderung der Beziehungen zum besseren zu erreichen. Sch. nannte als Bereiche Wissenschaft, Wirtschaft, Ökologie, Kultur. Auch Konsulta-

¹ Das Fernschreiben wurde von Botschaftsrat I. Klasse Haak, Moskau, konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat Libal am 8. Juli 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Erstes Gespräch B[undes]M[inister] – AM Schew[ardnadse] ist VS-v.“ Ferner verfügte Libal die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Heyken „n[ach] R[ückkehr]“, an Legationsrat I. Klasse Grunenberg und Legationssekretär Lucas.

Hat Lucas am 9. Juli 1987 vorgelegen.

² Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker, der von Bundesminister Genscher begleitet wurde, besuchte die UdSSR vom 6. bis 11. Juli 1987. Vgl. dazu auch Dok. 200, Dok. 206 und Dok. 212.

³ Zum ersten Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse am 7. Juli 1987 in Moskau vgl. Dok. 204.

⁴ Für den Wortlaut der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Kohl am 18. März 1987 im Bundestag vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 4. Sitzung, S. 51–73.

⁵ Vgl. das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 21. Juli 1986 in Moskau; AAPD 1986, II, Dok. 209.

tionen im Sicherheitsbereich gehörten dazu, auch über regionale Probleme solle man sprechen. Zur Vorbereitung der VN-GV⁶ werde VAM Petrowskij nach Bonn kommen.⁷ Hierzu bemerkte Sch., daß die Sowjets besonders an einer Prinzipien-erklärung zu Sicherheitsproblemen interessiert seien – d.h., wie wir uns eine atomwaffenfreie Welt vorstellen könnten. Diese Erklärung sei von ihnen bereits eingeführt, aber von uns mit Stimmenthaltung versehen worden. Die sowjetische Seite, meinte Sch. hierzu, habe sie wohl nicht genügend erläutert.

Was Abrüstung anbetreffe, so sollten wir intensivere Konsultationen einleiten. Zwar gehörten wir unterschiedlichen Bündnissen an, aber bilaterale Konsultationen seien dennoch wichtig, um die beiderseitigen Positionen besser zu verstehen. Wir sollten z. B. insbesondere über chemische Waffen sprechen: Zwar sei man auf die US-Diskussion über binäre Waffen⁸ und die französische Position⁹ stürten.¹⁰ Sch. schlug vor, insbesondere die diesbezüglichen Vertragsentwürfe gemeinsam durchzugehen.

Seinem Besuch in Bonn maß Sch. große Bedeutung zu.¹¹ Realistischerweise solle er nach der VN-GV durchgeführt werden, in New York könne man Tagesordnung festlegen. Sch. betrachtete Besuch als Vorbereitung für Treffen auf höherer Ebene. Bis zu seinem Treffen mit BM, auch schon vor der VN-GV, werde sich viele klären, unter anderem durch das Außenministertreffen mit USA¹². Er, Sch., hoffe, daß dann auch das Problem der PIa gelöst werden könne.

3) BM bestätigte Besuch von VAM Petrowskij in Bonn erste Hälfte September d. J. Zu den C-Waffen sollten die Experten die Entwürfe durchgehen, um eventuelle Hindernisse zu beseitigen. BM erklärte, daß er ab 20. September in New York sein werde. Dann könne wahrscheinlich auch der Termin für Schewardnades Besuch in Bonn festgelegt werden. Zur Ebene GS–BK fragte er, ob an „Kommen“ oder „Fahren“ gedacht sei.

4) Hierzu Sch.: Dies sei noch nicht klar, aber für Stattfinden Treffens auf dieser Ebene gebe es prinzipielle Entscheidung. Nur sei noch offen, wo.

⁶ Die 42. VN-Generalversammlung fand vom 15. September bis 21. Dezember 1987 in New York statt.

⁷ Der sowjetische Stellvertretende Außenminister Petrowskij führte am 10./11. September 1987 Gespräche in Bonn. Mit Botschafter Holik erörterte er am 10. September 1987 Abrüstungsfragen, insbesondere eine Reduzierung chemischer Waffen. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Butler vom 15. September 1987; Referat 221, Bd. 162061.

Am 11. September 1987 erörterte Petrowskij mit Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen Fragen aus dem Bereich der Vereinten Nationen. Vgl. dazu die Aufzeichnung Richthofens vom 14. September 1987; Referat 213, Bd. 147139.

Ferner führte Petrowskij am 11. September ein Gespräch mit Bundesminister Genscher, in dessen Mittelpunkt Abrüstungsfragen standen. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 010, Bd. 178904.

⁸ Am 19. Dezember 1985 bewilligte der amerikanische Kongreß Mittel zur Produktion binärer chemischer Waffen, legte aber zugleich fest, daß diese Produktion frühestens ab 1. Oktober 1987 beginnen dürfe. Vgl. dazu AAPD 1986, I, Dok. 23.

⁹ Zum französischen Vorschlag einer Sicherheitsreserve („security stock“) bei chemischen Waffen vgl. Dok. 105.

¹⁰ So in der Vorlage.

¹¹ Der Besuch des sowjetischen Außenministers Schewardnadse in der Bundesrepublik fand erst vom 17. bis 19. Januar 1988 statt. Vgl. dazu AAPD 1988.

¹² Zum Besuch des sowjetischen Außenministers Schewardnadse vom 15. bis 17. September 1987 in den USA vgl. Dok. 261.

Zum Treffen der Außenminister bemerkte Sch., er wolle sich auch über Fragen der Wirtschaft und der Wissenschaft noch im einzelnen informieren lassen, um in Bonn mehr ins Detail gehen zu können.

5) BM sagte, es sei ihm bei dem jetzigen, von ihm erbetenen Termin mit Sch. darum gegangen, die Bewertung des Staatsbesuchs und die damit verbundenen Absichten noch einmal abzustimmen. Gewissermaßen außerhalb der Tagesordnung wolle er sagen, daß seine Befürchtung, die er gegenüber Sch. wegen der Pressebehandlung der Rede des Bundespräsidenten¹³ geäußert habe, eingetreten sei – und zwar in noch größerem Maße, als er dies erwartet habe. Deshalb nehme er die Anregung Schewardnadses, einen weiteren Termin mit dem Fernsehen vorzusehen, noch einmal auf. Dies wäre gut für die Reaktion auf den Besuch bei uns.

Sch. betonte, es habe keinen sachlichen Grund für die Nichtveröffentlichung bestimmter Teile der Rede des Bundespräsidenten gegeben. Er werde sehen, was sich machen lasse. Insgesamt sei Fazit, daß der Besuch gut gewesen sei. Er dürfe nun nicht „auf dem Papier bleiben“. Die Worte seien gut gewesen, jetzt müßten konkrete Taten folgen. Sch. nannte Besuchsaustausch auf hoher Ebene, Konsultationen, Kooperation auf den Gebieten Wissenschaft und Wirtschaft, wobei er auch an eine Zusammenarbeit im Weltraum denke.

[gez.] Meyer-Landrut

Referat 213, Bd. 147123

¹³ Für den Wortlaut der Rede des Bundespräsidenten Freiherr von Weizsäcker beim Abendessen am 6. Juli 1987 im Kreml vgl. BULLETIN 1987, S. 627–629.

Die sowjetische Tageszeitung „Prawda“ veröffentlichte die Rede nur in Auszügen. Vgl. dazu den Artikel „Ulučsat' vzajmoponimanie i doverie“ („Das gegenseitige Verständnis und Vertrauen verbessern“); PRAWDA vom 7. Juli 1987, S. 4.

Richard von Weizsäcker berichtete dazu rückblickend: „Die Prawda machte wieder einmal ihrem Namen ‚Wahrheit‘ alle Unehre. Entgegen einem festen Moskauer Ritual zensierte sie meine Rede und strich alles, was ich über die Grenze, die Einheit, über Rabe und Hühnchen, über den fälligen Abzug der Sowjets aus Afghanistan und auch über den Königsberger Immanuel Kant gesagt hatte. Das also war meine erste Glasnost-Erfahrung. Auf eine Intervention von Genscher bei seinem Kollegen Schewardnadse erschien der volle Text dann doch einige Tage später, allerdings in der Iswestija.“ Vgl. WEIZÄCKER, Vier Zeiten, S. 342.

204

**Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen, z.Z. Moskau,
an die Staatssekretäre Ruhfus und Sudhoff**

114-4386/87 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 1

Aufgabe: 9. Juli 1987, 13.13 Uhr¹
Ankunft: 9. Juli 1987, 14.21 Uhr

Betr.: Staatsbesuch des Bundespräsidenten vom 6. bis 11.7.1987 in der SU²;
hier: Gespräch BM–AM Schewardnadse am 7.7. von 11.00 bis 13.00
Uhr, Unterzeichnung Protokolls zur Inkraftsetzung des WTZ³ und an-
schließendes Arbeitsessen von 13.15 bis 14.15 Uhr

1) BM und AM Schewardnadse (AM) führten am 7.7. insgesamt dreieinhalb-
stündiges Gespräch in kleinem Kreis (deutsche Teilnehmer: D2⁴, Gesandter
Arnot, LMB⁵ und Dolmetscher Hartmann; sowjetische Teilnehmer: Vize-AM Ko-
waljow, Botschafter Kwizinskij, stellvertretender Abteilungsleiter Ussytschenko
und sowjetischer Dolmetscher). Intensiver und substantieller Meinungsaus-
tausch, der nach übereinstimmender Auffassung beider Minister gut und kon-
struktiv verlief, erstreckte sich vor allem auf Stand und Perspektiven deutsch-
sowjetischer Beziehungen, gemeinsame Verantwortung für die Zukunft Europas
und der Menschheit sowie auf Fragen der Rüstungskontrolle und Abrüstung
mit Schwergewicht auf Genfer Verhandlungen über bodengestützte nukleare
Mittelstreckenwaffen längerer und kürzerer Reichweite.

BM und AM würdigten Besuch von BM vor genau einem Jahr in Moskau, der
neue Seite in Beziehungen aufgeschlagen (AM) bzw. eine grundlegende Wende
in den Beziehungen herbeigeführt habe (BM).⁶ Beide Minister sprachen sich
für Weiterentwicklung der Beziehungen in allen Richtungen aus und stellten
fest, daß zwischenzeitlich eingetretene Hindernisse dem nicht mehr im Wege
stehen.

AM wies auf große Empfindlichkeit deutsch-sowjetischer Beziehungen hin.
BM unterstrich breite Unterstützung für Politik der Verständigung bei uns
und machte auf Gewicht deutsch-sowjetischer Beziehungen in der Regierungs-
erklärung vom 18.3.⁷ (zentrale Bedeutung) aufmerksam. Grundlage dafür sei

¹ Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 27.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Klaiber am 16. Juli 1987 vorgelegen.

² Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker, der von Bundesminister Genscher begleitet wurde, be-
suchte die UdSSR vom 6. bis 11. Juli 1987. Vgl. dazu auch Dok. 200, Dok. 203, Dok. 206 und
Dok. 212.

³ Für den Wortlaut des Abkommens zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vom 22. Juli 1986
über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit und der dazugehörigen Anlage vgl. BUNDESGESETZ-
BLATT 1988, Teil II, S. 395–397.

Zur Einbeziehung von Berlin (West) vgl. AAPD 1986, II, Dok. 196, Dok. 198, Dok. 202 und Dok. 212.

⁴ Hermann Freiherr von Richthofen.

⁵ Michael Jansen.

⁶ Bundesminister Genscher hielt sich vom 20. bis 22. Juli 1986 in der UdSSR auf. Vgl. dazu AAPD
1986, II, Dok. 207–210 und Dok. 218.

⁷ Für den Wortlaut der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Kohl am 18. März 1987 im Bundes-
tag vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 4. Sitzung, S. 51–73.

Moskauer Vertrag⁸, den wir als langfristige Zielsetzung verstehen. Diesen auszufüllen sei wichtig, auch für Lage in Europa und Ost-West-Verhältnis insgesamt. Moskauer Vertrag habe Abschluß anderer Ostverträge, Grundlagenvertrages⁹ und Schlußakte von Helsinki¹⁰ ermöglicht, die Kursbestimmung für Entwicklung in Europa enthalte. SU richte ihren Blick, wie wir es verstehen, auf die USA. Sie spreche aber auch vom gemeinsamen Haus Europa.¹¹ Aus gemeinsamer Geschichte erwachse gemeinsame Verantwortung für die Zukunft. Prinzip der Verantwortung gelte nicht nur für Mitmenschen, sondern für alle künftigen Generationen. Heute gehe es darum, durch Zusammenarbeit Wege in die Zukunft zu bauen, im Ost-West-Verhältnis ebenso wie im Nord-Süd-Verhältnis. In dieses Denken sollten wir unsere Beziehungen einordnen.

BM fragte AM nach sowjetischen Vorstellungen zu Architektur und Struktur gemeinsamen europäischen Hauses im Jahr 2000, nach der Stellung der kleineren und mittleren Staaten darin und nach der Position der EG, in der wir zusammen mit Partnern unsere Zukunft gestalteten. Für uns sei morgen ein wichtiger Gedenktag, der Tag der Begegnung Adenauers mit de Gaulle vor 25 Jahren im Dom zu Reims¹², der Schlußstrich unter deutsch-französische Vergangenheit gezogen habe. Wir sähen unsere Aufgabe in EG und NATO darin, immer wieder daran zu erinnern, daß Europa mehr sei als die Gemeinschaft der Zwölf und daß wir für gemeinsame europäische Friedensordnung einträten, wie sie in der Schlußakte von Helsinki beschrieben sei. Wir betrachteten die Bemühungen um Umgestaltung in der SU nicht als Vorgang auf fremdem Planeten, sondern als Chance für uns und weitere Zukunft.

AM, der Ausführungen von BM mit großer Aufmerksamkeit und zustimmendem Nicken gefolgt war, antwortete mit Erläuterung sowjetischer Umgestaltungspläne, die wirklich groß seien und in kurzer Zeitspanne verwirklicht werden sollten. Das sei nur unter friedlichen Bedingungen zu realisieren. Friedliche Koexistenz sei dafür oberstes universelles Gebot, auch im Sinne der Verantwortung für künftige Generationen sowjetischen Volkes und anderer Völker. Um gemeinsam zu überleben, sei es notwendig, zusammenzuarbeiten und Dinge gemeinsam voranzubringen. Gerade in diesem Konzept hätten die Beziehungen zur Bundesrepublik eine besondere Funktion. Europa habe in der geschichtlichen Entwicklung immer die Vorhut gebildet. Die Schlußakte von Helsinki sei ein Element der Hoffnung. Die Stockholmer Konferenz¹³ habe gezeigt, daß Stärkung

⁸ Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354 f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, II, Dok. 387 und Dok. 388.

⁹ Für den Wortlaut des Vertrags vom 21. Dezember 1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR und der begleitenden Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 423–429. Vgl. dazu auch AAPD 1972, III, Dok. 418.

¹⁰ Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

¹¹ Zur Vorstellung des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, daß Europa ein „gemeinsames Haus“ sei, vgl. Dok. 43, Anm. 11.

¹² Bundeskanzler Adenauer besuchte Frankreich vom 2. bis 8. Juli 1962. Nach Gesprächen mit Staatspräsident de Gaulle vom 3. bis 5. Juli 1962 in Paris reiste er nach Rouen, Beauvais, Bordeaux und Reims. Am 8. Juli 1962 nahm er mit de Gaulle zunächst an einem Gottesdienst in Reims teil, dann an einer deutsch-französischen Truppenparade in Mourmelon. Zum Besuch vgl. AAPD 1962, II, Dok. 271–274, Dok. 276 und Dok. 277.

¹³ In Stockholm wurde am 17. Januar 1984 die KVAE eröffnet, die nach zwölf Verhandlungsrunden bei seit 19. September 1986 „angehaltener Uhr“ am 22. September 1986 mit der Annahme des „Dokuments

des Vertrauens möglich sei. Gorbatschow habe auf den bedeutenden Faktor Vertrauen in den internationalen Beziehungen hingewiesen. Die SU habe sich vorgenommen, daß Taten von Worten nicht abweichen dürfen. Die Abrüstung zur Eliminierung von Massenvernichtungswaffen sei eine zentrale Aufgabe geworden. Hier gebe es eine Bewegung nach vorn. Unter den wichtigsten Rüstungskontrollfragen, die in Genf¹⁴ und Reykjavik¹⁵ behandelt wurden, wolle SU im Bereich der nuklearen Mittelstreckenwaffen und der operativ-taktischen Waffen Durchbruch erzielen. Es sei eine wahrhaft historische Chance, nicht nur eine ganze Kategorie gefährlicher Waffen zu beseitigen, sondern den Prozeß der Abrüstung zu stimulieren. Er sei hinsichtlich des Abschlusses eines INF-Abkommens in Genf vorsichtig optimistisch. Es gebe allerdings noch eine Reihe von Hindernissen, die zu überwinden seien. Soweit dies von SU abhängt, geschehe dies Schritt für Schritt. Es gebe kein Verifikationsproblem mehr. SU stehe zu umfassender Verifikation. Offen sei noch Frage der Umstützung von Cruise Missiles vom Boden auf See¹⁶, der Umwandlung von Pershing II in Pershing I. Dann gebe es das Problem der deutschen PIA. Diese seien das Hindernis Nr. 1. Alle anderen Hindernisse erschienen überwindbar. Die USA sagten der SU, sie hätten nichts zu sagen, weil die PIA der Bundeswehr gehöre. Gleichzeitig erkläre die Bundesregierung, die Sprengköpfe seien amerikanische. Wenn die PIA nicht beseitigt würden, stelle dies eine Verletzung des Nichtverbreitungsvertrages¹⁷ dar. Dies wäre der Anfang einer Verbreitung von Atomwaffen. SU könne auch nicht Interessen der Verbündeten ignorieren; was der Bundesrepublik gestattet werde, könne der ČSSR und der DDR nicht verweigert werden. Er bitte um eine Erklärung der Bundesregierung, ohne auf die USA zu verweisen.

BM betonte in seiner Antwort Notwendigkeit, Mißtrauen als Hauptfeind der Abrüstung abzubauen. Es reiche allerdings nicht aus, nur über militärische Vertrauensbildung zu sprechen. Diese müsse durch Zusammenarbeit in allen Bereichen ergänzt werden. Neu sei, daß abgesehen von kleinen Sektoren der gesamte Bereich der Rüstungen durch Verhandlungen erfaßt werde.

BM betonte unser Interesse am baldigen Abschluß eines Abkommens zur Beseitigung der bodengestützten LRINF und SRINF, an der 50-prozentigen Reduzierung der strategischen nuklearen Potentiale, am baldigen weltweiten Verbot der chemischen Waffen und rascher Aufnahme von Verhandlungen über konventionelle Stabilität in Europa nach Überwindung prozeduraler Probleme. Sowjetisch-amerikanische Erklärung vom 8.1.1985¹⁸ lese sich wie ein Fahrplan zu atomarer

Fortsetzung Fußnote von Seite 1020

der Stockholmer Konferenz“ endete. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 625–638. Vgl. dazu auch AAPD 1986, II, Dok. 253 und Dok. 267.

¹⁴ Präsident Reagan und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, trafen vom 19. bis 21. November 1985 in Genf zusammen. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 317 und Dok. 319.

Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung über das Treffen vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN Bd. 86 (1986), Heft 2106, S. 7–10. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 687–690.

¹⁵ Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 vgl. AAPD 1986, II, Dok. 282 und Dok. 284–286.

¹⁶ So in der Vorlage.

¹⁷ Für den Wortlaut des Nichtverbreitungsvertrags vom 1. Juli 1968 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 786–793.

¹⁸ Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung der Außenminister Gromyko (UdSSR) und Shultz (USA) vom 8. Januar 1985 über ihr Treffen am 7./8. Januar 1985 in Genf vgl. DEPARTMENT OF STATE

Abrüstung. Wir unterstützen diese Erklärung. Wir zögen daraus den Schluß, daß Strukturen europäischer Sicherheit geschaffen werden müssen, die mehr Sicherheit gewähren und jede Form von Krieg verhindern. Er stimme AM zu, daß INF-Abkommen große Signalwirkung hätte, wenn auch nur geringer Teil atomarer Potentiale davon erfaßt werde. Wir erwarteten, daß SU und USA Signal ernst nähmen und ihrer Verpflichtung zu atomarer Abrüstung aus Nichtverbreitungsvertrag nachkämen. Wenn sie 50 v.H. der beiderseitigen Potentiale an Nuklearwaffen beseitigten, dann gäbe es immer noch zu viele. Was die Defensivsysteme angehe, so habe er Gorbatschow voriges Jahr gesagt, daß wir eine kooperative Lösung auf der Grundlage des ABM-Vertrages wünschten. Er hoffe, daß die Gespräche mit den USA auch in diesem Bereich weitergingen. Was die INF-Verhandlungen angehe, so seien wir nicht Teilnehmer, sondern Begünstigte. Wir würden weltweite Null-Lösung auch bei LRINF begrüßen; bei SRINF hielten wir globale Null-Lösung für unverzichtbar. Hinsichtlich des Nichtverbreitungsvertrages sei die Position der Bundesregierung unverrückbar: Wir seien keine Nuklearmacht und wollten unter keinen Umständen eine werden.¹⁹

BM fuhr fort, in der Logik der 1969 getroffenen richtungsweisenden Entscheidung, den Nichtverbreitungsvertrag zu unterzeichnen, liege es, daß die USA bei der PIa die nuklearen Gefechtsköpfe unter ihrem Verschuß behielten. Die Frage der PIa sei Gegenstand der sowjetischen Verhandlungen mit den USA, über die von SU und USA entschieden werden müsse. Das habe er auch Woronzow in Bonn gesagt.²⁰ Die Amerikaner sagten uns, sie seien über das Aufwerfen dieser Fragen zum jetzigen Zeitpunkt überrascht, da die sowjetischen Unterhändler sie früher, als über die Null-Lösung gesprochen wurde, nie aufgeworfen hätten. Die Regierungskoalition habe zur doppelten Null-Lösung am 1.6.²¹ und die Bundesregierung am 4.6. eine Erklärung abgegeben²², die sehr sorgfältig formuliert worden seien. Beide stimmten mit der Position als westliches Bündnis überein.²³

Wir wollten den erfolgreichen Abschluß dieser Verhandlungen. Wir sähen doppelte Null-Lösung als Fortschritt und großen Durchbruch an.

AM erwiderte, er wisse nicht, in welcher Hand die Schlüssel lägen. Was müsse getan werden, damit die PIa in die Verhandlungen einbezogen werden? Ohne nukleare Sprengköpfe könnten die PIa in der Bundesrepublik stationiert²⁴ bleiben. Blieben die PIa aber mit nuklearen Sprengköpfen erhalten, sehe sich die SU gezwungen, operativ-taktische Raketen auf dem Gebiet der DDR und ČSSR beizubehalten.²⁵ Dies würde die SU veranlassen, die Umwandlung der PII

Fortsetzung Fußnote von Seite 1021

BULLETIN, Bd. 85 (1985), Heft 2096, S. 30. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 60. Vgl. dazu auch AAPD 1985, I, Dok. 7 und Dok. 8.

19 Zum Verzicht der Bundesrepublik auf die Herstellung, den Erwerb und den Besitz von Nuklearwaffen vgl. Dok. 200, Anm. 10.

20 Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Ersten Stellvertretenden Außenminister Woronzow am 6. Mai 1987 vgl. Dok. 126.

21 Zur Koalitionsvereinbarung vom 1. Juni 1987 vgl. Dok. 155, Anm. 10.

22 Für den Wortlaut der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Kohl am 4. Juni 1987 im Bundestag vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 16. Sitzung, S. 923–928.

23 So in der Vorlage.

24 Korrigiert aus: „in stationiert“.

25 Zur Stationierung sowjetischer Nuklearsysteme in der ČSSR und in der DDR vgl. AAPD 1984, II, Dok. 285, und AAPD 1985, II, Dok. 216.

in PI zu fördern.²⁶ Damit gebe es eine Spirale der Aufrüstung. Deshalb schlage SU doppelte Null-Lösung für LRINF und SRINF zwischen 1000 und 500 km Reichweite einschließlich der PIa vor. Für unsere Position gebe es weder vom rechtlichen noch vom politischen oder moralischen Standpunkt eine logische Begründung. SU wollte Frage öffentlich nicht zur Schau stellen, um Atmosphäre nicht aufzuheizen.

²⁷AM fuhr fort, in Reykjavik sei über PIa nicht gesprochen worden, weil dort von globaler Lösung für alle atomaren Arsenale die Rede war. Details der operativ-taktischen Raketen hätten aus Zeitgründen nicht erörtert werden können. Gorbatschow habe dann in Prager Rede sowjetisches Zugeständnis formuliert, Null-Lösung für operativ-taktische Nuklearwaffen vorzuschlagen, obwohl SU hier qualitativ und quantitativ einen Vorteil habe.²⁸

BM bat, dazu Stellung zu nehmen, warum PIa nicht mit AM Shultz im April in Moskau besprochen wurde.²⁹ AM antwortete, man habe mit Shultz über operativ-taktische Raketen als Klasse parallel zu LRINF gesprochen, mit dem Ziel, beide zu beseitigen, was bei operativ-taktischen Raketen schneller gehen könne. Unausgesprochen habe man damit auch die in der Bundesrepublik stationierte PIa erfaßt.

BM wollte als zweite Frage wissen, ob SU bereit wäre, auch bei LRINF weltweit auf Null zu gehen und auf 100 Sprengköpfe in Asien zu verzichten. AM erwiderte, die heutige Position der SU liege im Rahmen von Reykjavik und stelle deshalb kein Hindernis für den Abschluß der INF-Vereinbarung (amerikanische Präsidentschaftswahlen³⁰) dar.³¹ Bundesregierung solle auf nukleare Sprengköpfe PIa verzichten.

BM erklärte, wir würden uns nicht an die Stelle der USA als Verhandlungspartner der SU setzen. Wir seien am Erfolg der INF-Verhandlungen interessiert. Der Standpunkt der Bundesregierung, auf der Grundlage der Erklärung der Koalitionsparteien vom 1.6. und der Regierungserklärung vom 4.6., sei bekannt. Er wolle von sich aus sagen, daß wir herzlich wünschen würden, wenn man sich schon jetzt bei den LRINF auf eine globale Null-Lösung verständigen könnte.

AM betonte, daß SU der PIa entscheidende Bedeutung beimesse, da von dieser Frage der Abschluß³² des INF-Abkommens abhängen. Was brauche Bundesregierung zusätzlich von SU, um zur Beseitigung der PIa zu kommen? BM habe von 100 Sprengköpfen in USA und Asien gesprochen.

BM erwiderte, er wolle sich nicht an die Stelle des Verhandlungspartners setzen, wir wollten keine Atommacht sein. Es ginge bei PIa um eine bestehende Zusammenarbeit, wie die USA das der SU erläutert haben. Beide Seiten könnten

²⁶ So in der Vorlage.

²⁷ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 2 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

²⁸ Zur Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 10. April 1987 vgl. Dok. 109.

²⁹ Zum Besuch des amerikanischen Außenministers Shultz vom 13. bis 15. April 1987 in der UdSSR vgl. Dok. 102 und Dok. 115.

³⁰ Am 8. November 1988 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

³¹ Korrigiert aus: „hin“.

³² Korrigiert aus: „Frage des Abschlusses“.

die Angelegenheit hier nicht weiterbringen. Niemand dürfe sich an die Stelle eines anderen setzen.

AM zeigte sich enttäuscht, in dieser Frage keinen Fortschritt erzielen zu können, und versuchte, einerseits ÖSSR und DDR, andererseits britische und französische Systeme in die Diskussion einzubeziehen³³. BM trat diesen Versuchen entgegen und bat, das Thema nicht zu komplizieren. Er wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß Bundesregierung sowohl die Genfer Erklärung vom 8.1.85 als auch die erreichten Annäherungen der beiden Großmächte auf dem Gipfel in Reykjavik im Oktober 1986 von allen am nachdrücklichsten unterstützt habe. AM betonte, daß SU Bundesrepublik für wichtigen Partner halte, der gewichtige Stimme im Bündnis habe.

Zu den strategischen Waffen betonte BM, Bundesregierung sehe großen Wert in 50-prozentiger Reduzierung der strategischen Waffen. AM betonte sowjetische Bereitschaft zur Beseitigung aller nuklearen Waffen bis zum Jahr 2000.

An dieser Stelle wurde das Gespräch unterbrochen und vereinbart, es bei Mittagessen fortzusetzen.

2) Im Anschluß an das Gespräch wurde das Protokoll über wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit unterzeichnet, durch³⁴ das ein Jahr nach BM-Besuch in Moskau WTZ und die drei dazugehörigen Ressortabkommen über Zusammenarbeit in kerntechnischer, gesundheitlicher und landwirtschaftlicher Forschung³⁵ in Kraft tritt.

3) Beim Mittagessen in etwas erweitertem Kreis (auf deutscher Seite zusätzlich: Botschafter Meyer-Landrut) wurde Gespräch über Rüstungskontrolle und Abrüstung fortgesetzt. Beide Seiten stimmten darin überein, daß sowohl Delegationsleiter bei WFT und KRK in Wien als Abrüstungsbeauftragte, verstärkt durch militärische und andere Experten, intensiven Meinungsaustausch über alle Elemente des Vergleichs von Militärdoktrinen führen sollten. Botschafter Meyer-Landrut schlug zusätzliche Seminare auf Expertenebene vor, was AM mit Zustimmung aufnahm. BM legte westliche Philosophie auf der Grundlage der Bündnisentscheidungen vom Dezember 86³⁶ und Juni 87³⁷ dar. Zur Gestaltung der KRK-Verhandlungen im KSZE-Rahmen sprachen sich beide Minister dafür aus, die N+N-Staaten realistisch zu berücksichtigen.

Gespräch wandte sich dann bilateralen Fragen zu. BM würdigte Anstieg der Ausreisezahlen deutschstämmiger Sowjetbürger und wies auf deutsches Interesse an Verbesserung der Reisemöglichkeiten sowie der Stärkung der Möglichkeiten zur Bewahrung nationaler und kultureller Identität der Menschen deutscher Nationalität in der SU hin. Jetzige Ausreisepraxis dürfe keine Eintagsfliege sein.³⁸ AM machte deutlich, daß sich die sowjetische Regierung sowohl der Ausreisefälle als auch der Besuchsreisen verstärkt annehme. Im übrigen verwies

³³ Korrigiert aus: „einzuziehen“.

³⁴ Korrigiert aus: „Zusammenarbeit, durch“.

³⁵ Zu den am 22./23. April bzw. 4. Mai 1987 unterzeichneten deutsch-sowjetischen Ressortabkommen vgl. Dok. 126, Anm. 20.

³⁶ Zur NATO-Ministerratstagung am 11./12. Dezember 1986 in Brüssel vgl. AAPD 1986, II, Dok. 359 und Dok. 363.

³⁷ Zur NATO-Ministerratstagung am 11./12. Juni 1987 in Reykjavik vgl. Dok. 170 und Dok. 174.

³⁸ Zur Ausreise Deutschstämmiger aus der UdSSR vgl. Dok. 43, Anm. 15.

er auf Förderung von Deutsch als Fremdsprache in der SU. Deutsche hätten Rechte wie andere Nationalitäten in der SU. BM wandte dagegen ein, daß diese nicht über ein autonomes Gebiet verfügten.

AM äußerte Interesse an baldigem Zustandekommen gemeinsamer Erklärung RGW–EG und wies auf offene Frage der Geltungsbereichsklausel hin.³⁹ Botschafter Meyer-Landrut erläuterte Position der Gemeinschaft und unterstrich Notwendigkeit, Geltungsbereichsklausel in den Wortlaut der Erklärung aufzunehmen. SU könne dazu einseitige Erklärung ggfs. in Zusatzprotokoll aufnehmen.

Beide Minister sprachen sich dafür aus, das Umweltabkommen auf der Grundlage der Einigung der Verhandlungsdelegationen zu finalisieren. (Sowjetischer Wunsch nach Änderung der Aufführung Berliner Experten wird damit nicht weiter verfolgt.)

Deutsche Seite beanstandete unvollständige Wiedergabe der Tischrede des Bundespräsidenten in der zentralen sowjetischen Presse⁴⁰ sowie Nichtmöglichkeit der Fernsehaufzeichnung der Tischreden. Sowjetische Seite sagte Prüfung einer Möglichkeit für den Bundespräsidenten zu, seine Auffassungen dem sowjetischen Publikum über das Fernsehen außer der Diskussion mit Studenten⁴¹ bekannt zu machen.

Botschafter Meyer-Landrut sprach AM am Rande des Essens auf Einladung des Botschafters der Präsidentschaft⁴² zum Mittagessen mit den zwölf EG-Botschaftern an. AM stellte Teilnahme grundsätzlich in Aussicht, die ihm aus zeitlichen Gründen leider noch nicht möglich gewesen sei.

[gez.] Richthofen

VS-Bd. 14155 (010)

³⁹ Zu den Verhandlungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und dem RGW vgl. Dok. 177, Anm. 31.

⁴⁰ Zur gekürzten Wiedergabe der Rede des Bundespräsidenten Freiherr von Weizsäcker vom 6. Juli 1987 in der sowjetischen Tageszeitung „Prawda“ vgl. Dok. 203, Anm. 13.

⁴¹ Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker diskutierte am 7. Juli 1987 mit 20 sowjetischen Studenten im sowjetischen Fernsehen „Gostelradio“.

⁴² Rudolph Anton Thorning-Petersen.

Dänemark hatte vom 1. Juli bis 31. Dezember 1987 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

205

Botschaftsrat Spohn, Santiago de Chile, an das Auswärtige Amt**Fernschreiben Nr. 217****Aufgabe: 9. Juli 1987, 09.00 Uhr¹****Ankunft: 9. Juli 1987, 17.17 Uhr**Betr.: Haftfall Brinkmann²Bezug: DB Nr. 206 vom 30.6.87 – RK 544.80³DE Nr. 117 vom 30.6.87 – 330-504.00 CHL⁴**Zur Unterrichtung**

1) Am 30.6. habe ich bei Direktor für bilaterale Beziehungen Figueroa erneut demarchiert und unser nachhaltiges Interesse an rascher Freilassung von Frau B. ausgedrückt.

2) Am 3.7. (Freitag) unterrichtete mich Botschafter Calderón, daß sämtliche drei Verteidiger in dem Verfahren gegen Aval Castro u. a. (darunter Frau B.) dem „Auditor“ des Militärgerichts (Rechtsberater) Absicht mitgeteilt hätten, alle ihnen zur Verfügung stehenden Fristen und Rechtsmittel auszuschöpfen sowie Kopie der Prozeßakten zu verlangen. Haltung der Verteidiger, so Botschafter Calderón, erschwere Durchführung der von Außenministerium mit Militärgericht in Valdivia vereinbarten Formel (Urteil in erster Instanz mit Aussetzung der Haftstrafe). Solange Verteidiger ihre Haltung nicht änderten, könne und wolle Außenministerium nichts mehr unternehmen.

3) RK-Referent⁵ reiste daraufhin umgehend zur Klärung des Sachverhalts nach Valdivia. Aus Gesprächen mit allen Beteiligten am 6. (Montag) und 7. Juli ergibt sich folgende Situation:

¹ Das Fernschreiben wurde von Legationsrat I. Klasse Haller, Santiago de Chile, konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Klaiber am 10. Juli 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.

Hat Genscher am 12. Juli 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „[Siehe] [Seite] 3.“ Vgl. Anm. 8.

Hat Oberamtsrat Kusnezow am 13. Juli 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an das Büro Staatssekretäre, Ministerialdirektor Schlagintweit, Ministerialdirigent von Schubert und Referat 330 verfügte. Dazu vermerkte er handschriftlich: „S. Anmerk[un]g BM auf Seite 3.“

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnach am 13. Juli 1987 vorgelegen, der verfügte: „Im Rücklauf dem Herrn Staatssekretär vorzulegen.“

Hat Staatssekretär Sudhoff vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat Schlichting am 16. Juli 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „013“.

² Zum Haftfall Brinkmann vgl. Dok. 10, Anm. 5.

³ Botschaftsrat Spohn, Santiago de Chile, berichtete, die chilenische Militärstaatsanwaltschaft habe am 26. Juni 1987 der Verteidigung formell die Anklageschrift zugestellt, in der Brinkmann vorgeworfen werde, „den in Artikel 8 Waffenkontrollgesetz aufgeführten Straftatbestand der ‚Organisierung von bewaffneten Gruppen‘ zu erfüllen sowie „im ‚Klandestinen‘ gearbeitet“ zu haben: „Mit vorgeschlagenem Strafmaß von drei Jahren und einem Tag bleibt Militärstaatsanwalt in der Mitte des gesetzlich vorgeschriebenen Strafrahmens von 541 Tagen und fünf Jahren.“ Vgl. Referat 330, Bd. 142967.

⁴ Vortragender Legationsrat I. Klasse Heubach informierte die Botschaft in Santiago de Chile, daß im Haftfall Brinkmann „sich Parlamentarier nachdrücklich nach o. a. Angelegenheit erkundigt“ hätten. Die Botschaft solle „chilenische Seite auf drängendes Interesse an rascher Erledigung nachdrücklich hinweisen“. Ministerialdirektor Schlagintweit werde den chilenischen Botschafter Riesco auf den Fall ansprechen. Vgl. Referat 330, Bd. 142967.

⁵ Dieter Haller.

3.1) Nach Notifizierung der Anklage am 26.6. haben sich die drei im Prozeß tätigen Verteidiger in Absprache mit ihren 13 Mandanten, wie von chilenischem Außenministerium behauptet, darauf verständigt, alle ihnen zur Verfügung stehenden Rechtsmittel entgegen dem ausdrücklichen Ratschlag der Botschaft an Verteidiger Concha auszuschöpfen. Im einzelnen:

- Inanspruchnahme der prozeßrechtlich möglichen maximalen Einlassungsfrist von 60 Tagen (Art. 153 Código Militar) zur Anklageerwiderung (Antrag wurde bereits gestellt).
- Antrag auf Überlassung einer Kopie der Prozeßakten (wurde ebenfalls gestellt, Ablehnung ist angekündigt, jedoch noch nicht offiziell mitgeteilt worden).
- Berufung gegen eine Entscheidung des Militärstaatsanwalts hinsichtlich eines Teilaspekts des Verfahrens (vorläufige Einstellung der Untersuchung von angeblichen Folttervorwürfen während erster U-Haft-Tage im Falle von Francisco García, s. auch Ziffer 3.3). Rechtsmittel wurde am 3.7. zum letztmöglichen Zeitpunkt eingelegt, kann aber jederzeit zurückgenommen werden. Prozeßakten aber angeblich z.Z auf dem Weg zum Corte Marcial in Santiago.

3.2) Zur Begründung ihrer Prozeßstrategie wiesen Verteidiger insbesondere hin auf

- die unschlüssige und oberflächliche Beweisführung durch Militärstaatsanwalt,
- im Falle von Frau B. auf Nichtberücksichtigung ihrer Straffreiheit und ihrer guten Führung („buena conducta“), was sich negativ auf Festsetzung des Strafmaßes auswirken wird,
- Ablehnung der zahlreichen, von Verteidigung gestellten Anträge, die im Rahmen der militärjustitiellen „Scheinlegalität“ ordentliche Verteidigung der Inhaftierten sicherstellen sollten.

3.3) Militärstaatsanwalt Ruiz hält eine Entscheidung in erster Instanz in ca. 10 bis 14 Tagen unter der Voraussetzung, daß Verteidiger alle erschwerenden Anträge zurücknehmen, für möglich. Individuelle Urteilsfällung, also Abtrennung des Verfahrens von Frau B., sei aus prozeßrechtlichen Gründen allerdings nicht möglich (Übereinstimmung mit Rechtsanwalt Concha). Er kenne Interessenslage der Botschaft, Haltung der Verteidiger sei ihm daher unverständlich. Die eingelegte Berufung im Fall Francisco García betreffe ein bereits freigelassenes Mitglied der Gruppe, für den er 61 Tage Haft gefordert habe, die im übrigen mit U-Haft bereits abgegolten wären.

3.4) Frau B., deren Allgemeinbefinden unverändert ist, gab zu erkennen, daß es in den vergangenen Tagen eine „Vertrauenskrise“ zwischen Inhaftierten und Verteidigern gegeben habe, die inzwischen jedoch überwunden sei. Nach Notifizierung der Anklage habe RA Concha im Gespräch im Gefängnis geäußert, daß es wohl am besten sei, wenn Urteil nicht vor 1989 zustande käme, da die Freilassung politischer Gefangener unter einer demokratischen Regierung leichter zu bewerkstelligen wäre.⁶ Daraufhin hätten die drei weiblichen Inhaftierten RA Concha einen Brief geschrieben und darum gebeten, weitere Rechts-

⁶ Zum Zeitplan der chilenischen Regierung für die Rückkehr zur Demokratie vgl. Dok. 10, Anm. 9.

mittel nur einzulegen, falls es aus rechtsstaatlichen Gesichtspunkten absolut notwendig sei. Rechtsberater des Vikariats Ivan Neira hätte sie inzwischen von dieser Notwendigkeit überzeugt. Befragt, ob sie mit einer „bevorzugten Behandlung“, wie vom Außenministerium angestrebt, einverstanden wäre, sagte Frau B. wörtlich: „Ich will nicht, daß irgend etwas getan wird, was der Gruppe schadet.“

4) RK-Referent hat gegenüber Verteidiger Concha, Rechtsberater Ivan Neira, Frau B. und Familienangehörigen von Frau B. deutlich darauf hingewiesen, daß Freilassung nur im Zusammenwirken mit chilenischer Seite möglich ist. Weder wolle Bundesregierung Wahrheitsfindung unmöglich machen – Anwälte könnten ihre Anträge auf Verhandlung in zweiter Instanz konzentrieren –, noch in irgendeiner Weise Anerkenntnis der Schuldvorwürfe präjudizieren. Bisher hätte argumentiert werden können, daß chilenische Seite Prozeß nicht zügig geführt habe. Sollten Verteidiger im Benehmen mit ihren Mandanten jedoch bei ihrer jetzigen Haltung bleiben und durch Rechtsmittel Urteilsfindung erster Instanz verzögern, würden sie große Verantwortung auf sich nehmen. Verteidiger sagten zu, Position zu überdenken. Sie argumentierten, daß chilenische Seite bislang Kooperationsbereitschaft nicht erkennbar signalisiert habe. Zahlreiche Zusagen des Außenministeriums seien bislang nicht erfüllt worden. Sie, die Verteidiger, hätten die moralische Pflicht, alles in ihren Kräften Stehende zu tun, um eine Verurteilung zu verhindern.

5) Bewertung

Prozeß ist in wichtige Phase getreten.

Nach Strategie der chilenischen Seite soll Freilassung von Frau B. im Anschluß an Urteil erster Instanz erfolgen. Ein solcher Urteilsspruch scheint in etwa zwei Wochen technisch möglich zu sein. Urteil betreffe gesamten Komplex und alle Mitangeklagten. Da Berufung zum Corte Marcial möglich ist, in zweiter Instanz alle Tat- und Rechtsfragen aufgeworfen werden können, impliziert diese Möglichkeit zur Freilassung von Frau B. nicht einen unzumutbaren Verzicht auf Wahrheitsfindung.

Verteidiger neigen, aus was für Gründen auch immer, dazu, ihre eigenen Überlegungen über unsere „Opportunitätserwägungen“ zu stellen. Sie wurden aber auf ihre Verantwortung hingewiesen.

Sie haben Entscheidung über Rücknahme des eingelegten Rechtsmittels bis Freitag, 10.7.87, zugesagt.

Frau B. bleibt sich selbst treu und vor allen Dingen der Gruppe verpflichtet. Sie will nicht, daß nach außen hin etwas geschieht, was sie erkennbar aus der Gruppensolidarität herauslöst oder ihre Privilegierung erkennen läßt.

Dank der Haltung der Anwälte (s. Ziffern 3.2/3.3) hat sich das Außenministerium uns gegenüber zunächst aus der Pflichtnahme herausmanövrieren können. Der Wechsel in der Person des Außenministers am 7.7.⁷ hat unsere Lage zusätzlich kompliziert. Vor weiteren Schritten möchte Botschaft abwarten, ob Anwälte

⁷ Der bisherige chilenische Innenminister García löste im Zuge einer Kabinettsumbildung Jaime del Valle Alliende als Außenminister ab.

jetzt nicht doch bereit sind mitzuwirken, die erste Instanz unverzüglich abzuschließen und chilenische Seite beim Wort zu nehmen.⁸

[gez.] Spohn

Referat 330, Bd. 142967

206

Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, an das Auswärtige Amt

VS-NfD

Fernschreiben Nr. 2214

Aufgabe: 9. Juli 1987, 10.45 Uhr¹

Ankunft: 9. Juli 1987, 17.49 Uhr

Betr.: Staatsbesuch des Bundespräsidenten in SU²;
hier: Gespräch mit Gorbatschow am 7.7.1987³

Zur Unterrichtung

Gorbatschow (G.) begann das Gespräch (zwei Stunden 20 Minuten, auf deutscher Seite noch BM und ich, auf sowjetischer Seite AM Schewardnadse, Botschafter

⁸ Bundesminister Genscher vermerkte an dieser Stelle handschriftlich: „Die Prozeßtaktik müssen die Inhaftierten und ihre Anwälte entscheiden. Die Argumente des chil[enischen] Außenministeriums sind nur Ausflüchte. Als die Freilassung von Frau B. im Zusammenhang mit und beim Be[su]ch des AM von diesem zugesagt wurde, war von einem Urteil erster Instanz nicht die Rede. Offensichtlich kann und darf es eine Zusage der Regierung nicht geben.“

Am 17. Juli 1987 führte Staatssekretär Sudhoff gegenüber dem chilenischen Botschafter Riesco aus, „daß der frühere chil. AM del Valle Herrn BM und dem deutschen Botschafter in Santiago wiederholt Zusagen über die bevorstehende Freilassung von Frau Brinkmann gemacht habe. Nichts sei in der Zwischenzeit geschehen. Die Bundesregierung fühle sich von der chil. Regierung getäuscht und erwarte, daß die chil. Regierung ihre auf Ministerebene gegebenen Zusagen unverzüglich einlöst. Der Fall Brinkmann würde sonst zu einer schweren Belastung der deutsch-chilenischen Beziehungen führen.“ Der Botschafter habe auf die Gewaltenteilung und die Unabhängigkeit der Justiz in Chile verwiesen und für Geduld geworben. Vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Heubaum vom 17. Juli 1987; Referat 330, Bd. 142967.

Vortragender Legationsrat Ischinger vermerkte am 17. September 1987 für Genscher, Botschafter Kullak-Ublick, Santiago de Chile, habe telefonisch mitgeteilt, daß Botschaftsrat Spohn am selben Tag Frau Brinkmann „das Angebot der chilenischen Regierung (das der chilenische Außenminister persönlich dem Botschafter übermittelt hatte) vorgetragen“ habe. Dieses laute: „Haftentlassung gegen Kautio[n], falls Frau Brinkmann einen entsprechenden Antrag stellt und dann bereit ist, nach Deutschland auszureisen.“ Vgl. Referat 330, Bd. 142967.

Kullak-Ublick teilte am 19. September 1987 mit, Brinkmann habe das Angebot noch am 17. September angenommen. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 342; Referat 330, Bd. 142967.

Vortragender Legationsrat Bettzuege notierte am 28. September 1987, weisungsgemäß habe er Brinkmann am 26. September 1987 „bei ihrer Rückkehr aus Chile am Abend auf dem Frankfurter Flughafen als Vertreter des Auswärtigen Amtes und namens des Ministers begrüßt“. Vgl. Referat 330, Bd. 142967.

¹ Das Fernschreiben wurde von Botschaftsrat I. Klasse Haak, Moskau, konzipiert und in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 15.

Hat Vortragendem Legationsrat Libal am 10. Juli 1987 vorgelegen.

² Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker, der von Bundesminister Genscher begleitet wurde, besuchte die UdSSR vom 6. bis 11. Juli 1987. Vgl. dazu auch Dok. 200, Dok. 203, Dok. 204 und Dok. 212.

³ Zum Gespräch vgl. auch GORBATSCHOW UND DIE DEUTSCHE FRAGE, Dok. 16. Vgl. ferner GENSCHER, Erinnerungen, S. 543 f.; GORBATSCHOW, Erinnerungen, S. 701 f.; KWIZINSKI, Sturm, S. 418–423.

Kwizinskij und GS-Berater Tschernjajew) unter Anknüpfung an Gespräch mit BM im Juli 1986⁴: Damals aufgeschlagene „neue Seite“ sei unausgefüllt geblieben. Gefahr der Ausfüllung mit „unangenehmen Dingen“ habe bestanden, sei aber nicht eingetreten. Besuch des Bundespräsidenten sei hierfür Bestätigung. Jedoch habe es den Anschein, daß sich die Führung des Landes, mit dem sich die Beziehungen entwickeln sollten (gemeint: wir), nicht anstrengte. Zwar kenne er, G., die Stimmung der Bevölkerung bei uns und auch offizielle Erklärungen, aber in der Sache habe er keine Bewegung feststellen können. Eher sei die Entwicklung der 70er Jahre in Gefahr geraten. (Weiter ausholend:) Bei prinzipieller Betrachtung der Beziehungen bestehe auf sowjetischer Seite Überzeugung, daß uns Geschichte zum Miteinander verpflichte. Dabei gebe es „gute und bittere“ Perioden, insbesondere Zweiten Weltkrieg. Schlußfolgerung: „Wir müssen gute Beziehungen entwickeln.“

Zusammenfassend stellte G. zwei Aspekte heraus, unter denen die Sowjets das Verhältnis zu uns betrachteten:

- 1941, als die Deutschen vor Moskau standen, sei immerhin aus dem Kreml zu hören gewesen: „Die Hitlers kommen und gehen, das deutsche Volk bleibt.“⁵ Dieses Gefühl für die Realität habe die Sowjets auch heute nicht verlassen.
- Die Sowjets seien sich der Bedeutung der „BRD“ in Europa und der Welt sowie insbesondere ihrer potentiellen Möglichkeiten zur Beeinflussung der Lage in Europa zum Guten bewußt. Die SU entwickle ihre Beziehungen zu uns auf dieser realistischen Grundlage.

G. drehte sodann den Spieß gleich um und plädierte für ein „entsprechend realistisches Herangehen“ der Bundesrepublik gegenüber der SU, um dann die Deutsche Welle aufs Korn zu nehmen.⁶ Vielleicht gefalle uns nicht die sowjetische Politik – was in der SU vorgehe, die Ordnung in der SU. Er hoffe, daß wir sowjetisches Volk nicht darüber belehren wollen, wie es leben solle. Auch Sowjets fänden bei uns nicht alles gut. Trotzdem müßten wir miteinander leben – „so wie wir sind“. Sowjets bemühten sich derzeit um tiefgreifende Änderungen (Pereostroika), einige seien schon durchgeführt, andere stünden noch bevor. Nur die Deutsche Welle – eine staatliche Anstalt – schimpfe weiter. Sowjetische Seite warte, daß dieses „Nest des Antisowjetismus“, das auf die 60er Jahre (die schlechteste Zeit unserer Beziehungen) zurückgehe, von selbst absterbe.

⁴ Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 21. Juli 1986 in Moskau vgl. AAPD 1986, II, Dok. 209.

⁵ Im Befehl Nr. 55 vom 23. Februar 1942 führte der Volkskommissar für Verteidigung, Stalin, aus, es sei wahrscheinlich, daß der Krieg zur Befreiung der UdSSR „zur Vertreibung oder Vernichtung der Hitlerclique führen wird“. Diese sei aber nicht mit dem deutschen Volk gleichzusetzen: „Die Erfahrungen der Geschichte besagen, daß die Hitler kommen und gehen, aber das deutsche Volk, der deutsche Staat bleibt.“ Vgl. STALIN, Über den Großen Vaterländischen Krieg, S. 49f.

⁶ Zu den sowjetischen Störaktionen gegen die Deutsche Welle vgl. Dok. 177, Anm. 24. Ministerialdirigent Kastrup wies die Botschaft in Moskau am 2. Juli 1987 an, im sowjetischen Außenministerium unter Verweis auf die Einstellung der Störungen gegen russischsprachige Sendungen von BBC und Voice of America ein Ende der Störpraxis gegen die Deutsche Welle gemäß „den einschlägigen internationalen Vereinbarungen“ zu erbitten: „Es sollte betont werden, daß diese Frage bewußt vor dem Staatsbesuch an die sowjetische Seite herangetragen werde. [...] Es besteht die Absicht, das Thema bei dem Staatsbesuch zu behandeln, wenn es bis dahin nicht zu einer Lösung gekommen sei.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 717; Referat 213, Bd. 143617.

G. skizzierte dann sowjetische Haltung zur Entwicklung der bilateralen Beziehungen: Wir spürten hoffentlich, daß sich die SU ändere, auch in ihrem internationalen Verhalten – wobei er gleich hinzufügte, daß dies nicht etwa erfolge, um den USA oder der „BRD“ zu gefallen, sondern im eigenen Interesse. Er erklärte: „Wir wollen auch die Beziehungen zur BRD auf ein neues, normales Niveau anheben.“ SU sei für seriösen, ständigen politischen, offenen und ausgiebigen Dialog, der alle Fragen einbeziehe. Sowjetische Seite sei für Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen, außerdem für Weiterentwicklung der Beziehungen auf den Gebieten Wissenschaft, Jugend, Sport, kulturelle Kontakte und auch auf humanitärem Gebiet – Sowjets hätten damit keine Schwierigkeiten. Probleme bei einzelnen Fragen änderten nichts am grundsätzlichen sowjetischen Herangehen. Zwei so große und solide Staaten müßten miteinander gute Beziehungen haben.

Bundespräsident begann mit persönlicher Bemerkung, daß er Zweiten Weltkrieg vom ersten bis zum letzten Tag als Soldat miterlebt habe, und verwies auf seinen Besuch am Grabmal des Unbekannten Soldaten sowie auf Leningrad-Aufenthalt 1973⁷ – um im⁸ Geist, von dem seine Generation beseelt sei, zu unterstreichen: alles in ihren Kräften Stehende zu tun, um die junge Generation vor einem neuen Krieg zu bewahren! Er dankte für Ehrengarde zum deutschen Soldatenfriedhof. Diskussion heute morgen mit 20 jungen Menschen habe ihn zuversichtlich gestimmt. Bundespräsident lud GS ein, auch seinerseits bei Besuch in BR Deutschland mit jungen Menschen zu diskutieren. Er unterstrich Offenheit, mit der sich seine jungen Gesprächspartner geäußert hätten, und Bedeutung, die freimütiger Ausdruck der Gefühle zwischen Deutschen und Russen im Verhältnis der Völker spiele. Er nannte Gefühl der Verantwortung vor der Geschichte und als Nachbarn auf einer immer enger zusammenwachsenden Welt. Seiner Erkenntnis nach wachse bei jungen Leuten das Gefühl dafür, daß das, was wir nur noch gemeinsam lösen können, zunimmt, und das, was uns trennt, durch neues Denken unter Aufgabe von Schablonen zu überwinden ist.

Zu Perspektiven in den internationalen Beziehungen übergehend, stellte Bundespräsident fest, daß weitreichende Vereinbarungen zwischen Ost und West heranreifen. Für richtige Entscheidungen seien langfristige Perspektiven erforderlich. Er stelle Frage in den Raum, wie die Welt, wie Europa an der Jahrtausendwende aussehen werde. Vorstellung vom „gemeinsamen europäischen Haus“⁹ hätten wir aufmerksam und dankbar zur Kenntnis genommen.

Einwurf von Gorbatschow: Wie finden Sie den Begriff?

Bundespräsident: Eine gute Richtschnur. Wichtig sei, wie die Hausordnung aussieht, wie der Zugang zu den Wohnungen beschaffen ist, was das Haus für die Zukunft sicher macht. Zum letzteren: Er sei dafür, daß die menschenbedrohenden Waffen abgeschafft werden müssen. Bundespräsident betonte aber darüber hinaus allgemein, daß Kriege nicht mehr wie früher führbar sein dürften. Er

⁷ Als Teil einer fünfköpfigen Bundestagsdelegation besuchte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Freiherr von Weizsäcker, vom 24. September bis 2. Oktober 1973 die UdSSR. Vgl. dazu AAPD 1973, II, Dok. 293.

⁸ Korrigiert aus: „als“.

⁹ Zur Vorstellung des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, daß Europa ein „gemeinsames Haus“ sei, vgl. Dok. 43, Anm. 11.

räumte ein, daß den Sowjets vielleicht nicht alle Äußerungen bei uns gefallen, stellte aber heraus, daß wir in Deutschland wegen der hier bestehenden großen Bedrohung auch das größte Interesse am Frieden haben.

Bundespräsident unterstrich Bedeutung langfristig konzipierter Kooperation für die Vertrauensbildung. Er erläuterte dies anhand der drei Körbe von Helsinki¹⁰. Großes Gewicht von Korb 1 bei den Sicherheitsfragen, große Bedeutung von Korb 3 für uns, Weg hierzu führe über Korb 2. Wir wollten hieran sowohl bilateral wie auch mit der EG im Rahmen des gesamteuropäischen Konzepts aktiv mitwirken. In diesem Zusammenhang verfolgten wir die „Perestroika“ mit großem und positivem Interesse. Die mitgereisten Sachverständigen könnten ihren Beitrag dazu leisten, das „aufgeschlagene Blatt“ mit Ideen zur langfristigen Zusammenarbeit zu füllen.

G. versicherte, daß die vom Bundespräsidenten entwickelten Überlegungen und Schlußfolgerungen für langfristige Perspektiven auf sowjetischer Seite adäquate Antwort finden werden. Er äußerte aber Befürchtung, daß Bonner Politik zu stark auf Einzelgeschehnisse und zufällige Ereignisse reagiert, so daß Hindernisse und Elemente des Schwankens und der Ungewißheit in die Beziehungen gelangen. Er erinnerte BM an Gespräch vom Vorjahr: Über G.s Bemerkung, er höre aus Bonn „Übersetzungen aus dem Englischen“, habe sich BM seinerzeit geärgert. G. hielt nichtsdestoweniger fest, daß er das, was er vom Bundespräsidenten jetzt gehört habe, schätze. Er stellte die Frage in den Raum: „Können wir schon heute Beziehungen auf neuer Grundlage haben oder müssen wir noch warten?“ Er wies darauf hin, daß nur dann etwas erreicht werden kann, wenn man einander entgegenkommt. Er beteuerte die sowjetische Bereitschaft hierzu. Aber wenn die andere Seite nicht wolle, müsse man halt abwarten. G. unterstrich, daß er die Ausführungen des Bundespräsidenten als für die sowjetische Führung wichtig zur Kenntnis genommen habe.

Bundespräsident räumte Einzelereignisse ein, die – von lang eingefressenem Mißtrauen genährt – entsprechende Reaktionen hervorrufen. Er betonte demgegenüber die langfristige Anlage der Beziehungen und zitierte hierzu Adenauer, der in seinen letzten Jahren für langfristige Basis der Beziehungen zur SU gewirkt habe. Er wies andererseits auf Moskauer Vertrag¹¹ hin, der für alle Regierungen feste Grundlage der Beziehungen zur SU gewesen sei und bleibe. Moskauer Vertrag habe die anderen Ostverträge, das Vier-Mächte-Abkommen¹² und die Schlußakte von Helsinki ermöglicht. Er sei Grundlage, die Störungen zu diskutieren und zu lösen erlaube. Mit größeren und kleineren Vorkommnissen müsse man fertig werden.

G. erklärte sich mit dem Gesagten zu Moskauer Vertrag, Ostverträgen und Helsinki-Schlußakte einverstanden, es „höre sich gut an“. Aber während diese Verträge Grenzaussage und Lageanerkennung nach Zweitem Weltkrieg enthielten, hörten die Sowjets immer wieder von Offenheit der deutschen Frage,

¹⁰ Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

¹¹ Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354 f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, II, Dok. 387 und Dok. 388.

¹² Für den Wortlaut des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin vom 3. September 1971 sowie des Schlußprotokolls vom 3. Juni 1972, mit dem das Abkommen in Kraft trat, vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 174 vom 15. September 1972, Beilage, S. 44–73. Vgl. dazu auch AAPD 1971, II, Dok. 281.

Problemen mit Jalta¹³ und Potsdam¹⁴, Ungeklärtheit von Territorialfragen. „Kann man mit so einer Regierung handeln?“

Bundespräsident betonte noch einmal Achtung des Moskauer Vertrages durch alle Bundesregierungen und unterstrich Bedeutung der Zusammenarbeit für Deutsche, die als Nation in zwei Staaten leben.

G. betonte, daß er nicht über den Begriff der Nation philosophieren wolle, er unterstreiche aber den politischen Aspekt, daß die zwei Staaten zwei verschiedenen Systemen angehören. Er äußerte Verständnis dafür, daß beide Staaten einen besonderen Beitrag für den Frieden leisten müssen. Aber alles, was darüber hinausgehe, könne bei den Nachbarn (er nannte Polen, SU, auch die DDR) fragwürdig erscheinen. G. räumte ein, daß über die Lage in Europa und in der Welt in hundert Jahren die Geschichte entscheiden werde. Er machte aber ganz deutlich, wie er sich unsere Rolle heute vorstellt: „Wenn Sie einen anderen Weg einschlagen, dann ist das sehr gefährlich, hier muß volle Klarheit bestehen.“

Bundespräsident vertrat Auffassung, daß die Geschichte der Deutschen nie den Deutschen allein gehört habe. Sie seien immer auf die Haltung der Nachbarn – hier verwies der Bundespräsident auf die deutsch-französischen Beziehungen – angewiesen gewesen. Wir seien uns der Bedeutung der „politischen Architektur“ in den europäischen Beziehungen bewußt. Er nannte als Voraussetzungen hierfür „Offenheit und Klarheit“. Bundespräsident machte deutlich: Wir wollen keine Grenzen verändern, aber ihnen den trennenden Charakter nehmen.

¹⁵G. kam in diesem Zusammenhang auf Gespräch mit einem Tankwart in der Nähe von Frankfurt bei seinem Besuch in der BR Deutschland 1975¹⁶ zurück, das er auch bereits BM gegenüber im Juli 1986 erwähnt hatte. Auf Klage des Tankwarts darüber, daß Deutschland geteilt sei, habe er geantwortet, daß die SU seinerzeit gegen Teilungspläne gewesen sei und für Souveränität und Einheit eingetreten sei. Er habe auf Zeitfolge des Entstehens von BRD und DDR hingewiesen. Er habe seinerzeit auch klargemacht, daß deutsche Teilung von westlichen Staaten zu vertreten sei und Gesprächspartner die Schuldigen im eigenen Lande suchen solle.

Inzwischen seien Realitäten geschaffen worden und im Moskauer, Warschauer und Prager Vertrag¹⁷ anerkannt worden. Nur auf ihrer Basis sei aktive Zu-

¹³ In Jalta trafen vom 4. bis 11. Februar 1945 Premierminister Churchill, Präsident Roosevelt und der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare der UdSSR, Stalin, zusammen. Für den Wortlaut des Kommuniqués, des Protokolls über die Tätigkeit der Konferenz und der Abkommen über Kriegsgefangene und Zivilpersonen bzw. über Fragen des Fernen Ostens vgl. FRUS, Malta and Yalta 1945, S. 968–987. Für den deutschen Wortlaut vgl. TEHERAN–JALTA–POTSDAM, S. 183–196.

¹⁴ Auf der Konferenz vom 17. Juli bis 2. August 1945 in Potsdam trafen die Premierminister Churchill bzw. ab 28. Juli 1945 Attlee mit Präsident Truman und dem Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare der UdSSR, Stalin, zusammen. Für den Wortlaut des Kommuniqués vom 2. August 1945 über die Konferenz von Potsdam („Potsdamer Abkommen“) vgl. DzD II/1, S. 2102–2148.

¹⁵ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 2215 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

¹⁶ Das Mitglied des ZK der KPdSU, Gorbatschow, nahm vom 6. bis 13. Mai 1975 auf Einladung der DKP an Veranstaltungen zum 30. Jahrestag des Kriegsendes teil. Vgl. dazu GORBATSCHOW, Erinnerungen, S. 167 f.

¹⁷ Für den Wortlaut des Vertrags vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik und Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 362 f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, III, Dok. 588 und Dok. 589.

Für den Wortlaut des Vertrags vom 11. Dezember 1973 über die gegenseitigen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der ČSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 990–992. Vgl. dazu auch AAPD 1973, III, Dok. 412.

sammenarbeit möglich. G. wandte sich dagegen, diese Basis durch Fragen heute zu unterminieren. Um so wichtiger sei der Meinungsaustausch. Die Sowjets achteten die Realität, sie achteten die Deutschen in der BRD und der DDR. „Aber wie die Zukunft wird, darüber lassen Sie die Geschichte urteilen.“

Bundespräsident wies auf seine Rede zum 8. Mai 1985¹⁸ hin (Tag der Befreiung trotz schwerer Schicksale auch danach). Er betonte, daß wir auf dem Boden der Realitäten und der Verträge stehen. Dies sei Position aller Bundesregierungen und auch des Bundeskanzlers. Die Bundesrepublik Deutschland bestehe in Europa als mittlere Macht und habe Gewicht. Auf dieser Grundlage zu breiter Zusammenarbeit zu finden, sei Aufgabe der heutigen Generation. Er plädierte dafür, die Gunst der Stunde zu nutzen. Auf wirtschaftlichem Gebiet seien wir weiter als noch vor zehn oder 20 Jahren, als wir uns gegenseitig Schwäche gewünscht hätten. Auf beiden Seiten werde jetzt die wachsende Interdependenz anerkannt. Rückgang des deutsch-sowjetischen Handels sei nicht auf uns oder SU zurückzuführen. Wir steuerten auf gemeinsame Unternehmen zu, die auf Drittmärkten anbieten können. Bundespräsident wies hierbei auf Bedeutung des Marktes für die Preisgestaltung und Währungsfragen hin. Er begrüßte Ausbildungsprogramme. All dies seien Felder, wo Chancen für Zusammenarbeit bestünden.

Hierauf ging auch Gorbatschow noch einmal positiver und konkreter auf die deutsch-sowjetischen Beziehungen ein. Er bat, dem Bundeskanzler herzlichen Gruß zu übermitteln. In der sowjetischen Führung bestehe das Gefühl, daß es notwendig sei, unsere Beziehungen neu zu überdenken. Er lade den BK und die „Führung“ der Bundesrepublik Deutschland ihrerseits ein, die Beziehungen neu zu überlegen – sowjetische Seite sei hierzu bereit. Sowjetische Seite erkenne die Bedeutung und Lage der Bundesrepublik an und hoffe, daß auch die SU richtig gesehen werde. Wichtig sei der Abbau von Komplexen, z. B. des Feindbildes in bezug auf die SU. G. erkannte an, daß, wenn die BRD nicht stabil sei, auch Europa und auch die Welt nicht stabil sein könnten. Er gab zu: Wenn wir Kooperation haben, können wir Stabilität erreichen. Hierüber könne gesprochen werden, wenn er in der Bundesrepublik oder Herr Kohl in Moskau sei.

Über die deutsch-russischen und deutsch-sowjetischen Beziehungen und ihre Rolle in der Gegenwart habe er bereits mit BM Genscher gesprochen. Wir könnten einen großen Schritt aufeinander zugehen – auch unter Beibehaltung unserer Werte und Ideologien. Dies könnte ein historischer Schritt sein. Im einzelnen führte G. hierzu aus:

- Wir sollten wissen, daß Sowjets in ihren Plänen davon ausgehen, daß Sicherheit der Bundesrepublik in vollem Maße gewährleistet wird.
- Korb II sei besonders aussichtsreich für Aufbau neuer Beziehungen, wenn ...¹⁹ Beschränkungen fallen²⁰ und keine Probleme mit EG bestehen.
- Für weitgehenden Austausch ohne Behinderungen, aber auch ohne Einmischung in innere Angelegenheiten.

¹⁸ Für den Wortlaut der Rede des Bundespräsidenten Freiherr von Weizsäcker am 8. Mai 1985 im Bundestag vgl. BULLETIN 1985, S. 441–446.

¹⁹ Unvollständige Übermittlung des Drahtberichts.

²⁰ Korrigiert aus: „allen“.

- Korb III werde in der Regel zur Einmischung in innere Angelegenheit benutzt, dies sei inakzeptabel und werde von SU nicht zugelassen werden.

(Wieder zu grundsätzlichen Erwägungen zurückkehrend:) In der sowjetischen Öffentlichkeit gebe es trotz des Auf und Ab in der Geschichte Interesse an Deutschland, an den Deutschen, an der BRD. Wenn Sowjets vom „europäischen Haus“ redeten, dann dächten sie an Integrationsprozesse im Westen und im Osten, aber auch an übergreifende Vorgänge. SU wolle nicht der „BRD“ gefallen oder die „BRD“ bekehren. Aber für europäischen Aufbau sei nach sowjetischer Auffassung umfangreiche Kooperation „SU/BRD“ erforderlich.

Bundespräsident unterstrich, daß über alle drei Körbe, so wie sie von Gorbatschow konkretisiert worden seien, Verständigung erzielt werden könne. Zur Sicherheit gehöre, daß man sich über Bedrohungen verständige und sie beseitige. Sich gegenseitig Sicherheit zuzubilligen, sei wesentlicher Teil der Abrüstung. Bundespräsident plädierte für tatkräftige Zusammenarbeit in Korb II und Besuchsmöglichkeiten nach Korb III. Er unterstrich Wichtigkeit der von G. erwähnten Integrationsprozesse auch über bereits bestehende Organisationen hinaus.

G. deutete als gefährlichen Aspekt „integrierte Möglichkeit zur Schaffung geheimer Waffensysteme auf konventionellem Gebiet“ an und erinnerte in diesem Zusammenhang an V2. Er sprach von geheimen Versuchen, Überlegenheit zu erlangen, während die andere Seite abrüstet. Er habe derartige Informationen. Es sei wichtig, militaristische Tendenzen im Zaum zu halten. Nicht die Militärs, sondern die Politiker müßten die Zukunft gestalten.

Auch Bundespräsident betonte Verantwortung der Politiker, nicht des Militärs.

Gorbatschow: Krieg nicht mehr Politik mit anderen Mitteln.

Bundespräsident: Dies wäre unverantwortlich.

G. betonte, daß wir ein neues Bewußtsein brauchen, und zwar bei

- Überlebensfragen,
- Ökologie,
- wissenschaftlich-technischer Revolution,
- auf sozialem Gebiet,
- Informationsproblematik,
- Manipulationsmöglichkeiten: Hier gebe es neue Tatsachen und Realitäten: Wenn wir nicht in den nächsten zehn bis 20 Jahren hiermit fertig würden, könne sich eine höchst bedenkliche Entwicklung ergeben.

Er sei Kommunist, und Bundespräsident gehöre der CDU an – „wir müssen miteinander leben“. Wichtig sei es, die Dinosaurier in der Politik loszuwerden.

Bundespräsident betonte, daß wir uns aufeinander zu bewegen und daß wir uns bemühen müssen, den anderen bei seinem Versuch zur Wahrheitsfindung zu achten. Wir müßten den Hunger überwinden und Probleme der Energiepolitik lösen. Auf beiden Seiten stelle sich die Frage, wie wir die jungen Leute ansprechen, in ähnlicher Weise.

G. wertete das Gespräch mit Bundespräsident abschließend als „positives, gehaltvolles Gespräch“. Er betonte noch einmal, daß wir die Beziehungen in allen

Aspekten auf eine neue Grundlage stellen müssen. „Wenn Sie bereit sind, dann denken Sie darüber nach. Wenn es geht, ist es gut. Wenn nicht, werden wir weiter warten. Wir haben es nicht eilig.“ Er sei bereit, darüber bei evtl. Besuch in der BR Deutschland oder Besuch des BK in SU weiter zu sprechen. Der Besuch des Bundespräsidenten sei in jedem Falle wichtig. Wenn er den Anfang für eine neue Entwicklung in den Beziehungen bilde, dann sei er in der Tat von größter Bedeutung.

Bundespräsident verwies auf sein Buch, in dem er zentrale Aufgabe der Verbesserung der Beziehungen mit der SU angesprochen habe.²¹ Er erwähnte Fall Rust²²: Er habe den Eindruck, daß SU den „Rust-Streich“ sachgemäß und ohne Verzögerung weiter behandeln werde. Wir würden dann entsprechend verfahren.

Sein Besuch in SU finde großes Echo in D. Man wünsche Verfestigung und Vertiefung der Beziehungen. Bundespräsident sprach auch Härtefälle an und bat um Prüfung in humanitärem Geist. (Härtefall-Liste wurde von mir übergeben.²³)

Abschließend unterstrich er noch einmal die Zielsetzung seiner Reise, wertete sie als Glied einer Kette und verwies auf die Einladung Gorbatschows nach Bonn oder möglichen Besuch des BK in Moskau.

G. erklärte abschließend, „er sei mit dem Gespräch und auch persönlich von der Begegnung befriedigt“.

[gez.] Meyer-Landrut

Referat 213, Bd. 147123

²¹ Vgl. Richard VON WEIZSÄCKER, Von Deutschland aus, Berlin 1985, S. 71f.

²² Zum Haftfall Mathias Rust vgl. Dok. 160.

²³ Ministerialdirektor Oesterhelt vermerkte am 25. August 1987: „Anlässlich des Staatsbesuchs des Herrn Bundespräsidenten in der Sowjetunion wurden der sowjetischen Seite Listen mit insgesamt 215 humanitären Fällen übergeben. Hiervon entfielen 132 Anliegen auf die Liste des Auswärtigen Amts, 78 Familienzusammenführungsfälle auf die des Deutschen Roten Kreuzes und fünf auf die des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestages. Die Liste des Auswärtigen Amts enthält 93 von der Botschaft in Moskau zusammengestellte Fälle, 27 Verlobten-, Heirats- und Besuchsreisefälle sowie 12 sonstige Fälle (Inhaftierte, Dissidenten und dgl.). Nach der sowjetischen Mitteilung vom 3.8.1987 sind insgesamt 41 Fälle gelöst (19,1%), davon 15 durch bereits erfolgte Ausreise.“ Positiv zu werten sei, daß die UdSSR „überhaupt geantwortet hat. Bei vergleichbaren Anlässen in früheren Jahren wurde entweder gar nicht oder erst nach sechs bis neun Monaten eine Stellungnahme übermittelt. Die sowjetische Reaktion auf unser Hauptanliegen (Lösung von Härtefällen der Familienzusammenführung) kann mit dem positiven Abschluß von gut einem Drittel der angesprochenen Anliegen als insgesamt zufriedenstellend angesehen werden.“ Vgl. Referat 213, Bd. 147123.

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek

431-491.09 OST-SB 1

13. Juli 1987¹Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister³

Betr.: Deutsch-österreichische Verhandlungen über ein Abkommen zur Regelung von Fragen gemeinsamen Interesses im Zusammenhang mit kerntechnischen Anlagen⁴

Zweck der Vorlage: Zur Information⁵

I. Sachstand

1) Seit fast drei Jahren verhandelt die Bundesregierung (BMU) über ein bilaterales Abkommen zur Regelung von Fragen gemeinsamen Interesses im Zusammenhang mit kerntechnischen Anlagen. Nach mehreren Verhandlungsrunden und zusätzlichen Expertengesprächen Ende März 1987 konnten die Texte weitgehend festgelegt und das Abkommen so vorbereitet werden, daß es nach einer abschließenden Runde paraphiert werden könnte.⁶

2) Das jetzt vorgesehene Abkommen ist ziemlich einseitig darauf zugeschnitten, Österreich – das selbst auf die Nutzung der Kernenergie verzichtet hat⁷ – über den Bau und Betrieb deutscher Nuklearanlagen zu informieren. Extremforderungen, vor allem der österreichischen Bundesländer, nach direkter Beteiligung österreichischer Bürger am deutschen atomrechtlichen Genehmigungs- sowie

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ritter von Wagner und Vortragendem Legationsrat Blankenstein konzipiert.

² Hat Staatssekretär Ruhfus am 20. Juli 1987 vorgelegen.

³ Hat Bundesminister Genscher vorgelegen.

Hat Oberamtsrat Kusnezow am 6. August 1987 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 431 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnach am 7. August 1987 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ritter von Wagner am 7. August 1987 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Blankenstein „n[ach] R[ückkehr]“ verfügte.

⁴ Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem österreichischen Außenminister Jankowitsch am 28. August 1986 in Wien; AAPD 1986, II, Dok. 226.

⁵ An dieser Stelle handschriftliche Ergänzung: „und Zustimmung zu II. 4)“.

⁶ Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit übermittelte dem Auswärtigen Amt sowie den Bundesministerien des Innern und der Justiz am 14. April 1987 den Entwurf einer Vereinbarung mit Österreich über Fragen gemeinsamen Interesses im Zusammenhang mit kerntechnischen Anlagen (mit Stand vom 31. März 1987) nebst dem Entwurf eines Notenwechsels und von Österreich bzw. der Bundesrepublik abzugebender einseitiger Erklärungen. Dazu teilte es mit, der Entwurf „soll Basis sein für die vierte, möglichst abschließende Verhandlungsrunde mit dem Ziel der Paraphierung. Diese Verhandlungsrunde soll nach Möglichkeit noch vor Ende Juni 1987 stattfinden.“ Vgl. das Schreiben; Referat 203 (202), Bd. 140564.

⁷ Bei einer Volksabstimmung am 5. November 1978 in Österreich wurde mit 50,5 % der abgegebenen gültigen Stimmen bei einer Wahlbeteiligung von 64,1 % die Inbetriebnahme des neu errichteten Atomkraftwerks Zwentendorf abgelehnt. Der österreichische Nationalrat beschloß daraufhin mit Bundesgesetz vom 15. Dezember 1978 „über das Verbot der Nutzung der Kernspaltung für die Energieversorgung in Österreich“ („Atomsperrgesetz“), den Bau neuer Atomkraftwerke bzw. die Inbetriebnahme bestehender zu verbieten. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH 1978, S. 4044.

eventuellen Gerichtsverfahren und nach Fernmelde-Standleitungen zwischen Strahlungsmeßpunkten bei deutschen Kernanlagen und österreichischen Verwaltungsbehörden haben wir in den Verhandlungen teilweise zurückgedrängt; sie sind jetzt im Rahmen des verfassungsrechtlich Zulässigen berücksichtigt. Dabei war in Rechnung zu stellen, daß das Abkommen mit Österreich als Muster für die Nachverhandlung bestehender bzw. den Abschluß neuer Verträge mit den Nachbarn Dänemark, Norwegen, Niederlande, Luxemburg, Frankreich und der Schweiz, aber auch der DDR und⁸ der ČSSR, dienen wird.

Über die beiden entscheidenden, bislang noch offenen Punkte haben sich BMU und österreichisches Außenministerium wie folgt geeinigt:

- Bei Nuklearanlagen in Grenznähe (30km) bestehen weitgehende Informationspflichten. Derartige Anlagen („geborene“ Anlagen) gibt es zwar gegenwärtig nicht und wird es auch in absehbarer Zukunft nicht geben. Durch Notenwechsel kann diese Vereinbarung aber auch auf nicht grenznahe Anlagen („gekörene“ Anlagen) ausgedehnt werden. Wir haben dafür bereits die KKW Isar 1 und 2 sowie die WAA Wackersdorf angeboten, an denen Österreich vor allem interessiert ist.
- Die Offenlegung von Unterlagen im Zusammenhang mit dem Genehmigungsverfahren für Anlagen, die in den Geltungsbereich des Abkommens fallen, wird auch im Nachbarland erfolgen und eine Stellungnahme der Bürger dieses Nachbarlands im Verfahren ermöglichen; Zustimmungsrechte bestehen nicht.

3) Als für die Durchführung des vorgesehenen Abkommens praktisch allein zuständiges Bundesland war Bayern von Anfang an über den Gang der Verhandlungen informiert und hatte sich auch an der deutschen Verhandlungsdelegation beteiligt. Es artikulierte seine Bedenken gegen einzelne Punkte des vorgesehenen Abkommens jedoch erst bei der formellen Abstimmung des Verhandlungsergebnisses durch den BMU. Die wesentlichste Beanstandung richtet sich gegen die Ausweitung des Begriffs „grenznahe Anlagen“ durch den vorgeschlagenen Notenwechsel. Bayern schlägt statt dessen folgende Formulierung vor: „Im Einzelfall kann eine Unterrichtung auch über nicht grenznahe Anlagen bis zu einer Entfernung von 100km von der gemeinsamen Grenze stattfinden.“⁹

4) Wegen der bayerischen Bedenken konnte die ursprünglich noch vor der Sommerpause vorgesehene letzte Verhandlungsrunde mit Paraphierung bisher nicht stattfinden, obwohl die österreichische Seite auf Einhaltung der Terminzusage drängte und der österreichische Botschafter¹⁰ bei StS Sudhoff demarchierte.¹¹

⁸ Die Wörter „der DDR und“ wurden handschriftlich eingefügt.

⁹ Vgl. das Schreiben des Bayerischen Staatsministeriums für Landesentwicklung und Umweltfragen an das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit vom 25. Juni 1987; Referat 431, Bd. 153269.

¹⁰ Friedrich Bauer.

¹¹ Am 6. Juli 1987 teilte die österreichische Botschaft mit: „Die österreichische Seite wäre an einem baldigen Abschluß der Verhandlungen interessiert und würde es deshalb bedauern, wenn neuerlich – wie schon vor der dritten Verhandlungsrunde – bundesdeutsche Terminschwierigkeiten, selbst wenn sie mit personellen und strukturellen Veränderungen im zuständigen Fachressort zusammenhängen, zu einer weiteren Verzögerung führen sollten.“ Vgl. Referat 431, Bd. 153269.

II. Bewertung

1) Die Bundesregierung würde – sollte sie sich die bayerischen Forderungen zu eigen machen – in zwei für Österreich entscheidenden Punkten von dem bisher erzielten Verhandlungsergebnis abrücken:

- Die Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf (130km von der Grenze) wäre nicht mehr einbezogen.
- Für Anlagen zwischen 30 und 100km bestünde nur eine „Kann“-Regelung.

2) Diese bayerischen Forderungen dürften für Österreich unakzeptabel sein und zu einem Scheitern der Verhandlungen führen. Österreich hatte von Anfang an keinen Zweifel gelassen, daß eine Einbeziehung der WAA Wackersdorf in den Geltungsbereich des Abkommens Hauptziel der Verhandlungen war. Besonders nach dem Unfall von Tschernobyl¹² hatte die deutsche Seite dagegen auch keine sachlichen Einwände mehr erhoben, diskutiert wurde nur noch die rechtstechnisch-systematische Unterbringung dieser Materie im Abkommen.

3) Die Bedenken Bayerns sind weniger aus der Sache heraus begründet, sondern beruhen vermutlich auf der großzügigen Duldung oder sogar Förderung von Demonstrationen durch Kernkraftgegner seitens österreichischer Stellen an der deutschen Grenze oder bei der WAA Wackersdorf selbst (oder beim Opernball in Wien). In ihrer Wirkung laufen die bayerischen Bedenken jetzt auf eine gezielte Torpedierung der deutsch-österreichischen Vertragsverhandlungen und auf eine Demütigung Österreichs hinaus.

4) Eine Deblockierung wird sich wahrscheinlich erst nach einem Gespräch auf politischer Ebene ergeben, zumal Bayern – wie aus dem BMU zu hören war – bereits durch Schreiben von StM Stoiber an PStS Gröbl im BMU und BM¹³ Schäuble im BK diese Ebene gewählt hat. Falls BK Kohl wieder seinen Urlaub in Österreich verbringt, dürfte er vom österreichischen BK Vranitzky bei einem eventuellen Treffen auf diese Frage angesprochen werden.

5) Das Auswärtige Amt kann nur mäßigend auf die Beteiligten einwirken, um eine Belastung des deutsch-österreichischen Verhältnisses zu verhindern, sollte aber vermeiden, sich direkt in die bayerisch-österreichischen Querelen hineinziehen¹⁴ zu lassen. Möglicherweise wäre in einem späteren Stadium hilfreich, ein Gespräch BMU–AA–Bayerische Landesregierung¹⁵ auf StS-Ebene anzuregen.¹⁶ Abteilung 2 hat mitgezeichnet.

Jelonek

Referat 431, Bd. 153269

¹² Zum Reaktorunfall von Tschernobyl am 26. April 1986 vgl. Dok. 26, Anm. 16.

¹³ Korrigiert aus: „StM“.

¹⁴ Der Passus „sollte aber ... hineinziehen“ wurde von Staatssekretär Ruhfus hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]!“.

¹⁵ Die Wörter „Gespräch BMU–AA–Bayerische Landesregierung“ wurden von Staatssekretär Ruhfus hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Allenfalls nach Ausschöpfen aller anderen Möglichkeiten.“

¹⁶ Vortragender Legationsrat I. Klasse Holthoff vermerkte am 1. Oktober 1987, bei den bilateralen Staatssekretärskonsultationen am 30. September 1987 habe der Generalsekretär im österreichischen Außenministerium, Klestil, bezüglich des Abkommens zur Regelung von Fragen gemeinsamen

208

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Schröder

341-321.10 CHN VS-NfD

13. Juli 1987¹

Betr.: Reise des Bundeskanzlers nach China, 12.–19.7.1987²;
 hier: Tibetteil; Gespräch mit Kelsang Gyaltsen, Repräsentant Sr. Heiligkeit des Dalai Lama in Zürich

1) Im Vorlauf der Reise Bundeskanzler Kohls nach China bat Kelsang Gyaltsen, Repräsentant Sr. Heiligkeit des Dalai Lama³ in Zürich, das Bundeskanzleramt um die Möglichkeit, den Standpunkt des Dalai Lama bzw. der Exiltibeter zur Reise des Bundeskanzlers nach Tibet und zur Lage in Tibet vortragen zu können. Gyaltsen wurde vom Bundeskanzleramt an das AA weiterverwiesen. Am 10.7., 14.00 bis 14.50 Uhr, kam ein Gespräch zwischen Gyaltsen und dem zuständigen Länderreferenten⁴ zustande.

2) Gyaltsen leitete das Gespräch damit ein, daß er – recht taktvoll – bedauerte, lediglich von einem Referenten wahrgenommen zu werden. Der Dalai Lama und damit er selber bemühten sich jedoch, jede Möglichkeit zur Darlegung ihrer Haltung zu Tibet zu nutzen, daher werde auch die sich mit dem Gespräch mit dem Länderreferenten bietende Möglichkeit dankbar angenommen.

Im einzelnen erklärte Gyaltsen dann folgendes:

- Er bedauere, daß Bundeskanzler Kohl Tibet besuche.⁵ Der Besuch müsse von den Chinesen als Unterstützung des Status quo aufgefaßt werden und schwäche damit die Position der Tibeter. Nach Einschätzung der Tibeter sei Tibet ein mit Waffengewalt besetztes Land unter militärischer Fremdherrschaft.
- Tibet sei gegenwärtig einer gesteigerten Gefahr ausgesetzt. China versuche die Identität der Tibeter durch eine massive Einwanderungs- und Sinisierungs politik zu verwässern und zuletzt zu eliminieren. (Gyaltsen sprach von 7,5 Mio.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1039

Interesses im Zusammenhang mit kerntechnischen Anlagen mitgeteilt, „AM Mock habe anlässlich der IDU-Tagung in Berlin mit Strauß ein Gespräch geführt, das nach Mocks Eindruck gut verlaufen sei. D4 schilderte, wie wir mit großer Mühe den Vertrag fertiggestellt hätten, jetzt machten Länder Schwierigkeiten.“ Vgl. Referat 431, Bd. 153269.

¹ Durchdruck.

² Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl in der Volksrepublik China vgl. Dok. 209, Dok. 213 und Dok. 222.

³ Tenzin Gyatso.

⁴ Helmuth Schröder.

⁵ In der Presse hieß es: „Für Mitte des Monats hat sich Bundeskanzler Helmut Kohl für einen touristischen Tibet-Besuch angesagt und wird damit der erste westliche Regierungschef sein, der – im Amt – das umstrittene Gebiet besucht und damit der Einverleibung des Territoriums verspätet (und wohl ungewollt) Anerkennung verschafft. [...] Zuvor hatte die deutsche Botschaft in Peking in Telegrammen an das Auswärtige Amt dem Kanzler geraten, auf den Tibet-Abstecher zu verzichten. [...] Kohl war übrigens selber auf die Idee der Tibet-Reise gekommen. Er hatte seinen Wunsch den Chinesen vortragen lassen. Die Regierung in Peking hatte gar nicht darauf gehofft, daß ein westlicher Politiker die Anerkennung Tibets als Teil Chinas aus eigenen Stücken betreibt.“ Vgl. den Artikel „Reklamemacher für China“, GENERAL-ANZEIGER vom 7. Juli 1987, S. 12.

Chinesen in Tibet, meinte dabei jedoch Groß-Tibet mit Teilen der Provinzen Qinghai, Gansu, Sichuan und Yunnan.)

- Die Religionsfreiheit in Tibet sei reduziert auf die Freiheit zu wenigen Kulturlandungen. Die Religionsunterweisung und das Studium der Religion blieben weiter verboten.
- Die Lage Tibets werde durch den zunehmenden Tourismus zusätzlich gefährdet. Der Tourismus böte Investitions-, Arbeits- und Einkommensmöglichkeiten, die noch zusätzliche Chinesen ins Land zögen, da die Tibeter weniger qualifiziert seien, die sich mit dem Tourismus bietenden Möglichkeiten zu nutzen. Er verkenne jedoch nicht, daß der Tourismus andererseits „Zeugen“ nach Tibet brächte, deren Anwesenheit die Chinesen daran hindern könnte, die tibetische Bevölkerung zu offensichtlich zu drangsaliieren. Auch in Tibet gebe es daher Stimmen, die einen Besuch wie den des Bundeskanzlers begrüßten. Bei der Abwägung aller Pro- und Kontra-Argumente überwögen für ihn jedoch die Gründe für eine Ablehnung solcher Besuche.
- Falls die Bundesregierung sich überlege, etwas für Tibet zu tun, böte sich der Bereich Bildung an. Durch bessere Ausbildung könnten Tibeter in die Lage versetzt werden, sich effektiver für die Zukunft ihres Landes einzusetzen.
- Im Verlauf des Gesprächs erwähnte Gyaltzen, ihm sei bekannt, daß BK Kohl in Tibet mit dem Panchen Lama⁶ zusammentreffen werde.⁷ Der Panchen Lama sei ein aufrechter tibetischer Patriot; leider werde er aber im Gespräch mit dem Kanzler nur das sagen können, was die Chinesen von ihm verlangten. Falls der Bundeskanzler mit dem Panchen Lama zusammentreffen sollte⁸, wäre er im übrigen dankbar, wenn auch der Dalai Lama bei sich bietender

⁶ Thrinle Lhündrub Chökyi Gyeltshen.

⁷ Botschafter Hellbeck, Peking, teilte am 9. Juli 1987 mit: „Panchen Lama soll 1951 chinesische Armee ins Land gerufen haben, wurde trotz seiner prochinesischen Haltung während Kulturrevolution verfolgt und inhaftiert, wurde aber nach seiner Rehabilitierung Abgeordneter des N[ationalen]V[olks]K[ongresses] und ist inzwischen einer der Vizepräsidenten des NVK mit ständigem Wohnsitz in Peking. [...] Nachdem BK sich entschlossen hat, mit ganzer Delegation nach Tibet zu reisen, würde Ablehnung eines Treffens mit Panchen Lama chines[ische] Seite, die große Anstrengungen gemacht hat, um der Delegation die Reise nach Tibet zu ermöglichen, mit Sicherheit verstimmen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1691; Referat 341, Bd. 142561.

Zu einem möglichen Treffen des Bundeskanzlers mit dem Panchen Lama vermerkte Vortragender Legationsrat Elbe am selben Tag: „Wie Leiter Ministerbüro am 8.7.1987, 22.30 h, mitgeteilt hat, bittet BM dringend darum, vorerst keine Stellungnahme abzugeben. Die Angelegenheit bedürfe zunächst einer gründlichen Prüfung der völkerrechtlichen und politischen Fragen“. Vgl. Referat 341, Bd. 142561.

⁸ Botschafter Hellbeck, Peking, berichtete am 10. Juli 1987, er habe dem chinesischen Außenministerium „von Wunsch des BK unterrichtet, in Lhasa beim alten Programm zu bleiben und auf Begegnung mit Panchen Lama zu verzichten“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1725; Referat 341, Bd. 142561. Hellbeck ergänzte am selben Tag, das chinesische Außenministerium habe ihm mitgeteilt, „daß chin[esische] Seite weiter auf Treffen des Panchen Lama mit Bundeskanzler beharrt. Der Panchen Lama sei ein bedeutender Volksführer, der sich zur Zeit [...] in Tibet aufhalte, um am regionalen Volkskongreß Tibets teilzunehmen. [...] Es gehe der chinesischen Seite nur um ein Zusammentreffen und nicht um ein substantielles Gespräch.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1727; Referat 341, Bd. 142561. Vortragender Legationsrat I. Klasse Scheel antwortete noch am 10. Juli 1987: „BK bleibt bei seiner Entscheidung, nicht mit Panchen Lama zusammenzutreffen. Chinesisches Protokoll hat während Besuchsvorbereitung zu Recht auf gesundheitliche Risiken Tibet-Aufenthalts Kanzlerdelegation hingewiesen. Tibet-Teil des Programms ist so stark mit Terminen ausgefüllt, daß weiterer Programmpunkt nicht aufgenommen werden konnte und sollte.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 5493; Referat 341, Bd. 142561.

Gelegenheit vom Bundeskanzler empfangen werden könnte. Ich verhielt mich zu diesem Vorschlag rezeptiv.

Auf die Frage, warum der Bundeskanzler Tibet besuche, erläuterte ich Gyaltzen, daß die Bundesregierung mit dem Besuch versuche, einen positiven Schritt für Tibet und die Tibeter, die Erhaltung ihrer Eigenständigkeit und Kultur zu tun. Die Bundesregierung glaube, daß es besser sei, sich auf diese Weise positiv zu dem Thema Tibet zu äußern, als Tibet weiter als weißen Fleck auf der Landkarte zu betrachten.⁹

Abschließend fragte Gyaltzen, ob einer seiner Vertreter sich regelmäßig mit mir unterhalten könne, um Informationen über Tibet auszutauschen. Ich habe diese Möglichkeit begrüßt.

Schröder¹⁰

Referat 341, Bd. 142561

⁹ In der „Sprachregelung des Bundeskanzleramts zum Besuch BK in Tibet“, die Vortragender Legationsrat Schröder der Botschaft in Peking am 9. Juli 1987 übermittelte, hieß es: „In Übereinstimmung mit der gesamten Staatengemeinschaft – einschließlich des Nachbarlandes Indien – sieht die Bundesregierung Tibet als Teil des chinesischen Staatsverbandes an. Innerhalb der Volksrepublik China hat Tibet den Status einer Autonomen Region, der seiner Bevölkerung eine Reihe ethnischer Sonderrechte sichert. [...] Das ‚Dach der Welt‘, das Volk der Tibeter und ihre eigenständige Kultur zwischen zwei Hochkulturen haben die Deutschen stets in besonderem Maße fasziniert. Deutsche Wissenschaftler haben in der Erforschung von Geographie, Sprache und Kultur Tibets eine hervorragende Rolle gespielt. Vor diesem Hintergrund wäre es falsch, dieses Land – 30 Jahre nach seiner faktischen Wiedereingliederung in den chinesischen Staatsverband – weiterhin als weißen Fleck auf der Landkarte zu behandeln. Im Gegenteil: Wir haben ein Interesse, diesem Land, das zu den weniger entwickelten Regionen Chinas zählt, und seiner Bevölkerung, die einen Platz im Herzen der Deutschen hat, zu helfen.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 655; Referat 341, Bd. 142561.

¹⁰ Paraphr.

209

**Staatssekretär Ruhfus, z.Z. Peking,
an das Auswärtige Amt**

VS-NfD

Fernschreiben Nr. 1

Citissime

Aufgabe: 13. Juli 1987, 22.47 Uhr¹

Ankunft: 13. Juli 1987, 18.12 Uhr

Betr.: Besuch des BK in der VR China (12.–19.7.1987)²;
hier: Erstes Gespräch mit MP Zhao Ziyang am 13. Juli 1987,
außenpolitischer Teil³

Außenpolitischer Teil des ersten Gesprächs des BK mit MP Zhao Ziyang ergab weitgehende Übereinstimmung in der Bewertung des Standes der West-Ost-Beziehungen, einschließlich der Abrüstungsfrage, der Entwicklung in der Sowjetunion und Osteuropa (von Zhao gebilligte Einschätzung des BK: skeptischer Optimismus) wie auch der Beziehungen China–Osteuropa, China–Westeuropa, Westeuropa–Osteuropa. Zhao betonte nachdrücklich den Fortbestand der drei Hindernisse⁴, insbesondere die Notwendigkeit einer Lösung der Kambodscha- und der Afghanistan-Frage. Bisher habe SU zwar erkennen lassen, daß sie Lösungen anstrebe, sie habe aber unakzeptable Bedingungen gestellt und nicht gezeigt, daß sie bereit sei, auf pro-sowjetische Regime zu verzichten. Dies laufe letztlich auf eine Forderung nach Anerkennung der vollendeten Tatsachen hinaus. BK hob dynamische Entwicklung der EG und konkrete Schritte bei der Fortentwicklung der deutsch-französischen Freundschaft hervor. Das Gespräch verlief in ausgesprochen freundschaftlicher Atmosphäre.

Im einzelnen

Der Bundeskanzler schilderte eingangs die Lage in der Europäischen Gemeinschaft. Die EG sei in einen wichtigen Abschnitt eingetreten. Es gebe zwar große Probleme, aber auch ein neues Tempo. Wir wollten den gemeinsamen Binnenmarkt in den 90er Jahren verwirklichen. Ziel sei 1992⁵, Skeptiker sagten, es

¹ Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 15.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Scheel am 14. Juli 1987 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat Schröder vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Zeller vorgelegen.

² Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl in der Volksrepublik China vgl. auch Dok. 213 und Dok. 222.

³ Staatssekretär Ruhfus, z.Z. Peking, ergänzte am 14. Juli 1987: „Fragen der bilateralen Zusammenarbeit kennzeichneten das erste Gespräch des Bundeskanzlers mit MP Zhao Ziyang am 13. Juli 1987 im Delegationsrahmen. [...] Gegenstand des ersten Teils war die Bewertung von Stand und Perspektiven der bilateralen Zusammenarbeit im Bereich der Politik, der Wirtschaft, der Entwicklung und der Kultur. Über den anschließenden zweiten Teil des Gesprächs über internationale Fragen erging bereits gesonderter Drahtbericht.“ Vgl. den Delegationsbericht Nr. 3; Referat 341, 142561.

⁴ Referat 213 führte am 4. März 1985 zur Haltung der Volksrepublik China gegenüber der UdSSR aus: „Die politischen Beziehungen sind durch gravierende Meinungsverschiedenheiten in folgenden Grundfragen (sog. drei Hindernisse) belastet: sowjetische Besatzung Afghanistans, sowjetische Unterstützung der vietnamesischen Expansion in Kambodscha, Grenzproblematik, Stationierung von SS-20 sowie sowjetischer Truppen an der sino-sowjetischen Grenze und in der Mongolei.“ Vgl. Referat 341, Bd. 133640.

⁵ Vgl. Artikel 13 der Einheitlichen Europäischen Akte vom 17. bzw. 28. Februar 1986; BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil II, S. 1107.

würde zwei oder drei Jahre länger dauern. Wichtig sei, daß ein großer Binnenmarkt entstehe.

Das Kernstück der Zusammenarbeit bilde die deutsch-französische Freundschaft. Diese würde noch weiter intensiviert, in den nächsten zwei bis drei Jahren würde die Zusammenarbeit im Bereich der Sicherheitspolitik und der Verteidigung intensiviert.⁶ Schon Adenauer und de Gaulle hätten dies im Auge gehabt, jetzt werde es verwirklicht. Er habe das Thema mit Präsident Mitterrand aufgenommen. In diesem Jahr würden erstmalig Manöver von Großverbänden mit zusammen 160 000 Soldaten durchgeführt.⁷ Ausbildungskurse für junge Offiziere würden zusammengelegt. Am Ende dieses Jahrhunderts hätten wir in beiden Ländern junge Generäle, die gemeinsam ausgebildet worden seien. Man müsse sich vorstellen, was dies nach zwei Weltkriegen bedeute. Im nächsten Jahr wollten die beiden Länder auch versuchsweise eine Brigade völlig integrieren.⁸ Diese Maßnahmen hätten auch strategische Auswirkungen. Frankreich sei Atommacht, wir nicht, wir wollen es auch nicht werden. Wir könnten aber gut mit Frankreich auf dem Verteidigungsgebiet zusammenarbeiten. Dies sei auch wichtig in der Perspektive der Beziehungen zu Osteuropa und zu Moskau.

BK bat um Beurteilung der Entwicklung in der Sowjetunion. Wir hätten hieran das größte Interesse. Die Sowjetunion sei in Osteuropa unser wichtigster Partner. Sie habe die Macht über 17 Millionen Deutsche in der DDR. Wenn die Sowjetunion wirklich zur Abrüstung bereit wäre, hätte dies für uns große Bedeutung. Wir investieren viel in die Verteidigung. Wir hätten im letzten Jahr die Wehrpflicht von 15 auf 18 Monate verlängern müssen, weil wir sonst wegen der niedrigeren Geburtenrate die Zahl von 500 000 Soldaten in der Bundeswehr nicht mehr erreichen könnten.⁹ Unsere Einschätzung der Entwicklung könne man als skeptischen Optimismus bezeichnen. Wir beobachteten auch die anderen Nachbarn und sprächen mit ihnen über Kooperation und Joint-ventures. Mit einigen WP-Ländern hätten wir sehr gute Beziehungen. Mit Ungarn gebe es dreihundert Kooperationsverträge. Die Beziehungen zu Moskau hätten sich jetzt wesentlich verbessert. Der Bundespräsident sei gerade dort gewesen.¹⁰ Das Gespräch entwickle sich, sei aber nicht frei von Problemen. Für Moskau seien wir das wichtigste NATO-Land Europas. Schon Lenin habe gesagt, alle Wege in Europa führten über Berlin. Das heißt, über Deutschland. Diese Problematik bleibe bestehen, aber es gebe Chancen für die Entwicklung.

Zhao führte aus, zur Zeit habe sich die Atmosphäre entspannt. Man könne aber noch nicht sagen, ob es eine wirkliche Entspannung geben werde. Denkbar sei ein Teilabkommen über die Abrüstung. Schwierig werde es jedoch sein,

⁶ Zu den deutsch-französischen sicherheitspolitischen Konsultationen vgl. Dok. 223 und Dok. 239.

⁷ Zur deutsch-französischen Heeresübung „Kecker Spatz“ vom 17. bis 24. September 1987 vgl. Dok. 276.

⁸ Zum Vorschlag des Bundeskanzlers Kohl für eine deutsch-französische Brigade vgl. Dok. 211.

⁹ Der Bundestag beschloß am 17. April 1986, die Dauer des Grundwehrdienstes ab 1. Juni 1989 von 15 auf 18 Monate zu erhöhen. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTS, 10. WP, 210. Sitzung, S. 16166.

Für den Wortlaut des Gesetzes vom 13. Juni 1986 zur Verbesserung der Wehrgerechtigkeit und Verlängerung der Dauer des Grundwehrdienstes vgl. BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil I, S. 873–878.

¹⁰ Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker, der von Bundesminister Genscher begleitet wurde, besuchte die UdSSR vom 6. bis 11. Juli 1987. Vgl. dazu Dok. 200, Dok. 203, Dok. 204, Dok. 206 und Dok. 212.

das Wettrüsten zwischen Ost und West, in erster Linie zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion, wirklich einzustellen. Sowohl Reagan als auch Gorbatschow hätten das Bedürfnis, die internationale Lage im gewissen Maße zu entspannen. Beide hätten aber das Ziel nicht aufgegeben, nach militärischer Überlegenheit zu streben.

Zu den regionalen Konflikten: Die Sowjetunion empfinde das Afghanistan- und Kambodscha-Problem als lästig. Sie wolle beide Probleme loswerden, wolle eine politische Lösung, sei aber nicht bereit, substantielle Zugeständnisse zu machen. Sie suche eine Lösung unter Aufrechterhaltung ihrer strategischen Interessen. Ihre Bedingungen seien für die betroffenen Länder unannehmbar. Deshalb sehe er kaum Möglichkeiten für eine baldige Lösung der Afghanistan- und Kambodscha-Frage. Die Sowjetunion habe sich bereit erklärt, sich aus Afghanistan zurückzuziehen, Vietnam aus Kambodscha. Beide wollten aber pro-sowjetische bzw. pro-vietnamesische Regime erhalten. Sie forderten einen Verzicht auf Einmischung von außen. Dies bedeute praktisch, daß die Sowjetunion bzw. Vietnam die Anerkennung der vollendeten Tatsache der Aggression verlangten.

Über die Lage in der Sowjetunion unter Gorbatschow habe er, Zhao, mit dem Kanzler vor zwei Jahren bei einem Spaziergang gesprochen.¹¹ Damals seien beide zu dem Ergebnis gekommen, Gorbatschow wolle die Innenpolitik verändern, die Außenpolitik aber nicht in der Substanz. Heute, zwei Jahre später, glaube er, daß Gorbatschow die Reformen wirklich wolle. Dieser habe eingesehen, daß die Sowjetunion ohne entschiedene Reformen, insbesondere in der Wirtschaft, ihre Stellung als Supermacht nicht behaupten könne. Ziel der Reformpolitik Gorbatschows sei es allerdings nicht, das Ringen um Hegemonie gegenüber den Vereinigten Staaten aufzugeben. Er wolle die Stellung der SU als Supermacht behaupten. Bei seiner Politik treffe er auf zwei Probleme, den Widerstand im Inneren und die schwere Last der Militärausgaben. Gorbatschow habe auf dem 27. Parteitag der KPdSU¹² und bei dem ZK-Plenum im Juni¹³ gezeigt, daß er entschlossen sei, den Widerstand im Innern zu beseitigen. Solange er mit sicheren Schritten weitergehe und nicht wie Chruschtschow seinerzeit gestürzt werde¹⁴, könne man mit einer Fortsetzung der Reformpolitik rechnen. Die Militärausgaben seien für Gorbatschow ein größeres Problem als der innere Widerstand. Diese belasteten nicht nur die Lage der SU, sondern auch die Ost-West-Beziehungen. Seit mehr als einem Jahr bewiese Gorbatschow in der Außenpolitik eine gewisse Flexibilität, weil er sich auf die Lösung von Fragen im Inland konzentrieren wolle. Es komme jetzt darauf an, ob die USA bereit seien, Gorbatschow Zeit zuzugestehen. Wenn Gorbatschow seine Reformen weiter betreiben wolle, müsse er auch die Außenpolitik anpassen. Es bleibe abzuwarten, wie weit er dabei gehen könne. Ohne eine solche Anpassung werde es ihm schwerfallen, auch die Reformen im Innern zu vollenden. China begrüße den neuen

¹¹ Ministerpräsident Zhao Ziyang hielt sich vom 8. bis 16. Juni 1985 in der Bundesrepublik auf. Für die Gespräche mit Bundeskanzler Kohl am 9./10. Juni 1985 vgl. AAPD 1985, I, Dok. 152 und Dok. 154.

¹² Der XXVII. Parteitag der KPdSU fand vom 25. Februar bis 6. März 1986 in Moskau statt. Vgl. dazu AAPD 1986, I, Dok. 68.

¹³ Zur Plenarsitzung des ZK der KPdSU am 25./26. Juni 1987 vgl. Dok. 160, Anm. 9.

¹⁴ Nikita Chruschtschow wurde auf der Plenarsitzung des ZK der KPdSU am 14. Oktober 1964 von seinem Amt als Erster Sekretär des ZK der KPdSU enthoben. Am 15. Oktober 1964 folgte seine Absetzung als Ministerpräsident.

Trend, beobachte die Entwicklung aber noch. Er stimme der Einschätzung des Kanzlers „skeptischer Optimismus“ zu.

¹⁵BK betonte die weitgehende Übereinstimmung der Einschätzung. Man müsse in Kontakt bleiben. Unsere beiden Länder hätten viele gemeinsame Interessen, obwohl wir regional unterschiedliche Perspektiven hätten. Er glaube, es gebe eine Chance, daß noch in diesem Jahr ein Vertrag zustande komme. Reagan wolle ihn. Er habe in Venedig lange unter vier Augen mit ihm gesprochen¹⁶, auch bei dem kürzlichen Besuch Reagans in Berlin und in der Bundesrepublik¹⁷. Wir hätten immer wieder betont, daß wir für eine weltweite Abschaffung der LRINF einträten. Wir wollten nicht unsere Probleme auf dem Rücken unserer Freunde in Asien lösen. Es sei auch die konventionelle Seite zu berücksichtigen. Wenn man ernst machen wolle, sei dies nur ein Anfang. Ein Problem sei, daß in Europa viele Leute Illusionen hätten, es wäre gut, wenn diese einmal im deutschen Fernsehen die Ausführungen Zhao Ziyangs erleben könnten.

Zhao fuhr fort, in den chinesisch-sowjetischen Beziehungen gebe es auf konkreten Gebieten, im Bereich der Wirtschaft und Technik, neue Entwicklungen, die Grenzverhandlungen liefen auch relativ gut. Bei der letzten Verhandlungsrunde im Februar¹⁸ seien beide Seiten übereingekommen, über den gesamten Verlauf der Grenze zu sprechen und mit dem östlichen Abschnitt zu beginnen. Die SU habe zugestanden, daß in den östlichen Gebieten die Hauptfahrrinne der Flüsse die Grenze bilde. Die nächste Runde sei in Peking.¹⁹ China sehe die Verhandlungen nüchtern. Er glaube nicht, daß die Grenzprobleme mit zwei Verhandlungsrunden gelöst werden könnten. Wenn die Sowjetunion wirklich wolle, werde man Ergebnisse erzielen. Er betonte jedoch, entscheidend für eine Normalisierung sei nicht die Grenzfrage, sondern die Beseitigung der drei Haupthindernisse. Wenn der Druck noch weiter verstärkt werde, würden die SU und Vietnam eher einer Lösung zuneigen.

Zhao berichtete über seinen Besuch in den fünf osteuropäischen Ländern.²⁰ Seine Reise sei im großen und ganzen erfolgreich gewesen. China wolle den Frieden in Europa fördern. Die Länder im Westen und Osten Europas stellten Kräfte zur Erhaltung des Friedens dar. Die Beziehungen Chinas zu Westeuropa und zu Osteuropa, eine Annäherung zwischen West- und Osteuropa, könne den Frieden in Europa fördern. Die WP-Länder legten innenpolitisch immer größeren Wert auf eine Berücksichtigung ihrer eigenen Gegebenheiten, außenpolitisch

¹⁵ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 2 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

¹⁶ Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Reagan am 8. Juni 1987 vgl. Dok. 164.

¹⁷ Zum Besuch des Präsidenten Reagan am 12. Juni 1987 in Berlin (West) vgl. Dok. 168.

Vor dem Rückflug in die USA führte Reagan auf dem Flughafen Köln/Bonn Gespräche mit Bundeskanzler Kohl und Bundesminister Genscher.

¹⁸ Zur ersten Runde der chinesisch-sowjetischen Grenzverhandlungen vom 9. bis 23. Februar 1987 in Moskau vgl. Dok. 77, Anm. 12.

¹⁹ Gesandter Gescher, Peking, informierte am 25. August 1987 über die zweite Runde der chinesisch-sowjetischen Grenzverhandlungen vom 7. bis 21. August 1987 in Peking. Sie sei in „ruhiger und geschäftsmäßiger Atmosphäre“ verlaufen: „Die Gespräche, die sich vereinbarungsgemäß zunächst auf den Ostabschnitt der Grenze beschränkten und nicht mit anderen außerhalb der Grenzproblematik liegenden Fragen des bilateralen Verhältnisses befrachtet wurden, brachten erwartungsgemäß noch keinen Durchbruch.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2031; Referat 341, Bd. 142572.

²⁰ Ministerpräsident Zhao Ziyang besuchte Polen vom 4. bis 8. Juni 1987, die DDR vom 8. bis 11. Juni, die ČSSR vom 11. bis 14. Juni, Ungarn vom 14. bis 18. Juni sowie Bulgarien vom 18. bis 21. Juni 1987.

auf ihre eigenen internationalen Interessen. Sie teilten immer mehr die Auffassungen anderer mittlerer und kleinerer Länder. China bemühe sich, diesen Trend zu fördern. Dabei sei es realistisch. Es wisse, daß diese Länder nur im Rahmen der durch ihr Verhältnis zu Moskau gegebenen Möglichkeiten handeln könnten.

BK warf hier ein, dies sei für uns ein ganz wichtiger Gesichtspunkt. Auch insofern stimme er mit dem MP überein. Er wolle keinen Zweifel lassen, wir dächten nicht an eine Destabilisierung Osteuropas. Er nenne als Beispiel die DDR. Dort sei die Lage heute schwieriger. Die Entwicklung des neuen Denkens beeinflusse die DDR. Wir Deutschen sprächen die gleiche Sprache, die Trennung gehe durch die Familien. Die Trennung sei völlig willkürlich. Er habe ihm aber vor zwei Jahren gesagt, wir hätten das Ziel, pragmatisch weiterzukommen. In den Grundfragen gebe es zwischen ihm und Honecker keine Einigung. Wir fänden uns mit der Teilung nicht ab. Aber für beide seien Krieg und Gewalt kein Mittel der Politik. Honecker wie er wollten die Lage mit friedlichen Mitteln verbessern. Es gebe in diesem Jahr eine beachtliche Entwicklung. Zwei Millionen DDR-Bürger kämen in die Bundesrepublik, eine Million Rentner, aber auch eine Million jüngere Leute. Für Honecker sei dies gewiß ein Risiko. Bei Ungarn wollten wir in diesem Jahr einen wesentlichen Schritt zur Öffnung machen.²¹ Im Verhältnis zu Bulgarien gebe es Fortschritte, Schiwkow sei gerade bei uns gewesen.²² Zu Rumänien: Die Lage sei ganz schwierig. Es gebe dort noch etwa 200 000 Deutsche. Wir zahlten für die Ausreisen erhebliche Beträge.²³ Die Beziehungen zur ČSSR wollten wir verbessern. Schwieriger sei die Entwicklung unserer Beziehungen zu Polen. Insgesamt stimme er dem MP in seiner Einschätzung zu: Wenn das Tempo der Entwicklung im WP zu schnell sei, könne man Rückschläge nicht ausschließen. BK fragte nach den Parteibeziehungen.

Hierzu Zhao: Es könne noch keine Rede von Parteibeziehungen zur SU sein, solange die zwischenstaatlichen Beziehungen zur SU nicht normalisiert seien. China vertrete jetzt auch eine neue Auffassung über die Parteibeziehungen. Die KPCh unterhalte Beziehungen zu anderen KPs wie auch zu anderen Parteien, z.B. sozialistischen. Es gälten die vier Prinzipien: Unabhängigkeit und Selbständigkeit, gegenseitige Achtung, völlige Gleichberechtigung und Nicht-Einmischung. Die Parteibeziehungen seien heute ganz anders als in den 50er Jahren. Auch zur SPD unterhalte die KPCh Beziehungen.²⁴ Zhao hob hervor, die Beziehungen Chinas zu Westeuropa würden durch seine Kontakte mit Osteuropa in keiner Weise beeinträchtigt, ebenso umgekehrt die Beziehungen der VR China zu Osteuropa von dem Verhältnis Chinas zu Westeuropa nicht gemindert.

²¹ Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Grósz am 7. Oktober 1987; Dok. 277.

²² Staatsratsvorsitzender Schiwkow hielt sich vom 2. bis 5. Juni 1987 in der Bundesrepublik auf. Für das Gespräch mit Bundeskanzler Kohl am 2. Juni 1987 vgl. Dok. 158.

²³ Zur Ausreise Deutschstämmiger aus Rumänien vgl. Dok. 334.

²⁴ In einer Pressekonferenz am 31. Mai 1984 in Peking gab der SPD-Vorsitzende Brandt, der vom 28. Mai bis 4. Juni 1984 die Volksrepublik China besuchte und dort u.a. Gespräche mit dem Generalsekretär des ZK der KPCh, Hu Yaobang, führte, bekannt, daß SPD und KPCh übereingekommen seien, „Informationen und Dokumente auszutauschen und hochrangige Leiter jährlich einmal zum gegenseitigen Besuchen zu entsenden“. Vgl. dazu den Artikel „Hu und Deng treffen mit Willy Brandt zusammen“; BEIJING RUNDSCHAU. WOCHENZEITSCHRIFT FÜR POLITIK UND WELTGESCHEHEN, Nr. 24 vom 12. Juni 1984, S. 11.

BK betonte, dies sei eine wichtige Bemerkung, weil unsere Beziehungen zu Osteuropa sehr unterschiedlich seien. Moskau begegne der Bundesrepublik mit besonderem Interesse, aber auch mit Mißtrauen. Auch wenn die Abrüstung vorangehe, werde die Bundesrepublik die Hauptlast der Verteidigung in Europa zu tragen haben. Die wirtschaftliche Bedeutung der Bundesrepublik werde zunehmen. In der Forschung würden wir schneller sein als andere. Wenn wir unsere Beziehungen zu Osteuropa verbesserten, würden wir aus Moskau – genau wie China – aufmerksam beobachtet. Ein Gleiches gelte für seine heutigen Gespräche mit dem MP.

Zhao sagte, bei seinem Besuch in Osteuropa habe sich Moskau gut verhalten und objektiv berichtet, dagegen bei seinem Besuch in Pakistan²⁵ nicht.

BK: Dies zeigte den Unterschied zwischen „altem“ und „neuem“ Denken.

Abschließend betonte Zhao, er schätze, was der Kanzler zum Thema Abrüstung gesagt habe. Man müsse weltweite Lösungen anstreben. Die Sicherheit sei unteilbar. Die Raketen in Europa und Asien müßten mit gleichen Schritten und ausgewogen reduziert werden. China habe Verständnis für die Bemühungen Westeuropas um eine verstärkte Zusammenarbeit bei der Verteidigung.

Wertung

Umfassender Meinungs Austausch zeigte erneut die durch Interessenparallelität bedingte weitgehende Übereinstimmung in der Haltung beider Länder zu den Grundfragen der West-Ost-Beziehungen, vorsichtigen Optimismus hinsichtlich möglicher Entwicklungen in der SU und in ihrer Verhandlungsbereitschaft bei der Lösung aktueller internationaler Konflikte, aber auch die fortbestehende Skepsis hinsichtlich des noch zu beweisenden Kompromißwillens der SU. Der vertrauensvolle Meinungs Austausch zeigte die gewachsene Basis für eine kontinuierliche gegenseitige Information.

[gez.] Ruhfus

Referat 341, Bd. 142561

²⁵ Ministerpräsident Zhao Ziyang besuchte Pakistan vom 21. bis 24. Juni 1987.

210

**Aufzeichnung des
Vortragenden Legationsrats I. Klasse Kaestner,
Bundeskanzleramt**

14. Juli 1987¹

Betr.: Gespräch RL212² mit Solidarność-Berater Mazowiecki, Bonn, 13.7.1987³

Der außenpolitische Berater von L. Wałęsa, Dr. T. Mazowiecki⁴, z. Zt. auf Einladung der Böckler-Stiftung zu einem dreimonatigen Forschungsaufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland und anderen westeuropäischen Ländern, hatte kurzfristig um ein Gespräch mit AL2⁵ gebeten, das dieser jedoch wegen Begleitung des Herrn Bundeskanzlers nach China und Nepal⁶ nicht gewähren konnte. In Abstimmung und in Vertretung von Herrn AL2 habe ich deshalb das Gespräch übernommen. Wesentliche Punkte:

1) Deutsch-polnischer Besuchsaustausch: Berücksichtigung von Solidarność
Hauptanliegen M.s war, zu verdeutlichen, daß Solidarność nach wie vor als aktive Organisation existiere – so habe gerade vor 14 Tagen ein Beratergremium zur polnischen Wirtschaftslage getagt – und bei Besuchen westlicher Staatsmänner in Polen auch wahrgenommen werden müsse.

Zu letzterem Punkt beruhigte ich M.:

- Ein für Oktober 1984 geplanter Besuch BM Genschers in Warschau sei bekanntlich u. a. daran gescheitert, daß die polnischen Gastgeber keine „in-offiziellen Programmpunkte“ zulassen wollten.⁷ Dieser Besuch sei trotz wieder-

¹ Ablichtung.

Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kaestner, Bundeskanzleramt, am 14. Juli 1987 gefertigt und am selben Tag von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hartmann über Bundesminister Schäuble, beide Bundeskanzleramt, an Bundeskanzler Kohl geleitet. Dazu teilte Hartmann mit: „Auf Weisung und in Vertretung von Herrn AL 2 hat RL 212 am 13.7.1987 ein Gespräch mit dem engsten Berater von L[ech] Wałęsa, Dr. B. Masowiecki, geführt.“

Hat Schäuble am 15. Juli 1987 vorgelegen.

Hat Kohl vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Teltschik erl[edigen].“

Hat Ministerialdirigent Neuer, Bundeskanzleramt, am 22. Juli 1987 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100(56), Bd. 72; B 150, Aktenkopien 1987.

² Uwe Kaestner.

³ Gesandter Bauch, Warschau, informierte am 27. Februar 1987, „der weithin einflußreiche enge Berater der ‚Solidarność‘ und ihres Führers Wałęsa“, Mazowiecki, habe mitgeteilt, daß er „während seines mehrmonatigen Aufenthalts in Westeuropa auch die Bundesrepublik Deutschland besuchen wolle. Seine Anlaufstelle in Bonn sei das Zentralkomitee der Deutschen Katholiken, über das er auch Kontakte zu den politischen Parteien vermitteln lassen wolle. Er habe die Absicht, mit Vertretern aller im Deutschen Bundestag repräsentierten Parteien Verbindung aufzunehmen“. Auch für Gespräche mit der Bundesregierung stehe er gerne zur Verfügung. Vgl. den Drahtbericht Nr. 312; Referat 214, Bd. 139701.

⁴ Durchgängig korrigiert aus: „B. Masowiecki“.

⁵ Horst Teltschik.

⁶ Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl vom 12. bis 19. Juli 1987 in der Volksrepublik China vgl. Dok. 209, Dok. 213 und Dok. 222.

Im Anschluß hielt sich Kohl am 19./20. Juli 1987 in Nepal auf.

⁷ Ein für den 21. bis 23. November 1984 vorgesehener Besuch des Bundesministers Genscher in Polen wurde kurzfristig abgesagt. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 323 und Dok. 324.

holter Anläufe bis heute nicht nachgeholt worden, und auch jetzt stehe kein Termin fest.

Wenn der Besuch zustande komme, sei mit einem Gesprächskontakt des Bundesministers mit Solidarność-Führern zu rechnen, zumal gerade auch der Herr Bundespräsident in Moskau mit Prof. Sacharow gesprochen habe.⁸

- (Auf Zusatzfrage M.s:) Für einen Staatsbesuch des Herrn Bundespräsidenten in Polen gebe es derzeit keine Einladungen und deshalb keine Überlegungen. Ländern, die im Zweiten Weltkrieg unter deutscher Besatzung gelitten hätten, überließen wir im übrigen die Initiative bei der Eröffnung des Staatsbesuchsaustauschs; deshalb stelle sich auch jetzt nicht die Frage eines Jaruzelski-Besuchs in Bonn.

2) Verhältnis Kirche – Staat

Zum Verhältnis der polnisch-katholischen Kirche zum Regime nach dem Papst-Besuch⁹ (vgl. General-Anzeiger, 13. Juli 1987 – Anlage¹⁰) führte M. aus, nach dem treffenden Urteil eines französischen Kommentators habe der Papst bei seinem dritten Polen-Besuch alles gesagt, was die Regierung nicht hören wollte, aber nichts von dem gesagt, was die Regierung hören wollte. Insbesondere habe der Papst nicht, wie von Jaruzelski offensichtlich gewünscht, zur „Arbeitsmotivation“ der katholischen Arbeitnehmer beigetragen.

Nunmehr versuche die Regierung durch hochrangige Kontakte – Politbüro-Mitglied Czyrek – mit den „Clubs der katholischen Intelligenz“ einen neuen Anlauf – wiederum ohne Erfolg: Der Leiter des Warschauer Clubs, Prof. Stelmachowski, habe auf die Notwendigkeit verwiesen, daß das Regime den Dialog von Wałęsa wiederaufnehme, was Czyrek prompt abgelehnt habe.¹¹

Bemerkenswert an der Angelegenheit sei lediglich – so M. –, daß aus diesem Anlaß den inzwischen 42 zugelassenen Clubs aus ganz Polen erstmals erlaubt

⁸ Zum Gespräch des Bundespräsidenten Freiherr von Weizsäcker mit dem sowjetischen Atomphysiker und Dissidenten Sacharow am 8. Juli 1987 vgl. Dok. 212, Anm. 33.

⁹ Papst Johannes Paul II. besuchte Polen vom 8. bis 14. Juni 1987. Botschaftsrat I. Klasse Gentz, Rom (Vatikan), bilanzierte am 22. Juni 1987, der Papst habe auch auf der dritten Reise in sein Heimatland „den sichtbaren Beweis für seine enorme Anziehungskraft auf die polnische Bevölkerung“ erbracht: „Etwa 16 Mio., d. h. die Hälfte der Bevölkerung, haben den Papst erlebt oder zumindest an den Fernsehschirmen gesehen. Seit Kriegsende hat es keine so großen Massenveranstaltungen mehr in Polen gegeben.“ Für die polnische Führung sei der Besuch „enttäuschend ausgefallen: Enttäuschung über mangelnde päpstliche Unterstützung ihrer Reformbestrebungen, Bekräftigung des Rechts zur Gründung unabhängiger Gewerkschaften, Eintreten und Gedenken für die Opfer der Unruhen vom Dezember 1970, Kritik an den schwierigen Arbeitsbedingungen in der Textilindustrie, wiederholte Hervorhebung von Popieluszko als Vorbild für die polnischen Priester, Unmut über das Zusammenreffen des Papstes mit Arbeiterführer Wałęsa und Besuch des Popieluszko-Grabes sowie Verärgerung und Sorge über die Demonstrationen in Krakau und Danzig, die schädlich für das Image der polnischen Regierung im Westen gewesen seien.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 77; Referat 214, Bd. 139730.

¹⁰ Dem Vorgang nicht beigelegt.

Vgl. den Artikel „Polens kommunistische Regierung umwirbt die Katholiken“, GENERAL-ANZEIGER vom 13. Juli 1987, S. 2.

¹¹ Gesandter Bauch, Warschau, berichtete am 18. Juli 1987, laut Mitteilung eines Teilnehmers habe die Diskussion des Mitglieds des Politbüros der PVAP, Czyrek, am 11. Juli 1987 mit dem „Klub der katholischen Intelligenz“ in Warschau „fünfeinhalb Stunden gedauert und sei sehr intensiv gewesen. Beide Seiten hätten ihre Positionen in völliger Klarheit und Offenheit vorgetragen, ohne jedoch die Gegenseite zu verletzen. Es sei ein Gespräch zu ideologischen Grundsatzfragen gewesen und habe nicht der Besprechung konkreter Maßnahmen gedient.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1220; Referat 214, Bd. 139701.

worden sei, zu einer gesamt-polnischen Konferenz zusammenzutreffen. Hier liege – so M. – die Keimzelle einer christlich-demokratischen Partei Polens.

Meine Frage, ob nach Vorbild des Telefongesprächs Gorbatschow/Sacharow¹² auch ein persönlicher Kontakt Jaruzelski/Wałęsa vorstellbar sei, verneinte M. dezidiert. Jaruzelski sei in den Augen der polnischen „Gesellschaft“ (worunter man in Polen alles versteht, was nicht Regierung/Partei/Funktionärskader ist) wegen seiner persönlichen Identifikation mit dem Kriegsrecht¹³ bleibend diskreditiert. Dies wiederum verleite ihn zu Trotzreaktionen: Er werde jedenfalls keinen Schritt auf Wałęsa zugehen. Andererseits habe Wałęsa wiederholt Gesprächskontakte angeboten.

3) Polnische Reformen, polnisch-sowjetisches Verhältnis

Auf meine Frage, ob Jaruzelski es mit den von ihm verkündeten Reformen in Polen¹⁴ ernst meine oder sich nur aus opportunistischen Gründen an Gorbatschow „anhänge“, antwortete M.: Der bereits in Polen erreichte Standard an „Glasnost“, „Perestroika“ und „Demokratisierung“ sei dem der SU sehr weit voraus. Heute das sowjetische Vorbild zu kopieren, bedeute Rückschritt. Dies wolle auch Jaruzelski nicht. Deshalb sei, was die aktuelle Phase der sowjetischen Politik angehe, das polnische Lob hauptsächlich außenpolitisch motiviert: Man wolle unterstreichen, daß man – wieder – Nummer Zwei des Warschauer Paktes sei.

Andererseits wisse Jaruzelski – so M. –, daß die Hauptschwierigkeiten der polnischen Wirtschaftsreform noch vor ihm lägen. Diese aber seien nicht lösbar, wenn nicht auch ein Durchbruch zu echter demokratischer Öffnung erreicht werde, d.h. Wiederaufnahme des Gesprächs mit der „Gesellschaft“. Dies sei – so M. – auch eine Grenze, an die Gorbatschow notwendig gelangen werde.

Auf meine Frage, ob tatsächlich in Polen die Meinung kursiere, erfolgreiche Reformen in der SU würden es für die Polen nur schwerer machen und insbesondere den polnischen Freiraum beschneiden (vgl. FAZ, 13.7.1987¹⁵), bejahte M., obwohl er sie selbst nicht teile: Er sei, wie übrigens auch viele offizielle Polen, eher skeptisch, ob Gorbatschow mit seinen Reformen überhaupt Erfolg haben werde.

¹² In einem Telefongespräch am 16. Dezember 1986 informierte der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, den sowjetischen Atomphysiker und Dissidenten Sacharow über die Aufhebung seiner Verbannung, die am 19. Dezember 1986 öffentlich bekanntgegeben wurde.

¹³ Am 13. Dezember 1981 wurde über Polen das Kriegsrecht verhängt und ein Militärrat unter Führung des Ministerpräsidenten Jaruzelski gebildet. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 365. Das Kriegsrecht wurde zum 31. Dezember 1982 ausgesetzt und am 22. Juli 1983 aufgehoben.

¹⁴ Gesandter Bauch, Warschau, berichtete am 24. Februar 1987, Staatsratsvorsitzender Jaruzelski habe am 21. Februar 1987 „zum ersten Mal öffentlich vor Parteimitgliedern zur Gorbatschowschen Reformpolitik Stellung“ genommen: „Laut Jaruzelski verfolgt man in Polen die in der sozialistischen Gemeinschaft, vor allem in der Sowjetunion, stattfindenden Veränderungen ‚mit angehaltenem Atem‘. Der derzeitige Prozeß der Reformen habe ‚historische Bedeutung‘. Auf eine neue, vertiefte Art sei diese Entwicklung auf dem Januar-Plenum des ZK der KPdSU behandelt worden. Die PVAP unterstütze diesen Kurs ‚nachdrücklich‘.“ Bauch urteilte: „Die vorbehaltlose Unterstützung des Gorbatschowschen Kurses durch die politische Führung Polens überrascht nicht. Allein die Dauerhaftigkeit und der Erfolg der Reformpolitik in der Sowjetunion bieten eine Gewähr dafür, daß Jaruzelski seinen in manchen Bereichen sogar noch weitergehenden Reformkurs fortführen kann.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 297; Referat 214, Bd. 139698.

¹⁵ Vgl. den Artikel „Nicht mehr in Stalins Schatten“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 13. Juli 1987, S. 6.

Negativ wertete M. jüngste Absprachen über engere Kooperation zwischen sowjetischen und polnischen Betrieben, personifiziert durch die Entsendung sowjetischer „stellvertretender Betriebsdirektoren“ in polnische Unternehmen.¹⁶ Diese Leute würden als Aufpasser Moskaus angesehen und entsprechend geschnitten. Das Experiment werde zu nichts führen.

Im Gegensatz dazu wertete M. die jüngsten Absprachen Gorbatschow/Jaruzelski über gemeinsame Aufarbeitung der sowjetisch-polnischen Geschichte¹⁷ positiv. Das eigentliche Kriterium für ihn – M. – sei jedoch, ob sich die SU endlich zu ihren Untaten in Katyn bekenne. Dies sei bisher nicht der Fall. (Anmerkung: Das Warschauer Katyn-Denkmal trägt eine Inschrift, die deutsche Urheberschaft suggeriert.¹⁸) Beachtlich sei immerhin, daß eine Gruppe polnischer Bürger, die sich wegen Umbettung von Kriegsoptionen aus dem Jahr 1939 aus der SU nach Polen brieflich an Gorbatschow gewandt hätten, immerhin vom Büro des Generalsekretärs eine Empfangsbestätigung erhalten hätten – früher unvorstellbar! Auf meine Frage nach Wałęsas Verhältnis zur Sowjetunion antwortete M.: Es gebe für Wałęsa keine persönlichen Ressentiments. Er habe im Gegenteil Gesprächskontakte zur SU gesucht, sowohl in den Jahren 1980/81 wie auch nach Kriegsrecht, die sowjetische Seite sei diesen Kontakten jedoch ausgewichen. Als Beispiel nannte M. Kontaktversuche am Rande der ILO-Generalversammlung Genf¹⁹.

Kaestner

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 72

¹⁶ Zu den polnisch-sowjetischen Wirtschaftsabkommen vom 15. Oktober 1986 vgl. Dok. 121, Anm. 6.

¹⁷ Zur polnisch-sowjetischen Erklärung über Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Ideologie, der Wissenschaft und Kultur vom 21./22. April 1987 vgl. Dok. 121, Anm. 18.

Am 28. April 1987 berichtete Gesandter Arnot, Moskau, das in der Erklärung verkündete Ziel, „keine ‚weißen Flecken‘ in der Erforschung der Geschichte der Beziehungen zu lassen“, bedeute keineswegs, „daß die beiden sozialistischen Staaten eine Neueinschätzung der polnischen Teilung von 1939 oder der Ereignisse von Katyn vornehmen werden“. Laut Mitteilung der polnischen Botschaft sei daran nicht gedacht: „Was in Katyn geschehen sei, habe offizielle Bewertung (als nationalsozialistische ‚Provokation‘) erfahren. An ihr werde nicht gerüttelt werden. Auch soll offenbar ebensowenig Teilung von 1939 von sowjet[ischen] und poln[ischen] Historikern begutachtet werden. Richtigkeit der sowjet. Entscheidungen 1939 und der Pakt als solcher seien nicht widerlegt worden. Sowjet. und poln. Seite sind aber offenbar übereingekommen, die Geschichte (und Leiden) der Polen unter dem Regime Stalins neu zu schreiben, insbesondere das Vorgehen gegen polnische Bevölkerungsgruppen in der Ukraine und anderen Teilen der SU, aber auch das Schicksal der polnischen KP-Mitglieder in Moskau. [...] ‚Weiße Flecken‘ mag es demnächst nicht mehr geben. Die entscheidenden Problemfelder in der sowjet.-poln. Geschichte werden aber auch in der Zukunft rot, d.h. vom offiziellen sowjet. Standpunkt, gefärbt bleiben. Wo da die so oft ausgerufene Wahrheit, ‚die ganze Wahrheit‘, bleibt, werden sich nicht nur Historiker, sondern auch viele Polen fragen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1296; Referat 213, Bd. 143566.

¹⁸ Ministerialdirektor Pfeffer vermerkte am 25. April 1985: „Auf dem Warschauer Militär- und Prominentenfriedhof Powązki ist in den ersten Apriltagen d. J. das Gedenkmonument für die Opfer des Massenmordes von Katyn mit folgender Inschrift versehen worden: ‚Den polnischen Soldaten, die Opfer des Hitler-Faschismus wurden und in der Erde von Katyn ruhen.‘ [...] Das Wort ‚Katyn‘ ruft in der polnischen Bevölkerung, die von der sowjetischen Verantwortung für die Morde überzeugt ist, tiefe Emotionen hervor. [...] Die offenkundige Geschichtsfälschung in dem vermutlich auf sowjetischen Druck zurückzuführenden Text der Denkmalsinschrift stieß in der polnischen Bevölkerung auf Unverständnis und Empörung.“ Vgl. Referat 214, Bd. 139777.

¹⁹ In Genf fand vom 3. bis 23. Juni 1987 die Generalversammlung der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) statt, an der nach vierjährigem Boykott erstmals auch wieder eine polnische Delegation teilnahm.

211

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats von Arnim**209-360.92 FRA-1619/87 VS-vertraulich****14. Juli 1987**Über Herrn Dg20¹ Herrn D2²

Nachrichtlich: Referat 201

Betr.: Sicherheitspolitische Einbindung Frankreichs in einen europäischen Rahmen

Der Vorschlag des Bundeskanzlers zu einer deutsch-französischen Brigade³ hat zu einer erheblichen Beschleunigung der internationalen Diskussion über die Einbeziehung Frankreichs in die gemeinsame Verteidigung⁴ geführt.

In den vielfältigen Kommentaren wird darauf hingewiesen, daß es sich bei diesem Vorschlag nur um einen symbolischen Schritt handle. Damit ist wohl gemeint, daß so ein gemischter Truppenteil die Gemeinsamkeit der Verteidigungskonzeption und die zugrundeliegende politische und militärische Solidarität zum Ausdruck bringe. Es ist auffällig, daß der französische Generalstabschef⁵ im Rahmen dieser Debatte an die Notwendigkeit erinnert hat, die nötige Nähe der deutsch-französischen Bemühungen zur NATO zu berücksichtigen.

M. E. ist es für das weitere Vorgehen wesentlich, Frankreich zu verdeutlichen, daß wir in der gemischten Brigade kein Modell⁶ für die zukünftige Struktur der gemeinsamen Verteidigung sehen. Frankreich weiß zwar, daß wir unsere Streitkräfte der NATO fast völlig assigniert haben und sie deshalb – solange Frankreich nicht das gleiche tut – nicht in größerem Umfang mit denen Frankreichs mischen können. Frankreich weiß aber, daß unser Endziel eben die Rückkehr der französischen Streitkräfte in den atlantischen Rahmen ist. Insofern könnte der Vorschlag gemischter Truppenteile, wenn wir ihn über die Symbolik hinaus betonen, Frankreich (und unsere übrigen Partner in Westeuropa)

¹ Hat Ministerialdirigent von Ploetz am 14. Juli 1987 vorgelegen, der für Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen handschriftlich notierte: „Die Überlegungen insgesamt sind relevant, führen aber nicht zwangsläufig zu dieser Schlußfolgerung (x). Wir wollen sehr wohl, daß die Truppeneinheit, wie immer sie heißt, Modellcharakter, d. h. Perspektive über den V[organ]g selbst hinaus hat. Das gilt sowohl in Bezug auf Verbreiterung im d[eu]t[sch]-fr[anzösischen] Kontext als auch in Richtung auf andere Staaten, nicht zuletzt auch Beitrittskandidaten (SPA). Die Diskussion soll sich weiter entwickeln können.“ Vgl. Anm. 6.

² Hat Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen am 17. Juli 1987 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat von Arnim am 17. Juli 1987 erneut vorgelegen.

³ In einer Pressekonferenz am 19. Juni 1987 befürwortete Bundeskanzler Kohl „die Einrichtung gemeinsamer deutsch-französischer militärischer Verbände. Er könne sich eine „vollintegrierte Brigade mit deutschen und französischen Kompanien vorstellen“, auch unter Führung eines französischen Kommandeurs. Eindeutig wandte sich Kohl gegen Vorschläge aus Paris, mit den französischen Nuklearwaffen einen Schutzschirm auch über die Bundesrepublik zu spannen.“ Vgl. den Artikel „Kohl gegen eine isolierte Sicherheitspolitik mit Paris“; DIE WELT vom 20. Juni 1987, S. 1.

⁴ Frankreich schied am 1. Juli 1966 aus dem integrierten militärischen Kommando der NATO aus. Vgl. dazu AAPD 1966, I, Dok. 48.

⁵ Jean Saulnier.

⁶ Die Wörter „kein Modell“ wurden von Ministerialdirigent von Ploetz hervorgehoben. Dazu Kreuz. Vgl. Anm. 1.

zu der Vermutung veranlassen, unsere Zielvorstellung sei eine Europäische Armee, die in den atlantischen Rahmen eingefügt, jedoch vor allem bereits auf der Brigade-Ebene integriert ist, so wie das bei der EVG⁷ („Combat Team“ von Brigade-Größe) der Fall war.

Ein solches Verständnis würde unsere Bemühungen von vornherein erheblich belasten, da diese Integrationsebene zum Effekt hat, daß es rein national nur noch Einheiten von Bataillons- oder allenfalls Regimentsgröße gäbe. Dies bedeutete praktisch das Verschwinden nationaler Streitkräfte. Dazu wären aber sicherlich die Franzosen, vermutlich aber auch andere unserer Partner, nicht bereit. Ihre gesamte Europapolitik läuft auf Konzepte hinaus, die auf absehbare Zeit am Konföderationsmodell orientiert sind. Nicht nur das französische nationale Selbstverständnis, sondern sicherlich auch das britische, verbindet sich besonders stark mit national organisierten Streitkräften. Der Verzicht auf eigene Brigaden, Divisionen und Korps und die dazu gehörenden Stäbe ist damit nicht vereinbar.

Insofern ist die relativ hohe Ebene der Integration, die dem NATO-Modell zugrunde liegt (Integration erst auf der Heeresgruppen-Ebene), auch Ausdruck politischer, europäischer Entscheidungen, und nicht nur die Konsequenz der Notwendigkeit, amerikanische Truppen von Korps-Größe integrieren zu müssen.

Wir sollten deshalb bei unseren Bemühungen gegenüber F, in der WEU und im Bündnis, nicht den Eindruck erwecken, als sei unsere Zielvorstellung die Integration auf Brigade-Ebene.⁸

Der Vorschlag eines gemischten Truppenteils ist insofern nicht Modell, sondern Mittel zum Zweck, nämlich die Unsinnigkeit der Ablehnung fester Verbindungen der französischen Streitkräfte zum Rest der Organisation der Verteidigung zu zeigen. An unserer Zielvorstellung, der Verknüpfung der französischen Gesamtstreitkräfte mit dieser Organisation, in einer Form, welche nationale französische Streitkräfte erhält, sollten wir jedoch keinen Zweifel lassen. Die praktikabelste solche Verknüpfung ist aus meiner Sicht immer noch das Angebot, einen

⁷ Der Vorschlag zur Schaffung einer europäischen Verteidigungsorganisation wurde am 24. Oktober 1950 von Ministerpräsident Plevin vor der französischen Nationalversammlung erläutert. Für den Wortlaut der Ausführungen vgl. JOURNAL OFFICIEL. ASSEMBLÉE NATIONALE 1950, S. 7118f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1950, S. 3518–3520. Vgl. dazu auch AAPD 1949/50, Dok. 134, Dok. 136 und Dok. 142.

Der Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft wurde am 27. Mai 1952 unterzeichnet. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1954, Teil II, S. 343–424.

Die französische Nationalversammlung beschloß am 30. August 1954 die unbefristete Vertagung der Beratungen über den EVG-Vertrag, was der Ablehnung der Ratifizierung gleichkam und das Scheitern der EVG bedeutete. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1954, S. 6916f. Vgl. dazu auch BDFD, I, S. 455f.

⁸ Vortragender Legationsrat von Arnim legte am 21. Juli 1987 dar: „Nachdem NL seine Absicht bekanntet hat, sich eventuell an einer ‚deutsch-französischen Brigade‘ zu beteiligen, hat nunmehr auch I[talien] bei Dg20 (auch bei WEU-Sitzung) angekündigt, Vorstellungen über eine ‚WEU-Brigade‘ zu entwickeln.“ Demgegenüber solle die Bundesregierung an der bisherigen Interpretation des Artikels IV Absatz 2 des WEU-Vertrags vom 23. Oktober 1954 festhalten, daß „die Aufstellung von WEU-Einheiten ausgeschlossen ist“, denn eine Herauslösung von Einheiten aus der NATO-Militärintegration solle ausgeschlossen werden: „Wir sollten deshalb allen Partnern in der WEU und im Bündnis sagen, daß es uns gerade nicht um eine multilaterale Struktur neben der der NATO gehe. [...] Diese Partner sollten deshalb zwar die französische Bereitschaft begrüßen, seine Beteiligung an der kollektiven Verteidigung auch in Form einer gemischten deutsch-französischen Einheit auszudrücken. Wir sollten diese Partner aber bitten, ihre Überlegungen zu einer eigenen Beteiligung daran nicht weiter zu verfolgen.“ Vgl. VS-Bd. 11916 (209); B 150, Aktenkopien 1987.

französischen Offizier wieder zum Oberkommandierenden „Europa-Mitte“⁹ zu machen.

Dieser Vorschlag sollte in geeigneter Weise an F herangetragen werden. Noch versuchen zwar einige französische Politiker, die Nicht-Rückkehr in die Integration als Tabu zu erhalten. Die gegenwärtige Debatte in F zeigt aber, daß die Unsinnigkeit dieses Tabus (gerade auch von den französischen Streitkräften selbst) mehr und mehr erkannt wird.

v. Arnim

VS-Bd. 11916 (209)

212

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen

213-700 VS-NfD

15. Juli 1987¹

Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister³

Betr.: Staatsbesuch des Herrn Bundespräsidenten in der SU vom 6. bis

11.7.1987⁴;

hier: Bewertung⁵

I. BM und AM Schewardnadse haben am 8.7. in ihrem zweiten Gespräch eine positive Bilanz des Besuchs gezogen. Sie haben sich auf das Fazit verständigt, das Ergebnis sei die Entschlossenheit beider Seiten, eine kardinale Verbesserung der bilateralen Beziehungen zu erreichen. Der Herr Bundespräsident hat am 11.7. vor der Presse in Nowosibirsk unmittelbar vor dem Rückflug erklärt, der Staatsbesuch sei ermutigend verlaufen, wir seien ein gutes Stück vorangekommen.⁶ Während bislang hochrangige offizielle Kommentierungen auf sowjetischer

⁹ Der Posten des Commander-in-Chief der Allied Forces Central Europe (AFCENT) wurde bis zum Ausscheiden Frankreichs aus dem integrierten militärischen Kommando der NATO 1966 von einem Angehörigen der französischen Streitkräfte besetzt, seither von einem Vertreter der Bundeswehr.

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heyken konzipiert.

² Hat Staatssekretär Sudhoff am 15. Juli 1987 vorgelegen.

³ Hat Vortragendem Legationsrat Ischinger am 14. August 1987 vorgelegen, der den „Rücklauf v[on] BM“ über das Büro Staatssekretäre an Referat 213 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat Zeisler am 17. August 1987 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat Libal am 18. August 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Heyken „n[ach] R[ückkehr]“ verfügte.

Hat Heyken am 1. September 1987 erneut vorgelegen.

⁴ Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker, der von Bundesminister Genscher begleitet wurde, besuchte die UdSSR vom 6. bis 11. Juli 1987. Vgl. dazu auch Dok. 200, Dok. 203, Dok. 204 und Dok. 206.

⁵ Zur Bewertung des Besuchs durch die politische Führung der UdSSR vgl. GORBATSCHOW UND DIE DEUTSCHE FRAGE, Dok. 17.

⁶ Botschaftsrat I. Klasse Haak, Moskau, teilte am 20. August 1987 mit, die Botschaft verfüge über keine Aufzeichnung des Pressegesprächs in Nowosibirsk, „da Begleitung dorthin lediglich durch Botschafter Meyer-Landrut und Protokollreferenten erfolgte. Bei Pressekonferenz waren jedoch Vertreter Referat] 013, BPA und Pressesprecher des Herrn Bundespräsidenten anwesend“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2687; Referat 213, Bd. 147122.

Seite ausgeblieben sind, hat Prawda am 11.7. ein insgesamt positives Gesamtbild des Staatsbesuchs gezeichnet⁷ und diese Linie am 12.7. fortgeführt (beide Länder könnten „Partner“ bei Bau des gemeinsamen europäischen Hauses⁸ sein).⁹

Im folgenden gilt es, Verlauf und Ergebnisse des Staatsbesuchs im einzelnen zu untersuchen.

II. Eine der Kernaussagen Gorbatschows war seine Feststellung, daß die sowjetische Führung es für notwendig erachte, die Beziehungen zu uns zu überdenken. Er sagte ferner, die SU wolle die Beziehungen zu uns auf ein „neues, normales Niveau anheben“. Daraus ist zu schließen, daß die SU in ein engeres Verhältnis mit uns eintreten will, sich aber über den Weg im einzelnen noch nicht im klaren ist.

Aus dieser Ungewißheit resultieren so manche Zwiespältigkeiten und Widersprüche, die bei dem Besuch zutage getreten sind. Vielleicht sind drei Gründe hierfür maßgebend: Zum einen wirken Belastungen und Vorbehalte aus der Vergangenheit immer noch auf die Politik ein. Zum anderen hat die sowjetische Führung möglicherweise Schwierigkeiten, unsere Haltung klar zu erkennen (z.B. in der Diskussion der deutschen Frage in den letzten Monaten). Schließlich könnten Meinungsunterschiede in der Führung selbst die Orientierung erschweren. Es lag ja ein strukturelles Problem der Reise darin, daß der Gastgeber¹⁰ der alten Garde angehört, aber über Jahrzehnte die Politik uns gegenüber mitgestaltete, während der Erste Mann, der Vertreter einer modernen Politik, diesem Umstand anscheinend Rechnung zu tragen hatte. Dies zeigt sich nicht nur bei der Zensur der Rede und der anschließenden Selbstkorrektur.¹¹ Die Wiedergabe der Ausführungen Gorbatschows gegenüber dem Bundespräsidenten durch TASS, in der kritische Passagen ziemlich ungeschminkt, aber kräftige

⁷ Vgl. den Artikel „Gotovnost' sotrudnicat'“ („Bereitschaft zur Zusammenarbeit“); PRAWDA vom 11. Juli 1987, S. 5.

Botschaftsrat Neubert, Moskau, berichtete am 11. Juli 1987: „Prawda bringt auf außenpolit[ischer] Seite (S. 5) ausführliche dreispaltige Wiedergabe der Erklärungen von BK und BM zum Staatsbesuch, in der dieser positiv gewürdigt und Bereitschaft der Bundesregierung zu Zusammenarbeit und politischem Dialog mit der SU deutlich herausgestellt wird. Das positive Gesamtbild, das dem sowjetischen Leser durch diese ausführliche Wiedergabe vermittelt wird, wird auch bezüglich der Pershing-I-Frage nur in der vorsichtigen Formulierung ergänzt, ‚es sei deutlich geworden, daß Bonn weiterhin die PIa nicht in den Abrüstungsprozeß einzuschließen wünscht‘. [...] Damit versteht die Parteizeitung den Staatsbesuch autoritativ und breitenwirksam (Auflage ca. 19 Mio. Exemplare) mit dem Siegel des ‚Positiven‘ und gibt gleichzeitig der Partei eine Sprachregelung, wie die Beziehungen zu sehen sind.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2246; Referat 213, Bd. 147122.

⁸ Zur Vorstellung des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, daß Europa ein „gemeinsames Haus“ sei, vgl. Dok. 43, Anm. 11.

⁹ Vgl. den Artikel „Meždunarodnoe obozrenie. Obščij dom“ („Internationaler Überblick. Das Gemeinsame Haus“); PRAWDA vom 12. Juli 1987, S. 4.

Botschaftsrat Neubert, Moskau, berichtete am 12. Juli 1987: „Prawda befaßt sich ausführlich mit dem Besuch in der üblichen kommentierenden Wochenübersicht zur Außenpolitik: Text wird unter dem Titel ‚Gemeinsames Haus‘ und in Zusammenhang mit MP Ryschkows Besuch in Wien gestellt – in beiden Fällen sei ‚Konzeption eines gemeinsamen europäischen Hauses‘ Thema der Gespräche gewesen. [...] An Gewichtung der Themen in der Prawda-Zusammenfassung fällt auf, daß Pershing-Frage angesprochen, aber nicht im Detail ausgewälzt wird, während den angebl[ichen] ‚Stimmen vom Rhein‘ zu Ostverträgen und Politik, einschließlich Berlin, mehr Raum und eine unübersehbar kritische Aufmerksamkeit gewidmet wird.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2247; Referat 213, Bd. 147122.

¹⁰ Andrej Andrejewitsch Gromyko.

¹¹ Zur gekürzten Wiedergabe der Rede des Bundespräsidenten Freiherr von Weizsäcker vom 6. Juli 1987 in der sowjetischen Tageszeitung „Prawda“ vgl. Dok. 203, Anm. 13.

positive Erklärungen weitaus blasser referiert wurden¹², könnte auf Rücksichtnahme Gorbatschows auf eine konservative Strömung hindeuten.

Das auf sowjetischer Seite unübersehbare Element der Ambivalenz darf jedoch nicht den Blick dafür verstellen, daß die SU zu uns „gute Beziehungen“ (Gorbatschow) wünscht und sich anschickt, dies in praktische Politik umzusetzen.

III. Den Mittelpunkt bildeten Stand und Perspektiven der bilateralen Beziehungen.

1) Gorbatschow begann unerfreulich. Er zog eine im Ganzen negative Bilanz des zurückliegenden Jahres. Er war fordernd, mahnend: Die Führung (unseres Landes) strengt sich anscheinend nicht an. Aber dann erhielt das Gespräch eine mehr positive Tendenz, die in kräftigen Formulierungen zum Ausdruck kam, allerdings gelegentlich doch von einer gewissen Großmachtattitüde durchsetzt war.

Gorbatschow kennzeichnete die Bedeutung der BR Deutschland in Europa und ihrer Möglichkeiten zur Beeinflussung der europäischen Verhältnisse. Zwei so große und solide Staaten müßten gute Beziehungen miteinander haben.

Wichtig war vor allem die Erklärung, daß die SU „auch“ – also offenbar im Zuge einer generell kooperativen Außenpolitik – die Beziehungen zu uns auf ein „neues, normales Niveau“ anheben wolle. Er wiederholte diese Bereitschaft mehrmals. Er stellte allerdings, Zweifel ausdrückend, zweimal die Frage, ob man schon seriöse Beziehungen miteinander haben könne oder noch warten müsse, um beide Male hinzuzufügen: Wenn wir nicht wollten, würde die SU warten (sie habe es nicht eilig). Ungewißheit schwang auch in der Befürchtung mit, daß die Bonner Politik zu stark auf Einzelgeschehnisse und zufällige Ereignisse reagiere.

2) Gorbatschow sprach sich für einen „seriösen, ständigen politischen Dialog“ über alle Fragen aus, ebenso für die Weiterentwicklung in Wirtschaft, Wissenschaft, Jugend, Sport, Kultur und auf humanitärem Gebiet. An anderer Stelle erklärte er sich zu „weitgehendem Austausch ohne Behinderungen, aber auch ohne Einmischung in innere Angelegenheiten“ bereit. Alle diese Fragen der bilateralen Zusammenarbeit wurden in der Vollsitzung beider Delegationen unter Einbeziehung der meisten Sondergäste detailliert erörtert. Dabei bediente sich Gromyko eines dialektischen Ansatzes, indem er wohlwollende Erklärungen und werbende Aussagen durch Vorbehalte und z. T. mit Vorwürfen einschränkte. Alles in allem scheint aber doch die Bereitschaft zur Zusammenarbeit auch auf sowjetischer Seite gewachsen zu sein, und zwar nicht nur in den für Moskau traditionell interessanten Feldern Wirtschaft und Wissenschaft, sondern auch in Kultur, Umwelt usw. Dies sind ermutigende Ansätze, um eine der Hauptthesen des Bundespräsidenten, daß Sicherheit nicht nur durch Waffen, sondern angesichts der Interdependenz durch Vertrauensbildung hergestellt werden muß, stärker als bisher in praktische Politik umzusetzen. Allerdings ist wegen des Hinweises von Gorbatschow auf das Einmischungsverbot vor Euphorie zu warnen.

3) Ein wichtiges Ergebnis der Reise ist der Wille beider Seiten zur Fortsetzung des hochrangigen Besuchsaustausches. Zunächst kommt Schewardnadse im

¹² Vgl. den aus einer Meldung der sowjetischen Nachrichtenagentur TASS bestehenden Artikel „Treffen Michail Gorbatschows mit Richard von Weizsäcker“, NEUES DEUTSCHLAND vom 8. Juli 1987, S. 5.

Herbst nach Bonn (Einzelheiten werden bei der üblichen AM-Begegnung in New York besprochen).¹³ Ferner ist ein Treffen zwischen dem Bundeskanzler und Gorbatschow nahegerückt. Schewardnadse erklärte, die prinzipielle Entscheidung sei getroffen, offen sei nur der Ort. Gorbatschow bat um „herzlichen Gruß“ an den Bundeskanzler und meinte, daß über die Herstellung von Stabilität (ein in den Gesprächen von beiden Seiten häufig gebrauchter Begriff) gesprochen werden könne, wenn er in der BR Deutschland oder der Bundeskanzler in Moskau sei.

IV. 1) Die deutsche Frage nahm in den Gesprächen ungewöhnlich breiten Raum ein. Sie war der am meisten kontroverse Punkt. Ihre offensive Behandlung durch Gorbatschow und – durch Einsichtige erwartete – Zurückweisung durch ihn beeinflusste nicht unerheblich die Bewertung des Besuchsergebnisses durch die deutschen Medien.

2) Gorbatschow beschwerte sich über das vermeintlich widersprüchliche Verhalten, das im Bekenntnis zum Moskauer Vertrag¹⁴ einerseits, im Offenhalten der deutschen Frage andererseits liege. Er betonte die Zugehörigkeit beider deutschen Staaten zu verschiedenen Systemen, wies auf die Nachbarn hin und warnte davor, einen anderen Weg einzuschlagen, das sei „sehr gefährlich“. Die Realitäten seien in den Ostverträgen¹⁵ und in der Schlußakte von Helsinki¹⁶ anerkannt worden; nur auf ihrer Basis sei aktive Zusammenarbeit möglich. Zugleich räumte er ein, daß über die Zukunft die Geschichte urteilen werde. Er griff damit unseren Gedanken auf, ohne jedoch die von uns gewünschte Vorstellung vom Laufe der Geschichte zu übernehmen.

Der Bundespräsident betonte, daß die Geschichte der Deutschen nie den Deutschen allein gehört habe. Wir seien uns der politischen Architektur in den europäischen Beziehungen bewußt. Voraussetzung hierfür sei Klarheit und Offenheit. Wir wollten keine Grenzen verändern, aber ihnen den trennenden Charakter nehmen. Die zweimalige Erwähnung Rapallos¹⁷ in historischen Rückblicken durch Gromyko und Jakowlew¹⁸ wurde von uns überspielt. Im übrigen nannte Gromyko

¹³ Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse am 22. September 1987 in New York vgl. Dok. 268.

Der Besuch Schewardnades in der Bundesrepublik fand erst vom 17. bis 19. Januar 1988 statt. Vgl. dazu AAPD 1988.

¹⁴ Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354 f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, II, Dok. 387 und Dok. 388.

¹⁵ Für den Wortlaut des Vertrags vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik und Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 362 f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, III, Dok. 588 und Dok. 589.

Für den Wortlaut des Vertrags vom 21. Dezember 1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR und der begleitenden Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 423–429. Vgl. dazu auch AAPD 1972, III, Dok. 418.

Für den Wortlaut des Vertrags vom 11. Dezember 1973 über die gegenseitigen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der ČSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 990–992. Vgl. dazu auch AAPD 1973, III, Dok. 412.

¹⁶ Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

¹⁷ Für den Wortlaut des Vertrags vom 16. April 1922 zwischen dem Deutschen Reich und der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (Vertrag von Rapallo) vgl. REICHSGESETZBLATT 1922, Teil II, S. 677 f.

¹⁸ Durchgängig korrigiert aus: „Jakowljew“.

Am Rande des Besuchs des Bundespräsidenten Freiherr von Weizsäcker vom 6. bis 11. Juli 1987 in der UdSSR führte Bundesminister Genscher am 7. Juli 1987 in Moskau ein Gespräch mit dem Mitglied

den Moskauer Vertrag wertvoller als manchen Friedensvertrag, er „lebt“. Wer „leichtfertig“ an die Frage herangehe, habe „keine Ahnung von Politik oder böse Absichten“. Die SU wolle gute Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland wie auch Frieden in Europa. Er erklärte, er hätte diesen Punkt ohne diesbezügliche Stimmen bei uns wohl nicht berührt.

3) Letztere Bemerkung ist ein deutlicher Hinweis darauf, daß das Aufgreifen des Themas durch die Gastgeber eine Reaktion auf die Diskussion bei uns in den letzten Monaten darstellte: auf die Aufforderung an den Bundespräsidenten, die Wiedervereinigung in Moskau zur Sprache zu bringen¹⁹, auf Spekulationen über das Ausspielen der deutschen Karte²⁰, aber auch auf Ratschläge zur Aufgabe des Wiedervereinigungsanspruches, z. B. in der „Zeit“²¹: Den einen sollte eine Lektion erteilt, die anderen sollten ermuntert werden. Gorbatschow machte klar, daß auch im Zuge des „Neuen Denkens“ bezüglich Wiedervereinigung keine Änderung erwartet werden darf. Dies geschah eindeutig und ohne taktische Winkelzüge. Den von Portugalow im Februar d. J. behandelten Nation-Aspekt²² ließ

Fortsetzung Fußnote von Seite 1058

des Politbüros des ZK der KPdSU, Jakowlew. Im Zentrum standen die bilateralen Beziehungen und die Reformpolitik in der UdSSR. Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen, z. Z. Moskau, berichtete am 9. Juli 1987, Jakowlew habe u. a. einen historischen Rückblick gegeben: „Erster Weltkrieg, aber danach Rapallo und längere Periode der Zusammenarbeit, Tragödie des Zweiten Weltkrieges, aber danach bis heute keine längere Strecke der Zusammenarbeit. Heute könnten wir wenigstens mit Befriedigung feststellen, daß Krieg undenkbar geworden sei. BM erwiderte, jede Zeit habe ihre Verträge. Jetzt gelte der Moskauer Vertrag, der Perspektive eröffne, die bei weitem noch nicht ausgeschöpft sei.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2216; Referat 213, Bd. 147123.

¹⁹ Die Nachrichtenagentur AP meldete am 12. Mai 1987: „Der CDU-Bundestagsabgeordnete Bernhard Friedmann hat am Dienstag an Bundespräsident Richard von Weizsäcker appelliert, bei seinem bevorstehenden Besuch in der Sowjetunion Parteichef Michail Gorbatschow auf das Thema Wiedervereinigung anzusprechen. [...] Die derzeitige Diskussion über Abrüstung von Atomraketen sei dafür eine hervorragende Gelegenheit.“ Vgl. Referat 210, Bd. 145174.

Vgl. ferner das Schreiben Friedmanns an Weizsäcker vom 13. Mai 1987; Referat 210, Bd. 145174.

²⁰ In einer Aufzeichnung für Bundesminister Genscher legten die Ministerialdirektoren Seitz und Freiherr von Richthofen am 21. Mai 1987 zu „Spekulationen außerhalb der Bundesregierung, daß die sowjetische Führung gegenüber Bundespräsident von Weizsäcker bei seinem bevorstehenden Besuch in der Sowjetunion ‚die deutsche Frage‘ ansprechen will“, dar, diese Vermutungen stünden im Zusammenhang mit „Gerüchten, daß die SU bereit sein könnte, ihre Haltung zur deutschen Frage zu verändern. Die Hauptquelle dieser Gerüchte ist möglicherweise, daß die sowjetische Seite (Falin) für ein seit längerem anhängiges Interview GS Gorbatschows mit dem Spiegel [...] eine Frage zur ‚deutschen Frage‘ bestellt hat.“ Allerdings lasse eine nähere Analyse „keine Bereitschaft der SU erkennen, sich substantiell in der deutschen Frage zu bewegen“. Vgl. Referat 213, Bd. 143531.

²¹ Vgl. die Leitartikel der Herausgeberin der Wochenzeitung „Die Zeit“, Gräfin Dönhoff, „Mauer und Einheit: Zeit zum Umdenken“; DIE ZEIT vom 24. April 1987, S. 1, und des Chefredakteurs der Zeitung, Sommer, „Hausieren mit einem alten Hut“; DIE ZEIT vom 29. Mai 1987, S. 1; „Die Einheit gegen Freiheit tauschen“; DIE ZEIT vom 26. Juni 1987, S. 1.

²² Für den Artikel von Nikolaj Portugalow, „Die BRD nach den Wahlen. Notizen eines Beobachters“ vgl. die Fernkopie des Vortragenden Legationsrats Weiß vom 24. Februar 1987; Referat 210, Bd. 145174.

Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen legte am 25. Februar 1987 dar, die UdSSR habe mit dem Artikel des Mitarbeiters der Internationalen Abteilung des ZK der KPdSU ihre deutschlandpolitischen Positionen wie folgt umrissen: „Die Deutschen fühlen sich als eine Nation. Das Leben der Deutschen als Nation kann sich nur im Rahmen zweier unabhängiger und souveräner Staaten mit unterschiedlichen Systemen vollziehen. Beide Staaten sollten sich um gutnachbarliche Beziehungen und Zusammenarbeit bemühen. Dies setzt zugleich auch gute Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion voraus. Eine Wiedervereinigung Deutschlands mit dem Ziel der Beseitigung der DDR und der Konfrontation mit dem Osten wird abgelehnt.“ Richthofen analysierte: „Der Moskauer Hinweis darauf, daß sich die Deutschen weiterhin als ein und derselben Nation zugehörig fühlen, steht im Widerspruch zur Honecker-Linie der siebziger Jahre (in der DDR hat sich ‚eine sozialistische Nation entwickelt‘), die aber in den achtziger Jahren wieder in der Versenkung verschwand.“ Insofern lasse der Artikel den Schluß zu, „daß Moskau bereit ist, den Spielraum

Gorbatschow unberührt. Bemerkenswert ist, daß die TASS-Mitteilung das Thema zweimal anschnitt: einmal als Antwort auf unsere innenpolitische Debatte, zum anderen – sachlicher – als Entgegnung auf die Darlegungen des Bundespräsidenten. TASS zielte natürlich noch auf andere Adressaten (DDR, Polen usw.), die zu beruhigen ratsam schien. So betroffen die schroffe sowjetische Klarstellung machen konnte, die in einem starken Kontrast zur umsichtigen öffentlichen und internen Behandlung der Frage durch den Bundespräsidenten stand – den Vorzug hatte sie immerhin, daß sie weiteren Spekulationen darüber, die SU werde in nächster Zeit die deutsche Karte ausspielen, den Boden entzieht.

V. 1) Vielleicht lag es an der großen Offenheit der Gespräche (auf allen Ebenen: Gorbatschow, Gromyko, Schewardnadse, Jakowlew), an dem spezifischen Charakter dieses Staatsbesuchs oder an den allgemeinen Umständen: Jedenfalls wurde die besondere Empfindlichkeit im bilateralen Verhältnis zum Thema gemacht. Sie betraf zunächst die Kriegsvergangenheit. Gorbatschow hatte schon im Juli 1986 dem Bundesminister erklärt, die Kriegsoffer gäben der SU das Recht, uns Fragen zu stellen.²³ Auch jetzt erinnerte er gleich zur Gesprächsöffnung an 1941. Die Übergabe der „Kriegsverbrecherliste“ an den Bundespräsidenten durch Gromyko stellte denn auch einen ausgesprochen schrillen Ausdruck des sowjetischen Vergangenheitsbezugs dar.²⁴ Dieser verquickte sich zugleich mit gesteigerter Empfindlichkeit bezüglich des sowjetischen „Images“ in der BR Deutschland. Gorbatschow sprach von der Notwendigkeit des Abbaus von Komplexen, z. B. des Feindbildes in bezug auf die SU. Schewardnadse erklärte, die Lehre, die aus der Vergangenheit zu ziehen sei, bedeute, daß wir in öffentlichen Äußerungen behutsam sein müßten. Auf sowjetischer Seite lese man alles, was führende Politiker bei uns sagten und schrieben. Jakowlew stellte fest, daß beide Seiten im Verhältnis zueinander sensibel seien. Obwohl 40 Jahre eine lange Frist darstellten, sei die Erinnerung nachhaltig und zäh; es sei viel Fingerspitzengefühl im Umgang miteinander erforderlich.

2) Andererseits deutet alles darauf hin, daß sowjetische Führung und Öffentlichkeit anerkannt haben, mit welcher Würde sich der Bundespräsident der

Fortsetzung Fußnote von Seite 1059

der DDR gegenüber der Bundesrepublik vorläufig wieder auf den Stand zu erweitern, den er vor der Nachrüstung bis 1984 hatte“. Vgl. Referat 210, Bd. 145174.

²³ Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 21. Juli 1986 in Moskau vgl. AAPD 1986, II, Dok. 209.

²⁴ Am 8. Juli 1987 führte Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker in Moskau ein zweites Gespräch mit dem Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets, Gromyko, in größerem Kreis. Gesandter Arnot, Moskau, teilte dazu am 10. Juli 1987 mit, das Gespräch sei „ganz überwiegend bilateralen Fragen gewidmet“ gewesen. Erörtert worden seien u. a. der Stand und die Perspektiven der Wirtschaftsbeziehungen, ein vermehrter Erfahrungsaustausch von Wissenschaftlern, Führungskräften und Kulturschaffenden, die Zusammenarbeit der Rot-Kreuz-Gesellschaften und Fragen der Ausreise aus der UdSSR. Zu diesem Punkt habe Gromyko erklärt: „Die sowjet[ische] Seite habe auch Ansprüche. Bei uns seien noch viele Kriegsverbrecher, die nicht ausgeliefert würden. Wir hielten sie zurück. Er wolle betonen, es seien schwere Kriegsverbrecher. Die sowjet. Seite wolle Fragen stellen, er übergebe eine Liste von ‚Härfällen‘.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2237/2238; Referat 213, Bd. 147123. Botschaftsrat Schrömbgens, Moskau, teilte am selben Tag mit, die „Kriegsverbrecherliste“ enthalte 16 Namen: „Alle sollen nach Angaben der Liste in der BR Deutschland leben, teilweise mit genau angegebenen Adressen. Bei jedem Namen wird kurz aufgeführt, welcher Verbrechen er beschuldigt wird. Mehrere Personen auf der Liste waren in der Polizei, einer im ‚Sicherheits[Dienst]‘, einer als ‚Gebietskommissar‘. Ihnen werden Erschießungen und Massenvernichtungen friedlicher Sowjetbürger, darunter sowjetischer Juden, Zigeuner, Kinder, Frauen und alter Menschen, vorgeworfen. Bei allen seien schon vor vielen Jahren ‚Materialien über die Untaten‘ an die ‚BRD‘ übergeben worden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2230 vom 10. Juli 1987; Referat 213, Bd. 147123.

Vergangenheit gestellt hat. Seine Reden im Kreml und in Leningrad²⁵ wie auch der Besuch Leningrads selbst – vorher hatte kein Bundespräsident und kein Bundeskanzler der im Zweiten Weltkrieg so schwer geprüften Stadt seine Referenz erwiesen – dürften als ein Beitrag zur Überwindung der Kriegsvergangenheit empfunden worden sein, der für die Zukunft fortwirken wird. Wichtig ist, daß dies offenbar auch in der deutschen Öffentlichkeit so verstanden wurde.

3) Ein ranghoher sowjetischer Vertreter sagte dem Bundespräsidenten, der Besuch habe die heilsame Wirkung gehabt, auf beiden Seiten den Sinn für die Probleme zu schärfen. Hier liegt eine der positiven Erfahrungen des Besuchs, nämlich der sowjetischen Seite vor Augen geführt zu haben, daß es auch auf unserer Seite Realitäten gibt, die berücksichtigt werden müssen. In dem Maße, wie dies gelungen ist, wird es in Zukunft leichter sein, sorgsam miteinander umzugehen und sich nicht – wie der Bundespräsident vor der Presse sagte – gegenseitig zu reizen. Die Wirkung der Auftritte des Herrn Bundespräsidenten auf die Gefühlslage der Gastgeber war zwar nicht meßbar, aber sie war zweifellos gegeben.

VI. 1) Viel Aufmerksamkeit fand das Thema Familienzusammenführung und Lage der deutschen Minderheit. Der Bundespräsident unterstrich die Anteilnahme unseres Landes durch Wort und Tat: in seiner Rede im Kreml und in Nowosibirsk²⁶ sowie in den Gesprächen mit Gorbatschow (dabei Übergabe einer umfangreichen Akte mit Härtefällen²⁷) und Gromyko. Er wurde durch den Bundesminister unterstützt, der mit Schewardnadse eingehend über kulturelle Identität und die Frage der territorialen Autonomie sprach. Schewardnadse wies darauf hin, daß die SU in der Nationalitätenpolitik stets empfindlich sei. Zugleich versicherte er, daß an der Frage der Erhaltung der nationalen Identität viel gearbeitet werde. Im Delegationsgespräch gab der DRK-Präsident, Prinz Sayn-Wittgenstein, eine verbindlich-nüchterne Sachdarstellung²⁸, die Gromyko mit der Übergabe der „Kriegsverbrecherliste“, allerdings ohne ausdrückliches Petitum, konterte, gleichwohl die Beibehaltung der Ausreisesezahlen in Aussicht

²⁵ Für den Wortlaut der Rede des Bundespräsidenten Freiherr von Weizsäcker am 9. Juli 1987 in Leningrad vgl. BULLETIN 1987, S. 630f.

²⁶ Für den Wortlaut der Rede des Bundespräsidenten Freiherr von Weizsäcker am 10. Juli 1987 in Nowosibirsk vgl. BULLETIN 1987, S. 631f.

²⁷ Zur Übergabe der Härtefall-Liste vgl. Dok. 206, Anm. 23.

²⁸ Gesandter Arnot, Moskau, berichtete am 10. Juli 1987, der Präsident des Deutschen Roten Kreuzes, Prinz zu Sayn-Wittgenstein, habe im Delegationsgespräch am 8. Juli 1987 in Moskau erklärt, „dem DRK sei nach wie vor eine große Anzahl aktueller Ausreisewünsche von Sowjetbürgern deutscher Nationalität bekannt, die jederzeit mit Namen und Wohnort nachgewiesen werden könne. Bei 90 v. H. der Fälle handelt es sich um Familienzusammenführungen von Verwandten, die den Kriterien des Beschlusses des Ministerrates der SU von 1987 entsprechen. Mit großer Genugtuung habe das DRK festgestellt, daß in der ersten Jahreshälfte 1987 3840 Menschen die SU verlassen und mit ihren Familien vereint werden konnten. Mit Dank habe man auch zur Kenntnis genommen, daß das Antragsverfahren nicht mehr den Erschwernissen unterworfen werde, die in der Vergangenheit zu großen Belastungen der Antragssteller geführt hätten. [...] Dankbar sei das DRK der sowjet[ischen] Schwesterorganisation auch für Bearbeitung von mehr als 400 000 Suchanträgen während der letzten zwei Jahrzehnte. Dabei hätten rd. 70 000 Einzelschicksale geklärt werden können. Nach dem bisherigen Verfahren werde es noch Jahrzehnte dauern, um alle Auskunftsanträge bearbeiten zu können. Großen Durchbruch würde es darstellen, wenn dem DRK – in welcher Form auch immer – Zugang zu zentralen Karteien und Archiven eröffnet werden könne. Die Anwendung moderner technischer Methoden könnte dazu beitragen, in absehbarer Zeit viele Fälle zu klären.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2237/2238; Referat 213, Bd. 147123.

stellte. Gorbatschow bezog den humanitären Bereich in sein Angebot zur Zusammenarbeit ein.

Neu waren Begegnungen mit ausreisewilligen Deutschen in der Botschaft und mit Vertretern der deutschen evangelisch-lutherischen Gemeinde in Nowosibirsk. Dies waren bemerkenswerte Fortschritte, um so mehr, als das Treffen in Nowosibirsk im Zusammenwirken mit den Sowjets vorbereitet werden konnte. (Überhaupt ist festzuhalten, daß die Gastgeber alle unsere Programmwünsche erfüllt haben.) Zu hoffen bleibt, daß diese Fürsorge dazu beiträgt, humanitäre Verbindungen zwischen unserer Öffentlichkeit und der deutschen Volksgruppe in der SU auszuweiten.

Allerdings müssen wir wissen, daß das Thema den Sowjets immer noch nicht willkommen ist. (Die gesamte entsprechende Passage in der Kreml-Rede des Bundespräsidenten fiel zunächst der Zensur zum Opfer.) Spektakuläre Aktionen wären schädlich.

2) Der Fall Rust²⁹ erwies sich als nicht sonderlich störend. Der Bundespräsident sprach ihn kurz an, Gorbatschow ging nicht darauf ein. Allerdings war in sowjetischen Kreisen ein dubioses Interesse daran zu registrieren, das Thema bei unseren Medien im Gespräch zu halten, wie Desinformationsversuche zeigten, an denen sich auch Falin beteiligte. Unsere Presse beherzigte im wesentlichen den vor Reiseantritt geäußerten Appell des Bundespräsidenten.

3) Erneut erregte sich Gorbatschow über die Deutsche Welle, die er als „Nest des Anti-Sowjetismus“ bezeichnete. So wenig akzeptabel diese Polemik ist, schon gar im Hinblick auf Radio Moskau und den Sender für Frieden und Fortschritt, so deutlich wird doch, daß die Deutsche Welle ebenso wie BBC und VoA³⁰ Öffentlichkeitsarbeit in der SU betreiben könnte, würde sie ihre Programmpolitik der jener Sender angleichen.

VII. 1) Im engen Zusammenhang mit den bilateralen Beziehungen stand die Frage nach der Zukunft Europas. Dies war ein Leitthema in den Reden und den Darlegungen des Bundespräsidenten. Jedoch blieben die sowjetischen Antworten insgesamt vage. Ein sowjetischer Plan für das „gemeinsame europäische Haus“ wurde nicht erkennbar. Gorbatschow traf die Feststellung, daß die SU bei diesem Begriff an die Integrationsprozesse in West und Ost, aber auch an übergreifende Prozesse denke. Für den europäischen Aufbau sei eine umfangreiche Kooperation zwischen unseren beiden Ländern erforderlich.

2) Fragen der Sicherheitspolitik nahmen im ersten Gespräch mit Gromyko breiten Raum ein, die Diskussion blieb allgemein. Tags darauf entspann sich zwischen dem Bundesminister und Schewardnadse eine ernste Debatte über PIa, in der Schewardnadse der Bundesregierung die Verantwortung dafür zuzuschieben versuchte, falls es nicht zu einem INF-Vertrag kommen werde. (Gromyko wurde in dieser Hinsicht noch deutlicher.) Der Versuch dürfte in erster Linie taktisch bedingt sein. Moskau will sich möglicherweise die Option freihalten, uns für den Fall, daß ein INF-Abkommen scheitert, die Schuld zuzuschieben. Auffällig ist ferner, daß Schewardnadse an keiner Stelle eine Bestätigung dafür lieferte, daß die SU zu einer globalen Null-Lösung im Mittelstreckenbereich bereit sei.

²⁹ Zum Haftfall Mathias Rust vgl. Dok. 160.

³⁰ Voice of America.

3) Für die Erörterung der sowjetischen Innenpolitik blieb in den offiziellen Gesprächen kaum Zeit. Allerdings sprach Jakowlew interessant und engagiert über den Veränderungsprozeß. („Bei aller Hochachtung gegenüber den Klassikern kann es nur noch ein Dogma geben: die Entwicklung.“) Dennoch hatte der Bundespräsident auch außerhalb der amtlichen Begegnungen Gelegenheit, sowohl sich zu informieren wie auch unsere Unterstützung für den Reformkurs und für weitergehende Veränderungen zu bekunden: durch ein Gespräch mit vier Wirtschaftswissenschaftlern³¹, mit ca. 20 kritisch-progressiven Intellektuellen³², durch 1 1/2-stündige Begegnung mit Professor Sacharow³³ sowie durch eine Fernsehdiskussion mit 20 sowjetischen Studenten (wurde in beiden Ländern gesendet). Schließlich gehört ein Gespräch mit der orthodoxen Kirche in diesen Rahmen. Zum Bankett im Kreml kamen insgesamt sieben Mitglieder des 14-köpfigen Politbüros (sowie Politbüro kandidat Demitschew), darunter die drei jüngst ins Politbüro gewählten und Gorbatschow zuzurechnenden ZK-Sekretäre. Auch das war eine willkommene Geste.

VIII.³⁴ Eine Vorlage über die aus dem Staatsbesuch zu ziehenden Schlußfolgerungen für die weitere Zusammenarbeit wird weisungsgemäß bis Ende der Woche vorgelegt werden.³⁵

Richthofen

Referat 213, Bd. 147123

³¹ Zum Gespräch des Bundespräsidenten Freiherr von Weizsäcker mit sowjetischen Wirtschaftswissenschaftlern am 7. Juli 1987 vgl. den Drahtbericht Nr. 2208 des Botschafters Meyer-Landrut, Moskau, vom 8. Juli 1987; Referat 213, Bd. 147123.

³² Gesandter Arnot, Moskau, übermittelte am 21. Juli 1987 die Liste der sowjetischen Teilnehmer des Mittagessens des Bundespräsidenten Freiherr von Weizsäcker am 8. Juli 1987 in der Residenz des Botschafters Meyer-Landrut, Moskau, mit „Künstlern und Intellektuellen“. Dazu teilte er mit: „Während des Essens wurden der Natur des Gesprächs entsprechend keine Notizen gemacht.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2334; Referat 213, Bd. 147123.

³³ Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker und Bundesminister Genscher führten am 8. Juli 1987 in der Residenz des Botschafters Meyer-Landrut, Moskau, ein Gespräch mit dem sowjetischen Atomphysiker und Dissidenten Sacharow und dessen Ehefrau Bonner. Meyer-Landrut berichtete am 9. Juli 1987, Sacharow habe erklärt, „Gorbatschows Politik sei nicht ‚kosmetisch‘, um den Westen zu täuschen, sondern durch die innere Lage der SU bedingt. Sein Scheitern wäre eine Katastrophe, weil dadurch Militarisierung und Aggressivität gefördert würden. Ein Erfolg Gorbatschows würde zu friedlicherer und besserer Nachbarschaft führen.“ Erörtert worden seien Abrüstungsfragen, insbesondere SDI, aber auch die Themen „Gewissenstäter, Emigration, Afghanistan“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2227; Referat 213, Bd. 147123.

³⁴ Korrigiert aus: „VII.“

³⁵ Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen legte am 17. Juli 1987 eine „Punktation über die Weiterentwicklung der deutsch-sowjetischen Beziehungen“ vor. Darin wurde konstatiert, „daß eine vertiefte, langfristig auch unsere Erwartungen befriedigende Zusammenarbeit den Einsatz erheblicher zusätzlicher Mittel und auch personeller Ressourcen erfordert und daß wir auf die aktive Mitwirkung anderer Ressorts angewiesen sind. Bei der Verwirklichung der einzelnen Projekte wird darauf zu achten sein, wie die anderen WP-Staaten die deutsch-sowjetische Zusammenarbeit beurteilen.“ Auch Frankreich, Großbritannien und die USA würden ihre Beziehungen zur UdSSR ausbauen: „Bei den Regionalkonsultationen sind sie weiter als wir. Im Bereich der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit lagen wir wegen Fehlens der vertraglichen Grundlage z. B. hinter F bislang zurück.“ Vgl. Referat 213, Bd. 147123.

213

Botschafter Hellbeck, Peking, an das Auswärtige Amt**Fernschreiben Nr. 1756****Aufgabe: 16. Juli 1987, 15.00 Uhr¹****Ankunft: 16. Juli 1987, 11.12 Uhr**

Betr.: BK-Besuch in China, 12.–19.7.1987²;
 hier: Zweites Gespräch BK–MP Zhao Ziyang, zweiter Teil, im erweiterten Kreis, 9.30–12.00 Uhr

Bezug: DB 1741 vom 14.7.1987 – Prot 700.50/2-1³

1) Nach Vier-Augen-Gespräch zunächst Programmpunkt Unterzeichnung Großprojekte in Anwesenheit beider Regierungschefs, gesamter Wirtschaftsbegleitung (auch Sprecher Kaufmannschaft Peking, LH⁴) und Presse, nämlich

- eine Absichtserklärung der Fa. Siemens mit dem Ministerium für Elektronikindustrie über Zusammenarbeit in der Hochtechnologie,
- ein Vertrag der Fa. MBB über Zusammenarbeit bei Entwicklung eines Fernsehsatelliten und Lieferung wichtiger Komponenten hierzu,
- ein Vertrag der Fa. Orenstein & Koppel AG zur gemeinsamen Herstellung von hydraulischen Baggern, der auch die gemischte Besetzung der Fabrikleitung aus Chinesen und Deutschen vorsieht.

Sodann übergab BK dem MP offizielles Gastgeschenk in Form der Schenkungsurkunde.⁵

¹ Das von Botschaftsrat I. Klasse Junker, Peking, konzipierte Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 19.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Scheel am 16. Juli 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Legationsrat I. Klasse Siebeck verfügte.

Hat Siebeck vorgelegen.

² Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl vom 12. bis 19. Juli 1987 in der Volksrepublik China vgl. auch Dok. 209 und Dok. 222.

³ Botschafter Hellbeck, Peking, gab einen Überblick über das zweite Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Zhao Ziyang im erweiterten Kreis am 14. Juli 1987. Wesentliche Ergebnisse seien eine Vereinbarung, „zur Förderung chin[esisch]-deutscher Gemeinschaftsunternehmen eine Arbeitsgruppe innerhalb der Gemischten Wirtschaftskommission einzusetzen. BK schlug vor, daß sich beide Regierungschefs jährlich einmal selbst der Sache annehmen, MP stimmte zu. [...] Der MP bot eine Vorzugsbehandlung an, wonach deutsche Unternehmen bei Direktinvestitionen als erste so behandelt werden, daß sie ihre eigenen Managementmethoden einschließlich Einstellung, Lohnsystem und Entlassung von Personal einführen dürfen. Dies wurde von Wirtschaftsdelegation besonders begrüßt.“ Vgl. Referat 341, Bd. 142561.

⁴ Vortragender Legationsrat I. Klasse Scheel unterrichtete die Botschaft in Peking am 6. Juli 1987, die Lufthansa AG habe gebeten, ihren Repräsentanten in China, Hupe, an Gesprächen „zu luftfahrtpolitischen oder LH interessierenden Themen“ während des Besuchs von Bundeskanzler Kohl zu beteiligen. Vgl. den Drahterlaß Nr. 630; Referat 341, Bd. 142561.

⁵ Botschafter Hellbeck, Peking, berichtete am 15. Mai 1987, die chinesische Seite wünsche als besonderes Gastgeschenk „einen Tomographen zur Wirbelsäulendiagnostik. Wunsch soll mit Deng Pufang, Sohn Deng Xiaopings und Vorsitzender des China Welfare Fund for the Handicapped, persönlich abgesprochen worden sein“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1161; Referat 700, Bd. 152779.

Für die Schenkungsurkunde, mit der dem „Pekinger Rehabilitationszentrum zur Verbesserung der Diagnosemöglichkeiten für Behinderte“ ein Kernspintomograph übereignet wurde, nebst chinesischer Übersetzung vgl. Referat 700, Bd. 152779.

Während Orenstein & Koppel-Vertrag einige Tage vor BK-Besuch zeichnungsreif war, ist MBB-Vertrag erst unter dem Eindruck bevorstehenden BK-Besuchs in Tag- und Nachtarbeit zu Ende verhandelt worden. Dieser Vertrag bringt uns bei Satellitentechnologie den erhofften förmlichen Durchbruch.

Summe der Lieferaufträge bleibt bei 51,2 Mio. DM. Botschaft teilt Urteil des MBB-Geschäftsführers⁶, daß wichtigerer Teil die Zusammenarbeit bei der Entwicklung des Gesamtsystems ist; chinesische Seite hat Programmführung, ist aber auf Beistand MBB, BMFT unbedingt angewiesen.

Der „letter of intent“ Siemens–Elektronik-Ministerium war buchstäblich bis fünf Minuten vor Zeichnung Gegenstand angespannter Verhandlungen. Chinesische Seite wollte sich nicht bereits in die Bindung dieser Rahmenvereinbarung begeben, bevor Detailverhandlung abgeschlossen war. Siemens machte beim Preis des Know-how-Pakets nochmals Zugeständnis und ließ sich nicht auf weitere Verwässerung ein, bis Vizeminister Elektronik sich schließlich an den Unterzeichnungstisch setzte.

2) In anschließendem Delegationsgespräch in großem Kreise zu Wirtschaftsthemen betonte BK zunächst, Ziel unserer Politik sei größere Zahl langfristiger Kooperationen; sie sei dann gesichert, wenn beide Seiten ihre Interessen gut aufgehoben fänden, und ruhe auf drei Säulen:

- allgemeine politische Zusammenarbeit,
- kulturelle Zusammenarbeit,
- schwerpunktmäßig mit Austausch Studenten, Praktikanten, Stipendiaten,
- wirtschaftliche Zusammenarbeit.

MP Zhao stimmte zu und bezeichnete – unter Verwendung der Formulierungen des BK – als Ziel seiner Regierung im Wirtschaftsbereich die Entwicklung langfristiger, umfassender und stabiler Zusammenarbeit mit uns. Chinas Richtlinie sei, Anteil Westeuropas an seinen Außenwirtschaftsbeziehungen zu steigern. D bleibe weiterhin wichtigster Partner in Westeuropa. Mit D wolle China nicht nur Zusammenarbeit in Wirtschaft und Technologie, sondern auch in Managementmethoden und Austausch von Fachkräften: „Schicken Sie uns bitte noch mehr Gerichs.“⁷

a) Der MP bat, das chinesische Defizit im Warenverkehr „schrittweise abzubauen“. Für deutsche Waren sei in China immer Absatzmarkt, solange China die

⁶ Sepp Hort.

⁷ Ingenieur Werner Gerich leitete von 1984 bis 1986 die Dieselmotorenfabrik im zentralchinesischen Wuhan. Botschafter Hellbeck, Peking, berichtete am 3. Juli 1987: „Im Anschluß an meinen Antrittsbesuch (2. Juli) empfing MP Zhao Ziyang Herrn Gerich nach dessen erneutem zweimonatigen Wuhan-Aufenthalt (Vorlesezyklus im Management-Seminar) zu einem längeren Abschiedsgespräch. Er dankte Gerich für seinen Einsatz, teilte mit, der Druck der Werksberichte stehe kurz vor Abschluß, und befragte ihn nach seinen Empfehlungen für die Unternehmensreform. Gerichs Antworten, wie immer anschaulich und freimütig, kreisten um Qualitätsverbesserung, bessere Berufsbildung, Leistungsanreize im Lohnsystem, Verwertung von Metallschrott, Besteuerung und Sozialversicherung.“ Das Gespräch habe mit Zhao Ziyangs Feststellung geendet, „China habe durch Gerichs Beispiel erkannt, daß es noch mehr ausländische Fach- und Führungskräfte hereinnehmen müsse. Letztlich sei dies noch wichtiger als der Import von Kapital und Anlagen. Teils wolle er sie nach dem Beispiel Gerichs als Betriebsdirektoren wirken lassen, teils als Ausbilder und Berater.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1610; Referat 341, Bd. 142561.

Devisen verdiene, um sie zu bezahlen. Er bitte BK und deutsche Wirtschaft, China hier zu helfen

- einmal durch mehr Importe aus China,
- zum anderen bei Entwicklung Produkte, die im Weltmarkt absatzfähig seien.

b) Der MP bat die Unternehmen, sich noch mehr in China zu engagieren mit Investitionen und Joint-ventures. Sie sollten sehen, daß sich Investitionsklima in China ständig verbessere. „Warten Sie nicht, bis Chinas Markt voll besetzt ist.“ Wenn es noch Schwierigkeiten gebe, sollten sie offen ausgesprochen werden; seine Regierung werde sich dann darum kümmern.

Er schlug vor, eine Expertengruppe dafür einzusetzen, wie man deutsch-chinesische Joint-ventures fördern könne. Sie brauche nicht groß zu sein (10–20 Leute) und solle den Regierungen berichten.

BK erwiderte, er sei völlig einverstanden; die Expertengruppe solle in der schon vorhandenen Gemischten Wirtschaftskommission angesiedelt werden, und beide Regierungschefs sollten sich jährlich einmal um den Stand der Angelegenheit kümmern. MP Zhao erwiderte: „Ja, jährlich einmal die Regierungschefs.“

3) Nach Aufbruch von BK zu Deng-Xiaoping-Gespräch⁸ übernahm BM Klein Delegationsleitung; MP Zhao blieb am Tisch, flankiert von Staatsrat Zhang Jingfu und VPr⁹ Lin Zongtang.

a) VPr Lin gab zuerst Erklärung chinesischer Regierung zu KWU ab.¹⁰ 1985 hätten beide Seiten im Beisein BK/MP¹¹ Vereinbarung über KKW Sunan getroffen; China habe dann seine KKW-Politik geändert. Dann seien Vereinbarungen über weitere Zusammenarbeit mit KWU geschlossen worden. Diese blieben bestehen, und es solle jetzt möglichst schnell mit konkreten Projekten angefangen werden.

b) Zu Siemens-Projekt¹² bezog sich Lin auf soeben unterzeichnete Absichtserklärung zu digitaler Vermittlungstechnik und Halbleiter.

c) Zu Mannesmann-Projekt Röhrenwerk Tianjin (Herr Sieverding war anwesend) sagte er: In Baoshan gebe es noch einige Unzulänglichkeiten, deshalb wolle China mit Tianjin etwas warten.¹³ MD¹⁴ mache in Baoshan große Fortschritte, Stahlwerksleitung zeige in letzter Zeit Zufriedenheit; er hoffe, daß beide Seiten weiter Fortschritte machten, damit Zuversicht erhöht werde. Stahlwerk Tianjin sei

⁸ Botschafter Hellbeck, Peking, berichtete am 15. Juli 1987, im Gespräch mit Bundeskanzler Kohl am Vortag habe das Mitglied des Politbüros des ZK der KPCh, Deng Xiaoping, vertraulich mitgeteilt, „auf dem Parteitag im Oktober werde Zhao Ziyang endgültig zum Generalsekretär der Partei gewählt werden“. Laut Mitteilung von Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, z. Z. Peking, habe Deng eine Verjüngung der politischen Führung der Volksrepublik China angekündigt und „den Bürokratismus als eines der Hindernisse gegeißelt, die die Reformen zu überwinden hätten. Als Beispiel habe er die Schwierigkeiten genannt, die sich bei dem Vorhaben der Errichtung eines Goethe-Instituts ergeben hätten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1742; VS-Bd. 13670 (341); B 150, Aktenkopien 1987.

⁹ Vizepräsident.

¹⁰ Zur Tätigkeit der KWU in der Volksrepublik China vgl. Dok. 96, Anm. 8.

¹¹ Ministerpräsident Zhao Ziyang hielt sich vom 8. bis 16. Juni 1985 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu AAPD 1985, I, Dok. 152 und Dok. 154.

¹² Zur Tätigkeit von Siemens in der Volksrepublik China vgl. Dok. 96, Anm. 11.

¹³ Zur Tätigkeit von Mannesmann Demag in der Volksrepublik China vgl. Dok. 96, Anm. 12 und 13.

¹⁴ Mannesmann Demag.

lokales Projekt, auch Finanzierung und Wirtschaftlichkeitsbewertung liegen bei der Stadt. Wenn Tianjin zu positiver Entscheidung komme, habe Staatsrat nichts dagegen. Der MP ergänzte: Der Staatsrat habe getan, was er sollte, und Entscheidungsbefugnisse an Tianjin abgegeben, vorwiegend wegen der Finanzierung.

d) Zum LKW-Projekt Daimler-Benz sagte Lin, das Projekt laufe gut und könne fortgesetzt werden.

e) Zu den LH-Projekten gab MP das Wort an Staatsrat Zhang. Dieser sagte, LH sei sehr engagiert für das Luftwerft-Joint-venture. Dessen Umfang sei begrenzt, da Ersatzteile nicht zum Geschäftsumfang des J.v.¹⁵ gehörten. Das Projekt könne fortgesetzt werden.¹⁶

f) Zu MBB-Projekten führte der MP aus, der Satelliten-Vertrag sei soeben gezeichnet; Raumfahrt-Ministerium sei jetzt sehr interessiert, in Zusammenarbeit mit Deutschland Satelliten in den Weltraum zu schießen.

4) BM Klein erteilte dann Wirtschaftsvertretern das Wort (nachstehende Zusammenfassung ohne Anspruch auf Vollständigkeit, da sie selbst ausführliche Niederschriften haben und auch Ost-Ausschuß-Geschäftsführung anwesend war).

a) KWU-Projekte

Herr Frewer dankte für Lins Zusage für KKW Qinshan 2 und 3; Kompensationsgespräche seien in fortgeschrittenem Zustand und kein Anlaß zur Sorge mehr. MP bezog sich an dieser Stelle auf Aussagen, die er zuvor im Vier-Augen-Gespräch mit BK (hierüber kein DB) zum Kompensationsgeschäft gemacht habe. Er habe verstanden, daß Lieferung abgebrannter Brennelemente und Atommöülls zeitlich an Fortschritt des KKW-Projekts von KWU gekoppelt bleiben müsse, da sonst problematisch. StS von Würzen bemerkte, daß das Kompensationsgeschäft, so wie es jetzt in Diskussion sei, von der Bundesregierung gestützt werde.¹⁷

b) Siemens-Projekte

Herr Neglein legte dar, sie umfaßten den kompletten Zyklus von Entwicklung, Technologietransfer, Fertigung, Ausbildung und würden untermauert von Siemens-Ausbildungszentrum Peking für jährlich 500 bis 700 chinesische Ingenieure

¹⁵ Joint-venture.

¹⁶ Zum „Beijing Lufthansa Centre“ vgl. Dok. 96, Anm. 15.

Am 15. Oktober 1987 wurde auf der chinesischen Luftfahrtmesse ein Vertrag zum Bau des Projektes unterzeichnet, das 1988 begonnen und 1991 fertiggestellt werden sollte. In der Presse hieß es: „Das Investitionsvolumen beträgt 420 Millionen Mark. Das Eigenkapital von 105 Millionen Mark wird von beiden Seiten zu fünfzig Prozent getragen – von deutscher Seite als Kapitalanlage, die Stadt Peking stellt das Grundstück zur Verfügung. Aus der Bundesrepublik sind die Unternehmen Lufthansa, Philipp Holzmann, Bilfinger und Berger mit jeweils 27 Prozent beteiligt. Zu dem ‚Centre‘ im Nordosten der Stadt werden 600 Hotelzimmer, Apartments, Büros, Konferenzräume und Läden gehören.“ Vgl. den Artikel „Deutsch-chinesische Wirtschaftsprojekte“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 16. Oktober 1987, S. 1.

¹⁷ Das Bundesministerium für Wirtschaft vermerkte am 30. Juli 1987 über eine Ressortbesprechung mit Vertretern der Energiewirtschaft am Vortag: „KWU bestätigt, daß sie von China die politische Zusage habe, Qinshan 2 und 3 zu bauen. Andere Wettbewerber gäbe es nicht mehr. Nach dem Parteikongreß im Oktober 1987 könnten Vertragsverhandlungen beginnen [...]. Lieferwert insgesamt ca. 1 Mrd. DM, davon ca. 25 % KWU, Rest deutsche und (zu geringerem Anteil) europäische Kernenergiewirtschaft. [...] Kompensation durch Natururan (4000 t bis 2000 im Wert von rd. 380 Mio. DM) unproblematisch. [...] E[nergie]-Wirtschaft strebt Aufarbeitungsverträge mit Optionen an, d. h., sie will über die (nach Atomgesetz genehmigungspflichtige) Rücknahme H[igh]A[ctive]W[aste] (verglast und maximal der gelieferten Brennelementemenge entsprechend) oder seines Verbleibs in China erst später entscheiden.“ Vgl. Referat 341, Bd. 142591.

und Techniker. Das Zentrum sei ziemlich weit fortgeschritten. Der MP bedankte sich ausdrücklich.

c) Mannesmann-Demag-Projekte

Herr Sieverding machte Ausführungen zum jetzigen Stand der Dinge in Baoshan; er gehe davon aus, daß die zusätzliche Unterstützung von MD bis zum Jahresende wirklich befriedigende Ergebnisse bringen werde. Zu Tianjin bemerkte er, technologisch sei kein Abstand mehr vorhanden; die Probleme seien durchverhandelt. Offen seien zwei Punkte: Preisdifferenz beim Zukauf chinesischer Zulieferungen des Maschinenbau-Ministeriums, dessen Preise z. T. noch 25 Prozent über gleichen Leistungen aus Westeuropa lägen; hier warf der MP ein, dieses Problem könnten die Chinesen lösen. Zur Finanzierung erklärte H. Sieverding: MD habe mit japanischer Unterstützung jetzt 330 Mio. DM Kredit angeboten und dafür auch Leistungen nach Japan vergeben. Der OB von Tianjin habe gesagt, die Finanzierung liege bei der Zentralregierung, und er könne unterschreiben, sobald sie gelöst sei. Wie verhalte sich dies zur Aussage des MP? Der MP bestätigte, die Zentralregierung habe alles getan, was ihrerseits zu tun sei, und es bleibe dabei, daß Tianjin-Projekt sich jetzt selbst finanzieren müsse.¹⁸

^{19d}) Herr Weiss trug namens der Wirtschaftsdelegation vor, unsere Wirtschaft gebe sich schon große Mühe, die Importe aus China zu steigern; sie gäbe China die Hand, dies gelte auch für Firmen, deren eigentliches Geschäft der Export sei. Auch unser Maschinenbau kaufe heute in China und produziere hier. Unsere Hilfe wäre noch zu steigern, wenn die Devisen, die China dabei einnehme, flexibler angerechnet werden könnten. Für Produktion seien die Kosten in China teilweise höher als in Deutschland. Die deutsche Wirtschaft bitte, sie unter Weltmarktniveau zu bringen. Hauptproblem seien die Arbeitskosten, die hier höher als in Taiwan und Südkorea seien. Zu den Löhnen kämen staatliche Aufschläge und neuerdings lokale Abgaben. Der MP erwiderte, dieses Problem sei leicht zu lösen, wie er immer betont habe. Das Lohnniveau in China sei nur 1/4 der Löhne in Hongkong. Wenn die Lohnkosten trotzdem zu hoch seien, so deshalb, weil noch keine ausländischen Managementmethoden (Einstellung und Entlassung) angewandt würden. Er biete Deutschland eine Vereinbarung an, wonach deutsche Investoren als erste so behandelt würden, daß sie eigene Managementmethoden anwenden könnten. Damit könnte die Konkurrenzfähigkeit deutsch-chinesischer Joint-venture-Produkte so erhöht werden, daß sie in Ostasien mit Japan und USA konkurrieren könnten.

Als weiteres Problem sprach H. Weiss die Exportauflagen an, die den Joint-ventures von Anfang an zum Devisenausgleich gemacht würden. Der MP erwiderte, dies sei die einzige schwierige Frage. Sie betreffe z. B. das VW-Shanghai-

¹⁸ Botschafter Hellbeck, Peking, berichtete am 2. September 1987, der Oberbürgermeister von Tianjin, Li Ruihan, habe dem Vorstand von Mannesmann erklärt, nicht in der Lage zu sein, „gesamtes Projekt ‚Röhrenwerk‘ an deutsche Seite zu vergeben. Offensichtlich auf Druck der Zentralregierung soll italienischer Konkurrent, mit dem parallel verhandelt wurde und der wohl auch günstiges Soft-Loan-Angebot macht, einen Anteil von mindestens 40 Prozent erhalten. [...] Es hat den Anschein, daß Vizepremier Li Peng bereits während Italien-Besuchs im Juni 1986 Italienern Zusage machte und nun zum gleichen Zeitpunkt unterschriebenen Vorvertrag zwischen Mannesmann Demag und Tianjin durchbrechen will. OB Li hat sich damit nicht gegen den Staatsrat durchsetzen können.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2077; Referat 341, Bd. 142579.

¹⁹ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1757 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

Joint-venture.²⁰ Dort würden zu über 80 Prozent Teile aus Deutschland importiert. Deshalb habe Staatsrat Zhang Jingfu den Vorschlag gemacht, künftig mit der Montage von Ersatzteilen zu beginnen und diese nach Deutschland zu exportieren, bis eine bestimmte Quote erreicht sei. Wenn der Import der Teile aus Deutschland 80 Prozent betrage, so sollten auch 80 Prozent der Ersatzteile exportiert werden („eine Art von Kompensationsgeschäft“). Staatsrat Zhang Jingfu schilderte hierfür das Beispiel der Beijing Jeep Corporation: Auch diese habe anfangs keine Jeeps exportiert, dafür aber zuerst Motoren für den Export nach USA produziert und montiert. Dies sei für den US-Partner kostenmäßig attraktiv und für das J. v. eine Lösung des Devisenproblems. Herr Weiss bezeichnete die Anregung als sehr gut, und er werde sie weitergeben.

Zur Ausbildung von Fach- und Führungskräften sagte er, wir wüßten, daß diese dem MP am Herzen liege. Im Rahmen von Projekten fänden schon jetzt umfangreiche Ausbildungen statt; wir griffen gerne die Anregung des MP auf, sie auf Ausbildung im Management zu erstrecken. Wir pensionierten z. Zt. z. T. Führungskräfte schon mit 60 Jahren und würden versuchen, noch mehr nach China zu vermitteln. Zum SDW²¹ führte er aus, bisher seien auf Initiative der deutschen Wirtschaft 150 Stipendien zugesagt; die Delegation könne heute 50 weitere zusagen; wir wüßten aber, daß diese Zahl dem MP noch zu gering scheine, und würden uns bemühen, sie zu erhöhen. Der MP bedankte sich für die jetzt zugesagten 50.

Herr Weiss sprach ferner das Patentschutzproblem bei chemischen Stoffen (nur Verfahrensschutz, kein Schutz neuer Stoffe) an und fragte, ob diese Lücke im Patentgesetz mit chinesischen Experten geschlossen werden könnte. Der MP erwiderte, er wolle darüber nachdenken.

e) NE-Metalle²²

Herr Dr. Natus, MG²³, stellte unsere Einfuhrmöglichkeiten für metallische Rohstoffe dar. Mit der CNNFIEC bestehe seit drei Jahren ein Abkommen, das jederzeit in Kraft treten könne.

Es umfasse: Anlagenlieferung, Modernisierung chinesischer Gruben und Hütten und Kompensation aus chinesischer Produktion.

Der MP erwiderte, der Grundsatz sei gut und China habe derartige Pläne, die gelieferten Maschinen sollten aber noch billiger und die Kredite noch günstiger sein.

²⁰ Zur Tätigkeit von Volkswagen in der Volksrepublik China vgl. Dok. 96, Anm. 16.

²¹ Stipendienprogramm der Deutschen Wirtschaft.

Mit Schreiben vom 6. Juli 1987 an Staatssekretär Ruhfus legte die Geschäftsführung der Carl Duisberg Centren dar: „Bei der Reise des Bundeskanzlers in die VR China 1984 ist im Kreis der ihn begleitenden Persönlichkeiten der Wirtschaft die Idee entstanden, der chinesischen Regierung ein Stipendienprogramm für Nachwuchskräfte aus chinesischen Betrieben anzubieten, dessen Finanzierung und Durchführung durch die im Chinageschäft tätigen deutschen Unternehmen gesichert werden sollte. Dem chinesischen Ministerpräsidenten wurden daraufhin im Mai 1985 bei seinem Besuch in der Bundesrepublik 150 Stipendien zu einer je 18-monatigen Fortbildung zugesagt. Das hierfür erforderliche Finanzierungsvolumen wurde auf 5,6 Mio. DM (DM 37 500 pro Teilnehmer) veranschlagt.“ Eine entsprechende Vereinbarung zwischen den Carl Duisberg Centren und der chinesischen Staatlichen Wirtschaftskommission sei im September 1985 in Peking unterzeichnet worden. Vgl. Referat 431, Bd. 142561.

²² Nicht-Eisen-Metalle.

²³ Metallgesellschaft AG.

f) Bankensektor

Herr Dr. Röllner beschrieb die traditionell freundschaftliche Zusammenarbeit deutscher und chinesischer Banken; viele deutsche Banken seien seit Jahren im China-Geschäft und begleiteten Projekte sowie vor allem mittelständische Betriebe. Auch sie böten gute Ausbildungshilfen und hätten einen aktiven Beitrag zu leisten. Der MP bestätigte, die Rolle der Banken nehme ständig zu, doch entsprächen Management und Geschäftsbereiche der chinesischen Banken noch nicht den Bedürfnissen.

g) Kernkraftwerke

Herr Dr. Bund erwähnte die Möglichkeit kleiner Kraftwerke, sowohl für Kohle als auch Kernenergie²⁴, und machte das Angebot, sie auch in Joint-ventures zu bauen und zu betreiben.

Abschließend erklärte der MP, chinesisch-deutsche Joint-ventures seien eine strategische Frage. Deshalb bitte er den Bundeskanzler, einen Verantwortlichen für die neue Arbeitsgruppe zu ernennen. Er werde das auch tun. Beide sollten dann die Kernfragen sammeln und gemeinsame Vorschläge erarbeiten.

BM Klein erwiderte, die nächste Tagung der Gemischten Wirtschaftskommission sei im März²⁵, die Arbeitsgruppe solle schon vorher eingesetzt werden, damit die Thematik schon auf der März-Tagung verbindlich behandelt werden könnte.²⁶ Er bedankte sich besonders für das Angebot des MP bei Managementmethoden in chinesisch-deutschen Joint-ventures.²⁷

[gez.] Hellbeck

Referat 341, Bd. 142561

²⁴ Korrigiert aus: „als Kernenergie“.

²⁵ Die Sechste Tagung des gemischten Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und der Volksrepublik China fand am 7. März 1988 in Bonn unter der Leitung des Bundesministers Bangemann und des chinesischen Ministers für Außenhandel, Zheng Tuobin, statt.

²⁶ Mit Schnellbrief vom 14. September 1987 unterrichtete das Bundesministerium für Wirtschaft das Auswärtige Amt, wie beim Besuch des Bundeskanzlers Kohl vom 12. bis 19. Juli 1987 in der Volksrepublik China vereinbart, solle „eine weitere Arbeitsgruppe des Gemischten Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit“ eingerichtet werden, um „Möglichkeiten zur Intensivierung der Zusammenarbeit in der Form von Gemischten Gesellschaften – Joint-ventures – zu prüfen“. Diese Arbeitsgruppe solle auf Seiten der Bundesrepublik der Vorsitzende des China-Kreises des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft, Weiss, leiten. Übermittelt wurde ein vom Bundesministerium für Wirtschaft erstelltes „Problempapier zu den Erfahrungen deutsch-chinesischer Joint-ventures, zu Fragen der staatlichen Rahmenbedingungen und zu praktischen Fragen der betriebswirtschaftlichen Zusammenarbeit“, mit der Bitte um Prüfung und Weiterleitung an die chinesische Seite. Vgl. Referat 341, Bd. 142579.

Die erste Tagung der deutsch-chinesischen Arbeitsgruppe fand vom 14. bis 16. Dezember 1987 in Peking statt. Vgl. dazu den Ergebnisbericht des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft vom 18. Dezember 1987; Referat 341, Bd. 142581.

²⁷ Botschafter Hellbeck, Peking, bilanzierte am 16. Juli 1987 die Gespräche des Bundeskanzlers Kohl am 13./14. Juli 1987 in der chinesischen Hauptstadt: „Bei Begegnungen in freundschaftlicher, freimütiger und äußerst aufgeschlossener Atmosphäre erweckte Bundeskanzler durch eine prägnante Darstellung unserer Probleme sowie durch intensives Eingehen auf die Wünsche der Gegenseite bei den Chinesen das Gefühl enger Verbundenheit. Sie erwiderten ihrerseits dieses Herangehen durch konstruktive Argumentationen und freundschaftliche Gesten. Die Vereinbarung einer jährlichen ‚Bilanzierung‘ des Fortschritts der wirtschaftlichen Kooperation durch die Regierungschefs selbst gehörte ebenso zu den besonderen Akzenten dieser Begegnung wie die ungewöhnliche Einladung Zhaos zu einem intimen Abendessen außerhalb des offiziellen Banketts. Der persönliche Kontakt zwischen Bundeskanzler und chines[ischem] Regierungschef wurde in einer Weise verfestigt, daß er auch nach der zu erwartenden Bestätigung Zhaos als KP-Generalsekretär weiter für die deutsch-chinesischen Beziehungen bestimmend bleiben wird.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1759; Referat 341, Bd. 142561.

214

Botschafter van Well, Washington, an das Auswärtige Amt**114-4560/87 VS-vertraulich****Fernschreiben Nr. 3049****Aufgabe: 16. Juli 1987, 19.10 Uhr¹****Ankunft: 17. Juli 1987, 15.47 Uhr**

Betr.: Rüstungskontrollpolitik;

hier: Offene Fragen im deutsch-amerikanischen Verhältnis

Bezug: DB Nr. 2801 VS-geheim vom 27.6.87² und DB Nr. 2982³ vom 13.7.87⁴
(an 201) – PR 320.40/02

Zur Unterrichtung

1) In Gesprächen über Rüstungskontrolle wird in letzter Zeit von Vertretern der Administration zunehmend die Frage nach Modernisierung nuklearer Waffen angesprochen (AM Shultz mir gegenüber bei Übergabe des Kanzler-Briefs zur Pershing Ia⁵ (Bezugs-DB zu 1), Nitze mir gegenüber, Holmes (State Department), Linhard (NSC) und Gaffney (Pentagon) gegenüber Ges. Pol.⁶). Dabei geht es der

¹ Das Fernschreiben wurde von Gesandtem Henze, Washington, konzipiert und in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 26.

Hat Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Moltke am 22. Juli 1987 vorgelegen.

² Botschafter van Well, Washington, berichtete am 27. Juni 1987, der amerikanische Außenminister Shultz habe im Gespräch am selben Tag zur Frage der Pershing-Ia-Systeme versichert, „daß es an der amerikanischen Position des Ausschlusses von Drittstaaten- und kooperativen Systemen aus den Verhandlungen keine Zweifel gebe. Er benutzte die Unterredung dazu, mit Nachdruck darauf hinzuweisen, daß unabhängig vom Verlauf der Genfer Verhandlungen Nachdenken über die Zukunft und Modernisierung der P-Ia-Systeme aus amerikanischer Sicht dringlich sei und nicht auf die ferne Zukunft verschoben werden könnte. [...] Die Bundesregierung habe durch ihre Opposition gegen die Konversion eine mögliche Lösung bereits ausgeschlossen.“ Shultz habe die Notwendigkeit betont, „über eine Modernisierungsentscheidung nachzudenken. Er müsse davor warnen, zu glauben, daß man dafür beliebig Zeit habe.“ Vgl. VS-Bd. 11362 (220); B 150, Aktenkopien 1987.

³ Korrigiert aus: „2882“.

⁴ Botschafter van Well, Washington, übermittelte „amerikanische Pressestimmen zur deutschen Diskussion im Anschluß an die Null-Null-Optionszustimmung“. So heiße es in einem Artikel der Tageszeitung „The Washington Post“ vom 12. Juli 1987, „Bonn wolle entgegen der Montebello-Entscheidung eine Modernisierung und verstärkte Stationierung von Lance, für die sich besonders die USA stark machten, nicht mehr hinnehmen. Diese neuen Vorbehalte seien ein direktes Ergebnis der Einbeziehung von SRINF und einer Verärgerung über einen Hintergrundvorschlag, die Zahl der Lance von 88 auf 400 aufzustocken.“ Vgl. Referat 201, Bd. 143378.

⁵ Bundeskanzler Kohl richtete am 26. Juni 1987 folgendes Schreiben an den amerikanischen Außenminister Shultz: „Sehr geehrter Herr Außenminister, lieber George, nach einem Gespräch mit Ihnen hat mich Bundesminister Genscher über die Wiedergabe eines kurzen Gesprächs unterrichtet, das Sicherheitsberater Carlucci und ich am Rande des Weltwirtschaftsgipfels Venedig geführt haben. Ich stelle dazu fest: Die Haltung der Bundesregierung zu der von der Sowjetunion geforderten Einbeziehung der amerikanischen Sprengköpfe der deutschen Pershing Ia in ein amerikanisch-sowjetisches INF-Abkommen ist unverändert: Wir unterstützen voll und ganz die amerikanische Position, diese Einbeziehung prinzipiell abzulehnen, weil nur amerikanische und sowjetische Systeme (Sprengköpfe auf Flugkörpern auf Abschußvorrichtungen) Gegenstand der Verhandlungen sind und keine negativen Präzedenzfälle für Drittstaaten-Systeme und andere Kooperationsprojekte entstehen dürfen. [...] Ich wäre Ihnen sehr verbunden, wenn Sie Präsident Reagan über dieses Schreiben unterrichten würden.“ Vgl. den Drahterlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Freiherr von Pfitzen-Arnach vom selben Tag an Botschafter van Well, Washington; VS-Bd. 11362 (220); B 150, Aktenkopien 1987.

⁶ Gesandter, Politische Abteilung.
Gerhard Henze.

amerikanischen Seite einmal um die Frage der Modernisierung der deutschen Pershing Ia⁷, zum anderen um die Durchführung des Montebello-Beschlusses⁸.

Anlaß zu der Frage sind auch Äußerungen deutscher Besucher in Washington aus Koalitionsparteien, Opposition und Bundesregierung. So haben Mitglieder der verteidigungspolitischen Arbeitsgruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion bei Gesprächen im Pentagon und State Department erklärt, daß ein Beschluß über eine Modernisierung der Pershing Ia nach dem Gipfeltreffen von Reykjavik⁹ und dem NATO-Beschluß über die doppelte Null-Lösung¹⁰ innenpolitisch auf erhebliche Schwierigkeiten stoßen würde.¹¹ Ein Bericht der „Washington Post“ aus Bonn, in dem vom Widerstand gegen die Modernisierung der Lance gesprochen wird (Bezugs-DB zu 2), hat hier ebenfalls Aufmerksamkeit gefunden. Auch MP Späth hat politische Sorgen wegen einer Modernisierung deutlich gemacht und ebenso wie die Bundestagsabgeordneten darauf hingewiesen, daß mit stärkerem Druck auf Verhandlungen zum Abbau der Kurzstreckenwaffen (SNF) gerechnet werden müsse.¹² MdB Horn hat erklärt, BM Wörner habe im Gespräch im kleinsten Kreis Zweifel daran erkennen lassen, ob die Pershing Ia noch zu halten sei.¹³ StM Schäfer hat entsprechende Zweifel anklingen lassen.¹⁴

⁷ Zur Frage einer Modernisierung der Pershing Ia vgl. Dok. 144 und Dok. 145.

⁸ Zur Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 27./28. Oktober 1983 vgl. AAPD 1983, II, Dok. 321.

Zum Modernisierungsteil des Montebello-Beschlusses vgl. AAPD 1985, I, Dok. 126.

⁹ Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 vgl. AAPD 1986, II, Dok. 282 und Dok. 284–286.

¹⁰ In Ziffer 7 der Erklärung der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Juni 1987 in Reykjavik bekräftigten die Mitgliedstaaten der Nordatlantischen Allianz ihre Forderung nach einer globalen Null-Lösung für LRINF und SRINF. Für den Wortlaut vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1986–1990, S. 16. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 383 f. Zur Tagung vgl. Dok. 170 und Dok. 174.

¹¹ Botschafter van Well, Washington, berichtete am 8. Juli 1987: „Arbeitsgruppe Verteidigungspolitik der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag führte unter Leitung von MdB Wimmer und in Anwesenheit des Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses, MdB Biehle, in der Zeit vom 29.6. bis 3.7.1987 politische Gespräche in Washington. Auf dem Programm standen Gespräche im Kongreß, im NSC, State Department und Department of Defense sowie Briefings bei CIA und DIA. Im Mittelpunkt der ausführlichen, in großer Offenheit und vertrauensvoller Atmosphäre geführten Gespräche standen die Entwicklung des Ost-West-Verhältnisses, der Stand der Rüstungskontrollverhandlungen in Genf und deren mögliche Auswirkungen auf die Implementierung der Bündnisstrategie.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2913; Referat 204, Bd. 135403.

¹² Zum Aufenthalt des baden-württembergischen Ministerpräsidenten vom 6. bis 9. Juli 1987 in den USA berichtete Botschafter van Well, Washington, am 10. Juli 1987, bei Späths Gesprächen in Washington am 8./9. Juli hätten Handels- und Wirtschaftsthemen im Vordergrund gestanden: „Daneben wurde im außen- und sicherheitspolitischen Bereich vor allem über Fragen im Zusammenhang mit dem angestrebten INF-Abkommen sowie über das Verhältnis der Bundesrepublik und des Westens zur Sowjetunion, und hier insbesondere über die Politik Gorbatschows, gesprochen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2965; Referat 012-9, Bd. 138649.

¹³ Zu diesem Satz vermerkte Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen handschriftlich: „Rühle“. Der SPD-Abgeordnete Horn besuchte die USA vom 6. bis 17. Juli 1987, wo er Gespräche mit Angehörigen der amerikanischen Regierung, Mitgliedern des Kongresses und Vertretern von Think Tanks führte. Botschafter van Well, Washington, informierte am 24. Juli 1987, der verteidigungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion habe sich für eine vollständige doppelte Null-Lösung bei INF ausgesprochen und die Haltung der Bundesregierung in der Frage der Pershing Ia kritisiert: „Das Zustandekommen eines INF-Abkommens dürfe nicht durch unser Festhalten an der PIa scheitern. Für eine Modernisierung der PIa gebe es im Deutschen Bundestag keine Mehrheit. Aus persönlichen Gesprächen mit BM Wörner wisse er, daß auch dieser hinsichtlich der PIa eine differenziertere Haltung einnehme, als dies in der Öffentlichkeit zum Ausdruck komme.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3140; Referat 204, Bd. 135403.

Wir haben demgegenüber auf den Brief des Bundeskanzlers verwiesen, so bei Gespräch mit Shultz und mit Nitze (am 14.7.), den ich auf die Verunsicherung gerade in der CDU/CSU hingewiesen hatte. Auf die Frage nach der Modernisierung haben wir erklärt, daß hierzu noch keine Entscheidung gefallen ist, und vor allem, daß diese Frage auf westlicher Seite auch nicht mit einem INF-Abkommen verbunden werden sollte. Hinsichtlich der Modernisierung von Lance hat MdB Geiger auf die klaren Aussagen von BM Wörner vom 14.7.¹⁵ hingewiesen, die von Under Secretary Iklé (Pentagon) als sehr hilfreich bezeichnet wurden.

2) Die Äußerungen der deutschen Besucher sowie Berichte der amerikanischen Botschaft in Bonn haben in der Administration, vor allem im State Department, zu der Befürchtung geführt, daß sich hier eine ernstzunehmende Belastung des deutsch-amerikanischen Verhältnisses anbahnen könnte, zumal, wie auch MdB Geiger in ihren Gesprächen deutlich gemacht hat, Verärgerung und Unsicherheit gerade bei den deutschen Politikern entstanden sind, die bisher stets für ein enges deutsch-amerikanisches Verhältnis eingetreten sind.¹⁶ Man weist hier darauf hin, daß

- bei einer Null-Lösung für LRINF und SRINF auf westlicher Seite noch genügend Waffen für die nukleare Abschreckung auch unterhalb der strategischen Systeme bleiben,
- die amerikanische Bindung an Westeuropa unverändert aufrechterhalten und durch die Präsenz von 300000 amerikanischen Soldaten auch deutlich gemacht wird,
- eine Singularisierung der Bundesrepublik nicht gegeben ist, daß ein Angriff auf die Bundesrepublik ein Angriff auf die gesamte NATO wäre und entsprechend beantwortet würde, und daß neben der DDR auch weiterhin die anderen WP-Staaten mit Nuklearwaffen auch im Mittelstreckenbereich (Flug-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1072

¹⁴ Staatsminister Schäfer hielt sich vom 2. bis 5. Juni 1987 in den USA auf. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 2570/2571 des Gesandten Paschke, Washington, vom 11. Juni 1987; Referat 204, Bd. 135400.

¹⁵ Bundesminister Wörner hielt am 14. Juli 1987 vor der Konrad-Adenauer-Stiftung eine Rede zur Sicherheitspolitik. In der Presse hieß es, er habe „darauf verwiesen, daß die Sowjetunion auch unter Gorbatschow ihre Aufrüstung auf allen Gebieten unvermindert fortsetze, während sie gleichzeitig vom Westen einen Verzicht auf die Modernisierung solcher Waffensysteme verlange, die nach einer amerikanisch-sowjetischen Vereinbarung über die doppelte Null-Lösung für landgestützte Mittelstreckenwaffen noch in West-Europa verbleiben würden. Das Bundesverteidigungsministerium hatte wissen lassen, Wörner halte am Vorhaben einer Modernisierung der ‚Lance‘-Raketen, deren Reichweite jetzt 120 Kilometer beträgt, fest; der Minister verstehe darunter aber nur eine Erweiterung der Reichweite und eine höhere Treffgenauigkeit der Raketen, nicht eine von Amerika gewünschte Vermehrung der Zahl der Waffen.“ Vgl. den Artikel „Äußerungen Wörners führen zu Zwist in der Koalition“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 16. Juli 1987, S. 1.

¹⁶ Zu diesem Satz vermerkte Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen handschriftlich: „CDU/CSU. Dregger, aber nicht Geißler.“

Die außenpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Geiger, hielt sich vom 13. bis 17. Juli 1987 zu Gesprächen mit der amerikanischen Regierung und Mitgliedern des Kongresses in den USA auf. Botschafter van Well, Washington, berichtete: „MdB Geiger trug die vor allem in der CDU/CSU-Fraktion bestehende Sorge vor, daß bei einem INF-Abkommen die doppelte Null-Lösung zu einer Singularisierung der Bundesrepublik Deutschland führen würde, damit die Verteidigungsbereitschaft geschwächt und Tendenz zur Neutralisierung gefördert werden könnten. [...] Geiger betonte, es sei jetzt wichtig, Verhandlungen über die Reduzierung von Kurzstreckenraketen unter 400 km Reichweite zu beginnen. Iklé und Holmes äußerten hiergegen erhebliche Bedenken. Man könne dann mit einem weiteren sowjetischen Angebot einer Null-Lösung konfrontiert werden (Iklé). Zunächst müsse man zu einem konventionellen Gleichgewicht und der Beseitigung chemischer Waffen kommen (Holmes).“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3180; Referat 011, Bd. 138450.

zeuge, Cruise Missiles auf U-Booten) erreicht werden können und daß schließlich die USA als Ziel sowjetischer strategischer Waffen mit großer Zerstörungskraft weiterhin ebenso gefährdet ist wie die Bundesrepublik.

Man empfinde den Hinweis auf die Singularisierung aber auch als Anzeichen dafür, daß Zweifel an der NATO-Strategie¹⁷ und der Solidarität des Bündnisses aufkommen, und sieht auch die Zurückhaltung gegenüber der Modernisierung als Ausdruck dieser Einstellung.¹⁸

Zweifel über unsere Haltung zur gemeinsamen westlichen Verteidigung, die mit der Entscheidung über die Stationierung der Mittelstreckenwaffen 1983¹⁹ ausgeräumt schienen, kommen wieder hoch und gewinnen dadurch an Gewicht, daß diesmal die Ablehnung einer Rüstungsmodernisierung von konservativer Seite kommt. Hierzu paßt die von MdB Geiger im State Department geäußerte Sorge, man könne mit der doppelten Null-Lösung möglicherweise Tendenzen einer Neutralisierung Deutschlands fördern.

3a) Unsicherheiten trotz des eindeutigen Briefes des Bundeskanzlers treten hier auch bei der Frage auf, ob wir letztlich sowjetischem Druck auf Einbeziehung der Pershing Ia in ein INF-Abkommen standhalten. Auch hier haben deutsche Besucher Zweifel anklingen lassen, ob die Bundesregierung bei harter sowjetischer Haltung bereit ist, durch Bestehen auf Ausschluß der Pershing Ia das Scheitern eines INF-Abkommens zu riskieren.

b) Es ist nicht auszuschließen, daß letztlich die Administration nicht bereit ist, ein INF-Abkommen an der Pershing Ia scheitern zu lassen.²⁰ Konkrete Hinweise darauf gibt es allerdings nicht. Die gegenwärtige Stagnation der INF-Verhandlungen in Genf wird hier zumindest auf Arbeitsebene bisher mit Gelassenheit betrachtet und als (übliche) Methode, mit der in der Schlußphase²¹ der Verhandlungen noch möglichst viele amerikanische Konzessionen erreicht werden sollen.

Gleichzeitig wird jedoch eine gewisse Ungeduld wegen des Ausbleibens einer Terminvereinbarung für ein Außenministertreffen spürbar.²² Man ist zum Pokern bereit. Aber wir wissen weder, wie hoch die amerikanische Seite beim Einsatz gehen will, noch, wie stark letztlich ihre Nerven sein werden.

In dieser Situation könnte das Drängen von Shultz auf eine Entscheidung über die Modernisierung der Pershing Ia auch eine Alibi-Funktion erhalten. Er geht

¹⁷ Zur Strategie der „flexible response“ vgl. Dok. 4, Anm. 17.

¹⁸ Zu diesem Satz vermerkte Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen handschriftlich: „1) Abschreckung ja, aber Sufficiency-Konzept: Rolle des Nuklear[en] auf das erforderliche Mindestmaß fest-schreiben. 2) Stand + Perspekt[ive] der Abrüstungsverh[andlungen] + Entwicklungen in O[st]-W[est]-Verh[ältnis] berücksichtigen.“

¹⁹ Am 22. November 1983 stimmte der Bundestag nach zweitägiger Debatte mit 286 zu 225 Stimmen bei einer Enthaltung einem Antrag der Fraktionen von CDU/CSU und FDP vom 18. November 1983 zur Durchführung des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 in seinen beiden Teilen zu. Für den Antrag vgl. BT DRUCKSACHEN, Nr. 10/620. Für die Debatte vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 10. WP, 35. und 36. Sitzung, S. 2321–2456 und S. 2459–2592.

²⁰ Zu diesem Satz vermerkte Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen handschriftlich: „Nein. GB! Aber Shultz hofft, durch deutsche Entsch[eidung] eines Verzichts auf Modernis[ierung] Sowjets Gesichtswahrung zu erlauben, ohne P Ia in Verh[andlungen] einbeziehen zu müssen.“

²¹ Korrigiert aus: „als (übliche) der Schlußphase“.

²² Zu diesem Satz vermerkte Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen handschriftlich: „Glitzman: Wenn nicht bis Ende August, dann nicht mehr machbar.“

davon aus, daß die Pershing Ia in absehbarer Zeit so veraltet sein wird, daß sie nicht nur ihren militärischen (der weder auf amerikanischer noch offensichtlich auf sowjetischer Seite hoch eingeschätzt wird), sondern auch ihren politischen Wert verliert. Eine Entscheidung über die Modernisierung müßte mit einem gewissen zeitlichen Vorlauf erfolgen, wenn bei Abbau der PIa ein Ersatz bereit stehen soll. Die aus amerikanischer Sicht einfachste Form der Modernisierung, den Umbau (conversion) der PII in PIb, die die PIa ersetzen könnte, haben wir abgelehnt.²³ Inzwischen hat US in Reaktion auf SU-Vorschlag vom 19.6. SU Verzicht darauf bereits angeboten.²⁴

Sind wir nicht bereit, die Entscheidung über die Modernisierung der PIa in naher Zukunft zu treffen, dann könnte das von der Administration für das Argument benutzt werden, daß es sich nicht lohnt, für eine veraltete Waffe, für die kein Ersatz vorgesehen ist, ein INF-Abkommen aufs Spiel zu setzen. Bei Eintreten für die doppelte Null-Lösung hatte Shultz ähnlich argumentiert, wenn eine Null-Lösung für SRINF abgelehnt werde, müsse man zur Stationierung neuer Systeme bereit sein.

Shultz dürfte bewußt sein, daß die Aufgabe der PIa das von der Administration deutlich gesehene Unbehagen in Bonn über ihre Rüstungskontrollpolitik verstärken und damit erhebliche Belastungen in das deutsch-amerikanische Verhältnis bringen könnte. Er geht auch davon aus, daß GB sich einem Einschluß der PIa in ein INF-Abkommen widersetzen würde.²⁵ Es ist jedoch nicht völlig auszuschließen, daß er sich über diese Bedenken hinwegsetzt, um ein Abkommen zu erreichen, an dem er und Reagan erhebliches Interesse haben.

Möglicherweise ist er auch bereit, eine Zwischenlösung in der Form zu suchen, daß die Weitergabe einschlägiger Technologie in einem INF-Abkommen verboten wird. Nitze erwähnte mir gegenüber, daß von einer Nichtumgehungsklausel ausgegangen werden müsse. Das ²⁶würde uns erlauben, die PIa zu behalten, und den Amerikanern, das Gesicht zu wahren. Eine Modernisierung der PIa würde jedoch damit erheblich erschwert, wahrscheinlich sogar ausgeschlossen. Damit wären praktisch (auch im Hinblick auf die für den Abbau der amerikanischen und sowjetischen Trägersysteme vorgesehenen Fristen) die PIa in das Abkommen eingeschlossen.

²³ Vgl. dazu das Schreiben des Bundeskanzlers Kohl vom 14. Februar 1986 an Präsident Reagan; Dok. 64, Anm. 14.

²⁴ Gesandter Paschke, Washington, berichtete am 22. Juni 1987, das amerikanische Außenministerium habe „unter Hinweis auf Bedeutung absoluter Vertraulichkeit“ mitgeteilt, daß am 19. Juni 1987 „in Genf von einem hochrangigen sowjetischen Besucher aus Moskau gegenüber Glitman“ informelle Vorschläge zu den INF-Verhandlungen gemacht worden seien. Demnach sei die UdSSR bereit, „einer globalen Null-Lösung sowohl für LR- als auch SR-INF-Systeme zuzustimmen, wenn sich die amerikanische Seite dazu verpflichte, alle ihre bestehenden Systeme zu vernichten und auf das Recht zur Konversion zu verzichten. Die amerikanische Reaktion war: Wenn Abkommen zur globalen Eliminierung der LR- und SR-INF-Systeme die folgenden Bedingungen erfüllt – die SRINF-Null-Lösung ist ein integraler und verbindlicher Teil der Vereinbarung; verlässliche und effektive Verifikation; Erstreckung des Vertrages nur auf amerikanisch-sowjetische Systeme –, dann seien die USA bereit, Zerstörung und Demontage (destruction and dismantlement) ihrer Systeme zu erwägen und auf das Recht zur Konversion zu verzichten. Sie würden dann auch zusichern, daß kein Transfer irgendwelcher existierenden amerikanischer LR- oder SR-INF-Systeme an irgendeinen Dritten, einschließlich der Bundesrepublik Deutschland, erfolge.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2690; VS-Bd. 11362 (220); B 150, Aktenkopien 1987.

²⁵ Zu diesem Satz vermerkte Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen handschriftlich: „[richtig]“.

²⁶ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 3050 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

4) Weitere Belastungen können sich aus der Frage der Kurzstreckenraketen (SNF) ergeben. Eine Reihe von deutschen Besuchern habe erklärt, daß es nach der doppelten Null-Lösung wichtiger denn je sei, auch über eine Reduzierung von SNF zu verhandeln. Dem steht die amerikanische Sorge entgegen, damit eine Denuklearisierung Europas einzuleiten. Man hält die Zeit für diese Verhandlungen noch nicht für reif und möchte auch nicht mit der Vorbereitung einer Bündnisposition beginnen, um nicht Erwartungen zu wecken.²⁷ Man äußert die Befürchtung, daß Gorbatschow hier erneut eine Null-Lösung anbietet. Auf einen solchen Vorschlag wäre die NATO aus hiesiger Sicht nicht ausreichend vorbereitet, u. a. weil die Regierungen der Bündnisländer, wie Frau Ridgway und Ermath (NSC) im Gespräch mit MdB Geiger erneut sagten und wie auch von anderen amerikanischen Gesprächspartnern hervorgehoben wird, der Öffentlichkeit nie deutlich genug gesagt haben, daß die NATO auf absehbare Zeit auf Nuklearwaffen angewiesen ist. Man sieht sich in dieser Position einig mit GB und F.²⁸

Bei allem in Gesprächen deutlich gewordenen Verständnis für die deutschen Sorgen ist zu befürchten, daß sich die amerikanische Haltung vorerst nicht ändern wird.

5) Die Ankündigung des Honecker-Besuchs²⁹, die in gewissem Kontrast zur Stagnation der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen steht, kann dem Unbehagen über das deutsche Verhalten zur Modernisierung zusätzliche Nahrung geben. Wir haben nur begrenzte Möglichkeiten zur Korrektur, sollten diese jedoch nutzen.

a) Wenn und soweit wir in der Lage sind, uns zur Modernisierung sowohl der PIa wie im Rahmen des Montebello-Beschlusses zu äußern, sollten wir das in möglichst autoritativer Form bald tun.³⁰ Am besten sollte dazu ein bilaterales Gespräch auf angemessener Ebene gewählt werden. Es könnte schon nützlich sein, wenn wir darlegen, warum aus unserer Sicht die Frage jetzt nicht abschließend geklärt werden kann (Zusammenhang mit Rüstungskontrollverhandlungen³¹). Wir werden damit die Vielfalt der Stimmen nicht beseitigen können, aber mehr Klarheit schaffen, die eine gewisse Beruhigung in dieses auch aus amerikanischer Sicht schwierige Thema bringt.

b) Bei SNF sollten wir vorerst nicht auf Ausarbeitung einer Bündnisposition in einem NATO-Gremium bestehen und möglichst auch öffentliches Drängen auf Verhandlungen unterlassen.³² Wir brauchen Zeit, um die amerikanische (und

²⁷ Zu diesem Satz vermerkte Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen handschriftlich: „Beide Seiten wollen Frage vor Abschluß INF-Abk[ommen] nicht pushen.“

²⁸ An dieser Stelle vermerkte Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen handschriftlich: „Aber nur quantitatives u[nd] qual[itatives] Mindestmaß.“

²⁹ Bundesminister Schäuble, Bundeskanzleramt, gab am 15. Juli 1987 bekannt, daß der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, die Bundesrepublik vom 7. bis 11. September 1987 besuchen werde. Vgl. dazu BULLETIN 1987, S. 640.

Zum Besuch vgl. Dok. 244, Dok. 245, Dok. 255 und Dok. 258.

³⁰ An dieser Stelle vermerkte Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen handschriftlich: „BM – Shultz.“

³¹ An dieser Stelle vermerkte Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen handschriftlich: „und Entwicklung im O[st]-W[est]-Verhältnis“.

³² An dieser Stelle vermerkte Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen handschriftlich: „Am[erikaner] umgekehrt aber auch.“

wahrscheinlich auch britische und französische) Position zu ändern. Zu starker Druck könnte kontraproduzent wirken. Wir können unsere eigene Position entwickeln und diese in bilaterale Gespräche mit den Amerikanern einführen, am besten verbunden mit dem ausdrücklichen Hinweis, daß wir entsprechend amerikanischem Wunsch vorerst nicht auf Verhandlungen im Bündnis drängen wollen. Damit können wir eine spätere Beratung im Bündnis soweit vorbereiten und fördern, daß sie, sobald die Zeit gekommen ist, zügiger erfolgen könnte.

[gez.] van Well

VS-Bd. 13032 (204)

215

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Trumpf

424-411.10 SUA VS-NfD

20. Juli 1987¹

Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister

Betr.: Vorwurf der illegalen Lieferung von U-Boot-Fertigungsunterlagen nach Südafrika³;

hier: Bußgeldverfahren der OFD Kiel gegen die Firmen HDW und IKL

Anlg.: Schreiben BMWi vom 10.2.1987 an BMF⁴

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

I. 1) Das BMWi war in seiner Stellungnahme vom 10.2.1987 (Anlg.) zum Ermittlungsergebnis der OFD von Ende November 1986⁵ zum Ergebnis gelangt, daß die Lieferung von unvollständigen U-Boot-Fertigungsunterlagen nach Südafrika nur dann genehmigungspflichtig war, wenn wesentliche Teile der Unterlagen zur Fertigung von U-Booten geliefert worden sind. Dies ergebe die Auslegung des

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Nagel und Legationsrat I. Klasse Cappell konzipiert.

² Hat Staatssekretär Ruhfus am 3. August 1987 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnach vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „S. 3.“ Vgl. Anm. 10.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Nagel am 4. August 1987 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Höynck sowie an Legationsrat I. Klasse Cappell „z[ur] K[enn]tnisnahme und z[ur] w[eiteren] V[er]anlassung!“ verfügte.

Hat Höynck am 4. August 1987 vorgelegen.

Hat Cappell am 5. August 1987 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Dg 42 hatte sich wie auf Seite 3 bereits gegenüber M[inisterial]R[at] Haase, BMWi, geäußert.“

³ Zum Verdacht der Ausfuhr von U-Boot-Konstruktionsunterlagen nach Südafrika vgl. Dok. 58.

⁴ Dem Vorgang beigelegt. Vgl. Referat 424, Bd. 145937. Für das Schreiben vgl. auch BT DRUCKSACHEN, Nr. 11/6141, S. 299 f.

⁵ Für den Bericht der Oberfinanzdirektion Kiel, der mit Schreiben vom 28. November 1986 an das Bundesministerium der Finanzen übermittelt wurde, vgl. Referat 230, Bd. 158126. Vgl. dazu auch BT DRUCKSACHEN, Nr. 11/6141, S. 51.

§ 5 Abs. 1 Satz 1 Außenwirtschaftsverordnung⁶ in Verbindung mit Nr. 0009 der Ausfuhrliste⁷. Der BMWi teilt auch nicht die Auffassung der OFD, nach der die Anwendung des § 5 Abs. 1 Satz 1 AWV zwar wegen Unvollständigkeit der Fertigungsunterlagen zu verneinen, der zugrundeliegende Sachverhalt aber unter den § 45 Abs. 3 AWV (Weitergabe von nicht allgemein zugänglichen Kenntnissen) zu subsumieren ist. Nach Auffassung des BMWi kann für den Fall, daß der Sachverhalt einer Unterlagenausfuhr nicht unter § 5 Abs. 1 Satz 1 AWV fällt, auch der Tatbestand des § 45 Abs. 3 AWV nicht bejaht werden.

2) Zum Stand des Verfahrens wurde dem Auswärtigen Amt vom BMWi auf Arbeitsebene folgendes mitgeteilt: Aufgrund der Stellungnahme des BMWi vom 10.2.1987 habe die OFD Kiel das Bundesamt für Wirtschaft (BAW) um eine fachtechnische Prüfung gebeten. Diese sei inzwischen erfolgt. Auf Weisung des BMWi – Leitungsebene – sei das BAW einer Aufforderung der OFD Kiel, eine rechtliche Stellungnahme abzugeben, nicht nachgekommen. Dies greife in die Zuständigkeit der ermittelnden Behörde (OFD) ein. Das BMWi schließt nicht aus, daß BAW um ergänzende Stellungnahme zur Frage gebeten werden könnte, ob die gelieferten Unterlagen geeignet seien, den Bau von U-Booten durch Südafrika zu erleichtern, oder ob ein solcher Bau durch Hinzuziehung von Konstruktionsunterlagen oder Konstrukteuren aus anderen Quellen eventuell ermöglicht werden könne. BMWi hält es weiter für möglich, daß es von BMF zu einer weiteren rechtlichen Stellungnahme zur Frage der Genehmigungspflicht der Lieferung der U-Boot-Fertigungsunterlagen gebeten wird.

II. Aufgrund dieses Verfahrensstandes ist nicht auszuschließen, daß die OFD Kiel i.S. der rechtlichen Stellungnahme des BMWi vom 10.2.1987 zum Ergebnis kommt, daß der objektive Tatbestand einer illegalen Lieferung von U-Boot-Fertigungsunterlagen nicht vorliegt, weil wesentliche Teile für die Fertigung von U-Booten nicht geliefert worden sind. Ein solches Ergebnis hätte erhebliche Konsequenzen für die Gestaltung unserer auswärtigen Beziehungen:

1) Möglicher Vorwurf, Bundesregierung halte Waffenembargo nicht ein: Die Bundesregierung hat wiederholt öffentlich erklärt, daß sie das Waffenembargo der VN (Resolution Nr. 418/1977⁸) strikt einhalte. BM Bangemann hat am 3.12.1986 in der gemeinsamen Sitzung des Auswärtigen Ausschusses und des Wirtschaftsausschusses erklärt, daß nach Auffassung der Bundesregierung das Waffenembargo auch das Verbot der Lieferung von Fertigungsunterlagen zur Herstellung von Waffen beinhalte. Weder im Waffenembargo noch in der Außenwirtschaftsverordnung wird zwischen wesentlichen und unwesentlichen Fertigungsunterlagen unterschieden. Im übrigen dürfte die Unterscheidung des BMWi zwischen wesentlichen und unwesentlichen Fertigungsunterlagen im

⁶ Für den Wortlaut der Verordnung zur Durchführung des Außenwirtschaftsgesetzes (Außenwirtschaftsverordnung) in der Fassung vom 18. Dezember 1986 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil I, S. 2671–2700.

⁷ Für den Wortlaut der Ausfuhrliste – Anlage AL zur Außenwirtschaftsverordnung – in der Fassung der Verordnung vom 6. November 1984 vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 213 vom 10. November 1984, Beilage Nr. 55a/84.

⁸ Am 4. November 1977 beschloß der VN-Sicherheitsrat unter Bezugnahme auf Kapitel VII der VN-Charta vom 26. Juni 1945 einstimmig ein Waffenembargo gegen Südafrika. Für den Wortlaut der Resolution Nr. 418 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Band X, S. 41f. Für den deutschen Wortlaut vgl. BT DRUCKSACHEN, Nr. 11/6141, S. 298.

vorliegenden Fall nicht zum Tragen kommen, da HDW und IKL von vornherein die Lieferung vollständiger Fertigungsunterlagen geplant hatten. Die Lieferung wurde durch äußere Umstände unterbrochen. In einem solchen Falle dürfte die Genehmigungspflicht nicht erst entstehen, wenn 80 % der Unterlagen geliefert sind, sondern, überspitzt gesagt, mit der Lieferung der ersten Schraube. Zumindest wäre jedoch der Versuch einer Ordnungswidrigkeit (ungenehmigte Ausfuhr) anzunehmen, der gemäß § 33 Abs. 6 AWG⁹ geahndet werden kann.

2) Eine Einstellung des Bußgeldverfahrens könnten wir international glaubwürdig nicht erklären. Mit erheblichen Reaktionen¹⁰ nicht nur aus dem Ausland wäre bei einer Einstellung des Verfahrens zu rechnen.

III. Das AA hätte grundsätzlich folgende Möglichkeiten bei diesem Verfahrensstadium:

1) Zur Wahrung unserer völkerrechtlichen Pflichten hat das Auswärtige Amt ein Interesse daran, daß § 45 Abs. 3 AWV entsprechend dem Wortlaut des mandatorischen VN-Embargos – auf Grund dessen er in die AWV eingefügt wurde – ausgelegt wird (Gegenüberstellung der Texte als Anlage). Falls es Zweifel über die Auslegung des § 45 Abs. 3 gibt, so wäre die Auslegung durch ein Gericht international glaubwürdiger als die Auslegung durch die Exekutive.

2) Wir haben die Absicht, uns den Ressorts gegenüber auf dieser Linie zu äußern. D 2¹¹ und D 5¹² haben mitgezeichnet.

Trumpf

Anlage

Vom Waffenembargo Resolution Nr. 418 vom 4.11.1977¹³ werden gemäß Nr. 2 dieser Resolution auch erfaßt:

„...the provision of all types of equipment and supplies and grants of licensing arrangements, for the manufacture or maintenance of the aforementioned“.

§ 45 Abs. 3 AWV lautet:

„Der Genehmigung bedürfen ferner die Erteilung von Lizenzen an Patenten sowie die Weitergabe von nicht allgemein zugänglichen Kenntnissen an Betriebsfremde, die in der Republik Südafrika und Namibia ansässig sind, soweit die Patente oder Kenntnisse die Fertigung oder Instandhaltung der in § 5 Abs. 1, S. 1 genannten Waren betreffen.“

Referat 424, Bd. 145937

⁹ Für den Wortlaut des Paragraphen 33 (Ordnungswidrigkeiten) des Außenwirtschaftsgesetzes vom 28. April 1961 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1961, Teil I, S. 489.

¹⁰ Die Wörter „erheblichen Reaktionen“ wurden von Staatssekretär Ruhfus hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Starke, kritische Reaktionen vor allem im VN-Bereich.“ Vgl. Anm. 2.

¹¹ Hermann Freiherr von Richthofen.

¹² Jürgen Oesterheld.

¹³ Korrigiert aus: „4.11.1987“.

216

Aufzeichnung des Botschafters Hartmann**221-376.21-1283/87 VS-vertraulich****21. Juli 1987¹**Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister³ zur Unterrichtung⁴

Betr.: KRK;

hier: Vorlage eines westlichen Mandatsentwurfs am 27.7.1987

Bezug: DB 921 aus Brüssel NATO vom 16.7.1987 – I-370.00/1-2039/87 VS-v⁵Anlg.: 1⁶

1) Die Mitgliedstaaten der Allianz haben sich auf einen vollständigen Entwurf für ein Mandat für Verhandlungen über konventionelle Stabilität in ganz Europa geeinigt und werden den Entwurf am 27.7.1987 bei den Mandatsgesprächen in Wien⁷ einbringen.

Nachdem die Bündnispartner am 10. Juli 1987 ihre Vorschläge für Verhandlungsförmern für weitere VSBM und konventionelle Stabilität sowie deren Verhältnis zueinander⁸ eingebracht hatten, war es um so dringlicher, daß sie auch ihre Vorstellungen für ein Mandat der 23 substantiierten. Der HLTF gelang am 16.7.

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Buerstedde und Legationsrat I. Klasse Schon konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnach am 22. Juli 1987 vorgelegen.

² Hat Staatssekretär Ruhfus am 22. Juli 1987 vorgelegen.

³ Hat Bundesminister Genscher am 28. Juli 1987 vorgelegen.

Hat Oberamtsrat Kusnezow am 29. Juli 1987 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 221 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnach am 29. Juli 1987 erneut vorgelegen, der vermerkte: „Hat dem Herrn Staatssekretär im Rücklauf vorgelegen.“

⁴ An dieser Stelle wurde handschriftlich ergänzt: „und Zustimmung zu 4.“

⁵ Vortragender Legationsrat I. Klasse Hartmann, z. Z. Brüssel, berichtete: „In einer konstruktiv verlaufenden Sitzung unter effektiver Leitung von Botschafter Wegener einigte sich die HLTF auf den Entwurf eines Mandats für konventionelle Stabilitätsverhandlungen einschließlich Präambel (Anhang 1) sowie auf eine Reihe von internen Verständigungen der Bündnispartner (Anhänge 2 und 3). Diese betreffen folgende Bereiche: ‚scope and area of application‘, Rechtsform künftiger Vereinbarungen und Ausschluss von Nuklearwaffen. Ein ‚silence procedure‘ wurde bis 22.7.1987, 12.00 Uhr, vorgesehen.“ Vgl. VS-Bd. 11539 (221); B 150, Aktenkopien 1987.

⁶ Dem Vorgang beigelegt. Für die Fernkopie Nr. 928 des Gesandten Lohse, Brüssel (NATO), vom 17. Juli 1987, mit der das Schreiben des Beigeordneten NATO-Generalsekretärs Wegener vom 16. Juli 1987 übermittelt wurde, dem der „Text of a conventional stability mandate together with associated intra-Alliance understandings“ beigelegt war, vgl. VS-Bd. 11544 (221).

⁷ Zu den Mandatsgesprächen über Konventionelle Rüstungskontrolle vgl. Dok. 101.

⁸ Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), berichtete am 10. Juli 1987, die NATO-Mitgliedstaaten hätten am selben Tag „geschlossen ihren Vorschlag zum Sicherheitsteil eines Schlußdokuments eingebracht: Er setzt den doppelten Verhandlungsansatz des Bündnisses in eine operative Form um, enthält ein Mandat für Verhandlungen über weitere VSBM (unter den 35) und den Rahmen für künftige KRK-Verhandlungen (unter den 23) – ohne dieses eigentliche KRK-Mandat zu beinhalten, das ausschließlich unter den Mitgliedern der beiden Militärallianzen vereinbart werden soll. Der Text WT.129 schließt eine entscheidende Lücke im westlichen Verhandlungsangebot auf dem Wiener Treffen, die für den erheblichen Rückstand der Beratungen verantwortlich ist.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1022; Referat 212, Bd. 153429.

Für den Vorschlag CSCE/WT.129 der NATO-Mitgliedstaaten vom 10. Juli 1987 vgl. Referat 221, Bd. 144806.

unter besonders aktiver Vermittlung von deutscher, aber auch von britischer Seite eine Einigung bei den bis zuletzt strittigen Problemen, insbesondere des sachlichen und geographischen Anwendungsbereiches sowie der Präambel, hier besonders die Erwähnung der beiden Bündnissysteme. Nunmehr hat der Westen in Wien eine geschlossene Verhandlungsposition und kann noch – vor der Sommerpause⁹ – seine Handlungsfähigkeit unterstreichen.¹⁰ Die silence procedure, die heute Mittag ablief, wurde nicht unterbrochen.

2) Der Mandatsentwurf bietet einen guten Rahmen für die KRK-Verhandlungen, indem er notwendige Präzisierungen mit gewünschter Flexibilität vereint. Er enthält folgende wichtige Elemente:

– Präambel, Erwähnung der Bündnisse

Während die USA ursprünglich auf einer Formulierung bestanden, die auf einem Bündnis-zu-Bündnis-Charakter abstellte, wollte F eine namentliche Erwähnung der Bündnisse ausschließen. Der Kompromiß wurde schließlich darin gefunden, daß einerseits neben dem NATO-Vertrag¹¹ und dem Warschauer Vertrag¹² (Washington 1949 bzw. Warschau 1955) auch der WEU-Vertrag von Brüssel (1948)¹³ erwähnt wird und daß die Zugehörigkeit zu den namentlich erwähnten Bündnissen als Begründung für die Beschränkung des Teilnehmerkreises auf die 23 herangezogen wird.

– Ziele

Hauptziel ist die Stärkung der Stabilität; sie soll erreicht werden durch Herstellung eines stabilen und sicheren Gleichgewichts konventioneller Streitkräfte auf niedrigem Niveau, der Beseitigung von Disparitäten sowie der Fähigkeit zu Überraschungsangriffen und raumgreifenden Offensiven.

Die Zustimmung Fs zu der Formulierung „auf niedrigerem Niveau“, was Reduzierungen impliziert, war nur zu erreichen, indem der Beseitigung der Fähigkeit zum Überraschungsangriff hohe Priorität eingeräumt wird.

⁹ Die Sommerpause der Mandatsgespräche über Konventionelle Rüstungskontrolle in Wien dauerte vom 31. Juli 1987 bis 27. September 1987.

¹⁰ Am 27. Juli 1987 legten die NATO-Mitgliedstaaten einen Entwurf für ein Mandat zu Verhandlungen über Konventionelle Rüstungskontrolle in Europa vor. Botschafter Citron, Wien (KRK-Delegation), berichtete am selben Tag: „Mit der Einführung des westlichen Mandatsentwurfs und seiner gut abgestimmten Präsentation hat der Westen die Initiative in den KRK-Gesprächen zurückgewonnen.“ Mit dem Entwurf sei es auch gelungen, „in einigen Feldern auf östliche Konzepte einzugehen. Erste Reaktionen des Ostens zeigen, daß dieses Herangehen positiv gewürdigt wird, auch wenn Fragen und Kritik – nach entsprechender WP-Beratung während der Sommerpause – später verstärkt einsetzen werden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1110/1112; Referat 221, Bd. 144806.

¹¹ Für den Wortlaut des NATO-Vertrags vom 4. April 1949 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 289–294.

¹² Für den Wortlaut des Vertrags vom 14. Mai 1955 zwischen Albanien, Bulgarien, der ČSSR, der DDR, Polen, Rumänien, der UdSSR und Ungarn über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand („Warschauer Pakt“) vgl. GESETZBLATT DER DDR 1955, Teil I, S. 382–391.

¹³ Belgien, Frankreich, Großbritannien, Luxemburg und die Niederlande schlossen am 17. März 1948 in Brüssel einen Vertrag über die Zusammenarbeit in wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Angelegenheiten sowie über die gemeinsame Selbstverteidigung. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 19, S. 51–63. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1948, S. 1263 f.

Mit dem „Protokoll zur Änderung und Ergänzung des Brüsseler Vertrags“ vom 23. Oktober 1954 traten die Bundesrepublik und Italien dem Vertrag bei und erweiterten ihn zur Westeuropäischen Union (WEU). Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 258–288.

– Sachlicher Anwendungsbereich

Verhandlungsobjekt sind die konventionellen Streitkräfte der Teilnehmer auf dem Territorium der Teilnehmerstaaten in Europa. Da sich F gegen eine ausdrückliche Erwähnung von Luftstreitkräften – neben Landstreitkräften – wandte, blieb es bei der Formulierung konventionelle Streitkräfte. Marine und Nuklearwaffen sind ausdrücklich ausgeschlossen. Eingehend beraten wurde die Behandlung von nuklear wie konventionell einsetzbaren Systemen (Artillerie, Flugzeuge, Raketen). Nach der sehr sorgfältig formulierten, allianz-internen Festlegung kann Artillerie einbezogen werden, westliche Vorschläge bezüglich Flugzeuge sollen in einer Anfangsphase ausgeschlossen bleiben und Raketen sollen generell nicht Gegenstand der Verhandlungen sein.

– Geographischer Anwendungsbereich

Der geographische Anwendungsbereich ist mit dem sachlichen verknüpft: Maßnahmen sollen sich beziehen auf die konventionellen Streitkräfte der Teilnehmer, die auf dem Territorium der teilnehmenden Staaten in Europa vom Atlantik bis zum Ural stationiert sind. In einer Fußnote ist festgehalten, daß unter Atlantik bis zum Ural im Fall der Sowjetunion das Gebiet westlich des Kaspischen Meeres und des Ural-Flusses und im Fall der Türkei ein Gebiet zu verstehen ist, das wenigstens so groß ist wie das den entsprechenden Bestimmungen der Helsinki-Schlußakte¹⁴ unterworfenen Gebiet (d. h. die Türkei möchte die an Syrien, Irak und Iran angrenzenden Gebiete ausnehmen, zeigt jedoch dabei Flexibilität). Ein schwieriges Problem ist noch hinsichtlich Islands zu lösen: Island (wohl unter amerikanischem Einfluß) hat sich noch nicht entschieden, während die meisten Bündnispartner, darunter auch wir, für den Einschluß Islands sind.

– Methoden

Als Methoden zur Erreichung der Ziele werden u. a. Reduzierungen, Begrenzungen und – nach anfänglichem französischen Widerstand – auch die Herstellung von gleichen Obergrenzen aufgeführt.

– Verfahren, Verbindung zum KSZE-Prozeß

Die Verbindung zum KSZE-Prozeß wird sichergestellt durch Information der KSZE-Folgetreffen über Stand und etwaige Ergebnisse sowie durch regelmäßige Treffen der 23 mit den N+N zu Beginn jeder Verhandlungsrunde (entsprechend Reykjavik¹⁵).

3) Mit der Einbringung der Mandatselemente liegen die Konzepte von Ost¹⁶ und West für die zukünftigen Verhandlungen auf dem Tisch. Schwierigstes Problem

¹⁴ Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

¹⁵ Zur NATO-Ministerratstagung am 11./12. Juni 1987 vgl. Dok. 170 und Dok. 174.

¹⁶ Botschafter Citron, Wien (KRK-Delegation), berichtete am 22. Juni 1987: „WP präsentierte in heutiger Sitzung (unter SU-Vorsitz) Elemente eines Mandats (Ziele, Teilnehmer, Gegenstandsbereich, Anwendungsgebiet, Prinzipien, Verifikation). Elemente liegen auf der Linie der bisherigen Ausführungen der östlichen Seite und enthalten nichts wesentlich Neues. WP stellt Aspekt der notwendigen Reduzierungen in den Vordergrund, bemüht sich aber, dieses Ziel mit Anleihen bei westlichem Begriff der herzustellenden Stabilität auf niedrigerem Niveau anzureichern. WP betonte Bereitschaft zum Abbau von in einzelnen Bereichen auf beiden Seiten entstandenen Ungleichgewichten, geht aber weiterhin davon aus, daß zwischen WP und NATO insgesamt ungefähres Gleichgewicht besteht.“

wird die Behandlung des Nuklearen sein. Der Osten wünscht den Einschluß der operativ-taktischen Atomwaffen, der Westen den Ausschluß; für F ist dies eine *Conditio sine qua non* seiner Teilnahme an den Verhandlungen. Nach dem Eindruck unserer Verhandlungsdelegation wird der Osten aber nicht insistieren, wenn eine gesichtswahrende Formel vereinbart werden kann.

In der Forenfrage dürfte der Osten letztlich ebenfalls auf den westlichen Doppelansatz im Rahmen der KSZE eingehen.¹⁷

Auch die Reaktion der N+N ist im ganzen ermutigend. Wir haben in einer Demarche in allen wichtigen N+N-Hauptstädten für den westlichen Ansatz geworben, wobei wir gleichzeitig enge, bilaterale Konsultationen angeboten haben.¹⁸ Jugoslawien hat sich erwartungsgemäß ablehnend geäußert. Österreich zeigte Genugtuung über den westlichen Ansatz und unterstrich seinen Wunsch, daß beide künftigen Verhandlungen in Wien stattfinden sollten. Schweiz und Finnland reagierten positiv.

4) Es wird vorgeschlagen, daß Sie am Tage der Einführung des Mandatsentwurfs, am Montag, dem 27. Juli, eine Erklärung dazu abgeben. Ein Entwurf wird gesondert vorgelegt.¹⁹

Hartmann

VS-Bd. 11544 (221)

Fortsetzung Fußnote von Seite 1082

WP fordert weiterhin Einschluß taktischer Nuklearwaffen. In der Frage des Teilnehmerkreises zukünftiger Verhandlungen lassen mündliche Erläuterungen des WP darauf schließen, daß sich östliche Seite auf 23er-Kurs einlassen dürfte, sofern eine aus ihrer Sicht befriedigende Einbindung in den KSZE-Rahmen gefunden werden kann.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 886/889; Referat 221, Bd. 144806.

¹⁷ Zur Einigung über das Verhältnis der Verhandlungen über Konventionelle Rüstungskontrolle (KRK) zum KSZE-Prozeß vgl. Dok. 174, Anm. 40.

¹⁸ Vgl. dazu den Runderlaß Nr. 5512/5513 des Vortragenden Legationsrat I. Klasse Hartmann vom 10. Juli 1987 an die Botschaften in den N+N-Staaten, der zur Information auch an die Botschaften in den übrigen KSZE-Teilnehmerstaaten übermittelt wurde; Referat 221, 144807.

¹⁹ Botschafter Hartmann legte am 24. Juli 1987 für Bundesminister Genscher eine „Erklärung zur Einbringung des Mandatsentwurfs der 16 zu KRK in Wien am 27.7.“ vor. Vgl. dazu Referat 221, Bd. 144806.

Für die Erklärung Genschers vom 27. Juli 1987 vgl. die Information Nr. 1163 des Pressereferats; Referat 013, Bd. 178975.

217

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem britischen Außenminister Howe in London

010-1470/87 VS-vertraulich

22. Juli 1987¹Konsultationen BM mit AM Howe am 22.7.87 in London²

AM *Howe* bat BM nach seiner Einschätzung der Entwicklung des Ost-West-Verhältnisses. *BM* zitierte eine Bemerkung Sacharows³: „Wir stehen am Anfang eines langen Weges.“ Diese Einschätzung sei richtig. Sie bedeutet zweierlei: kleine Schritte, aber auch Entschlossenheit. Das Denken der Menschen in der Sowjetunion müsse geändert werden. Dies sei ein schwieriger Prozeß. Wegen der historischen und politischen Ausgangslage seien Änderungen in der SU schwerer zu realisieren als beispielsweise in der CSSR.

BM berichtete, daß ihm seine ungarischen und bulgarischen Amtskollegen den Eindruck vermittelt hätten, daß Gorbatschow zu einer Lösung des Afghanistan-Problems bereit sei.⁴ Man müsse im Hinblick auf Afghanistan zwischen einer äußeren und einer inneren Lösung unterscheiden. Eine äußere Lösung, der die USA, Pakistan und China zustimmen könnten, sei erreichbar. Man müsse sich jedoch fragen, was nach dem Abzug der sowjetischen Truppen passieren werde. Dies sei das Problem der inneren Lösung. Nach dem grausamen Bruderkrieg gebe es keine Garantie für diejenigen, die kooperiert hätten. Er frage sich, ob es eine Figur der nationalen Identität gäbe, die zur Lösung des inneren Problems beitragen könne. AM *Howe* wies auf die Schwierigkeiten hin, eine solche Figur bestimmen zu können. In Betracht könne der König⁵ kommen. Andererseits hätten sich

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Elbe am 24. Juli 1987 gefertigt.

² Vortragender Legationsrat von Lukowitz informierte die Botschaft in London am 13. Juli 1987 über das informelle Treffen des Bundesministers Genscher mit dem britischen Außenminister Howe am 22. Juli 1987 in London: „BM und AM Howe werden, begleitet von jeweils einem Angehörigen ihres Ministerbüros (010: VLR Elbe), von 15 bis 19.45 h in Carlton Gardens Vier-Augen-Gespräche führen.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 226; Referat 205, Bd. 135426.

³ Vgl. dazu das Gespräch des Bundespräsidenten Freiherr von Weizsäcker und des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Atomphysiker und Dissidenten Sacharow am 8. Juli 1987 in Moskau; Dok. 212, Anm. 33.

⁴ Der ungarische Außenminister Várkonyi hielt sich 21./22. Juli 1987 in der Bundesrepublik auf. Im Gespräch mit Bundesminister Genscher am 21. Juli 1987 in Bremen erklärte er, „die Sowjetunion sei aufrichtig an einer Verwirklichung des Programms nationaler Versöhnung interessiert. Sie habe die ehrliche Absicht, ihre Truppen abziehen. Allerdings gebe es offensichtlich die Befürchtung, daß es danach zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen komme. [...] Eine Lösung des Afghanistan-Problems sei ohne eine sowjetisch-amerikanische Einigung nicht vorstellbar. Er sei überzeugt, daß Moskau zu jedem gesichtswahrenden Kompromiß bereit sei.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 010, Bd. 178904.

Zum Gespräch Genschers mit dem bulgarischen Außenminister Mladenow am 2. Juni 1987 vgl. Dok. 158, Anm. 3.

Genscher besuchte Bulgarien vom 16. bis 19. Juli 1987. Dazu teilte Vortragender Legationsrat I. Klasse Derix am 20. Juli 1987 mit: „Gesprächsthemen zu den internationalen Fragen waren insbesondere Stand und Perspektiven der West-Ost-Beziehungen, der KSZE-Prozeß und das WFT, Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle in den verschiedenen Bereichen sowie der neue Kurs in der SU. Die internationalen Themen wurden von BM in Vier-Augen-Gesprächen mit Schiwkow und Mladenow behandelt.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 5721; Referat 214, Bd. 139474.

⁵ Mohammed Zahir Schah.

die Briten im Fall Rhodesien schon einmal geirrt und seien schließlich von der Wahl Mugabes überrascht worden.

AM Howe meinte, daß Gorbatschow wohl ein INF-Abkommen wolle. *BM* unterrichtete über den Hinweis seines ungarischen Kollegen, daß Gorbatschow einer indonesischen Zeitung ein Interview zu dieser Frage gewährt habe.⁶ Nach wie vor ziehe er, *BM*, eine globale Null-Lösung vor. Ihm sei aufgefallen, daß während des Weizsäcker-Besuchs in Moskau⁷ die sowjetische Seite keine Anstrengungen zur Verteidigung der restlichen 100 Systeme in Moskau vorgenommen habe. Gorbatschow habe die P Ia überhaupt nicht, Gromyko nur am Rande angesprochen, während Schewardnadse sich etwa eine Stunde bei dem Thema aufgehalten und es als Haupthindernis für ein INF-Abkommen bezeichnet habe. *AM Howe* meinte, daß die SU nicht auf die P Ia insistieren wird. *BM* meinte, daß die Sowjets den Besuch Weizsäckers offensichtlich nicht mit dieser Frage belasten wollten. Schewardnadse habe ihn gefragt, was man tun könne. Unter Umständen habe die P Ia nur noch den Wert eines bargaining chips vielleicht für die restlichen 100 Systeme. *AM Howe* hielt dies für eine logische Einschätzung. Die Sowjets könnten die restlichen 100 Systeme aufgeben, wenn die 72 P Ia beseitigt würden. *PM Thatcher* habe in Amerika deutlich gemacht, daß nach ihrer Einschätzung die Sowjets ein INF-Abkommen abschließen und keineswegs durch Verzögerungstaktik behindern wollten.⁸ Nach ihrer Einschätzung hätten die USA klare Vorstellungen über den weiteren Verlauf der Verhandlungen. *BM* hielt es für falsch, wenn Schewardnadse Shultz nur unter der Voraussetzung, daß ein Abkommen erreicht sei, treffen wolle. Ein Außenminister-Treffen müsse auch offene Fragen erledigen können. Das in Aussicht genommene Treffen zwischen Schewardnadse und Shultz in New York sei sehr spät.⁹ Es mache einen Gipfel im September oder Oktober dieses Jahres kaum noch möglich. *AM Howe* wies auf mögliche Schwierigkeiten mit dem britischen Parlament hin, wenn es nicht gelinge, bei der Durchführung von Verifikationsmaßnahmen den Stationierungsländern¹⁰ eine nationale Kontrolle über die sowjetischen Verifikationsinspektoren einzuräumen.

BM meinte, daß die SU ein wirkliches Interesse an konventioneller Abrüstung habe. Der SU drohe keine Gefahr vom Westen. Gleichwohl unterhalte sie eine riesige Armee. Selbst wenn man ihr Bedürfnis nach Kontrolle der Satelliten und ihre historisch gewachsene Angst vor den Deutschen in Rechnung stelle,

⁶ Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, erklärte am 21. Juli 1987 in der indonesischen Zeitschrift „Merdeka“, die UdSSR berücksichtige den Wunsch von asiatischen Staaten, „daß die Mittelstreckenraketen nicht nur in Europa, sondern auch in Asien völlig beseitigt werden“. Die UdSSR „ist bereit zur Vernichtung aller ihrer Mittelstreckenraketen auch im asiatischen Landesteil, das heißt, sie ist bereit, die Frage des Verbleibs jener 100 Sprengköpfe auf Mittelstreckenraketen, um die es bei den Genfer Verhandlungen mit den Amerikanern geht, fallenzulassen. Unter der Bedingung natürlich, daß die USA dasselbe tun. Beseitigt werden auch die operativ-taktischen Raketen. Mit anderen Worten, wir werden von der Konzeption einer ‚globalen Null-Lösung‘ ausgehen.“ Vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 5, S. 217.

⁷ Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker, der von Bundesminister Genscher begleitet wurde, besuchte die UdSSR vom 6. bis 11. Juli 1987. Vgl. dazu Dok. 200, Dok. 203, Dok. 204, Dok. 206 und Dok. 212.

⁸ Premierministerin Thatcher besuchte die USA am 17. Juli 1987.

⁹ Zum Besuch des sowjetischen Außenministers Schewardnadse vom 15. bis 17. September 1987 in den USA vgl. Dok. 261.

¹⁰ Belgien, die Bundesrepublik, Großbritannien, Italien und die Niederlande.

unterhalte sie zu viele Truppen. Sie sei einem Dinosaurier vergleichbar, der vor Kraft und Panzerung kaum noch laufen könne. AM *Howe* sagte, daß der Westen jetzt eine gute Ausgangsbasis für die konventionelle Rüstungskontrolle in Wien präsentiert habe.¹¹ *BM* lobte die deutsch-britische Zusammenarbeit – insbesondere im Bereich der chemischen Waffen und der konventionellen Rüstungskontrolle. Es sei unmöglich, wenn der Westen keine Antworten auf die Fragen der konventionellen Rüstungskontrolle habe. Es sei wichtig, die kommenden Gespräche aus der Offensive heraus zu führen. AM *Howe* bestätigte, daß der Westen bisher schlecht ausgesehen habe. Der französische Vorschlag der Beibehaltung einer Sicherheitsreserve bei den chemischen Waffen¹² mache Großbritannien große Schwierigkeiten. Er glaube nicht mehr an ein CW-Abkommen noch in diesem Jahr. *BM* wandte ein, daß das wohl richtig sei, er sehe jedoch eigentlich keinen wirklichen Grund, der gegen einen Abschluß eines CW-Abkommens in diesem Jahr spreche. AM *Howe* zeigte sich besorgt über die bevorstehende internationale Konferenz Abrüstung und Entwicklung.¹³

Zum KSZE-Prozeß sah AM *Howe* nicht Gefahr eines linkage zwischen dem Moskauer Menschenrechtsprojekt¹⁴ und dem Informationsforum¹⁵; das Informationsforum sei ein einzigartiger westlicher Vorschlag. *BM* erkundigte sich nach der Haltung zur Teilnahme der Außenminister an der Abschlusssitzung des Wiener Folgetreffens.¹⁶ AM *Howe* erklärte, er habe hierzu eine offene Haltung.

Auf Rüstungskontrollfragen zurückkommend, betonte *Howe*, daß man eine Diskussion über die weite oder enge Auslegung des ABM-Vertrages¹⁷ vermeiden sollte. Das Verhältnis von offensiven und defensiven Waffen sollte vielmehr auf der Grundlage konkreter Berechenbarkeit (pattern of predictability) erörtert werden. Insgesamt sei er über den Rüstungskontrollprozeß einigermaßen erfreut.

¹¹ Zum Mandatsentwurf der NATO-Mitgliedstaaten vom 27. Juli 1987 für die Verhandlungen über Konventionelle Rüstungskontrolle in Europa vgl. Dok. 216.

¹² Zum französischen Vorschlag einer Sicherheitsreserve („security stock“) bei chemischen Waffen vgl. Dok. 105.

¹³ In New York fand vom 24. August bis 11. September 1987 die VN-Konferenz über Abrüstung und Entwicklung statt. Vgl. dazu Dok. 268, Anm. 29.

¹⁴ Der sowjetische Außenminister Schewardnadse schlug in seiner Rede zur Eröffnung der KSZE-Folgekonferenz am 5. November 1986 in Wien vor, eine Menschenrechtskonferenz in Moskau abzuhalten. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 133–137 (Auszug). Vgl. dazu ferner AAPD 1986, II, Dok. 341.

¹⁵ Zum Vorschlag der NATO-Mitgliedstaaten und Irlands vom 13. Februar 1987 für ein „Informationsforum“ vgl. Dok. 65, Anm. 9.

¹⁶ Ministerialdirigent Kastrup legte am 10. Juni 1987 dar, der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, habe am 10. April 1987 in Prag die Frage nach einem Außenministertreffen der KSZE-Teilnehmerstaaten aufgeworfen, um „den Beginn umfassender Verhandlungen zwecks radikaler Kürzung der taktischen atomaren Waffen, der Streitkräfte und konventionellen Waffen“ zu beschließen. Im Kommuniqué der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts vom 28./29. Mai 1987 in Ost-Berlin sei dies aufgegriffen worden, wobei eine „bemerkenswerte Flexibilität in örtlicher, zeitlicher und inhaltlicher Hinsicht“ zu konstatieren gewesen sei: „In der Geschichte der KSZE ist es bisher mehrfach zu Treffen auf AM-Ebene gekommen; ihr Anlaß war stets von besonderer politischer Bedeutung.“ Ein Außenministertreffen sei anzustreben, „wenn äußerer Anlaß und erwartete inhaltliche Ergebnisse die Präsenz der Außenminister rechtfertigen. Dies könnte vor allem dann der Fall sein, wenn sich die Einigung auf ein substantielles Wiener Schlußdokument abzeichnet und der erfolgreiche Abschluß des WFT von den Außenministern politisch wirkungsvoll festgestellt werden kann.“ Vgl. Referat 212, Bd. 133566.

¹⁷ Zur Frage der „engen“ oder „weiten“ Interpretation des ABM-Vertrags vgl. Dok. 24.

AM Howe erkundigte sich nach dem Honecker-Besuch.¹⁸ BM erläuterte, daß dieser Besuch schon im April vereinbart worden sei; offensichtlich habe die DDR im Hinblick auf die Bekanntgabe der Honecker-Reise den Verlauf des Weizsäcker-Besuchs in Moskau abwarten müssen. In der DDR seien bemerkenswerte Schritte zu registrieren: die Amnestie¹⁹, die Abschaffung der Todesstrafe²⁰ und zusätzliche Reiseerleichterungen²¹. 1987 würden etwa eine Million Reisende, die jünger als 65 Jahre seien, Westreisen unternehmen. Andererseits habe es Einschränkungen beim Devisenumtausch²² gegeben. Diese Maßnahmen hätten uns enttäuscht, es sei jedoch wichtig, wenn mehr Menschen kämen. Er kenne die Themenschwerpunkte Honeckers noch nicht. Werde Honecker den Besuch mehr auf finanzielle Hilfe oder auf Abrüstungsthemen ausrichten? In der Vergangenheit habe er die Kontakte mit uns mit größerer Einflußnahme auf unsere Abrüstungspolitik gerechtfertigt. Es spielten sicherlich auch persönliche Gründe bei der Reise Honeckers eine Rolle. Er sei nun schon 70 Jahre und habe sicherlich den Wunsch, seine frühere Heimat einmal wiederzusehen. Außerdem verbessere er sein Bild in der Bevölkerung der DDR, wenn er zu uns gute Beziehungen habe. Die DDR sei nicht mehr isoliert. Sie führe überall Staatsbesuche durch und empfangen von überall Staatsgäste. Ihr fehle im Grunde genommen nur noch der Besuch bei uns, welcher das Bild abrunde. Es gebe allerdings eine Reihe von schwierigen Protokollfragen. Der Besuch werde nach der Schiwkow-Formel²³ abgewickelt werden. Insgesamt helfe er unseren Landsleuten. Es sei

¹⁸ Der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, besuchte die Bundesrepublik vom 7. bis 11. September 1987. Vgl. dazu Dok. 244, Dok. 245, Dok. 255 und Dok. 258.

¹⁹ Am 17. Juli 1987 erließ der Staatsrat der DDR eine „allgemeine Amnestie für Straftäter“, die vor dem 7. Oktober 1987 rechtskräftig zu Strafen mit oder ohne Freiheitsentzug verurteilt worden waren: Bei „Personen, die zu lebenslänglicher Freiheitsstrafe verurteilt worden sind, wird die Strafe auf 15 Jahre herabgesetzt, soweit der Schutz von Leben und Gesundheit der Bürger das zuläßt“. Ausgenommen wurden Personen, „die wegen Nazi- und Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Spionage oder Mord verurteilt worden sind“. Vgl. dazu den Artikel „Beschluß des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik über eine allgemeine Amnestie aus Anlaß des 38. Jahrestages der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik vom 17. Juli 1987“, NEUES DEUTSCHLAND vom 18./19. Juli 1987, S. 1.

²⁰ Am 17. Juli 1987 beschloß der Staatsrat der DDR die Abschaffung der Todesstrafe: „Die dem entgegenstehenden gesetzlichen Bestimmungen sind ab sofort nicht mehr anzuwenden.“ Vgl. dazu den Artikel „Beschluß des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik über die Abschaffung der Todesstrafe in der Deutschen Demokratischen Republik vom 17. Juli 1987“, NEUES DEUTSCHLAND vom 18./19. Juli 1987, S. 1.

²¹ In der Presse wurde berichtet: „Zwar hat es sich in der DDR inzwischen herumgesprochen, daß Anträge auf ‚Reisen in dringenden Familienangelegenheiten‘ seit vorigem Jahr großzügiger genehmigt werden und daß es dabei vor allem auf die Zustimmung des Betriebes ankommt, doch mißtrauen viele den gelegentlichen Hinweisen von DDR-Politikern gegenüber westlichen Besuchern, daß in diesem Jahr rund 900 000 DDR-Bewohner unterhalb des Rentenalters in den Westen fahren dürften. Schließlich sind entsprechende Anordnungen entgegen früherer Praxis nicht im DDR-Gesetzblatt veröffentlicht worden. So bleibt alles im Unverbindlichen.“ Vgl. den Artikel „Die Bevölkerung in der DDR hofft vor allem auf Reiseerleichterungen“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 17. Juli 1987, S. 2.

²² Am 6. Juli 1987 teilte Bundesministerin Wilms mit: „Seit dem 1. Juli 1987 können Reisende aus der DDR in dringenden Familienangelegenheiten – wie Rentner – jährlich nur noch 15 Mark der DDR in DM umtauschen. Bisher konnten 10 Mark der DDR pro Aufenthaltstag, höchstens aber 70 Mark der DDR pro Jahr im Verhältnis 1:1 umgetauscht werden. Die Beschränkung der Umtauschmöglichkeit erschwerte den Besuchsreiseverkehr aus der DDR in dringenden Familienangelegenheiten.“ Vgl. TEXTE ZUR DEUTSCHLANDPOLITIK III/5, S. 133.

²³ Zum Besuch des Staatsratsvorsitzenden Schiwkow vom 2. bis 5. Juni 1987 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 158.

wichtig, die Erwartungen niedrig zu halten. AM *Howe* wies auf den Kontrast zwischen der Abschaffung der Todesstrafe und der Aufrechterhaltung des Schießbefehls hin.

AM *Howe* wies auf die Notwendigkeit einer engeren Abstimmung zwischen Frankreich, Großbritannien und Deutschland hin. BM erkundigte sich, wie wir die Zusammenarbeit mit Großbritannien verbessern könnten. Er verwies in diesem Zusammenhang auf die bestehenden engen Beziehungen in Rüstungskontrollfragen. AM *Howe* sagte, daß man mit Ministertreffen vorsichtig sein müsse. Das Trio Ploetz, Fall und d'Aboville gebe jedoch ein gutes Beispiel für enge Zusammenarbeit. Enge europäische Zusammenarbeit könne das sowjetische Denken beeinflussen. BM erwiderte, daß die europäische Einheit die SU ungemein beeindrucke. AM *Howe* stimmte dem zu. Im Vergleich zu dem Westen sei die SU in einer schwierigen Position. Wenn sie sich frage, wer ihre stärksten Partner seien, so könne sie nur Polen und Vietnam vorweisen.

Zur WEU führte *Howe* aus, daß unsere Vorstellungen zur Verbesserung der Zusammenarbeit²⁴ entsprechend EPZ-Muster sinnvoll seien. Es sei notwendig, erstklassige organisatorische Voraussetzungen zu schaffen. Es gehe jetzt darum, den Druck aufrechtzuerhalten, da insbesondere der französische Außenminister Raimond zögerlich sei.

Im Zusammenhang mit der Erweiterung der G10 um Spanien und Australien²⁵ bedauerte AM *Howe* die ablehnende Haltung insbesondere Schwedens und der Schweiz.

Hinsichtlich der Hilfe für Länder südlich der Sahara wies *Howe* auf die Notwendigkeit hin, Vorschläge für das IMF-Frühjahrstreffen²⁶ zu erarbeiten. Er bedauerte, daß Nigel Lawsons Vorschläge so wenig Unterstützung erhielten; dies gelte insbesondere für den Vorschlag niedriger Zinsen.²⁷ AM *Howe* bat BM, Finanzminister Stoltenberg hierauf anzusprechen.

²⁴ Zu den Vorschlägen der Bundesregierung für eine Reform der WEU vgl. Dok. 104.

²⁵ Botschaftsrat I. Klasse Kiewitt, Canberra, übermittelte am 19. August 1987 das Schreiben des australischen Schatzkanzlers Keating vom 4. August 1987 an den britischen Schatzkanzler Lawson in dessen Eigenschaft als amtierender Vorsitzender der G10: „Gestützt auf die Deregulierung der australischen Finanzmärkte und die weitgehende Liberalisierung ausländischer Investitionen in Australien seit 1983 macht Schatzminister Keating erneut den Anspruch Australiens auf eine Beteiligung im General Agreement to Borrow und eine Mitwirkung in der G10 geltend.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 554; Referat 412, Bd. 168663.

Legationsrat I. Klasse Linden unterrichtete die Botschaft in Canberra am 25. August 1987: „Die deutsche Haltung zu der Frage einer Erweiterung der G10 ist noch nicht festgelegt. Auch andere Staaten bewerben sich um eine Teilnahme an den Beratungen dieses Gremiums. Mit einer Entscheidung der Bundesregierung ist erst kurz vor der Jahresversammlung des IWF zu rechnen.“ Vgl. den Schriffterlaß; Referat 412, Bd. 168663.

²⁶ Die Frühjahrstagung des IWF und der Weltbank fand am 14./15. Mai 1988 in Washington statt.

²⁷ Ministerialdirektor Jelonek vermerkte am 1. Juni 1987 für Staatssekretär Ruhfus: „Die Verschuldungslage der 28 ärmsten Länder der Sub-Sahara-Region hat sich derartig zugespitzt, daß nach Auffassung der Weltbank auch unkonventionelle Maßnahmen erforderlich sind, um die Schuldendienstquote (Schuldendienst im Verhältnis zu Güter- und Dienstleistungsexporten) auf eine halbwegs tragbare Höhe von 25 % zu senken.“ Die Weltbank empfehle daher eine große Initiative mit folgenden Elementen: „Volle Umsetzung der UNCTAD-Entschlüsse vom März 1978 über die Gewährung eines Schuldenerlasses; Verlängerung der Laufzeiten bei Umschuldung im Rahmen des ‚Pariser Clubs‘ von bisher etwa zehn Jahren (davon fünf Freijahre) auf bis zu 20 Jahren (davon zehn Freijahre); zusätzliche Sondermaßnahmen einzelner Geber. [...] Bei der Frühjahrstagung von IWF und Weltbank schlug der britische Finanzminister Lawson vor, EH-Kredite in Zuschüsse umzuwandeln,

BM erkundigte sich nach der Einschätzung der Lage im Golf nach der Verabschiedung der Resolution im Sicherheitsrat.²⁸ AM Howe sah die größte Gefahr in den Angriffen auf Schiffe, weil US-Kriegsschiffe involviert werden könnten.²⁹ Es gehe jetzt darum, auf den Irak Einfluß zu nehmen, damit er seine Attacken auf Schiffe einstelle; dann könne der Iran folgen. Es sei nicht unfair, Druck auf Irak auszuüben, denn der Irak habe keinen Nachteil mit der Einstellung der Angriffe auf Schiffe; dies gelte insbesondere, wenn der Iran dem irakischen Beispiel folge. AM Howe hielt die amerikanische Umflagungspolitik für riskoreich; dies werde inzwischen von den USA selbst erkannt. Er wies darauf hin, daß Großbritannien keineswegs ausländische Schiffe zu einer Umflagung veranlassen wolle. PM Thatcher habe in einer parlamentarischen Fragestunde lediglich bestätigt, daß die rechtlichen Möglichkeiten für ausländische Schiffe hierzu bestünden.³⁰ Bedauerlicherweise habe die Presse dies falsch dargestellt. Nach Auffassung von AM Howe sollte sich ein späteres Waffenembargo gegen die Partei richten, die der Aufforderung des Sicherheitsrates nicht nachkomme. BM fragte nach der Rolle der SU bei der Beteiligung an der Resolution des Sicherheitsrates. Er habe Zweifel, ob sich die SU und China an einem nächsten Schritt beteiligen würden. Es komme jetzt darauf an, dem VN-GS Zeit zu lassen. Er habe eine geheime Mitteilung des VN-GS erhalten, der ein Treffen mit dem iranischen Außenminister in Genf anstrebe.³¹ BM führte aus, daß er unglücklich über die Behandlung der Resolution durch die fünf Ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates gewesen sei. Die Resolution sei etwas unausgewogen, was die Fundamentalisten in dem Iran stärke. Es gebe jedoch eine starke Gruppe im Iran, die auf eine Lösung des Konfliktes unter VN-Beteiligung setze. Ein solches Vorgehen lenke von den ursprünglichen Kriegszielen ab. Es sei jetzt wichtigstes Ziel, daß die 15 Mitglieder des Sicherheitsrates zusammenhielten. Er werde bei dem bevorstehenden Besuch Velayatis³² Druck auf ihn ausüben, die Resolution zu beachten und keine Kriegshandlungen zu begehen. Die SU treibe ein kluges Spiel. Sie dürfe nicht in eine Situation kommen, in der sie ihre Haltung ändern könne, weil andere von der vereinbarten Zurückhaltung Abstand nehmen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1088

bei Umschuldungen ‚sonstiger öffentlicher Kredite‘ Rückzahlungsfristen bis zu 20 Jahren vorzusehen und für diese Kredite konzessionäre Zinsen einzuführen, die ‚einige Prozentpunkte unter den Marktzinsen‘ liegen. Diese Maßnahmen sollen den ärmsten und zugleich besonders hochverschuldeten Ländern Afrikas zugute kommen, die wirtschaftliche Anpassungsprogramme eingeleitet haben.“ Innerhalb der Bundesregierung spreche sich das Bundesministerium der Finanzen „vorerst gegen alle über unseren Schuldenerlaß für 20 afrikanische Länder hinausgehenden Erleichterungen bei FZ-Forderungen“ aus. Vgl. Referat 400, Bd. 182230.

²⁸ Zur Resolution Nr. 598 des VN-Sicherheitsrats vom 20. Juli 1987 vgl. Dok. 221, Anm. 6.

²⁹ Zur Umflagung kuwaitischer Schiffe und zum Geleitschutz der USA für diese Schiffe im Persischen Golf vgl. Dok. 153, Anm. 8.

³⁰ Premierministerin Thatcher nahm am 21. Juli 1987 im britischen Unterhaus Stellung zur Frage der Umflagung von Schiffen im Persischen Golf auf britische Hoheitszeichen. Vgl. dazu HANSARD, Commons, 1987, Bd. 120, Spalte 201 f.

³¹ Botschafter Graf York von Wartenburg, New York (VN), berichtete am 21. Juli 1987: „Soeben ließ VN-GS über seinen Persönlichen Referenten Picco folgende vertrauliche Bitte an BM ausrichten: Er habe in heutigem (21.7.) weiteres Gespräch mit dem iranischen StV, Botschafter Khorassani, vorgeschlagen, wenn sich dies ermöglichen lasse, mit AM Velayati in den nächsten Tagen in Genf zusammenzukommen.“ Pérez de Cuéllar bitte Genscher, im Gespräch mit Velayati für solch ein Treffen zu werben. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1495; Referat 311, Bd. 139984.

³² Der iranische Außenminister Velayati hielt sich am 23./24. Juli 1987 in der Bundesrepublik auf. Für das Gespräch mit Bundesminister Genscher am 23. Juli 1987 vgl. Dok. 221.

Das Zusammenstehen von West und Ost in dieser Frage erschwere die Rolle der SU. AM *Howe* stimmte dem zu und wies auf die Wichtigkeit der Rolle des GS hin. Insbesondere müsse man sich davor hüten, sich an einen Zeitplan für zusätzliche Schritte zu binden.

Zur Nahost-Konferenz³³ führte AM aus, daß Großbritannien ein solches Projekt unterstütze. Alles hänge vom Ausgang der Wahlen ab.

Im Hinblick auf die Aufhebung der Maßnahmen gegen Syrien³⁴ warnte AM *Howe* davor, den Eindruck zu erwecken, daß man nunmehr Syrien nachlaufe. Es empfehle sich vielmehr, den Druck noch etwas aufrechtzuerhalten. *BM* erwiderte hierauf, daß Geheimdienste nicht immer zu kontrollieren seien. Syrien sei sicherlich nicht mit Libyen zu vergleichen. Die westliche Reaktion habe Assad problembewußt gemacht, wie die Ausschaltung Abu Nidals³⁵ zeige.

AM *Howe* erkundigte sich nach Hamadi³⁶. *BM* führte aus, daß die Entscheidung, Hamadi vor Gericht zu stellen, uns sehr schwer gefallen sei. Eine Auslieferung in die USA wäre jedoch noch schwieriger gewesen. Die Bundesregierung lasse keinen Zweifel, daß eine Abschiebung Hamadis nicht in Betracht komme und er seine Strafe zu verbüßen habe. Er werde AM Velayati auf die Geiseln ansprechen.³⁷ AM *Howe* stellte fest, daß es für den BM ein Privileg sei, Velayati zu sehen.

Zu Südafrika stellte AM *Howe* fest, daß die Positionen weitgehend identisch seien; er sei allerdings gegen die Veröffentlichung des Prinzipienkatalogs³⁸. Er begrüße es als Zeichen einer realistischeren Einschätzung der FLS³⁹, daß diese keine Sanktionen ergriffen. Es komme jetzt darauf an, den FLS zu helfen. Hilfe an Mosambik sei erforderlich – insbesondere für die Streitkräfte; dies schaffe

³³ Zur Frage einer Internationalen Friedenskonferenz für den Nahen Osten vgl. Dok. 52.

³⁴ Zu den Sanktionen der EG-Mitgliedstaaten gegen Syrien vgl. Dok. 52, Anm. 16.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Schilling teilte am 8. Juli 1987 über die Sitzung des Politischen Komitees im Rahmen der EPZ am 6./7. Juli 1987 in Kopenhagen mit: „GB erklärte, der Schließung des Abu-Nidal-Büros in Damaskus komme einige Bedeutung zu. Die feste Haltung der Zwölf habe sich ausgezahlt. Die EPZ könne einen Erfolg verbuchen. GB könne deshalb der Aufhebung des Beschlusses zustimmen, keinen hochrangigen Besuchs austausch mit Syrien durchzuführen. Voraussetzung dafür sei, daß die anderen Beschlüsse vom 10.11.1986 aufrechterhalten blieben. Sie hätten weiterhin Bedeutung für den Kampf gegen den Terrorismus. Diese Mitteilung wurde mit Befriedigung aufgenommen. Das PK kam überein, den AM für ihre Sitzung am 13.7. vorzuschlagen, einen entsprechenden Beschluß zu fassen.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 31; Referat 200, Bd. 134828.

Ministerialdirektor Schlagintweit vermerkte am 6. Juli 1987, in der Sitzung der Staatssekretäre am 3. Juli 1987 habe Staatssekretär Lengl, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, mitgeteilt, daß sein Haus in der Kabinettsitzung am 7. Juli 1987 die Deblockierung der Mittel der Finanziellen Zusammenarbeit mit Syrien beantragen werde: „Dabei geht es um Mittel von rund DM 145 Mio. aus Altzusagen. [...] Seitens des Auswärtigen Amtes bestehen hiergegen keine Bedenken. Die Zustimmung des Ministers ist erteilt.“ Vgl. Unterabteilung 31, Bd. 141131.

³⁵ In der Presse wurde berichtet: „Syrien hat das Büro des als Urheber von Terroranschlägen bekannten Palästinenserführers Abu Nidal in Damaskus geschlossen. [...] Die Schließung des Büros war offenbar einer der Gründe für das Angebot Präsident Reagans, einen Sonderbeauftragten nach Syrien zu entsenden.“ Vgl. den Artikel „Büro Abu Nidals in Damaskus geschlossen“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 30. Juni 1987, S. 8.

³⁶ Durchgängig korrigiert aus: „Hamadei“.

Zur Entscheidung der Bundesregierung vom 24. Juni 1987, Mohammed Hamadi in der Bundesrepublik anzuklagen, vgl. Dok. 195, Anm. 9.

³⁷ Zum Entführungsfall Cordes und Schmidt im Libanon vgl. Dok. 195.

³⁸ Zum Verhaltenskodex im Hinblick auf Südafrika vgl. Dok. 52, Anm. 36.

³⁹ Frontlinienstaaten.

Angola, Botsuana, Mosambik, Sambia, Simbabwe und Tansania.

Stabilität in der Region. Dem Konferenzvorschlag von Pfarrer Boesak⁴⁰ dürfe keine verfrühte Aufmerksamkeit zuteil werden. Die westlichen Staaten sollten als diejenigen in Erscheinung treten, die den Dialog fördern.

BM erklärte, daß ihn das Wahlergebnis in Südafrika⁴¹ pessimistisch gemacht habe, weil es die Hardliner unter den Weißen ermutige und bei den Schwarzen die Radikalisierung und Polarisierung fördere.

AM Howe sah jedoch einen Funken von Optimismus, weil die Leute um Botha größtenteils die Situation realistischer einschätzten. Er bezeichnete die Haltung von Ellemann-Jensen zu Sanktionen als intellektuell richtig, kritisierte jedoch, daß sie Sanktionen durch die Hintertür eröffne.

BM wies darauf hin, daß Ellemann-Jensen aus Überzeugung gegen Sanktionen sei.

AM Howe fand die dänische Haltung zu Sanktionen nicht überzeugend, da kein Handelsaustausch mit Südafrika bestehe.

Bei der Behandlung der EG-Themen äußerte *BM* sein Bedauern über die unterschiedliche Position von GB und D. Er hätte mehr Kooperation vorgezogen. Wegen der vielen gemeinsamen Ziele müsse man eng zusammenarbeiten, um konkrete Ergebnisse für den Europäischen Rat in Kopenhagen⁴² sicherzustellen. Das Hauptproblem sei die Landwirtschaft. Die Preispolitik könne nicht als alleiniges Mittel in Betracht kommen, sondern müsse durch zusätzliche Maßnahmen, z.B. durch Flächenstillegung, ergänzt werden. Die Politik des Preisdrucks unterminiere die Grundlage der deutschen Bauern und untergrabe die Stabilität der deutschen Wirtschaft.

AM Howe erwiderte, daß er entsetzt gewesen sei, daß es in Brüssel nicht zu Ergebnissen gekommen sei, obwohl man sie hätte erreichen können.⁴³ Die Fettsteuer⁴⁴ sei ein Punkt, der die Gemeinschaft spalte. Daher müsse man sie zur Seite legen, um zu anderen Ergebnissen zu kommen. Hinsichtlich der Eigenmittel schloß er den Gedanken einer Orientierung am BSP nicht aus, forderte Haushaltsdisziplin und Bewältigung der Agrarfragen. Er verstehe unsere Probleme mit der Landwirtschaft und teile die Auffassung des *BM*, daß die Preismechanismen nicht das einzige Mittel sein dürfen.

BM wies auf die Notwendigkeit einer Einkommenspolitik für die Bauern hin. Die Preispolitik könne nur ein Element dieser Einkommenspolitik sein.

AM Howe zeigte sich durch zusätzliche Gedanken zur Einkommensstützung interessiert, insbesondere an einem Ausgleich für Maßnahmen im Bereich des Umweltschutzes und an Flächenstillegungen.

BM schlug vor, daß alsbald Treffen zwischen Experten der Auswärtigen Ämter (Trumpf u. Kerr) stattfinden sollte, um die zwischen GB und uns bestehenden Probleme zu identifizieren und um Möglichkeiten zur Überbrückung der Unterschiede festzustellen. Als Termin könne der September ins Auge gefaßt werden.

⁴⁰ Zum Konferenzprojekt des Präsidenten des Weltbundes Reformierter Kirchen, Boesak, vgl. Dok. 236.

⁴¹ Zu den Parlamentswahlen am 6. Mai 1987 in Südafrika vgl. Dok. 129, Anm. 35.

⁴² Zur Tagung des Europäischen Rats am 4./5. Dezember 1987 vgl. Dok. 358.

⁴³ Zur Tagung des Europäischen Rats am 29./30. Juni 1987 vgl. Dok. 193.

⁴⁴ Zu den Vorschlägen der EG-Kommission für eine Fettsteuer vgl. Dok. 164, Anm. 21.

AM *Howe* schlug vor, die erarbeitete Analyse den Regierungschefs zuzuleiten.

AM *Howe* sprach die Reform der Strukturfonds an und verwahrte sich gegen eine Verdoppelung der Mittel.

BM stimmte dem zu, wies jedoch darauf hin, daß die Mittelmeerländer eine Erhöhung der Strukturfonds erwarteten und wir in dieser Frage gebunden seien. Man solle das Problem vorerst in kleinen, dann in großen Schritten angehen.

AM *Howe* wies darauf hin, daß die Schwierigkeiten mit Griechenland in dieser Frage größer seien als mit Spanien und Portugal.

AM *Howe* machte längere Ausführungen zum Gibraltar-Problem. Einerseits gebe es den Vertrag von Utrecht aus dem Jahre 1713⁴⁵, wonach bei einem Rückzug der Briten Gibraltar automatisch an Spanien zurückfalle, andererseits sehe die Verfassung Gibraltars vor, daß ein Wechsel der Souveränität nur mit Zustimmung der Bevölkerung Gibraltars vor sich gehen könne. Die Spanier glaubten irrtümlicherweise, daß GB durch eine verfassungsrechtliche Maßnahme das Problem lösen könne. In Wirklichkeit gehe es um ein menschliches Problem. Der spanische AM Morán habe diese Schwierigkeit akzeptiert, wogegen Ordóñez das Problem nicht so gut verstehe. Er bitte daher den BM, diese Frage mit Ordóñez in Bayreuth zu besprechen.⁴⁶

BM fragte AM *Howe*, welchen Status Gibraltar im Jahre 2000 haben werde.

AM *Howe* erwiderte, daß Gibraltar dann noch denselben Status haben werde.

Im Zusammenhang mit dem EG-Beitrittsgesuch Marokkos⁴⁷ stellte AM *Howe* fest, daß dieser Antrag die Behandlung des türkischen Begehrens⁴⁸ nicht erleichtere. Man müsse sich hüten, die Büchse der Pandora zu öffnen.

⁴⁵ Korrigiert aus: „1704“.

Artikel X des am 13. Juli (bzw. – nach dem bis 1752 in Großbritannien gültigen julianischen Kalender – am 2. Juli) 1713 in Utrecht zwischen Großbritannien und Spanien geschlossenen Friedensvertrags bestimmte: „The Catholic King does hereby, for himself, his heirs and successors, yield to the crown of Great Britain the full and entire propriety of the town and castle of Gibraltar, together with the port, fortifications, and forts thereunto belonging; and he gives up the said propriety to be held and enjoyed absolutely with all manner of right for ever, without any exception or impediment whatsoever.“ Vgl. THE CONSOLIDATED TREATY SERIES, hrsg. von Clive Parry, Bd. 28: 1713–1714, London 1969, S. 330.

⁴⁶ Am Rande der Festspiele in Bayreuth führten Bundesminister Genscher und der spanische Außenminister Fernández Ordóñez am 24./25. Juli 1987 Gespräche. Vortragender Legationsrat I. Klasse Nordenskjöld hielt dazu am 31. Juli 1987 fest: „Im Vordergrund der Gespräche standen die Themen Iran–Irak, Chile, EG-Fragen, Sicherheitspolitik/Ost-West-Beziehungen sowie die amerikanisch-spanischen Verhandlungen über die US-Basen in Spanien.“ Vgl. Referat 010, Bd. 178904.

⁴⁷ Zu den Beziehungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und Marokko vgl. Dok. 73, Anm. 41.

Mit Schreiben vom 8. Juli 1987 an EG-Kommissionspräsident Delors bzw. den EG-Ratspräsidenten Ellemann-Jensen beantragte Marokko den Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 7-8/1987, S. 98.

Die Referate 410 und 411 vermerkten in einer gemeinsamen Aufzeichnung vom 29. September 1987, in den Beziehungen Marokkos zu den Europäischen Gemeinschaften stünden zur Regelung an: „Anpassung des Kooperationsabkommens EWG–Marokko von 1978 an die zweite Süderweiterung (Beitritt SP[aniens] und P[ortugals]); Drittes Finanzprotokoll (Laufzeit bis 1991); Fischereiregelung EG–Marokko zur Sicherung der spanischen Fischereiinteressen vor Marokko. [...] Marokko hat anlässlich Besuchs marokkanischen AM in Brüssel am 20.7.1987 Bereitschaft bekundet, Verhandlungen zu Anpassungsprotokoll, Finanzprotokoll und Fischereiabkommen baldmöglichst zum Abschluß zu geben. Marokko hat gleichzeitig ein Schreiben von König Hassan übergeben [...], in dem es seinen Beitritt zur EG beantragt. Marokko hatte seit längerer Zeit einen Beitrittsantrag angekündigt. Die

BM kritisierte die schlechte handelspolitische Gesetzgebung in den Vereinigten Staaten. Er habe in Washington darauf hingewiesen, daß dies unsere eigene Position schwäche. GB und D hätten sich gegen eine Fettsteuer ausgesprochen. Er frage sich, ob der Präsident⁴⁹ ein Veto einlegen werde. Die Öl- und Fettsteuer hätte ursprünglich als Mittel gegen die Überproduktion noch einen Sinn gemacht; als Maßnahme zur Vermehrung der Einnahmen sei sie jedoch schwer zu verteidigen.

BM stellte die Frage, wie wir uns die weitere innenpolitische Entwicklung in den Vereinigten Staaten vorzustellen haben.

AM Howe erwiderte, daß es keinen klaren demokratischen Kandidaten gebe. Auf republikanischer⁵⁰ Seite scheine Bush die besten Chancen zu haben.

BM bezeichnete Bush als einen guten Mann, weil er insbesondere die Europäer verstehe. Man müsse sich auch fragen, welche Absichten Baker habe.

Abschließend stellte *AM Howe* fest, daß die Europäer dazu neigten, Japan sowohl als einen wirtschaftlichen, aber auch als einen politischen Faktor zu unterschätzen.

BM stimmte zu und stellte fest, daß es notwendig sei, politisch darüber nachzudenken. Auf die Dauer sei es nicht gut, wenn sich der Eindruck festsetze, daß die Europäer sich ausschließlich darauf beschränkten, wirtschaftliche Forderungen an die Japaner zu richten.

VS-Bd. 14151 (010)

Fortsetzung Fußnote von Seite 1092

EG ist sich einig, daß der Antrag Marokkos auf EG-Mitgliedschaft im Ergebnis zwar abschlägig entschieden werden muß, da die Voraussetzungen hierfür nicht gegeben sind. Dies soll durch ein im Ton möglichst freundlich gehaltenes Schreiben der Präsidentschaft erfolgen, in welchem Marokko auf den Ausbau der bestehenden Beziehungen verwiesen werden soll.“ Vgl. Referat 413, Bd. 144888.

⁴⁸ Die Türkei stellte am 14. April 1987 einen Antrag auf Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften. Vgl. dazu Dok. 218.

⁴⁹ Ronald W. Reagan.

⁵⁰ Korrigiert aus: „demokratischer“.

218

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Roßbach

22. Juli 1987¹

Über Herrn Staatssekretär² Herrn Minister

Betr.: EG-Türkei;

Stand der Diskussion nach dem türkischen Beitrittsantrag³ und Optionen für die deutsche Türkei-Politik

Der am 14. April dieses Jahres von der türkischen Regierung gestellte EG-Beitrittsantrag hat die Diskussion des Verhältnisses EG–Türkei belebt und auch zu einer intensiveren wissenschaftlichen Befassung mit der Türkei geführt. So wird die Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Kürze eine umfangreiche Studie zum Verhältnis EG–Türkei vorlegen.⁴ Auch das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik (DIE im Auftrag des BMWi und AA) und das Deutsche Orient-Institut (DOI) arbeiten an Türkei-Studien.

Der Planungsstab hat in die noch unveröffentlichte SWP-Studie Einblick nehmen können und deren Verfasser, Dr. Kramer, wie andere Türkei-Experten (Dr. Hummen, DIE, und Dr. Steinbach, DOI) zu Gesprächen nach Bonn eingeladen.

Nachfolgend sollen die hierbei gewonnenen Erkenntnisse wiedergegeben und Handlungsoptionen für die deutsche Türkei-Politik aufgezeigt werden.

I. 1) Zielsetzungen und Motive der Türkei

Der türkische EG-Beitrittsantrag ist in der Substanz wie auch taktisch als wohlbedachter Schritt zu werten. Er reflektiert zum einen das Selbstverständnis des überwiegenden Teils der türkischen Bildungsschicht, eine westlich ausgerichtete, denkende und handelnde Elite zu sein, wie zum anderen das Bestreben der türkischen Regierung, die seit Kemal Atatürk verfolgte Westorientierung und Säkularisierung festzuschreiben, vor fundamentalislamischer „Erosion“ zu bewahren und – durch Integration in die EG – honoriert zu bekommen.

¹ Ablichtung.

Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Haas konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Randermann am 23. Juli 1987 vorgelegen, der für Vortragenden Legationsrat von Stechow handschriftlich vermerkte: „Es fehlt die gesamte EG-Problematik.“

Hat Stechow am 23. Juli 1987 vorgelegen.

² Jürgen Sudhoff.

³ Zum Antrag der Türkei auf Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften vgl. auch Dok. 136.

⁴ Vortragender Legationsrat von Stechow legte Staatssekretär Ruhfus am 14. September 1987 einen Artikel des Mitarbeiters der Stiftung Wissenschaft und Politik, Kramer, vor: „Der Artikel faßt erstmals in übersichtlicher Weise Argumente für und gegen einen EG-Beitritt der Türkei zusammen. Er kommt zu dem Ergebnis, daß die Türkei sich mit einem Beitritt übernehmen würde und die EG ihn kaum verkraften könnte. Kramer verweist auf die Assoziation, die allerdings entwickelt werden müßte. Er diskutiert die Frage auch unter politischen Aspekten, insbesondere der Zugehörigkeit zur NATO. Der Artikel beruht auf einer umfangreichen Studie, die Kramer in diesen Tagen bei NOMOS veröffentlichen will und an deren Zustandekommen wir mitgewirkt haben.“ Vgl. Referat 413, Bd. 144811.

Vgl. Heinz KRAMER, Die Europäische Gemeinschaft und die Türkei. Entwicklung, Probleme und Perspektiven einer schwierigen Partnerschaft, Baden-Baden 1988.

Der Beitrittsantrag ist auch Ausdruck des in der Türkei weitverbreiteten Unmuts, daß trotz NATO-Mitgliedschaft und der im Westen allgemein anerkannten sicherheitspolitischen Bedeutung der Türkei und trotz Mitgliedschaft des Landes in anderen westlichen Institutionen und Organisationen eine den Erwartungen der Türken entsprechende Anerkennung des Landes als gleichberechtigtes und gleichwertiges Mitglied der westlichen Staatengemeinschaft bisher nicht erfolgte. Maßgebliche Verantwortung für diesen Zustand trägt nach Ansicht der Türken Griechenland, das die Türkei nach Möglichkeit von Europa und vor allem der EG fernhalten wolle. Nun soll die EG-Mitgliedschaft, ggf. auch ein lange währender Status als Beitrittskandidat, helfen, die politisch und wirtschaftlich als peripher empfundene Stellung der Türkei zu überwinden.

Von der EG-Vollmitgliedschaft erhofft sich die Türkei die Überwindung der für sie ungünstigen Assoziationsperspektive⁵ und vor allem wichtige Impulse für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes, d.h. Förderung der industriellen Modernisierung, Gewährleistung möglichst vorteilhafter Handels- und Finanzbeziehungen, Möglichkeit verstärkten Arbeitskräfteexports (und dadurch Entlastung der kritischen Arbeitsmarktlage). Zudem bedarf der wirtschaftliche Reformkurs nach Ansicht seines Initiators, MP Özal, einer stärkeren Absicherung durch den Westen.

Letztlich will Ankara ausloten, wie ernst es der EG mit der vertraglich verbriefenen Beitrittsoption ist⁶ und ob der Sicherheitspartner Türkei zumindest mittelfristig auch als integrationsfähig und -würdig angesehen wird.

Einige Gesprächspartner vertraten die Ansicht, der türkischen Regierung gehe es weniger um eine Integration in die EG als vielmehr um die Durchsetzung nationaler (Wirtschafts-)Interessen. Das derzeitige, EG-orientierte „Zweckbündnis aus politischer Mitte, Sozialdemokraten, Wirtschaft und Gewerkschaften“ könne rasch auseinanderbrechen, wenn sich die Hoffnungen auf baldige EG-Vollmitgliedschaft zerschlagen sollten (Steinbach).

2) Haltung der EG-Länder zum türkischen Beitrittsantrag

2.1) Derzeit gibt es kein EG-Land, das eine ernsthafte Bereitschaft zur Unterstützung des türkischen Beitrittsantrages erkennen läßt. Dies hat, wenn man vom Sonderfall Griechenland absieht, weniger mit anti-türkischen Ressentiments als vielmehr mit der Vielzahl von Problemen zu tun, die auf die EG durch den Beitritt eines Landes von der Größe und Bedeutung der Türkei zukämen, u. a.:

- ⁷fehlende Finanzmittel für eine erfolversprechende Aufnahme eines Neumitgliedes (zumal die jüngsten Erweiterungen⁸ noch nicht verkraftet sind und der Konsolidierung bedürfen) und zu erwartende Umverteilungskämpfe;

⁵ Die Türkei und die EWG schlossen am 12. September 1963 in Ankara ein Abkommen zur Gründung einer Assoziation, das am 1. Dezember 1964 in Kraft trat. Für den Wortlaut des Abkommens und der dazugehörigen Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1964, Teil II, S. 510–579.

⁶ Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Randermann hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

⁷ An dieser Stelle vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Randermann handschriftlich: „Institutionelle Weiterentwicklung der EG.“ Dazu Ausrufezeichen.

⁸ Griechenland trat den Europäischen Gemeinschaften mit Wirkung vom 1. Januar 1981 bei. Portugal und Spanien folgten mit Wirkung vom 1. Januar 1986.

- Fehlen wichtiger politischer (Demokratie, Menschenrechte) und wirtschaftlicher Voraussetzungen für eine EG-Mitgliedschaft im Fall der Türkei;
- Problem der Freizügigkeit;
- Änderung der sozio-ökonomischen („Mediterranisierung“) und sozio-kulturellen (Islam) Qualität der Gemeinschaft mit möglichen Folgen für die Integrationsfähigkeit der EG;
- griechisch-türkischer Konflikt, vor allem Zypern-Problem, wie auch Minderheitenproblematik in der Türkei als destabilisierende Elemente für die Gemeinschaftskohäsion.

Hinsichtlich der Inopportunität einer weiteren Vergrößerung der Gemeinschaft, solange die jüngste Süderweiterung noch nicht verkraftet ist und die desolote Finanzlage der EG andauert, herrscht unter den EG-Mitgliedsländern weitgehende Einmütigkeit. Unterschiedlich gewichtet werden hingegen die anderen, möglicherweise gegen einen EG-Beitritt der Türkei sprechenden Argumente. So mißt D der Freizügigkeitsproblematik, NL dem Demokratisierungsprozeß, DK der Beachtung der Menschenrechte, F der Agrarproblematik und Minderheitenpolitik Ankaras besonderes Gewicht bei. Griechenland ist prinzipiell gegen einen EG-Beitritt der Türkei und verweigert sogar die Anerkennung des türkischen Assoziationsstatus (Nichtzeichnung des Anpassungsprotokolls⁹).

2.2) Das Europäische Parlament steht der Türkei, wie die jüngste Armenien-Resolution zeigt¹⁰, besonders skeptisch gegenüber und dürfte sich mit der erforderlichen absoluten Mehrheit kaum für einen EG-Beitritt des Landes aussprechen, solange Fortschritte bei der Zypern-Frage, Demokratisierung, Beachtung der Menschenrechte (vor allem Behandlung der Minoritäten) nicht erkennbar sind.

2.3) Bei der gegenwärtigen Diskussion des Verhältnisses EG–Türkei ist zudem eine Tendenz erkennbar, Argumente, die aus türkischer Sicht für eine EG-Mitgliedschaft sprechen und von Ankara zur Untermauerung des Beitrittsantrages auch vorgebracht werden, zu relativieren:

- Die allgemein anerkannte sicherheitspolitische Bedeutung der Türkei für Westeuropa wird von der Beitrittsfrage mit der Begründung abgekoppelt, die EG sei keine Verteidigungsgemeinschaft und Türkeis NATO-Mitgliedschaft ein Status sui generis, der für die Beitrittsfrage keine primäre Bedeutung hat.

⁹ Für den Wortlaut des Ergänzungsprotokolls zwischen der EG und der Türkei vom 23. Juli 1987 „zum Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Türkei“ und der dazugehörigen Erklärungen vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 53 vom 27. Februar 1988, S. 91–95.

¹⁰ Für den Wortlaut der Entschließung des Europäischen Parlaments vom 18. Juni 1987 „zu einer politischen Lösung der armenischen Frage“ vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. C 190 vom 20. Juli 1987, S. 119–121.

Ministerialdirigent von Ploetz vermerkte am 13. Juli 1987: „Während die Wogen der Erregung über die von einer Minderheit des EP verabschiedete Armenien-Resolution bei türkischer Öffentlichkeit und Regierung allmählich abzuklingen begannen, haben die jüngsten Nachrichten von der Ermordung einer Gruppe von 30 türkischen Dorfbewohnern am 20. Juni 1987 und nunmehr von 25 weiteren Zivilisten am 9. Juli 1987 durch kurdische Terroristen einen erneuten Entrüstungsturm in der türkischen Öffentlichkeit hervorgerufen.“ Deshalb solle die Bundesregierung „der türkischen Regierung und Öffentlichkeit unsere Verbundenheit bei ihrem Bemühen um Wahrung der demokratischen öffentlichen Ordnung signalisieren und bei dieser Gelegenheit nochmals unsere Haltung in der armenischen Frage unterstreichen, ohne dabei das EP direkt zu kritisieren“. Vgl. Referat 206 (203), Bd. 151025.

- Größe und wirtschaftliche Perspektive des türkischen Binnenmarktes werden mit Hinweis auf das starke Bevölkerungswachstum von über 20% und die sich daraus ergebende unzulängliche Massenkaufkraftentwicklung relativiert.
- Die von der Türkei im Falle eines EG-Beitritts erwartete verstärkte Investitionsneigung ausländischer Firmen wird bezweifelt, da nach Marktöffnung eine Vielzahl von heute attraktiven Investitionsanreizen entfallen wird. Daher seien bei einem EG-Beitritt der Türkei verstärkte EG-Exporte in dieses Land und weniger Neuinvestitionen zu erwarten.
- Die Bedeutung der türkischen „Brückenfunktion“ zum benachbarten nah- und mittelöstlichen Raum wird mit Hinweis auf die ohnehin engen Beziehungen der EG zu den Ländern dieser Region abgeschwächt.
- Die von der türkischen Regierung beabsichtigten weiteren Demokratisierungsschritte stoßen auf Skepsis, vor allem, weil den Militärs – auch nach EG-Beitritt – ein Verzicht auf das Mittel der Intervention nicht zugetraut wird.
- Der Islam wird nicht, wie von der Türkei dargestellt, als kulturelle Bereicherung und Impetus für eine multikulturelle Dimension der EG, sondern eher als Störpotential für die kulturelle Identität Europas betrachtet.
- Dem von der türkischen Regierung vorgebrachten Argument, ein EG-Beitritt könne fundamentalistischen Tendenzen im Lande entgegenwirken, wird entgegengehalten, auch fortschreitende „Verwestlichung“ im Zuge der EG-Integration, gepaart mit damit zusammenhängenden sozialen Problemen, könne die Anhängerschaft der Fundamentalisten und deren Einfluß vergrößern.

2.4) Stärker noch als vor der türkischen Antragstellung werden heute auch die möglichen negativen Konsequenzen eines EG-Beitritts für die Türkei selbst herausgestellt und diskutiert. Dabei wird zuweilen insinuiert, die türkische Regierung habe die weitreichenden Folgen einer EG-Mitgliedschaft vor der Antragstellung nicht sorgfältig genug geprüft und handle im Grunde gegen die eigenen Interessen. Dies vor allem aus folgenden Gründen:

- Die EG-Mitgliedschaft ist für die Türkei mit schwierigen strukturellen Anpassungsproblemen verbunden, u.a. Erhöhung des Import- und Konkurrenzdrucks auf die türkischen Unternehmen und Beeinträchtigung derer Wettbewerbsfähigkeit, Zunahme des Handelsdefizits, wenn der Marktzugang für Industrie- und Agrarprodukte der EG liberalisiert wird.
- Der durch die Marktöffnung ausgelöste Strukturwandel trifft vor allem mittlere und kleinere Betriebe. Er dürfte eher zur schleichenden Deindustrialisierung und, damit einhergehend, drastischen Verschlechterung der Arbeitsmarktlage als zu der erwarteten und notwendigen Modernisierung der Produktionsstrukturen führen.
- Die Übernahme der GAP dürfte die Tendenz zur Überproduktion in der TR verstärken, zu einem Anstieg der Erzeugerpreise und inflationärer Entwicklung mit negativen Folgen für das allgemeine Einkommensniveau und den sozialen Frieden führen. Soziale Unruhen wiederum könnten, wie 1980, das Militär zum Eingreifen veranlassen.¹¹

¹¹ Am 12. September 1980 übernahm das Militär die Macht in der Türkei. Die Regierungsverantwortung lag bei einem „Nationalen Sicherheitsrat“ unter Führung des Generalstabschefs der Streitkräfte,

- Zusätzliche Probleme für die türkische Wirtschaft sind durch die Übernahme der „Präferenz-Pyramide“ der EG¹² zu erwarten.
- Die mit einem EG-Beitritt verbundene Beeinträchtigung der nationalen Souveränität wie auch der staatlichen türkischen Interventionspolitik (infolge verstärkter Mitwirkung von EG-Institutionen) dürfte innenpolitische Probleme aufwerfen.

II. Deutsche Haltung zum türkischen Beitrittsantrag und Optionen für die deutsche Türkei-Politik

1) Die Bundesrepublik Deutschland befindet sich in einer unbequemen Lage: Einerseits kann sie den türkischen Beitrittsantrag aus grundsätzlichen Erwägungen (mangelnde Integrationsreife der TR, aber auch mögliche Beeinträchtigung der grundsätzlichen Ziele der EG-Politik) wie auch wegen der mit einem Beitritt verbundenen finanziellen und beschäftigungspolitischen Implikationen auf absehbare Zeit nicht unterstützen. Andererseits gebieten unsere traditionell freundschaftlichen Beziehungen zur Türkei Zurückhaltung bei öffentlichen Stellungnahmen zum türkischen Beitrittswunsch. Da wir auch zu Griechenland freundschaftliche Beziehungen unterhalten und zudem sowohl GR als auch die TR von uns Unterstützung ihrer jeweiligen Positionen erwarten, hat sich die Gestaltung unserer Beziehungen zu diesen beiden Staaten durch den türkischen Beitrittsantrag verkompliziert.

Wesentlich ist, die derzeitige „Atempause“ (Prüfung des türkischen Antrags durch die EGK) zu nutzen, um innerhalb der Bundesregierung Einigung über den künftig zu steuernden Kurs gegenüber der Türkei zu erzielen. Hierbei sollte das Auswärtige Amt bemüht sein, eine Verständigung über folgende grundsätzliche Positionen zu erzielen:

- Geostrategische Lage und sicherheitspolitische Bedeutung der Türkei, Tradition und Dichte der deutsch-türkischen Beziehungen wie nicht zuletzt auch die Anwesenheit von 1,4 Millionen Türken bei uns rechtfertigen es, der Türkei einen privilegierten Status und damit eine Sonderbehandlung zuzubilligen. Dies war bisher der Fall und sollte unter den gegebenen Umständen eher noch verstärkt werden.
- Die der Türkei 1963 in Aussicht gestellte EG-Beitrittsperspektive sollte grundsätzlich nicht in Frage gestellt werden. Hierbei kommt der funktionierenden¹³ Assoziation im Sinne einer „Bewährung“ Bedeutung zu.
- Wir dürfen uns¹⁴ von den anderen EG-Ländern wegen der uns besonders berührenden Freizügigkeitsfrage nicht in die Rolle des Hauptopponenten gegen

Fortsetzung Fußnote von Seite 1097

Evren, der das Kriegsrecht verhängte, die Verfassung außer Kraft setzte und das Parlament auflöste. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 269.

¹² Mit dem Begriff der „Präferenz-Pyramide“ wurde der abgestufte Präferenzzugang zum Markt der Europäischen Gemeinschaften umschrieben, der einem Großteil der Entwicklungsländer eingeräumt wurde. An der Spitze standen dabei jene Staaten aus Afrika, der Karibik und dem pazifischen Raum (AKP), die durch die „Lomé-Abkommen“ vom 28. Februar 1975, vom 31. Oktober 1979 und vom 8. Dezember 1984 mit den Europäischen Gemeinschaften verbunden waren, darunter Staaten des Mittelmeerraums, mit denen die Europäischen Gemeinschaften Assoziierungsabkommen geschlossen hatten, am Sockel die Staaten Lateinamerikas, Südasiens (ASEAN) sowie des Nahen und Mittleren Ostens.

¹³ Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Randermann hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

¹⁴ Korrigiert aus: „von“.

einen türkischen EG-Beitritt drängen lassen. Wir dürfen uns aber auch nicht hinter der griechischen Veto-Position verstecken und darauf bauen, daß diese ewig währt und uns von der Verpflichtung zu einer eindeutigen Stellungnahme entbindet. Die freundschaftlichen Beziehungen zur Türkei und unser Interesse an der Aufrechterhaltung der Westbindung dieses strategisch bedeutenden Landes lassen es sogar geboten erscheinen, auf Griechenland einzuwirken, seine intransigente ablehnende Haltung gegenüber der Türkei zu überdenken. Dies bedeutet zunächst Zeichnung des Anpassungsprotokolls und damit Anerkennung der türkischen Beitrittsoption. Wir sollten uns gegen die mögliche Neigung Athens wenden, die EG als eine „Verweigerungsfront“ gegen eine mögliche Integration der Türkei zu betrachten und einzuspannen.

2) Aus heutiger Sicht muß damit gerechnet werden, daß die Bemühungen der türkischen Regierung um die EG-Mitgliedschaft – selbst bei Zugeständnis langer Übergangszeiten – in voraussehbarer Zeit nicht zum Erfolg führen werden. Selbst wenn GR eines Tages von seiner Veto-Position abrücken sollte, ist ein einstimmiges Votum des Rates zugunsten eines türkischen EG-Beitritts schwer vorstellbar.

Hinhaltendes Taktieren der EG dürfte jedoch das latente Mißtrauen der Türkei verstärken, Opfer einer Isolierungs- und Ausgrenzungsstrategie der EG zu werden. Auf uns als traditionelle Freunde der Türkei könnte schon bald die Aufgabe zukommen, türkischen Unmut zu dämpfen und die türkische Regierung von (Trotz-)Reaktionen, die westlichen Interessen zuwiderlaufen könnten, abzuhalten. Darauf sollten wir uns heute schon einstellen.

3) Wesentlich ist, der Türkei eine glaubwürdige, kooperative Perspektive aufzuzeigen. Dies kann nicht durch das Ausstellen von Wechseln auf eine höchst ungewisse Zukunft als EG-Vollmitglied, sondern unter den gegebenen Umständen nur durch erkennbare Bemühungen um eine Revitalisierung und Dynamisierung des Assoziationsverhältnisses geschehen. Wir sollten in Anbetracht unserer besonderen Verantwortung als Freunde der Türkei die Möglichkeit und Opportunität einer deutschen Initiative zur Wiederbelebung der Assoziation EG–Türkei prüfen. Die Übernahme der EG-Präsidentschaft im kommenden Jahr bietet hierfür Gelegenheit.¹⁵

Sinnvoll ist eine solche Initiative nur, wenn

- eine innerhalb der Bundesregierung und innerhalb der EG konsensfähige Konzeption entwickelt wird, wie das Assoziationsverhältnis wiederbelebt und modifiziert werden kann. Dies erfordert ggf. die Bereitschaft zum begrenzten Konflikt mit GR in der Frage der Anerkennung des türkischen Assoziationsstatus;
- der Türkei die Beitrittsperspektive nicht genommen wird und
- die türkische Regierung für eine Wiederbelebung der Assoziation überhaupt gewonnen werden kann.

Die Erfolgsaussichten einer solchen Initiative sind freilich ungewiß. Zu bedenken ist jedoch, daß unseren Bemühungen selbst bei einem Scheitern der Initiative eine nicht zu unterschätzende politische Signalwirkung zukäme.

¹⁵ Die Bundesrepublik hatte in der ersten Jahreshälfte 1988 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

4) Eine im Rahmen der EG in die Wege geleitete Türkei-Initiative sollte durch bilaterale Aktionen und Gesten mit demonstrativem Charakter flankiert werden. Dadurch kann den Türken das Gefühl vermittelt werden, weiterhin privilegierter Partner und Freund zu sein. Denkbar sind z. B. folgende Aktionen:

- Beschleunigung der für die TR vorgesehenen neuen Rüstungs-sonderhilfe¹⁶, ggf. auch Einwirken auf die EG-Partner, größere Anstrengungen zur Unterstützung der türkischen Verteidigungsfähigkeit zu unternehmen (und dadurch die sicherheitspolitische Bedeutung der TR besser als bisher zu honorieren);
- Vertiefung der Beziehungen zwischen Bundeswehr und türkischer Armee, z. B. Intensivierung der bereits bestehenden Soldatenaustauschprogramme, Sprach-, Logistik- und Truppenausbildung türkischer Offiziere, Teilnahme türkischer Offiziere an Lehrgängen der Führungsakademie der Bundeswehr. Denkbar wäre auch die Vereinbarung von Patenschaften auf Geschwader-ebene (da deutsche Piloten z. T. in der Türkei ausgebildet werden);
- Anbahnung von Städtepartnerschaften;
- Intensivierung des Jugendaustausches;
- Förderung des Tourismus;
- Errichtung deutsch-türkischer Studienzentren bei uns und Förderung entsprechender Zentren in der Türkei;
- Unterstützung bei der Errichtung deutsch-türkischer Begegnungszentren in der Bundesrepublik;
- Einwirken auf rückkehrwillige türkische Gastarbeiter, ihre Ersparnisse in Vorhaben zu investieren, die der türkischen Wirtschaft zugute kommen (statt – wie zumeist üblich – Kauf von Immobilien), d. h. Wiederbelebung und ggf. intensivere Förderung des bisher gescheiterten Konzepts der „Gastarbeiter-gesellschaften“;
- Ermunterung deutscher Unternehmer zu stärkerer Investitionstätigkeit in der Türkei, z. B. durch Organisation deutsch-türkischer Wirtschaftssymposien;
- Unterstützung der gesellschaftlich organisierten Gruppen in der Türkei, den auf sie beim Prozeß der Demokratisierung zukommenden Aufgaben gerecht zu werden;
- Geste anläßlich des 50. Todestages von Kemal Atatürk am 10. November 1988, etwa Organisation von Ausstellungen und Symposien zu den deutsch-türkischen Beziehungen, Entsendung deutscher Ensembles, Durchführung einer Kunstausstellung, Eröffnung eines nach Atatürk benannten deutsch-türkischen Studienzentrums;
- großzügigere Handhabung der Sichtvermerkspraxis bei jenem Personenkreis (Bildungsschicht), der die Einführung der Visumspflicht¹⁷ mit besonderer Erbitterung registrierte, etwa grundsätzliche Erteilung von Mehrfachjahres-sichtvermerken für Angehörige dieses Personenkreises;

¹⁶ Zur Rüstungs-sonderhilfe für die Türkei vgl. Dok. 136.

¹⁷ Mit Wirkung ab 1. Oktober 1980 wurde eine Visumspflicht für türkische Staatsangehörige eingeführt. Vgl. dazu die Elfte Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Durchführung des Ausländer-gesetzes vom 1. Juli 1980; BUNDESGESETZBLATT 1980, Teil I, S. 782. Vgl. dazu auch AAPD 1980, I, Dok. 188.

- Prüfung, ob und ggf. in welcher Form Einfluß auf die Aktivitäten des in Köln ansässigen türkischen „Ayatollah“ Cemaleddin Kaplan genommen werden kann.¹⁸ Kaplan verschickt radikal-fundamentalistisches Informationsmaterial in alle Teile der Türkei, was von der türkischen Regierung mit zunehmender Besorgnis registriert wird. Wir dürfen uns nicht dem Vorwurf aussetzen, dem Vordringen des Fundamentalismus in der Türkei Vorschub zu leisten;
- wirkungsvollere Bekämpfung der von deutschem Boden aus operierenden (im Verfassungsschutzbericht¹⁹ unter den gewalttätigen Organisationen aufgeführten) kommunistischen Kurdischen Arbeiterpartei (PKK). MP Özal hatte den BK mit Schreiben vom 13.4.1987 hierum gebeten.²⁰ Das BMI kann exekutive Maßnahmen erst ins Auge fassen, wenn die türkischen Stellen detaillierte Erkenntnisse über Struktur und Mitglieder der PKK übermittelt haben.²¹

Die hier angeführten Aktionen verursachen relativ wenig Kosten und könnten – sofern sie in der Türkei öffentlichkeitswirksam präsentiert werden – geeignet sein, die besondere Qualität der deutsch-türkischen Beziehungen zu unterstreichen.

¹⁸ Vortragender Legationsrat I. Klasse Kuhna notierte am 17. Februar 1987 für Staatssekretär Meyer-Landrut: „In der Bundesrepublik widmet sich der ‚Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e. V.‘ in Köln unter seinem Vorsitzenden Cemaleddin Kaplan bundesweit und länderübergreifend fundamentalistischer Propagandatätigkeit nicht nur unter den hier ansässigen Türken, sondern auch durch den von Staatspräsident Evren geschilderten Schmuggel von (Video-)Kassetten mit religiös-politischen Predigten in die Türkei. In seinen Predigten ruft Kaplan zum Heiligen Krieg und zur Schaffung eines Gottes-Staates auf. Sein Ziel ist die Errichtung eines theokratischen Staatswesens nach iranischem Vorbild und der Sturz der säkularen türkischen Regierung und Republik.“ Das Bundesministerium des Innern habe daher mit Schreiben vom 22. Dezember 1986 das Innenministerium von Nordrhein-Westfalen gebeten, gegen den seit Januar 1985 als Asylanten anerkannten Kaplan ausländerrechtliche Maßnahmen nach § 6 des Ausländergesetzes vom 28. April 1965 zu ergreifen. Am 28. Januar 1987 sei der Oberstadtdirektor von Bonn zum Erlaß einer entsprechenden Ordnungsverfügung gegen Kaplan angewiesen worden. Kuhna konstatierte: „Über die Wirksamkeit der ausländerrechtlichen Maßnahmen gegen Herrn Kaplan und seine Vereinigung sollten wir uns keine Illusionen machen. Erfahrungsgemäß bewirken derartige Maßnahmen – noch dazu gegen fanatische Personen, die als politische Asylanten anerkannt sind und nicht abgeschoben werden können – nur wenig. Eine Zwangsgeldandrohung ist in der Regel unzureichend. Zumeist wird es zu einer solchen Maßnahme, geschweige denn zu stärkeren Schritten, erst gar nicht kommen. [...] In erster Linie dienen diese Maßnahmen uns als politisches Argument gegen die türkische Seite.“ Vgl. Referat 203, Bd. 151028.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Müller-Chorus unterrichtete das Innenministerium von Nordrhein-Westfalen am 12. Mai 1987, aus türkischen Presseberichten ergebe sich, „daß Kaplan in anderen Bundesländern (hier Berlin und Baden-Württemberg) weiterhin tätig ist“. Daher sollten auch dort entsprechende Maßnahmen angeordnet werden. Vgl. das Schreiben; Referat 203, Bd. 151028.

¹⁹ Vgl. DER BUNDESMINISTER DES INNERN (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 1986, Bonn 1987.

²⁰ Vortragender Legationsrat Born vermerkte am 6. August 1987: „MP Özal hatte im Anschluß an die vor einigen Monaten in der Türkei erfolgten Anschläge kurdischer Terroristen dem Bundeskanzler geschrieben und darauf hingewiesen, daß diese Unterstützung von in der Bundesrepublik Deutschland lebenden kurdischen Kreisen erhielten, und gebeten, gegen diese vorzugehen.“ Vgl. Referat 206 (203), Bd. 151025.

²¹ Mit Schreiben vom 5. Juni 1987 teilte Bundeskanzler Kohl Ministerpräsident Özal mit, die Bundesregierung unternehme alle geeigneten Schritte, um „die Aktivitäten extremistischer und insbesondere gewalttätiger extremistischer ausländischer Gruppen [...], die eine Gefährdung für das friedliche Zusammenleben der Menschen in der Bundesrepublik Deutschland und für die auswärtigen Beziehungen darstellen, zu unterbinden“. Der dafür zuständige Bundesminister des Innern habe in einer Stellungnahme zu Özals Schreiben vom 13. April 1987 mitgeteilt, „daß die zuständigen deutschen Stellen für eine erfolgreiche Bekämpfung der extremistischen PKK auf enge Zusammenarbeit mit türkischen Stellen angewiesen sind. Insbesondere ist den für die Aufklärung der Tätigkeit der PKK zuständigen deutschen Stellen daran gelegen, von seiten der türkischen Regierung in noch stärkerem Maße als bisher alle geeigneten Informationen zu erhalten, damit sie ihre schwierige Aufgabe noch besser erfüllen können.“ Vgl. Referat 206 (203), Bd. 151033.

chen und möglicher Frustration wegen der Behandlung des türkischen EG-Beitrittsantrages bzw. wegen einer sich abzeichnenden oder gar faktischen Ablehnung dieses Antrages entgegenwirken.

Die Aufzeichnung wurde mit den Referaten 203, 410 und 411²² abgestimmt.

Roßbach

Referat 413, Bd. 144911

219

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Daum

424-411.10 IRK-543/87 geheim

22. Juli 1987¹

Betr.: Verdacht gegen deutsche Firmen auf ungenehmigte Lieferungen für irakische Kampfstoffproduktion²

Nach Vorliegen der Außenwirtschaftsprüfungsberichte der geprüften Firmen³ fand am 21.7.1987 eine Ressortbesprechung im BMF zur Bewertung und zur Abstimmung des weiteren Vorgehens statt.

Teilnehmer: BMF, BMWi, AA, BND, ZKI⁴, Zollprüfungsstellen.

Aus der Ressortbesprechung halte ich folgendes fest:

1) Eröffnung durch MDg Dr. Stenger, der die Bedeutung der Vorwürfe, auch in den Augen der Öffentlichkeit, herausstellte.

2) Außenwirtschaftsprüfungen wurden aufgrund der Ressortabsprache vom Oktober 1986 bei allen Firmen vorgenommen, die in größerem Umfang nach Samarra lieferten:

- Kolb,
- Pilot Plant,

²² Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Randermann hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

¹ Vortragender Legationsrat Daum vermerkte handschriftlich „einzige Ausfertigung“ und maschinenschriftlich: „Dg 42 vorgelegt zur Kenntnis“ sowie „W[ieder]V[orlage] RL 424 am 17.8.1987“. Ferner verfügte er die Weiterleitung an Legationssekretär Warnken „z[ur] K[enn]tnisnahme“.

Hat Ministerialdirigent Höynck am 22. Juli 1987 vorgelegen.

Hat Warnken am 23. Juli 1987 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Nagel am 17. September 1987 vorgelegen, der die Wiedervorlage zum 15. Dezember 1987 verfügte.

Hat Nagel am 16. Dezember 1987 erneut vorgelegen, der die Wiedervorlage zum 16. Januar 1988 verfügte und handschriftlich vermerkte: „Was hat Arbeit der staatsanw[altlichen] Untersuchungen inzwischen ergeben?“

Hat Nagel am 18. Januar 1988 erneut vorgelegen.

² Zur Frage einer Lieferung von Ausrüstungen und Vorprodukten zur möglichen Herstellung chemischer Waffen an den Irak vgl. Dok. 36 und Dok. 152.

³ Zur Betriebsprüfung bei den Firmen Kolb und Pilot Plant vgl. Dok. 36, Anm. 7.

⁴ Zollkriminalinstitut.

- Heberger Bau,
- WET,
- Preussag,
- Hammer (Nürnberg).

Die uns noch nicht vorliegenden Prüfberichte (Heberger, WET, Hammer) erhalten wir in Kürze.

3 a) Bei Fa. Kolb/Pilot wurden wenige ungenehmigte Exporte nach dem 9.8.84⁵ festgestellt. Sicher ist allerdings, daß beide Firmen weiter exportierten, Pilot Plant sogar gestützt auf ein Rechtsgutachten Prof. Wimmers, mit dem er wohl die Absicht verfolgte, seinem Mandanten für den Notfall vorsorglich einen Verbotsirrtum zu bescheinigen.⁶

Es bestehen Anhaltspunkte dafür, daß beide Firmen den Aufbau von Samarra weiterhin koordiniert und geleitet haben – bis heute. Allerdings sind „Dienstleistungen“ nicht ausfuhrkontrolliert.

BMF stellte seine eigene Schlußfolgerung wie folgt dar: Kolb hat maßgeblich an der Gesamtorganisation mitgewirkt, sich selbst aber seit August 1984 bei Warenlieferungen zurückgehalten.

b) Fa. Heberger Bau (und eine Fa. Luha) exportierten Teile des Scrubbers (Neutralisationsanlage für Gase) ohne Ausfuhrgenehmigung.

Von beiden Firmen wurden Aussagen über die starke Rolle von Kolb gemacht.

c) Fa. WET: direkte ungenehmigte Lieferungen an SEPP⁷.

d) Die Nahostabteilung der Preussag machte 1984/85 fast nur mit SEPP Geschäfte. Gesamtumfang ca. 48 Mio. DM, davon ca. 16 Mio. DM eigene Lieferungen. Diese waren nicht genehmigt (Abfüllanlagen, Abgasanlagen, Behälter).

e) Hammer: Lüftungsanlagen (ungenehmigt).

Schlußfolgerung des BMF: SEPP betreibt in Samarra eine Kampfstofffabrik, und deutsche Firmen haben fast ausschließlich die notwendigen Lieferungen erbracht.

4) Noch nicht geklärt ist die zentrale Frage der Genehmigungsbedürftigkeit der Lieferungen. Bis jetzt liegen hierzu nur mündliche Stellungnahmen des BAW vor.

BMW i und BAW veranlassen, die Stellungnahme baldmöglichst abzugeben.⁸

⁵ Vgl. dazu die an diesem Tag in Kraft getretene 53. Verordnung zur Änderung der Ausfuhrliste – Anlage AL zur Außenwirtschaftsverordnung – vom 6. August 1984; BUNDESGESETZBLATT 1984, Teil I, S. 1080.

⁶ Ministerialdirigent Trumpf legte am 20. März 1987 für Bundesminister Genscher dar: „Die Kanzlei Wimmer/Busse vertritt die Firmen Kolb/Pilot Plant“, gegen die der Verdacht bestehe, „durch Lieferung von Anlagen einen wichtigen Beitrag zum Aufbau der irakischen Chemiewaffenproduktion geleistet zu haben und weiterhin zu leisten. Nach Einführung (im Jahr 1984) einer Ausfuhrgenehmigungspflicht für bestimmte Anlagenteile erhoben die Firmen Klage gegen die Bundesrepublik Deutschland. Der Prozeß vor der Finanzgerichtsbarkeit und derzeit dem Verwaltungsgericht (bei dem die Bundesregierung zeitweise geneigt war, unter Beibehaltung ihrer Rechtsauffassung eine Vergleichszahlung in Höhe von DM 1,5 Mio. zu leisten) ist noch nicht abgeschlossen. Die Rechtsanwälte Wimmer/Busse vertreten die beiden Firmen auch in diesem Rechtsstreit.“ Vgl. Referat 424, Bd. 135880.

⁷ State Establishment for Pesticide Production.

⁸ Unter Bezugnahme auf die Ressortbesprechung am 21. Juli 1987 monierte Vortragender Legationsrat I. Klasse Nagel am 20. Oktober 1987 mit Fernschreiben Nr. 2193 an das Bundesministerium für

Sodann ist die StN⁹ des AA zu § 34 AWG¹⁰ abzugeben. Ich habe zugesagt, daß wir sie kurzfristig abgeben würden, und deutlich gemacht, daß sie meiner Meinung nach bejahend erfolgen wird.

Diese Stellungnahme wird wegen ihrer Folgewirkungen politischer und rechtlicher Art vom BM zu billigen sein.

5) Trotz einiger rechtlicher Zweifelsfragen bestand schließlich Einmütigkeit, daß die Angelegenheit dann seitens BMF der Staatsanwaltschaft übergeben wird.

(Der vorliegende Vermerk ist vor allem wegen dieses Punktes als VS-Geheim eingestuft.)

6) Abschließend ist noch ein Hinweis des BND zu erwähnen, wonach seiner Meinung nach Kolb/Pilot Plant nicht über das chemisch-technische Wissen zur Planung der Anlage verfügten; es müsse also irgendwo den Kopf geben, der Samarra – über Kolb – wirklich geplant habe.

Bei einer Diskussion des Verwaltungsgerichtsverfahrens in Darmstadt zeigte sich, daß unser jetzt beschlossenes weiteres Vorgehen sich mit einem evtl. Vergleich¹¹ im Darmstädter Prozeß wohl nicht vereinbaren ließe.

Die Frage eines Gutachtens zur Bewertung der Lieferungen stellt sich frühestens nach Einleitung des staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahrens bzw. des Prozeßbeginns.¹²

Daum

VS-Bd. 14531 (424)

Fortsetzung Fußnote von Seite 1103

Wirtschaft, daß „die endgültige und schriftliche Stellungnahme des BAW zum Umfang der Genehmigungspflichtigkeit bestimmter Ausfuhren, deren erfolgter Export bei den Außenwirtschaftsprüfungen festgestellt wurde, immer noch nicht“ vorliege. Das Bundesministerium für Wirtschaft solle das Bundesamt für Wirtschaft erneut anweisen, „die Stellungnahmen umgehend zu fertigen. Die Sache ist von solcher Bedeutung und Dringlichkeit, daß gegebenenfalls andere Prüfaufgaben im Chemiebereich für die erforderlichen ein bis zwei Tage zurückgestellt werden sollten.“ Vgl. Referat 424, Bd. 135880.

⁹ Stellungnahme.

¹⁰ Für den Wortlaut des § 34 (Straftaten) des Außenwirtschaftsgesetzes vom 28. April 1961 vgl. BUNDES-GESETZBLATT 1961, Teil I, S. 489.

§ 34 des Außenwirtschaftsgesetzes wurde durch das Einführungsgesetz zum Strafgesetzbuch vom 2. März 1974 geändert. Vgl. dazu BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil I, S. 590.

Vortragender Legationsrat Daum vermerkte am 3. Juli 1987, in einer Ressortbesprechung am selben Tag habe es geheißen, „daß der vorbereitete Text für eine Änderung des § 34 im vergangenen Jahr deshalb auf Weisung von BM Bangemann aus dem Änderungspaket A[ußen]W[irtschafts]V[erordnung] und Ausfuhrliste wieder herausgenommen worden sei, weil BM Bangemann befürchtet hätte, daß sonst in der Öffentlichkeit diese Gesetzesänderung als deutsche Gegenleistung für die SDI-Abkommen aufgefaßt worden wäre. MR Haase erläuterte dazu, ihm sei bekannt, daß BM Bangemann diese Rücknahme des Änderungsvorschlags mit BM Genscher besprochen habe (war uns bisher nicht bekannt).“ Vgl. Referat 424, Bd. 135882.

¹¹ Dieses Wort wurde von Ministerialdirigent Höynck hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Auf keinen Fall jetzt vergleichen.“

¹² Vortragender Legationsrat Schlegel vermerkte am 2. Dezember 1987 für Bundesminister Genscher, „daß die Staatsanwaltschaft in Darmstadt gegen mehrere Personen und Firmen Durchsuchungsmaßnahmen durchgeführt habe wegen des Verdachts, an Lieferungen nach Irak für dort befindliche CW-Produktionsanlagen beteiligt gewesen zu sein“. Nachdem die Außenwirtschaftsprüfungen bei den Firmen Kolb und Pilot Plant „erhebliche Verdachtsmomente für illegale Lieferungen im Umfang von mehreren Mill[ionen] DM“ ergeben hätten, sei „ein strafrechtliches Ermittlungsverfahren Anfang November 1987 bei der zuständigen Staatsanwaltschaft in Darmstadt anhängig gemacht worden“. Im Zuge des Verfahrens habe das Auswärtige Amt am 17. November 1987 dem Zollkriminalinstitut mitgeteilt, „daß im Falle der illegalen Ausfuhr von Ausrüstungen oder chemischen Substanzen, die zur

220

Botschafter van Well, Washington, an das Auswärtige Amt**VS-NfD****Fernschreiben Nr. 3119****Cito****Aufgabe: 22. Juli 1987, 12.10 Uhr¹****Ankunft: 23. Juli 1987, 18.27 Uhr**

Betr.: U.S. Holocaust Memorial Council²;
 hier: Berücksichtigung des Deutschen Widerstandes in dem in
 Washington in Vorbereitung stehenden Holocaust-Museum

Bezug: DB Nr. 3011 vom 14.7.87 – Pol 320.15/8 VS-NfD³

Mit der Bitte um Weisung

1) Die mit Bezugsbericht angekündigte erste Gesprächsrunde der Botschaft mit dem U.S. Holocaust Memorial Council in Washington hat am 21.7.1987 stattgefunden. Teilnehmer waren der Executive Vice President des Council, David Weinstein, der Vorsitzende des „Contents Committee“, Michael Berenbaum, der Chefarchivar des Council, Brewster S. Chamberlin, die Kuratorin des zukünftigen Museums und der zuständige Mitarbeiter der Botschaft⁴.

Das Gespräch hatte informellen Charakter und wurde als Auftakt einer u. U. dichter werdenden Folge weiterer Gespräche angesehen. Eine Vielzahl von Einzelfragen wurde angesprochen, im Blick auf die künftigen Gespräche aber nicht

Fortsetzung Fußnote von Seite 1104

Herstellung von chemischen Waffen geeignet sind, die Auswärtigen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland erheblich gestört worden sind [...]. Nach entsprechender richterlicher Genehmigung führte die Staatsanwaltschaft Darmstadt am 25. November 1987 gegenüber 30 Personen und Firmen Durchsuchungen durch, bei denen tonnenweise Schriftmaterial sichergestellt wurde.“ Dessen Auswertung werde mehrere Wochen in Anspruch nehmen: „Problematisch bleibt, ob den Beteiligten die subjektive Seite des Tatbestands nachgewiesen werden kann.“ Vgl. Referat 424, Bd. 135880.

¹ Das von Botschaftsrat I. Klasse Calebaw, Washington, konzipierte Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 9.

Hat Vortragendem Legationsrat Kölsch am 23. Juli 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Legationsrat I. Klasse Quelle „z[ur] w[eiteren] V[eranlassung]“ verfügte.

² Vortragender Legationsrat I. Klasse von Moltke notierte am 13. Oktober 1987, das im Bau befindliche Holocaust Memorial Museum in Washington solle 1989 eröffnet werden. Seit Jahren sei die Botschaft in Washington „vorsichtig bestrebt, hierbei Gesichtspunkten Gehör zu verschaffen, die zu einem differenzierten Bild beitragen könnten (Judenretter, Widerstand, historische Entwicklung, Integration der Juden in Deutschland vor 1933). Dasselbe Ziel hatte sich eine von MdB Petersen mit Elie Wiesel ins Leben gerufene kleine Arbeitsgruppe ‚German [and] American Committee on Learning and Remembrance‘ (Teilnehmer u. a. Botschafter a. D. Klaus Schütz, MD Dr. Bergsdorf, BK) gesetzt. [...] Trotz aller Vorbehalte gegenüber dem Entstehen dieses Memorial Museums wegen seiner langzeitigen Wirkung auf das Deutschlandbild in den USA haben das Auswärtige Amt und die Botschaft Washington bisher eine zurückhaltende, insgesamt aber konstruktive Haltung gegenüber dem Projekt eingenommen.“ Vgl. Referat 204, Bd. 135395.

³ Botschafter van Well, Washington, berichtete, der Executive Vice President des U.S. Holocaust Memorial Council, Weinstein, habe gegenüber einem Botschaftsmitarbeiter am selben Tag Einverständnis signalisiert, „daß im Rahmen des für Washington in Vorbereitung befindlichen Holocaust Museums auch der Deutsche Widerstand angemessen berücksichtigt werden soll“. Vgl. Referat 204, Bd. 135395.

⁴ Wolf Calebaw.

wirklich vertieft. Hervorzuheben sind aus dem gestrigen Gespräch vor allem die folgenden Aspekte:

- Die von der Botschaft nicht nur gegenüber dem Council, sondern auch gegenüber anderen Gesprächspartnern, denen u. U. Einfluß auf den Council zuzutrauen war, gesprächsweise immer wieder unmißverständlich ausgesprochene Erwartung, daß das künftige Holocaust-Museum bei seinen Besuchern keinen Haß wecken dürfe, wenn es ein überzeugender Beitrag zur Schaffung einer künftigen besseren Welt werden solle (im Gegensatz etwa zu der Elie Wiesel zugeschriebenen Äußerung: „every Jew, somewhat in his being, should set apart a zone of hate – healthy, virile hate – for what the German personifies and what persists in the German“⁵), hat sich der Council inzwischen erklärmaßen voll zu eigen gemacht. Die Erfüllung des Auftrages des Council sei – so Berenbaum – auch unter diesem Gesichtspunkt eine nicht leicht zu lösende Aufgabe, aber das genau sei das Ziel. Der Besuch des künftigen Museums soll Menschen zwar innerlich verwandeln können, aber keinen Haß in ihnen wecken.
- Die Ständige Ausstellung des künftigen Museums solle keine historische Behandlung der NS-Zeit oder des Holocaust beinhalten, sondern Vorgänge dieser Zeit vor allem aus der Sicht der Opfer darstellen. Schwerpunkt solle die Zeit von 1933 bis 1945 sein, die Darstellung im einzelnen über diesen Zeitrahmen aber auch hinausgehen. Nicht die Entstehung des Nationalsozialismus solle behandelt werden, sondern „was geschah“. Es solle das Bewußtsein dafür geschärft werden, wie wichtig demokratische Institutionen sind, und Verständnis für die Verletzbarkeit der Menschheit insgesamt geweckt werden, insbesondere dafür, wozu rassistische Vorurteile und Rassenhaß und die Diskriminierung und Isolierung menschlicher Gruppen führen können.

Am Anfang solle eine Darstellung jüdischen Lebens in Europa vor 1933 stehen. Dem solle die Darstellung dessen folgen, „was geschah“. Schluß und Ausblick solle die Befreiung der Überlebenden 1945 sein, der Wiederbeginn des Lebens für die Befreiten, der Wiederbeginn jüdischen Lebens in den betroffenen Ländern Europas und die Lehren, die aus den Verbrechen der NS-Zeit zu ziehen sind.

- Auch alle Formen des Widerstandes innerhalb und außerhalb Deutschlands gegen das NS-Unrechtsregime sollen in diesem Rahmen mitbehandelt werden. Das gelte für die „Weiße Rose“, die zuerst genannt wurde, ebenso wie für den

⁵ Der amerikanische Publizist und Professor an der Universität Boston, Wiesel, ein jüdischer Überlebender der Konzentrationslager Auschwitz und Buchenwald, berichtete rückblickend, bei einem Besuch in der Bundesrepublik 1962 sei er nicht nur über die Geschichtsvergessenheit der Deutschen erschüttert gewesen, sondern auch über das eigene Verhalten: „I answered questions, I shook hands. I even smiled back. And then I could bear no more of this civilized behavior: having lost my taste for hating others, I began to hate myself.“ Nach der Rückkehr in die USA sei ihm bewußt geworden: „I had blushed because I was ashamed of having permitted my hate to get away from me. It was this shame that overwhelmed me in Germany: I was betraying the dead. Instead of judging the Germans, then, I judged myself.“ Wiesel folgerte: „Yet today, even having been deserted by my hate during that fleeting visit to Germany, I cry out with all my heart against silence. Every Jew, somewhere in his being, should set apart a zone of hate – healthy, virile hate – for what the German personifies and for what persists in the German. To do otherwise would be a betrayal of the dead.“ Vgl. Elie WIESEL, *Legends of our time*, New York 1968, S. 171, S. 175 und S. 177 f.

„20. Juli“ und auch die große Zahl Namenloser – oder nicht mehr Namenloser –, die in persönlichem Einsatz zur Rettung Verfolgter beigetragen haben.

- Fachleute des Council arbeiten bereits oder werden in Kürze in insgesamt 26 Ländern tätig werden, um einen möglichst umfassenden Überblick über „das Geschehen“ zu erhalten und über das, was darüber an Zeugnissen noch vorhanden ist. Ein Schwerpunkt dieser Arbeit liege in der Bundesrepublik. Der Council habe bereits vier deutsche Mitarbeiter bei uns im Einsatz und werde diese Zahl auf voraussichtlich bis zu zwölf erhöhen.

Die Teilnehmer der Gesprächsrunde äußerten sich mit großer Anerkennung über die Aufgeschlossenheit und Kooperationsbereitschaft der Leitungen und der Mitarbeiter deutscher Archive. Aus der Einladung von drei Archivaren des Council zu einem Besuch in der Bundesrepublik sei in der Zwischenzeit eine erfreulich enge und vertrauensvolle fachliche Zusammenarbeit entstanden. Der Council sei für die praktische Unterstützung, die seine Mitarbeiter bei der Arbeit in deutschen Archiven bisher gefunden hätten, dankbar und hoffe, wegen der großen Anzahl bereits in Empfang genommener Kopien von bei uns vorhandenen Dokumenten die Etats dieser Archive nicht übermäßig belastet zu haben. Die Zahl der benötigten Kopien von Dokumenten werde sicher noch anwachsen. Der Council hoffe, diese auch weiterhin – wie bisher – kostenfrei bekommen zu können, wäre äußerstenfalls aber auch bereit, mit eigenen Mitteln einzuspringen, bevor er auf für interessant gehaltene Dokumente verzichten würde.

- Die Gesprächsrunde kam auch auf die Frage eines offiziellen Geschenkes von deutscher Seite für das künftige Museum zu sprechen, auf das Weinstein MdB Peter Petersen bei Begegnung am 30.6.87 bereits angesprochen hatte⁶ und zu dem bisheriger Vertreter des American Jewish Committee in Washington, Hyman Bookbinder, auch an US-Botschafter Burt mit der Bitte geschrieben hat, dafür ebenfalls in Bonn zu werben.

Council stellte dazu fest, daß es in erster Linie nicht darum gehe, auf diesem Wege in Besitz wichtiger Ausstellungsstücke zu gelangen. Der Council habe vielmehr großes Interesse, auf diesem Wege u. U. eine möglichst vollständige Sammlung deutscher Literatur zur NS- und Holocaust-Thematik von uns als Buchspende zu erhalten. Vor allem die Publikationen des Instituts für Zeitgeschichte wurden in diesem Zusammenhang genannt.

Diese Buchspende könnte zu einem geeigneten Zeitpunkt durch den Bundeskanzler oder in dessen Auftrag dem Council als Geschenk offiziell übergeben und damit ein politisches Zeichen dafür gesetzt werden, daß nach beiderseitigem Verständnis unsere und des Councils Bestrebungen nicht länger als gegeneinander gerichtet mißverstanden werden könnten.

- Neben der drei Etagen umfassenden Ständigen Ausstellung wird das künftige Holocaust-Museum in zwei weiteren Etagen auch über Ausstellungsflächen

⁶ Vortragender Legationsrat I. Klasse Holthoff vermerkte am 6. Juli 1987, neben der Botschaft in Washington habe sich „seit Februar 1985 in Absprache mit dem Bundeskanzler eine Beratergruppe um MdB Petersen – deren weitere fünf Mitglieder vom Bundeskanzler ernannt wurden – etabliert. [...] Die ‚Petersen-Gruppe‘ ist nicht institutionell eingebunden, hat keine Auskunftspflicht gegenüber dem Auswärtigen Amt und hat uns nur auf informellem Wege fallweise unterrichtet. Daher liegen über den Stand der Beratungen in jüngster Zeit keine näheren Erkenntnisse vor.“ Vgl. Referat 204, Bd. 135395.

für wechselnde Ausstellungen verfügen. Wäre das Museum bereits fertiggestellt, wäre der Council beispielsweise ohne weiteres bereit, dort auch die für die USA z.Zt. in Vorbereitung befindliche Ausstellung über den Deutschen Widerstand zu zeigen!⁷

Der Council hat wegen derartiger wechselnder Ausstellungen auch bereits Kontakte zu uns angeknüpft und plant in Zusammenarbeit mit der Stadt Düsseldorf eine Ausstellung über Kinderzeichnungen in Verbindung mit dem Holocaust und hat erste Kontakte mit dem Preußischen Bildarchiv in Berlin über die Möglichkeit einer Ausstellung zum Thema „Zigeuner“ angeknüpft.

2) Mit dieser ersten Gesprächsrunde in – auf Seiten des Council – erweitertem Kreis wird eine einschneidende Änderung der Haltung des Council uns gegenüber in unmißverständlicher Weise deutlich gemacht, um die sich die Botschaft bisher stets nachdrücklich bemüht hatte. Die Zeiten, in denen der ehemalige Vorsitzende des Council, Elie Wiesel, hier in Vorträgen öffentlich erklärte, jetzt wolle ihn sogar der deutsche Botschafter sprechen, er stehe dafür aber nicht zur Verfügung, sind schon lange vorbei. Ich selbst bin mit Elie Wiesel vor etwa zwei Jahren in New York zu einem persönlichen Gespräch zusammengetroffen.⁸ Elie Wiesel hat danach – gemeinsam mit MdB Petersen – auch das „German and American Committee on Learning and Remembrance“ ins Leben gerufen, das nach Wiesels Plänen insgesamt drei Mal zusammentreten sollte und das nach unserer Erwartung auch als Forum für eine gemeinsame Erörterung von Fragen zum Inhalt des Museums dienen sollte.

⁹Bis zum Ende der zweiten Begegnung dieses Gremiums war dieses Thema aber überhaupt noch nicht angesprochen, und bei der dritten Begegnung am 3.12.86 in Washington im Rahmen einer Plenarsitzung des Council wurde Petersen

⁷ Gesandter Wallau, Washington, teilte am 6. Juni 1986 mit: „Die in letzter Zeit verstärkte Beschäftigung in den USA mit Themen der jüngeren deutschen Geschichte, insbesondere dem Holocaust, hat auch ein erhöhtes Interesse am deutschen Widerstand zur Folge.“ Der Erfolg einer solchen Ausstellung werde jedoch „bei der in diesem Zusammenhang maßgeblichen jüdischen Bevölkerungsgruppe wesentlich davon abhängen, ob und wie einzelne Widerstandsgruppen sich zur Judenfrage geäußert haben und was die Ausstellung hierzu sagt“. Da in der vom Institut für Auslandsbeziehungen verantworteten Wanderausstellung „Widerstand gegen Hitler 1933 bis 1945“ der „Holocaust und das Schicksal der europäischen Juden als Motiv für den deutschen Widerstand“ kaum vorkommen, sei ein begleitendes Rahmenprogramm mit Führungen, Seminaren und Vorträgen unverzichtbar. Vgl. den Schriftbericht Nr. 1576; Referat 602, Bd. 201265.

Am 9. Juni 1987 berichtete Botschafter van Well, Washington, „daß die Ausstellung ‚Widerstand gegen Hitler‘ nach der bisherigen Planung vom Goethe-Institut in gemeinsamer Trägerschaft mit dem American Jewish Committee und dem Jüdischen Museum New York in der zweiten Aprilhälfte 1988 in den Räumen des Goethe-Instituts in New York eröffnet werden sollte“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 3253; Referat 602, Bd. 201265.

⁸ Botschafter van Well, Washington, berichtete am 6. März 1985, er habe am 4. März 1985 mit dem Vorsitzenden des U.S. Holocaust Memorial Council, Wiesel, ein Gespräch „in ausgesprochen freundlicher Atmosphäre“ geführt: „Wiesel griff sofort nach der Begrüßung das Thema ‚U.S. Holocaust Memorial Museum‘ auf. Er betonte, der Errichtung dieser Gedenkstätte dürften keine antagonistischen Absichten unterstellt werden, weder der Bundesrepublik Deutschland noch Israel gegenüber. Die zentrale Holocaust-Gedenkstätte sei und bleibe Yad Vashem. Er bemühe sich auch sehr darum, den U.S.-Bürgern klarzumachen, daß die Gedenkstätte eine Stätte der Versöhnung und Lehre sein solle. Der Gedanke, sie als ‚Propagandamaschine‘ zu benutzen, läge allen an der Konzeption und dem Aufbau Beteiligten fern. Wiesel betonte ferner, er habe in seinem Leben niemals das Konzept der Kollektivschuld vertreten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1168; Referat 204, Bd. 135295.

⁹ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 3120 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

und Schütz zwar Gelegenheit gegeben, das Wort zu ergreifen, Elie Wiesel trat zu genau diesem Zeitpunkt aber von seinem Amt zurück¹⁰, bevor es zu einer Verständigung über die für uns relevanten Fragen kommen konnte.

Die neue Führung des Council und der z.T. auch neue Mitarbeiterstab haben eine grundlegende Wende zunächst einmal vor allem dadurch herbeigeführt, daß die gegen Ende der Amtszeit Wiesels – von dessen Kritikern z.T. wohl auch aus taktischen Gründen bewußt herbeigeführte – weitgehende organisatorische Zersplitterung des Council wieder aufgehoben wurde. Die große Zahl nebeneinanderher arbeitender Ausschüsse und Fachgruppen wurde nach Amtsantritt des neuen Vorsitzenden Meyerhoff drastisch reduziert und zu einer überschaubaren und deutlich straffer geführten Organisation zusammengefaßt. Auch das „German and American Committee on Learning and Remembrance“ besteht in dieser Form nicht mehr. An der Begegnung Petersens mit Weinstein am 30.6. nahm aber auch der Vorsitzende des weiterbestehenden „Committee for International Relations“, Miles Lerman, teil, das nach Auffassung des Council den unterbrochenen Gesprächskontakt mit der deutschen Gruppe wiederaufnehmen und fortführen könnte.

3) Für die nächste Runde der jetzt begonnenen Gespräche der Botschaft mit dem Council ist ein Termin noch nicht festgelegt. Sie soll erfolgen, sobald eine der beiden Seiten dafür Interesse sieht. Für die Botschaft wäre es im Blick darauf hilfreich zu erfahren, welche Aussichten für ein zu gegebener Zeit vorzunehmendes Geschenk deutscher Fachliteratur an den Council besteht, ein geeigneter Zeitpunkt könnte u.U. die Konferenz über die Ausgestaltung der Wannsee-Villa in Berlin als Holocaust-Gedenkstätte im November d.J.¹¹ sein, die als Anlaß eine Erklärung für die Wahl des Termins für dieses Geschenk entbehrlich machen könnte und die Aussichten auf ein angemessenes Presseecho hier zugleich verstärken könnte.¹²

¹⁰ Vortragender Legationsrat I. Klasse Holthoff legte am 6. Juli 1987 zur Struktur des U.S. Holocaust Memorial Museum dar: „Vorsitzender des aus fünf Senatoren, fünf Mitgliedern des Repräsentantenhauses sowie 55 weiteren amerikanischen Persönlichkeiten zusammengesetzten Council war bis zu seinem Ausscheiden im Dezember 1986 Nobelpreisträger Elie Wiesel. Er trat wegen Meinungsverschiedenheiten über die sich ändernde Museumskonzeption zurück.“ Mit den personellen Änderungen seien auch strukturelle verbunden: „Die Neuregelung der Zuständigkeit für die Museumsplanung scheint bereits in inhaltlicher Hinsicht Konsequenzen zu haben: Durch die ‚Entstaatlichung‘ sind die Aussichten Dritter – nichtjüdischer Kreise, auch unsere –, auf die Ausgestaltung Einfluß zu nehmen, gesunken.“ Vgl. Referat 204, Bd. 135395.

¹¹ Zu der Expertentagung mit Teilnehmern aus der Bundesrepublik, Israel, Polen, Österreich und den USA hieß es in der Presse: „Der Friedensnobelpreisträger Elie Wiesel wird sich am 9. und 10. November mit 33 Kronzeugen des Holocaust in Berlin zu einer Konferenz treffen. Beraten wird über die Villa, in der die berühmte ‚Wannsee-Konferenz‘ zur ‚Endlösung der Jugendfrage‘ stattfand. Sie soll in eine ständige Gedenkstätte und Bildungseinrichtung umgewandelt werden. Die Anregung zu dieser Einrichtung hatte der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen gegeben.“ Vgl. den Artikel ‚Berliner Villa soll Gedenkstätte werden‘; DIE WELT vom 12. Oktober 1987, S. 12. Vgl. dazu ferner den Artikel ‚Wannsee-Villa wird Begegnungsstätte‘; DIE WELT vom 10. November 1987, S. 10.

¹² Legationsrat I. Klasse Quelle unterrichtete die Botschaft in Washington am 2. September 1987, nach der Sommerpause habe Referat 204 wegen der vorgeschlagenen Bücherspende das Institut für Zeitgeschichte, München, kontaktiert: „Ziel des Gesprächs war es, einen ungefähren Überblick über die zum Thema ‚Nationalsozialismus und Judenvernichtung‘ vorliegende deutsche Literatur zu gewinnen, da eine Bibliographie wesentliche Voraussetzung für die Zusammenstellung der Buchspende ist.“ Das IfZ empfehle: „Die Botschaft könnte sowohl das Deutsche Historische Institut als auch das American Institute for Contemporary German Studies um Hilfe bitten. In der Library of Congress besteht

Ferner sollte u.U. geprüft werden, ob wir dem Council – je nach Fortgang der Gespräche – evtl. auch die Unterstützung und Mitarbeit eines deutschen Historikers, Museumsfachmanns oder Archivars anbieten könnten. Ein derartiges Angebot wäre jetzt mit Sicherheit noch verfrüht, könnte zu gegebener Zeit aber u.U. ein interessanter Ansatzpunkt für eine weitere Intensivierung unseres fachlichen Kontaktes mit dem Council über den jetzt begonnenen Dialog hinaus werden, um einen optimalen Beitrag unsererseits – im Rahmen des für den Council Annehmbaren – zur Wiedergabe eines angemessenen und fairen Deutschlandbildes auch im Rahmen dieser schwierigen Thematik zu ermöglichen.¹³

[gez.] van Well

Referat 204, Bd. 135395

221

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem iranischen Außenminister Velayati

311-321.11 IRN

23. Juli 1987¹

Gespräch BM mit iranischem AM beim Arbeitsessen am 23.7.87, 13 Uhr²

Teilnehmer: AM Velayati, Abgeordneter Sobhani Nia, stellvertretender Vorsitzender politischer Parlamentsausschuß, Cyrus Nasseri, RL internationale Organisationen im AM, Botschafter Salari, BM, D 3³, RL 010⁴, RL 311⁵.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1109

Zugriffsmöglichkeit auf die vom Institut für Zeitgeschichte herausgegebene Bibliographie zur Zeitgeschichte, die ca. 30 Seiten zum Thema enthalten soll.“ Vgl. Referat 204, Bd. 135395.

Am 9. November 1987 vermerkte Quelle, die Botschaft in Washington empfehle: „Eine Buchhandlung erhält den Auftrag, eine umfassende Bibliographie lieferbarer deutscher Titel zum Thema ‚Judenvernichtung, Nationalsozialismus und deutscher Widerstand‘ zu erarbeiten und einen Kostenvoranschlag für deren Beschaffung vorzulegen. Das Institut für Zeitgeschichte wird um eine Aufstellung aller lieferbaren Eigenpublikationen zum Thema gebeten.“ Vgl. Referat 204, Bd. 135395.

- ¹³ Botschafter van Well, Washington, informierte am 8. September 1987: „Dr. David Weinstein hat die Botschaft über ein heute mit MdB Peter Petersen geführtes Telefongespräch unterrichtet, bei dem vereinbart wurde, daß Petersen in Begleitung eines deutschen Historikers in den ersten Dezembertagen in Washington mit den Mitgliedern des ‚Contents Committee‘ des U.S. Holocaust Memorial Council zusammentreffen wird.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2782; Referat 204, Bd. 135395.

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Strenziok am 24. Juli 1987 gefertigt und am selben Tag an das Ministerbüro geleitet „m[it] d[er] B[itte], Billigung des BM einzuholen“.

Hat Ministerialdirigent Jansen am 29. Juli 1987 vorgelegen.

² Der iranische Außenminister Velayati hielt sich am 23./24. Juli 1987 in der Bundesrepublik auf. Dem Gespräch beim Arbeitsessen ging ein Delegationsgespräch voraus, in dessen Zentrum bilaterale Fragen, insbesondere der Kulturpolitik sowie des Rechts- und Konsularbereichs, sowie Fragen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, auch im Rahmen der Europäischen Gemeinschaften, standen. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Fiedler vom 23. Juli 1987; Referat 010, Bd. 178903.

³ Reinhard Schlagintweit.

⁴ Michael Jansen.

⁵ Gert Strenziok.

BM lenkte das Gespräch sofort auf die SR-Resolution⁶ und wies darauf hin, daß wir nach besten Kräften versucht hätten, sie möglichst ausgewogen zu gestalten. Die Konfliktparteien sollten jetzt Zurückhaltung und Mäßigung üben und die Kampfhandlungen einstellen, um die Rahmenbedingungen für eine politische Lösung zu schaffen. Jetzt sei die Zeit für den VN-GS⁷ gekommen, der bereits früher verdienstvoll tätig gewesen sei.

AM erklärte, Iran könne sich mit der Resolution nicht einverstanden erklären (we do not agree), weil sie Mängel habe.⁸ Die iranische Position sei unverändert: Eine für Iran akzeptable Resolution müsse eindeutig feststellen, daß Irak der Aggressor sei, und eine Verurteilung aussprechen. Außerdem sei die Resolution ohne Iran über seinen Kopf hinweg beschlossen worden. Außer der Bundesrepublik Deutschland und Japan, gelegentlich auch SU, habe niemand Iran während der SR-Beratungen konsultiert. Obwohl Hauptbeteiligter, habe Iran auch vom jeweiligen SR-Präsidenten und vom VN-GS nie etwas Direktes oder Offizielles gehört. Der VN-GS sei in Teheran jederzeit willkommen, wenn er in dieser Eigenschaft allgemein mit der iranischen Regierung sprechen wolle, nicht jedoch, wenn er speziell wegen der SR-Resolution komme oder sie sogar implementieren wolle.

Einwand von D3: Wenn man die Resolution richtig interpretiere, finde man darin alle von Iran geforderten Punkte: Frage des Kriegsbeginns, Einsatz von C-Waffen, Luftangriffe auf zivile Ziele und Einsetzung eines unparteiischen Gremiums zur Untersuchung der Kriegsschuldfrage. Bevor dieses Gremium nicht den Schuldigen festgestellt hat, könne man schlecht eine Verurteilung aussprechen.

AM dankte für unsere Kooperation und unsere Bemühungen um eine ausgewogenere Formulierung der Resolution. Er gab zu, daß die Resolution besser sei als frühere SR-Resolutionen und auch einige positive Elemente enthalte. Aber sie seien zu unverbindlich und hätten gegenüber Irak nur empfehlenden, keinen mandatorischen Charakter. Nicht einmal der Einsatz von C-Waffen sei eindeutig verboten worden.

⁶ Vortragender Legationsrat I. Klasse Vollers vermerkte am 22. Juli 1987: „Der VN-SR verabschiedete am 20. Juli einstimmig die Resolution 598, in der Irak und Iran zum sofortigen Waffenstillstand und Truppenrückzug auf die nationalen Grenzen aufgerufen werden. [...] In einer seit Jahrzehnten nicht mehr gekannten Weise hatten sich die fünf Ständigen Mitglieder des SR unter amerikanischer Führung in monatelangen, geheimen Gesprächen auf einen Resolutionsentwurf geeinigt, der den nicht-ständigen Mitgliedern erst Ende Juni zur Kenntnis gebracht wurde. Bereits in den ersten Konsultationen des SR wies die deutsche Delegation auf Einseitigkeiten des Textes hin. In der Folge machten wir eine Reihe von Änderungsvorschlägen, die von IT und JAP unterstützt und als erste unter den Fünf von F akzeptiert wurden. [...] Nach intensiven Verhandlungen wurden unsere Änderungen angenommen, die Unausgewogenheiten zu Lasten des Iran ausgleichen sollten (u. a. Kriegsschuldfrage, Verwendung chemischer Waffen).“ Vgl. Referat 311, Bd. 139984. In Punkt 6 der Resolution hieß es: „The Security Council [...] requests the Secretary-General to explore, in consultation with Iran and Iraq, the question of entrusting an impartial body with inquiring into responsibility for the conflict and to report to the Council as soon as possible“. Vgl. RESOLUTIONS AND DECISIONS 1987, S. 6.

⁷ Javier Pérez de Cuéllar.

⁸ Botschafter Freitag, Teheran, informierte am 23. Juli 1987, Staatspräsident Khamenei habe am 21. Juli 1987 „seine ablehnende Haltung gegen eine unter US-Druck verabschiedete Resolution“ des VN-Sicherheitsrats bekräftigt. Auch Ministerpräsident Mussawi habe in einem Zeitungsinterview am 22. Juli 1987 betont, „Iran sei nicht bereit, die ‚unfaire Resolution 598‘ zu akzeptieren“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1311; Referat 311, Bd. 139984.

BM stellte fest, wichtig sei jetzt vor allem, daß ein Gespräch mit dem VN-GS zustande komme, das in Teheran oder auch an einem dritten Ort stattfinden könne.⁹ *AM* erwiderte, er würde einen Besuch des VN-GS in Teheran vorziehen.

Auf Frage *BM*s nach möglicher kommender Entwicklung im Golf bemerkte *AM*, die ganze Affäre des amerikanischen Geleitschutzes für kuwaitische Tanker¹⁰ entbehre nicht der Komik und werde zu erheblicher Verteuerung des so transportierten Erdöls führen. Iran habe hinreichend klargestellt, daß es nur eine einzige Lösung für die Golfproblematik gäbe, nämlich ein generelles Verbot von Angriffen gegen Handelsschiffe. Iran werde sich an solch ein Verbot halten. Zur Zeit sei nur die Position Kuwaits schwierig, das insofern in den Krieg involviert sei, als es irakisches Erdöl vermarkte, Waffen- und Materialnachschieb für Irak durch sein Hoheitsgebiet gestatte und den Irakern den eigenen Luftraum zur Verfügung stelle. Iran habe Kuwait vor die Wahl gestellt: entweder den Irak das Überfliegen kuwaitischen Luftraums zu verbieten, dann werde Iran auch keine kuwaitischen Schiffe mehr angreifen, oder aber beiden Seiten das Überfliegen des kuwaitischen Luftraums zu gestatten. Kuwait habe darauf nicht reagiert und mache geltend, es stehe unter irakischem Druck, was sicherlich richtig sei. Andererseits aber wolle sich Kuwait auch nicht von Iran gegen Irak helfen lassen. Das sei für Iran aber der einzige Problemfall unter den Golfstaaten. Zu den anderen arabischen Golfstaaten unterhalte man normale bis gute Beziehungen.

BM appellierte an Iran, in der jetzigen Situation im Golf äußerste Zurückhaltung zu üben. Er fuhr fort, wir würden es nicht gern sehen, daß Iran die SR-Resolution in Bausch und Bogen ablehnt, und machte den Vorschlag, gemeinsam zu versuchen, einen Weg zu finden, der es dem VN-GS ermögliche, seine Bemühungen um eine Beilegung des Konflikts fortzusetzen. Damit würde Iran auch der ganzen Welt Kooperationsbereitschaft und guten Willen zur Beendigung dieses grausamen Krieges demonstrieren. Man kam überein, die Frage von den zuständigen Delegationsmitgliedern weiter diskutieren zu lassen.

Auf Frage *BM*s nach der internen Lage in Irak erklärte *AM*, nach seinen Informationen sei die Position Saddams heute unsicherer als je zuvor. Auch habe das irakische Regime nicht mehr die Kontrolle über das ganze Land, so z. B. im kurdischen Norden. Die Frage einer möglichen Alternative zu Saddam Hussein wurde nicht weiter vertieft.

Auf Frage *BM*s nach den Beziehungen Irans zur SU erwiderte *AM*, die iranisch-sowjetischen Beziehungen hätten sich gebessert. Nach dem Besuch von Woronow¹¹ erwarte man in nächster Zeit auch den Besuch *AM* Schewardnadzes in Teheran. Außerdem sei eine Erdölleitung von Iran zu einem sowjetischen Schwarz-

⁹ Zum Vorschlag des VN-Generalsekretärs Pérez de Cuéllar für ein Treffen mit dem iranischen Außenminister Velayati in Genf vgl. Dok. 217, Anm. 31.

Botschafter Graf York von Wartenburg, New York (VN), berichtete am 24. Juli 1987, das VN-Generalsekretariat habe am selben Tag bereits ein Treffen Pérez de Cuéllars mit Velayati in Genf angekündigt, „obwohl iranische Mission noch kein grünes Licht erhalten hatte und allenfalls dann Chancen sah, wenn das Treffen geräuschlos arrangiert werde“. Inzwischen stehe fest, daß es kein solches Treffen in Genf geben werde. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1522; Referat 311, Bd. 139984.

¹⁰ Zur Umflaggung kuwaitischer Schiffe und zum Geleitschutz der USA für diese Schiffe im Persischen Golf vgl. Dok. 153, Anm. 8.

¹¹ Der sowjetische Erste Stellvertretende Außenminister Woronow besuchte den Iran vom 12. bis 15. Juni 1987.

meerhafen in der Planung, da die Golfroute unsicher sei. Zur SR-Resolution hätte die SU zu verstehen gegeben, daß sie ebenfalls nicht glücklich darüber sei, weil sie den USA eine Chance zur Intervention im Golf bieten könne. Daher hätte die SU der Resolution zwar zugestimmt, sich gleichzeitig aber sehr energisch gegen eine Intervention im Golf ausgesprochen. Die Vercharterung von Tankern an Kuwait habe man in Moskau als Fehler anerkannt, da sie von den USA als Vorwand genommen wurde, ihrerseits ihre Präsenz im Golf noch weiter zu verstärken. Die SU habe Iran zugesagt, Kuwait nicht mehr als diese drei Tanker zur Verfügung zu stellen.

BM fragte nach der künftigen Entwicklung in Afghanistan. *AM* führte dazu aus, die SU habe gar keine andere Wahl, als Afghanistan zu räumen. Die Mujahedin hätten ihre militärischen Aktivitäten erheblich verstärkt und das Angebot der Regierung, Führer der Mujahedin ins Kabinett aufzunehmen, zeige deutlich, in welch schwieriger Situation sie sich befinde.¹²

BM erklärte, wir seien für ein unabhängiges neutrales Afghanistan. Zur Zeit sähe er allerdings noch nicht so recht, wie die Sowjets sich aus Afghanistan lösen könnten, ohne eine permanente Bürgerkriegssituation zu hinterlassen. Frage, ob Ex-König Zahir Schah eventuell als Integrationsfigur für eine Übergangszeit fungieren könne. *AM* dazu, er halte das für keine tragbare Lösung. Man dürfe nicht vergessen, daß es Zahir Schah war, der seinerzeit sowjetischen Einfluß in seinem Lande dadurch Tür und Tor geöffnet hätte, daß er Hunderte junger Afghanen zum Studium in die SU geschickt hat, die dann als kommunistische Revolutionäre zurückkamen. Wenn dieser Mann jetzt mit den derzeit herrschenden Kommunisten zusammenarbeite, werde der sowjetische Einfluß fortbestehen. Unter den Führern der Mujahedin seien sicher einige, wie z. B. Hekmatyar, die besser geeignet seien. Das afghanische Volk habe schließlich in der Vergangenheit bewiesen, daß es unabhängig und konfliktfrei leben könne.

D3 bemerkte dazu, daß es nur um eine Übergangslösung gehe. Die Sowjets müßten in Kabul einen Partner haben, bevor sie das Land verlassen würden. Die Mujahedin-Führer seien für sie nicht akzeptabel, vielleicht aber der Ex-König, der auch in weiten Schichten der Bevölkerung noch populär sei.

AM bemerkte dazu, die Sowjets wären auch an die iranische Regierung mehrfach in diesem Sinne herantreten und hätten um iranische Mithilfe bei der Lösung dieses Problems gebeten.

Auf Bitten *BMs* gab *AM* in einer Gesprächspause einige Stichworte für eine Presseerklärung. Er bat, darin festzuhalten, daß es sich um einen Gegenbesuch aufgrund einer bevorstehenden Einladung handele und daß in den Gesprächen neben bilateralen Fragen vor allem wichtige internationale Fragen wie der ira-

¹² Botschaftsrat I. Klasse Massmann, Kabul, berichtete am 15. Juli 1987: „Am letzten Tag des am 15. Januar 1987 einseitig proklamierten sechsmonatigen Waffenstillstandes hielt afghanischer Parteichef über einstündige F[ern]s[eh]-Ansprache, in der er zur ‚nationalen Versöhnung‘ unter Beteiligung aller politischen Kräfte und Rückkehr der Flüchtlinge aufrief und Verlängerung des Waffenstillstandes um weitere sechs Monate verkündete. [...] Nadschibullah betonte erneut Bereitschaft afghanischer Führung zur Teilung der Macht. Politik nationaler Versöhnung richte sich an Adresse früheren Königs, dreier gemäßigter Widerstandsparteien, politische Persönlichkeiten früherer Regierungen, Kommandanten bewaffneter Oppositionsgruppen im Lande, Stammesälteste, linke demokratische Organisationen, Geistlichkeit und Privatwirtschaft.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 196; Referat 340, Bd. 144634.

kisch-iranische Konflikt und die SR-Resolution behandelt worden seien. Zur französischen Iran-Krise¹³ solle nur gesagt werden, auch die jüngsten Entwicklungen in den iranisch-französischen Beziehungen seien zur Sprache gekommen.¹⁴ Zur Geiselfrage¹⁵: Iran habe mit der Geiselnahme nichts zu tun, unterhalte aber bekanntlich gute Beziehungen zu schiitischen Kreisen in Libanon. Iran sei daher bereit, aus humanitären Gründen in der Geiselfrage zu helfen, soweit es dazu Möglichkeiten habe. Iran sei grundsätzlich gegen Geiselnahmen.

Referat 010, Bd. 178903

¹³ Referat 311 resümierte am 31. August 1987, die französisch-iranischen Beziehungen seien durch französische Waffenlieferungen an den Irak, aber auch durch eine Attentatswelle islamischer Fundamentalisten in Paris im zweiten Halbjahr 1986 belastet gewesen: „Nachdem sich der wegen möglicher Verstrickung in terroristische Aktivitäten gesuchte Wahid Gordji, ‚zweiter Mann‘ der iranischen Botschaft in Paris, ein Dolmetscher ohne diplomatischen Status, der Vernehmung durch die französische Staatsanwaltschaft entzog, kam es zu dem sich gegenseitig eskalierenden ‚Botschaftskrieg‘ in Paris und Teheran (Bewachung der Botschaftsgebäude, Kontrolle der Besucher und Botschaftsangehörigen, Androhung eines Prozesses wegen Spionage, u.a. gegen einen französischen Diplomaten in Teheran, Ausreisesperre für französische Diplomaten).“ Einem Ultimatum des Iran sei Frankreich „am 17.7.1987 mit dem seinerseits verkündeten Abbruch der Beziehungen“ zuvorgekommen. Vgl. Referat 311, Bd. 139999.

¹⁴ In einem Schreiben an den französischen Außenminister Raimond teilte Bundesminister Genscher am 24. Juli 1987 mit, es sei ihm im Gespräch mit dem iranischen Außenminister Velayati ein Anliegen gewesen, „einen ausführlichen Gedankenaustausch über das französisch-iranische Problem zu führen“. Er habe seinen Kollegen darauf hingewiesen, „daß Frankreich nicht nur unser engster Verbündeter, sondern auch unser engster Freund sei. Uns könnte nichts unbeteiligt lassen, was gegenüber Franzosen geschehe.“ Er, Genscher, habe gebeten, die Regeln des Völkerrechts sorgfältig zu beachten. Vgl. das mit Drahterlaß Nr. 5673 des Ministerialdirigenten Fiedler an die Botschaft in Paris übermittelte Schreiben; Referat 311, Bd. 139999.

¹⁵ Zum Entführungsfall Cordes und Schmidt im Libanon vgl. Dok. 195.

222

Botschafter Hellbeck, Peking, an das Auswärtige Amt**Fernschreiben Nr. 1811****Citissime****Aufgabe: 23. Juli 1987, 17.04 Uhr¹****Ankunft: 24. Juli 1987, 02.21 Uhr**Betr.: Besuch des Bundeskanzlers in Tibet (16.–19.7.)²

1) China-Reise des BKs wurde in der Autonomen Region Tibet abgeschlossen, wenn man von Kurzaufenthalt in Kunming vor Abflug nach Nepal am 19.7.³ absieht.

BK stellte Besuch unter das Motto: Würdigung der Hochkultur Tibets und Hilfe bei Modernisierung. Er begründete das mit außerordentlichem Interesse der Deutschen an tibetischer Kultur und Religion, ein Interesse, das er seit seiner Studentenzeit geteilt habe.

Entsprechend galt Programm des BKs der Besichtigung der wesentlichen Tempel in Lhasa (Jokhang, Drepung und Norbulingka) und dem neuen thermischen Kraftwerk Yongbajain außerhalb von Lhasa. Im Drepung-Kloster führte er ein Gespräch mit dem Abt und war beeindruckt von der Vitalität des fortdauernden religiösen Lebens. Diesen Eindruck vermittelte er dann auch unmittelbar dem Vorsitzenden der Volksregierung der Autonomen Region, Dorje Cering, bei dem offiziellen Gespräch am Abend des 17.7. Der Bundeskanzler sagte, daß Kultur und Religion der Tibeter Grund für Stolz und Selbstbewußtsein seien und Achtung und Pflege durch die Regierenden verdienten. In diesem Bewußtsein solle Tibet an die Modernisierung herangehen. Die während der Kulturrevolution erfolgten Zerstörungen könne er nicht begreifen. Deng Xiaoping habe ihm sinngemäß gesagt, diese Fehler seien begangen worden, weil man die Bedeutung der Geschichte nicht erkannt habe.⁴

Dorje Cering hörte dem Bundeskanzler sehr aufmerksam zu, aber er griff das Stichwort Kultur und Religion weder bei diesem Gespräch noch bei seiner nachfolgenden Ansprache beim Begrüßungsbankett auf. Lebhaft reagierte er auf die Frage nach der Schulbildung der tibetischen Kinder (46 Prozent besuchen Schulen), die er für verbesserungsbedürftig hält. Bessere Ausbildung sei eine

¹ Hat Ministerialdirigent Keil am 24. Juli 1987 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Scheel vorgelegen.

² Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl vom 12. bis 19. Juli 1987 in der Volksrepublik China vgl. auch Dok. 209 und Dok. 213. Zur Frage eines Tibet-Besuchs vgl. Dok. 208.

In der Presse wurde berichtet, in Tibet gehöre der Delegation des Bundeskanzlers weder Staatssekretär Ruhfus noch Botschafter Hellbeck an: „Im Auswärtigen Amt wurde jedoch betont, es gebe keinen Zusammenhang zwischen der Ansicht Genschers über den Abstecher nach Tibet und der Abwesenheit der beiden Diplomaten. Ruhfus sei inzwischen nach Bonn zurückgekehrt, weil der andere Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Sudhoff, in Urlaub geht. Botschafter Hellbeck sei auf medizinischen Rat in Peking geblieben, da er die Höhenluft in Tibet nicht vertrage. An Hellbecks Stelle reise der deutsche Gesandte in Peking mit dem Bundeskanzler.“ Vgl. den Artikel „Kohl heute in Tibet. Genschers Bedenken blieben unbeachtet“; HANNOVERSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG vom 16. Juli 1987, in: Referat 341, Bd. 142562.

³ Bundeskanzler Kohl besuchte Nepal am 19./20. Juli 1987.

⁴ Zum Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Mitglied des Politbüros des ZK der KPCh, Deng Xiaoping, am 14. Juli 1987 in Peking vgl. Dok. 213, Anm. 8.

notwendige Voraussetzung der Modernisierung Tibets. Dorje Cering schilderte die wirtschaftliche Lage und Entwicklungsmöglichkeiten Tibets und erbat allgemein deutsche Unterstützung. Der Bundeskanzler würdigte die seit 1980 erbrachten ins Auge springenden Leistungen der Regierung, erwähnte als besonderes Entwicklungspotential den Tourismus und sagte Unterstützung bei wohldurchdachten Entwicklungsprojekten zu. Bei seiner Bankettrede⁵ wandte er sich an seine chinesische Ehrenbegleitung aus Peking mit dem Wunsch, ein oder zwei Stipendien des deutschen Stipendienangebots⁶ mögen auch einmal an Tibeter vergeben werden.

Über die entwicklungspolitischen Projekte, die bei Tibet-Besuch im Vordergrund standen, ist mit Drahtbericht Nr. 1792 vom 21.7. bereits berichtet worden.⁷ Der Bundeskanzler lobte an den jetzt näher ins Auge gefaßten Projekten ihren auf die gegebenen Verhältnisse und die tibetische Bevölkerung angepaßten Zuschnitt. Es sind keine Projekte, die zur Einwanderung von Chinesen Anlaß geben müssen. Die eineinhalbstündige Fahrt zu dem thermischen Kraftwerk gab Gelegenheit, die Kargheit (und Großartigkeit) der Landschaft auf sich wirken zu lassen und ein entwicklungspolitisch interessantes Projekt zu besichtigen. Dieser Programmpunkt demonstrierte einmal mehr den entwicklungspolitischen Aspekt des Besuchs. Der Besuch der Lhasa-Oper am letzten Abend überraschte wegen des hohen Niveaus und der Eigenständigkeit des Dargebotenen. Auch hier waren der Bundeskanzler und seine Delegation wie bei allen anderen Gelegenheiten sorgfältig von der tibetischen Bevölkerung abgeschirmt.

2) Der Besuch des BK hat unser entwicklungspolitisches Engagement für Tibet mit großer Wirkung nach außen deutlich hervorgehoben. Weitere hochrangige Besucher (Innenausschuß im August⁸) werden folgen und dazu ein anschwellender Strom deutscher Touristen. Erhebliche Erwartungen sind bei den Regierungen in Peking und Lhasa geweckt worden. Diesen sollten wir unbedingt, aber mit Bedachtsamkeit nachgehen. Wir sollten dabei das Wohl der tibetischen Bevölke-

⁵ Für die Ansprache des Bundeskanzlers Kohl vgl. Referat 341, Bd. 142562.

⁶ Ministerialdirigent Neukirchen informierte am 20. Juli 1987: „Bundeskanzler Kohl hat während seines kürzlichen Besuchs in VR China gegenüber chinesischem Ministerpräsidenten die seit 1984 eingetretene Verdoppelung der zur Ausbildung in Deutschland befindlichen chinesischen Wissenschaftler, Studenten und Praktikanten von 1000 auf 2000 begrüßt; es sei sein Wunsch, daß diese Zahl möglichst bald auf 3000 gesteigert werde. Alle als Stipendienggeber in Betracht kommenden Ressorts und Mittlerorganisationen werden gebeten, dazu beizutragen, daß die Vorgabe des Bundeskanzlers im Haushaltsjahr 1990 erreicht und daß die bisherige Zahl von Stipendien schon im Haushaltsjahr 1988 deutlich überschritten wird. Auch die Bundesländer sowie die Spitzenorganisationen der Wirtschaft werden um Prüfung gebeten, inwieweit sie einen Beitrag dazu leisten können.“ Vgl. den Drahterlaß; Referat 341, Bd. 142597.

⁷ Botschafter Hellbeck, Peking, berichtete, die Entwicklungszusammenarbeit habe in den Gesprächen des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Klein in Tibet dominiert: „In Äußerungen gegenüber deutscher Presse betonten BK und BM Bereitschaft zur Hilfe an ärmste Regionen Chinas, Zusammengehen mit anderen Gebern und Absicht, mit Projekten konkret etwas für breite Zielgruppe von Bauern, Hirten und Tierzüchtern zu tun. Erweiterung bisheriger Bereitschaft zu Engagement deutscherseits wurde auf Bereiche Tierzuchtmaterial und Weideverbesserung ausgedehnt.“ Von seiten der Bundesrepublik sei ferner „geologische Erkundung seltener Mineralien und N[icht]E[isen]-Metalle mit Hilfe der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) angeboten und tibetischerseits akzeptiert“ worden, wobei man sich „angesichts evidenter Transportkostenprobleme [...] auf wirtschaftlich sinnvolle Rohstoffe mit hohem Mineralgehalt und guter Verkaufsfähigkeit auf dem Exportmarkt“ konzentrieren wolle: „Voreiligen Pressekritikern zum Trotz erwies sich Besuch von der Sache her im EZ-Bereich als lohnend und richtungsweisend.“ Vgl. Referat 341, Bd. 142561.

⁸ Acht dem Innenausschuß des Bundestags angehörige Abgeordnete besuchten vom 8. bis 22. August 1987 die Volksrepublik China. Vgl. dazu das Fernschreiben Nr. 113 des Bundestags vom 29. Juli 1987; Referat 011, Bd. 138369.

rung im Auge behalten, auch wenn wir wenig darüber wissen, was die Menschen dort selbst wollen. Tibet steht vor einem Umbruch. Es kann und will wahrscheinlich auch nicht im Mittelalter verharren. Auch die unabhängigen Königreiche von Bhutan und Nepal öffnen sich. Die junge Generation in den Städten Tibets wird ein anderes Lebensgefühl gewinnen. Mit der Verbreiterung und Erweiterung der Schulbildung wird sicherlich eine gewisse Sinisierung einhergehen. Eine neue Denkweise wird einziehen, und Religion und Tradition werden sich anpassen müssen. Das traditionelle Tibet wird sich dabei schwertun, weil seine geistigen Grundlagen von den Erfordernissen unserer Zeit weit entfernt sind. Wie behutsam die chinesischen Oberherren diesen Prozeß steuern und begleiten können, werden die nächsten Jahre zeigen. Unser Engagement kann diesen Prozeß positiv beeinflussen.

3) Über das Echo der chinesischen Medien vgl. FS-Nr. 1780 und 1788 vom 20.7. 1987.

[gez.] Hellbeck

Referat 341, Bd. 142561

223

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Hartmann, Bundeskanzleramt

Geheim

28. Juli 1987¹

Betr.: Deutsch-französisches Gespräch über sicherheitspolitische Zusammenarbeit am Freitag, den 24. Juli 1987²

Teilnehmer auf französischer Seite: Herr Attali, Herr Védrine, General Forray; auf deutscher Seite: MD Teltschik, MD von Richthofen, Flottillenadmiral Brost, MDg³ Hartmann.

MD Teltschik begrüßt die französischen Gäste und erinnert an die gemeinsamen Initiativen zur Einheitlichen Europäischen Akte⁴ und zur Verstärkung der

¹ Die Aufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Hartmann, Bundeskanzleramt, am 6. August 1987 an Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen übermittelt.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Dreher am 7. August 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Richthofen, Ministerialdirigent von Ploetz, Legationsrat I. Klasse von Morr und Vortragenden Legationsrat Bertram verfügte.

Hat Morr am 11. August 1987 vorgelegen.

Hat Richthofen am 24. August 1987 vorgelegen.

Hat laut handschriftlichem Vermerk Ploetz als Kopie vorgelegen.

Hat Bertram vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 12087 (201); B 150, Aktenkopien 1987.

² Zum Gespräch vgl. ferner den Drahterlaß Nr. 3 des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen vom 24. Juli 1987 an die Delegation des Bundesministers, z.Z. Bayreuth/Bischofsgrün; VS-Bd. 12087 (201); B 150, Aktenkopien 1987.

³ Korrigiert aus: „VLR I“.

⁴ Für den Wortlaut der Einheitlichen Europäischen Akte und der Schlußakte vom 17. bzw. 28. Februar 1986 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil II, S. 1104–1115. Vgl. dazu ferner AAPD 1986, II, Dok. 189 und Dok. 278.

technologischen Zusammenarbeit in Europa sowie an die deutsch-französische Vereinbarung vom 28. Februar 1986⁵. D und F bildeten eine unauflösbare Sicherheitsgemeinschaft, ihre Territorien einen einheitlichen Sicherheitsraum. Wir seien bereit, die sicherheitspolitische Zusammenarbeit zu verstärken und damit gleichzeitig den Kern für eine erweiterte Sicherheits- und Verteidigungsgemeinschaft im europäischen Rahmen, insbesondere in der Perspektive der WEU, zu schaffen. Grundlage seien die entsprechenden Bestimmungen des Elysée-Vertrages⁶.

Wir hätten nicht die Absicht, heute über militärische Details zu sprechen, dies sei Sache der Experten. Beispielsweise bei dem Vorschlag der Aufstellung einer deutsch-französischen „Brigade“⁷ gehe es zunächst einmal darum, zu klären, ob man diese Idee weiter verfolgen wolle oder nicht.

Zum Verfahren schlägt MD Teltschik vor, daß man zunächst einmal die beiderseitigen Überlegungen austausche. Sodann würde jede Seite den Bundeskanzler bzw. den französischen Staatspräsidenten unterrichten. Nach einem weiteren Gespräch könne man dann die Überlegungen so weit konkretisieren, daß sie der Bundeskanzler und Staatspräsident Mitterrand bei ihrem nächsten Treffen billigen könnten.

Herr Attali erklärt sich mit diesem Verfahren einverstanden. Aus seiner Sicht gehe es zunächst einmal darum, in zwei Fragen eine politische Linie zu erarbeiten:

- a) Aufstellung der gemeinsamen Brigade,
- b) Weiterentwicklung der Konzeption unter der Vereinbarung vom 28. Februar 1986.

In der Tat sei es wichtig, daß der Bundeskanzler und Staatspräsident Mitterrand bei ihrer nächsten Zusammenkunft⁸ sich zur sicherheitspolitischen Zusammenarbeit äußerten. Die Öffentlichkeit erwarte Fortschritte in diesem Bereich.

Es sei richtig, daß die Mitarbeit der Experten erforderlich sei. Gleichzeitig müsse aber klar sein, daß dieses Gremium die einzige Koordinierungsstelle bleibe.

MD Teltschik stimmt dem ausdrücklich zu.

Herr Attali fährt fort, hinsichtlich der Brigade bedürfe es bald einer politischen Entscheidung. Um diese treffen zu können, solle man die verschiedenen möglichen Hypothesen erarbeiten. Ferner müsse man auch sehen, wie all dies mit den Grundsätzen der Vereinbarung vom Februar 1986 in Einklang zu bringen sei.

MD von Richthofen erklärt, die deutsch-französische Zusammenarbeit müsse auch in die geplante WEU-Charta⁹ eingebettet werden; ferner müßten unsere

⁵ Für den Wortlaut der „Erklärung über ein Abkommen zwischen dem Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland und dem Präsidenten der Französischen Republik“ zum Abschluß der deutsch-französischen Konsultationen am 27./28. Februar 1986 in Paris vgl. BULLETIN 1986, S. 180. Zu den Konsultationen vgl. ferner AAPD 1986, I, Dok. 61.

⁶ Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710. Vgl. dazu auch AAPD 1963, I, Dok. 44.

⁷ Zum Vorschlag des Bundeskanzlers Kohl für eine deutsch-französische Brigade vgl. Dok. 211.

⁸ Bundeskanzler Kohl und Staatspräsident Mitterrand trafen sich am 24. September 1987 in Ingolstadt am Rande der deutsch-französischen Heeresübung „Kecker Spatz“, die vom 17. bis 24. September 1987 in den Ländern Bayern und Baden-Württemberg stattfand. Zur Übung vgl. Dok. 276.

⁹ Zu den Vorschlägen des Ministerpräsidenten Chirac vom 2. Dezember 1986 vgl. Dok. 23, Anm. 10.

Zugehörigkeit zum Bündnis berücksichtigt und die Grundlage des Harmel-Berichts¹⁰ beachtet werden, den man fortschreiben müsse. Auch sei es wichtig, die Zusammenarbeit zu institutionalisieren.

MD Teltschik erklärt, die Frage, ob man die Brigade als Territorialverband, Lehrverband oder Kampfverband konzipieren wolle und wo dieser Verband aufgestellt werden soll, sei weniger unsere Aufgabe als die der Experten. Allerdings handele es sich bei den genannten Optionen auch um politische und nicht nur technische Fragen. Wir sollten daher eine Liste der möglichen Hypothesen aufstellen und diese dann gemäß ihrer jeweiligen politisch-strategischen Bedeutung bewerten.

Aus unserer Sicht stellten sich hinsichtlich der Verstärkung der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit im wesentlichen folgende Fragen:

- 1) Wie kann man die Zusammenarbeit institutionalisieren?
- 2) Welche Modelle für ein integriertes deutsch-französisches Truppenteil gibt es?
- 3) Wenn die Territorien beider Länder einen gemeinsamen Sicherheitsraum bilden, welche Folgerungen hat das für Operationen und Logistik?
- 4) Die Problematik der Konsultationen über nukleare Fragen.
- 5) Die Perspektive einer erweiterten europäischen Zusammenarbeit.

Admiral Brost weist darauf hin, daß der deutsche und französische Verteidigungsminister¹¹ beiden Generalstabschefs¹² den Auftrag gegeben hätten, die verschiedenen Optionen einer gemeinsamen Brigade für eine entsprechende politische Entscheidung aufzubereiten.

MD Teltschik erläutert sodann auf Bitten von Herrn Attali die deutschen Vorstellungen zu den o. a. Punkten im einzelnen:

Um die sicherheitspolitische Zusammenarbeit zu institutionalisieren, soll ein deutsch-französischer Verteidigungsrat eingerichtet werden, der folgende Aufgaben habe:

- Entwicklung einer gemeinsamen Streitkräftekonzeption mit dem Ziel, das für die Sicherheit Europas notwendige ausgewogene Potential nuklearer und konventioneller Streitkräfte zusammen mit den übrigen Bündnispartnern zu gewährleisten; damit sei also auch klar, daß eine Denuklearisierung Europas nicht in Frage käme und daß die deutsch-französische Zusammenarbeit kein Ersatz für das Bündnis sei. Vielmehr müsse die gemeinsame Streitkräftekonzeption beide Gegebenheiten in Übereinstimmung bringen.
- Die Weiterentwicklung und Abstimmung eines gemeinsamen Ansatzes im Bereich von Rüstungskontrolle und Abrüstung.
- Steuerung und kontinuierliche Vertiefung der sicherheits- und verteidigungspolitischen Zusammenarbeit auf allen Gebieten.

¹⁰ Für den Wortlaut des „Berichts des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz“ (Harmel-Bericht), der dem Communiqué über die NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel beigelegt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1949–1974, S. 198–202. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 75–77. Vgl. dazu auch AAPD 1967, III, Dok. 435, und AAPD 1968, I, Dok. 14.

¹¹ Manfred Wörner (Bundesrepublik) und André Giraud (Frankreich).

¹² Dieter Wellershoff (Generalinspekteur der Bundeswehr) und Jean Saulnier (Generalstabschef).

- Wahrnehmung aller Aufgaben, die ihm in bezug auf deutsch-französische integrierte Truppenteile zugewiesen würden.

Technisch würde der Verteidigungsrat auf verschiedenen Ebenen arbeiten, und zwar auf der Ebene Ständiger Vertreter (Politische Direktoren/Generalstabschefs), der Außen- und Verteidigungsminister sowie auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs. Wichtig sei ferner die Einrichtung eines permanenten Stabes, dessen Struktur dem derzeitigen deutsch-französischen Ausschuß für Sicherheit und Verteidigung mit den Arbeitsgruppen für politisch-strategische Fragen, militärische Zusammenarbeit und Rüstungskoooperation entspreche.

Dem Begriff Verteidigungsrat käme eine hohe politische Bedeutung zu. Wenn man sich auf die Einrichtung eines solchen Rates einige, so dürfe dies erst durch den Staatspräsidenten und den Bundeskanzler der Öffentlichkeit bekanntgegeben werden.

Herr Attali erklärt, dies sei eine sowohl psychologisch als auch politisch sehr interessante und „reiche“ Idee. Selbstverständlich brauche man hierzu die Zustimmung des Präsidenten. Auch er bitte dringend darum, diese Gedanken so vertraulich wie möglich zu behandeln. Er wolle aber fragen, ob daran gedacht sei, die jetzigen Vierertreffen künftig zu institutionalisieren.

MD Teltschik erwidert, dies treffe zu, aber der von ihm gemachte Vorschlag gehe viel weiter.

Wir seien der Meinung, daß man einen politisch-institutionellen Überbau benötige, wenn man die Zusammenarbeit wirklich vertiefen wolle. Aus unserer Sicht sei auch die Aufstellung eines gemeinsamen Truppenteils nur dann sinnvoll, wenn es auch eine politische Institution für die Zusammenarbeit gebe. Selbstverständlich könne man über Details weiter sprechen.

Herr Attali erklärt, es stelle sich allerdings auch die Frage, wie ein solcher Verteidigungsrat mit der NATO-Integration und der französischen Autonomie¹³ in Einklang zu bringen sei.

MD Teltschik erwidert, auch hierüber müsse man sprechen.

Auf die Problematik eines integrierten deutsch-französischen Truppenteils eingehend, erläutert MD Teltschik, der Bundeskanzler habe hierzu bereits das Stichwort geliefert. Nach unserer Auffassung sei die Aufstellung eines integrierten Truppenteils ein Modell, mit dem man beginnen sollte und das man weiterführen könne, wenn es sich bewähre. Gleichzeitig müsse man die Gliederung, Ausrüstung, Stationierung, Einsatzplanung, Kommandostrukturen und Unterstellungsverhältnisse gemeinsam entwickeln. Den entsprechenden Beschlußvorschlag könne der deutsch-französische Ausschuß für Sicherheit und Verteidigung bis zum 50. deutsch-französischen Gipfel im November 1987¹⁴ erarbeiten. Auf die Größenordnung brauche man sich jetzt noch nicht festzulegen. Der integrierte Truppenteil könne entweder eine Brigade oder auch ein Regiment sein.

Auf den dritten Vorschlag eingehend, erläutert MD Teltschik, daß die Territorien von Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland einen gemeinsamen

¹³ Frankreich schied am 1. Juli 1966 aus dem integrierten militärischen Kommando der NATO aus. Vgl. dazu AAPD 1966, I, Dok. 48.

¹⁴ Zu den deutsch-französischen Konsultationen am 12./13. November 1987 in Karlsruhe vgl. Dok. 315, Dok. 316 und Dok. 318.

Sicherheitsraum bildeten, der für die Zwecke der Gesamtverteidigung in gleicher Weise genutzt werden müßte, insbesondere für Operationen und Logistik der Streitkräfte. Konkret bedeute das, daß die Fähigkeit unserer Streitkräfte zur unmittelbaren Zusammenarbeit weiter verstärkt werden müsse, d.h. die vermehrte Durchführung gemeinsamer Truppenübungen, die alle drei Teilstreitkräfte umfassen. Zu diesem Zweck sollten auch die Fragen der Logistik überprüft werden und wo nötig, erweitert und ergänzt werden. Auch hierüber könne ein erster Bericht zum 50. Gipfel vorgelegt werden.

Der vierte Schwerpunkt betreffe die Konsultationen über nukleare Fragen entsprechend den Zielen der vereinbarten Zusammenarbeit. Wir seien uns bewußt, daß dies zum sensibelsten Bereich gehöre und daß dem Übereinstimmung in politischen Grundsatzfragen der militärischen Strategie und verteidigungspolitischen Zusammenarbeit vorausgehen müsse. Wir seien uns daher einig, daß diese Frage nicht am Anfang der Zusammenarbeit stehen könne und solle. Andererseits sei er aber der Auffassung, daß eine sicherheits- und verteidigungspolitische Zusammenarbeit am Ende auch Konsultationen über nukleare Fragen einbeziehen müsse. Dies schließe die Verständigung über allgemeine politische Einsatzrichtlinien sowie über Konsultationen im Einzelfalle ein. Im Augenblick seien beide Seiten dabei, die Konsultationsmechanismen im Zusammenhang mit den prästrategischen Systemen zu konkretisieren, wobei diese Systeme für Deutschland besondere politische Bedeutung hätten. Es handele sich natürlich um politische Fragen, die nur auf höchster Ebene besprochen werden könnten. Um jedes Mißverständnis auszuschließen, wolle er klar und deutlich sagen, daß die Entscheidung über den Einsatz französischer nuklearer Waffen die souveräne Angelegenheit des französischen Präsidenten bleibe. Auf einen einfachen Nenner gebracht: Es gehe uns nicht darum, den Finger an den Drücker zu bekommen.

Der letzte Punkt betreffe die Frage, wie die bilaterale deutsch-französische Zusammenarbeit auf die Perspektive einer erweiterten europäischen Verteidigungszusammenarbeit angelegt werden könne. Dabei sei für uns das wichtigste Element die verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten der WEU. Gleichzeitig hätten wir natürlich ein Interesse daran, daß damit die europäische Säule des NATO-Bündnisses gestärkt werde. Ziel müsse es sein, zu einer gerechteren Lasten- und Risikoverteilung innerhalb des Bündnisses zu kommen.

Er wolle abschließend sagen, daß der Bundeskanzler hinter dieser Konzeption stehe, wenn der französische Präsident ebenfalls hierzu bereit sei.

Herr Attali erklärt, er wolle zunächst eine Reihe von Fragen stellen. Von der politischen Vision des französischen Präsidenten her sei klar, daß eine Verstärkung der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit für ihn von zentraler Bedeutung sei. Angesichts der derzeitigen Diskussion sei es für den Präsidenten vorrangig, daß sowohl die Unabhängigkeit Deutschlands gewahrt als auch die Unabhängigkeit Frankreichs respektiert werde. Insbesondere dürfe daher die französische Autonomie bei der Einsatzentscheidung (nuklearer Waffen) nicht angetastet werden. Ferner dürfe es nicht dahin kommen, daß Frankreich in Richtung auf ein integriertes Kommando gedrängt werde.

Auf den Verteidigungsrat eingehend, stellt Herr Attali die Frage, ob dessen Aufgaben der Öffentlichkeit bekanntgegeben werden sollten. Ferner wolle er gerne

wissen, ob die Entwicklung einer gemeinsamen Streitkräftekonzeption alle Streitkräfte umfasse und ob die Abstimmung in Abrüstungsfragen auch die Bereiche umfasse, in die beide Seiten nicht unmittelbar einbezogen seien. Was die Steuerung der sicherheits- und verteidigungspolitischen Zusammenarbeit betreffe, so würde ihn interessieren, ob dies auch eine Zusammenarbeit außerhalb des Bündnisgebietes¹⁵ bedeute.

MD Teltschik erwidert, die Frage nach den Aufgaben des Verteidigungsrates werde sicherlich in der Öffentlichkeit gestellt, und er gehe daher davon aus, daß wir die generellen Aufgaben auch offiziell nennen sollten. Selbstverständlich sei die Ausführung der Aufgaben im einzelnen vertraulich.

Admiral Brost fügt hinzu, die Aufgaben des Verteidigungsrates müßten auch mit Rücksicht auf unsere Bündnispartner bekanntgegeben werden.

MD von Richthofen stimmt dem ausdrücklich zu.

MD Teltschik wiederholt, natürlich werde man diese Aufgaben in der Öffentlichkeit nur sehr allgemein definieren.

Was die Abstimmung in Fragen von Abrüstung und Rüstungskontrolle angehe, so liege dies in der Logik der internationalen Diskussion. Selbstverständlich sei die Frage, ob und wieweit die spezifische französische Problematik einbezogen werden soll oder nicht, eine Entscheidung der französischen Regierung. Auch für Deutschland stelle sich die Frage, wieweit wir unser militärisches Potential in Abrüstungsverhandlungen einbringen sollen, und die Antwort hierauf sei für uns abhängig von den entsprechenden französischen Entscheidungen. Gleichzeitig sei es für Frankreich wichtig zu wissen, welche Überlegungen in diesen Fragen in Deutschland angestellt würden.

Was die Streitkräftekonzeption angehe, so könnten wir uns in der Tat vorstellen, daß alle drei Teilkkräfte einbezogen werden sollten.

Die „Out-of-area“-Problematik sei ein schwieriges Thema.¹⁶ Wir gingen davon aus, daß die Zusammenarbeit sich zunächst auf das gemeinsame deutsch-französische Territorium beschränken und in die Verteidigung Westeuropas insgesamt eingebettet werden solle. Ob und wann eine Zusammenarbeit darüber hinaus möglich werde, sei eine höchst heikle politische Frage, die auf unserer Ebene nicht beantwortet werden könne.

General Forray greift das Thema der deutsch-französischen Brigade auf und erklärt, er sei sich bewußt, daß man hier nicht über technische Details sprechen könne. Aber es stelle sich doch die Frage, welche Konzeption man verfolge. Ein Regiment wäre wohl nicht ausreichend, andererseits wäre eine Division zu groß. Die Frage sei, ob diese Brigade operative Aufgaben haben oder nur hinter der Front eingesetzt werden, oder ob man sich nur für eine Ausbildungseinheit entscheiden solle.

Admiral Brost erwidert, Staatssekretär Rühl habe hier schon einige Überlegungen angestellt. Diese habe man inzwischen in seinem Hause präzisiert. Das mit dem Generalinspekteur abgestimmte Grobkonzept sehe nunmehr zwei Modelle vor:

¹⁵ Zur Festlegung des Bündnisgebiets vgl. Artikel 6 des NATO-Vertrags vom 4. April 1949; BUNDES-GESETZBLATT 1955, Teil II, S. 290.

¹⁶ Zur Frage des Einsatzes der Bundeswehr außerhalb des NATO-Vertragsgebiets vgl. Dok. 159.

a) Einen teilaktiven Schutzverband in der Rheinzone mit einer gemeinsamen territorialen Führung.

b) Aufstellung eines aktiven Truppenteils im Bereich der Territorialverteidigung. Hier denke man an die Heimatschutzbrigade 54¹⁷ im Raum Trier, die im wesentlichen Panzergrenadierbataillone und ein Panzerbataillon umfasse, die in diesem Raum mit Verbänden der Ersten französischen Panzerdivision zusammengeführt werden könne. Dies ergebe einen sinnvollen militärischen Auftrag, nämlich den Schutz der rückwärtigen Gebiete und die Sicherung von 38 Rheinübergängen. Dieses Konzept habe den Vorteil, daß man relativ schnell zu Lösungen kommen und dem 50. Gipfel bereits einen Zwischenbericht vorlegen könne.

MD Teltschik erklärt, wichtig sei, daß man ein Modell schaffe, das später weitergeführt werden könne, wenn man entsprechende Erfahrungen gesammelt habe.

Herr Attali erklärt, man werde diese Vorschläge weiter prüfen.

General Forray erklärt, er nehme die Ausführungen von Admiral Brost zur Kenntnis.

Herr Védérine weist darauf hin, daß es in den vor uns liegenden Jahren zu einer Entwicklung kommen könne, die das Bündnis zwingt, sich an amerikanische Forderungen anzupassen, die sich aus den Haushaltsproblemen der USA ergäben. Diese Entwicklung könne aber durchaus unseren eigenen Vorhaben entgegenkommen.

MD Teltschik erklärt, auch er sähe diese Problematik. In der Tat sei ein wesentliches Motiv für eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen D und F die allgemeine internationale Entwicklung. Unserer Meinung nach stünden wir hier erst am Anfang einer amerikanischen Diskussion um die Frage, in welchem Maße die USA ihre Präsenz aufrechterhalten werden und die Europäer ihrerseits verstärkt Lasten übernehmen müßten. Dies alles mache es zwingend notwendig, daß F und D, aber auch die Westeuropäer insgesamt, verstärkt über ihre eigenen Sicherheitsinteressen nachdenken und diese besser organisieren. Dies bedeute auch, daß die deutsch-französische Zusammenarbeit nicht das ausschließliche Endziel sei, sondern den Nukleus für eine verstärkte westeuropäische Zusammenarbeit bilden müsse.

In diesem Zusammenhang sei interessant, daß die öffentliche Diskussion über die Aufstellung einer deutsch-französischen Brigade auch andere europäische Partner zu ähnlichen Anfragen animiert habe. So gebe es mehr oder weniger förmliche Fragen von italienischer, belgischer, niederländischer und luxemburgischer Seite bis hin zu der Idee der Aufstellung eines WEU-Verbandes.¹⁸ Er wolle allerdings deutlich sagen, daß für uns die Aufstellung eines deutsch-französischen Verbandes Priorität habe. Das bedeute aber nicht, daß wir die Perspektive bspw. eines WEU-Verbandes ausschließen würden.

MD von Richthofen fügt hinzu, der Regierungssprecher habe am 15. Juli erklärt, daß bei all diesen Überlegungen auch die Fortschritte im Bereich von Rüstungs-

¹⁷ Korrigiert aus: „53“.

¹⁸ Zur Frage einer Beteiligung weiterer Staaten an der deutsch-französischen Brigade vgl. Dok. 211, Anm. 8.

kontrolle und Abrüstung sowie im West-Ost-Verhältnis zu berücksichtigen seien.¹⁹ Die Überlegungen in den Vereinigten Staaten seien zum Glück noch nicht so weit gediehen, daß man schon unter der nächsten Administration mit einem verstärkten Druck in Richtung auf einen Abzug von Truppen rechnen müsse. Aber dies sei sicher längerfristig ein Problem.

Herr Védrine greift die Problematik der Konsultationen nuklearer Fragen auf und stellt die Frage, ob diese sich nur auf prästrategische Waffen bezögen oder darüber hinausgingen.

MD Teltschik erwidert, unsere Vorstellungen gingen über die prästrategischen Systeme hinaus.

Herr Attali erklärt (bei dem darauffolgenden Mittagessen), wenn wir den Verteidigungsrat ins Leben rufen wollten, müsse vor allem geprüft werden

- die nukleare Problematik,
- die Out-of-area-Problematik,
- die Problematik der NATO-Integration.

Wenn wir uns nur auf eine gemeinsame Territorialeinheit sowie auf allgemeine Abstimmungsverfahren in Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle verständigen würden, so sei dies nicht sehr viel. Dann werde man in der Öffentlichkeit die Frage stellen, wo denn der Unterschied zwischen den existierenden deutsch-französischen Foren der verteidigungspolitischen Zusammenarbeit und dem neuen Verteidigungsrat bestehe.

MD Teltschik erwidert, die Einrichtung eines Verteidigungsrates sei eben der klare Beweis dafür, daß wir enger zusammenarbeiten wollten. Außerdem wolle er wiederholen, daß die Aufstellung einer gemeinsamen Brigade nur ein erster Schritt sei.

MD von Richthofen weist darauf hin, daß der Verteidigungsrat in Zukunft auch gemeinsame Papiere erarbeiten könne. Die entsprechenden Arbeitseinheiten könnten ferner in einem gemeinsamen Gebäude untergebracht werden.

Admiral Brost ergänzt, es sei derzeit häufig schwierig, kontinuierlich zu arbeiten. Daher sei eine Institution sehr nützlich. Bei der eigentlichen operativen Zusammenarbeit gebe es schon eine Reihe Foren. Hierfür brauche man keine neue Organisation.

Herr Védrine fragt, was man denn bspw. noch im Bereich der Logistik tun wolle.

Admiral Brost erwidert, hier gebe es Gremien, in denen man die Arbeit fortsetzen solle. Die Zusammenarbeit im Bereich der Logistik sei außerordentlich wichtig im Hinblick auf die operative Zusammenarbeit. Dies alles könne in den Verteidigungsrat eingebaut werden.

¹⁹ Am 15. Juli 1987 gab der stellvertretende Regierungssprecher Schmülling eine Mitteilung bekannt, auf die sich das Bundeskanzleramt, das Auswärtige Amt und das Bundesministerium der Verteidigung angesichts der Äußerungen von Bundesminister Wörner am Vortag vor der Konrad-Adenauer-Stiftung hinsichtlich einer Modernisierung der in der Bundesrepublik stationierten nuklearen Kurzstreckensysteme geeinigt hatten. In der Presse hieß es: „Offenkundig auf Genschers Verlangen enthielt die Mitteilung der Bundesregierung jetzt den Hinweis, bei allen Überlegungen seien die ‚Perspektiven der Abrüstungsverhandlungen und des Ost-West-Verhältnisses zu berücksichtigen‘.“ Vgl. den Artikel „Äußerungen Wörners führen zu Zwist in der Koalition“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 16. Juli 1987, S. 1.

MD Teltschik greift eine Frage von Herrn Attali nach einer möglichen gemeinsamen Force d'Action Rapide auf und erklärt, es sei natürlich wichtig zu klären, welche Aufgaben eine solche Einheit haben könne. Es sei eine Sache, wenn eine solche Einheit in Europa tätig werde, jedoch eine andere, wenn diese bspw. im Tschad eingesetzt werde. Seine persönliche Meinung sei, daß man sich langfristig auch vorstellen könne, daß eine solche Force d'Action Rapide Verantwortung außerhalb Europas wahrnehme. Die Initiative hierzu müsse aber von Frankreich ausgehen. Dies setze im übrigen auch voraus, daß die außenpolitische Zusammenarbeit verstärkt werde.

General Forray erklärt, die Frage von Herrn Attali sei nicht, ob man eine gemeinsame Force d'Action Rapide außerhalb Europas einsetzen wolle, sondern ob man eine deutsch-französische Einheit schaffen könne, die in der Art der Force d'Action Rapide schnell zum Einsatz kommen könne.

Herr Attali weist abschließend darauf hin, daß dies nicht der wichtigste Punkt auf der Liste sei.

Herr Attali erklärt, unterstützt von General Forray, daß wir bei der Frage einer gemeinsamen Brigade in jedem Fall die verschiedenen Optionen nicht von vorneherein beschränken dürften.

MD Teltschik stimmt dem ausdrücklich zu.

General Forray warnt davor, daß es eine Kluft geben könne zwischen einem ambitionierten Verteidigungsrat und einem relativ bescheidenen gemeinsamen Territorialverband.

Herr Attali fragt, ob die Problematik nuklearer Konsultationen auch eine Aufgabe des Verteidigungsrates sein würde.

MD Teltschik bejaht dies, fügt allerdings hinzu, daß diese selbstverständlich auf der Ebene Bundeskanzler–Staatspräsident stattfinden würden.

Auf die Bemerkung von General Forray eingehend, erklärt MD Teltschik, man könne den Verteidigungsrat und die militärischen Fragen nicht trennen. Er wiederholt, der Bundeskanzler sei bereit, so weit zu gehen, wie dies Staatspräsident Mitterrand vorschlage.

Herr Attali erklärt unter Bezug auf eine entsprechende Bemerkung von Admiral Brost, die Initiative in der ganzen Sache müsse beim Bundeskanzler und dem Staatspräsidenten bleiben, es sollten daher auch keine Ministergespräche über diese Fragen vorher geführt werden, und vor allem dürfen die diesbezüglichen Überlegungen nicht in die Öffentlichkeit gelangen.

Admiral Brost stellt die Frage, wann und wie die Verbündeten, insbesondere die Amerikaner, über unsere Überlegungen unterrichtet werden sollten.

MD Teltschik erwidert, dies könne erfolgen, wenn die entsprechenden Entscheidungen getroffen seien.

Herr Attali wirft ein, es wäre gut, die Verbündeten schon vorher zu informieren.

MD Teltschik erklärt, er sei damit einverstanden, wenn die Unterrichtung kurz vorher erfolge.

Herr Attali stellt die Frage, wieweit Fragen der Technologie einbezogen werden sollten.

MD Teltschik erwidert, auch der Bereich Rüstungskooperation sei eine wichtige Aufgabe des Verteidigungsrates.

Herr Védrine unterstreicht noch einmal die Notwendigkeit, die USA rechtzeitig zu informieren. Hierbei solle man sich nicht auf die Administration beschränken, sondern zum geeigneten Zeitpunkt auch wichtige Vertreter im Kongreß einbeziehen. Die deutsch-französische Initiative dürfe nicht zum Vorwand für amerikanische Truppenreduzierungen werden.

MD Teltschik stimmt dem ausdrücklich zu. Es sei wichtig, daß die USA nicht den Eindruck gewännen, wir wollten das Bündnis schwächen.

Beide Seiten kamen abschließend überein, das Gespräch am Donnerstag, dem 27. August²⁰ 1987, in Paris fortzusetzen.

Hartmann²¹

VS-Bd. 12087 (201)

224

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem irakischen Außenminister Aziz in Paris

29. Juli 1987¹

1) BM traf sich am 29. Juli 1987 mit irakischem AM Tariq Aziz in Paris², wo dieser auf Rückreise von New York³ vor Rückkehr nach Bagdad für einen Tag Gespräche führte. Treffen fand von 8.00h bis 9.30h in irakischer Residenz statt.

Teilnehmer auf irakischer Seite: die Botschafter in Paris⁴ und Bonn⁵ und bei den VN⁶ sowie zwei politische Berater.

Auf deutscher Seite: D3 Schlagintweit, RL 013 Chrobog, RL 010 Jansen.

Gespräch wurde durch AA-Dolmetscher Guati übersetzt.

²⁰ Korrigiert aus: „Juli“.

Zu den nächsten deutsch-französischen sicherheitspolitischen Konsultationen vgl. Dok. 239.

²¹ Paraphe.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Jansen am 31. Juli 1987 gefertigt.

² Bundesminister Genscher reiste eigens für das Gespräch mit dem irakischen Außenminister Aziz nach Paris. Vgl. Anm. 32.

³ Der irakische Außenminister Aziz hielt sich vom 23. bis 28. Juli 1987 in den USA auf. Botschafter Graf York von Wartenburg, New York (VN), teilte dazu am 24. Juli 1987 mit, im Gespräch mit VN-Generalsekretär Pérez de Cuéllar am Vortag in New York habe Aziz „die erwartete konditionierte Annahme der Res[olution] 598 durch den Irak mitgeteilt (Irak werde deren Verpflichtungen erfüllen, wenn auch Iran sämtliche Verpflichtungen einhalte)“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1522; Referat 311, Bd. 139984.

⁴ Mohammed Sadiq al-Maschat.

⁵ Abdulrazzak Kassim al-Hashimi.

⁶ Ismat Taha Kittani.

AM *Tariq Aziz* begrüßte BM in freundlicher Form am Eingang zur Residenz. Das Gespräch fand in guter und entspannter Atmosphäre statt.

2) BM begrüßte Möglichkeit des Zusammentreffens nach Verabschiedung der Sicherheitsratsresolution⁷ 598⁸, nach dem Besuch des iranischen AM Velayati in Bonn⁹ und wegen der Turbulenzen, die es in jüngster Zeit im deutsch-irakischen Verhältnis gegeben habe. Jeder dieser Gründe für sich rechtfertigte deshalb das verabredete Treffen, insbesondere aber, wenn man alle drei Gründe zusammennehme. Er wolle in gewohnter Offenheit und im Geiste der freundschaftlichen Beziehungen hierüber mit seinem Kollegen sprechen.

AM dankte, daß er BM in Paris begrüßen könne und daß er offen über die genannten Punkte sprechen wolle. Er seinerseits wolle mit bilateralen Beziehungen beginnen.

Zunächst wolle er noch einmal betonen, daß der Irak an guten Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland interessiert sei. Dies habe auch der irakische Parlamentspräsident, der vor kurzem Bonn besucht habe, zum Ausdruck gebracht.¹⁰ Da BM ein Freund des Irak sei, wolle er offen sprechen. In Bagdad habe man das Gefühl, daß man in Bonn nicht das gleiche Interesse am Irak habe wie Bagdad an guten deutsch-irakischen Beziehungen. Der Dialog werde meist in Bonn geführt und weniger in Bagdad, obwohl die Beziehungen umfangreich seien. Mit Botschafter Fiedler habe er hierüber oft gesprochen und zum Ausdruck gebracht, daß irakischerseits das Gefühl bestehe, daß die Beziehungen nicht ausgeglichen seien.¹¹ Er überlasse es BM, diesen Sachverhalt zu beurteilen.

Vor Verabschiedung der Sicherheitsratsresolution habe es seitens des Irak Kontakt zu allen Mitgliedern des Sicherheitsrats¹² gegeben. Die Arabische Liga sei von Bagdad eingeschaltet worden. Ein Vertreter des Außenministeriums sei nach Bonn geschickt worden.¹³ Er müsse offen sagen, daß er beunruhigt gewesen sei

⁷ Durchgängig korrigiert aus: „Sicherheitsresolution“.

⁸ Zur Resolution Nr. 598 des VN-Sicherheitsrats vom 20. Juli 1987 vgl. Dok. 221, Anm. 6.

⁹ Der iranische Außenminister Velayati hielt sich am 23./24. Juli 1987 in der Bundesrepublik auf. Für das Gespräch mit Bundesminister Genscher am 23. Juli 1987 vgl. Dok. 221.

¹⁰ Auf Einladung von Bundestagspräsident Jenninger besuchte der irakische Parlamentspräsident Hammadi vom 2. bis 4. Juni 1987 die Bundesrepublik. Im Gespräch mit Bundesminister Genscher am 4. Juni 1987 bedauerte Hammadi, „daß es im deutschen Gesetz Lücken gebe, durch die immer wieder Waffen, Ersatzteile und Dual-use-Güter nach Iran gelangten. Auch sei das wirtschaftliche Interesse der Bundesrepublik an Iran offensichtlich größer als das an Irak.“ Genscher erwiderte: „In letzter Zeit hätten wir den Eindruck, daß man in Bagdad keinen großen Wert mehr auf die Beziehungen zu uns lege.“ In diesem Zusammenhang verwies Genscher auf ungelöste Haftfälle, in denen der Irak Entgegenkommen vermissen lasse: „An unserer Einschätzung der Bedeutung Iraks und an unseren freundschaftlichen Gefühlen für Irak habe sich nichts geändert. Wir wünschten die bilateralen Beziehungen wieder auf den alten hohen Stand zu bringen. Darum müßten sich beide Seiten bemühen.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 010, Bd. 178903.

¹¹ Botschafter Fiedler, Bagdad, berichtete am 11. Mai 1987, beim Abschiedsbesuch am Vortag habe der irakische Außenminister Aziz zum Stand der bilateralen Beziehungen erklärt, die politischen Kontakte seien hinter die „unter den gegebenen Bedingungen“ guten Wirtschaftsbeziehungen zurückgefallen: „Seit seinem Besuch in Bonn 1984 stehe noch immer der BM-Gegenbesuch aus. BM habe Teheran und eine ganze Anzahl anderer Hauptstädte der Region besucht, nur Bagdad nicht. Wenn er offen sprechen dürfe, so habe er das Gefühl, daß wir Vorwände suchten, um einem Besuch aus dem Wege zu gehen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 443; Referat 311, Bd. 139973.

¹² Dem VN-Sicherheitsrat gehörte 1987/88 u. a. die Bundesrepublik als nicht-ständiges Mitglied an.

¹³ Eine Delegation der Arabischen Liga, der u. a. der stellvertretende irakische Außenminister al-Zahawie angehörte, führte am 15. Juli 1987 in Bonn ein Gespräch mit Staatssekretär Sudhoff. In einer gemein-

über die Ergebnisse der dort geführten Gespräche. Er wisse um die neutrale Haltung der Bundesregierung, er respektiere sie. Er hoffe natürlich, daß D in einer so wichtigen Frage an der irakischen Seite stehe, aber er respektiere die eingenommene Haltung. Dennoch sei er beunruhigt gewesen, festzustellen, daß anscheinend das Interesse von D eher auf iranischer Seite als auf der gerechten Seite des Irak gestanden habe. Der Irak wollte entsprechend dem Völkerrecht eine totale Feuereinstellung. Er bitte zu verstehen, daß der Irak dies verlangen mußte. Auch die UNO habe in vergleichbaren Fällen nie etwas anderes verlangt. Überall dort, wo Vermittler tätig gewesen seien, habe es die Forderung nach der totalen Feuereinstellung gegeben.

Dies entspreche auch der Übung im Völkerrecht. Auch der Rückzug auf international anerkannte Grenzen entspreche der UNO-Charta¹⁴. Der Irak verlange darüber hinaus einen sofortigen Austausch der Kriegsgefangenen. Dies entspreche der Genfer Konvention von 1949¹⁵. Man verlange nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Nun zum letzten Punkt:

Was die Verantwortlichkeit für den Krieg angehe, so sehe die Sicherheitsratsresolution 598 vor, dies herauszufinden. Der Irak habe immer die Haltung vertreten, daß er sich in dieser komplizierten Frage an das Völkerrecht halten wolle und auch bereit sei, vor den Internationalen Gerichtshof zu gehen. Diese Haltung sei nicht neu, sie sei bei den Blockfreien-Konferenzen vertreten worden; er selbst habe dies 1983 beim Gipfel von Neu Delhi¹⁶ zum Ausdruck gebracht – und auch in der Arabischen Liga nehme der Irak keine andere Haltung ein. Der Irak verlange also nichts Unbilliges. Das Völkerrecht solle entscheiden. Auch dies sei in Bonn vorgetragen worden.

Er wisse, daß BM gesagt habe, daß auch die iranischen Anliegen berücksichtigt werden müßten, damit die Resolution ausgeglichen sei. Hiergegen erhebe er keine Einwände. Nur müsse man wissen, was der Iran verlange. BM wisse, was dies

Fortsetzung Fußnote von Seite 1127

samen Aufzeichnung der Referate 230, 310 und 311 vom selben Tag hieß es, Zweck des Besuchs „sollte sein, noch vor Verabschiedung der SR-Resolution die nicht-ständigen SR-MS zu bewegen, sich gegenüber den ständigen SR-MS für eine ‚Resolution‘ mit Zähnen, d. h. der Androhung von Sanktionen gegen Iran, einzusetzen. Dieser ursprüngliche Besuchszweck ist durch den Fortgang der Arbeiten im SR inzwischen überholt.“ Vgl. Unterabteilung 31, Bd. 141123.

Ministerialdirigent Fiedler unterrichtete am 16. Juli 1987 die Delegation des Bundesministers Genscher, z. Z. Sofia, der irakische Botschafter al-Hashimi habe „auf Weisung seines AM und mit Bezug auf das Treffen StS Sudhoffs mit der Delegation der Arabischen Liga“ gegenüber ihm, Fiedler, ausgeführt, der Irak betrachte die Änderungsvorschläge der Bundesrepublik für die geplante Resolution des VN-Sicherheitsrats „als Ausdruck deutscher ‚Parteilichkeit gegen Irak und als Dienstleistung für Iran‘.“ Solche Modifikationen „seien einer Konfliktlösung nicht dienlich und würden Iran lediglich einen weiteren Anlaß für Ausflüchte bei der Befolgung der Resolution bieten“. Vgl. den Drahterlaß Nr. 5663; Referat 311, Bd. 139984.

¹⁴ Für den Wortlaut der VN-Charta vom 26. Juni 1945 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 432–503.

¹⁵ Für den Wortlaut der Genfer Abkommen vom 12. August 1949 zur Verbesserung des Loses der Verwundeten und Kranken der Streitkräfte im Felde, zur Verbesserung des Loses der Verwundeten, Kranken und Schiffbrüchigen der Streitkräfte zur See, über die Behandlung der Kriegsgefangenen sowie zum Schutze von Zivilpersonen in Kriegszeiten vgl. UNTS, Bd. 75, S. 31–417. Für den deutschen Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1954, Teil II, S. 783–986.

¹⁶ Vom 7. bis 12. März 1983 fand in Neu Delhi die Konferenz der Staats- und Regierungschefs der Bewegung blockfreier Staaten statt.
Am 28./29. April 1983 fand in Neu Delhi die Konferenz der Außenminister der Bewegung blockfreier Staaten statt.

sei, da Teheran das Regime im Irak stürzen wolle. Dies sei eine primitive und unlogische Forderung. Der Irak sei keine Provinz des Iran. Der Iran verlange Reparationen. Er habe nichts dagegen. Der Irak sei bereit, zunächst vor Gericht zu gehen; dann werde man wissen, wer zahlen müsse. Die anderen Forderungen des Iran beruhten weder auf dem Völkerrecht noch auf den Prinzipien der Vernunft. Die von Bonn unterstützte Forderung auf Trennung von Feuereinstellung und Rückzug aus den besetzten Gebieten sei seines Erachtens nicht vernünftig. Wenn man vorgesehen hätte, Feuereinstellung am Montag und Rückzug der Truppen aus den besetzten Territorien am Donnerstag durchzuführen, dann hätte dies Sinn gemacht. Wenn die Feuereinstellung 1987 erfolge und der Rückzug aber offen bliebe, sei dies keine vernünftige Lösung. Ein solches Vorgehen richte sich gegen die Souveränität des Irak. Ein Freund wie D könne solche Vorschläge nicht machen. Er verberge nicht seine Verwunderung über diese Art Vorschläge. Auch die Arabische Liga habe mit einer Delegation, an der ein Staatssekretär aus dem irakischen Außenministerium teilgenommen habe, dies in Bonn mitgeteilt. Die deutsche Seite habe dennoch auf ihrem Vorschlag der Trennung, die ein iranisches Petition sei, bestanden. Er habe deshalb den Generalsekretär der Arabischen Liga¹⁷ gebeten, D die vernünftige Position des Irak zu erläutern. Die deutsche Delegation bei den VN habe dennoch weiter auf dem Vorschlag bestanden. Der Irak habe hierin eine Bedrohung seiner Souveränität gesehen. Er verstehe nicht, daß man sich so verhalte. Irak und D seien Freunde und nicht Gegner. Der Irak jedenfalls würde nichts verlangen, was gegen die deutsche Souveränität gerichtet sei. Nach der Abstimmung über die Resolution 598 habe er der Rede von BM zugehört. Er verstehe nicht, warum BM seine Auffassung hierzu öffentlich in dieser Weise abgeben mußte.¹⁸

Bei seinem kürzlichen Besuch in New York habe er von dem Interview des BM im WDR erfahren.¹⁹ D sei Mitglied des Sicherheitsrates. In der Resolution 598 gebe es eine klare Äußerung in Ziffer 6 zur Verantwortlichkeit für den Krieg. Erklärung von BM sei eine Kriegserklärung an den Irak.

¹⁷ Chedli Klibi.

¹⁸ In der Sitzung des VN-Sicherheitsrats am 20. Juli 1987 in New York erklärte Bundesminister Genscher: „Wir sehen im vorliegenden Resolutionsentwurf wichtige neue Ansätze, die geeignet sind, eine friedliche Lösung des Konflikts auf dem Verhandlungswege vorzubereiten. Dies gilt insbesondere für die Frage der Klärung der Kriegsschuld, für die Kriegsschäden und für die regionale Sicherheit. [...] Wir begrüßen es, daß es möglich war, den ursprünglichen Entwurf durch Annahme von einigen Anregungen aus der Mitte des Sicherheitsrats zu ergänzen und ihn dadurch zu verbessern. Waffenstillstand, Einstellung aller militärischen Aktionen und Truppenrückzug können nicht gleichzeitig geschehen, sie werden zeitlich aufeinanderfolgen. Wichtig und unaufschiebbar erscheint mir, daß sofort nach Annahme dieser Resolution die Waffen auf beiden Seiten schweigen und ohne jede Einwendung zunächst einmal dem Blutvergießen tatsächlich Einhalt geboten wird.“ Vgl. BULLETIN 1987, S. 642.

¹⁹ In einem Interview mit dem Rundfunksender „WDR 2“ erklärte Bundesminister Genscher am 24. Juli 1987 zum irakisch-iranischen Krieg: „Es handelt sich um einen schrecklichen Krieg, der vom Irak begonnen worden ist und in dem vom Irak auch Giftgas eingesetzt worden ist. Es ist deshalb selbstverständlich, daß wir alles tun, um diese beiden alten Kulturvölker von diesem schrecklichen Krieg zu befreien. Wir haben als Mitglied des Weltsicherheitsrats dafür Sorge getragen, daß die Resolution etwas ausgewogener wurde, und wir unternehmen jetzt alle Bemühungen, um zunächst als ersten Schritt Zurückhaltung auf beiden Seiten zu erreichen, und zwar sowohl bei den Kampfhandlungen wie auch bei der Beachtung der Freiheit der Schifffahrt im Persischen Golf.“ Vgl. die Pressemitteilung Nr. 1129 vom 24. Juli 1987; Referat 013, Bd. 179066. Vgl. auch EUROPA-ARCHIV 1988, D 562 f.

„Was haben wir Ihnen getan?“

Er wisse, daß es ein Problem im bilateralen Verhältnis gebe, das halb irakisch, halb deutsch sei.²⁰ Er wisse, daß BM an einer Lösung dieses Problems interessiert sei. Dies rechtfertige aber nicht ein solches Vorgehen. Im übrigen gebe es gute wirtschaftliche und gute kulturelle Beziehungen. Deshalb frage er, warum bestehe BM auf dieser Meinungsäußerung?

Der Irak müsse sich verteidigen, da er hierzu gezwungen sei. Bagdad wolle freundschaftliche Beziehungen. Man wolle sich gegenseitig respektieren, man verlange nichts Unbilliges. Man sei auch keineswegs gegen die Beziehungen von D zum Iran. Dies sei Sache der deutschen Souveränität. Als Freund spreche er offen. Dies habe er auch 1984 beim Besuch von BM in Bagdad getan.²¹ Er wiederhole, er wolle mit BM in Freundschaft und gegenseitigem Respekt sprechen.

3) BM dankte für den Freimut und die Offenheit. Was AM gesagt habe, unterstreiche die Notwendigkeit der freundschaftlichen Beziehungen. Dies sei richtig. Er habe BM als Freund bezeichnet – auch dies sei richtig. Deshalb passe aber die von ihm verwendete Bezeichnung „Krieg“ nicht, auch wenn es Meinungsunterschiede gebe. Zum Verständnis wolle er die Interessenlage erläutern.

Zunächst wolle er einen Punkt ausräumen. Es gebe natürlich ein deutsch-irakisches Problem. Dies sei mit dem AM und bei verschiedenen Gelegenheiten mit anderen irakischen Gesprächspartnern besprochen worden. Die deutsche Haltung zum Golfkrieg habe damit nichts, aber auch gar nichts, zu tun. BM setze sich ein für einen Mann. Das bilaterale Verhältnis sei eine andere Angelegenheit; der Golf eine dritte.

Er wolle eine Frage aufnehmen, die nicht der AM oder andere aufgeworfen hätten, nämlich die Frage der deutschen Geiseln im Libanon²². Er wolle eines klarstellen: Die Bundesrepublik Deutschland beuge sich keinem Druck, „uns kann niemand erpressen! Niemand!“

Hätte die Bundesregierung die beiden Inhaftierten²³ freigelassen, wären die Geiseln bereits frei. Dies habe sie nicht getan. Das beweise, daß niemand D unter Druck setzen könne.

²⁰ Der irakische Staatsangehörige Jacob Petross, der mit einer deutschen Staatsangehörigen verheiratet und seit 1969 für das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung tätig war, wurde am 11. Juli 1981 in Bagdad verhaftet und später wegen Spionage verurteilt. Vgl. dazu AAPD 1982, I, Dok. 124. Seither bemühte sich die Bundesregierung, eine Begnadigung von Petross zu erwirken. Vgl. dazu AAPD 1984, I, Dok. 124.

In einem Privatdienstschreiben an Ministerialdirigent Schlagintweit warnte Botschafter Fiedler, Bagdad, am 13. April 1987, die Frage eines Besuchs des Bundesministers Genscher im Irak mit dem Fall Petross zu verknüpfen: „Ich bezweifle, daß Irak z. Z. überhaupt bereit ist, Herrn Petross freizulassen, da Tariq Aziz bisher immer davon gesprochen hat, daß der Kriegsgegner dies als Schwächezeichen auslegen könnte. Trotz aller Bemühungen haben auch die Briten ihre langjährigen Inhaftierten (britische Staatsangehörige) bisher nicht freibekommen. [...] Ich fürchte, daß man den Fall Petross als Hebel benutzen will, um unsere ausgewogene Politik gegenüber den beiden Kriegführenden zugunsten einer Parteinahme für Irak zu verändern. Wenn dies nicht gelingt, muß der BM mit leeren Händen heimreisen.“ Vgl. VS-Bd. 13648 (311); B 150, Aktenkopien 1987.

²¹ So in der Vorlage.

Bundesminister Genscher besuchte Bagdad zuletzt vom 4. bis 6. Juli 1979. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 201 und Dok. 203.

Der irakische Außenminister Aziz hielt sich vom 4. bis 6. September 1984 in der Bundesrepublik auf und führte am 4. September 1984 ein Gespräch mit Genscher. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 235.

²² Zum Entführungsfall Cordes und Schmidt vgl. Dok. 195.

²³ Mohammed Ali Hamadi und Abbas Ali Hamadi.

Das deutsche Interesse sei, daß der Krieg im Golf beendet werde. In D wisse man, was Krieg bedeute, für die Soldaten und für die Völker. Als junger Mensch habe er den Krieg selbst erlebt. Deshalb habe er ein so großes Interesse daran, daß Frieden einkehre. Hinzu käme ein weiterer Grund. Früher sei die arabische Region weit entfernt gewesen. Heute sei sie eine Nachbarregion. In Europa verfolge man die Ereignisse nicht wie aus einer Loge im Theater. Er erinnere an die alten traditionellen Beziehungen der Deutschen zu den arabischen Völkern. Von daher rühre das deutsche Interesse an den Ereignissen in den Ländern der arabischen Welt. Von daher auch das Eintreten für eine baldige Beendigung des Krieges und gegen eine Destabilisierung der Region. Seine Erwägung vor Verabschiedung der Sicherheitsratsresolution sei gewesen, wie kommt man zum Frieden. Dies sei der einzige Gesichtspunkt gewesen. Leider habe GS Klibi mit der Delegation der Arabischen Liga nicht nach Bonn kommen können. Er habe ihn deshalb einen Tag vor der Abreise zur Sitzung des Sicherheitsrats nach New York in Bonn empfangen²⁴, obwohl er seinen Besuch in Bulgarien deshalb kürzen und abbrechen mußte²⁵. Er habe ihm bei dieser Gelegenheit mitgeteilt, daß D zustimmen werde. Dies um so mehr, als er auch in Bulgarien erfahren habe, daß die Mitgliedstaaten des Sicherheitsrats aus dem Warschauer Pakt²⁶ die Resolution mittragen würden. Von Anfang an habe er keinen Zweifel daran gelassen, daß es hierzu eine deutsche Zustimmung geben werde. Er habe sich hinterher eine Aufstellung von Politiker-Äußerungen aus anderen Ländern vorlegen lassen. Dabei habe er festgestellt, daß sich niemand so wie er hinter die Erklärung gestellt habe. Er habe in mehreren Erklärungen die Bedeutung der Resolution gewürdigt. Vor dem Besuch des iranischen Außenministers in Bonn habe er den irakischen Botschafter empfangen.²⁷ Diesem sei erklärt worden, warum BM ihn hinterher nicht persönlich habe informieren können: weil er den spanischen Außenminister zu Gast hatte.²⁸ Botschafter sei aber im Anschluß an den Besuch umgehend unterrichtet wor-

²⁴ Bundesminister Genscher führte am 19. Juli 1987 ein Gespräch mit dem Generalsekretär der Arabischen Liga, Klibi, über die geplante Resolution des VN-Sicherheitsrats zum irakisch-iranischen Krieg. Vortragender Legationsrat Honsowitz vermerkte am 21. Juli 1987, Klibi habe den Beschluß der Arabischen Liga vom 6. April 1987 in Tunis zum Golfkonflikt erörtert, der einstimmig verabschiedet worden sei – auch von jenen „Staaten (Syrien, Libyen), die gute Beziehungen zu Iran unterhielten“. Der Resolutionsentwurf sei „ausgewogen und wahre die legitimen Interessen beider Seiten“. Genscher habe klargestellt: „Unser zentrales Ziel sei Friede in der benachbarten Region. Wir hätten den Krieg vom ersten Tag an verurteilt. [...] Wir würden die Resolution unterstützen, auch wenn sie nicht ganz unseren Vorstellungen entspräche. Alle SR-Mitglieder hätten Kompromisse eingehen müssen. Keiner könne behaupten, daß dies sein Text sei, nicht einmal die arabischen Staaten (Einwurf Klibi: sie am wenigsten!).“ Vgl. Referat 010, Bd. 178903.

²⁵ Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 16. bis 19. Juli 1987 in Bulgarien vgl. Dok. 217, Anm. 4.

²⁶ Neben der UdSSR als ständigem Mitglied im Sicherheitsrat gehörte 1986/87 auch Bulgarien dem VN-Sicherheitsrat als nicht-ständiges Mitglied an.

²⁷ Ministerialdirigent Fiedler notierte am 23. Juli 1987, Bundesminister Genscher habe dem irakischen Botschafter al-Hashimi am selben Tag seine Befriedigung dargelegt, „daß Irak unsere neutrale, unparteiische und auf einen Frieden zwischen den beiden Kriegsparteien gerichtete Haltung positiv gewürdigt habe (Übermittlung des Danks Tariq Aziz an BM vom 21.7.). Wir würden uns weiter für diese Ziele einsetzen. Jetzt käme es darauf an, daß beide Parteien Zurückhaltung üben und keine Angriffe auf Schiffe im Golf erfolgten.“ Vgl. Referat 311, Bd. 139973.

²⁸ Zu den Gesprächen des Bundesministers Genscher mit dem spanischen Außenminister Fernández Ordóñez am 24./25. Juli 1987 in Bayreuth vgl. Dok. 217, Anm. 46.

den.²⁹ D3 Schlagintweit habe ihn im übrigen an die in Bonn vorliegende Einladung, Bagdad zu besuchen, erinnert und mitgeteilt, daß BM die Absicht habe, noch in diesem Jahr den Irak zu besuchen.³⁰ Ihm liege es daran, jede Einseitigkeit zu vermeiden. Er gehe im übrigen davon aus, daß auch das heutige Treffen kein Ersatz für seinen Besuch in Bagdad sein könne.³¹

AM warf freundlich ein, daß er dies auch nicht akzeptieren könne.

BM führte weiter aus, daß StS Ruhfus dem irakischen Botschafter am 27. Juli 1987 noch einmal sehr klar die Haltung der Bundesrepublik Deutschland zur Resolution 598 erläutert habe. Insbesondere habe er zu Ziffer 6 erklärt, daß Bundesregierung die Ergebnisse der vom Generalsekretär einzusetzenden Kommission respektieren werde und sich bisher zur Verantwortlichkeit nicht geäußert habe.³² BM fügte hinzu, dies sei die Wahrheit.

AM habe die iranische Forderung nach Sturz des Regimes im Irak erwähnt. Er glaube nicht, daß der iranische Außenminister überall so klar darauf hingewiesen worden sei, daß dies eine Illusion sei. Eine so klare und deutliche Sprache führe er überall. Aus seinen öffentlichen Erklärungen sei im übrigen zu entnehmen,

- die deutsche Anerkennung, daß der Irak der Sicherheitsratsresolution zugestimmt habe³³,
- die deutsche Aufforderung an den Iran, dies auch zu tun,
- die deutsche Unterstützung für den Generalsekretär der Vereinten Nationen, da wir der Überzeugung seien, daß der Generalsekretär jetzt eine wichtige Rolle zu spielen habe.

In seinen Gesprächen habe BM im übrigen sich nicht iranische Auffassung zur Verantwortlichkeit zu eigen gemacht, sondern auf die Ziffer 6 der VN-Resolution 598 verwiesen.

Die vom Irak beanstandete Formulierung in seinem Interview sei in Gesprächen mit dem iranischen Außenminister in Bonn nicht gefallen.

BM unterstrich, daß es jetzt darauf ankomme, die Dinge voranzubringen und zu einer Anwendung der Sicherheitsratsresolution 598, so wie sie sei, zu kommen.

²⁹ Ministerialdirektor Schlagintweit unterrichtete den irakischen Botschafter al-Hashimi am 24. Juli 1987 „im Auftrag des BM über Verlauf und Ergebnisse des Besuchs von AM Velayati (Iran)“. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Legationsrats Haßmann vom 28. Juli 1987; Referat 311, Bd. 139973.

³⁰ Dazu handschriftlicher Vermerk: „Ich habe in Erinnerung, BM bei Gespräch mit Bo[tschafter].“

³¹ Bundesminister Genscher besuchte den Irak am 18./19. November 1987. Vgl. dazu Dok. 330.

³² Ministerialdirigent Fiedler vermerkte am 27. Juli 1987, Staatssekretär Ruhfus habe am selben Tag „auf Weisung des BM den irakischen Botschafter Hashimi im Anschluß an den am 26.7.1987 in Bagdad erfolgten Protest der irakischen Regierung gegen die Äußerung des BM in der Frage des Beginns des Golfkriegs und die Suspendierung der Verhandlungen mit Mannesmann über I[raq]P[ipeline through]S[audi]A[rabia] II“ empfangen. Ruhfus habe ein als Anlage beigefügtes Non-paper übergeben und betont, „daß der BM den Text gebilligt habe“. In einem „anschließenden persönlichen Gespräch“ sei auch erörtert worden, „ob ein Treffen mit AM Tariq Aziz oder einer anderen irakischen Persönlichkeit hilfreich sein könnte“. Vgl. Referat 311, Bd. 139973.

Fiedler notierte am selben Tag, nachdem Ruhfus Bundesminister Genscher über das Gespräch mit al-Hashimi unterrichtet habe, habe er, Fiedler, dem irakischen Botschafter die Bereitschaft Genschers zu einem Treffen mit seinem irakischen Kollegen übermittelt: „Als Treffpunkt bietet sich Paris an, da wir gehört hätten, daß AM Tariq Aziz dort morgen Station machen werde.“ Vgl. Referat 311, Bd. 139973.

³³ Der Irak nahm die Resolution Nr. 598 des VN-Sicherheitsrats vom 20. Juli 1987 in einer Sondersitzung des Parlaments am 22. Juli 1987 an.

Die Bundesrepublik Deutschland werde im August den Vorsitz im Sicherheitsrat übernehmen, ab 1. Januar 1988 werde sie den Vorsitz in der EG innehaben. Er glaube, daß jetzt das Momentum, das nach der Sitzung des Sicherheitsrates zum Irak-Iran-Konflikt entstanden sei, genutzt werden müsse. Der größte Fehler wäre, jetzt der Weltöffentlichkeit den Eindruck zu vermitteln, daß es zwischen Bonn und Bagdad Spannungen gebe. Er frage sich, wem dies nütze; jedenfalls weder der Bundesrepublik Deutschland noch dem Irak. Dies wüßten beide Seiten, und dies wollten seiner Einschätzung nach auch beide Seiten nicht. Er glaube, daß beide wegen der freundschaftlichen Beziehungen, die sie seit langem pflegten, und der Verantwortung, die sie beide auch für die Beendigung des Krieges hätten, einen Beitrag leisten könnten zur Verbesserung der Zusammenarbeit.

StS Ruhfus habe am 27. Juli eine Erklärung abgegeben, die klar sei. Es gelte jetzt im Interesse zu handeln, das beide verbinde, nämlich dem Interesse an der Fortsetzung bilateral-freundschaftlicher Beziehungen. Wichtig sei, daß kein Zeitverlust eintrete. Deshalb müsse die Resolution des Sicherheitsrats genutzt und der Generalsekretär mit allen Kräften unterstützt werden. Die deutsche Haltung sei ganz klar. Er wolle nicht, daß Dritte Nutzen ziehen könnten aus einer Trübung des bilateralen Verhältnisses. Wenn er deshalb heute extra aus dem Urlaub³⁴ nach Paris gereist sei, verstehe der Außenminister die Bedeutung, die er dem freundschaftlichen Verhältnis zumesse. Er gehe davon aus, daß auch AM das gleiche wolle. Er ziehe aus der Entwicklung gerne den Schluß, daß beide Außenminister auch in Zukunft persönlich einen engeren Erfahrungsaustausch haben sollten.

AM warf hier ein: Auch er wolle dies gerne.

BM bemerkte, wenn und wann Sie meinen Besuch in Ihrem Lande wollen, komme ich. Er würde es begrüßen, wenn man bereits bei der Generalversammlung der VN das Gespräch fortsetze.³⁵

BM schloß mit dem Hinweis auf die Verantwortung und den Geist der Freundschaft zwischen den beiden Ländern. In diesem Geiste habe er gesprochen.

AM erwiderte: Er wolle zunächst seine hohe Wertschätzung zum Ausdruck bringen, daß BM heute nach Paris gereist sei. Er wisse, daß der grundsätzliche Wille vorhanden sei, die Beziehungen immer besser zu gestalten. Er teile diesen Wunsch. Als Kollege habe er vor BM großen Respekt. Er habe gemeinsame Freunde mit BM, die dies bestätigten. Er begrüße, daß BM vorhabe, den Irak zu besuchen, und wünsche, daß er dies tue. Bei dieser Gelegenheit solle er auch den Präsidenten³⁶ sprechen.

BM warf ein, daß der Präsident sich erinnern werde an das letzte Gespräch und daß sein Rat betreffend die USA nicht schlecht gewesen sei.

AM begrüßte Absicht des Ministers, vorliegende Einladung bald anzunehmen. Wenn seine Termine es erlaubten, würde er sich freuen, ihn bald in Bagdad zu

³⁴ Im Anschluß an einen Aufenthalt am 24./25. Juli 1987 bei den Festspielen in Bayreuth verbrachte Bundesminister Genscher seinen Urlaub bis 9. August 1987 in Berchtesgaden.

³⁵ Bundesminister Genscher und der irakische Außenminister Aziz führten am 24. September 1987 am Rande der VN-Generalversammlung ein Gespräch in New York.

³⁶ Saddam Hussein.

sehen. Er sei auch sehr froh darüber, daß sie sich bald zu einem neuen Treffen in New York bei den VN zusammenfinden würden.

Er wolle offen das zwischen ihnen diskutierte Thema ansprechen. Er schätze die Erläuterungen von BM hoch ein. BM sei hoch erfahren und allgemein anerkannt. Er hoffe, daß es eine Möglichkeit gebe, die bewußte Äußerung aus der Welt zu schaffen. Wie BM dies mache, stehe natürlich völlig in seinem Ermessen. Wann dies geschehe, müsse BM entscheiden. Er wisse, wann dies angemessen sei. Auch er wolle nicht, daß andere Schwierigkeiten im bilateralen Verhältnis ausnutzen. So habe sich Velayati in Genf auf Äußerung von BM berufen.³⁷

Er selbst sei dafür, daß Dinge sich jetzt beruhigten. Man sollte aber gemeinsam in Zukunft dafür sorgen, daß mißverständliche Äußerungen vermieden würden. Was die Anwendung der Resolution angehe, so stimme er BM zu. Der Irak habe keine Bedingungen. Was er zu sagen habe, habe er an Vorschlägen und Meinungen dem Generalsekretär mitgeteilt. Er betrachte die irakischen Überlegungen als Beiträge zur Lösung des Konflikts. Der Irak wolle alles tun, damit die Hindernisse zur Anwendung der Resolution überwunden würden.

AM schilderte die Aufnahme der Resolution im Irak. Als erster Schritt sei Resolution in den demokratischen Institutionen studiert worden, dann habe die Regierung ihre Haltung festgelegt. Anschließend sei sie dem Generalsekretär der VN erläutert worden. Der Generalsekretär habe seinerseits seine Haltung erklärt. Er habe aber noch keine Stellungnahmen des Iran. Sein Versuch, den AM des Iran in Genf zu treffen, sei fehlgeschlagen.

Der Irak verfolge die iranische Politik mit großem Interesse. Er lese die Erklärungen und höre genau hin, was aus Teheran mitgeteilt werde. Der Iran sei nicht bereit, die Resolution zu akzeptieren. Er habe deshalb den Generalsekretär gebeten, genau herauszufinden, welches die iranischen Absichten seien. Wenn der Iran bereit sei, die Resolution anzunehmen, sei dies ein Schritt zum Frieden.

BM meinte, er teile diesen Wunsch.

AM unterstrich, daß es die glücklichste Nachricht sei, wenn der Iran die Resolution akzeptiere. Wenn sie nicht akzeptiert würde, dürfe er sich allerdings auch keine Illusionen machen. Dann gehe der Krieg weiter. BM kenne die Lage am Golf, sie sei weiterhin krisenhaft und könne jederzeit explodieren. Jetzt müsse man zu Ergebnissen kommen, da die Zeit verrinne. Deshalb sei der Irak für die Anwendung der Resolution. Die Resolution sei bindend; sie werde auch vom Irak anerkannt. Wenn sie nicht angewendet werden könne, leide allerdings auch die Glaubwürdigkeit der VN und des Sicherheitsrates. Dies sei schlecht für die Welt.

AM drückte Anerkennung für Bemühungen von BM und seines Landes aus, den Konflikt zu beenden. Wenn die Resolution verwirklicht werde, könne dies

³⁷ In der englischsprachigen Presseveröffentlichung Nr. 78 der iranischen Ständigen Vertretung bei den Vereinten Nationen in New York vom 28. Juli 1987 hieß es, im Anschluß an die Gespräche mit Bundesminister Genscher in Bonn habe sich der iranische Außenminister Velayati am 25./26. Juli 1987 in Genf aufgehalten, wo er eine Erklärung vor der VII. Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD) abgegeben und in der Genfer Abrüstungskonferenz (CD) über irakische Giftgasangriffe auf die kurdische Bevölkerung berichtet habe. Über das Gespräch mit Genscher hieß es: „Mr. Genscher's position on the war is productive. Similar position by other Council members can lead to cooperation with the Security Council.“ Vgl. die Anlage 2 zur Fernkopie Nr. 601 der Ständigen Vertretung bei den Vereinten Nationen in New York vom 30. Juli 1987; Referat 311, Bd. 139984.

große Früchte bringen. Wenn dies nicht geschehe und die Resolution ein wertloses Papier im Regal bleibe, dann wisse nur Gott, wie die Lage sich entwickeln werde. Dann sei man nicht auf dem Weg Gottes, sondern des Satans, der zu Schwierigkeiten und Gefahren führe. Er anerkenne, daß BM sich dafür einsetze, daß sofort gehandelt werde und keine Zeit verloren gehe.

GS Pérez de Cuéllar sei heute in Paris, morgen in New York. Der Irak wolle, daß er seine Rolle spiele.

AM wies auf die Gespräche hin, die er am Vortag in Washington und am gestrigen Tag mit den französischen Freunden geführt habe. Der sowjetische Stellvertretende Außenminister Woronzow sei heute in Bagdad, um seine Gespräche fortzusetzen. Er werde auch mit der Arabischen Liga sprechen. AM drückte irakische Bereitschaft aus, Diskussion fortzusetzen, damit, wie BM es ausgedrückt habe, das Momentum erhalten bleibe. Der Irak sei bereit, etwas zu tun, um auch den Iranern zu helfen. Dies könne Iran am ehesten, indem er zeige, daß die Resolution angewendet werde. Vielleicht würden Iraner dies nicht so sehen, aber dies sei im wirklichen iranischen Interesse. Der Irak wolle wie Iran ein einheitlicher und souveräner Staat sein. Der Irak wünsche auch, daß seine Nachbarn in stabilen Staaten leben könnten. Er wünsche sich kein Feuer im Hause des Nachbarn. Den Iranern müsse die Realität vor Augen geführt werden. Wenn diese aber nicht Vernunft walten ließen, schadeten sie sich selbst.

AM unterrichtete BM, daß er nach dem Gespräch nach Bagdad zurückkehre. Er werde Präsident Saddam Hussein unverzüglich über das mit BM geführte Gespräch unterrichten. Der Präsident sei persönlich an guten Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland interessiert.

BM zog Bilanz:

- Beide Seiten wollen die guten Beziehungen erhalten und verbessern.
- Beide Seiten betrachten die Beziehungen als freundschaftlich.
- Beide Seiten begrüßten die Annahme der Resolution durch den Sicherheitsrat. Beide seien der Meinung, daß Resolution verwirklicht werden solle.
- BM habe begrüßt, daß Irak der Resolution zustimme.
- Auch AM Tariq Aziz sei der Meinung, daß jetzt die Zeit des Generalsekretärs gekommen sei, damit die Resolution verwirklicht werde.
- Das Motiv der deutschen Bemühungen sei die Sorge um den Frieden in der Region.
- Beide hätten ein Interesse, daß Dritte keinen Nutzen aus Mißverständnissen zwischen beiden ziehen könnten.
- BM sei bereit, die Einladung nach Bagdad vor oder nach VN-GV anzunehmen.
In jedem Fall beabsichtigten die Außenminister, sich gelegentlich VN-GV Ende September in New York zu sehen.
- Aus gutem Grund habe BM Ziffer 6 der VN-Resolution zitiert und auf entsprechende Erklärung von StS Ruhfus hingewiesen. Diese sei sehr klar und unmißverständlich.
- Es sei an der Zeit, Störfaktoren im bilateralen Verhältnis zu beseitigen. Hierbei hebe BM nicht auf den Einzelfall ab, obwohl er hoffe, daß dieser Fall bald

gelöst werden könne. Deshalb erwarte BM, daß nach Rückkehr von AM hierüber Entscheidung getroffen werden könne, damit Dinge sich nicht nur normal, sondern freundschaftlich entwickelten.

Die beiden Außenminister besprachen anschließend, wie die Angelegenheit öffentlich zu behandeln sei.

AM betonte, er werde die Themen im Geiste der freundschaftlichen Beziehungen behandeln. Für ihn sei entscheidend, daß sie als Freunde zusammenarbeiteten und sich gegenseitig Dinge nicht erschwerten. BM sei ein erfahrener Diplomat, der auch mit Schwierigkeiten fertig werde. Er beurteile das Treffen in Paris als Anstrengung, die Wolke in den bilateralen Beziehungen mit diplomatischen Mitteln wegzuschieben. Er überlasse es deshalb³⁸ der Diplomatie und Weisheit von BM, wie er dies nach außen darstelle. Jeder solle dies auf seine Art und Weise tun.

BM faßte zusammen:

- Beide Außenminister stimmen überein, daß sie der Resolution zustimmen und daß diese verwirklicht werden muß;
- daß D in vollem Umfang die Resolution unterstützt;
- daß D begrüßt, daß der Irak sich zur Resolution positiv eingestellt hat;
- daß der GS der VN jede Unterstützung verdient, um die Resolution zu verwirklichen;
- daß beide Seiten das Interesse am Ausbau der bilateralen Beziehungen unterstrichen haben.
- BM werde erwähnen, daß er der Einladung nach Bagdad in Kürze folgen werde. Im übrigen sei ein Meinungsaustausch über die Lage in der Region gelegentlich der VN-GV im September vereinbart worden.

AM antwortete, daß er das Gesagte respektiere. Er selbst sei außerhalb des Landes und wolle zunächst den Präsidenten unterrichten, der das geführte Gespräch beurteilen solle. Seine Eindrücke seien positiv.

Er habe nichts gegen eine entsprechende Erklärung durch BM, der gewiß nichts erklären würde, was dem Inhalt der Gespräche schaden könne. Er sei einverstanden, daß gesagt werde, daß BM Einladung nach Bagdad angenommen habe. Natürlich könne man auch erwähnen, daß die Beziehungen gut seien und noch besser werden könnten.³⁹

BM meinte, daß sein Besuch im Irak im Herbst erfolgen könnte, der Termin müsse noch im einzelnen festgelegt werden.

AM erwiderte, daß es sein Wunsch sei, daß der Besuch so bald wie möglich zustande komme.

BM bestätigte noch einmal das Treffen in New York.

AM erwiderte, er freue sich sehr darauf.

³⁸ Korrigiert aus: „überlasse deshalb“.

³⁹ Die Botschaft in Paris übermittelte am 29. Juli 1987 die Presseerklärung des Bundesministers Genscher über das Gespräch mit dem irakischen Außenminister Aziz in Paris am selben Tag. Vgl. dazu die Fernkopie Nr. 63; Referat 311, Bd. 139973.

BM erwähnte, daß die Bundesregierung in nächster Zeit den Botschafterposten in Bagdad neu besetzen werde und bald einen entsprechenden Vorschlag machen wolle. Er hoffe, daß das Agrément hierfür dann rasch erteilt werde.⁴⁰

AM nahm dies positiv auf. Er erwähnte, daß der irakische Botschafter in Bonn in Kürze den Botschafterposten in Paris übernehme. Der Botschafter in Paris gehe nach London. Für Bonn sei ein bewährter Diplomat (Botschafter in Kuwait⁴¹) vorgesehen, der in D studiert habe und die deutsche Sprache beherrsche.

Minister verabschiedeten sich in sehr freundschaftlicher Weise. AM begleitete BM zu seinem Wagen, wo er ihn herzlich verabschiedete.

Referat 010, Bd. 178922

225

Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), an das Auswärtige Amt

VS-NfD

Fernschreiben Nr. 1148

Citissime

Aufgabe: 31. Juli 1987, 22.00 Uhr¹

Ankunft: 1. August 1987, 10.19 Uhr

Delegationsbericht Nr. 245

Betr.: 3. KSZE-Folgetreffen in Wien (WFT);
hier: Die dritte Sitzungsperiode (5.5.–31.7.1987)

Zur Unterrichtung

I. Allgemeiner Verlauf

1) Zusammenfassung und Ausblick

Die vergangenen 13 Verhandlungswochen des WFT trugen den Charakter einer Zwischenphase vorredaktioneller Arbeiten. Obgleich die überwiegende Zahl von Vorschlägen für ein Schlußdokument bereits vor der Osterpause² eingebracht worden war, gelang der Übergang in die Redaktionsphase noch nicht. Vielmehr waren alle Seiten weiter bemüht, ihre Positionen zu verdeutlichen und Prioritäten anzumelden, ohne bereits Zugeständnisse zu machen und damit Annäherun-

⁴⁰ Vortragender Legationsrat I. Klasse Rapke bat die Botschaft in Bagdad am 26. August 1987, das „Agrément für Herrn Dr. Richard Ellerkmann als Botschafter in Bagdad“ einzuholen. Vgl. den Drahterlaß Nr. 176; Referat 311, Bd. 139973.

Botschaftsrat I. Klasse Freundt, Bagdad, berichtete am 7. Oktober 1987, die irakische Regierung habe mit Verbalnote vom selben Tag das Agrément für Ellerkmann erteilt. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 750; Referat 311, Bd. 139973.

⁴¹ Abdul Jebbar Omar Ghani.

¹ Das von Botschaftsrat Metscher, Wien (KSZE-Delegation), konzipierte Fernschreiben wurde in fünf Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 13, 27, 32 und 39.

² Karfreitag fiel 1987 auf den 17. April, Ostersonntag war der 19. April 1987.

gen zu erlauben. Das WFT hat darum sein Zieldatum – den 31. Juli 1987 – nicht einhalten können.

Hierfür gibt es eine Reihe von Gründen:

- Der langwierige interne Abstimmungsprozeß über einen westlichen Vorschlag für den Sicherheitsteil eines Schlußdokuments dauerte bis zur 28. Konferenzwoche an und erlaubte dann erst die Vorlage eines Textes der Allianz.³ Ihr Entwurf für ein KRK-Mandat wurde sogar erst in der Schlußwoche unterbreitet.⁴ Damit fehlte ein zentrales Element in der westlichen Verhandlungsposition, das für die östliche Seite unabdingbare Voraussetzung für den Beginn ernsthafter Verhandlungen bedeutete.
- Wenn nicht über die Verhandlungsziele selbst, so doch über ihre Gewichtung und die Konferenztaktik gibt es unter den westlichen TNS deutliche Unterschiede, die ein einheitliches Vorgehen in Wien erschweren und insbesondere jeden (selbst kleineren) prozeduralen Schritt vorwärts von langwierigen Abstimmungen abhängig machen.
- Die östliche Seite – namentlich die SU – verweist zwar selbstbewußt auf den Reformprozeß im eigenen System, ohne aber das „Neue Denken“ am Verhandlungstisch zu praktizieren. Ihre Unterhändler sind im Ton gemäßigter geworden, in der Sache bislang intransigent geblieben.
- Den N+N fehlt es an der Kraft, interne Differenzen zu überwinden und gemeinsame Positionen zwischen West und Ost zu entwickeln. Ihre Fähigkeit zum „Brückenbau“ ist sichtbar schwächer geworden.

Die genannten Faktoren haben – gemessen am eigenen Zeitplan des WFT, aber auch gemessen an den Madrider Verhandlungen⁵ – zu einem eher zögerlichen Verhandlungsrhythmus geführt: Das WFT fand erst in seiner 21. Woche zu den bewährten informellen Arbeitsmethoden, vor allem der Einsetzung neutraler Koordinatoren für die einzelnen Redaktionsgruppen. Auch die Proliferation sogenannter Non-paper diente noch nicht dem Einstieg in Redaktionsarbeiten, sondern der Unterstützung eigener Anliegen. Die Zahl der (förmlichen) Vorschläge liegt inzwischen bei 150, was den Umfang der noch zu bewältigenden Verhandlungsaufgabe verdeutlicht.

Ihrer Substanz nach besteht jedoch begründete Aussicht auf Annäherungen und Ergebnisse: Der westliche Ansatz doppelter Verhandlungen im militärischen Bereich ist bereits von Osten und N+N akzeptiert. Über die Fortsetzung der KVAE und die Notwendigkeit von KRK-Verhandlungen besteht Einvernehmen. In Korb II verfolgen die TNS handfeste ökonomische und ökologische Interessen, die sich zum Ausgleich bringen lassen. Im Bereich der menschlichen Kontakte dürften – mit Hilfe der westlich orientierten Neutralen – Verbesserungen gegenüber dem Berner Schlußkompromiß⁶ erreichbar sein. Kritisch für den Konferenz-

³ Zum Vorschlag CSCE/WT.129 der NATO-Mitgliedstaaten vom 10. Juli 1987 für weitere VSBM und konventionelle Stabilität vgl. Dok. 216, Anm. 8.

⁴ Zum Mandatsentwurf der NATO-Mitgliedstaaten vom 27. Juli 1987 für die Verhandlungen über Konventionelle Rüstungskontrolle in Europa vgl. Dok. 216.

⁵ In Madrid fand vom 11. November 1980 bis 9. September 1983 die zweite KSZE-Folgekonferenz statt. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 223.

⁶ Zum KSZE-Expertentreffen über Menschliche Kontakte vom 15. April bis 26. Mai 1986 vgl. AAPD 1986, I, Dok. 77 und Dok. 156.

verlauf bleiben die Thematik der Menschenrechte und – damit verbunden – der westliche Vorschlag CDH⁷ und der östliche Vorschlag einer Konferenz in Moskau zur umfassenden Behandlung der humanitären Zusammenarbeit⁸. Zu einer Schlüsselfrage des WFT kann sich insbesondere das noch nicht entschiedene Problem entwickeln, ob und in welchem Ausmaße sich der Westen gegenüber dem Moskauer Projekt öffnet (hierzu und zu den Aussichten des WFT allgemein: DB Nr. 1086⁹ vom 22.7.1987¹⁰).

2) Die westliche Allianz

Die westliche Seite blieb um geschlossene Vertretung des eigenen Vorschlagspakets bemüht – was vor allem bei dem (von der HLTF erarbeiteten) Entwurf eines Sicherheitsteils erheblicher Anstrengungen bedurfte. Nach mehrfachen redaktionellen Versuchen in Brüssel und Wien wurde schließlich sichergestellt, daß auch F den Vorschlag WT.129 als Miteinbringer trägt. Nicht spannungsfrei bleibt auch das Verhältnis der 12 zu den 16. Das allgemeine Problem, die Kohäsion der 12 zu sichern, ohne die 16 vor „faits accomplis“ zu stellen, läßt sich nicht durch starre institutionelle Regeln, sondern nur pragmatisch und flexibel vor Ort lösen.

⁷ Zum Vorschlag der NATO-Mitgliedstaaten und Irlands vom 4. Februar 1987 für eine Konferenz über die „menschliche Dimension“ der KSZE-Schlußakte vgl. Dok. 65, Anm. 7.

⁸ Der sowjetische Außenminister Schewardnadse schlug in seiner Rede zur Eröffnung der KSZE-Folgekonferenz am 5. November 1986 in Wien vor, eine Menschenrechtskonferenz in Moskau abzuhalten. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 133–137 (Auszug). Vgl. dazu ferner AAPD 1986, II, Dok. 341.

Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), informierte am 24. Juli 1987, in der Plenarsitzung am selben Tag habe die UdSSR einen Mandatsentwurf für die vorgeschlagene Menschenrechtskonferenz in Moskau eingeführt: „Tagesordnung sieht in Verfolgung bisheriger Linie Gleichbehandlung von politischen und sozialen Menschenrechten vor, ferner die Themen Information, Kultur und Bildung sowie persönliche und institutionelle Kontakte. Konferenz soll auf politischer Ebene eröffnet werden, der Presse, Organisationen und Einzelpersonen zugänglich sein und in den Rahmenbedingungen überhaupt der Praxis bisheriger KSZE-Treffen entsprechen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1100; Referat 212, Bd. 153429.

Am selben Tag legte Eickhoff in einer Bilanz der zurückliegenden Verhandlungswoche dar: „Die SU gab ihre (taktische?) Reserve zum eigenen Vorschlag einer Moskauer Konferenz endlich auf und legte Elemente einer Tagesordnung vor: Sie soll die humanitäre Zusammenarbeit im weiten Bereich von Menschenrechten, Information, Kultur und Bildung behandeln und auf ‚praktische‘ Ergebnisse ausgerichtet sein. Der sowjetische Schritt kreuzte sich eher zufällig mit westlichen Plädoyers zugunsten von CDH – dem Konzept eines schrittweisen Vorgehens zur besseren Implementierung der humanitären Verpflichtungen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1101; Referat 212, Bd. 153429.

⁹ Korrigiert aus: „1986“.

¹⁰ Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), legte dar, noch sei „keine zuversichtliche Aussage“ über die Ergebnisse der KSZE-Folgekonferenz in Wien möglich: „US, KAN und NL stellen hohe Anforderungen an ungeminderte Durchsetzung westlicher menschenrechtlicher Vorschläge. KAN und NL sind zudem – im Gegensatz zu US, F, GB und uns – für geduldiges Aussitzen, statt Konjunktur im Ost-West-Gespräch und innersowjetische Glasnost-Politik, deren Kraft und Dauer ungewiß ist, im ersten Aufschwung zu nutzen. Beide befürchten zudem, daß US unter Erfolgsdruck des beginnenden Wahlkampfes und D wegen erreichbarer Verbesserungen im innerdeutschen Verhältnis zu früh und mit zu schwachem Ergebnis zum Abschluß bereit sein könnten. Zudem befürchten sie, Konsens zum KKR-Mandat könnte Interesse der SU am übrigen KSZE-Prozeß in Zukunft erlahmen lassen; dies verlange geduldiges Aushandeln eines Höchstpreises dafür ohne jeden Zeitdruck. Ferner können sowjetische Insistenz auf humanitärer Moskauer Konferenz und Frankreichs Forderung eines menschenrechtlichen KSZE-Treffens in Paris 1989 sich gegenseitig blockieren, wobei F, Mitautor des westlichen Flaggschiffs CDH, eine Schlüsselstellung gewinnt. [...] Der Widerstand von KAN und NL gegen eine zügige Verhandlungsführung im Herbst 1987 wird nur auf politischer Ebene ausräumbar sein.“ Vgl. Referat 212, Bd. 153429.

Als ihre Prioritäten hat die Gemeinschaft zunächst ihre drei „Flaggschiffe“ definiert:

- Konferenz zur Menschlichen Dimension (CDH);
- West-Ost-Wirtschaftskonferenz¹¹;
- Informationsforum¹².

Vorrangig sind daneben die normativen Vorschläge zu den Menschenrechten, den menschlichen Kontakten und zum freien Fluß von Meinungen und Informationen. Zu letzterem gehört für uns die Errichtung von Kulturinstituten.

Konzeptionelle Unterschiede bestehen im übrigen innerhalb der 12 wie der 16: KAN, NL, aber auch US bestehen auf harten Implementierungsforderungen gegenüber dem Osten und lehnen darum kooperative Ansätze als „kompromißlerisch“ ab. Vor allem KAN und NL, gelegentlich auch PORT und B (im Lager der N+N auch CH), versprechen sich mehr von einer Taktik des Aussitzens (da das Konjunkturbarometer in den West-Ost-Beziehungen längerfristig nach oben zeigt). Sie plädieren auch dafür, westliche Schritte bei der militärischen Sicherheit konsequent als taktischen Hebel einzusetzen, um östliche Zugeständnisse in humanitären Fragen zu erreichen.

¹³3) Die WP-Staaten

Die östliche Seite läßt in der Tat keinen Zweifel daran, daß die Fortsetzung der KVAE (bzw. der Beginn von KRK-Verhandlungen) ihr Kernanliegen darstellt. Sie hat deshalb mit sichtbarer Genugtuung die westlichen Texte zur Sicherheit aufgenommen und geht – ungeachtet erheblicher sachlicher Differenzen – davon aus, daß hierüber eine Einigung möglich ist.

Die WP-Staaten halten sich dennoch taktisch bedeckt und vermeiden Festlegungen – vor allem auf Gebieten, auf denen sie selbst Leistungen schulden. Sie verbinden dabei Intransigenz in der Sache mit verbalem Drängen nach Fortschritten und bewegten Klagen über westliche Verschleppungstaktiken. Es läßt sich vermuten, daß Moskau einen raschen Abschluß des WFT bevorzugt hätte, sich jetzt aber ohne Widerstand auf eine längere Dauer einrichtet, nachdem sein zentrales Anliegen – Fortsetzung des Stockholmer Prozesses¹⁴ und Einstieg in konventionelle Abrüstung – gesichert scheint. Sehr vorsichtig taktiert die SU bei ihrem zweiten wichtigen Ziel, der Konferenz in Moskau. Sie spürt die starken westlichen Vorbehalte und wird versuchen, ihre Anliegen eher durch negative Verknüpfungen zu fördern.

In jedem Falle werden sich östliche Konzessionen erst bei der Redaktion gemeinsamer Texte erreichen lassen.

¹¹ Zum Vorschlag der EG-Mitgliedstaaten vom 18. Februar 1987 für eine West-Ost-Konferenz über wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa vgl. Dok. 43, Anm. 12.

¹² Zum Vorschlag der NATO-Mitgliedstaaten und Irlands vom 13. Februar 1987 für ein „Informationsforum“ vgl. Dok. 65, Anm. 9.

¹³ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1149 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

¹⁴ Die KVAE wurde am 17. Januar 1984 in Stockholm eröffnet und endete am 22. September 1986 nach zwölf Verhandlungsrunden bei seit 19. September 1986 „angehaltener Uhr“ mit der Annahme des „Dokuments der Stockholmer Konferenz“. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 625–638. Vgl. dazu auch AAPD 1986, II, Dok. 253 und Dok. 267.

4) Die N+N-Staaten

Die N+N haben nur zögernd und erst nach westlichem Drängen ihre Funktion als Koordinatoren übernommen. Auch jetzt – vor der beginnenden Redaktionsphase – sind sie sich im taktischen Ansatz nicht einig. Das Temperament der Koordinatoren reicht von dem eher drängenden Torovsky, A (für Prinzipien), über den systematischen Clavel, CH (für Korb II), bis zum zurückhaltenden Eliasson, SCN (für Korb III).

Die heterogene Gruppe der N+N hat auch nicht zu gemeinsamen Sachpositionen gefunden. Das Treffen ihrer Außenminister in Limassol¹⁵ konnte nur unvollkommen den Dissens vor allem in Sicherheitsfragen überdecken. Die Meinungsverschiedenheiten im militärischen Bereich wirken auch in andere Verhandlungsgebiete hinein und lassen nur bescheidene Hoffnung, daß sich die N+N auf ein gemeinsames Konzept für ein Schlußdokument einigen können. Die Rolle des Außenseiters (in der Gruppe der N+N wie auf der Konferenz insgesamt) wird in Wien nicht von Malta, sondern eher von JUG gespielt: Es fühlt sich in seinen Sicherheitsinteressen durch die Gespräche der 23 übergangen, beklagt die unzureichenden Fortschritte zum Kapitel „Mittelmeer“ und findet mit den eigenen Vorschlägen zu Wanderarbeitern¹⁶ und Technologieaustausch¹⁷ keine Resonanz unter den anderen TNS. Es könnte sich in der Endphase der Verhandlungen die Notwendigkeit zeigen, JUG durch eine Geste entgegenzukommen.

5) Innerdeutsche Aspekte

Unsere deutschlandpolitischen Anliegen bleiben eingebettet in das westliche Vorschlagspaket zu den Menschenrechten und (vor allem) den menschlichen Kontakten. Ungeachtet fehlender Verhandlungsfortschritte in diesen Bereichen, ungeachtet auch ihrer Blocksolidarität, gibt die DDR zu verstehen, daß ihr insoweit größere Konzessionen möglich sind als anderen östlichen TNS und ihr viele westliche Vorschläge (etwa zur Religionsfreiheit oder dem Minderheitenschutz) keine Mühe bereiten. In dieses Bild paßt auch die selbstbewußte Darstellung eigener Reformpolitik (Amnestie, Abschaffung der Todesstrafe¹⁸) und das offene, unpolemische Auftreten ihrer Delegation. Nüchtern, wenn auch langatmig erläuterte AM Fischer vor dem WFT die Ergebnisse des WP-Gipfels

¹⁵ Die Außenminister der N+N-Staaten trafen sich am 16./17. Mai 1987 in Limassol. Legationsrat I. Klasse Moser, Nikosia, übermittelte das Kommuniqué des Treffens und teilte mit: „Der zyprische Außenminister Iacovou als Gastgeber dieses Treffens bewertete später Herrn Botschafter Dr. Rötger gegenüber, daß sich die Zusammenarbeit in der Gruppe der N+N zur Zeit in einer Krise befinde, was auch durch das Fehlen Malτας auf diesem Treffen augenfällig sei. Er hoffe diesbezüglich auf eine Besserung während der weiteren Sitzungen der KSZE in Wien.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 262; Referat 212, Bd. 133550.

¹⁶ Jugoslawien brachte am 13. Februar 1987 auf der KSZE-Folgekonferenz in Wien einen Vorschlag zur Frage der Wanderarbeiter ein. Für den Vorschlag CSCE/WT.48 und das jugoslawische Arbeitspapier dazu vom selben Tag (CSCE/WT.49) vgl. Referat 212, Bd. 153445.

¹⁷ Am 18. Februar 1987 brachte Jugoslawien auf der KSZE-Folgekonferenz in Wien einen Vorschlag „über die wissenschaftliche und technische Entwicklung zugunsten der verbesserten Lebensqualität“ ein (CSCE/WT.81). Vgl. dazu Referat 212, Bd. 153446.

¹⁸ Zur Amnestie-Regelung und zur Abschaffung der Todesstrafe in der DDR vgl. Dok. 217, Anm. 19 und 20.

von Berlin (Ost)¹⁹ und unterstrich damit den Vorrang der Sicherheitsthematik für die östliche Seite.²⁰

Zwischen den beiden Delegationen besteht auf allen Ebenen eine an sachlicher Arbeit interessierte Tuchfühlung. Dieses Verhältnis wird durch das Vorbringen konkreter Gravamina (Vorfälle zu Pfingsten am Brandenburger Tor²¹; Beschränkungen des Devisenumtausches²²) nicht belastet.

6) Die eigene Delegation

Wir müssen immer wieder Verhandlungsansätze, die eher auf Gemeinsamkeit und Zusammenarbeit mit dem Osten abstellen, gegenüber westlichen Partnern (namentlich NL, KAN und US) durchsetzen. So gelang es uns nur nach mühsamen Abstimmungsprozessen, unseren Vorschlag zur Berufsbildung²³ und einen (in der Delegation entstandenen Text) zum Außenhandel²⁴ in das WFT einzuführen.

Andererseits scheuen wir uns nicht vor deutlicher Implementierungskritik – soweit vor allem unsere nationalen Interessen betroffen sind:

Thematische Schwerpunkte bildeten Ausreisezahlen, Familienzusammenführung, Störungen der Deutschen Welle.

Unseren bilateralen Anliegen dienten auch besondere Expertengespräche mit SU, ČSSR, POL und RUM am Rande des WFT. Sie galten Fragen der Aussiedlung und Familienzusammenführung und behandelten auch Härtefälle.²⁵

¹⁹ Am 28./29. Mai 1987 fand in Ost-Berlin die Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts statt. Für den Wortlaut des Kommuniqués und der Erklärung über Militärdoktrinen vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 385–394.

²⁰ Für den Wortlaut der Rede des Außenministers der DDR, Fischer, am 2. Juni 1987 vgl. AUSSEN-POLITISCHE KORRESPONDENZ 1987, S. 182–184.

²¹ Vom 6. bis 8. Juni 1987 fand vor dem Reichstagsgebäude in Berlin (West) ein dreitägiges internationales Rock- und Popkonzert zur 750-Jahr-Feier der Stadt statt. In der Presse hieß es, in der Nacht vom 7. auf 8. Juni 1987 sei es zu „den schwersten Auseinandersetzungen zwischen Jugendlichen und Sicherheitskräften der DDR seit zehn Jahren in Ost-Berlin“ gekommen: „Die mehrstündigen Auseinandersetzungen begannen, nachdem die Polizei den Platz östlich des Brandenburger Tores weiträumig abgesperrt hatte. Von dort aus hatten rund 4000 Menschen, wie auch an den beiden Abenden zuvor, als es ebenfalls zu Auseinandersetzungen gekommen war, einem Konzert vor dem nahe gelegenen Reichstagsgebäude in West-Berlin zuhören wollen.“ Die Demonstranten „sangen jeweils die erste Strophe der ‚Internationale‘ und das Deutschlandlied. In Sprechchören forderten sie ‚Die Mauer muß weg!‘ und ‚Wir wollen Gorbatschow!‘“ Vgl. den Artikel „DDR-Sicherheitskräfte behindern westdeutsche Journalisten“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 10. Juni 1987, S. 1 f.

²² Zur Beschränkung des Devisenumtausches in der DDR vgl. Dok. 217, Anm. 22.

²³ Die EG-Mitgliedstaaten legten am 18. Juni 1987 auf der KSZE-Folgekonferenz in Wien einen von Bulgarien, der ČSSR, der DDR, Rumänien, Ungarn und der UdSSR miteingebrachten Vorschlag vor, in dem das „Interesse an einem verstärkten Informations- und Erfahrungsaustausch über Konzepte für die Berufsbildung“ betont wurde. Für den Vorschlag CSCE/WT.E.9 vgl. Referat 212, Bd. 153448.

²⁴ Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), übermittelte am 21. Juli 1987 den Entwurf „für einen westlichen Vorschlag zum Außenhandel“. Dazu teilte er mit: „Auf unsere Initiative haben sich EG-Experten zu Korb II auf einen Vorschlag zum Handelsbereich geeinigt. [...] Hintergrund für die Initiative ist der Umstand, daß ein westlicher Vorschlag im Bereich Handel bisher nicht vorliegt und daher eine Lücke geschlossen wird. Der Vorschlag zielt – auch durch die Aufnahme neuerlicher östlicher Argumentationsmuster – auf eine Ermunterung des Reformprozesses im Hinblick auf die Praxis des Außenhandels. Es ist vorgesehen, den Vorschlag am 24.7.1987 nach Möglichkeit auf breiter westlicher Basis im Plenum einzubringen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1076; Referat 212, Bd. 153429.

²⁵ Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), resümierte am 29. Juli 1987 „die Behandlung des Themas ‚Menschliche Kontakte‘ vom 5. Mai bis 31. Juli 1987 auf dem WFT“. Er legte dar: „Einen besonderen Platz nahmen zweifellos die Mitte Mai von uns mit der SU, ČSSR, RUM und PL geführten

Diese Thematik stand auch im Mittelpunkt des (zweiten) Besuchs einer Delegation des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages, die sich vor Ort über den Stand des WFT unterrichtete.²⁶

²⁷II. Zu den Körben im einzelnen

1) Beim Prinzipienkatalog wurden alle Vorschläge (geordnet nach der Reihenfolge der Schlußakte²⁸) in einer „ersten Lesung“ gründlich erörtert. Westen wie westlich orientierte N+N waren sich über das prioritäre Ziel einig, bestehende (östliche) Implementierungsdefizite bei den Menschenrechten abzubauen. Das gilt vor allem für: Religionsfreiheit, Freizügigkeit, Behandlung von Gefangenen, nationale Minderheiten. Die Schaffung eines Kontroll- und Implementierungsmechanismus in der Menschlichen Dimension (durch den westlichen CDH-Vorschlag) findet zunehmende Resonanz bei den N+N, wenn auch bei ihnen noch Vorbehalte auszuräumen sind.

Die östliche Seite reagierte flexibel und nicht mit schroffer Ablehnung. Positiven Einlassungen zu Einzelaspekten bei den Freiheitsrechten fehlte jedoch jede Verbindlichkeit, da die östlichen Vertreter Festlegungen verweigerten. Ihr Hauptziel ist die Festschreibung einer gegenseitigen Bedingtheit zwischen den wirtschaftlichen und sozialen Rechten auf der einen, den bürgerlichen Grund- und Freiheitsrechten auf der anderen Seite. Dies bedeutet letztlich eine Relativierung der Menschenrechte insgesamt, namentlich den Versuch, ihre Verwirklichung von sachfremden Forderungen abhängig zu machen.

Nach langem Zögern hat die SU ihre Vorstellungen zu einem Mandat für die Moskauer Konferenz präzisiert und zu erkennen gegeben, daß sie die Konferenz als „Gegenunternehmen“ zu CDH ausgestalten will. Sie gibt sich flexibel zu Struktur und Substanz des Treffens, das eine korbübergreifende Thematik Menschenrechte und Korb III behandeln soll. Westliche TNS, die an einem starren, Moskau ausschließenden CDH-Konzept festhalten, könnten sich dadurch auch von den noch zögerlichen N+N isolieren.

Insgesamt reflektierten die von allen Seiten zirkulierten Non-paper bislang nur die Maximalpositionen und dienten dadurch der Sicherung der eigenen Vorschläge.

Vieles wird von der Fähigkeit des Koordinators abhängen, Ansätze für redaktionellen Einstieg wenigstens bei Themen zu suchen, zu denen Vorschläge verschiedener Seiten auf dem Tisch liegen. Religionsfreiheit, zu der Westen, N+N und Osten Vorschläge gemacht haben, böte sich als Einstieg an.

2) Die Behandlung der militärischen Aspekte der Sicherheit litt bis Mitte Juli unter dem Fehlen eines westlichen Vorschlags. Erst mit Vorlage des westlichen

Fortsetzung Fußnote von Seite 1142

Expertengespräche ein. [...] Grundsätzlich konnten wir allen öst[lichen] Gesprächspartnern gegenüber unsere Position unwidersprochen bekräftigen, daß die KSZE-Verpflichtungen Berufungsgrundlagen für die Geltendmachung auch bilateraler Anliegen bieten. Verbunden war dies mit der Übergabe von Härtefall-Listen. Lediglich PL (auf Weisung des AM) lehnte die Annahme – mit Hinweis auf Zuständigkeit der Botschaften in Warschau und Köln – ab.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1126; Referat 212, Bd. 153429.

²⁶ Eine Delegation des Auswärtigen Ausschusses des Bundestags besuchte die KSZE-Folgekonferenz in Wien am 22. Juli 1987.

²⁷ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1150 übermittelten dritten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

²⁸ Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

Textes WT.129 fand die Redaktionsgruppe „S“ den Anschluß an das übrige Konferenzgeschehen und konnte zugleich eine maßgebliche Ursache für die Stagnation der Verhandlungen behoben werden. Nach einer letzten heftigen Kontroverse innerhalb der Allianz konnte sichergestellt werden, daß alle 16 Partner – unter Einschluß von F – den Vorschlag gemeinsam (als Miteinbringer) tragen und uneingeschränkt auf ihn verpflichtet sind.

Der Text setzt den doppelten Verhandlungsansatz des Bündnisses in eine operative Form um: Er enthält ein Mandat für Verhandlungen (unter den 35) über weitere VSBM und den Rahmen für künftige KRK-Verhandlungen (unter den 23) – ohne dieses eigentliche KRK-Mandat zu beinhalten, das ausschließlich unter den Mitgliedern der beiden Militärallianzen vereinbart werden soll. Ein entsprechender westlicher Entwurf wurde während der letzten Begegnung der 23 präsentiert und stellt – gemeinsam mit WT.129 – ein umfassendes Konzept für künftige Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrolle dar.

Die östliche Seite beanstandet an diesem Konzept im wesentlichen:

- enge Zonendefinition und einseitigen Ansatz bei VSBM;
- unzureichende Einbindung des KRK-Teils in die KSZE und Diskriminierung der N+N;
- westlichen Begriff der „konventionellen Stabilität“ an Stelle der vom Madrider Mandat²⁹ gebotenen Festlegung auf „Abrüstung“.

Sie läßt aber ihre grundsätzliche Bereitschaft erkennen, den Ansatz als Grundlage der Textverhandlungen zu akzeptieren.

Auch die N+N-Staaten – die nicht zu einer gemeinsamen Position im Sicherheitsbereich gefunden haben – signalisierten (mit Ausnahme von JUG) Verständnis für den westlichen Vorschlag, bestehen aber auf einer engen institutionellen Anbindung der 23er-Verhandlungen an die KSZE und die Perspektive einer (späteren) Rückführung von Abrüstungsverhandlungen in den Rahmen der 35. SCN faßte die Forderungen am Schlußtage der Verhandlungsrunde in einem eigenen umfassenden Vorschlag zusammen: Der Text folgt dem westlichen Ansatz von zwei Verhandlungen, verlangt aber gleichberechtigten Zugang aller Teilnehmer zu den (formellen) Sitzungen beider Verhandlungsstränge (die im übrigen zeitlich parallel und im gleichen Konferenzgebäude stattfinden sollen).³⁰

Schließlich hat die Allianz in der abschließenden Sitzung noch einen Text (in Form eines Non-papers) zur Bewertung der Stockholmer Verhandlungen eingeführt. Er bietet sich – gemeinsam mit einem entsprechenden östlichen

²⁹ Für den Wortlaut des Abschließenden Dokuments der KSZE-Folgekonferenz in Madrid vom 6. September 1983 vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 537–554.

³⁰ Vgl. dazu den von Schweden am 31. Juli 1987 auf der KSZE-Folgekonferenz in Wien eingeführten Vorschlag für eine Konferenz über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa (CSCE/WT.131); Referat 212, Bd. 153446.

Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), teilte am 1. August 1987 mit, der schwedische Vorschlag zielt darauf ab, „in der sich abzeichnenden Trennung der Sicherheitsmaterie auf zwei Verhandlungsstränge (KVAE/Konventionelle Stabilität) die Sicherheitsinteressen der N+N durch eine enge, formalisierte Verknüpfung zu gewährleisten. Der Vorschlag wird von anderen N+N-Staaten unterstützt, angesichts divergierender Interessen (vor allem CH) aber nicht mitgetragen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1159; Referat 212, Bd. 153429.

Papier³¹ – als Einstieg in Redaktionsarbeiten an, da diese Bewertung vom Madrider Mandat gefordert wird und im wesentlichen unstreitig ist.

³²3) Bei den Verhandlungen in Korb II war die westliche Seite bemüht, den Gleichschritt mit den anderen Bereichen zu wahren und Redaktionsgruppe „E“ nicht (wie in Madrid) zum Vorreiter werden zu lassen. In einer ersten Lesung aller Vorschläge stand das Thema „Umweltschutz“ an der Spitze. Einmal, um die erheblich gewachsene Bedeutung dieser Thematik auch im KSZE-Rahmen zu betonen, zum anderen, um die östliche Kooperationsbereitschaft zu prüfen. Der Osten ließ sich zunächst jedoch alle Optionen beim Umweltschutz offen, während er beim Kapitel „Handel und industrielle Zusammenarbeit“ eigene sachliche Vorteile suchte.

Erst die „zweite Lesung“ – unter dem CH-Koordinator – erbrachte konkrete Klärungen und (bescheidene) Annäherungen der Positionen. So zeichneten sich beim Umweltschutz gangbare Verbindungen zwischen dem westlichen Vorschlag³³ und den nordischen Initiativen³⁴ ab. Auch die östliche Seite mußte deshalb zu erkennen geben, wo Möglichkeiten der Einigung liegen. Keine Bewegung gab es hingegen bei den Themenbereichen: Handel und Kooperation, Wissenschaft und Technologie sowie Varia (wie Tourismus und Wanderarbeit). Wegen des Fehlens neutraler Vorschläge stehen sich hier westliche und östliche Positionen unvermittelt gegenüber.

Durch die Einführung von Non-paper zu den Themen Umweltschutz, Geschäftskontakte, Tourismus, Kompensation, wissenschaftliche und technologische Kooperation am Ende der Berichtsperiode machte der Westen noch einmal deutlich, wo seine besonderen Interessenschwerpunkte liegen. Bei einer abschließenden Diskussion über Folgeveranstaltungen erklärten USA als einzige Delegation explizit, daß sie die Erörterung von Folgetreffen zum jetzigen Zeitpunkt ablehnen. Sie schlossen in diese Ablehnung auch unser Non-paper zum Mandat der Wirtschaftskonferenz³⁵ ein.

³¹ Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), berichtete am 24. Juli 1987: „WP-Staaten unterstützten das von POL eingeführte Non-paper zur Bewertung des Stockholmer Dokuments als Grundlage für die Textredaktion.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1101; Referat 212, Bd. 153429.

Eickhoff teilte ergänzend am 28. Juli 1987 über die Plenarsitzung am selben Tag mit: „POL-Vertreter gab Erläuterungen zu dem kürzlich verteilten polnischen Memorandum über Rüstungsbegrenzung und Erhöhung des Vertrauens in Polen. Mit ihnen wollte er vor allem westlichen Befürchtungen Rechnung tragen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1125; Referat 212, Bd. 153429.

³² Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1151 übermittelten vierten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

³³ Zum Vorschlag der EG-Mitgliedstaaten und der USA vom 27. Februar 1987 zum Umweltschutz vgl. Dok. 106, Anm. 26.

³⁴ Zu den Vorschlägen Dänemarks, Finnlands, Islands, Norwegens und Schwedens zum Umweltschutz vgl. Dok. 106, Anm. 23.

³⁵ Botschaftsrat Metscher, Wien (KSZE-Delegation), berichtete am 30. Juli 1987: „Im Bereich Handel und industrielle Kooperation stehen sich das Prager Wirtschaftsforum, die EG-Konferenz über wirtschaftliche Zusammenarbeit und der RUM-Vorschlag einer Wirtschaftskonferenz gegenüber. [...] Von der Thematik her gesehen sind diese Folgeveranstaltungen ähnlich angelegt. ČSSR schlug deshalb auch ‚gemeinsame‘ Erarbeitung eines Mandates vor. Wir präzisierten unsere Mandatsvorstellungen durch Vorlage eines Non-papers, von dem sich USA jedoch ausdrücklich distanzierten. USA wies darauf hin, daß es zunächst einmal gelte, substantielle Texte für das Schlußdokument [zu] erarbeiten, erst danach würde sich die Frage einer Folgeveranstaltung stellen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1142; Referat 212, Bd. 153429.

Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), berichtete am 1. August 1987, das Non-paper solle zur Annäherung der unterschiedlichen Mandatsvorstellungen beitragen: „Zu diesem Zweck wurden in

Die Arbeit in der EG hat sich weiter intensiviert. Auch bei schwierigen und kontroversen Themen – wie z.B. Reaktorsicherheit – konnte jeweils eine für alle MS tragbare Lösung gefunden werden. In der Arbeitsgruppe „E“ vermittelte die EG einen geschlossenen Eindruck und bestimmte weitgehend das Geschehen auf westlicher Seite. Als Chef de file in den Schlüsselbereichen Umweltschutz sowie Handel und industrielle Zusammenarbeit hatten wir daran maßgeblichen Anteil. Die Zusammenarbeit unter den 16 gestaltete sich nicht immer einfach. Um dem Gefühl entgegenzuwirken, durch die EG vor vollendete Tatsachen gestellt zu werden, wurde der Koordinationsrhythmus im Rahmen der Allianz erweitert. Vor allem bei den USA sind erhebliche Widerstände gegen den Ausbau der wirtschaftlichen Kooperation mit dem Osten zu überwinden.

4) In Korb III brachte die ausführliche, oft repetitive Erörterung von Konferenzvorschlägen (und entsprechenden Non-papers³⁶) zu den menschlichen Kontakten keine ernsthaften Annäherungen. Wir beharrten auf den westlichen Hauptforderungen, die alle wesentlichen deutschen Belange berücksichtigen. N+N verfolgen zusätzlich Vorschläge, die unsere Interessen fördern. Es handelt sich um folgende für uns zentrale – auch deutschlandspezifische – Themen:

- Vereinfachung und Beschleunigung der Antragsverfahren in dringenden humanitären Härtefällen, auch bei wichtigen Familienereignissen;
- Fortgeltung von Antragsdokumenten für die gesamte Dauer des Antragsverfahrens, aber auch bei Neuansträgen auf Familienzusammenführung;
- das Recht von Familienmitgliedern auf gemeinsame Auslandsreisen;
- Nichtdiskriminierung von Ausreisearträgen aufgrund der Tatsache, daß Familienmitglieder „illegal“ ihre Heimat verlassen haben;
- besondere Förderung der Zusammenführung von minderjährigen Kindern mit den von ihnen getrennten Eltern;
- Städtepartnerschaften;
- Sportkontakte auf lokaler und regionaler Ebene und zwischen den TNS.

Darüber hinaus setzte die westliche Seite die Implementierungskritik fort – wir auch mit positiven Akzenten, z.B. zum Anstieg der Ausreisen aus der SU.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1145

das Non-paper die weitgehend unkontroversen Themen Marketing und Schiedsgerichtsbarkeit, aber im Rahmen der industriellen Kooperation auch von östl[ichen] Vorstellungen Ko-Produktion und Spezialisierung übernommen. Dem Wunsch des Ostens nach Behandlung von Finanzierungsfragen wurde durch Aufnahme eines Punktes Währungs- und Finanzierungsaspekte von Handel und industrieller Kooperation Rechnung getragen, wobei die spezifischen Einzelthemen (Rolle der Konvertibilität für Handel und Zusammenarbeit, Finanzierungsinstrumente der Geschäftsbanken) jedoch nach westl[ichen] Prioritäten für die Behandlung dieser Thematik ausgerichtet wurden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1156; Referat 212, Bd. 153429.

³⁶ Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), teilte am 24. Juli 1987 über die zurückliegende Konferenzwoche mit: „Zu den menschlichen Kontakten haben GB ein Non-paper zu ungestörten Post- und Telefonverbindungen (Basis westlicher Vorschlag WT.74), JUG zwei Non-paper zu den menschlichen Kontakten der nationalen Minderheiten bzw. der Wanderarbeiter und DDR ein Non-paper zum Jugendaustausch sowie Tourismus (ausgehend von WT.28 und WT.66) zirkuliert.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1102; Referat 212, Bd. 153429.

Eickhoff ergänzte am 31. Juli 1987: „Westen hat in dieser Woche in der Redaktionsgruppe ‚H‘ noch drei weitere Non-paper eingeführt (folgen per F[ern]K[opie]): Von CDN ein Non-paper zu den kulturellen Rechten von nationalen Minderheiten (Basis westlicher Vorschlag WT.27), am 28.7. Irland ein Non-paper zu den Arbeitsbedingungen von Journalisten (Grundlage westlicher Vorschlag WT.56 und neutraler Vorschlag WT.44) sowie wir zur Weiterverwendbarkeit von Dokumenten in Antragsverfahren zu F[amilien]Z[usammenführung] u. a. am 30.7.1987.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1143; Referat 212, Bd. 153429.

Die östlichen Unterhändler praktizierten bislang jedoch noch kein „Neues Denken“ und ließen keine Konzessionsbereitschaft gegenüber unseren Anliegen erkennen. Wir werden unbeirrt an ihnen festhalten und ein Ergebnis ansteuern, das meßbar über dem (nicht angenommenen) Berner Schlußkompromiß liegt. Dafür besitzen wir die grundsätzliche Unterstützung der westlich orientierten Neutralen, aber auch das unausgesprochene Verständnis einiger WP-Staaten. Eine wertvolle Hilfe stellt insoweit das zum Rundenschluß zirkulierte – alle Materien von Korb III umfassende – Non-paper von A und CH³⁷ dar.

Beim Rahmenthema Kultur geht es um direkte Kontaktmöglichkeiten von Künstlern und Schriftstellern, aber auch um andere Möglichkeiten, die Kenntnis fremder Kulturen grenzüberschreitend zu fördern. Für uns steht die Errichtung von Kulturinstituten im Vordergrund, was wir (gegen anfänglichen Widerstand von US und KAN) durch Non-paper³⁸ deutlich machten. Vor allem die SU zögert noch, schließt aber nicht aus, das Problem der Kulturinstitute in einem Schlußdokument zu berücksichtigen.

Im Bereich Information konzentrierten sich die westlichen Bemühungen auf das Verbot von Störsendern („jamming“). Als Zeitraum für das Informationsforum in London kündigte GB den 18.4.1989 bis 15.5.1989 an.

³⁹5) Redaktionsgruppe „F“ für die Folgen der Konferenz befaßte sich vor allem mit dem Problem, ob Rahmenbedingungen für Folgeveranstaltungen entwickelt und festgeschrieben werden sollen. Wir warnten vor diesem Ansatz, da eine Einigung über Rahmenbedingungen nur auf kleinstem gemeinsamen Nenner möglich sein dürfte. Vielmehr sollten (beispielhaft) bisherige positive Erfahrungen mit einzelnen Veranstaltungen (etwa Berner Treffen) herausgestellt und dadurch ein – nicht verhandelbarer – Maßstab etabliert werden.

Daneben wurden Möglichkeiten der Rationalisierung (etwa Verzicht auf Vorbereitungstreffen) behandelt.

6) Grundlage der Beratungen über Fragen des Mittelmeerraumes bleiben weiterhin nur zwei Vorschläge:

- Die Initiative von Malta, JUG und ZYP (WT.40)⁴⁰ sieht ein Expertentreffen mit umfassender Thematik – unter Einschluß der militärischen Sicherheit –

³⁷ Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), berichtete am 30. Juli 1987, Österreich und die Schweiz hätten in der Sitzung der Redaktionsgruppe „H“ am selben Tag ein Non-paper „zum Korb III insgesamt zirkuliert, also zu allen Bereichen dieses Korbes: Menschliche Kontakte, Information, Kultur und Erziehung. Es wird erwartet, daß der österr[eichische] AM Mock in der öffentlichen Schlußsitzung des Plenums (morgen, Freitag, 31.7.) das Gewicht der Regierung des WFT-Gastgebers für dieses Non-paper in die Waagschale legen wird. [...] Das Non-paper der beiden westl[ichen] Neutralen ist eine außerordentlich nützliche Unterlage für die Redaktionsarbeiten nach der Sommerpause und hilft insb[esondere] dem schwed[ischen] Koordinator bei seiner noch nicht tatsächlich aufgenommenen Vermittlungstätigkeit.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1141; Referat 212, Bd. 153429.

³⁸ Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), informierte am 24. Juli 1987: „Im Bereich Kultur konnte der Westen endlich die beiden seit langem vorbereiteten Non-paper einführen: F zum umfassenden Kulturkonzept (aufgrund von WT.29 und WT.54), wir zu den Kulturinstituten. Gegen nachhaltigen Widerstand der USA, weniger stark seitens KAN, sind die Kulturinstitute auch im französischen Non-paper berücksichtigt. Damit steht das Thema Kulturinstitut nunmehr zweifellos in der vordersten Reihe der westlichen Kulturvorschläge.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1102; Referat 212, Bd. 153429.

³⁹ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1152 übermittelten fünften Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

⁴⁰ Zum Vorschlag vom 13. Februar 1987 für ein Treffen über Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittelmeerraum vgl. Dok. 106, Anm. 22.

vor. Nicht zuletzt deshalb wird sie auch von östlicher Seite unterstützt. Vor allem JUG verlangt: besondere Berücksichtigung der Sicherheitsbelange der Region; Ausdehnung der Stockholmer VSBM⁴¹ auf den Raum; Mitspracherecht aller Anrainer (also auch der Nicht-TNS) im KSZE-Rahmen, soweit die Region betroffen ist.

- Realistischer ist der westliche (auf E zurückzuführende, von uns miteingebrachte) Vorschlag (WT.50), der ein Expertentreffen in Palma de Mallorca über den Schutz der mediterranen Ökosysteme vorsieht und jetzt durch detaillierte Mandatselemente konkretisiert wurde.⁴²

Derzeitiger Verhandlungsstand läßt erwarten, daß Berechtigung ökologischer Maßnahmen anerkannt wird, sich der Westen andererseits aber – schon wegen der Festlegungen in Schlußakte und Madrider Dokument – der weiteren Thematik nicht wird völlig verschließen können.

[gez.] Eickhoff

Referat 212, Bd. 153429

⁴¹ Für den Wortlaut des „Dokuments der Stockholmer Konferenz“ vom 19. September 1986 vgl. EURO-PA-ARCHIV 1986, D 625–638. Vgl. dazu auch AAPD 1986, II, Dok. 253 und Dok. 267.

⁴² Zum Vorschlag vom 13. Februar 1987 für ein Expertentreffen über mediterrane Ökosysteme vgl. Dok. 106, Anm. 36.

226

Botschafter Massion, z.Z. Genf, an das Auswärtige Amt**Fernschreiben Nr. 1687****Aufgabe: 3. August 1987, 18.45 Uhr¹****Ankunft: 3. August 1987, 18.59 Uhr**

Betr.: UNCTAD VII vom 9.7. bis 3.8.1987

Bezug: DB 1608 vom 24.7.²DB 1633 vom 28.7.³

Delegationsbericht Nr. 57

Zur Unterrichtung

I. Zusammenfassung

UNCTAD VII ging nach knapp vierwöchiger Dauer in den Morgenstunden des 3.8. mit der Verabschiedung eines einheitlichen Dokuments, der „Schlußakte“ (Dok. TD/L.316⁴), zu Ende. Die formelle Abschlusssitzung, bei der sich im Zusammenhang mit Stimmerkklärungen und der Behandlung der noch schwebenden politischen Fragen (Beglaubigungsschreiben der israelischen Delegation, arabischer Resolutionsentwurf gegen Israel) noch Überraschungen ergeben können, beginnt heute um 15 Uhr.

Mit UNCTAD VII ist eine Etappe des Nord-Süd-Dialogs abgeschlossen worden, bei der in zähem Ringen die Gruppe 77 und die osteuropäische Gruppe zur Annahme einer realistischeren Sprache bei der Analyse der Weltwirtschaft

¹ Das Fernschreiben wurde seitens des Auswärtigen Amts von Botschafter Massion und Vortragendem Legationsrat Schneller, beide z.Z. Genf, konzipiert.

Das Fernschreiben wurde in drei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 14 und 27.

Hat Legationsrat I. Klasse Linden am 20. August 1987 vorgelegen.

² Botschafter Massion, z.Z. Genf, zog eine Zwischenbilanz der VII. Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD) und berichtete: „1) Am Wochenende vor Beginn der letzten Konferenzwoche herrscht weiterhin in den offiziellen Bekundungen nach außen Optimismus hinsichtlich der Erreichung der Konferenzziele – die allerdings unterschiedlich gesehen werden – und Befriedigung über den in den abgelaufenen drei Wochen beobachteten Arbeitsstil. Die konzentrierte Tagesordnung, die Bereitschaft, mit einem einheitlichen Schlußdokument die Konferenz zu beenden, die durch den Verzicht auf Havanna als Konferenzort ermöglichte Beteiligung der Amerikaner an der Veranstaltung sind die Ausgangspunkte für diese Stimmung. 2) Die Konferenz bewegt sich jedoch auf dünnem Eis. Das Vokabular ist bei der Gruppe 77 sowie bei den sowjetischen Ländern zwar nüchterner geworden. Zwischen den Teilnehmern, und das heißt insbesondere zwischen der B-(OECD-)Gruppe auf der einen Seite und allen übrigen auf der anderen, besteht aber zumindest in den offiziellen Äußerungen ein doppelter Dissens im Grundsätzlichen“. Letztere forderten ein „zentrales Management“ für die Entwicklungsländer und seien der Auffassung, daß die UNCTAD dafür „der richtige und der befugte Ort“ sei. Vgl. Referat 402, Bd. 147020.

³ Korrigiert aus: „27.7.“

Botschafter Massion, z.Z. Genf, informierte: „Am heutigen letzten Tage für Vorlage der Ausschußberichte war kein Ausschuß in der Lage, dem Konferenzpräsidenten einen von allen Gruppen gebilligten Bericht der Ausschußpräsidenten vorzulegen.“ Sofern diese Berichte abgeliefert hätten, „geschah es auf persönliche Verantwortung. Die Arbeiten in den vier Ausschüssen müssen damit als gescheitert angesehen werden. [...] Wie aus Kreisen der G 77 gerüchteweise verlautet, soll am 28.7. im Plenum der Konferenz eine Grundsatzerklärung der Gruppe 77 über die Ursachen für den lamentablen Stand der Konferenzarbeit abgegeben werden.“ Vgl. Referat 402, Bd. 147020.

⁴ Für den Wortlaut der Schlußakte der VII. Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD) vom 9. Juli bis 3. August 1987 in Genf vgl. PROCEEDINGS OF THE UNITED NATIONS CONFERENCE ON TRADE AND DEVELOPMENT, Seventh Session, Bd. I, S. 6–23.

bewegt werden konnten, während die IL ihre Bereitschaft zur solidarischen Zusammenarbeit untermauerten, ohne ihre Grundpositionen zu unterhöhlen.

Das vom Westen geforderte Konzept des einheitlichen Schlußdokuments hat sich also bewährt, wenn hierdurch auch der Zwang zum Kompromiß nicht nur für die Gegenseite verstärkt wird.

Die Bundesregierung war durch Anwesenheit von BM Klein bei der Eröffnung und den damit verbundenen Gesprächen einerseits und in der Schlußphase durch BM Bangemann in seiner stark beachteten Rede⁵ sowie dank seines Einsatzes bei den Verhandlungen andererseits prominent und erfolgreich am Gelingen der Konferenz beteiligt.

Die vom Kabinett beschlossenen Verhandlungsleitlinien⁶ erwiesen sich als ausreichend; neue finanzielle Verpflichtungen ergeben sich nicht.

Die EG zeigte eine erfreuliche Geschlossenheit. Bei der Frage der Palästina-Resolution konnte zum ersten Mal seit Jahren GR dazu bewegt werden, ein mit den EG-Partnern einheitliches Verhalten in Aussicht zu stellen.⁷ Die Briten brachten ein ähnliches Opfer im Zusammenhang mit der Behandlung des Gemeinsamen Fonds.⁸ Sie werden allerdings in der Plenarsitzung den

⁵ Für die Rede des Bundesministers Bangemann bei der VII. Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD) am 29. Juli 1987 in Genf vgl. Referat 402, Bd. 147021.

⁶ Mit Schreiben vom 29. Juni 1987 an Bundesminister Schäuble, Bundeskanzleramt, sowie alle Bundesministerien übermittelte das Bundesministerium für Wirtschaft die „Verhandlungsleitlinien für die 7. VN-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD VII)“ vom 19. Juni 1987. Dazu vermerkte es, diese seien „mit AA, BMF, BML und BMZ sowie mit der Deutschen Bundesbank abgestimmt. Die Verhandlungsleitlinien sehen vor, daß wir uns gemeinsam mit den anderen EG-Mitgliedstaaten bereit erklären, für Maßnahmen im Rohstoffbereich Mittel zur Verfügung zu stellen. Hierfür ist im Entwurf des Bundeshaushalts 1988 (Kap. 0902; Tit. 68683) eine Verpflichtungsermächtigung (gesperrt) über 50 Mio. DM für künftige Haushaltsjahre veranschlagt; etwaige Ausgaben sind bei der Fortschreibung des Finanzplans zu berücksichtigen. Angesichts dieser Größenordnung sind keine Auswirkungen auf das Zins- und Preisniveau zu erwarten. Im übrigen enthalten die Verhandlungsleitlinien keine konkreten Maßnahmen mit unmittelbaren Auswirkungen auf das Preisniveau.“ Vgl. Referat 402, Bd. 147019.

⁷ Botschafter Massion, z. Z. Genf, berichtete am 4. August 1987: „G 77 (KUB) unterbreitete Plenum Resolutionsentwurf über wirtschaftliche Situation in besetzten Gebieten Palästinas (TD/L.295). ISR bezeichnete Vorlage als politische Propagandaaktion arabischer Staaten, die in keinem Zusammenhang mit UNCTAD VII stünde. [...] In Abstimmung votierten 80 Staaten für Antrag G 77, zwei Länder (ISR, USA) lehnten Resolutionsentwurf ab, 32 Staaten (darunter alle Staaten der EG, übrige B-Gruppen-Länder (mit Ausnahme TUR) und Mehrzahl mittelamerikanischer Staaten) enthielten sich der Stimme. TD/L.295 wurde somit angenommen und ist Bestandteil des Konferenzberichts.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1695; Referat 402, Bd. 147021.

Für den Wortlaut der Resolution Nr. 169 (VII) der VII. Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD) vom 3. August 1987 („Economic situation in the occupied Palestinian territories“) vgl. PROCEEDINGS OF THE UNITED NATIONS CONFERENCE ON TRADE AND DEVELOPMENT, Seventh Session, Bd. I, S. 24 f.

⁸ In einer Kabinettsvorlage führte das Bundesministerium für Wirtschaft am 18. November 1982 aus: „Am 27. Juni 1980 wurde in Genf im Rahmen der UNCTAD unter Beteiligung der EG und ihrer Mitgliedstaaten Einigung über den Abschluß des Übereinkommens zur Gründung des Gemeinsamen Fonds für Rohstoffe erzielt. Das Übereinkommen wird in Kraft treten, wenn mindestens 90 Staaten mit einem Mindestanteil von 2/3 der Pflichtbeiträge und 50 % der freiwilligen Beiträge dem Übereinkommen beigetreten sind. Das Übereinkommen liegt seit dem 1. Oktober 1980 am Sitz der UNO in New York zur Zeichnung aus. Der Fonds sollte ursprünglich am 1. April 1982 in Kraft treten. Da aber zu diesem Zeitpunkt die notwendigen Voraussetzungen noch nicht erfüllt waren, wurde der Termin auf den 1. Oktober 1983 verschoben. Die Bundesrepublik Deutschland hat nach einem im Umlaufverfahren herbeigeführten Regierungsbeschluß (22.12.1980) das Übereinkommen am 10. März 1981 gezeichnet.“ Vgl. Referat 402, Bd. 134026.

Vorschlag machen, vor Aktivierung des GF eine gründliche Prüfung vorzunehmen.⁹

Die B-Gruppe (OECD) stand in einigen Zerreißproben, da die amerikanische Delegation angesichts unbestreitbarer Mißstände der UNCTAD und schwieriger Forderungen der G77 ihre Poker-Haltung teilweise ungemein weit trieb.

Insgesamt war die Konferenz in geringerem Maße als frühere UNCTAD-Konferenzen mit rein politischen Fragen belastet, so daß auch insoweit Hoffnung besteht, daß ein neuer Weg eingeschlagen wurde.

Der Gang der Konferenz hat erneut die Frage nach der Sinnhaftigkeit der bei UNCTAD befolgten Prozeduren aufgeworfen. Der insbesondere vom Sekretariat betriebene frühzeitige Beginn des Vorbereitungsprozesses mit hohem personellen und materiellen Aufwand konnte sich weder konzeptionell in dem Schlußdokument in angemessener Form niederschlagen, noch führte er dazu, daß auf Hektik und demgemäß überhastete Durchsicht der schließlich verabschiedeten Papiere verzichtet werden konnte.

Von der Notwendigkeit, die künftigen Arbeiten des Sekretariates an den Erfordernissen der Sparsamkeit zu orientieren, sprachen nur wir.

Für unsere wirtschaftspolitischen Anliegen war es ein Erfolg, daß das von japanischer Seite ausgelöste Ärgernis einer Fixierung der Konferenz auf das „Recycling von Überschüssen der Surplus-Länder“ dank unserem Einsatz auf allen Ebenen verdrängt bzw. neutralisiert werden konnte.

Die von deutscher Seite rechtzeitig vor Beginn der Konferenz eingeleitete und im EG-Verband abgestimmte Bereitschaft, die für das zweite Fenster des Gemeinsamen Fonds vorgesehenen freiwilligen Leistungen auch unabhängig vom Inkrafttreten des Vertrags über den Gemeinsamen Fonds zu aktivieren, war eine beachtete Geste, die uns auch weiterhin, d.h. nach dem Inkrafttreten des Gemeinsamen Fonds und im Zeitraum der vermutlich langwierigen Diskussionen über die Geschäftsordnung, politischen Nutzen bringen sollte, sofern wir klug verfahren.

II. Konferenzergebnis im einzelnen

Schlußakte (Final Act of UNCTAD VII) enthält einleitendes Kapitel mit Bewertung Lage der Weltwirtschaft und des Strukturwandels, gefolgt von sich daraus ergebenden generellen politischen Orientierungen (assessment). Es schließen

⁹ Referat 402 notierte am 9. September 1987: „Nach der Zeichnung durch die SU und durch einige kleinere Länder während UNCTAD VII im Juli in Genf sind die formellen Voraussetzungen für ein Inkrafttreten des Gemeinsamen Fonds für Rohstoffe (GF) in greifbare Nähe gerückt. Ratifizierung durch mindestens 90 Staaten ist seit Januar 1986 erfüllt. Zusagen über mindestens 50 % der für rohstoffpolitische Entwicklungsmaßnahmen des sog. ‚zweiten Schalters‘ vorgesehenen freiwilligen Kapitalbeiträge sind zu über 92 % erfüllt. Zeichnung von Kapitalanteilen in Höhe von mindestens zwei Dritteln der vorgesehenen gesamten Pflichtbeiträge in Höhe von 470 Mio. US-Dollar wird nach Vornahme der Ratifizierungen der während UNCTAD VII vorgenommenen Zeichnungen erfüllt sein. Ein Operativwerden aller Teile des Fonds (erster Schalter zur Finanzierung von Rohstoffabkommen mit Ausgleichslagern und zweiter Schalter zur Finanzierung anderer rohstoffpolitischer Maßnahmen) ist allerdings auch nach einem formalen Inkrafttreten nicht abzusehen, da wichtige institutionelle Voraussetzungen (Geschäftsordnung, Steuerungsorgane und Sekretariat, Assoziierungsabkommen des GF mit Rohstoff-Organisationen) weiterhin fehlen. Für ein Operieren des ersten Schalters des GF fehlen auch sachliche Voraussetzungen, da gegenwärtig lediglich zwei Ausgleichslager-Abkommen existieren (Kakao und Kautschuk).“ Vgl. Referat 402, Bd. 147027.

Kapitel über die vier weiteren Schwerpunkte der Konferenz – Finanzen, Rohstoffe, Handel und Probleme der LLDC – an.

Diese fünf Themenbereiche blieben bis in letzte Konferenzphase hinein heftig umstritten, sowohl innerhalb B-Gruppe als auch zwischen Gruppen. Die B-Gruppe war für die Diskussion insoweit nicht perfekt vorbereitet, als sie es unterlassen hatte, sich frühzeitig an die Erarbeitung einer konferenzorientierten Bewertung der Weltwirtschaftslage und der zugrundeliegenden Ursachen zu machen. Die in Genf insoweit geleisteten Vorarbeiten waren in der Sache vorzüglich, ihre besonders von uns geforderte Umformulierung in „Elemente“ des beabsichtigten einheitlichen Schlußdokuments der Konferenz wurde jedoch von den Partnern nur langsam betrieben (Dok. TD/L.308).

1) Assessment

Aussagen der B-Gruppe zur Anerkennung der neuen Realitäten, zur Bedeutung nationaler Politikreformen, Privatsektor, Interdependenz sowie Bekenntnis gemeinsamer Verantwortung von EL und aller (auch der osteuropäischen) IL fanden Eingang in die Schlußakte und stellen Fortschritte gegenüber sonstigen VN-Erklärungen dar. Im größeren zeitlichen Abstand, etwa im Vergleich zur Wirtschaftserklärung von UNCTAD VI¹⁰, wird die Zunahme an Realismus besonders deutlich.

2) Ressourcen für Entwicklung

- Diskussionen zum Thema „Ressourcen“ konzentrierten sich insbesondere in Endphase der Konferenz wegen Drängens lateinamerikanischer Länder auf Forderungen nach Schuldenerleichterungen und höherem Zufluß finanzieller Mittel.

Aussagen im Ressourcenteil des Schlußdokuments sind gemessen an Ausgangslage:

- EL-Forderungen gemäß Havanna-Erklärung¹¹,
- Beharren der EL, diese während gesamter Konferenz als Basis der Verhandlungen aufrechtzuerhalten, letztlich aus IL-Sicht zufriedenstellend.
- Gemessen an VN-Resolution 41/202 vom Dezember 1986 zum Schuldenproblem¹² sind einzelne Aussagen problematisch, letztlich allerdings auslegungsfähig.
- Für Konferenzergebnis war gute Zusammenarbeit der EG-Länder (unter kompetenter dänischer Präsidentschaft¹³) und in B-Gruppe mit USA, Kanada, Österreich und der Schweiz maßgeblich. Andererseits wurde B-Gruppen-

¹⁰ Die VI. Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD) fand vom 6. Juni bis 2. Juli 1983 in Belgrad statt. Für den Wortlaut der Erklärung vom 2. Juli 1983 über die Lage der Weltwirtschaft vgl. PROCEEDINGS OF THE UNITED NATIONS CONFERENCE ON TRADE AND DEVELOPMENT, Sixth Session, Bd. I, S. 6–8. Vgl. dazu ferner AAPD 1983, II, Dok. 208.

¹¹ Vom 20. bis 25. April 1987 fand in Havanna das sechste Ministertreffen der G77 statt. Für den Wortlaut der Erklärung vom 25. April 1987 vgl. THE COLLECTED DOCUMENTS OF THE GROUP OF 77, Volume VI: Fiftieth Anniversary Edition, edited by Mourad Ahmia, New York 2015, S. 264–268.

¹² Für den Wortlaut der Resolution Nr. 41/202 der VN-Generalversammlung vom 8. Dezember 1986 vgl. RESOLUTIONEN UND BESCHLÜSSE DER GENERALVERSAMMLUNG, 41. Tagung, S. 173 f.

¹³ Dänemark hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Juli bis 31. Dezember 1987 inne.

Zusammenhalt durch japanische Vorstellung zu Forderung des Kapitalflusses in EL (Recycling) erschwert. Aufforderungen an einzelne Länder, japanische Absichten zu unterstützen, konnten vermieden werden. Japaner setzten allerdings durch, daß ihr Vorschlag zur Errichtung eines Beratergremiums zum Studium des Ressourcenflusses in Konferenzdokument erwähnt wird.

- Konferenzstrategie der EL bestand vor allem in Versuch, Zufluß von externen Finanzen herunterzuspielen (u.a. durch These vom „Ressourcenverlust“), um dadurch ihren Forderungen nach höheren ODA-Mitteln und mehr Privatkapital Nachdruck zu verleihen. Sachdiskussion aufgrund von Fakten (OECD-Statistiken) wurde durch Politisierung der Diskussion seitens einiger Wortführer unter den EL erschwert.
- ¹⁴Verschuldungsdiskussion¹⁵ erwies sich erwartungsgemäß als überaus schwierig. G77 behauptete, Politik zur Bewältigung der Schuldenlasten sei durch Verfahren der IL, durch ungünstige externe Einflüsse und durch Systemmängel erfolglos. EL forderten eine ihren Interessen entsprechende Strategie. IL gelang es, auf Basis bestehender Schuldenstrategie zu argumentieren und neuen Einzelforderungen entgegenzutreten. Schwierig war insbesondere Behandlung folgender Themen:
 - Umschuldungen (Pariser Club, Banken),
 - besondere Schuldenerleichterungen für einzelne Ländergruppen,
 - Eigenverantwortung der Banken bei alten und neuen Krediten.
- Es konnte erreicht werden, daß monetäre Fragen im Zusammenhang mit dem Ressourcenfluß primär unter den Aspekten Zahlungsbilanzen, Wechselkurse und Zinssätze behandelt wurden. G77-Absicht, Reform des internationalen Währungssystems einzuleiten, wurde nicht entsprochen. Aussagen im Schlußdokument sind nur allgemein ökonomischer Art und ohne präjudizierende Wirkung für Arbeiten in den kompetenten Organisationen.

3) Rohstoffe

Im Bereich Rohstoffe hat Konferenz eine Reihe wichtiger, für künftige Arbeiten richtungsweisender Entscheidungen getroffen:

- Rohstoffabkommen: Konferenz bestätigt Fortgeltung der Resolution 93 (IV).¹⁶ Sie stellt fest, daß zur Verbesserung der Funktionsfähigkeit der Rohstoffmärkte Zusammenarbeit gefordert und gestärkt sowie bestehende Rohstoffabkommen verbessert werden sollten. Die G77 hat sich mit Forderung nach Eröffnung neuer Runde über alle Rohstoffe des integrierten Programms, für die keine Abkommen bestehen, nicht durchsetzen können. Verhandlungen über Einzelrohstoffe sollen nur in Übereinstimmung mit Ergebnis vorheriger Konsultationen des UNCTAD-GS¹⁷ mit Produzenten und Verbrauchern einberufen werden.

¹⁴ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1688 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

¹⁵ Zur Schuldenkrise und zu Vorschlägen für ihre Lösung vgl. Dok. 62.

¹⁶ Für den Wortlaut der Resolution Nr. 93 (IV) („Integriertes Rohstoffprogramm“) der IV. Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD) in Nairobi vom 30. Mai 1976 vgl. PROCEEDINGS OF THE UNITED NATIONS CONFERENCE ON TRADE AND DEVELOPMENT, Fourth Session, Bd. I, S. 6–9. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1976, D 412–416. Vgl. dazu ferner AAPD 1976, I, Dok. 173.

¹⁷ Kenneth Dadzie.

- Gemeinsamer Fonds: Konferenz stellt fest, daß sich Aussichten für Inkrafttreten durch kürzliche Zeichnungen und Ratifizierungen verbessert haben. Länder, die diese Schritte bisher nicht unternommen haben, werden aufgerufen, dies in naher Zukunft zu tun.
- Diversifizierung, Weiterverarbeitung, Vermarktung (PMD¹⁸): Konferenz unterstreicht, daß für die meisten EL horizontale und vertikale Diversifizierung ihrer Wirtschaften sowie Weiterverarbeitung, Vermarktung und Verteilung langfristige Entwicklungsziele sind, für die internationale Zusammenarbeit zwischen Produzenten und Verbrauchern intensiviert werden soll.
Internationale Hilfe soll sich auf Diversifizierungsprogramme in breit angelegtem wirtschaftspolitischen Gesamtrahmen und im Kontext wachstumsorientierter Strukturanpassung konzentrieren. Zu Projekt- und Programmfinanzierung wird Notwendigkeit der Ausweitung der offiziellen bi- und multilateralen Hilfe unterstrichen. UNCTAD soll Aktivitäten in diesen Bereichen bei Projekten und Programmen technischer Zusammenarbeit unterstützen. Arbeitsgruppe PMD soll im Rahmen dieser Orientierung ihre Arbeiten fortsetzen.
- Marktzugang: Konferenz unterstreicht Bedeutung Uruguay-Runde¹⁹ im Hinblick auf Verbesserung der Handelsbedingungen im Rohstoffbereich. Sie betont, daß größere Markttransparenz für Verbesserung des Marktzugangs von Bedeutung ist. In diesem Zusammenhang soll sich technische Hilfe durch UNCTAD im PMD-Bereich auch auf Analysen rohstoffrelevanter Fragen des Marktzugangs erstrecken.
- Kompensatorische Finanzierung: Arbeitsgruppe von Regierungsexperten soll bei ihren weiteren Arbeiten Auswirkungen von Exporterlösausfällen bei Rohstoffen berücksichtigen und bei ihren Empfehlungen die verschiedenen Systemvarianten behandeln. Dieses Mandat umfaßt damit u. a. auch Prüfung des deutschen Vorschlags für ein System zur Stabilisierung der Rohstoffexporterlöse.²⁰
- Synthetische und Ersatzstoffe: Konferenz beschränkt sich darauf, auf Notwendigkeit hinzuweisen, Programme und Maßnahmen auf Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit natürlicher Rohstoffe gegenüber synthetischen und Ersatzstoffen auszurichten.
- Strategische Rohstofflager: Konferenz unterstreicht, daß Veräußerung von Rohstoffen aus strategischen Lagern keine Störung auf Rohstoffmärkten ver-

¹⁸ Prudential Measures Defense.

¹⁹ Zu den GATT-Verhandlungen vgl. Dok. 164, Anm. 23.

²⁰ Die Bundesrepublik unterbreitete auf der V. Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD) vom 7. Mai bis 3. Juni 1979 in Manila einen Vorschlag, um die Erlöse aus Rohstoffexporten der Entwicklungsländer zu stabilisieren. Er sah einen „Ausgleich für Exporterlösschwankungen des gesamten Rohstoffsektors (also aggregiert im Gegensatz zu dem auf die einzelnen Rohstoffe abstellenden STABEX) durch Darlehen aus einem revolvierenden Fonds“ vor. Vgl. den Schrifterlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Reichenbaum vom 26. Juni 1985; Referat 402, Bd. 133975.

In den „Verhandlungsleitlinien für die 7. VN-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD VII)“ vom 19. Juni 1987, die das Bundesministerium für Wirtschaft mit Schreiben vom 29. Juni 1987 übermittelte, wurde dargelegt: „Wir treten seit Jahren für ein wirksames System zur Stabilisierung der Rohstoffexporterlöse für EL ein, finden für unseren im Jahre 1985 neu formulierten Vorschlag bei den übrigen westlichen IL leider keine Unterstützung.“ Vgl. Referat 402, Bd. 147019.

ursachen darf und in Konsultation mit Produzenten und ggf. Rohstofforganisationen durchgeführt werden sollte.

4) Handel

Zentrales Thema war Uruguay-Runde und Abgrenzung der Aufgaben der UNCTAD gegenüber GATT, die im wesentlichen auf analytische Arbeiten im Handel mit Dienstleistungen und technische Hilfe für Entwicklungsländer beschränkt bleibt. Weitere Einigungen betreffen Zollpräferenz, Ablehnung des Protektionismus, Notwendigkeit von Strukturanpassungen und Ost-Süd-Handel. Einhaltung multilateral vereinbarter Handelsverpflichtungen soll nicht von Gegenleistungen in anderen Gebieten abhängig gemacht werden. Forderung der G77 nach Ausarbeitung eines neuen Welthandelssystems konnte mit bloßem Hinweis auf bereits seit UNCTAD VI bestehenden Untersuchungsauftrag an das UNCTAD-Sekretariat abgewehrt werden.

- Abschlußdokument unterstreicht die Bedeutung des internationalen Handels im Entwicklungsprozeß. Dadurch werden negative Auswirkungen auf Uruguay-Runde vermieden. Einigung hat in der Konferenz das erhebliche deutsche Interesse an Aufrechterhaltung einer möglichst ungetrübten Atmosphäre in den multilateralen Handelsbeziehungen mit den EL erkennen lassen. Verantwortung des GATT für Uruguay-Runde und Regeln des Welthandels bleibt gewahrt. Andererseits wird die Rolle der UNCTAD im analytischen und technischen Hilfebereich ausdrücklich anerkannt und zum Teil ausgeweitet, z.B. beim Handel mit Dienstleistungen. B-Gruppe wird in Erklärung auf Abschlußplenum²¹ Bedenken geltend machen, daß Arbeiten der UNCTAD bei Handel mit Dienstleistungen die Verhandlungen in Uruguay-Runde nicht beeinträchtigen dürfen.
- Bis in letzte Konferenzphase hinein umstritten blieb Forderung der EL nach Sanktionsverbot. Erst in abschließender Sitzung der Kontaktgruppe des Präsidenten²² konnte Aufnahme einer Passage, in der die divergierenden Ansichten zu diesem Thema festgeschrieben werden sollten, durch Verzicht der G77 vermieden werden. G77 wird hierzu jedoch Erklärung in Abschlußplenum abgeben.

5) LLDC

Abschlußdokument stellt in einleitender Bestandsaufnahme insgesamt schwierige Lage der LLDC heraus, betont andererseits jedoch auch Differenzierung, Bedeutung von Strukturanpassung sowie Komplementarität von Eigenanstrengungen und Außenbeiträgen.

- Abschlußdokument enthält keine neuen oder zusätzlichen Verpflichtungen der Industrieländer. IL werden ohne explizites Zeitziel („so früh wie möglich“) aufgefordert, Volumenziele zur öffentlichen Entwicklungshilfe auf Grundlage

²¹ Die Ständige Vertretung bei dem Büro der Vereinten Nationen und bei den anderen internationalen Organisationen in Genf übermittelte am 6. August 1987 den Teil „Internationaler Handel“ der „Erklärung der B-Gruppe in der Abschlusssitzung“ der VII. Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD) vom 1. August 1987. Sie vermerkte dazu: „Nach Äußerung des juristischen Dienstes des UNCTAD-Sekretariats hat diese nach Annahme der Konferenzdokumente abgegebene Erklärung keine rechtliche Bedeutung“. Vgl. den Schriftbericht Nr. 1987; Referat 402, Bd. 147021.

²² Bernard Chidzero.

von SNPA²³ und mid-term review „as adopted“, d. h. einschließlich der zum Teil einschränkenden Erklärungen, zu erreichen. Abschluß der Bemühungen um Aufstockung der Strukturanpassungsfazität des IWF noch im laufenden Jahr wird als für LLDC wünschenswert hervorgehoben.

- Bis zuletzt umstritten war Abschnitt über Konditionalität des IWF, in dem letztlich auf fortlaufende Überprüfung im Lichte der „sozialen, wirtschaftlichen und politischen Prioritäten der LLDC“ abgestellt wird. Damit keine Präjudizierung des IWF.
- Die Beratungen über Verschuldungsprobleme der LLDC wurden durch mangelnde Fortschritte im Ressourcen-Ausschuß sowie durch Störmanöver der Lateinamerikaner verzögert. Auch innerhalb B-Gruppe und EG wurden unterschiedliche Tendenzen (z. B. französische Zurückhaltung bei Schuldenerlaß) deutlich. Letztlich wurden nur bekannte Ansatzpunkte (Pariser Club, Resolution 165 (S-IX)²⁴) und ungelöste Probleme (z. B. multilaterale Schulden der LLDC) erwähnt.
- Im Rohstoffbereich werden Diversifizierung und technische Hilfe für LLDC empfohlen. Trotz weitergehender Bemühungen konnte nur allgemeine Empfehlung zur Exporterlösstabilisierung erreicht werden.
- Bei Marktzugang für LLDC wurden allgemeine Empfehlungen für Erleichterungen auf den Märkten der Industrie- und der Entwicklungsländer und verstärkte technische Hilfe durch ITC²⁵ und UNCTAD formuliert.
- Abschlußprüfung des SNPA soll 1990 in Frankreich stattfinden, allerdings ohne Präjudiz für eventuelles neues Aktionsprogramm für die 90er Jahre. Bedauerlicherweise führten die aufgrund von institutionellen und haushaltsmäßigen Erwägungen von der B-Gruppe und der EG nur halbherzig verfolgten Vorschläge zu LLDC-Arbeitsprogramm der UNCTAD nicht zur Aufnahme in das Abschlußdokument. Es wird Aufgabe des nächsten Handels- und Entwicklungsrats (TDB²⁶) im Oktober sein, klare Schwerpunkte für Arbeit der UNCTAD im Vorfeld der LLDC-Konferenz von 1990 zu setzen.

²⁷6) Hauptakteure der Konferenz

- EG war sich der in sie gesetzten Erwartung im Sinne vermittelnder Positionen bewußt und hat – nicht zuletzt dank effizienter Koordinierung durch dänische Präsidentschaft – akzeptables Ergebnis in hohem Maße mitbestimmt. Während gesamter Konferenz zeigte Gemeinschaft erfreuliche Geschlossenheit.

²³ Mit Resolution Nr. 122 (V) vom 3. Juni 1979 beschloß die V. Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD), die vom 7. Mai bis 3. Juni 1979 in Manila stattfand, für die am wenigsten entwickelten Staaten ein „Substantial New Programme of Action for the 1980s“ (SNPA). Für den Wortlaut vgl. PROCEEDINGS OF THE UNITED NATIONS CONFERENCE ON TRADE AND DEVELOPMENT, Fifth Session, Bd. I, S. 28–34.

Die VN-Generalversammlung billigte das Programm mit Resolution Nr. 36/194 vom 17. Dezember 1981. Für den Wortlaut vgl. RESOLUTIONEN UND BESCHLÜSSE DER GENERALVERSAMMLUNG, 36. Tagung, S. 149–151.

²⁴ Für den Wortlaut der Resolution Nr. 165 (S-IX) des Handels- und Entwicklungsausschusses der Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD) vom 11. März 1978 vgl. REPORT OF THE TRADE AND DEVELOPMENT BOARD, S. 43–45.

²⁵ International Trade Center.

²⁶ Trade and Development Board.

²⁷ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1689 übermittelten dritten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

²⁸ Korrigiert aus: „5)“.

- B-Gruppe war zeitweilig erheblichen internen Spannungen ausgesetzt, u.a. durch überraschend eingeführten japanischen Recycling-Vorschlag, auseinanderliegende Positionen bei Ressourcen und LLDCs, insbesondere zwischen USA und nordischen Staaten, oder bei Agrarproblematik (Cairns-Gruppe gegenüber EG). Es gelang jedoch, Spaltung B-Gruppe zu vermeiden, was insbesondere angesichts großer Zurückhaltung der USA gegenüber der Konferenz nicht a priori selbstverständlich war.
- Deutsche Delegation spielte besonders in Schlußphase durch energischen Einsatz von BM Dr. Bangemann eine herausgehobene Rolle. Wie von verschiedenen Seiten unterstrichen wurde, hätte ohne sein Zupacken die Fülle an Fragen, die sich bei Behandlung Handelsbereich aufgetürmt hatten, nicht zu einer Klärung gebracht werden können. Eine wichtige und besonders strapaziöse Rolle spielte ferner RD Mohrmann, der die Aufgabe der Koordinierung der B-Gruppe im Bereich des Handelsausschusses übernommen hatte.
- G 77 zeigte bekanntes Bild starker Interessendifferenzierung, hielt jedoch Gruppensolidarität aufrecht.
- Sozialistischen Staaten gelang es trotz Anerkennung seitens G 77 wegen Zeichnung GF nicht, über marginale Rolle hinauszukommen.
- China verfolgte pragmatische und unabhängige Linie; chinesische Delegation widersprach bisweilen der sowjetischen bei den Bemühungen, sachfremde politische Elemente einzuführen.

7)²⁹ Über die schließliche Behandlung der politischen Themen wird nach der Schlußsitzung berichtet werden.³⁰

8)³¹ Bewertung

Wenn auf UNCTAD VII auch nur wenige neue Argumente zu hören waren, hat Konferenz doch Beitrag zur Fortentwicklung des Nord-Süd-Dialogs geleistet. Verabschiedung eines einheitlichen Schlußdokuments statt einer Fülle von Einzelresolutionen in teilweise marginalen Bereichen wie auf UNCTAD VI ist sicherlich ein Fortschritt. Die bereits in der Tagesordnung enthaltene, von der B-Gruppe durchgesetzte Konzentration auf Schlüsselbereiche konnte hierdurch erhöht werden.

Ebenso ist hervorzuheben, daß rein politische Probleme von UNCTAD VII weitgehend ferngehalten werden konnten.

Ob die Konferenz in einem größeren Maß zu Vertrauensbildung im Nord-Süd-Dialog und zu dauerhaften Gemeinsamkeiten bei Einschätzung der Weltwirtschaftslage und der einzuschlagenden politischen Strategien beigetragen hat, bleibt abzuwarten.

An den jeweiligen Ausgangspositionen der Gruppen vor Beginn der Konferenz hat UNCTAD VII wenig geändert. Daß die G 77 im Verlauf der Verhandlungen verbale Abstriche von ihrem Forderungskatalog gemäß Havanna-Plattform

²⁹ Korrigiert aus: „6)“.

³⁰ Mit Drahtbericht Nr. 1695 vom 4. August 1987 berichtete Botschafter Mission, z. Z. Genf, über die politischen Beschlüsse der VII. Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD) vom 9. Juli bis 3. August 1987 in Genf. Für einen Auszug vgl. Anm. 7.

³¹ Korrigiert aus: „7)“.

gemacht hat, ändert ebensowenig an ihrer unverändert bestehenden konkreten Interessenlage wie die bei den westlichen IL den geringen Spielraum für materielle Zugeständnisse überdeckenden Absichtserklärungen.

Die insbesondere von den USA, aber auch von PAK in Plenarsitzung vorgetragene Kritik an der UNCTAD brandmarkte die auch bei dieser Konferenz wieder deutlich werdende Diskrepanz zwischen dem begrenzten Mandat der Organisation einerseits und dem Anspruch einer Vielzahl von Delegationen der G77 bzw. der sozialistischen Länder, in UNCTAD eine Art wirtschaftlicher Weltregierung aufzubauen. Hier dürfte Konferenzergebnis Ernüchterungsprozeß gefördert haben.

Die Duplizierung der Diskussionen bei UNCTAD, im 2. Ausschuß der Generalversammlung sowie im ECOSOC war erneut eklatant. Mit den nicht nur aus finanziellen Gründen dringlich erforderlichen Reformmaßnahmen im Wirtschaftsbereich des VN-Systems hat sich die Konferenz nicht befaßt. Der Beweis für die Notwendigkeit einer Durchforstung und Straffung unter allen denkbaren Gesichtspunkten wurde jedoch mühelos erbracht.

Ob UNCTAD VII bei Vergleich von Aufwand und Ertrag ein im wirtschaftlichen Sinne vertretbares Ergebnis zeitigt, wird davon abhängen, wie weit die in Schlußdokument enthaltenen Absichtserklärungen die Erörterungen und Verhandlungen auf den verschiedenen Schauplätzen des Nord-Süd-Dialogs beeinflussen werden.

[gez.] Mission

Referat 412, Bd. 168660

227

Gesandter Paschke, Washington, an das Auswärtige Amt**114-4886/87 VS-vertraulich****Fernschreiben Nr. 3345****Aufgabe: 7. August 1987, 18.45 Uhr¹****Ankunft: 8. August 1987, 01.05 Uhr**

Betr.: Amerikanisch-sowjetische Rüstungskontrollverhandlungen;
hier: START/Weltraum

Bezug: DE Nr. 686 vom 4.8.1987 – 220-370.00 SB-1339/87 geheim²

Zur Unterrichtung

1) Zum von den Sowjets in Genf am 31.7. eingebrachten Entwurf eines START-Vertrages war hier (zuständiger RL in Politisch-Militärischer Abteilung des State Department³) folgendes zu erfahren:

Vertragsentwurf sei unter Verfahrensgesichtspunkten hilfreich, in der Substanz jedoch enttäuschend. In verfahrenstechnischer Hinsicht sei es begrüßenswert, daß durch Vorlage sowjetischen Vertragsentwurfes Stillstand der Verhandlungen in Genf⁴ seit Ende Juni überwunden werden könne. Vertrag (20 Artikel) orientiere sich in Format, Stil und Zusammensetzung der Artikel erheblich an amerikanischem Entwurf⁵, wodurch Arbeit wesentlich erleichtert werde. Dieser Punkt sei deswegen relevant, weil Sowjets auch technische Aspekte zur Erschwerung der Verhandlungsführung hätten nutzen können.

In der Substanz sei Vertragsentwurf jedoch enttäuschend; er biete im wesentlichen nichts über bisherige sowjetische Positionen Hinausgehendes. Positionen von Reykjavik⁶ (6000/1600) würden bekräftigt, Sowjetunion erkläre sich zu fünfzigprozentiger Reduzierung schwerer ICBMs bereit (154 SS-18). Über die 50-prozentige Reduzierung hinaus enthalte Vertragsentwurf keine Aussagen zu Untergrenzen und Reduzierungen des Wurfgewichts. Vertragsentwurf beschäftige sich eingehend mit SLCMs (Unterscheidung zwischen nuklearen und konventionellen SLCMs, Obergrenze von 400 nuklearen SLCMs auf zwei U-Boot-Klassen, Ausschluß der Stationierung auf Überwasserschiffen). Ferner beinhalte Vertragsentwurf Aufhebung des Verbots mobiler Raketen. Beide Seiten sollten darüber hinaus frei sein, ihre strategischen Arsenale so zu strukturieren, wie sie dies für richtig hielten.

¹ Das Fernschreiben wurde von Botschaftsrat Blomeyer-Bartenstein, Washington, konzipiert. Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter am 10. August 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Legationsrat I. Klasse Müller und Legationssekretär Haller verfügte und um Wiedervorlage bat.

Hat Müller und Haller vorgelegen.

² Vortragender Legationsrat I. Klasse Hofstetter teilte der Botschaft in Washington mit: „Wir wären dankbar für Bericht über wesentlichen Inhalt des sowjetischen START-Vertragsentwurfes. Besteht Möglichkeit, Entwurfstext zu erhalten?“ Vgl. VS-Bd. 11363 (220); B 150, Aktenkopien 1987.

³ James H. Holmes.

⁴ In Genf fanden die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Nuklear- und Weltraumwaffen statt. Zu den INF-Verhandlungen vgl. Dok. 194.

⁵ Zum Entwurf der USA vom 8. Mai 1987 für ein START-Abkommen vgl. Dok. 143.

⁶ Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 vgl. AAPD 1986, II, Dok. 282 und Dok. 284–286.

Zur Verifikation enthalte sowjetischer Entwurf in Anlehnung an INF-Vertrag drei Elemente:

- Inspektion der Arsenale beider Seiten zu Beginn der Reduzierungen,
- Beobachtung der Reduktion (Zerstörung),
- Recht auf Ortsinspektion von Stationierungsorten und vermuteten Stationierungsorten.

Ausführungen zu Verifikation seien ungefähr so detailliert wie im INF-Vertrag⁷. Vertragsentwurf spreche im übrigen davon, daß keine Seite Handlungen unternehmen dürfe, die die Verifikation verhinderten. Amerikaner prüfen gegenwärtig, ob dies tatsächlich bedeute, daß damit von sowjetischer Seite Bereitschaft zu Aufgabe der Verschlüsselung von Daten der Raketenflüge signalisiert wird.

Verbindung zum Vertrag über Weltraumfragen⁸ entspreche spiegelbildlich dem im Vertrag über Weltraumfragen enthaltenen Junktim zum START-Vertrag:

- Es werde keine Reduktionen im strategischen Bereich geben, solange Einvernehmen im Weltraumbereich nicht hergestellt sei.
- SU werde sich von Verpflichtungen im START-Vertrag entbunden fühlen, sobald Dislozierung von Raketenabwehrsystemen über das im ABM-Vertrag erlaubte Maß hinaus stattfinde.

Zur weiteren Arbeit in Genf sagte uns Gesprächspartner, es würden jetzt zwei bis drei Arbeitsgruppen eingesetzt, die ihre Arbeit am 10.8.1987 aufnehmen würden. Diese AGen würden sich mit Fragen der Verifikation, der Reduzierungen und der Form eines Abkommens befassen. Es stünde schwere Arbeit bevor, beide Seiten hielten an Grundsatzpositionen (einerseits linkage, andererseits Untergrenzen und Reduzierung des Wurfgewichts (US), Betonung SLCM und Aufhebung des Verbots mobiler Raketen (SU)) fest. Ermutigend sei es, daß Sowjets in Genf erneut Interesse bekundet hätten, noch mit dieser Administration zu Rüstungskontrollvereinbarungen zu kommen. Hinsichtlich des START-Bereichs (bei dem Sowjets auf Vereinbarungen eines Zeitplans für Verhandlungen drängen) bemerkte Gesprächspartner allerdings, die bestehenden Positionsunterschiede dürften rasche Fortschritte hier erheblich erschweren. Bis zum Treffen Shultz/Schewardnadse am 15.9.⁹ würden Arbeitsgruppen zwar intensiv arbeiten, jedoch bestehende Unterschiede in Grundsatzpositionen nicht überwinden können.

⁷ Zum Entwurf der UdSSR vom 27. April 1987 für einen INF-Vertrag vgl. Dok. 119 und Dok. 123.

⁸ Botschafter van Well, Washington, berichtete am 31. Juli 1987: „Der am 29.7.87 in Genf vorgelegte sowjetische Vertragsentwurf zum Bereich Weltraumfragen enthält nach Auskunft des State Department inhaltlich praktisch nichts Neues. Er knüpfe an den entsprechenden Teil des Papiers über Schlüsselemente an, das AM Schewardnadse AM Shultz im April in Moskau übergeben habe. Wie dort, verlange der Text eine zehnjährige Verpflichtung, die über die Beschränkungen des ABM-Vertrages hinausgehe. Das Junktim zum START-Bereich sei inhaltlich unverändert. Einzig neues Element sei die Vorlage einer Liste von sechs Kategorien von Objekten, die nicht in den Weltraum verbracht werden dürften. Dazu gehörten Laser und Partikel-Strahlenwaffen. Es sei allerdings keine genaue Definition der einzelnen Objekte gegeben, so daß hier Raum für mögliche Verhandlungen bestünde. [...] In der Administration besteht nach Auskunft des Gesprächspartners gegenwärtig jedoch keine Neigung, sich auf derartige Erörterungen einzulassen. Man komme dabei in hochkomplizierte Einzelfragen und sehe kaum eine Möglichkeit zu einer Einigung.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3246; Referat 220, Bd. 144775.

⁹ Der sowjetische Außenminister Schewardnadse besuchte die USA vom 15. bis 17. September 1987. Vgl. dazu Dok. 261.

Zu unserer Frage nach Möglichkeit der Überlassung des sowjetischen Vertragsentwurfs bemerkte Gesprächspartner unter Hinweis auf die unterschiedliche Intensität der Konsultationen in den Bereichen INF einerseits, START und Weltraum andererseits, er halte dies nicht für möglich. Amerikaner wollten uns aber selbstverständlich ausführlich unterrichten, das gelte auch für Unterrichtung im NATO-Rat. Nicht auszuschließen sei ferner, daß uns in einem späteren Stadium ein bereits zu einem gewissen Grade gemeinsam erarbeiteter Vertragstext im Rahmen der Konsultationen im Bündnis zur Verfügung gestellt werde.

2) Zum Bereich Weltraum war in Ergänzung zu den in DB Nr. 3246 vom 31.7. 1987¹⁰ erwähnten Kategorien von Objekten in der sowjetischen „Verbotsliste“ folgendes von zuständigem RL zu erfahren:

Gemeint sind Raketen, Laserstrahlen, magnetisch angetriebene Hochgeschwindigkeitsgeschosse, Teilchenstrahlen, Spiegel, die in der Lage sind, Strahlen mit Zerstörungskraft zu reflektieren. Insgesamt laufe diese Verbotsliste auf die Unterbindung von „Killer“-Systemen bei Zulassung von Sensoren auf der Linie der zwischen Nitze und Welichow erörterten Unterscheidung hinaus. Danach dürften weder Abwehrwaffen noch Plattformen, von denen diese gestartet werden, im Weltraum stationiert werden.

Zu den Elementen des sowjetischen Entwurfs, die Beschränkungen enthalten, die über den ABM-Vertrag in der engen Auslegung¹¹ hinausgehen, bemerkte Gesprächspartner, es handele sich um die Einschränkung hinsichtlich der Forschung im Hinblick auf ein Raketenabwehrsystem. Zwar werde der Begriff des Labors etwas weiter gefaßt als die Räumlichkeiten eines Forschungszentrums, doch sei die Beschränkung der Erforschung als solche eindeutig ein Versuch der Nachbesserung des ABM-Vertrages.

3) Zur Möglichkeit einer beiderseitigen Erklärung nach dem Muster „Wladiwostok“¹² bei einem etwaigen Gipfeltreffen sagte man uns, eine solche Erklärung könne dann sinnvoll erscheinen, wenn Fortgang der Arbeiten bei START und Weltraum in den nächsten Monaten erkennen lasse, daß Abschluß eines START-Vertrages noch unter dieser Administration möglich erscheine, Arbeiten bis Gipfel jedoch noch nicht abgeschlossen sein können. Dann werde es möglich sein, aus dem bis dahin zwischen beiden Seiten Vereinbarten gewisse Grundlinien herauszudestillieren, die in eine Erklärung Eingang finden könnten. Angesichts der jetzt gerade erst anlaufenden Befassung mit beiden Vertragsentwürfen sei es gegenwärtig nicht möglich, weitere Aussagen zum Inhalt einer solchen Erklärung zu machen. Auf persönlicher Basis meinte Gesprächspartner in Politisch-Militärischer Abteilung, er halte es für unwahrscheinlich, daß sich Administration dazu bereit erkläre, eine gemeinsame Erklärung zu verabschieden, die gemeinsame Zielsetzungen im Bereich START und Weltraum festhalte, wenn feststehe, daß ein Vertrag im START-Bereich nicht möglich sei. Sowjets wüßten, daß Ver-

¹⁰ Vgl. Anm. 8.

¹¹ Zur Frage der „engen“ oder „weiten“ Interpretation des ABM-Vertrags vgl. Dok. 24.

¹² Die USA und die UdSSR verabschiedeten am 24. November 1974 in Wladiwostok eine Gemeinsame Erklärung zu den Verhandlungen über eine Begrenzung strategischer Waffen (SALT). Für den Wortlaut vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 71 (1974), S. 879. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1975, D 95 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1974, II, Dok. 374.

trag bis zum 30.3.1988 abgeschlossen sein müsse, um Aussichten auf eine Ratifizierung noch unter der gegenwärtigen Administration zu haben. Leiter des NATO-Referats¹³ bestätigte, daß gegenwärtig noch keine offiziellen Überlegungen zu einer Erklärung à la Wladiwostok angestellt würden. Abgesehen von grundsätzlichen Haltungen (Pentagon sei stets negativ gegenüber der Einschränkung der eigenen Handlungsfähigkeit eingestellt, die eine solche Erklärung beinhalte), gebe es hierzu lediglich zahlreiche persönliche Meinungen ohne offiziellen Charakter.

[gez.] Paschke

VS-Bd. 11283 (220)

228

Legationsrat I. Klasse Michael, Managua, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 179
Citissime

Aufgabe: 10. August 1987, 08.40 Uhr
Ankunft: 10. August 1987, 19.10 Uhr

Betr.: ZA-Gipfel Esquipulas II (6./7.8.87);
hier: Ansprache von Präsident Ortega (8.8.)

Bezug: DB Nr. 253 der Botschaft Guatemala vom 7.8.87 – Pol 320.40¹

Zur Unterrichtung

I. 1) Nach Rückkehr von Guatemala erläuterte Präsident Ortega in einstündiger Ansprache die Ergebnisse des ZA-Gipfels: In GUA unterzeichnetes Abkommen², das auch durch Bemühungen OEA³, UNO und EG ermöglicht wurde, sei sehr wichtiges Instrument zum Frieden in ZA. Allen ZA-Staaten falle enorme Verantwortung zu, es auszunutzen und damit die kriegerische Haltung der USA zu isolieren. Abkommen sei durch militärische Reduzierung der Contras möglich gewesen, auch künftig müßten diplomatisch-politische Schritte durch erhöhte Verteidigungskraft, Mobilisierung etc. begleitet werden. Dialog mit Contras stehe weiterhin außer Frage, dafür gäbe es Dialogangebot an US-Regierung.

2) Ortega kommentierte Abkommen Punkt für Punkt, die wichtigsten:

- Amnestie: Jeder, der sich Amnestie ergibt, erlangt sofort seine Rechte und kann sich bei jeder legalen politischen Partei politisch betätigen.

¹³ Ray L. Caldwell.

¹ Botschafter Bensch, Guatemala-Stadt, informierte, das Friedensabkommen für Zentralamerika sei um 15.00 Uhr Ortszeit von den Präsidenten Arias (Costa Rica), Azcona (Honduras), Cerezo (Guatemala), Duarte (El Salvador) und Ortega (Nicaragua) in Guatemala-Stadt unterzeichnet worden. Bensch faßte die wichtigsten Bestimmungen zusammen und übermittelte den Abkommenstext. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 253/254; Unterabteilung 33, Bd. 146578.

² Für den Wortlaut des Friedensabkommens für Zentralamerika vom 7. August 1987 (Übereinkommen von Guatemala) vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 499–504.

³ Organización de los Estados Americanos.

- Demokratisierung: Werde in NIC seit der Revolution⁴ bereits praktiziert, in Nationalversammlung herrsche Pluralismus. Notstandsrecht schränkt zwar einige Grundrechte ein, werde aber mit Ende US-Aggression aufhören. Entscheidend sei der im Abkommen festgelegte Grundsatz der Gleichzeitigkeit, was allerdings einseitige Schritte vor Ablauf der 90-Tage-Frist nicht ausschließe (z. B. Wiedereröffnung von Radio Católica).
- Beendigung der Hilfe an Aufständische: USA müßten im Falle NICs ihre Hilfe an Contras⁵ einstellen. Davon hänge Durchführung Friedensplans ab.
- Zeitplan: Entscheidend sei Gleichzeitigkeit. Wenn USA nach 90 Tagen Contra-Unterstützung aufgeben und sich dem IGH-Urteil⁶ unterworfen hätten, bestünden Bedingungen für Amnestie und Feuerpause.

II. 1) Bewertung des Abkommens von Guatemala

Unterzeichnung des Abkommens als solches hat erst einmal nicaraguanische These widerlegt, daß ZA-Staaten ohne Führung durch Contadora zu keinem Friedensprozeß fähig seien. Abkommen selbst entspricht einerseits nach nicaraguanischer Lesart durch Aufruf an USA zur Beendigung Contra-Hilfe und an COS, HON zur Beendigung Contra-Beherbergung den maximalen Anforderungen, andererseits mußten problematische und zu verifizierende Bestimmungen zur innenpolitischen Öffnung akzeptiert werden, wie z. B. ...⁷ ziemlich eingehende Definition von Pressefreiheit, Medienzugang für Opposition. Außerdem Anerkennung der führenden Rolle der katholischen Kirche durch Teilhabe im Ausschuß für nationale Aussöhnung. Sandinisten, die immer nur von wünschbarem Minimalkonsens als Gipfelergebnis sprachen, mögen selbst von Unterzeichnung derart umfassenden Abkommens überrascht worden sein. Den entscheidenden Anstoß zur nicaraguanischen Unterschriftsbereitschaft wird kurz zuvor veröffentlichte Reagan-Friedensinitiative⁸ gegeben haben, ...⁹ Auffassung belanglos und durch Guatemala-Abkommen abgeblockt ist.

2) Bewertung der Ortega-Ansprache

Seine Einlassungen zu Punkten „Demokratisierung, Amnestie, Dialog“ und Hinweise auf gegenwärtig bestehende Zustände lassen keine überraschenden Änderungen erwarten. Allenfalls läßt Abkommenstext Aufnahme des Dialogs

⁴ Am 17. Juli 1979 erklärte Präsident Somoza seinen Rücktritt; zwei Tage später kapitulierte die Nationalgarde. Die von der Sandinistischen Nationalen Befreiungsfront am 16. Juni 1979 in Costa Rica proklamierte provisorische Regierungsjunta, die Regierung des nationalen Wiederaufbaus, übernahm die Macht. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 207.

⁵ Zur „Iran-Contra-Affäre“ vgl. Dok. 125, Anm. 7.

Referat 204 notierte am 13. Mai 1987, die vom amerikanischen Kongreß im Herbst 1986 bewilligten Gelder für die Contras in Höhe von 100 Millionen US-Dollar seien mittlerweile vollständig zur Auszahlung gelangt. Vgl. dazu Referat 204, Bd. 135407.

Gesandter Paschke, Washington, informierte nach einem Gespräch mit einem Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium am 9. November 1987, der Kongreß habe in der vergangenen Woche weitere 3,2 Millionen US-Dollar für humanitäre Zwecke bewilligt. Damit sei „das Überleben der Contras für die nächsten Wochen sichergestellt“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 4797; Referat 204, Bd. 135407.

⁶ Zur Entscheidung des Internationalen Gerichtshofs vom 27. Juni 1986 vgl. Dok. 103, Anm. 37.

⁷ Unvollständige Übermittlung des Drahtberichts.

⁸ Für den Wortlaut des Friedensplans der USA für Zentralamerika vom 5. August 1987 vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 497 f.

⁹ Unvollständige Übermittlung des Drahtberichts.

zwischen Contras und Ausschluß der nationalen Versöhnung mit dem Ziel Waffenstillstand zu. Wiederholte Verweise auf das Prinzip der Gleichzeitigkeit verdeutlichen, daß Sandinisten sich ohne Beendigung der US-Contra-Hilfe innenpolitisch weiterhin nicht bewegen werden, wenn man von möglichen Signalen wie Wiederzulassung von Radio Católica oder der zurückgehaltenen Begnadigungsaktion¹⁰ absieht. Aus nicaraguanischer Sicht wären USA jetzt am Zuge. Durch Verlagerung der Verantwortung für Erfolg des Abkommens auf die USA soll dementsprechend auch internationaler Druck auf die amerikanische Regierung ausgelöst werden.

Ob Sandinisten als Gegenzug für eine eventuelle De-facto-Beendigung der Contra-Tätigkeiten und ihrer Auflösung eine so weitgehende interne Öffnung wie vom Abkommen vorgesehen und damit u. U. ihre politische Hegemoniestellung riskieren würden, bleibt weiterhin fraglich. Zumindest wurde mit Verwunderung registriert, daß Ortega in Ansprache direkt nach Rückkehr von Unterzeichnung des „historischen Friedensdokuments“ ausführlich auf Notwendigkeit einer Stärkung der Kampfbereitschaft einging, so als ob er Perspektive des Friedenszeitplans nicht glauben könne.

[gez.] Michael

Unterabteilung 33, Bd. 146578

¹⁰ Legationsrat I. Klasse Michael, Managua, berichtete am 13. Juli 1987, in der Sitzung der Nationalversammlung am 9. Juli 1987 hätten fünf Oppositionsparteien auf Unterzeichnung des Begnadigungsdekrets durch Präsident Ortega gedrängt, „das schon seit Februar 1987 zur Inkraftsetzung bei ihm vorliegt, nachdem sich der zuständige Parlamentsausschuß auf eine Liste von 567 zur Begnadigung vorgeschlagenen Häftlingen geeinigt hatte. Insbesondere die sozialistische P[artido]S[ocialista]N[icaragüense] bemängelte, daß es nicht das Recht des Staatspräsidenten sein könne, den Begnadigungsbeschluß der Nationalversammlung zurückzuhalten, allenfalls könne er sein Vetorecht ausüben. Comandante Núñez erwiderte als Präsident der Nationalversammlung darauf bündig, daß angesichts der bevorstehenden US-Entscheidung über die Fortsetzung der Contra-Hilfe keine einzige Begnadigung opportun sei, sondern ein geeigneter Moment abgewartet werden müsse.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 221; Referat 331, Bd. 136361.

229

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hofstetter

220-371.80 START-1367/87 VS-vertraulich

12. August 1987¹Über Herrn D2A² Herrn Staatssekretär³ vorzulegen

Betr.: Einführung der neuen sowjetischen ICBM vom Typ SS-24;
hier: Rüstungskontrollpolitische Implikationen

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

I. Sachstand

1) Die SU hat vergangene Woche mit der Dislozierung der neuen ICBM vom Typ SS-24 begonnen. Es handelt sich dabei um eine landgestützte, mobile (auf dem Eisenbahnnetz) Interkontinentalrakete, die über zehn Gefechtsköpfe pro Flugkörper und eine Reichweite von etwa 10 000 km verfügt. Die Indienstellung dieser Rakete kam nicht überraschend, sondern war erwartet worden.

2) Die SU erklärte (Karpow am 11.8.87 in Moskau⁴), die Einführung der SS-24 erfolge im Einklang mit dem SALT-II-Vertrag⁵.

3) Der BND vertritt offenbar die Auffassung (nachrichtendienstliche Lage am 11.8.87), die SS-24 sei aufgrund ihrer variablen Reichweite in besonderer Weise geeignet, nicht nur gegen Ziele in den USA, sondern auch gegen Ziele in West-

¹ Ablichtung.

Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter und Legationsrat I. Klasse Müller konzipiert.

² Hat Botschafter Holik am 12. August 1987 vorgelegen.

³ Hat Vortragendem Legationsrat Zeisler am 12. August 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Staatssekretär Sudhoff verfügte.

Hat Sudhoff am 13. August 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) Die Einführung der SS-24 dürfte ein Thema der Diskussion innerhalb der Bundesregierung und der Regierungsparteien werden. 2) Herrn BM vorzulegen.“

Hat Bundesminister Genscher am 27. August 1987 vorgelegen.

Hat Oberamtsrat Kusnezow am 27. August 1987 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre und Botschafter Holik an Referat 220 verfügte.

Hat Zeisler am 28. August 1987 erneut vorgelegen.

⁴ In der Presse wurde berichtet: „A senior Foreign Ministry official confirmed Tuesday that the Soviet Union is deploying a new, mobile SS-24 missile but denied that it violates limits set in the terms of the 1979 strategic arms limitation treaty. Viktor P. Karpov, head of the ministry's arms control and disarmament department, said the SS-24s, which are being mounted on railroad cars, are replacing stationary, silo-launched intercontinental ballistic missiles. [...] Because the SS-24s would be less vulnerable to attack than a silo-launched missile, he added, it would reduce the possibility of a successful first strike on Soviet territory. [...] Sen[ator] Jesse Helms (R[epublican]-N[orth]C[arolina]) has charged that the latest Soviet move violates a key provision of the 1979 treaty, known as SALT II, but Karpov denied that. The SS-24 represents the single new missile allowed to both the Soviet Union and the United States under that agreement, he said, and the total number of Soviet ICBM warheads is below the SALT II limit.“ Vgl. den Artikel „Soviets Confirm Deployment of Missiles on Rail Cars, Deny Move Violates SALT“, LOS ANGELES TIMES vom 12. August 1987, S. 5.

⁵ Für den Wortlaut des Vertrags vom 18. Juni 1979 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung strategischer offensiver Waffen (SALT II) und der dazugehörigen Dokumente vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 23–47. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 368–394. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, I, Dok. 195, und AAPD 1979, II, Dok. 197.

europa eingesetzt zu werden. Die „variable Reichweite“ ergebe sich insbesondere aus der Möglichkeit, die dreistufige Rakete in ein kürzer reichendes, zweistufiges Modell umzuwandeln. (Einzelheiten der BND-Bewertung liegen uns noch nicht vor.)

4) In ähnliche Richtung wies bereits eine Äußerung StS Rühls in der FAZ vom 23.6.87: „Die Sowjetunion wird in absehbarer Zukunft über die Interkontinentalrakete variabler Reichweite SS-24 mit 10 Gefechtsköpfen verfügen, um die SS-20- und die veralteten SS-4-Raketen zu ersetzen“.⁶

II. Bewertung

1) Die sowjetische Erklärung, die Einführung der SS-24 erfolge im Einklang mit SALT II, trifft nach unseren Erkenntnissen zu. SALT II gestattet die Einführung eines neuen ICBM-Typs. (Die SS-24 ist insofern nicht zu verwechseln mit der SS-25, die nach amerikanischer Auffassung ein unzulässiges zweites neues ICBM-Modell darstellt, während die SU erklärt, bei der SS-25 handele es sich lediglich um die Modernisierung der SS-13.) Es gibt ferner keine Hinweise darauf, daß die SU mit Einführung der SS-24 eine Überschreitung der SALT-II-Obergrenzen beabsichtigt. Karpow erklärte, die Einführung der SS-24 erfolge „im Austausch gegen veraltete stationäre Silo-Startvorrichtungen“.

2) Nach unserem bisherigen Kenntnisstand liegen keine Anhaltspunkte dafür vor, daß die SS-24 aufgrund ihrer variablen Reichweite in besonderer Weise zur Umgehung einer INF-Null-Lösung geeignet sein könnte.

Richtig ist, daß grundsätzlich alle strategischen Systeme (ICBM, SLBM, schwere Bomber) auch auf Westeuropa gerichtet werden können. Die Mindestreichweite älterer sowjetischer ICBM beträgt nach uns vorliegenden BND-Informationen ca. 1000 km.⁷ Es erscheint daher nicht nachvollziehbar, in dieser Hinsicht in der SS-24 eine neue Bedrohung zu sehen. In technischer Hinsicht erscheint eine Reichweitenänderung mittels Abbaus einer Raketenstufe impraktikabel, da die erforderliche Flugbahnänderung auch wesentlich einfacher erreicht werden kann. Der Abbau einer Raketenstufe erscheint nur sinnvoll, um die Maximalreichweite einer Rakete sichtbar herabzusetzen (Beispiel: früher erörterte conversion PII/PI).

3) Nicht nur im Hinblick auf ihre verschiedenen denkbaren Reichweiten, auch in ihren übrigen Merkmalen erscheint die SS-24 nicht als eine qualitativ neue Art der Bedrohung. Ihre Zielgenauigkeit ist nach den uns vorliegenden BND-Informationen zu gering, als daß sie für „Counterforce“-Einsätze geeignet wäre. Ihre Mobilität macht die SS-24 relativ unverwundbar; dies ist kein Merkmal erhöhter Bedrohung, sondern nach zeitweilig auch von der amerikanischen Regierung vertretener Auffassung (Scowcroft-Bericht⁸) ein Merkmal

⁶ Vgl. den Artikel „Wohlberechnete Züge im Raketenschach“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 23. Juni 1987, S. 10.

⁷ So in der Vorlage.

⁸ Die Kommission für die strategischen Streitkräfte (Scowcroft-Kommission) legte am 6. April 1983 ihren Bericht mit Empfehlungen zur Modernisierung des amerikanischen Nuklearprogramms vor. Referat 220 resümierte am 16. Juni 1983, ein Hauptgedanke des Berichts sei, „daß die USA Rüstungskontrollvereinbarungen mit der SU anstreben sollen, die gewährleisten, daß die Modernisierung der beiderseitigen strategischen Streitkräfte auf längere Sicht zu stabilitätsorientierten Strukturen führt. Die Vorschläge der Scowcroft-Kommission umfassen: Stationierung von 100 MX in bestehenden

erhöhter Stabilität, da hierdurch ein Erstschlag erschwert wird. (Mittlerweile treten die USA bei den START-Verhandlungen allerdings für ein Verbot mobiler Systeme ein, da sie bei diesen Systemen zu große Verifikationsprobleme sehen.)

4) Die potentielle Bedrohung Westeuropas durch alle strategischen Systeme der SU (nicht nur durch die SS-24) ist ein Problem, das völlig unabhängig von den INF-Verhandlungen und ihrem Ergebnis besteht. Das Ausmaß dieser Bedrohung bestimmt sich danach, welchen Anteil ihres strategischen Nuklearpotentials die SU gegen Westeuropa richten zu können meint, ohne die Stabilität des strategischen Kräfteverhältnisses mit den USA in Frage zu stellen. Insofern wird man davon ausgehen können, daß tendenziell um so mehr strategische Gefechtsköpfe der SU für Westeuropa zur Verfügung stehen, je mehr Spielraum und Redundanz ihr strategisches Gesamtpotential bietet. Hier dürfte derzeit bei ca. 10 000 strategischen Gefechtsköpfen eine nicht unbeträchtliche Marge bestehen.

5) Die potentielle Bedrohung Westeuropas durch das strategische Nuklearpotential der SU kann nur durch einen Erfolg bei START gemindert werden. Umgekehrt würde sie bei völligem Zusammenbruch des SALT-II-Rahmens und erheblicher Überschreitung der SALT-II-Obergrenzen erhöht werden. Wir haben daher ein hohes Interesse an der Verwirklichung des auf dem Gipfel in Reykjavik⁹ grundsätzlich vereinbarten Ziels der Halbierung der strategischen Potentiale der USA und SU. Die Aussichten für einen solchen Erfolg sind allerdings derzeit relativ gering. Zwar haben auch die SU mittlerweile einen START-Vertragsentwurf¹⁰ vorgelegt, doch kann hier wegen des direkten strategischen Zusammenhangs ohne eine Einigung im Verhandlungsbereich Weltraum-/Defensivwaffen, für die es keine Anzeichen gibt, voraussichtlich kein Ergebnis zustande kommen.

6) Der Sicherheitsgewinn für Europa, der aus der vollständigen Beseitigung der SS-4, SS-20, SS-12/22, und SS-23 durch ein INF-Abkommen resultieren würde, ist unabhängig von der potentiellen Bedrohung durch die strategischen Systeme der SU: Mit der doppelten Null-Lösung würde ein Drohpotential der SU abgebaut, das erkennbar nur auf die Nachbarn der SU (insbesondere Westeuropa) gerichtet ist und damit den strategischen Verbund der NATO in Frage stellt.

Hofstetter

VS-Bd. 11371 (220)

Fortsetzung Fußnote von Seite 1166

Minuteman-III-Silos; Entwicklung einer kleinen beweglichen Interkontinentalrakete mit einem Gefechtskopf, Einsatzfähigkeit ab etwa 1990, Rüstungskontrollvereinbarungen, die eine gleiche Zahl von Gefechtsköpfen von ungefähr gleicher Sprengkraft für beide Seiten festschreiben, dadurch die Verwundbarkeit des strategischen Potentials vermindern und die Stabilität stärken“. Vgl. Referat 220, Bd. 124532.

⁹ Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 vgl. AAPD 1986, II, Dok. 282 und Dok. 284–286.

¹⁰ Zum Entwurf der UdSSR vom 31. Juli 1987 für ein START-Abkommen vgl. Dok. 227.

230

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek

424-411.10 VS-NfD

17. August 1987¹

Über Herrn Staatssekretär Herrn Bundesminister

Betr.: Anträge der Firma Fritz Werner auf Genehmigung der Lieferung von Ersatz- und Verschleißteilen nach Iran

Bezug: 1) Vorlage der Abt. 4 vom 16.4.1981²2) Vorlage der Abt. 4 vom 29.12.1983³Anlg.: Bezugsvorlagen⁴

Zweck der Vorlage: Zustimmung zu Ziffer 5

1) Dem Auswärtigen Amt liegen vier Anträge der Firma Fritz Werner auf Genehmigung der Lieferung von „Ersatz- und Verschleißteilen, Einrichtungen, Verschleiß-Werkzeugen“ nach Iran zur Stellungnahme vor. Der Gesamtwert der jetzt beantragten Lieferungen beträgt 65 Mio. DM. Nach der Erfahrung des Auswärtigen Amtes kommen weitere – nicht genehmigungspflichtige – Lieferungen hinzu.

Fritz Werner hat von 1965 bis 1979 Munitions- und Waffenfabriken im Wert von ca. 5 Mrd. DM an den Iran geliefert. Nach Angaben der Firma, die insoweit wirtschaftlichen Erfahrungstatsachen entsprechen, muß bei einem derartigen Investitionsvolumen mit jährlichen Reparatur-, Wartungs- und Instandsetzungsinvestitionen in Höhe von 8–10 % der ursprünglichen Investition gerechnet werden. Dem dienen die jetzt zur Genehmigung vorgelegten Lieferungen. Die Lieferung dieses Materials stelle weder eine Modernisierung der Anlagen noch eine Kapazitätserweiterung dar.

2) Bisherige Praxis

Nach einer kurzfristigen Unterbrechung von Lieferungen während der iranischen Revolution⁵ war Ihnen⁶ die Frage der Genehmigung von Lieferungen nach Iran

¹ Durchschlag als Konzept.

Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Daum konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Gerhardt am 17. August 1987 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Nagel am 18. August 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Daum und Legationssekretär Warnken „z[ur] K[enn]tnisnahme“ sowie an Legationsrat I. Klasse Cappell „n[ach] R[ück]kehr“ z. K.“ verfügte.

Hat Daum am 18. August 1987 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Von StS am 17.8. gebilligt, liegt jetzt BM vor.“

Hat Warnken am 18. August 1987 vorgelegen.

Hat Cappell am 7. September 1987 vorgelegen.

² Für die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer vgl. Referat 424, Bd. 145846.

³ Korrigiert aus: „29.11.1983“.

Für die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer vgl. Referat 424, Bd. 145846.

⁴ Dem Vorgang beigelegt. Vgl. Anm. 2 und 3.

⁵ Zur Revolution im Iran vgl. Dok. 22, Anm. 3.

⁶ Hans-Dietrich Genscher.

mit Bezugsvorlage vom 16.4.1981 vorgelegt worden. Sie hatten damals im Sinne eines Mittelweges dahingehend entschieden:

- daß Ersatz- und Verschleißteile für früher gelieferte Fabriken genehmigt werden könnten,
- direkt für militärische Zwecke bestimmte Verbrauchsmaterialien (z.B. Sprengstoffe) nicht genehmigt werden.
- Ergänzend ist zu bemerken, daß Kriegswaffenlieferungen nach Iran oder Irak ohnehin im Rahmen unserer restriktiven Rüstungsexportpolitik nicht genehmigt werden.

Im Wortlaut lautete Ihre damalige Entscheidung wie folgt:

- Unter dem Gesichtspunkt des langfristigen Vertrauensschutzes wird der Ausfuhr von sonstigen Rüstungsgütern in den Iran, soweit es sich um Ersatz- und Verschleißteile sowie sonstiges Zubehör und Werkzeuge aufgrund alter Verträge handelt, bis auf weiteres zugestimmt.
- Der Lieferung von Verbrauchsmaterialien wie Sprengstoffen, Schießpulver etc., die offensichtlich für militärische Zwecke bestimmt sind, wird⁷ im Hinblick auf die mögliche erhebliche Gefährdung unserer Beziehungen zum Irak bis auf weiteres nicht zugestimmt.

Das Auswärtige Amt hatte deshalb seit 1981 der Lieferung von „Ersatz- und Verschleißteilen“ für die vor der Revolution genehmigten Fabriken nach Iran zugestimmt. Insgesamt handelte es sich dabei um Lieferungen im Wert von ca. DM 170 Mio. Ferner wurden in geringem Umfang Lieferungen anderer Firmen, die die o.g. Kriterien erfüllten, genehmigt (Wert 1981 bis 1986 ca. DM 9,3 Mio.).

Für den Irak lagen vergleichbare Lieferanträge nicht vor. Dies erklärt sich nicht aus unterschiedlicher Behandlung, sondern aus einer unterschiedlichen Ausgangsposition: Iran war vor der Revolution zum Westen ausgerichtet, während die Militärindustrie des Irak von der SU (und vermutlich auch von F) aufgebaut wurde.

Es wurden allerdings in den vergangenen Jahren auch für Irak Lieferungen (z.B. im Elektronikbereich) genehmigt, die militärische Relevanz haben; sie sind jedoch mit Lieferungen von Ersatz- und Verschleißteilen für Rüstungsfabriken rechtlich nicht vergleichbar.

Bedenken seitens des BMWi gegen eine Fortsetzung der Lieferungen an Iran⁸ sind nicht zu erwarten. Das BMVg hat jedoch mitgeteilt, es könne aus militärpolitischen und sicherheitsmäßigen Überlegungen nicht zustimmen. Die Argumente wurden nicht mitgeteilt; sie beruhen aber – laut Mitteilung der Arbeitsebene – auf einer globalen Einschätzung der Rolle Irans in seiner Region.

3) Es stellt sich die Frage, ob die bisherige Praxis gegenüber Iran⁹ fortgeführt werden soll.

a) Bei diesen Lieferungen handelt es sich nicht um Kriegswaffen, sondern um sonstige Rüstungsgüter.

⁷ Dieses Wort wurde handschriftlich eingefügt.

⁸ Die Wörter „an Iran“ wurden handschriftlich eingefügt.

⁹ Die Wörter „gegenüber Iran“ wurden handschriftlich eingefügt.

b) Nach Nr. 13 der „Politischen Grundsätze“ von 1982¹⁰ dürfen Kriegswaffen und kriegswaffennahe sonstige Rüstungsgüter nicht an Länder geliefert werden, bei denen eine Gefahr für den Ausbruch bewaffneter Auseinandersetzungen besteht. Aus der Gleichstellung von „Kriegswaffen“ und „kriegswaffennahen sonstigen Rüstungsgütern“ folgt, daß nur Anlagen gemeint sind, mit denen komplette Kriegswaffen produziert werden können. Ersatzteile dürften daher von Nr. 13 nicht erfaßt werden.

c) Die Lieferungen sind deshalb ausschließlich nach dem AWG¹¹ zu beurteilen. Auf die Erteilung der Genehmigung besteht gemäß § 3 AWG ein Anspruch. Die Genehmigung kann gemäß § 7 AWG nur versagt werden, um

- die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland zu gewährleisten,
- eine Störung des friedlichen Zusammenlebens der Völker zu verhüten,
- oder zu verhüten, daß die auswärtigen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland erheblich gestört werden.

Die beiden letzten Alternativen könnten bei diesen Lieferungen vorliegen, so daß eine Versagung der Genehmigung rechtlich möglich ist.

4) Bei der Abwägung sind folgende Gesichtspunkte zu berücksichtigen:

a) Gegen eine Genehmigung spricht:

- Man könnte uns Verletzung der von uns nachdrücklich vertretenen neutralen Haltung vorwerfen. (Umgekehrt könnte man aber eine Lieferverweigerung – die aufgrund der objektiven Umstände nur die eine Partei trifft – als Verletzung unserer Neutralität ansehen.)
- Die Politik der USA gegenüber Iran hat sich in jüngster Zeit derart verhärtet, daß mit amerikanischer Kritik gerechnet werden muß. Andererseits wird dabei zu berücksichtigen sein, daß es nicht¹² um Kriegswaffen und nicht um neue Anlagen, sondern um die Fortführung von Ersatzteillieferungen geht.¹³
- Denkbare Kritik von arabischen Konfliktparteien: Der Irak – der bisher noch jeden Verdacht von einzelnen Rüstungslieferungen aufnahm – hat¹⁴ noch nicht bei uns demarchiert. Aus Ägypten ist nur (im wesentlichen berichtende) Presseberichterstattung bekannt geworden.
- Die bekannt gewordenen Ersatzteillieferungen der Firma Fritz Werner nach Iran haben zu erheblicher Kritik der Opposition im Deutschen Bundestag und im Auswärtigen Ausschuß geführt. Der Auswärtige Ausschuß hat die Bundesregierung gebeten, zu prüfen, ob nicht Ausfuhrgenehmigungen mit einer Art Kriegsfallklausel versehen werden könnten. Die Prüfung des BMWi hierzu ist noch nicht abgeschlossen.

¹⁰ Für den Wortlaut von Ziffer 13 der „Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ vom 28. April 1982 vgl. BULLETIN 1982, S. 310 f. Vgl. dazu auch AAPD 1982, I, Dok. 126.

¹¹ Für den Wortlaut des Außenwirtschaftsgesetzes vom 28. April 1961 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1961, Teil I, S. 481–495.

¹² Korrigiert aus: „daß es sich nicht“.

¹³ An dieser Stelle wurde folgender Halbsatz gestrichen: „und daß die USA sich von den Waffen, die in Fritz-Werner-Fabriken gefertigt werden, nicht bedroht fühlen können“.

¹⁴ Dieses Wort wurde handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „deshalb“.

b) Für eine Genehmigung spricht:

- Es geht nicht um Waffen oder um militärisches Verbrauchsmaterial.
- Präzedenzlage: Seit 1981 werden laufend Ersatz- und Verschleißteile für von Fritz Werner im Iran errichtete Munitions- und Waffenfabriken genehmigt.
- Iran hat von Fritz Werner die Munitions- und Waffenfabriken im Vertrauen darauf gekauft, daß Fritz Werner später Ersatz- und Verschleißteile sowie Zubehör und Werkzeuge liefert. Ein Vertrauenstatbestand ergibt sich daraus, daß dies über Jahre hinweg geschah. Eine Verweigerung müßte jetzt vom Iran als unfreundlicher Akt angesehen werden, der unsere politische Dialogmöglichkeit mit Iran erheblich erschweren dürfte¹⁵.
- Wichtig erscheinen auch die denkbaren Auswirkungen einer evtl. Verweigerung der Ersatzteillieferungen auf unseren Außenhandel insgesamt: Nicht nur im Iran, sondern in vielen Ländern würde unsere Verlässlichkeit bei großen Anlagenlieferungen in Zweifel gezogen werden. Die Stetigkeit und Berechenbarkeit unserer Außenwirtschaftspolitik – gerade auch in politischen Drucksituationen – ist ein besonders wichtiges Kapital unserer Exportwirtschaft.
- Für die (bundeseigene) Firma Fritz Werner dürfte die Nichtgenehmigung vermutlich den Verlust aller ihrer Iranaufträge (ca. 150 Mio. DM von 370 Mio. DM Jahresumsatz) bedeuten und könnte dazu führen, daß sie in erhebliche Schwierigkeiten gerät¹⁶.

5 a) Die Abwägung ist in diesem Fall besonders schwierig. Mit einer zurückhaltenden Rüstungsexportpolitik ist die massive Lieferung von Ersatzteilen für Rüstungsfabriken im Krieg kaum zu vereinbaren. Auf der anderen Seite spricht insbesondere der „Vertrauensgrundsatz“ dagegen, die „Ersatzteillieferungen“ jetzt zu stoppen.

b) Wir könnten die SR-Resolution 598¹⁷ als zentrales Element unserer gegenwärtigen Bemühungen im Golf-Konflikt bei der Entscheidung über die Exportgenehmigung in folgender Weise berücksichtigen:

- Genehmigung der beantragten Lieferung
- mit der Maßgabe, daß die Genehmigung erlischt, falls der SR ein Waffenembargo gemäß Art. 41 der VN-Satzung¹⁸ gegen Iran verhängt.

Mit einer eingeschränkten Genehmigung würden wir

- dem Iran zu erkennen geben, daß er nicht unbedingt mit weiteren Genehmigungen rechnen kann;
- die Bedeutung der SR-Resolution 598 unterstreichen;
- im Falle eines mandatorischen Embargos der schwierigen Frage ausweichen, ob laufende Verträge erfüllt werden können, und klarstellen, daß für uns auch

¹⁵ Der Passus „der ... dürfte“ ging auf handschriftliche Einfügungen und Streichungen zurück. Vorher lautete er: „der uns jeder politischen Dialogmöglichkeit mit dem Iran berauben dürfte“.

¹⁶ Die Wörter „in erhebliche Schwierigkeiten gerät“ wurden handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „ihren Betrieb einstellen muß“.

¹⁷ Zur Resolution Nr. 598 des VN-Sicherheitsrats vom 20. Juli 1987 vgl. Dok. 221, Anm. 6.

¹⁸ Für den Wortlaut von Artikel 41 der VN-Charta vom 26. Juni 1945 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 459.

solche Ersatzteillieferungen auf jeden Fall unter ein „Waffenembargo“ fallen würden.

Im übrigen würden neue Anträge für genehmigungspflichtige Lieferungen in den Irak in gleicher Weise zu behandeln sein.

c) Im Hinblick auf die außen- und innenpolitische Bedeutung dieser Frage ist eine Entscheidung im BSR angebracht. (Der nächste BSR ist voraussichtlich Mitte September.¹⁹) BSR-Befassung hätte auch den Vorteil, daß BMF (Bund als Eigentümer von Fritz Werner) an der Entscheidung beteiligt wäre.²⁰

D 3 i. V.²¹ und D 2²² haben mitgezeichnet.

Jelonek²³

Referat 424, Bd. 145846

¹⁹ Nach der Sitzung des Bundessicherheitsrats am 3. Juli 1987 fand bis Ende des Jahres keine weitere Sitzung statt.

²⁰ Am 16. Dezember 1987 vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Nagel für Bundesminister Genscher: „Sie hatten zu den [...] Anträgen der Firma Fritz Werner auf Genehmigung der Lieferung von ‚Ersatz- und Verschleißteilen, Einrichtungen, Verschleißwerkzeugen‘ nach Iran in Höhe von 65 Mio. DM noch keine Entscheidung getroffen. Sie hatten um Wiedervorlage zum 15.12.1987 gebeten. [...] Der Auswärtige Ausschuß hatte, nachdem ihm Genehmigungen für Ersatzteillieferungen der Firma Fritz Werner bekannt geworden waren, die Bundesregierung gebeten zu prüfen, ob nicht Ausfuhrgenehmigungen mit einer Art Kriegsfallklausel versehen werden könnten. Die Prüfung ist abgeschlossen.“ Der Entwurf eines Schreibens an den Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses des Bundestags, Stercken, sei „noch nicht gebilligt“. Vgl. Referat 424, Bd. 145847.

²¹ Die Buchstaben „i. V.“ wurden von Ministerialdirektor Jelonek handschriftlich eingefügt. Hat Ministerialdirigent Sulimma in Vertretung des Ministerialdirektors Schlagintweit am 18. August 1987 vorgelegen.

²² Hat Ministerialdirigent Bazing in Vertretung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen am 17. August 1987 vorgelegen.

²³ Paraphe vom 17. August 1987.

231

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats von Berg

210-553.22-812/87 VS-vertraulich

17. August 1987¹Herrn Staatssekretär²

Betr.: Rudolf Heß

Anlg.: 3³

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung und mit der Bitte um Zustimmung zu Ziffer 2

Rudolf Heß ist am 17. August 1987 gestorben.⁴ Dies gibt Veranlassung, auf folgendes hinzuweisen:

1) Die vier Gewahrsamsmächte hatten 1970 eine Vereinbarung über die Behandlung des Leichnams von Heß getroffen, wonach dieser eingäschert werden sollte. Anschließend sollte eine Trauerandacht unter Teilnahme der Familie Heß stattfinden und danach die Urne der Familie Heß übergeben werden.

Im Oktober 1982 ist es den drei westlichen Gewahrsamsmächten gelungen, mit der Sowjetunion zu einer neuen Vereinbarung zu kommen, wonach der Leichnam von Heß in das Bundesgebiet ausgeflogen und seiner Familie zur Bestattung außerhalb von Berlin übergeben werden soll. Um die Vereinbarung mit der Sowjetunion möglich zu machen, hatte sich die Familie Heß, die beabsichtigt, die Bestattung in Bayern vorzunehmen, den Gewahrsamsmächten gegenüber verpflichtet, die Beerdigung in aller Stille und im engsten Familienkreis stattfinden zu lassen.

2) Der britische Botschafter⁵ hatte am 7.10.1982 Herrn Staatssekretär von Staden unter Übergabe des in der Anlage 1 beigefügten „Non-Paper“⁶ von der

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat von Berg und Legationsrat I. Klasse Graf von Waldersee konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat Zeisler am 17. August 1987 vorgelegen.

² Hat Staatssekretär Sudhoff am 17. August 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) Ich habe BM Schäuble telefonisch über Inhalt der Demarche des brit[ischen] Gesandten in Kenntnis gesetzt. 2) BMI war auf StS-Ebene nicht erreichbar (neuer Versuch morgen).“

Hat Sudhoff am 18. August 1987 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) StS Neusel telef. informiert. 2) Z[u] d[en] A[kten].“

³ Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Anm. 6, 7 und 10.

⁴ Staatssekretär Ruhfus vermerkte am 18. August 1987: „Der amerikanische Botschafter Burt teilte heute telefonisch mit, er wolle das AA vorab über eine Pressemitteilung unterrichten, die die verantwortlichen Mächte heute nachmittag herausgeben würden. Eine vorläufige Untersuchung habe Hinweise ergeben, daß Rudolf Heß ‚attempted to take his own life‘. Am 17.8. sei er, wie üblich, in den Garten begleitet worden, um in einem kleinen Stuhl zu sitzen. Um 16.00 Uhr habe der Begleiter ihn gefunden mit einem Elektrokabel um seinen Hals. Man habe versucht, ihn wiederzubeleben, und ihn zu diesem Zweck in das britische Militärhospital überführt. Die Bemühungen blieben erfolglos. In seiner Tasche habe man eine Mitteilung gefunden. Auf meine Fragen antwortete Botschafter Burt, er könne mehr nicht mitteilen. Bei der ‚note‘, die man bei Heß gefunden hat, habe es sich offenbar um einen Brief an die Familie gehandelt. Er lege Wert auf die vorherige Unterrichtung der Bundesregierung, da möglicherweise in der Öffentlichkeit Spekulationen angestellt würden.“ Vgl. VS-Bd. 13468 (210); B 150, Aktenkopien 1987.

⁵ Sir John Taylor.

⁶ Für das undatierte britische Non-paper vgl. VS-Bd. 13468 (210); B 150, Aktenkopien 1987.

Vereinbarung unterrichtet. Er hatte dabei die Bitte geäußert, die Bundesregierung möge mithelfen, sicherzustellen, daß im Zusammenhang mit dem Tode und der Beerdigung von Heß neonazistische Aktivitäten verhindert würden und die Bestattung still und in privatem Rahmen stattfinden könne. Gleichzeitig brachte er die Erwartung zum Ausdruck, daß die Bundesregierung sich zu diesem Zwecke mit den zuständigen Behörden des Freistaates Bayern in Verbindung setzen würde.

Staatssekretär von Staden hatte mit Schreiben vom gleichen Tage (in der Anlage 2⁷ beigelegt) den Staatssekretär im Bundesministerium des Innern hiervon unterrichtet. Um sicherzustellen, daß alle rechtlich möglichen Maßnahmen ergriffen werden, wird vorgeschlagen, daß der Herr Staatssekretär telefonisch das Bundeskanzleramt und das BMI bittet, behilflich zu sein, daß in Zusammenarbeit mit den bayerischen Behörden alles Erforderliche veranlaßt wird, um neonazistische Aktivitäten zu verhindern und eine stille, private Bestattung zu ermöglichen. Es wird angeregt, daß er dabei seinen Kollegen im BMI an das Schreiben vom 7.10.1982 erinnert.

Referat 210 ist, seit sich die Planungen für eine Beerdigung in Wunsiedel/Oberfranken⁸ konkretisiert haben, mit Referat P 13 des BMI auf Arbeitsebene in Kontakt. Das BMI ist unterrichtet, daß nach dem neuesten Stand der Planung der Sarg von den Alliierten unmittelbar nach Wunsiedel gebracht werden soll.

Gegenüber dem Bundeskanzleramt könnte in diesem Zusammenhang daran erinnert werden, daß Rudolf Heß' Sohn Wolf-Rüdiger zu dem Herrn Bundeskanzler persönliche Verbindung unterhält.

3) Ebenfalls im Oktober 1982 haben sich die vier Gewahrsamsmächte darauf verständigt, daß nach dem Tode von Heß das Alliierte Militärgefängnis in Berlin-Spandau abgerissen werden soll. Der Regierende Bürgermeister von Berlin⁹ war hiervon unterrichtet worden.

4) Es ist damit zu rechnen, daß in den nächsten Tagen in der Presse und in der Öffentlichkeit der Vorwurf erhoben werden wird, die Bundesregierung habe sich zu Lebzeiten von Rudolf Heß nicht mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln für seine Freilassung eingesetzt.

Ein solcher Vorwurf wäre nicht gerechtfertigt, wie sich aus der in der Anlage 3¹⁰ beigelegten Übersicht über die hochrangigsten Bemühungen zur Freilassung von Rudolf Heß – sowohl von seiten der Bundesregierung¹¹ als auch von seiten der Drei Mächte – ergibt.

⁷ Staatssekretär von Staden übersandte mit Schreiben vom 7. Oktober 1982 an Staatssekretär Fröhlich, Bundesministerium des Innern, das am selben Tag übergebene britische Non-paper und teilte dazu mit: „Es darf nicht bekannt werden, daß die Alliierten sich mit der sowjetischen Seite geeinigt haben und daß die Familie eine Verpflichtung übernommen hat. Ich habe dem britischen Botschafter auf seine Frage gesagt, daß die Bundesregierung im Rahmen und auf der Grundlage unserer Gesetze bereit sein würde mitzuarbeiten, um neonazistische Aktivitäten in Verbindung mit dem Tode und Begräbnis zu verhindern, und zu helfen sicherzustellen, daß das Begräbnis still und in privatem Rahmen stattfindet.“ Vgl. VS-Bd. 13468 (210); B 150, Aktenkopien 1987.

⁸ Korrigiert aus: „Wunsiedeln/Oberpfalz“.

⁹ Richard Freiherr von Weizsäcker.

¹⁰ Für die Aufzeichnung des Referats 201 vom Juli 1986 („Alliierte und deutsche Bemühungen um die Freilassung von Rudolf Heß“) vgl. VS-Bd. 13468 (210); B 150, Aktenkopien 1987.

¹¹ Zuletzt richtete Bundeskanzler Kohl am 21. Juli 1986 ein Schreiben an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, Staatspräsident Mitterrand, Präsident Reagan und Premierministerin

5) Pressebehandlung

Mit Alliierten (UK) und BK wurde abgestimmt, nach der Bekanntgabe durch die Alliierten in Berlin gegenüber der Presse zu erklären:

Auf Frage:

Die Bundesregierung hat heute von alliierter Seite vom Tode von Rudolf Heß Kenntnis erhalten.

Auf weitere Frage nach den Modalitäten der Beisetzung:

Die Bundesregierung geht davon aus, daß Rudolf Heß im engsten Familienkreise beigesetzt wird.¹²

Auf weitere Frage nach der Zukunft des Militärgefängnisses Spandau:

Diese Frage wäre an die Alliierten zu richten.

6) Auf Arbeitsebene sind Kanzleramt, BMI und Bayerisches Staatsministerium des Innern unterrichtet. Das Bayerische Innenministerium hat die Vorbereitungen aufgenommen.

Berg

VS-Bd. 13468 (210)

Fortsetzung Fußnote von Seite 1174

Thatcher, in dem er um die Freilassung von Rudolf Heß bat. Bundesminister Genscher sprach das Thema bei der Unterredung mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse am 22. Juli 1986 in Moskau an. Vgl. dazu AAPD 1986, II, Dok. 210, Anm. 22.

¹² Legationsrat I. Klasse Graf von Waldersee notierte am 20. August 1987: „Familie Heß ist am Vormittag des 20.8.87 auf dem Flughafen Grafenwöhr eingetroffen, um den dort mit einem britischen Militärflugzeug angekommenen Leichnam von Rudolf Heß in Empfang zu nehmen. Übergabe ist gegen 12.00 Uhr erfolgt. Bayerisches Innenministerium [...] hat am 20.8. um 14.50 Uhr folgendes mitgeteilt: Die Beerdigung soll nach derzeitigen Erkenntnissen heute (20.8.) nicht mehr stattfinden. Die Familie hat die bayerische Polizei um Geheimhaltung des Aufenthaltsortes des Leichnams gebeten. [...] Von sich aus beabsichtigen die bayerischen Behörden keine Obduktion. Es ist nicht auszuschließen, daß die Familie Heß im privaten Auftrag eine Obduktion durchführen läßt. Die Familie hat mit dem Bürgermeister von Wunsiedel wegen der Bestattung Kontakt aufgenommen.“ Vgl. Referat 210, Bd. 139266.

Am 24. August 1987 vermerkte Waldersee, um 15.00 Uhr habe ein Mitarbeiter des bayerischen Innenministeriums angerufen und „mit der Bitte um Wahrung strengster Vertraulichkeit“ mitgeteilt, daß die Beerdigung von Rudolf Heß bereits stattgefunden habe: „Er kündigte an, die Familie Heß werde die Nachricht voraussichtlich gegen 17.00 Uhr an die Öffentlichkeit geben. Er bat dringend bis zur Bekanntgabe der Nachricht durch die Familie um strenges Stillschweigen, auch gegenüber den Alliierten.“ Vgl. Referat 210, Bd. 139266.

232

Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Zayed al-Nahyan in Aachen

25. August 1987¹

Gespräch BM mit dem Präsidenten der VAE, Scheich Zayed, im Hotel Quellenhof in Aachen am 25.8.1987, von 16.30 Uhr bis 17.30 Uhr²

BM suchte den Präsidenten der VAE, Scheich Zayed, am 25.8. im Hotel Quellenhof in Aachen auf, wo dieser sich seit einer Woche zu einer medizinischen Behandlung aufhält. Scheich Zayed leitete das Gespräch mit religiös-philosophischen Betrachtungen ein, die zusammengefaßt besagen, daß, wenn der Mensch von seiner Vernunft Gebrauch mache, Gottes Wille geschehe.

BM ging im politischen Teil des Gesprächs zunächst auf die Lage in der Golf-Region ein, die uns große Sorgen mache.³ Als Nachbarn seien wir von den Auswirkungen des Golf-Konflikts direkt betroffen. Wir seien an Stabilität in diesem Raum interessiert.

Auf die Frage des BM nach seiner Einschätzung der Lage erwiderte Scheich Zayed, daß die VAE sich um die Herstellung gutnachbarschaftlicher Beziehungen zu allen Golf-Anrainern bemühen. Iran werfe den Golf-Staaten, insbesondere Kuwait, vor, Irak zu unterstützen. Man dürfe in diesem Zusammenhang aber nicht vergessen, daß Iran die Region destabilisiere.

Ein neues Element der Unsicherheit seien die Vorgänge in Mekka⁴, die die Spannungen insgesamt verschärft hätten. Er müsse einräumen, daß es den Arabern

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Fiedler am 26. August 1987 gefertigt und am 27. August 1987 an Ministerialdirigent Jansen geleitet „mit der Bitte um Genehmigung des Inhalts und des Verteilers durch den Herrn Bundesminister“.

Hat Vortragendem Legationsrat Ischinger am 27. August 1987 vorgelegen, der den Rücklauf an Fiedler verfügte und handschriftlich vermerkte: „Bitte mit Vermerk ‚von BM noch nicht genehmigt‘ verteilen.“ Vgl. den Begleitvermerk; Referat 311, Bd. 140049.

² Vortragender Legationsrat I. Klasse Seemann teilte der Botschaft in Abu Dhabi am 26. März 1987 mit, Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker sei grundsätzlich damit einverstanden, Präsident Zayed al-Nahyan „anlässlich dessen jährlichen Privataufenthalts in der Bundesrepublik Deutschland zu einem verkürzten, auf Bonn beschränkten Staatsbesuch einzuladen“. Vgl. den Drahterlaß; Referat 311, Bd. 140049.

Am 28. Juli 1987 informierte Gesandter Jochum die Botschaft in Abu Dhabi: „Bundespräsident und Bundeskanzler sind bis Ende August in Urlaub und können daher leider Sheikh Zayed zum vorgeschlagenen Termin (17./18.8.) nicht empfangen.“ Vgl. den Drahterlaß; Referat 311, Bd. 140049.

³ Zum irakisch-iranischen Krieg vgl. Dok. 152, Anm. 2.

Botschaftsrat I. Klasse Freundt, Bagdad, teilte am 17. August 1987 mit: „Von der Landfront liegen im Berichtszeitraum keine lageverändernden Erkenntnisse vor. Entlang der gesamten Linie hält nach Aussagen der irak[ischen] Mil[itär]-Berichterstattung der iran[ische] Frontdruck an. Die Kämpfe spielen sich offenbar weiterhin auf verhältnismäßig niedrigem Gesamtniveau ab. Begrenztes Unternehmen reiht sich an begrenztes Unternehmen. Das Hauptgewicht liegt auf Infanteriekampf. Dadurch erklären sich auch die verhältnismäßig hohen Verlustziffern auf beiden Seiten. Menschlich und materialmäßig gesehen handelt es sich um eine Phase des Abnutzungskrieges ohne größere Bewegung. Gespannt und unübersichtlich bleibt die Lage im Kurdenbereich.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 640; Referat 311, Bd. 139980.

⁴ Botschafter Nowak, Riad, berichtete am 1. August 1987: „1) Eine Massendemonstration iranischer Pilger in Mekka führte am 31.7.1987 zu blutigen Zusammenstößen mit saudischen Sicherheitskräften. Angaben über die Zahl der Todesopfer reichen von ‚einigen‘ bis zu ‚hundertern‘. 2) Nach einer vom

an der nötigen Solidarität fehle. Hätte es sie gegeben, hätte der Golf-Krieg nicht so lange gedauert. Dabei handele es sich nicht um eine strukturelle Uneinigkeit, sondern um eine konjunkturelle. Scheich Zayed wertete den Zustand der arabischen Welt als „Unzufriedenheit Gottes mit den arabischen Untertanen“. Man könne die entstandene Unruhe aber auch mit einem Gewitter vergleichen, das scheinbar negativ sei, aber auch eine positive reinigende Wirkung haben könne.

BM ging sodann auf die Beziehungen der EG zum Golf-Kooperationsrat (GCC⁵) über.⁶ Wir würden gern ein positives Zeichen setzen. Vor einigen Jahren habe er den Vorschlag des Abschlusses eines Kooperationsabkommens unterbreitet. Es gebe noch einige wirtschaftliche und finanzielle Probleme. Er frage sich aber, ob jetzt nicht der richtige Zeitpunkt gekommen sei, das Abkommen abzuschließen.

Scheich Zayed erwiderte, daß dies genau seiner Überzeugung entspreche. Eine engere Zusammenarbeit zwischen der EG und dem GCC wäre sicherlich ein positives Signal und könnte Modellcharakter für die Zusammenarbeit mit anderen arabischen Staaten erhalten und auch große Bedeutung für die Stabilität der Region bekommen. Eine solche Zusammenarbeit könnte sich auch positiv auf den Ost-West-Kontext auswirken.

BM stimmte dieser Bemerkung unter Hinweis auf unsere Bemühungen in Europa um mehr Zusammenarbeit zwischen den west- und osteuropäischen Staaten zu.

Scheich Zayed fuhr fort, daß die Erhaltung des Friedens der gemeinsame Wunsch von Ost und West sei. Voraussetzung sei jedoch ein Mindestmaß an Vertrauen.

Die Amerikaner hätten ihm gesagt, die Sowjets verfolgten im Golf mit ihren Schiffen machtpolitische Ziele und wollten sich dort festsetzen. Er habe ihnen geantwortet, daß der Westen dort seit Jahrhunderten Machtpolitik betrieben hätte, ohne daß der Region etwas „weggenommen“ worden sei. Das würde auch jetzt den Sowjets nicht gelingen. Die Amerikaner hätten ihm daraufhin geantwortet,

Fortsetzung Fußnote von Seite 1176

saudischen Innenministerium am Morgen des 1.8. herausgegebenen Verlautbarung blockierten iranische Demonstranten nach dem Nachmittagsgebet am 31.7.1987 die Ausgänge der Heiligen Moschee in Mekka und brachten den Verkehr in den umliegenden Straßen zum Erliegen. Nachdem alle friedlichen Versuche, die iranischen Demonstranten zur Freigabe der Wege zu veranlassen, gescheitert seien, hätten sich heftige Zusammenstöße zwischen Iranern einerseits, Pilgern aus anderen Ländern und saudischen Bürgern andererseits entwickelt [...]. Das in höchstem Maß auf innere Sicherheit bedachte saudische Regime muß sich durch die Ereignisse von Mekka in seinem Kern getroffen fühlen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 383; Referat 311, Bd. 140033.

Am 2. August 1987 informierte Nowak, nach offiziellen Angaben der saudi-arabischen Regierung seien 402 Menschen ums Leben gekommen, 275 Iraner, 42 Pilger anderer Nationalitäten und 85 Saudis. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 384; Referat 311, Bd. 140033.

⁵ Korrigiert aus: „ECC“.

⁶ Zu den Beziehungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und dem Golf-Kooperationsrat (GCC) vgl. Dok. 74, Anm. 6.

Botschafter Ungerer, Brüssel (EG), teilte am 25. Juni 1987 mit: „1) Prä[sidentschaft] berichtete auf Grundlage der Informationsnote des Rates vom 24.6.1987 über Ergebnisse des Troika-Ministertreffens mit Golf-Kooperationsrat am 23.6.1987 in Brüssel. [...] 2) Prä[s.] unterstrich, daß Treffen zum besseren Verständnis der Pos[itionen] des GCC beigetragen habe. Gemeinsamer Wille und polit[ische] Notwendigkeit, ein Abk[ommen] bald abzuschließen, sei von beiden Seiten betont worden. Im Joint Communiqué ist in Ziffer[er] 7 festgelegt, daß offizielle Verhandlungen sobald wie möglich und nicht später als im Herbst 1987 beginnen sollen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2015; Unterabteilung 31, Bd. 141127.

daß die Sowjets den Abzug der US-Flotte verlangten, und dies als einen Beweis für mangelnde Bereitschaft, die Stabilität im Golf zu gewährleisten, gewertet. Er habe ihnen gesagt, daß er diese Einschätzung der Lage nicht nachvollziehen könne, da die USA nur die Sowjets aus dem Golf ausschließen, selbst aber präsent bleiben wollten. Diesem Rivalitätsdenken sei entschieden ein kooperatives Verhalten vorzuziehen. Solange es eine Chance zum Frieden im Golf gebe, müsse diese genutzt werden. Die Großmächte müßten gemeinsam für den Frieden arbeiten. Wenn hingegen die Sowjetunion auf die Seite Irans trete und die USA auf die Seite Iraks, würde dies eine schlimme Entwicklung einleiten.

BM stimmte dem zu und bemerkte, daß wir fast mit den gleichen Worten zu der gleichen Schlußfolgerung gekommen seien. Nur eine gemeinsame Position der beiden Großmächte, Chinas und der anderen Sicherheitsratsmitglieder⁷ würde Iran beeindrucken. Man müsse mit Vernunft an die Dinge herangehen.

Scheich *Zayed* mahnte zu Geduld. Es gebe viele und scheinbar komplizierte Probleme. Ein arabischer Dichter habe einmal sinngemäß gesagt: Derjenige, der sich in Geduld übe, werde schließlich auch die Probleme lösen können.

BM erkundigte sich, ob Scheich *Zayed* eine Voraussage der AM-Konferenz der AL in Tunis⁸ wage.

Scheich *Zayed* zufolge gebe es in Tunis zwei Optionen:

- Abbruch der Beziehungen mit Iran,
- Fortsetzung des Dialogs mit allen Seiten und Förderung der Resolution 598⁹.

Scheich *Zayed* sprach sich für die zweite Option aus. Nach Verabschiedung der SR-Resolution müsse man den eingeschlagenen Weg auch fortsetzen. Er glaube, daß sich diese Option schließlich durchsetzen werde.

BM bekräftigte die Notwendigkeit eines intensiven Gesprächs mit beiden Konfliktparteien. Allerdings halte er ein Gespräch mit Iran für dringlicher, da dieser im Gegensatz zu Irak die Resolution 598 noch nicht angenommen habe.

Nach freundlichen Bemerkungen Scheich *Zayed*s über das deutsche Volk, das einen Platz in seinem Herzen habe, sprach *BM* seinen Dank für die Anteilnahme an dem Schicksal der deutschen Geiseln im Libanon¹⁰ aus. Er sei überzeugt, daß diese noble Gesinnung hilfreich sein werde.

⁷ Als ständige Mitglieder gehörten dem VN-Sicherheitsrat ferner Frankreich und Großbritannien an, als nicht-ständige Mitglieder zu diesem Zeitpunkt Argentinien, Bulgarien, die Bundesrepublik, Ghana, Italien, Japan, Kongo, Sambia, Venezuela und die Vereinigten Arabischen Emirate.

⁸ Vom 23. bis 25. August 1987 fand eine außerordentliche Konferenz der Außenminister der Mitgliedsstaaten der Arabischen Liga statt. Die Botschaft in Tunis berichtete am 25. August 1987: „Die Konferenz verabschiedete eine vierseitige Resolution, die in ihrem ersten Teil u. a. die Solidarität der MS der AL mit dem Irak bestätigt, freie Schifffahrt im Golf fordert und in ihrem operativen Teil den Iran auffordert, sich in Übereinstimmung mit der Charta der VN und auf der Grundlage der Resolution 598 vom 20.7.87 des SR der VN für eine friedliche Beilegung des Konflikts einzusetzen.“ Die Konferenz sei als „nicht abgeschlossen“ bezeichnet worden, und ursprünglich hätte sie nur bis 24. August 1987 dauern sollen: „Verlängerung wurde notwendig, weil Teilnehmer sich nicht auf saudi-arabischen Resolutionsvorschlag einigen konnten, der u. a. Abbruch der diplomatischen Beziehungen aller MS der AL mit dem Iran forderte. Insbesondere Syrien, Oman und die Vereinigten [Arabischen] Emirate, unterstützt von Algerien und Libyen, sollen sich gegen den Abbruch ausgesprochen haben.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 264; Unterabteilung 31, Bd. 141123.

⁹ Zur Resolution Nr. 598 des VN-Sicherheitsrats vom 20. Juli 1987 vgl. Dok. 221, Anm. 6.

¹⁰ Zum Entführungsfall Cordes und Schmidt vgl. Dok. 195.

Scheich *Zayed* bemerkte, daß er vor seiner Reise nach Deutschland mit Präsident Assad über die Geiselfrage gesprochen habe.¹¹ Präsident Assad habe ihm gesagt, daß er eine ernsthafte Lösung suche. Er, Scheich *Zayed*, habe sich aus Gründen der Humanität für die Fortsetzung der syrischen Bemühungen eingesetzt. Er habe seinen Chefberater Suedi beauftragt, über den VAE-Botschafter in Damaskus¹² Fühlung mit Assad zu halten.

BM wünschte Scheich *Zayed* einen angenehmen Aufenthalt in Aachen, wo er sich noch einige Tage aufhalten wird, um dann zu einem Privatbesuch in die Türkei zu reisen.

Referat 311, Bd. 140049

233

Botschafter von Stülpnagel, Genf (CD), an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 1826

Aufgabe: 25. August 1987, 16.45 Uhr¹

Ankunft: 25. August 1987, 17.33 Uhr

Betr.: Jahressitzung der Abrüstungskonferenz Genf 1987;
hier: Schlußbericht

Zur Unterrichtung

I. Zusammenfassung

1) Die Genfer Abrüstungskonferenz beendet mit Annahme ihres Arbeitsberichts an die 42. GV/VN² am 28.8.1987 die diesjährige Sitzungsperiode.³ Sie tritt satzungsgemäß am 2.2.1988 wieder zusammen. Die Beratungen zum Verbot chemischer Waffen werden unmittelbar nach Beendigung der 42. GV/VN, voraussichtlich in der Zeit vom 30.11. bis 18.12.1987 sowie vom 11.1. bis 29.1.1988, fortgesetzt.

2) Der Ertrag der diesjährigen Erörterungen und Verhandlungen fällt unterschiedlich aus. Fortschritte in den CW-Verhandlungen kontrastieren deutlich mit der kargen Ausbeute an relevanten Konsenselementen aus der Erörterung anderer Tagesordnungspunkte der Konferenzagenda. Den nuklearen Themen Comprehensive Test Ban (CTB), Cessation of the Nuclear Arms Race (CNAR), Peaceful Nuclear Weapons⁴ (PNW) blieb auch in dieser Sitzungsperiode eine

¹¹ Die Präsidenten Assad und Zayed al-Nahyan trafen sich am 15. August 1987 in Damaskus.

¹² Salim Rashid al-Aqroubi.

¹ Das Fernschreiben wurde in drei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 13 und 22.

Hat Vortragendem Legationsrat Reyels am 26. und erneut am 28. August 1987 vorgelegen.

² Die 42. VN-Generalversammlung fand vom 15. September bis 21. Dezember 1987 in New York statt.

³ Die Jahressitzung der Genfer Abrüstungskonferenz (CD) begann am 3. Februar 1987.

⁴ Die Wörter „Peaceful Nuclear Weapons“ wurden von Vortragendem Legationsrat Reyels gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „Prevention of Nuclear War.“

zweckmäßige und strukturierte Behandlung in angemessenen Arbeitsorganen versagt. Ihre Beratung in informellen Plenarsitzungen unter Leitung der jeweiligen Konferenzpräsidenten erbrachte keine konsensfördernden und mandatsvorbereitenden neuen Perspektiven. Angesichts der weiterhin unvereinbaren Meinungsunterschiede zur Zielsetzung und inhaltlichen Ausgestaltung angestrebter Regelungen und/oder Abkommen auch zu Negative Security Assurances (NSA), Radiological Weapons (RW) und zum Comprehensive Programme of Disarmament (CPD) konnten auch in diesen mit klaren Mandaten ausgestatteten Ad-hoc-Ausschüssen keine nennenswerten materiellen Fortschritte erzielt werden.

3) Die Konferenz hat im Verlauf des Sitzungsjahres unter Beweis gestellt, daß sie dort, wo ihr – wie bei den CW-Verhandlungen – eine eindeutige und einvernehmliche Zielsetzung vorgegeben ist, durchaus in der Lage ist, ihrer originären Rolle als einzigem weltweit angelegten multilateralen Verhandlungsgremium gerecht zu werden. Bei den Gegenständen jedoch, bei denen ihr nur eine komplementär beratende, nicht aber eigenständig gestaltende Rolle zukommt, bleiben die Ergebnisse deutlich hinter den Möglichkeiten eines „konstruktiven Parallelismus“ von bilateralem und multilateralem Sicherheits- und Rüstungskontrolldialog zurück, insbesondere wenn einer der bilateralen Partner nicht mitzieht.

Der Konferenz ist es deshalb auch nicht gelungen, die Fragen multilateraler Abrüstung in geeigneter Weise für die weitere Behandlung in der bevorstehenden III. Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen über Abrüstung⁵ aufzubereiten.

4) Sitzungsverlauf und Arbeitsbedingungen waren gekennzeichnet von der Abnahme abstrakter Debatten bei stärkerer Konzentration auf die technische Detailarbeit in den Verhandlungsschwerpunkten und mandatsvorbereitenden Beratungen sowie von der unterschiedlichen Konzentration der einzelnen Gruppen auf Schwerpunkte und Sitzungsphasen. Den phantasie reich überzogenen Erwartungen zu Sitzungsbeginn, insbesondere genährt durch die Präsentation des „neuen politischen Denkens“ der sozialistischen Staaten in allen denkbaren Abrüstungsvarianten, folgten zunehmend Phasen realitätsbezogener Sacharbeit.

5) Erstmals auffällig spiegelte die Arbeit mangelndes Zutrauen in die konkrete multilaterale Regelungsfähigkeit einiger der Konferenz übertragener Abrüstungsgegenstände komplementär zu den dominanten bilateralen Bemühungen der USA und der Sowjetunion wider. Gegen Abschluß der über Monate durchaus friedlichen Konferenz wurde in erneuter Polemik und Diffamierung deutlich, wie unversöhnlich die Standpunkte zwischen Ost und West, insbesondere in der Weltraumfrage und in Fragen nuklearer Abrüstung, geblieben sind. Lediglich bei den CW-Verhandlungen blieb das Klima geschäftsmäßig.

6) Obwohl in deklaratorischer und propagandistisch-publizistischer Hinsicht die diesjährige Sitzungsperiode eindeutig von der Fülle sowjetischer Vorschläge und der breiten Kommentierung durch die sozialistischen Staaten dominiert wurde, blieb letzteren der erwartete materielle Gewinn versagt. Die teilweise

⁵ Die VN-Sondergeneralversammlung über Abrüstung fand vom 31. Mai bis 26. Juni 1988 in New York statt. Vgl. dazu AAPD 1988.

mit ungewöhnlicher Schärfe (insbesondere auch in den Reden Schewardnadses, Petrowskij und Alfonsíns) geführten Angriffe sozialistischer oder neutraler Staaten auf Grundlagen westlicher Sicherheitsphilosophie (insbesondere gegen das Prinzip nuklear gestützter Abschreckung und das westliche militärstrategische Konzept⁶) liefen weitgehend ins Leere. Auch die Neutralen haben – zwischen Resignation und Neuorientierung schwankend – keine nachhaltigen Impulse vermitteln können. Obwohl er seine Möglichkeit in keiner Weise konstruktiv ausgeschöpft hat, sind im Ergebnis eher dem Westen die meisten Pluspunkte aus dieser Runde zugefallen.

7) Der diesjährige Sitzungsverlauf hat erneut verdeutlicht, daß die Konferenz, um ihrer Rolle als einzigem weltweiten multilateralen Verhandlungsgremium – in qualitativer Abgrenzung zu den reinen Erörterungsforen UNDC⁷, 1. Ausschuß der jährlichen GV/VN und Sondergeneralversammlungen der Vereinten Nationen über Abrüstung – umfassend gerecht zu werden, der Neuordnung ihres Aufgabenkatalogs sowie der Verbesserung ihrer inneren Abläufe und Verfahrensweisen bedarf. Solange ihr bewußt nicht konsensfähige Materien, wie z.B. die Aushandlung eines utopischen Comprehensive Programme of Disarmament, zugeteilt bleiben, wird sich der jährlich wiederholte endlose prozedurale Streit um Mandate mit eindeutigen Verhandlungsaufträgen zu Lasten sicherheits- und stabilitätsorientierter Sacharbeit fortsetzen. Die verstärkten Bemühungen der Konferenz selbst um die generelle Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen, u.a. durch die sieben „Weisen“, scheitern bisher an der phantasielosen Präferenz der meisten Teilnehmerstaaten für kleine prozedurale Gewinne. Die Frage einer zweckorientierten Neuordnung gewinnt jedoch in dem Maße an Bedeutung, wie sich der Kern der gegenwärtigen Konferenzarbeit, das Verbot chemischer Waffen, einer Lösung nähert.

II. Im einzelnen

TOP 1: „Nuclear Test Ban (NTB)/Comprehensive Test Ban (CTB)“

Trotz ermutigender Entwicklungen beim Thema „nuklearer Teststopp“ ist mit Abschluß der diesjährigen Sitzungsperiode die CD im dritten Jahr mit dem Versuch der Einrichtung einer formalisierten Arbeitsstruktur gescheitert. Dies – und nicht die nuancierte Beschreibung einer vorsichtigen Annäherung der Standpunkte – wird von der Mehrzahl der Teilnehmerstaaten und der Öffentlichkeit zur Kenntnis genommen. Die Vertreter der G21⁸ und der sozialistischen Gruppe wurden nicht müde, dies weiterhin propagandistisch gegen den Westen zu nutzen. Nachdem die Sowjetunion – auch, um der Enttäuschung einzelner Nichtgebundener über die Aufkündigung des Moratoriums Rechnung zu tragen – sich auf dem Feld CTB zunächst betont zurückhaltend verhielt, ging sie mit der Petrowskij-Rede vom 9.6.87⁹ wieder in die publizistische Offensive. Ihr sogar

⁶ Zur Strategie der „flexible response“ vgl. Dok. 4, Anm. 17.

⁷ United Nations Disarmament Commission.

⁸ Als „G21“ wurde die Gruppe der neutralen und nichtgebundenen Mitgliedstaaten der Genfer Abrüstungskonferenz (CD) bezeichnet.

⁹ Botschafter von Stülpnagel, Genf (CD), berichtete am 9. Juni 1987, die UdSSR habe die erste Plenarsitzung nach Wiederaufnahme der Arbeit der Genfer Abrüstungskonferenz am selben Tag genutzt, um durch den Stellvertretenden Außenminister Petrowskij ihre „Grundsätze für einen Vertrag zum umfassenden Verbot von Nuklearwaffentests“ einzuführen und zu erläutern. Diese enthielten „keine weitgehenden und grundlegend neuen sowjetischen Zugeständnisse an westliche Positionen, jedoch

von der G21 mit Mißtrauen aufgenommenen Vorschlag, parallel zu GSE¹⁰ eine nicht näher definierte Wissenschaftlergruppe einzusetzen, wurde erst in der Rede von AM Schewardnadse am 6.8.87¹¹ förmlich geäußert und versucht, sie in letzter Minute der Konferenz aufzuzwingen. (Bei diesem Manöver geht es wohl um einen vermutlich langfristiger angelegten Versuch, die Modalitäten der Verifikation zukünftiger Abkommen, wenn diese denn nicht zu umgehen sind, im eigenen Sinne positiv zu beeinflussen: u.a. internationale „Inspektorate“, Gremien mit Filterfunktion.)

Die G21 ist in bezug auf die Einbeziehung aller Nukleartests (nicht nur, wie Indien vorsieht, der Nuklearwaffen-Tests) gespalten. Diese Tatsache läßt sich jedoch nicht zu unserem Vorteil nutzen. Einerseits ist die Kohärenz der Gruppe der „High Priests of Nuclear Disarmament“ noch hinreichend ausgeprägt. Andererseits geben die prinzipiell ablehnende Haltung Frankreichs und die wenig konziliante US-Position kaum Aussicht, in absehbarer Zeit zu einem Arbeitsgremium der Konferenz mit Verhandlungsmandat zu gelangen.

Die Position der westlichen Gruppe wird nach wie vor durch den kleinsten gemeinsamen Nenner bestimmt. Der taktische Vorteil, den die wiederholte Bezugnahme auf einen Mandatsentwurf des Monatspräsidenten für April, Botschafter Vejvoda (ČSSR), „als erfolversprechende Basis“ für eine Konsentschließung dem Westen verschafft hat, erschöpft sich mit dem Abschluß der diesjährigen Sitzungsperiode, zumal dieses „Non-paper“ niemals formalisiert worden ist.¹²

TOP 2: „Cessation of the Nuclear Arms Race (CNAR)“

Die Behandlung aller der nuklearen Abrüstung zuzuordnenden Fragen stand im Zeichen propagandistischer Ausbreitung sowjetischer Vorschläge zum gesamten Spektrum möglicher Abrüstungsschritte, dynamischer Diskreditierung westlichen Abschreckungsdenkens durch die sozialistischen und radikalen G21-Staaten sowie der Kontroversen um einen geeigneten organisatorischen Rahmen zur umfassenden Behandlung des Gegenstandes. Trotz intensiver Bemühungen der jeweiligen Konferenzpräsidenten, TOP 2 zuzuordnende Fragen in informellen Plenarsitzungen aufzunehmen und den früher die Plenardebatten beherrschenden

Fortsetzung Fußnote von Seite 1181

dürfte von der geschickten Zusammenstellung bislang vereinzelt geäußerter sowjetischer Vorstellungen in Verbindung mit einem generös klingenden Inspektions- und Verifikationsangebot, von der geschickten Terminwahl und von der weitgehenden Angleichung an Positionen der radikalen Nichtgebundenen in der Nuklearfrage eine gewisse Wirkung in Kreisen der Konferenz und in der Öffentlichkeit ausgehen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1170; Referat 222, Bd. 162057.

¹⁰ An dieser Stelle vermerkte Vortragender Legationsrat Reyels handschriftlich: „Group of Seismic Experts.“

¹¹ Für den Wortlaut der Rede des sowjetischen Außenministers Schewardnadse vor der Genfer Abrüstungskonferenz (CD) vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 566–569 (Auszug).

¹² Botschafter von Stülpnagel, Genf (CD), berichtete am 17. Juli 1987 über die „westliche Koordinations-sitzung zu NTB/CTB“ am selben Tag: „US-Delegation wurde von allen vertretenen Delegationen, zum Teil eindrucklich (AUS, B), darauf hingewiesen, daß Vejvoda-Vorschlag von Regierungen dieser Staaten als tragfähiger Mandatsvorschlag für die unmittelbare Aufnahme der Arbeiten eines Ad-hoc-Komitees betrachtet werde und daß Westen sich eines großen taktischen Vorteils zur Bloßstellung der Handlungsunfähigkeit der G21 beuge, in der (lt. japanischer Information) Widerstand gegen Vejvoda-Formulierung lediglich noch von MEX, INI, ÄGY, ARG und wahrscheinlich BRA aufrecht-erhalten werde. [...] Die amerikanische Haltung in der Teststopp-Frage bleibt eine schwere Hypothek für die um Verständnis werbende Darstellung westlicher Positionen in der Abrüstungskonferenz.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1554; Referat 222, Bd. 162064.

den Nuklearthemen einen angemessenen Rahmen einzuräumen, blieben die Beiträge einseitig, deklaratorisch und ohne analytische Tiefe. Auch die Versuche der G21, die Debatte durch Festlegung der Konferenz auf eine einvernehmliche Liste zu behandelnder Detailfragen zu strukturieren und auf die Erarbeitung von Vorschlägen zu praktischen Maßnahmen hin auszurichten, blieben ohne Einfluß. Die Konferenz steht vor dem Dilemma, vernünftige Sacharbeit zum Gegenstand nur unter einvernehmlicher Vorgabe im Rahmen eines besonderen Arbeitsorgans leisten, den dazu notwendigen Konsens unter den Teilnehmerstaaten wegen grundsätzlicher inhaltlicher Differenzen aber nicht herstellen zu können. Handlungsrelevante Anregungen blieben somit allenfalls zufällig.

¹³TOP 3: „Prevention of Nuclear War“ (PNW)

Auch dem Kriegsverhütungsthema blieb die Zuerkennung einer besonderen Beratungsform versagt. Der in den Vorjahren die Debatten beherrschende Tagesordnungspunkt wird zunehmend von konkreteren Ansätzen in anderen Beratungsgegenständen verdrängt. Er spielte in dieser Sitzungsperiode eine nur nachgeordnete Rolle. Seit sich die Erkenntnis durchgesetzt hat, daß konventionelle Abrüstung unverzichtbarer Bestandteil eines notwendigerweise umfassenden Ansatzes zur Verhinderung eines Nuklearkrieges ist und die Aufgabe zwangsläufig auf die Verhütung aller Arten von Krieg und bewaffneter Auseinandersetzung ausgedehnt werden muß, eignet sich dieser TOP immer weniger zur antinuklearen Anklage insbesondere der westlichen Nuklearstaaten durch die Radikaleren unter den neutralen Wortführern. Diese verlagern ihre Kritik vermehrt in die Erörterung der TOPs 1 (CTB) und 5 (Outer Space). Die Schnittlinie zum TOP 2 läßt sich nur noch akademisch begründen. Von gelegentlichem Nachkarten (so z.B. in der Rede des argentinischen Staatspräsidenten Alfonsín gegen die Philosophie der Abschreckung¹⁴ bzw. die Bemühungen der sozialistischen Staaten um Diffamierung der westlichen „Militärdoktrin“) abgesehen, hat die diesjährige Behandlung des Kriegsverhütungsthemas keine akzentuierte inhaltliche Weiterführung erfahren. Hier beginnen jedoch die langjährigen Bemühungen um einen umfassenden Kriegsverhütungsansatz Zinsen zu tragen.

TOP 4: Chemische Waffen (CW)¹⁵

Durch das in der Sondersitzung reduzierte Momentum ist es bei den CW-Verhandlungen nur zu selektiv konkreten Fortschritten in der zweiten Sitzungshälfte gekommen. Diese erstrecken sich auf die Vernichtung der CW-Herstellungsanlagen und die Verdachtskontrolle, deren Regelung schließlich strenger als in

¹³ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1827 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

¹⁴ Botschaftsrat Bolewski, Genf (CD), berichtete am 11. Juni 1987: „In erster Rede eines amtierenden Staatsoberhauptes vor der Abrüstungskonferenz hat der argentinische Präsident Alfonsín in heutiger Plenarsitzung eine in dieser Schärfe nicht erwartete Anklage gegen das Abschreckungskonzept, insbesondere in seiner westlichen Ausprägung, formuliert. Tatsache, daß nur diesem Thema gewidmete Ausführungen denen der SU (Petroschij vom 9.6.87) in der ersten Konferenzwoche folgen und Argumentationsmuster eine Vergleichbarkeit der Positionen suggerieren, gibt den Beratungen der Sondersitzung einen erneut konfrontativen Akzent. [...] Rede Alfonsíns geht von alarmistischem Szenario einer bereits durch die Existenz von Kernwaffen bedrohten Menschheit aus. Annahme, ihre Verteilung und Implementierung im Rahmen von Abschreckungskonzeptionen habe bisher den Ausbruch von Kriegen zumindest unter den Supermächten verhindert, wird als unbeweisbar und tendenziell falsch kritisiert.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1202; Referat 222, Bd. 162103.

¹⁵ Zu den Verhandlungen über ein Verbot chemischer Waffen in Genf vgl. Dok. 164, Anm. 3.

CD/715¹⁶ vorgesehen ausfallen wird. Weitgehende Einigung zwischen Ost und West besteht nunmehr über das Verfahren bis zum Abschluß einer Verdachtskontrolle, wobei allerdings die Einzelheiten der sogenannten alternativen Maßnahmen für den Zugang zum Verdachtsobjekt wegen des sicherheitsrelevanten Aspektes immer stärkere Bedeutung nicht nur für die Sowjets, sondern auch für die Amerikaner bekommen. Diese erkennen jetzt, daß die bedingungslose Zugangsregelung für sie mit Risiken behaftet sein kann. Lösungen haben sie hierfür aber bisher nicht angeboten.

Die Zahl der offengebliebenen Bereiche ist groß. Hierzu gehört das weite Gebiet der „jurisdiction and control“, aus dessen Lösung sich später wird ablesen lassen, wer auf welchem Staatsgebiet für chemische Waffen verantwortlich sein wird. Weiterer Klärung bedürfen auch die sogenannten kommerziell hergestellten und genutzten supertoxisch-tödlichen Chemikalien wie auch die Frage, ob für diese weitgehend der pharmazeutischen Industrie zuzurechnenden Substanzen eine neue Kategorie für die Überwachung eingerichtet werden muß. Offen ist auch noch die französische Forderung nach Sicherheitsreserven¹⁷ und die damit verbundene Weigerung Frankreichs, alle chemischen Waffen 30 Tage nach Inkrafttreten der Konvention offenzulegen und alle Produktionsanlagen zu zerstören. Trotz der aktiven Tätigkeit des DDR-Koordinators¹⁸ auf diesem Gebiet sind auch die meisten institutionellen Fragen offengeblieben, wie die eines Modellabkommens zwischen den Staaten und der Exekutivbehörde über die Tätigkeitsbereiche eines Vorbereitungsausschusses, die notwendigen autonomen Vertragsänderungen (z.B. die Listenrevision), vor allem aber die Zusammensetzung und Funktion des Exekutivorgans.

Die Sowjetunion war zu Beginn der Frühjahrssitzung mit neuen Weisungen angetreten und beeinflusste die Arbeit der Konferenz durch Flexibilität und Entgegenkommen. Weitere Konzessionen machte sie erst, als die Arbeiten der Sommersitzung praktisch abgeschlossen waren. Damit bestätigt sich die Vermutung, daß die Weisungsproduktion in Moskau ein langwieriger Prozeß ist, der auch durch unablässiges Verhandeln der Konferenz in Genf kaum beschleunigt werden kann. Die übrigen Ostblock-Delegationen spielten bei den chemischen Waffen keine Rolle bis auf die DDR, die durch ihren Koordinator zu institutionellen Fragen ein gewisses Profil gewinnen konnte.

Von den zehn Delegationen der westlichen Gruppe arbeiteten Belgien, Deutschland, Frankreich, Niederlande und Großbritannien aktiv und initiativ mit. Die Japaner, die in fast allen Fragen unsere Meinung teilten, äußerten sich nicht. Die USA verhielten sich sowohl in der Frühjahrs- wie in der Sommersitzung passiv und lustlos. Ihre Delegation gab an, praktisch zu keinem einzigen Punkt eine Weisung zu haben, sondern weiterhin die amerikanischen Vorstellungen zu CD/500 vom 18.4.1984¹⁹ vertreten zu müssen. Diese Technik hat zwar in

¹⁶ Für den Wortlaut des britischen Arbeitspapiers „CWs Convention: Verification and Compliance – The Challenge Element“ vom 15. Juli 1986 vgl. DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XXIII, S. 771–775.

¹⁷ Zum französischen Vorschlag einer Sicherheitsreserve („security stock“) bei chemischen Waffen vgl. Dok. 105.

¹⁸ Harald Rose.

¹⁹ Für den Wortlaut des Vertragsentwurfs der USA für ein Verbot chemischer Waffen vgl. DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XXII, S. 424–446. Vgl. dazu auch AAPD 1984, I, Dok. 106.

der Tat die Sowjetunion zu vielen Konzessionen veranlaßt, wird aber für den Abschluß der Verhandlungen nicht ausreichen.

Dies gilt vor allem im Hinblick auf die G21 und China, deren Vorstellungen eines multilateralen Ansatzes für die Konvention am weitesten von dem bilateralen Ansatz der Vereinigten Staaten entfernt sind. Aber auch hier ist die Anzahl der aktiv teilnehmenden Delegationen sehr gering. Neben China sind dies nur Indien, gelegentlich Indonesien und Pakistan. Immerhin zählt zu dieser Gruppe auch der Vorsitzende des Ad-hoc-Ausschusses, der schwedische Botschafter Ekéus, der auf eine Lösung zusteuert, die Ost und West, möglicherweise auch die G21, zufriedenstellen könnte.

Es erscheint durchaus möglich, daß die Kernpunkte einer Konvention im nächsten Jahr vereinbart werden können. Die dann notwendige Redaktionsarbeit dürfte nach Einschätzung der Delegation aber noch bis in das Jahr 1989 hinein dauern. Auch dies ist nur zu schaffen, wenn die Amerikaner ihren Widerstand gegen eine Änderung des gegenwärtigen Mandates, das vorerst die Formulierung konkreter Konventionstexte ausdrücklich untersagt, aufgeben. Hierüber müßte Anfang Februar 1988 bei der neuen Mandatsdiskussion beschlossen werden.

Wir sollten uns weiterhin für eine Rotation der Vorsitze einsetzen, d. h. für die Übernahme des Ausschusses im Jahr 1988 durch die sozialistische Gruppe (Polen) und die Übernahme der westlichen Koordinierung durch uns. Damit wären wir dann die „geborenen“ Kandidaten für den Vorsitz des Ausschusses 1989.

TOP 5: „Prevention of an Arms Race in Outer Space“²⁰

Die Ausschußarbeit stand weiter im Zeichen der Auseinandersetzung über das amerikanische SDI-Forschungsprogramm und willkürlich daraus abgeleiteter „Gefahren für das Überleben der Menschheit“. Die sozialistischen und radikaleren unter den Neutralen (insbesondere Indien, Argentinien, Venezuela) versuchten in diesbezüglicher Ausrichtung ihrer Sachbeiträge den Nachweis dafür zu begründen, daß das „Nichtverhandlungsmandat“ des Ausschusses diesen davon abhalte, die zur Eindämmung der „Militarisierung des Weltraums“ dringlichen Maßnahmen wie z. B. die unverzügliche Aushandlung eines Verbots von ASAT- und anderen „Weltraum-Angriffswaffen“ zu treffen. Sie zeigten sich an der mandatskonformen Beratung von Schritten zur Verbesserung des Weltraumrechtsregimes nur insoweit interessiert, als diese zur Begründung ihrer Forderung nach weitergehender Kompetenz des Ausschusses nutzbar gemacht werden konnte. Dabei zeigte sich jedoch, daß der juristische und technische Sach-

²⁰ Botschaftsrat Bolewski, Genf (CD), berichtete am 22. April 1987: „1) Erörterungen im Ad-hoc-Ausschuß zur Verhinderung eines Wettrüstens im Weltraum beschränken sich derzeit programmgemäß auf die Identifikation von mit der Weltraumrüstung zusammenhängenden Problemen. Die Debatten sind gekennzeichnet von Auseinandersetzungen über die Begriffsinhalte von ‚space strike weapons‘ und ‚space weapons‘. Die Definitionsversuche scheitern jedoch daran, daß sie entweder zu vage ausfallen und alle Einrichtungen umfassen, mit denen Ziele in der Atmosphäre oder im Weltraum bzw. vom Weltraum aus auf der Erde getroffen werden können, oder willkürlich an Kriterien beabsichtigter oder potentieller offensiver Nutzung ausgerichtet werden. Die von den östlichen und N+N-Staaten beherrschten Debatten laufen auf eine konzertierte Verurteilung des amerikanischen Forschungsprogramms zu SDI und dessen direkte oder indirekte Unterstützung durch die westlichen Verbündeten hinaus. 2) Die westlichen Staaten haben in dieser einseitigen Debatte weder ein untereinander abgestimmtes Reaktionsmuster noch ein schlüssiges Konzept für das weitere Vorgehen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 903; Referat 220, Bd. 144775.

verstand der in der Konferenz vertretenen Delegationen zur Ausdifferenzierung einvernehmlicher Verhandlungsziele und Aufträge, die dem Beziehungsgeflecht aus politischen, militärstrategischen, technologischen, juristischen und anderen Kriterien Rechnung tragen, keinesfalls ausreicht. So fielen auch die wenig detaillierten sowjetischen Vorschläge für Verbotsnormen und deren Ausgestaltung nur deklaratorisch und bei präziserer Nachfrage oberflächlich aus. Insgesamt kam der Ausschuß nicht über die Wiederholung längst abgehandelter Ideen und Argumente in jeweils anderer Reihenfolge oder Verpackung hinaus. Lediglich einige konstruktive westliche Beiträge wie der Kanadas zur Verifikation von Weltraumvereinbarungen und der Frankreichs zum Definitionskomplex brachten neue Gesichtspunkte in die Debatte, ohne jedoch gestaltenden Einfluß auf die Beratungen insgesamt nehmen zu können.

Im Ergebnis ist es keiner der Gruppen gelungen, ihre Interessen in nachwirkender Weise durchzusetzen. Die Sowjetunion hat trotz der Flut deklaratorischer Vorschläge und teilweise diffamierender Angriffe auf die USA und ihre europäischen Verbündeten (u. a. Vorwurf eines „Euro-SDI“) keine Interessenidentität mit den Neutralen herbeiführen und die Öffentlichkeit über das Forum Genf gegen das amerikanische Forschungsprogramm mobilisieren können. Der Westen konnte sich – insbesondere auch durch die Überforderung des italienischen Ausschußvorsitzenden in der Schluß- und Berichtsphase – nicht aus der Position des Angeklagten befreien. Den Neutralen blieb es versagt, das Weltraumthema in praktischer Weise zur Stützung ihrer illusorischen Forderungen nach umfassender Abrüstung unter völliger Vernachlässigung der Sicherheitsbezüge zu instrumentalisieren²¹. Die Debatten spiegelten insgesamt die Diskrepanz zwischen – sachangemessener – bilateraler Verhandlungszuständigkeit und – derzeit äußerst begrenzter – multilateraler Regelungsfähigkeit der Weltraummaterie wider. Für sie zeichnet sich auf überschaubare Zeit in der CD keine Lösung ab.

²²TOP 6: „Negative Security Assurances“ (NSA)²³

Vermehrtem Druck aus dem Lager der Ungebundenen folgend, „revitalisierte“ die Konferenz die wegen Aussichtslosigkeit in den letzten zwei Jahren ausgesetzten Verhandlungen über Garantien der Kernwaffenmächte zum Verzicht auf Anwendung oder Androhung nuklearer Gewalt gegenüber Nicht-Kernwaffenstaaten. Rotationsgemäß fiel dem Westen der Vorsitz des entsprechenden Verhandlungsausschusses zu. Auf Druck der westlichen Partner wurde die undankbare Aufgabe von uns wahrgenommen. Der Ausschuß nahm die konkreten Verhandlungen praktisch erst mit der Sommersitzung auf. Konsultation wie Ausschußberatungen machten schnell deutlich, daß trotz erheblicher Bewegung im die Garantie-

²¹ Korrigiert aus: „instrumentieren“.

²² Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1828 übermittelten dritten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

²³ Botschaftsrat Bolewski, Genf (CD), teilte am 24. Juni 1987 mit: „Bisherige Konsultationen mit den Gegenstandskoordinatoren der verschiedenen Gruppen zu N[egative]S[ecurity]A[ssurances] haben ergeben, daß westliche Staaten und China unverändert Auffassung vertreten, daß Thema in allen Ausprägungen ausgeschöpft ist und rüstungskontrollpolitische Entwicklung seit faktischer Beendigung der substantiellen Auseinandersetzung zum Gegenstand im Ad-hoc-Ausschuß nach 1983 keine neue Perspektive für von N+N-Staaten angestrebte Garantie der Kernwaffenstaaten gegenüber Nichtkernwaffenstaaten zum Verzicht auf Anwendung oder Androhung nuklearer Gewalt ihnen gegenüber eröffnet. Sozialistische Staaten, die wie N+N-Staaten auf Wiederbelebung substantieller Ausschüßarbeit drängen, sehen darin vorrangig Möglichkeit zur weiteren Ausbreitung ihrer Forderungen u. a. zur Nichtstationierung und zum Nichtersteininsatz von Kernwaffen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1320; Referat 222, Bd. 162103.

frage beeinflussenden rüstungskontrollpolitischen Umfeld (wie z.B. erstmals konkrete Perspektiven nuklearer Abrüstung, gemeinsames Kommuniqué der USA und SU über die Nichtführbarkeit eines Nuklearkrieges²⁴ etc.) die traditionell am Thema interessierten Staaten wie Pakistan, Indonesien und Nigeria unverändert nicht bereit sind, den Einfluß dieser Entwicklung zu reflektieren und realitätsnahe Gewaltverzichtsgarantien der Kernwaffenstaaten in individueller Form zu akzeptieren. Unter den Kernwaffenstaaten ist unverändert keine Bereitschaft zu erkennen, sich auf eine gleichlautende, rechtlich verbindliche und unkonditionierte Garantieformel festlegen zu lassen. Die sozialistischen Staaten nutzten diese Diskrepanz zur propagandistischen Ausbreitung ihrer Einsatz- und Ersteinsatzverbotsforderungen für nukleare Waffen und hielten die in der Garantiefrage mitbetroffene SU geschickt aus der Schußlinie der neutralen Staaten heraus. Der Beratungsverlauf war entsprechend von vermehrten Attacken auf die westliche Sicherheitsdoktrin gekennzeichnet, die alle diesjährig in TOP 2 und TOP 3 zurückgestellten Angriffsmuster auf die Garantiefrage konzentrierten. In diesem emotionsgeprägten Klima fanden auch Vermittlungsversuche wie der der Niederlande für eine Erklärung des Sicherheitsrates zur Garantiefrage keine Unterstützung. Der Schlußbericht des Ausschusses läßt zwar die Aussicht auf spätere Lösung offen, eine tatsächliche Erledigung des Tagesordnungspunktes ist jedoch nur im Rahmen eines wesentlich fortgeschrittenen umfassenden rüstungskontrollpolitischen Prozesses denkbar.

TOP 7: Radiologische Waffen (RW)²⁵

Die Verhandlungen über das Verbot radiologischer Waffen wurden unter dem ungarischen Ausschußvorsitzenden, Botschafter Meiszter, in zwei Kontaktgruppen (Track A: Verbot radiologischer Waffen, und Track B: Verbot militärischer Angriffe auf KTA²⁶) durchgeführt. Das Ergebnis der Arbeit faßt lediglich unterschiedliche Meinungen in Form eines Berichts zusammen, der Grundlage weiterer Diskussionen in der folgenden Sitzungsperiode sein könnte. Der Inhalt des Berichts sowie letzte Plenarreden lassen vermuten, daß auch in den folgenden Sitzungsperioden kein gemeinsamer Lösungsansatz gefunden wird.

TOP 8: „Comprehensive Programme of Disarmament (CPD)“

Seit sechs Jahren berät der mit einem Verhandlungsmandat versehene Arbeitsausschuß der Konferenz über das Umfassende Abrüstungsprogramm mit einem jährlich routinemäßig erneuerten Mandat unter dem Vorsitz des seit dieser

²⁴ In der Gemeinsamen Erklärung über das Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 19. bis 21. November 1985 in Genf hieß es: „The sides, having discussed key security issues, and conscious of the special responsibility of the U.S.S.R. and the U.S. for maintaining peace, have agreed that a nuclear war cannot be won and must never be fought.“ Vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 86 (1986), Heft 2106, S. 8. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 688. Zum Treffen vgl. AAPD 1985, II, Dok. 317 und Dok. 319.

²⁵ Botschafter von Stülpnagel, Genf (CD), informierte am 14. August 1987, am 10. August 1987 seien die diesjährigen Verhandlungen über radiologische Waffen mit der Annahme des Berichts des Ad-hoc-Ausschusses abgeschlossen worden: „Die Arbeit dieser Sitzungsperiode diente der Klärung und dem besseren Verständnis der weiterhin unterschiedlichen Vorstellungen zum weiteren Vorgehen. Der Bericht schlägt vor, zu Beginn der Sitzungsperiode 1988 erneut einen Ad-hoc-Ausschuß zu RW einzurichten. [...] Einzelne Delegationen versuchten durch nebensächliche und z.T. unsinnige Anträge einen Fortschritt zu verhindern. Es war dies bei Track A (Verbot radiologischer Waffen) insbesondere Argentinien.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1762; Referat 242, Bd. 166013.

²⁶ An dieser Stelle vermerkte Vortragender Legationsrat Reyels handschriftlich: „Kerntechnische Anlagen.“

Zeit ebenfalls perennierenden Vorsitzenden, dem mexikanischen Botschafter García Robles, diese Materie. Wie in der Beschlußempfehlung 41/421 der 41. GV²⁷ festgelegt, sollte das CPD der 41. Generalversammlung vor dem endgültigen Abschluß ihrer Sitzungsperiode vorgelegt werden. Ähnliche Fristen waren bereits früher gesetzt und ohne viel Aufhebens überschritten worden.

Infolgedessen lief die Arbeit während der Frühjahrssitzungsperiode der CD auch eher routinemäßig an. Keine der regelmäßig teilnehmenden Delegationen zeigte, außer in Beteuerungen, allzu großen Arbeitseifer. Dies änderte sich erst durchgreifend, als zu Beginn der Sommersitzungsperiode die Vertreter der US-Delegation eine grundsätzliche kritische Überprüfung des mit dem Vorjahrestext im Dokument CD/728 vorliegenden Textes ankündigten und kurz darauf umfangreiche Teile als für ihre Delegation nicht annehmbar klammerten. Naturgemäß rief dieses Vorgehen lebhaftesten Widerspruch der Vertreter der G21 und der sozialistischen Gruppe hervor, wobei das Argument häufig benutzt wurde, dieses Vorgehen mache die termingerechte Erfüllung des Auftrags unmöglich. Nachdem die westliche Gruppe zu Beginn dieser neuen Phase noch versucht hatte, die Singularisierung der amerikanischen Delegation durch die Vorlage von gemeinsam vom Westen verantworteten Alternativformulierungsvorschlägen zu vermeiden, sank diese Bereitschaft in dem Maße, in dem die US-Vertreter in Koordinationssitzungen selbst frühere westliche Konsentexte angriffen. Die westliche Flankenhilfe für die USA beschränkte sich schließlich darauf, gemeinsame Kernvorstellungen der Rüstungskontroll- und Verteidigungspolitik vor Angriffen der anderen Gruppen zu verteidigen. Das nicht mehr im einzelnen abstimmbare Verhalten der Delegationen in häufigen und zeitraubenden Sitzungen ließ die Meinungsunterschiede im westlichen Lager an nicht wenigen Punkten deutlich hervortreten.

Ebenfalls unter dem Zeichen von internen Meinungsverschiedenheiten im westlichen Lager stand die ansonsten geräuschlose deutsch-deutsche Koordination zum Thema „Konventionelle Rüstung“ als Textbestandteil des CPD. Ein von unserer Delegation vor zwei Jahren in die Beratungen eingebrachter Text im Abschnitt Machinery and Procedures, der Aussagen über eine möglichst flexible Verwirklichung der einzelnen vorgesehenen Programmstufen und einen Überprüfungsmechanismus macht, konnte zwar dank der in diesem Fall guten Kooperationsbereitschaft des Vorsitzenden fast integral in dessen Textvorschlag aufgenommen werden, wurde jedoch vom Vertreter der US-Delegation an einzelnen Stellen mit Klammern versehen.²⁸

Was das zukünftige Schicksal der CPD betrifft, so verlautete jüngst aus Kreisen der mexikanischen Delegation, daß der Vorsitzende des Ad-hoc-Ausschusses für eine kreative Beratungspause zu plädieren gewillt sei. Der sowjetische Vertreter, hierauf angesprochen, äußerte sich positiv zu diesem Gedanken.

[gez.] Stülpnagel

Referat 222, Bd. 162043

²⁷ Für den Wortlaut des Beschlusses Nr. 41/421 der VN-Generalversammlung vom 4. Dezember 1986 vgl. RESOLUTIONEN UND BESCHLÜSSE DER GENERALVERSAMMLUNG, 41. Tagung, S. 313.

²⁸ Vgl. den Abschnitt VI. („Machinery and Procedures“) im Bericht des Ad-hoc-Ausschusses der Genfer Abrüstungskonferenz für das Umfassende Abrüstungsprogramm vom 20. August 1987 (Dokument CD/783); Referat 243 (223), Bd. 162191.

234

Gesandter Paschke, Washington, an das Auswärtige Amt

114-5135/87 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 3589

Aufgabe: 25. August 1987, 18.10 Uhr¹
Ankunft: 26. August 1987, 00.21 Uhr

Betr.: INF-Verhandlungen;
hier: Amerikanische Haltung zu Verifikationsfragen

Bezug: DB Nr. 3570 vom 24.8.1987 – Pol 371.76 VS-v²

Zur Unterrichtung

1) Entscheidung der Administration zu Verifikationsfragen wird heute in Washington Post als Rückzug in einem wichtigen Bereich amerikanischer Rüstungskontrollpolitik bezeichnet.³ Aufgabe der ursprünglich beabsichtigten fortlaufenden Vor-Ort-Inspektion und Einschränkung der Möglichkeit von Verdachtskontrollen wird im wesentlichen auf Widerstand von seiten amerikanischer Nachrichtendienste und europäischer Allierter gegen die Inspektion sensibler westlicher militärischer Einrichtungen durch Sowjets zurückgeführt. Möglichkeit der Vereinfachung des Verifikationsregimes aufgrund sowjetischer Annahme der doppelten globalen Null-Lösung⁴ wird lediglich als zweitrangiger Grund für Entscheidung der Administration bezeichnet. Artikel hebt hervor, daß Veränderung in amerikanischer Haltung zu einem Zeitpunkt erfolge, in dem Sowjetunion zunehmende Bereitschaft zu Vor-Ort-Inspektionen zeige und „aggressiv“ Zugang zu westlichen Einrichtungen fordere, die jeweilige Regierungen schützen wollten. CIA, NSA, FBI sowie das Department of Energy hätten Einschränkungen von Verdachtsinspektionen gefordert; auch GB und wir hätten⁵ uns gegen Verdachtsinspektionen durch Sowjets an amerikanischen Einrichtungen ausgesprochen, die sich in der Nähe sicherheitsempfindlicher nationaler Militäreinrichtungen befänden.

¹ Das Fernschreiben wurde von Botschaftsrat Blomeyer-Bartenstein, Washington, konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat Zeisler am 28. August 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Staatssekretär Sudhoff und das Ministerbüro verfügte.

Hat Sudhoff vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat Elbe vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.

Hat Genscher am 1. September 1987 vorgelegen.

Hat Elbe am 1. September 1987 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Hofstetter verfügte und handschriftlich vermerkte: „Wie besprochen.“

² Gesandter Paschke, Washington, informierte, in dem von amerikanischer Seite übergebenen Entwurf des Inspektionsprotokolls sei PPM (Perimeter Portal Monitoring) nicht erwähnt: „Man sagte uns, daraus sei bereits das von den beteiligten Ressorts erwartete Ergebnis des noch ausstehenden administrationsinternen Entscheidungsprozesses in dieser Frage ersichtlich. Pentagon habe Nicht-Erwähnung von PPM im Entwurf des Inspektionsprotokolls jedoch nur unter der Bedingung zugestimmt, daß Weisung an Glitman den erwähnten Vorbehalt von gewissen PPM-Maßnahmen je nach dem Verhandlungsergebnis zum Flugtestverbot enthalte.“ Vgl. VS-Bd. 11363 (220); B 150, Aktenkopien 1987.

³ Vgl. den Artikel „U.S. to Propose Curbs On Missile Inspection“; THE WASHINGTON POST vom 25. August 1987, S. A 1.

⁴ Zur Annahme einer globalen Null-Lösung bei LRINF und SRINF durch die UdSSR vgl. Dok. 180 und Dok. 217, Anm. 6.

⁵ Die Wörter „wir hätten“ wurden von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Stimmt das?“

2) Im State Department ist man über diese Darstellung der Haltung der Administration äußerst unglücklich. Zuständige Referatsleiterin in Politisch-Militärischer Abteilung⁶ bezeichnete sie als empörend und potentiell schädigend auch in bezug auf späteres Verfahren der Ratifikation eines INF-Vertrages im Senat. Administration habe stets die Auffassung vertreten, daß im Falle des Wegfalls der verbleibenden hundert GK auf LRINF die überaus komplizierten Verifikationsregeln im INF-Vertrag vereinfacht werden könnten. Dies sei auch einerseits gegenüber den Verbündeten, andererseits gegenüber der SU erklärt worden, was in Genf⁷ wiederholt zu sowjetischer Frage geführt habe, welches denn die von amerikanischer Seite angekündigten Vereinfachungen seien. In den Konsultationen mit den Verbündeten sei über die sich abzeichnenden Vereinfachungen im Verifikationsverfahren gesprochen worden. Es sei eine falsche Darstellung dieser Konsultationen, zu behaupten, Briten und wir hätten auf eine Einschränkung der Verdachtskontrollen gedrängt. Briten hätten sich bekanntlich eher für mehr Verdachtskontrollen ausgesprochen.

Über Ursprung der Information in der Washington Post ist man sich im State Department im unklaren. Gesprächspartnerin schloß nicht aus, daß durchaus vorhandene Skeptiker aus dem nachrichtendienstlichen Bereich die Gelegenheit der Entscheidung der Administration zum Anlaß genommen haben, einen politischen Punkt hieraus zu machen.

3) Amerikaner haben heute in Genf ihre Vorschläge von Verifikationsvereinfachungen eingebracht. Wie wir aus dem State Department hören, haben Sowjets die Vorschläge zunächst ohne Kommentar zur Kenntnis genommen. Einzige Frage bezog sich auf Bedeutung des Fortfalls von PPM⁸ für START-Verhandlungen, in denen ebenfalls PPM vorgesehen sei. Weitere sowjetische Ausführungen hätten im wesentlichen in einem Katalog sowjetischer Zugeständnisse im bisherigen Verhandlungsverlauf und der Aufforderung, die noch ausstehenden Fragen einschließlich PIa zu lösen, bestanden. Amerikaner nehmen an, daß Sowjets im einzelnen auf Verifikationsfrage in einer der kommenden Arbeitsgruppensitzungen zurückkommen werden.

4) Verifikationsthema war auch Gegenstand heutigen Press-Briefings im State Department. Sprecherin Oakley hob nachdrücklich hervor, daß veränderte amerikanische Vorschläge durch sowjetisches Eingehen auf doppelte globale Null-Lösung ermöglicht worden seien. Es gebe weder Aufweichung noch Rücknahme von amerikanischen Verifikationsvorschlägen. Text des WP-Artikels sowie der Erklärung von Mrs. Oakley werden mit Fernkopie übermittelt.⁹

[gez.] Paschke

VS-Bd. 11363 (220)

⁶ Jenonne R. Walker.

⁷ In Genf fanden die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Nuklear- und Weltraumwaffen statt. Zu den INF-Verhandlungen vgl. Dok. 194.

⁸ Perimeter Portal Monitoring.

⁹ Für die Fernkopie Nr. 613 der Botschaft in Washington vom 25. August 1987 vgl. Referat 220, Bd. 144771.

235

Gesandter Paschke, Washington, an das Auswärtige Amt**114-5167/87 VS-vertraulich****Fernschreiben Nr. 3618****Citissime nachts****Aufgabe: 26. August 1987, 19.50 Uhr¹****Ankunft: 27. August 1987, 18.30 Uhr**

Betr.: Erklärung des Bundeskanzler zu PIa vom 26.8.1987²;
hier: Erste amerikanische Reaktionen

Zur Unterrichtung

1) Administration hat in ersten Stellungnahmen vorsichtig positiv auf Erklärung des BK reagiert. Präsident Reagan bemerkte in Ansprache aus anderem Anlaß in Los Angeles³, Amerikaner hätten stets sowjetische Haltung zu PIa als unbegründet betrachtet. Nun habe BK selbst dieses künstliche Hindernis aus dem Wege geräumt. Es sei zu hoffen, daß Sowjets jetzt beweisen würden, daß hinter der Rhetorik, sie wollten ein stabilisierendes INF-Abkommen, auch Substanz stehe. Mit denselben Worten äußerte sich NSC-Chef Carlucci in Hintergrundgespräch. Erklärung des Weißen Hauses enthält folgende Elemente:

- Starke Unterstützung für die Bekräftigung des Ausschlusses der PIa aus bilateralen US-SU-Verhandlungen⁴.
- Entscheidung über PIa sei von Bundesregierung in Konsultation mit den Verbündeten zu treffen.

¹ Das Fernschreiben wurde von Botschaftsrat Blomeyer-Bartenstein, Washington, konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter am 28. August 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Wagner, die Legationsräte I. Klasse Müller und Mülmenstädt sowie Legationssekretär Haller verfügte und um Ablichtungen für die Referate 201 und 204 bat.

Hat Wagner, Müller, Mülmenstädt und Haller vorgelegen.

² In seiner Erklärung vor der Bundespressekonferenz legte Bundeskanzler Kohl dar: „Die Genfer INF-Verhandlungen sind jetzt in ein entscheidendes Stadium eingetreten. Es ist für mich deshalb selbstverständlich, daß die Bundesrepublik alles tun muß, um zu einem Durchbruch in den Verhandlungen beizutragen. Ich will dem amerikanischen Präsidenten helfen, die Genfer Verhandlungen erfolgreich abzuschließen. Wenn in Genf zwischen den USA und der Sowjetunion eine Einigung über die weltweite Beseitigung aller Mittelstreckenflugkörper erreicht wird, wenn insbesondere die noch offenen Verifikationsfragen in einer für alle Betroffenen befriedigenden Weise gelöst werden, wenn dieses INF-Abkommen zwischen den Vertragsparteien ratifiziert und in Kraft getreten ist, und wenn schließlich die Vertragsparteien den vereinbarten Zeitplan für die Beseitigung ihrer Waffensysteme einhalten: Für diesen Fall bin ich bereit, schon heute zu erklären, daß mit der endgültigen Beseitigung aller sowjetischen und amerikanischen Mittelstreckenflugkörper die Pershing-Ia-Raketen nicht modernisiert, sondern abgebaut werden. In diesem Zusammenhang fordere ich die Sowjetunion und ihre Partner auf, ihrerseits auf die laufende Modernisierung von Raketen mit einer Reichweite unterhalb von 500 km zu verzichten. Wir erwarten in besonderer Weise die Unterstützung Polens, der DDR und der Tschechoslowakei, die sich gerade in den letzten Wochen über die PIa besorgt geäußert haben, daß sie nun auch unsere Besorgnisse im Hinblick auf die bei ihnen stationierten Scud-B-Raketen, die vor allem das Territorium der Bundesrepublik Deutschland bedrohen, ernst nehmen und diese Bedrohung abbauen.“ Vgl. BULLETIN 1987, S. 682.

³ Für den Wortlaut der Rede des Präsidenten Reagan vom 26. August 1987 zu den amerikanisch-sowjetischen Beziehungen vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1987, S. 977–982.

⁴ Die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Nuklear- und Weltraumwaffen fanden in Genf statt. Zu den INF-Verhandlungen vgl. Dok. 194.

- Verständnis und Unterstützung für die Erklärung hinsichtlich künftiger Behandlung von PIa.
- Erwähnung der vier von BK erwähnten Bedingungen für Nicht-Modernisierung.
- Bekräftigung der im NATO-Kommuniqué von Reykjavik enthaltenen Aussage zu SNF.⁵

2) Aus persönlichen Gesprächen im State Department, Pentagon, bei ACDA und im NSC (bei letzteren beiden anlässlich Besuchs von Oberst i. G. Oldigs, BMVg) hält Botschaft Eindruck gewisser Zurückhaltung gegenüber Erklärung des BK fest. Dabei wird allerdings überall die Absicht der Bundesregierung gewürdigt, mit der Entscheidung die Genfer INF-Verhandlungen zu erleichtern. Zurückhaltung gegenüber der Erklärung wird in folgenden Aussagen deutlich:

- Bundesregierung sei zu der Entscheidung nicht gedrängt worden (zuständige Referatsleiterin in Politisch-Militärischer Abteilung im State Department, Walker).
- Entscheidung sei hier mit gewisser Überraschung aufgenommen worden (Mitarbeiter von Botschafter Rowny).
- Künstliches Hindernis sei weggeräumt worden (zuständige RL im State Department, Sven Kramer im NSC).
- Entscheidung seien keine Konsultationen vorangegangen, sondern Information (Kramer).
- Entscheidung sei hier mit Enttäuschung aufgenommen worden (Sven Kramer), der bemerkte, man habe angenommen, daß Sowjets ihrerseits nachgeben würden.

Kramer wies ferner darauf hin, daß militärisches Problem (Übernahme der PIa-Aufgaben) bestehen bleibe, die Entscheidung eine Präcedenzwirkung auf weitere Kooperationsprogramme haben könne und die Behandlung des Themas in der Allianz noch ausstehe.

- Frage möglicher Verhandlungen über eine Abrüstung von nuklearen Waffen im Bereich zwischen 0 und 500km Reichweite müsse im Lichte der Bündnisaussagen zu diesem Bereich (Montebello⁶, Reykjavik) geprüft werden (Kramer und Walker). Es sei nicht auszuschließen, daß einer westlichen Bitte um sowjetischen Modernisierungsverzicht im Bereich zwischen 0 und 500km Reichweite eine entsprechende östliche Bitte gegenübergestellt werde (Walker).

3) Aus verschiedenen Äußerungen unserer Gesprächspartner geht hervor, daß Administration Verständnis für die verschiedenen Überlegungen hat, die zu der Erklärung des Bundeskanzlers geführt haben. Dabei wird uns bedeutet, daß auch der innenpolitische Aspekt der Frage hier erkannt wird. Hinsichtlich der Frage der weiteren Behandlung des Kräfteverhältnisses bei den nuklearen

⁵ Vgl. Ziffer 7 der Erklärung der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Juni 1987; NATO FINAL COMMUNIQUES 1986–1990, S. 16. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 383 f. Zur Tagung vgl. Dok. 170 und Dok. 174.

⁶ Zur Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 27./28. Oktober 1983 vgl. AAPD 1983, II, Dok. 321.
Zum Modernisierungsteil des Montebello-Beschlusses vgl. AAPD 1985, I, Dok. 126.

Waffen im Bereich zwischen 0 und 500 km Reichweite müssen wir uns auf zunehmend intensive Fragen durch Administration einstellen.

[gez.] Paschke

Anm. von Telko Washington: DB konnte wegen einer Leitungsstörung nicht eher übermittelt werden.

VS-Bd. 11363 (220)

236

Botschafter Stabreit, z.Z. Kapstadt, an Bundesminister Genscher

114-5161/87 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 128
Citissime nachts

Aufgabe: 27. August 1987, 14.30 Uhr
Ankunft: 27. August 1987, 15.39 Uhr

Nur für Herrn Bundesminister¹

Betr.: Konferenzprojekt Boesak²

Soeben wurde ich von Außenminister Botha zu einem Gespräch gebeten. Als ich darauf verweisen mußte, daß ich in einer Stunde nach Windhuk abfliege, rief der Außenminister mich telefonisch zurück.

Beschwörend erklärte er mir folgendes: Die Pläne der Bundesregierung, eine Konferenz von Gruppen der Opposition auszurichten und zu finanzieren³, würden

¹ Hat Vortragendem Legationsrat Ischinger am 27. August 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.

Hat Genscher am 31. August 1987 vorgelegen, der Staatssekretär Sudhoff um Rücksprache bat.

Hat Ischinger am 31. August 1987 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Büro StS unterrichtet: 1) BM bittet Bo[tschafter] St[abreit] um ergänz[enden] DB. 2) Boesak-Initiative nicht bei uns.“ Ferner verfügte Ischinger die Weiterleitung an das Büro Staatssekretäre und vermerkte: „R[ücksprache] erledigt.“

² In der Presse wurde berichtet: „Die Europäische Gemeinschaft erwägt eine neue Südafrika-Initiative. Die Anregung dazu hat Bundesaußenminister Genscher nach einem Gespräch im Juni mit dem südafrikanischen Kirchenführer Boesak gegeben, dem Präsidenten des Reformierten Weltbundes. Unter der Schirmherrschaft der Gemeinschaft sollen außerparlamentarische Gruppen aus Südafrika in Westeuropa zusammenkommen, um diesen Gelegenheit zu geben, sich auf ein Konzept gegenüber der Regierung in Pretoria zu einigen. Damit will man einer weiteren Zersplitterung der südafrikanischen Opposition entgegenwirken. Die EG will bei der Konferenz nur ‚technische Hilfe‘ geben, nicht aber inhaltlichen Einfluß nehmen. [...] Die politischen Direktoren der Außenministerien der Zwölf werden Anfang Oktober den Außenministern Vorschläge zur ‚Boesak-Genscher-Initiative‘ vorlegen.“ Vgl. den Artikel „Neue Südafrika-Initiative der EG“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 6. August 1987, S. 6.

³ Botschaftsrat I. Klasse Nipperdey, Kopenhagen, informierte am 3. August 1987, der dänische Außenminister Ellemann-Jensen habe am 28. Juli 1987 den früheren Generalsekretär des Südafrikanischen Kirchenrats empfangen. Nach Informationen aus dem dänischen Außenministerium habe Naudé großes Interesse an einer Konferenz von südafrikanischen Oppositionsgruppen in Europa gezeigt: „Ellemann-Jensen betonte europäisches Interesse an Konferenz, die Überwindung des Apartheid-Systems fördern solle. Als Tagungsort brachte er auch Kopenhagen ins Gespräch. Dän[ische] Seite beabsichtigt, Partner bei nächster Afrika-Arbeitsgruppensitzung am 26./27. August in Brüssel zu unterrichten.“

die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Südafrika auf das schwerste beeinträchtigen und in eine kritische Phase stürzen. Die südafrikanische Regierung könne unter keinen Umständen akzeptieren, daß eine Regierung, mit der sie diplomatische Beziehungen unterhält, ein Treffen von Gruppen ausrichte, die hier zum Teil nicht nur als oppositionell, sondern als verbrecherisch eingestuft würden und verboten seien. Ein solcher Schritt würde unübersehbare Folgen haben. Er wäre im übrigen geeignet, in Südafrika selbst eine Polarisierung herbeizuführen, Reformen zu verzögern und den Konflikt zu verschärfen. Allen Ernstes müsse er darauf hinweisen, daß, fahre die Bundesrepublik mit diesem Plan fort, dies zu einem „break down in communication between the two governments“ führen könne.

Es sei ein unerhörter Vorgang, wenn eine Regierung in direkte Beziehungen und Unterstützung mit der Opposition eines anderen Landes eintrete. Es wäre besser, wenn man dann offen miteinander spreche und gleich sage, daß man diese Leute als die Alternative ansehe. Der von der Bundesregierung geplante Schritt sei ein „disaster in the relations between our two people“. Er, Außenminister Botha, habe sich stets bemüht, die Beziehungen zwischen den beiden Ländern erträglich zu gestalten. Ein solches Verhalten seitens der Bundesregierung werde ihm ebenso jeglichen Handlungsspielraum nehmen. Die Ausrichtung einer solchen Konferenz stehe im übrigen nicht im Einklang mit der bisherigen deutschen Politik. Außenminister Botha verwies hier insbesondere auf den brieflichen Austausch mit Bundeskanzler Kohl.⁴

Ich habe ihm umgehende Weiterleitung dieser Äußerungen zugesagt. Ich schlage Beteiligung von ChBK⁵ vor, da ganz offensichtlich Äußerungen Bothas über Briefwechsel mit Bundeskanzler auf ein Gespräch mit dem Staatspräsidenten⁶ zurückgehen, wie ich überhaupt den Eindruck hatte, daß Botha kurz vorher mit dem Staatspräsidenten gesprochen hatte.

Wertung

Anruf des Außenministers bestätigt mich in der Auffassung, daß SA-Regierung zumindest Ausrichtung einer Konferenz von ANC und UDF als außerordentliche

Fortsetzung Fußnote von Seite 1193

Unser Gesprächspartner erinnerte in diesem Zusammenhang an die von [deu]t[scher] Seite zugesagte Information über unsere ähnlich gerichteten Kontakte mit Dr. Boesak.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 289; Referat 320, Bd. 156025.

Zum Thema „Treffen südafrikanischer Opposition in Europa (DK und D)“ berichtete Botschaftsrat Bußmann, Harare, am 25. August 1987: „Bei Treffen hiesiger EG-Missionschefs am 25.8.87 zeigten sich fast alle Teilnehmer über Gespräch Botschafter Stabreit mit Dr. Boesak unterrichtet und erwarteten von mir weitere Einzelheiten zu unseren Vorstellungen über ein ‚zweites Treffen‘ in D (statt in Harare). Habe mich weisungsgemäß rezeptiv verhalten und lediglich zu erkennen gegeben, daß ich über vorgenanntes Gespräch informiert bin. Dänischer Botschafter teilte mit, daß sein AM Dr. Boesak am 28.8.87 trifft, um Einzelheiten eines ‚ersten Treffens‘ (Anfang Oktober in DK?) zu diskutieren. GB und GR gingen fest davon aus, daß ‚zweites Treffen‘ von uns vorbereitet wird. In Athen habe südafrikanische Regierung schon mit dem Ziel demarchiert, griech[ische] Regierung zu veranlassen, von einer Unterstützung beider Treffen abzusehen. Bemerkungen griech. Botschafters lassen darauf schließen, daß dies auch Haltung seiner Regierung entspricht.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 277; Referat 320, Bd. 156006.

⁴ Mit Schreiben vom 4. Oktober 1985 an Bundeskanzler Kohl schilderte Ministerpräsident Botha die innenpolitische Lage in Südafrika und erläuterte ein geplantes Reformprogramm. Kohl legte in seiner Antwort vom 28. November 1985 die Grundsätze der Südafrikapolitik der Bundesregierung dar. Für die Schreiben vgl. Referat 320, Bd. 156009.

⁵ Wolfgang Schäuble.

⁶ Pieter Willem Botha.

Herausforderung auffassen würde und dies vermutlich zu einem schweren Temperatursturz in den bilateralen Beziehungen führen wird. Ob der Hinweis Bothas, es würde zu einem Zusammenbruch der „communication“ kommen, darüber hinaus die Drohung impliziert, man werde die diplomatischen Beziehungen herabstufen oder gar abbrechen, möchte ich erst nach einer sorgfältigen weiteren Analyse beurteilen. Auf den ersten Blick glaube ich nicht, daß Südafrika so weit gehen würde, da dies nicht in seinem Interesse liegt. Mit Sicherheit wird damit jedoch in Aussicht gestellt, daß die SA-Regierung mit uns den Gesprächskontakt auf politischer und diplomatischer Ebene dann auf das absolute Minimum zu reduzieren beabsichtigt.

Mit einer Ausreisegenehmigung für UDF-Angehörige ist aus hiesiger Sicht nicht zu rechnen.

Ich werde in der nächsten Woche möglicherweise ohnehin Gelegenheit haben, mit Angehörigen des Außenministeriums zu sprechen, und gehe davon aus, daß diese von sich aus Thema ansprechen werden. Falls diese Gespräche neue Erkenntnisse ergeben, werde ich erneut berichten.⁷

[gez.] Stabreit

VS-Bd. 14156 (010)

⁷ Botschafter Stabreit, z. Z. Kapstadt, berichtete am 31. August 1987, bei einem Gespräch mit dem südafrikanischen Außenminister Botha am selben Tag sei es zu keiner Sachdiskussion gekommen: „Außenminister Botha sprach im Zustand hoher Erregung und nahezu beschwörend. Ich hatte den Eindruck, daß er (was er ja auch andeutete) seine persönliche Politik in Gefahr sah. Ich vermute deshalb, daß es kurz zuvor eine Diskussion mit dem Präsidenten oder aber im Nationalen Sicherheitsrat gegeben hat. AM Botha muß seine Stellung mehr und mehr angeschlagen sehen [...]. Innerhalb des Kabinetts gehört er ohne Zweifel zu denjenigen, die nicht nur in der Reformfrage wesentlich offener sind, sondern auch – bei aller Loyalität in seinen Äußerungen nach außen – wenig von dem Versuch halten dürften, den ANC durch maßlose Angriffe und interne Konfrontationsstrategie als künftigen Gesprächspartner völlig auszuschließen. Botha sieht natürlich als einer der wenigen welterfahrenen Minister in dieser über eine nur sehr verengte Weltsicht verfügenden Führungsgruppe, wohin dies führt“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 130; VS-Bd. 14156 (010); B 150, Aktenkopien 1987.

237

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem italienischen Außenminister Andreotti in Rimini

28. August 1987¹

BM: Im Zusammenhang mit dem Golf-Konflikt² habe sich in Tunis³ eine moderate Linie durchgesetzt. Dies sei zu begrüßen. Es wäre delikater gewesen, wenn bei dem Außenministertreffen der Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Iran gefordert worden wäre. Die Mehrheit sei gegen diesen Abbruch gewesen, dazu hätten auch Libyen und Oman gehört. Gut sei auch die Fristsetzung gewesen, mit der der iranischen Regierung signalisiert worden sei, die Lösung des Problems nicht auf die lange Bank zu schieben. Die Bundesrepublik sei vom iranischen Öl nicht abhängig. Wir wollten den Konflikt mit einer objektiven und unparteiischen Haltung beenden helfen.

AM: Er habe gehört, daß eine kleine Gruppe iranischer Opfer des Einsatzes von chemischen Waffen in der Bundesrepublik Deutschland medizinisch versorgt würde. Dies sei wohl auch eine Geste an den Iran.

BM: Es sei richtig, daß mehrere durch C-Waffen-Einsatz verwundete iranische Soldaten an verschiedenen Orten der Bundesrepublik Deutschland behandelt würden.⁴ Wir seien schon immer bereit gewesen, Opfer aus militärischen Auseinandersetzungen medizinische Versorgung zu gewähren.

AM: Die letzte Sitzung der WEU⁵ sei insgesamt nicht schlecht verlaufen, habe aber als Ergebnis eigentlich nur den Wunsch nach stärkerer Koordinierung

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Elbe am 31. August 1987 gefertigt, der am selben Tag den Umlauf im Ministerbüro verfügte. Ferner maschinenschriftlicher Vermerk: „Von BM noch nicht gebilligt.“

Hat Ministerialdirigent Jansen und Vortragendem Legationsrat Ischinger am 1. September 1987 vorgelegen.

² Zum irakisch-iranischen Krieg vgl. Dok. 232, Anm. 3.

³ Zur Konferenz der Außenminister der Mitgliedstaaten der Arabischen Liga vom 23. bis 25. August 1987 vgl. Dok. 232, Anm. 8.

⁴ Die Botschaft in Teheran berichtete am 19. Juli 1987, im ersten Halbjahr 1987 hätten 36 378 Personen Anträge auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis für die Bundesrepublik in der Form des Sichtvermerks gestellt. 18 120 Sichtvermerke seien erteilt worden, darunter 775 für Kranke. Vgl. dazu den Schriftbericht Nr. 715; Referat 514, Bd. 190597.

Zu den Modalitäten vermerkte die Botschaft in Teheran: „Bei Personen, die zur Krankenbehandlung in die Bundesrepublik Deutschland reisen, ist ein Nachweis über die Krankheit und die Notwendigkeit der Behandlung [...] zu erbringen (Genehmigungsschreiben der iranischen Ärztekommision, ärztliches Attest, verbindliche Krankenhausreservierung). Ausreichende Mittel zur Begleichung der Behandlungskosten müssen nachgewiesen werden. Kriegsverletzten mit einem Begleitschreiben der Bonyad-e Shahid (Märtyrerstiftung) wird der Sichtvermerk sofort erteilt.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 384 vom 15. April 1987; Referat 514, Bd. 190597.

Referat 514 notierte am 21. Juli 1987: „In mehreren Fällen wurden Sichtvermerke auf Vorschlag des iranischen Außenministeriums oder der Märtyrerstiftung erteilt, die Reisenden blieben jedoch in der Bundesrepublik Deutschland und versuchten, einen Daueraufenthalt zu erreichen. [...] Reisende, die sich zur Krankenbehandlung in die Bundesrepublik Deutschland begeben, erhalten vom iranischen Staat unzureichend Devisen. Hunderttausende DM unbezahlter Behandlungskosten stehen gegenwärtig aus.“ Vgl. Referat 514, Bd. 190597.

⁵ Am 27./28. April 1987 fand in Luxemburg die WEU-Ministerratstagung statt. Vgl. dazu Dok. 104, Anm. 17.

erbracht. Es wäre besser gewesen, wenn sich Frankreich und Großbritannien vorher mit uns wegen ihrer Rolle im Golf-Gebiet abgestimmt hätten. Alle wollten Europa, aber wenn es darauf ankomme, ginge jeder seinen eigenen nationalen Weg.

Italien habe die PIa-Erklärung des Bundeskanzlers⁶ sehr geschätzt. Darin sei ein entscheidender Schritt in Richtung auf den Abschluß eines Abkommens getan worden. Man müsse alle Probleme – einschließlich des Konflikts zwischen Iran und Irak – in den Zusammenhang der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen stellen.

BM: Die PIa-Entscheidung sei zeitlich überfällig, sachlich richtig, in Zusammenhang mit unserem Rüstungskontrollkonzept logisch, aber innenpolitisch schwierig gewesen. Das PIa-Problem habe sich zu einer Gefahr für das Treffen Shultz/Schewardnadse⁷ entwickelt. Damit wäre eine schwere Verantwortung auf uns zugekommen. Es habe klare Fingerzeige der USA gegeben, daß die Verantwortung für den weiteren Prozeß bei uns liegen würde. In dieser Situation sei es notwendig gewesen, den Amerikanern zu helfen. Die Sowjetunion müsse sich jetzt beeilen, um zu einer Einigung mit den Amerikanern zu kommen.

AM: Er frage sich, ob eine Unterzeichnung noch in diesem Jahr möglich sei.

BM: Dies sei zu bejahen. Im wesentlichen gebe es nur noch die Probleme der Verifikation, Modalitäten der Beseitigung und die Frage des Zeitraums der Vernichtung zu lösen. Diese Punkte müßten Inhalt der Gespräche zwischen Außenminister Schewardnadse und Außenminister Shultz werden. Vieles spreche für einen Gipfel im Oktober. Zum einen brauchten die USA ausreichend Zeit für das Ratifikationsverfahren, zum anderen könnten die Sowjets den 80. Jahrestag der Oktoberrevolution mit einem großen außenpolitischen Erfolg feiern. Dies sei um so wichtiger, als die Reformen Gorbatschows auf absehbare Zeit keine innenpolitischen Wirkungen zeitigen würden.

AM: Er wolle noch einmal das Thema WEU, insbesondere die Plattform für die europäische Sicherheit⁸, ansprechen. Er sei besorgt über die weitere Entwicklung im Hinblick auf ein autonomes europäisches Sicherheitssystem. Hier gebe es unterschiedliche Auffassungen. Frankreich denke vorrangig daran, eine Art

⁶ Zur Erklärung des Bundeskanzlers Kohl vom 26. August 1987 vgl. Dok. 235.

⁷ Der sowjetische Außenminister Schewardnadse besuchte die USA vom 15. bis 17. September 1987. Vgl. dazu Dok. 261.

⁸ Zur Ausarbeitung eines WEU-Berichts zur Sicherheit Europas vgl. Dok. 187, Anm. 12. Vortragender Legationsrat von Arnim übermittelte der Botschaft in London am 11. September 1987 einen Katalog an Aussagen, welche die Bundesrepublik in den Bericht einbringen wolle: „Die Ergänzung der europäischen Integrationspolitik durch eine konkrete sicherheitspolitische Zusammenarbeit in der WEU folgt aus dem Ziel, eine Europäische Union zu schaffen. Sie ist von aktuellen Entwicklungen der Bedrohung unabhängig. [...] Die gegenwärtige Entwicklung der West-Ost-Beziehungen bietet Aussichten auf beachtliche Verbesserungen, falls sich die neue sowjetische Führung tatsächlich bereit findet, die Politik andauernder, das für ihre Verteidigung notwendige Maß weit übersteigender Rüstungsanstrengungen zu beenden. Die MS der WEU sind entschlossen, alle sich ergebenden Chancen zu nutzen. [...] Die MS der WEU werden eine Streitkräftenstruktur erhalten und entwickeln, die zusammen mit den Verbündeten in der Allianz aus ausgewogenen nuklearen und konventionellen Streitkräften besteht, um die Sicherheit Europas durch glaubwürdige Abschreckung und Verteidigungsfähigkeit zu gewährleisten. Die MS der WEU sind bereit, die nuklearen Streitkräfte quantitativ und qualitativ auf das zu diesem Zweck erforderliche Mindestmaß zu beschränken.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 7026; VS-Bd. 11922 (209); B 150, Aktenkopien 1987.

Segen für seine nukleare Streitmacht zu erhalten. Es sei problematisch, die Dinge jetzt zu beschleunigen.

BM: Es handele sich insgesamt um eine sehr komplexe Zielsetzung. Dazu gehörten auch die Fragen der künftigen konventionellen Struktur. Dies sei ungleich komplizierter als im nuklearen Bereich. Für Lösungen brauchten wir genügend Zeit. Zur Sicherheit in Europa gehöre nicht nur die Verteidigung, sondern auch die Abrüstung. Sie sei ein integraler Bestandteil unserer Sicherheitspolitik. Es zeichne sich gegenwärtig keine Entwicklung ab, bei der man etwas über das Knie brechen müsse. Daher sei eine künstliche Verzögerung nicht angezeigt.

AM: Es gebe ein gewisses Dilemma mit den Vereinigten Staaten. Einerseits hätten wir ein Interesse an der Herausbildung einer europäischen Sicherheitspolitik, andererseits dürften wir nicht die ermutigen, die ohnehin die Präsenz der Amerikaner in Europa abbauen wollten. Die WEU-Gruppe sollte an der Plattform der europäischen Sicherheitspolitik weiterarbeiten.

BM: Er sei nicht vollständig gewesen. Auch die atomaren Systeme kürzerer Reichweiten seien ein Problem. Insoweit seien wir mit Italien zusammen ein Frontstaat. Insbesondere sei die Scud-B ein Problem. Wenn wir über Sicherheit sprächen, wünschten wir auch Übereinstimmung in diesen Fragen. Er wolle feststellen, daß Deutschland und Italien in demselben Boot säßen.

AM: Er sei interessiert zu erfahren, wie der BM die Entwicklung in der Kandidaturfrage bei der UNESCO einschätze.⁹

BM: Er bedauere, daß der Westen keinen gemeinsamen Kandidaten gefunden habe. Er beabsichtige, sich in New York¹⁰ um diese Frage intensiv zu kümmern. Er halte den uruguayischen Außenminister Iglesias für einen guten Mann, ebenso aber auch den Kandidaten Pakistans¹¹. Es sei eine Illusion zu glauben, daß ein Europäer für das Amt des Generalsekretärs in Betracht kommen könne. Wer das wolle, könne gleich für M'Bow stimmen. Er habe erfahren, daß Iglesias inzwischen seine Bereitschaft zur Kandidatur erklärt habe. Iglesias weise eine Reihe von Vorzügen auf. Er habe bereits wichtige Funktionen im Bereich der Vereinten Nationen wahrgenommen¹². Er könne insbesondere mit der Unterstützung der USA rechnen. Die USA vertrauten Iglesias. Über eine Kandidatur könnten die USA in die UNESCO zurückkommen.¹³ Bei einer Wahl von M'Bow hätten wir unter Umständen Schwierigkeiten mit unserer weiteren Mitgliedschaft in der UNESCO.

AM: Er glaube, daß es leichter sei, Iglesias weiterbringen zu können, da die Inder bereits Bedenken gegen den pakistanischen Kandidaten angemeldet hätten.

BM: Das sei ihm klar gewesen.

⁹ Zur bevorstehenden Neuwahl des Generaldirektors der UNESCO vgl. Dok. 171, Anm. 58.

¹⁰ Bundesminister Genscher hielt sich vom 20. bis 25. September 1987 in den USA auf. Zu seinen politischen Gesprächen am Rande der VN-Generalversammlung in New York vgl. Dok. 263, Dok. 264, Dok. 267 und Dok. 268.

¹¹ Kandidat Pakistans für das Amt des Generaldirektors der UNESCO war Außenminister Yaqub Ali Khan.

¹² Korrigiert aus: „Vereinten wahrgenommen“.

¹³ Die USA traten mit Wirkung vom 1. Januar 1985 aus der UNESCO aus.

AM: Es sei wohl erforderlich im Rahmen des Ministerrats der EG, den portugiesischen Kollegen¹⁴ zu bewegen, auf seine Kandidatur zu verzichten.

Er wolle jetzt das Thema FAO ansprechen.¹⁵

BM: Er würde es vorziehen, diese Frage bei anderer Gelegenheit zu erörtern, da er den letzten Stand in dieser Frage nicht kenne.

Er sei an einer Beurteilung der Entwicklung des Nahost-Konfliktes, vor allem aber der Aussichten einer Friedenskonferenz¹⁶, interessiert.

AM: Der heikelste Punkt sei der Libanon. Die Amtszeit Gemayels nähere sich dem Ende. Es seien Tendenzen erkennbar, Absprachen zu einer Verfassungsänderung treffen zu wollen. Die fortwährende Präsenz der Palästinenser sei ein großes Problem. Schließlich gebe es komplizierte Beziehungen zwischen Sunniten, Schiiten, Katholiken, Maroniten und Armeniern. Auch die Präsenz kleiner Gruppen von Iranern – im Zusammenhang mit der Hisbollah – schaffe Schwierigkeiten. Was die Friedenskonferenz selbst angehe, so seien alle dafür, aber niemand schlage konkrete Schritte vor. Die Konferenz könne eigentlich nur stattfinden, wenn man eine Marschrichtung erkenne. Sei Israel z. B. bereit, Gebiete aufzugeben?

BM: Die Erklärung von Venedig¹⁷ erweise sich noch immer als das vernünftigste Dokument.

AM: Leider werde dieses Scharnier nicht akzeptiert. Nach der Sitzung von Algier¹⁸ scheinen sich die Palästinenser eher ruhig verhalten zu wollen. Arafat sei in Tripoli gewesen, er habe aber keine genauen Informationen.

BM: Er wolle noch einmal auf das West-Ost-Problem zu sprechen kommen. Seine Prognose sei, daß es zu einem INF-Abkommen kommen werde. Damit seien die Probleme der Abrüstung aber nicht erledigt. Man müsse das sich ergebende Momentum nutzen. Ein Abkommen zur Ächtung chemischer Waffen sei reif zum Abschluß. In diesem Bereich müßten verstärkt Anstrengungen unternommen werden. Im Zusammenhang mit der konventionellen Rüstungskontrolle sei eine aktive Rolle des Westens erforderlich. Wir brauchten eine klare Position im Interesse der Sache, aber auch, um nicht der Sowjetunion die Tribüne zu überlassen. Schließlich müsse eine Verständigung über nukleare Flugkörper mit einer Reichweite von weniger als 500 km herbeigeführt werden.

Der sowjetische Außenminister werde im November in die Bundesrepublik Deutschland kommen.¹⁹ Eine erhebliche Bedeutung habe auch der Besuch Honeckers.²⁰ Dies sei ein wichtiger Besuch, der aber auch Risiken enthalte.

¹⁴ Kandidat Portugals für das Amt des Generaldirektors der UNESCO war der frühere Außenminister Sá Machado.

¹⁵ Zur bevorstehenden Neuwahl des Generaldirektors der FAO vgl. Dok. 171, Anm. 57.

¹⁶ Zur Frage einer Internationalen Friedenskonferenz für den Nahen Osten vgl. Dok. 52.

¹⁷ Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats zum Nahen Osten nach seiner Tagung am 12./13. Juni 1980 in Venedig vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 382 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1980, I, Dok. 177.

¹⁸ Zur Tagung des Palästinensischen Nationalrats vom 20. bis 25. April 1987 in Algier vgl. Dok. 199, Anm. 5.

¹⁹ Der sowjetische Außenminister Schewardnadse besuchte die Bundesrepublik vom 17. bis 19. Januar 1988. Vgl. dazu AAPD 1988.

²⁰ Der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, besuchte die Bundesrepublik vom 7. bis 11. September 1987. Vgl. dazu Dok. 244, Dok. 245, Dok. 255 und Dok. 258.

Die DDR habe viel im Vorfeld des Besuches getan. Gegenwärtig kämen eine Million Menschen zu Besuchsreisen, die jünger als 65 Jahre seien. Dazu kämen noch 1,5 Millionen Rentner hinzu. Dies seien 2,5 Millionen von einer Gesamtbevölkerung von 17 Millionen. Das seien 15 % der Gesamtbevölkerung. Wenn man diese Zahl auf die Sowjetunion übertragen würde, müßten 40 Millionen Sowjets nach Europa kommen. Dieser Vergleich verdeutliche die Dimension der Reisezahlen. Die DDR habe außerdem in Aussicht gestellt, eine Amnestie zu verkünden und die Todesstrafe abzuschaffen.²¹ Wichtige Austauschfälle seien geregelt worden. Dies habe insbesondere für den Fall der Ärztin Dr. Schumann gegolten, die im Mittelpunkt einer langjährigen Diskussion gestanden habe.²² Honecker bemühe sich, für den Besuch ein günstiges Klima zu schaffen. Man könne feststellen, daß der Besuch sich schon gelohnt habe, bevor er überhaupt stattgefunden habe. Eine Politik, die einerseits an klaren Forderungen festhalte, andererseits Zusammenarbeit anbiete, helfe den Menschen mehr als eine Politik der starken Worte.

AM: Wie sei die Entwicklung bei den strategischen Waffen zu beurteilen?

BM: Er wünsche sich Fortschritte. Er glaube jedoch nicht, daß Reagan dazu noch in der Lage sei. Wegen des Zusammenhangs START–Weltraum werde es einem Nachfolger Reagans leichter fallen, in diesem Bereich Fortschritte zu erzielen. Reagan habe sich zu sehr für SDI eingesetzt.

Referat 010, Bd. 178903

²¹ Zum Erlaß einer Amnestie und zur Abschaffung der Todesstrafe in der DDR am 17. Juli 1987 vgl. Dok. 217, Anm. 19 und 20.

²² Zum Haftfall Schumann vgl. AAPD 1983, I, Dok. 141, Anm. 26.

In der Presse wurde berichtet: „Die in der DDR wegen Spionage zu 15 Jahren Haft verurteilte Ärztin Christa-Karin Schumann, die freizubekommen Bonn sich seit Jahren bemühte, ist am Mittwochnachmittag am Grenzübergang Herleshausen in die Bundesrepublik gekommen. Dies wurde in Regierungskreisen bestätigt. Am Grenzübergang fand ein Häftlingsaustausch statt, den der Anwalt Vogel aus der DDR und der Staatssekretär des innerdeutschen Ministeriums, Rehlinger, vereinbart hatten. Insgesamt wurden fünf Personen ausgetauscht, drei reisten aus der Bundesrepublik in die DDR, darunter der frühere Mitarbeiter des Konzerns Messerschmitt-Bölkow-Blohm, Manfred Rotsch. Er war wegen Spionage zu einer Freiheitsstrafe von achteinhalb Jahren verurteilt worden. [...] Hiesige Angehörige hatten das Schicksal der Ärztin bekanntgemacht, deren Bekannter, der ostdeutsche Konteradmiral Baumann, von einem DDR-Militärgericht zum Tode verurteilt und erschossen worden war.“ Vgl. den Artikel „Häftlingsaustausch am Grenzübergang Herleshausen“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 13. August 1987, S. 1.

238

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Pleuger

012-9-311.00

28. August 1987¹Betr.: Colonia Dignidad²;

hier: Gespräch mit Amnesty International am 28.8.1987

1) Teilnehmer

Amnesty International: Generalsekretärin Frau Erler; Herr Rövekamp, für Chile zuständiger Mitarbeiter.

Auswärtiges Amt: RL 012³; stv. RL 330, Herr Schlichting; Herr von Voß, Referat 511; LR I Böhm.

2) Die Vertreter von Amnesty International trugen zunächst die auch dem Auswärtigen Amt weitgehend bekannten Tatsachen über die Situation in der Colonia Dignidad vor.

Darüber hinaus legten sie dar, daß in der Vergangenheit aus unserer Botschaft in Chile Unterlagen, Dokumente, Zeugenaussagen an chilenische Regierungsstellen weitergegeben sein sollten.⁴ Aus ihren Ausführungen sprach insgesamt Mißtrauen gegenüber der Botschaft. Die Vertreter des Auswärtigen Amtes haben in einem klärenden Gespräch versucht, Amnesty International dieses Mißtrauen zu nehmen und die Vorgänge, die Anlaß des Mißtrauens waren, soweit wie möglich zu erklären.

Nach einer eingehenden Erörterung und Bewertung der Situation in der Colonia Dignidad kamen beide Seiten zu dem Schluß, daß sie im Grunde in dieselbe Richtung arbeiteten: Aufklärung des Sachverhaltes und Hilfe für diejenigen, die gegen ihren Willen in der Colonia Dignidad festgehalten werden.

Beide Seiten vereinbarten, dabei eng und vertrauensvoll zusammenzuarbeiten. Ein erster Schritt sollte sein, so viel Material wie möglich über die Colonia Dignidad zusammenzutragen. Amnesty International versprach, über ihre Kontakte in Chile weitere Zeugenaussagen und Dokumente zu beschaffen, die über die Botschaft dem Auswärtigen Amt zugeleitet werden könnten. Wir haben Amnesty International die Kooperationsbereitschaft des Amtes erklärt und zugesichert, daß alles getan werde, um mögliche Zeugen innerhalb und außerhalb zu schützen.

¹ Durchdruck.

Hat Vortragendem Legationsrat Ischinger am 31. August 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Herrn Minister.“

Hat Bundesminister Genscher am 15. September 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) Herrn StS S[udhoff] mit der Bitte um Vorschlag für die dringend notwendige Unterstützung.

2) W[ieder]V[orlage] 18.9.“

Hat Oberamtsrat Kusnezow am 15. September 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an das Büro Staatssekretäre „z[ur] Vorlage b[ei] StS S“ verfügte.

² Zur Colonia Dignidad und zum Rechtshilfeersuchen vom Januar 1985 vgl. Dok. 270.

³ Gunter Pleuger.

⁴ So in der Vorlage.

3) Weiteres operatives Vorgehen

Die Botschaft Santiago sollte angewiesen werden, verstärkte Bemühungen um Aufklärung über Colonia Dignidad zu unternehmen, bei der chilenischen Regierung erneut zu demarchieren, um das vor zwei Jahren gestellte Rechtshilfeersuchen endlich zu erledigen und auch die Zusammenarbeit mit den dortigen Stellen und Vertrauensleuten von Amnesty International für die weitere Aufklärung in dieser Sache zu nutzen.

Da auch nach dem Bericht der Botschaft Santiago Akten aus der Botschaft herausgelangt sind, ohne daß die Botschaft dafür eine Erklärung hat⁵, sollte dieser Vorgang mit allem Nachdruck untersucht werden. Bei den Methoden und Arbeitsweisen der Colonia ist nicht auszuschließen, daß Akten möglicherweise auch durch Bestechung oder Erpressung aus der Botschaft herausgelangt sind. Wir müssen uns insbesondere vor dem Vorwurf einer Kollusion zwischen der Botschaft und der Colonia Dignidad oder gar einer Kollusion mit dem Regime Pinochet schützen.⁶

Schon nach den jetzt vorhandenen – noch relativ spärlichen – Informationen zeichnet sich ab, daß die Affäre Colonia Dignidad erheblichen innen- und außenpolitischen Sprengstoff enthält. Wenn auch nur ein Teil der in den bisher vorliegenden Zeugenaussagen geschilderten Menschenrechtsverletzungen und sonstigen Straftaten zutrifft, so ist dies ein Skandal, der – einmal an die Öffentlichkeit gebracht – eine erregte Diskussion auszulösen vermag. Das Auswärtige Amt wird dann gefragt werden, was es zur Verhinderung, Aufklärung und Beseitigung dieser Zustände getan hat. Es ist deshalb notwendig, mit allem Nachdruck ein Dossier zusammenzustellen, mit dem wir notfalls auch massiven politischen Druck auf die chilenische Regierung zur Aufklärung dieses Falles ausüben können.

gez. Pleuger

Referat 010, Bd. 178920

⁵ Botschafter Kullak-Ublick, Santiago de Chile, informierte am 10. März 1987, die Leitung der Colonia Dignidad habe sich der Durchführung eines konsularischen Sprechtags am 18. Februar 1987 auf ihrem Gelände widersetzt: „Das Absageschreiben wurde etwa zur gleichen Stunde in der Botschaft abgegeben, in der die entsandten drei Botschaftsmitglieder vor verschlossenem Tor standen. [...] Die Botschaft hat nach der Flucht der Ehepaare Packmor und Baar und in Kenntnis derer Berichte ab März 1985 das Verhältnis zur CD grundsätzlich überprüft und insbesondere die Abwicklung konsularischer Angelegenheiten versachlicht. Dazu zählte u. a.: Ausstellung von Reisepässen nur bei persönlicher Vorsprache; individuelle Zustellung von Bescheiden statt kollektiver Übergabe an lokale CD-Vertreter; eingehende Prüfung aller ein- und ausgehenden Formulare, Bescheide etc.“ Es sei aufschlußreich, „daß die CD versucht hat – und dies offenbar nicht ohne Erfolg –, Einblick in die Berichterstattung der Botschaft zu erlangen. Wir können nicht ausschließen, daß auch andere als der im CD-Schreiben vom 12.2.1987 auszugsweise zitierte Botschaftsbericht Nr. 154/86 vom 11.2.1986 an Referat 512 (Rechtshilfeersuchen LG Bonn) sich in CD-Händen befinden. Wie CD daran gekommen ist, ist hier zunächst unerklärlich.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 223; Referat 010, Bd. 178920.

⁶ Botschafter Kullak-Ublick, Santiago de Chile, berichtete am 20. August 1987, der Journalist Gemballa habe Gespräche mit Botschaftsangehörigen geführt: „Von Anfang an fiel auf, daß er ausgezeichnet informiert war.“ Er habe „botschaftsinterne Einzelheiten“ erwähnt: „Auf die Feststellung des PR-Referenten, er sei ja vorzüglich informiert, erwiderte Gemballa, er habe seine Vertrauensleute im AA, die ihm Einsicht in die Akten ab 1985 verschafft hätten. Es gäbe im AA wichtige Personen, die ein Interesse hätten, daß der Fall CD auch auf diese Weise aufgegriffen würde.“ Weiter berichtete Kullak-Ublick: „Gemballa hat nach eigenen Angaben vor seinem Abflug Botschafter a. D. Strätling interviewt. Dem bisher in der deutschen Presse immer wieder offen oder unterschwellig erhobenen Vorwurf enger Zusammenarbeit zwischen Botschaft und CD ist nie energisch widersprochen worden. Ich bin nachhaltig der Auffassung, daß auch vor einer deutschen Fernsehkamera klargestellt werden sollte, daß diese Botschaft seit Jahren keine Beziehungen zur CD hat.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 299; VS-Bd. 13661 (330); B 150, Aktenkopien 1987.

239

Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse von Morr**201-360.92 FRA-1134/87 geheim****28. August 1987¹**

(Mit Kanzleramt und BMVg abgestimmt.)

Betr.: Deutsch-französisches Gespräch über sicherheitspolitische Zusammenarbeit am Donnerstag, den 27. August 1987, in Paris (Elysée-Palast)²

Teilnehmer auf französischer Seite: Herr Attali, Herr Védrine, General Fleury.

Teilnehmer auf deutscher Seite: MD Teltschik, Bundeskanzleramt; MD Dr. Freiherr von Richthofen, Auswärtiges Amt; Generalmajor Hüttel, BMVg; Oberst Scheffer, Bundeskanzleramt; Oberstleutnant Simon, BMVg – FüSIII 1; LR I Dr. v. Morr, Auswärtiges Amt.

Herr Attali begrüßt die deutschen Gäste und weist auf Vertraulichkeit der Besprechungen hin. Bislang seien alle Verhandlungen geheim geblieben, so solle es auch bleiben. In Frankreich seien außer dem Präsidenten³ nur die jeweils zuständigen Minister informiert worden. Daran sollte nichts geändert werden.

Die deutsche Seite habe beim letzten Gespräch⁴ Vorschläge gemacht, auf die aufgrund mittlerweile geführter Gespräche positiv reagiert werden könne. Die französische Reaktion schließe jedoch nicht aus, daß der Bundeskanzler und der Präsident selbst Abänderungen vornähmen. Der deutsche Vorschlag, der bilateralen sicherheitspolitischen Zusammenarbeit einen Rahmen zu geben, sei ein guter Weg. Der Präsident sei jedoch der Ansicht, daß die deutsch-französische Zusammenarbeit in ihrer weiteren Intensivierung nicht nur das militärische Gebiet umfassen solle. Wichtig sei auch das wirtschaftliche Gebiet, insbesondere um noch mehr Eindruck in der Öffentlichkeit hervorzurufen. Der Präsident denke an eine Intensivierung der Zusammenarbeit im wirtschaftlichen, finanziellen und monetären Bereich.⁵

Bei der Besprechung am heutigen Tage wolle man sich auf den von deutscher Seite vorgeschlagenen Verteidigungsrat konzentrieren. Die deutsche Seite habe vorgeschlagen, daß dieser auf drei Ebenen errichtet werden sollte, der der

¹ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Klaiber am 28. August 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.

Hat Genscher am 29. August 1987 vorgelegen, der für Staatssekretär Sudhoff handschriftlich vermerkte: „1) D2 hätte sich deutlich zur wi[rtschafts]- und währungspolitischen Zusammenarbeit äußern sollen. Es gibt dazu deutliche Aussagen von mir. 2) Ich bitte um weiterführende Vorschläge und Sicherstellung der Koordinierung mit Abt[eilung] 4. 3) W[ieder]V[orlage] 2.9. 16.00.“

Hat Sudhoff vorgelegen.

Hat Ministerialdirigent von Ploetz am 1. September 1987 vorgelegen.

Hat Ministerialdirigent Jansen am 14. September 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Erl[edigt].“

² Zum Gespräch am 27. August 1987 vgl. auch die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen vom 28. August 1987; VS-Bd. 12087 (201); B 150, Aktenkopien 1987.

³ François Mitterrand.

⁴ Zu den deutsch-französischen sicherheitspolitischen Konsultationen am 24. Juli 1987 vgl. Dok. 223.

⁵ Zu den französischen Vorschlägen für wirtschafts- und währungspolitische Zusammenarbeit vgl. Dok. 241.

Regierungschefs, der Außen- und Verteidigungsminister und schließlich eines gemeinsamen Stabs. Treffen der Außen- und Verteidigungsminister zu sicherheitspolitischen Fragen gebe es bereits. Für die französische Seite komme es darauf an, daß ein derartiger Rat nicht schwerfällig werden dürfte. Man habe in Frankreich schon einen Verteidigungsrat, der jedoch ohne Stab arbeite und dem nur ein Sekretariat zur Verfügung stehe. Man würde es vorziehen, den von D anvisierten Stab Sekretariat zu nennen.

Wenn man die Errichtung eines gemeinsamen Rates – oder wie immer man auch die Institution nennen wolle – bei der nächsten Begegnung Bundeskanzler/Präsident ins Auge fasse, müsse man hinsichtlich der Aufgaben dieser Einrichtung vorsichtig und präzise zugleich sein. Dies sei schon wichtig wegen der Verbündeten. Nach französischer Vorstellung könnte der Rat folgende Aufgaben haben:

- 1) Festlegung politischer Richtlinien für den Einsatz der Streitkräfte dort, wo beide Länder gemeinsame Erfahrungen gesammelt haben oder gemeinsame Operationen auf ihrem Hoheitsgebiet durchführen.
- 2) Fragen der Konsultation zum eventuellen Einsatz taktischer Atomwaffen in der Folge des Beschlusses vom 28. Februar 1986⁶.
- 3) Organisation der deutsch-französischen Zusammenarbeit im militärischen Bereich mit dem Ziel eines Erfahrungsaustauschs.
- 4) Zusammenarbeit im Rüstungsbereich.
- 5) Entscheidung über Organisation und Einsatz zur deutsch-französischen Brigade⁷.
- 6) Harmonisierung der Positionen bei Abrüstungsverhandlungen.

Hinsichtlich der vorgesehenen Aufgaben könne man feststellen, daß es zahlreiche Überschneidungen mit den deutschen Vorschlägen gebe.

Insgesamt wolle man die deutsch-französische Zusammenarbeit irreversibel gestalten. Wolle man sich nur auf die militärische Zusammenarbeit beschränken, sei das für die französische Seite unvollständig. Deswegen der Vorschlag, als Pendant zum gemeinsamen Verteidigungsrat die Errichtung eines gemeinsamen Rates für wirtschaftliche und monetäre Fragen. Dieser sollte aus den Wirtschafts- und Finanzministern sowie den Notenbankpräsidenten bestehen, auch ihm sollte ein eigenes Sekretariat beigegeben werden. Dieser Rat solle die Aufgabe haben, die wirtschaftspolitischen Ziele zu harmonisieren, bestehende Hemmnisse abzubauen, die Zusammenarbeit im monetären Bereich zu verstärken, vor allem beispielsweise den ECU zu stärken. Wolle man noch ambitiöser sein, könne man auch sagen, daß der Rat die gemeinsame Stabilität fördern und die Märkte überwachen solle. Der französische Gegenvorschlag der Errichtung eines Rats für Wirtschafts- und monetäre Fragen bedeute allerdings nicht, daß man die Idee des Verteidigungsrates für weniger wichtig, also für untergeordnet halte.

⁶ Für den Wortlaut der „Erklärung über ein Abkommen zwischen dem Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland und dem Präsidenten der Französischen Republik“ zum Abschluß der deutsch-französischen Konsultationen am 27./28. Februar 1986 in Paris vgl. BULLETIN 1986, S. 180. Zu den Konsultationen vgl. AAPD 1986, I, Dok. 61.

⁷ Zum Vorschlag des Bundeskanzlers Kohl für eine deutsch-französische Brigade vgl. Dok. 211.

Der Präsident wolle ein zukunftsweisendes Konzept für das kommende Jahrzehnt, und dazu gehöre die Wirtschaftspolitik.

MD Teltschik äußerte sich sehr erfreut über die grundsätzlich positive französische Antwort. Gesamtpolitisch komme den deutsch-französischen Beziehungen eine Schlüsselrolle zu. Sowohl Bundeskanzler wie Präsident seien der Meinung, daß sich das Schicksal beider Länder immer enger verknüpfe, daß es eine Schicksalsgemeinschaft gebe. Deswegen befinde man sich auf historischem Weg. Ihm sei es eine Genugtuung, persönlich dabei mitwirken zu dürfen. Auch in Deutschland blieben alle Gespräche vertraulich. Nur die Ressortminister seien unterrichtet. Auf alle Fälle müsse die Vertraulichkeit bis zur Begegnung Bundeskanzler/Präsident bei der Übung „Kecker Spatz“ am 24. September 1987⁸ eingehalten werden. Es sei Aufgabe von Kanzler und Präsident, mit dem Vorhaben an die Öffentlichkeit zu treten.

Heute könne man sich überlegen, ob man soweit komme, eine gemeinsame Erklärung für diese Begegnung vorzubereiten. Die Ausweitung der Zusammenarbeit auf andere Bereiche werde auch von D uneingeschränkt unterstützt. Auch in wirtschafts- und finanzpolitischer Zusammenarbeit sei eine Intensivierung der deutsch-französischen Kooperation Modell für eine europäische Einigung. Auch bei D bestehe Bereitschaft zu wirtschafts- und finanzpolitischer Zusammenarbeit, jedoch könne man am heutigen Tage noch nicht detailliert Stellung nehmen. Er teile aber die Auffassung, daß die nur militärische Zusammenarbeit nicht attraktiv genug sei. Komme es zur Errichtung von Räten sowohl im Verteidigungs- wie im Wirtschafts- und Finanzbereich, müsse jedoch dafür gesorgt werden, daß nicht ein Bereich durch den anderen verlangsamt werde. Komme man in dem einen Bereich schneller voran, so müsse dort auch vorangeschritten werden. Zum Verteidigungsrat: Dieser dürfe nicht schwerfällig sein. Die Bezeichnung „Sekretariat“ sei akzeptabel. Es dürfe keine riesige Bürokratie entstehen, der politische Wille müsse aber symbolisiert werden. Der Verteidigungsrat – oder wie die Einrichtung auch genannt werden solle – solle öffentlich angekündigt werden. Die Ankündigung müsse auch Aufgaben und Ziele beschreiben.

MD v. Richthofen äußert Befriedigung darüber, daß es schon im zweiten Gespräch möglich sei, derart konstruktiv aufeinander zuzugehen. Zu unterstreichen sei, daß man keine schwerfällige Bürokratie schaffen wolle, sondern bisher vorhandene Strukturen unter ein Dach stellen. Wenn man von einem gemeinsamen Stab spreche, meine man ein Sekretariat, das u. U. in der Nähe der Grenze angesiedelt werden könne. Hier sei man aber flexibel.

Auf die bestehende Zusammenarbeit der Außen- und Verteidigungsminister sowie die der bestehenden Ausschüsse und Arbeitsgruppen könne in diesem Rahmen nicht verzichtet werden.

General Hüttel stimmt Ausführungen von MD v. Richthofen zu Strukturen zu und unterstreicht, daß sich das, was man bereits habe, bewährt habe. Es komme auf Bewahrung des Bewährten an. Wichtig sei aber, daß ein Arbeitselement sich kontinuierlich auf die gemeinsame Arbeit konzentrieren könne. Aus persönlicher

⁸ Bundeskanzler Kohl und Staatspräsident Mitterrand trafen sich am 24. September 1987 in Ingolstadt am Rande der deutsch-französischen Heeresübung „Kecker Spatz“, die vom 17. bis 24. September 1987 in den Ländern Bayern und Baden-Württemberg stattfand. Zur Übung vgl. Dok. 276.

Sicht könne er der Ergänzung der deutsch-französischen militärischen Zusammenarbeit durch einen zweiten Bereich nur zustimmen.

Attali weist darauf hin, daß Präsident für Erörterung deutscher Vorschläge grünes Licht gegeben habe. Man müsse jedoch im Auge behalten, daß bei einer Vergrößerung des Gremiums, das sich mit der Frage befasse, Gefahr bestehe, daß es zu mehr Einwänden komme. Die zu lösenden Aufgaben seien nicht einfach, Meinungsverschiedenheiten im Detail könnten auch die grundsätzliche Einigung gefährden. Was die gemeinsame Erklärung beim „Kecken Spatz“ anlange, so sei es nötig, vor diesem Termin noch ein detailliertes Gespräch zu führen, bei dem die Erklärung formuliert werden könne.

MD Teltschik: Dieses sei auch die deutsche Ansicht. Zu denken sei an eine Grundsatzerklärung, die noch keine Details zu beinhalten brauche. Dieses könnte man sich für den 50. Gipfel⁹ aufheben. Andererseits seien im nächsten Frühjahr in Frankreich Wahlen¹⁰, je näher dieser Termin rücke, desto schwieriger werde es für die französische Seite. Deswegen habe man nicht unbegrenzt Zeit.

Attali stimmt dem ausdrücklich zu. Was die gemeinsame Erklärung anlange, so sei wichtig, daß nichts angekündigt werden dürfte, was später nicht realisiert würde. Deswegen müsse man sich erst über Aufgaben klar werden, da sonst die Gefahr bestehe, daß der deutsch-französische Verteidigungsrat in der öffentlichen Diskussion zerredet würde.

Was die deutschen Vorschläge zu den Aufgaben des Rates angehe, so habe man mit den letzten beiden Punkten (Entscheidungen über die gemeinsame Brigade und Steuerung der Zusammenarbeit) keine Probleme. Probleme habe man jedoch mit den beiden ersten Paragraphen: Zu Abrüstungsfragen sei es besser, von Harmonisierung zu sprechen als von Erarbeitung einer gemeinsamen Position. Besondere Probleme habe F aber mit dem ersten Paragraphen und dort mit der Formulierung „Entwicklung einer gemeinsamen Streitkräftekonzeption“¹¹ mit dem Ziel, das für die Sicherheit Europas notwendige ausgewogene Potential nuklearer und konventioneller Streitkräfte mit den übrigen Bündnispartnern zu gewährleisten“. Hier solle man besser sprechen von „Politischen Richtlinien für den Rahmen des Einsatzes militärischer Kräfte“. Die Formulierung in diesem Bereich müsse absolut unmißverständlich sein.

MD Teltschik weist hinsichtlich französischen Formulierungsvorschlages „Politische Richtlinien“ auf deutsches Interesse an abgestimmter gemeinsamer Streitkräftekonzeption hin und unterstreicht dazu Mitterrands Worte von der deutsch-französischen Schicksalsgemeinschaft. Wichtig sei Betonung ausgewogenen Verhältnisses nuklearer und konventioneller Kräfte. Demgegenüber sei „Politische Richtlinien“ undeutlich.

Attali unterstreicht Notwendigkeit, daß Hinweis auf nukleare Waffen an anderer Stelle untergebracht werden müsse. In öffentlicher Erklärung zu Aufgaben des

⁹ Zu den deutsch-französischen Konsultationen am 12./13. November 1987 in Karlsruhe vgl. Dok. 315, Dok. 316 und Dok. 318.

¹⁰ In Frankreich fanden am 24. April und 8. Mai 1988 Präsidentschaftswahlen statt.

¹¹ Die Wörter „Entwicklung einer gemeinsamen Streitkräftekonzeption“ wurden von Ministerialdirigent von Ploetz hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „[siehe] Elysée-Vertrag!“

Rates von Nuklearwaffen zu reden, sei zumindest mißverständlich und komme nicht in Betracht. Es dürfe in französischer Öffentlichkeit nicht Eindruck entstehen, daß Modernisierung französischer Nuklearwaffen einem Abkommen mit Deutschland unterworfen sei. Gegen Hinweis auf Notwendigkeit Ausgewogenheit konventioneller und nuklearer Mittel an anderer Stelle – beispielsweise in einer Präambel – bestünden keine Bedenken.

MD Teltschik erklärt, daß es sich um ein Mißverständnis handele. Deutscher Seite komme es auf folgendes an:

- Arbeit an Bedrohungsanalyse.
- Übereinstimmung zu finden, welche Bedingungen für die Verteidigung Europas erforderlich sind (ausgewogenes Verhältnis nuklearer und konventioneller Mittel).
- Hinweis auf Formulierung, daß keine Verteidigung ohne Zusammenarbeit mit den USA möglich sei. Schließlich schließe deutsches Verständnis von Sicherheitspolitik sowohl militärische wie politische Komponente ein.

Zu französischen Bedenken, daß Rolle französischer Nuklearkräfte festgeschrieben werden könne: Damit bestünden keine Probleme, man wolle nicht den Finger auf den Auslöseknopf französischer Nuklearwaffen legen.

General Fleury weist darauf hin, daß man sich möglicherweise mißverstanden habe.

General Hüttel macht klar, daß das, was D vorschwebt, Schaffung einer Basis zum gemeinsamen Verständnis der Sicherheitslage Europas beinhalte.

Attali schlägt vor, von „Gegenüberstellung der Analysen europäischer Sicherheit und Ausarbeitung gemeinsamer Ansatzpunkte“ zu sprechen.

MD Teltschik übergibt französischer Seite die deutsche Punktation in französischer Sprache und weist darauf hin, daß Formulierung „Gegenüberstellung“ sehr blaß klinge. Vielleicht könne man sich auf Abstimmung einigen.

Attali schlägt vor „Annäherung oder Abstimmung europäischer Sicherheitsanalyse“.

MD Teltschik und Attali einigen sich gemeinsam auf Formulierung für ersten Absatz:

„Abstimmung der Analyse der Lage europäischer Sicherheit mit dem Ziel, soweit wie möglich eine Konvergenz der Schlußfolgerungen, die jeder für die europäische Sicherheit daraus zieht, zu erreichen.“¹²

MD Teltschik schlägt vor, Hinweis auf Ausgewogenheit nuklearen und konventionellen Potentials in eine Präambel aufzunehmen.

Attali stimmt dem zu.

Védrine weist noch einmal darauf hin, daß es sich bei diesem Teil um den Auftrag für den Rat handele. Es sei falsch, hier die gesamte Philosophie hineinzusetzen.

Attali einverstanden, den von D vorgeschlagenen Gedanken in Einleitung bzw. Präambel aufzunehmen.

¹² Zu diesem Satz vermerkte Ministerialdirigent von Ploetz handschriftlich: „Zu wenig, s[iehe] Elysée-Vertrag.“

Beide Delegationen einigen sich für die drei anderen Paragraphen der Aufgaben auf folgende Formulierung:

- Steuerung und Vertiefung der bereits bestehenden Zusammenarbeit auf den Gebieten der Sicherheitspolitik und Verteidigungspolitik und Forschung, Entwicklung sowie Produktion von Wehrmaterial,
- auf dieser Grundlage Abstimmung der Positionen im Bereich Abrüstung und Rüstungskontrolle,
- Grundsatzentscheidungen zu Organisation und Einsatz gemischter Truppenteile.

MD Teltschik schlägt vor, daß im Sinne des gemeinsam Besprochenen beide Seiten einen Entwurf für eine Präambel machen und diesen der anderen Seite vor dem nächsten Treffen zuleiten, damit über die Präambel gemeinsam gesprochen werden könne. In dieser Präambel soll auch ein Hinweis auf den Freundschaftsvertrag¹³ und die Beschlüsse vom Februar 1986 enthalten sein.

Attali zur Struktur des Rates: Hinweis, daß man lieber ein Sekretariat als einen Stab sehe.

Teltschik stimmt dem zu. Es solle ein permanentes Sekretariat sein, seine Struktur solle dem des bisherigen Ausschusses für Sicherheit und Verteidigung entsprechen. Zusätzlich schlage er vor: wechselnder Vorsitz, Rotation der Mitarbeiter.

Attali: Man soll sich nicht wieder in Diskussion um Nebensächlichkeiten hineinmanövrieren lassen. Es stelle sich die Frage, ob es nützlich sei, in der gemeinsamen Erklärung in Ingolstadt darüber zu sprechen. Eine paritätische Organisation des Sekretariats könne festgehalten werden.

Teltschik: Es sei wichtig, die Worte „permanentes Sekretariat“ hinzuzufügen sowie Hinweis auf paritätische Besetzung und wechselnden Vorsitz.

Attali: Vorsitz (Présidence) bedeute Macht, das geht nicht. Die Errichtung einer Art deutsch-französischen Generalstabs komme hier nicht in Frage.

General Hüttel weist auf Notwendigkeit eines geordneten administrativen Ablaufes hin; es müsse eine ordnende Hand da sein, die Organisation und Ablauf überwache.

MD v. Richthofen: Sekretariat der EPZ könne Modell sein, dieses habe auch keine exekutiven Befugnisse. Auch dort gelte das Rotationsprinzip. Eine gewisse Hierarchie müsse erkennbar sein.

Attali: Wenn man in dem Sekretariat nur zu zweit sei, brauche man keinen Chef. Von einem Leiter dürfe man nicht sprechen. Es sei wichtig, keine falschen Akzente zu setzen.

Teltschik schlägt vor, die Struktur jetzt nicht zu vertiefen und diese Frage der Entscheidung der beiden Regierungschefs zu überlassen.

Gemeinsame Brigade

General Hüttel weist auf Frage von M. Attali darauf hin, daß nächster Termin der Arbeitsgruppe „Militärische Zusammenarbeit“ 5. Oktober 1987 sei. Attali meint, daß es sich um einen sehr späten Termin zur Erörterung von Einzelheiten handele.

¹³ Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710. Vgl. dazu auch AAPD 1963, I, Dok. 44.

General Hüttel fragt, ob F-Seite mit deutschen Vorstellungen zur gemeinsamen Truppeneinheit (Stationierung in Rheinnähe, Auftrag zunächst Schutz der Rheinübergänge) einverstanden sei.

General Fleury: Ja, aber Einzelheiten müßten noch besprochen werden. Dieses gelte insbesondere für spätere, weiter nach vorn geschobene Einsatzplanung. Im übrigen müsse das Projekt für andere Verbündete, insbesondere die USA, akzeptabel sein.

Video-Verbindung Kanzleramt–Elysée

Attali weist auf Notwendigkeit hin, Video-Anlage endlich in Betrieb zu setzen. Diese Angelegenheit komme einem Begräbnis ohne Beisetzungsfeierlichkeit gleich. Es gebe eine politische Entscheidung, eine derartige Anlage einzurichten.

Oberst Scheffer weist darauf hin, daß sich Experten geeinigt hätten, zunächst Telefax- und Teletyp-Einrichtungen zu installieren bzw. zu verbessern. Aufbau einer Video-Anlage sei aber immer noch auf der Tagesordnung.

Attali unterstreicht Notwendigkeit, die Video-Anlage so schnell wie möglich einzurichten.

Wirtschaftsfragen

Attali kommt auf seinen Vorschlag zur Errichtung eines Wirtschaftsrats zurück. Auch in diesem Bereich müsse man wie mit der Brigade mit einem konkreten Schritt anfangen. Die Umwandlung des ECU in eine im Alltag verwendbare Währung sei eine Möglichkeit. Wie im militärischen Bereich komme es darauf an, eine permanente Einrichtung zwischen den Finanzministerien und Zentralbanken zu schaffen. Auch hier könne man auf bereits Bestehendes zurückgreifen und brauche es nur zu institutionalisieren. Die deutsche Nuklearwaffe sei die D-Mark!

MD Teltschik erklärt, über französischen Vorschlag nicht überrascht zu sein. Hierzu müßten Gespräche mit den Experten geführt werden. Er wisse, daß das Auswärtige Amt einen derartigen Vorschlag begrüßen würde. Der Bundeskanzler sei gewiß bereit, auch diese Fragen zu erörtern. Wie bei der Brigade sei es wichtig, zunächst einen ersten Schritt zu tun. Was könne der erste Schritt im Wirtschaftsbereich sein? Mit Währungsfragen zu beginnen, sei ein Fehler, zuerst müsse die Wirtschaft harmonisiert werden.

MD v. Richthofen weist darauf hin, daß Harmonisierung im Bereich der Währung erst letzthin im EG-Rahmen erörtert worden sei.

Attali weist noch einmal darauf hin, daß man mit dem ECU beginnen könne als erstem Schritt. U.U. käme auch eine kleine gemeinsame Steuer in Betracht. Langfristiges Ziel sei die Errichtung einer gemeinsamen Zentralbank.

MD Teltschik fragt nach regelmäßigen Treffen der Finanzminister. Er sprach sich gegen eine gemeinsame Steuer als ersten Schritt aus.

Attali: Derartige Treffen finden während der Gipfelbegegnungen statt, aber sonst nicht regelmäßig. Eine Idee könne es sein, eine gemeinsame Forschungs- und Entwicklungsabteilung der Zentralbanken zu errichten.

MD Teltschik fragt nach konkreten französischen Vorschlägen.

Attali erklärt, diese jetzt noch nicht vorlegen zu können, man habe zunächst nur bei deutscher Seite sondieren wollen.

MD v. Richthofen weist auf Notwendigkeit hin, mit einem zugkräftigen Symbol zu beginnen.

Nächste Sitzung wurde festgelegt für den 17. September 1987, 14.00h, im Bundeskanzleramt.¹⁴

v. Morr

VS-Bd. 12087 (201)

240

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Lambach

210-330.24

1. September 1987¹

Über Herrn Dg2², Herrn Staatssekretär³ Herrn Bundesminister

Betr.: Gemeinsames Grundsatzpapier von SPD und SED, „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“

Anlg.: 3⁴

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

1) Ein gemeinsames Grundsatzpapier mit dem Titel „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“ haben SPD und SED am 27.8.1987 gleichzeitig in Bonn und Berlin (Ost) veröffentlicht (Anlage 1⁵). Das Papier ist das Ergebnis dreijähriger Gespräche zwischen der Grundwertekommission der SPD und der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED. An seiner Vorstellung in Bonn⁶ nahm neben SPD-Präsidiumsmitglied Erhard Eppler, der für

¹⁴ Die nächsten deutsch-französischen sicherheitspolitischen Konsultationen fanden am 23. September 1987 statt. Vgl. dazu Dok. 273.

¹ Durchdruck.

Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lambach und Legationsrat I. Klasse Geyer konzipiert.

Hat Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen am 5. September 1987 vorgelegen, der für Lambach handschriftlich vermerkte: „Bitte B[e]spr[echung] (Übersetzung in den zwischenstaat[lichen] Bereich).“

Hat Lambach am 16. September 1987 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Erl[edigt].“

² Dieter Kastrup.

³ Jürgen Sudhoff.

⁴ Dem Vorgang beigelegt. Vgl. Anm. 5, 6 und 12.

⁵ Vgl. VORSTAND DER SPD (Hrsg.), Politik, Informationsdienst der SPD, Nr. 3 (August 1987); Referat 210, Bd. 145175. Für den Wortlaut des Grundsatzpapiers vgl. auch TEXTE ZUR DEUTSCHLANDPOLITIK III/5, S. 171–181.

⁶ An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Presseerklärung siehe Anlage 2.“

Für die Presseerklärung des Mitglieds im SPD-Präsidium, Eppler, vom 27. August 1987 vgl. Referat 210, Bd. 145175.

Zur Pressekonferenz am 27. August 1987 in Bonn vgl. den Artikel „Eppler: Kein Manifest der Verbrüderung zwischen SPD und SED“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 28. August 1987, S. 1 f.

die SPD die Gespräche geleitet hatte, Professor Rolf Reißig, Leiter des Instituts für wissenschaftlichen Kommunismus an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften, teil, an der Pressekonferenz in Berlin (Ost) neben Professor Otto Reinhold, Rektor der Akademie für Gesellschaftswissenschaften, Dr. Thomas Meyer, Direktor der Gustav-Heinemann-Akademie der Friedrich-Ebert-Stiftung⁷. Der Text ist im vollen Wortlaut im „Neuen Deutschland“⁸ und im „Vorwärts“ vom 29.8.1987⁹ veröffentlicht worden. Am 1.9. wird er Gegenstand einer Diskussion im Ersten Fernsehprogramm der DDR sein, an der Erhard Eppler teilnehmen wird.¹⁰

Das Papier ist in sechs Kapitel gegliedert, in denen, ausgehend von einer Analyse der aktuellen weltgeschichtlichen Situation, die Notwendigkeit für einen friedlichen Wettbewerb der Gesellschaftssysteme unterstrichen sowie Rahmenbedingungen und Grundregeln für eine „Kultur des politischen Streites“ dargestellt werden.

In den einleitenden Kapiteln enthält es eine einseitige Festlegung auf das friedenspolitische Konzept des Warschauer Paktes. Die folgenden Kapitel tragen indessen Kompromißcharakter mit deutlichen Zugeständnissen auch seitens der DDR. Widersprüchlichkeiten im Text selbst sowie relativierende Äußerungen anlässlich seiner Veröffentlichung lassen es angeraten erscheinen, seine Bedeutung für eine etwaige Öffnung der politischen Diskussion in der DDR selbst nicht überzubewerten.

2) Im einzelnen

2.1) Kapitel I, „Friedenssicherung durch gemeinsame Sicherheit“, ist im wesentlichen eine Zusammenfassung der Aussagen, wie sie seitens des Warschauer Paktes seit dem 27. Parteitag der KPdSU¹¹ unter den Stichworten „Neues Denken“ und „Neues Internationales Sicherheitssystem“, aber auch von der Sozialistischen Internationale (Palme-Kommission) propagiert werden.

Auffällig – in seiner Tragweite indessen nicht abschließend zu beurteilen – ist ein Hinweis auf das Selbstbestimmungsrecht eines jeden Volkes als eines der notwendigen Bestandteile für eine dauerhafte Friedensordnung in Europa.

⁷ Zur Pressekonferenz am 27. August 1987 in Ost-Berlin vgl. den Artikel „Dokument ‚Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit‘ der Öffentlichkeit vorgelegt“; NEUES DEUTSCHLAND vom 28. August 1987, S. 1f. Vgl. ferner den Artikel „Reinhold: Meinung über Imperialismus nicht geändert“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 28. August 1987, S. 2.

⁸ Vgl. NEUES DEUTSCHLAND vom 28. August 1987, S. 3.

⁹ Korrigiert aus: „28.8.1987“.

Vgl. VORWÄRTS, Nr. 35 vom 29. August 1987, S. 31–34.

¹⁰ In der Presse wurde berichtet: „Das DDR-Fernsehen hat jetzt erstmals ein Gespräch zwischen west- und ostdeutschen Politikern ausgestrahlt, und dies auch noch live ohne Schnitt. Am Dienstagabend stellten [...] je zwei führende Partei-Theoretiker der SPD und der SED in einer Dreiviertelstundensendung zur besten Sendezeit das in der vorigen Woche schon in gemeinsamen Pressekonferenzen in Bonn und Ostberlin veröffentlichte gemeinsame Dokument ‚Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit‘ vor. [...] Übereinstimmend hoben die vier Teilnehmer das gemeinsame Sicherheitsinteresse der westdeutschen Sozialdemokraten und der ostdeutschen Kommunisten angesichts von Weltproblemen wie der Friedensbedrohung, der Umweltzerstörung, der wissenschaftlich-technischen Entwicklung sowie von Hunger und Krankheit in der Dritten Welt hervor. Zugleich unterstrichen sie, ihre weiterhin widerstreitenden Ideologien müßten sich in einem friedlichen, die Friedenssicherung noch fördernden Wettstreit auseinandersetzen. Der ideologische und politische Wettbewerb zwischen Ost und West dürfe die staatlichen Beziehungen nicht beeinträchtigen.“ Vgl. den Artikel „Gemeinsames Sicherheitsinteresse betont“; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 3. September 1987, S. 8.

¹¹ Der XXVII. Parteitag der KPdSU fand vom 25. Februar bis 6. März 1986 in Moskau statt. Vgl. dazu AAPD 1986, I, Dok. 68.

2.2) Kapitel II, „Friedlicher Wettbewerb der Gesellschaftssysteme“, betont, daß die Beziehungen zwischen den Systemen „vor allem auch durch entgegengesetzte Interessen charakterisiert“ werden, spricht sich aber dafür aus, die Auseinandersetzung „einzig und allein in der Form des friedlichen Wettbewerbs und also gewaltfrei“ zu führen. Hervorgehoben wird, daß sich Wettstreit und Zusammenarbeit der gesellschaftlichen Systeme nicht ausschließen. Die Menschenrechte werden in ihrer wechselseitigen Bedingtheit von sozialen, politischen und persönlichen (individuellen) Rechten angesprochen.

2.3) In Kapitel III, „Notwendigkeit einer Kultur des politischen Streits und des Dialogs“, wird einerseits auf das historisch konfliktreiche Verhältnis zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus eingegangen, andererseits aber Übereinstimmung darüber festgestellt, daß „Friede in unserer Zeit nicht mehr gegeneinander errüftet, sondern nur noch miteinander vereinbart und organisiert werden kann“, und sich daraus „neue Gemeinsamkeiten im Ringen um den Frieden“ ergäben. Betont wird, daß sich Sozialdemokraten und Kommunisten „dem humanistischen Erbe Europas verpflichtet“ fühlten.

Als einer der Gründe, der den Streit zwischen Sozialdemokratie und Kommunisten verschärft habe, wird ausdrücklich die Tatsache genannt – und nachfolgend an Beispielen „Demokratie“, „Menschenrechte“ und „Pluralismus“ illustriert –, daß beide oft mit denselben Begriffen verschiedene Inhalte verbänden. Der Streit über diese Grundpositionen wird ausdrücklich nicht für gegenstandslos erklärt („es wäre niemandem damit gedient, wenn Gegensätze verwischt werden“); es wird jedoch dafür plädiert, ihn zum „Teil eines produktiven Wettbewerbs der Systeme“ werden zu lassen, der „so ausgetragen wird, daß Kommunisten und Sozialdemokraten die Grundentscheidungen des jeweils anderen beachten, keine Feindbilder aufbauen, die Motive der anderen Seite nicht verdächtigen, deren Überzeugungen nicht absichtlich verzerren und ihre Repräsentanten nicht diffamieren“.

Im Schlußabsatz dieses Kapitels sprechen sich die Sozialdemokraten, „die den Verfassungskonsens der westlichen Demokratie mittragen“, dafür aus, daß auch „andere politische Kräfte sich in ähnlicher Weise am kontroversen Dialog der Systeme beteiligen“.

2.4) Kapitel IV, „Ansätze für eine Kultur des politischen Streits“, äußert sich zu Form und Inhalt der Auseinandersetzung:

- Beide Seiten müßten sich auf einen langen Zeitraum einrichten, während dessen sie nebeneinander bestehen und miteinander auskommen müßten.
- Keine Seite dürfe der anderen die Existenzberechtigung absprechen.
- Die Hoffnung beider Seiten sei darauf gerichtet, daß beide Systeme reformfähig seien und der Wettbewerb der Systeme den Willen zur Reform auf beiden Seiten stärke.
- Beide Systeme müßten sich gegenseitig für friedensfähig halten.
- Beide Systeme müßten zu verhindern suchen, daß sie vom jeweils anderen so wahrgenommen würden, als seien sie auf Expansion angelegt.

Hieraus wird das Erfordernis für die Entwicklung einer Kultur des Streits und des kontroversen Dialogs über Verträge, Abmachungen und Institutionen hinaus abgeleitet, in der Kooperation, Wettbewerb und Konflikt gleich akzeptierte Formen des Umgangs miteinander werden müßten.

2.5) Im Kapitel V werden als „Grundlagen einer Kultur des politischen Streits“ formuliert:

- Beide Gesellschaftssysteme müßten einander Entwicklungsfähigkeit und Reformfähigkeit zugestehen,
- Kritik und Kooperation dürften einander nicht ausschließen.
- Kritik an den gesellschaftlichen Verhältnissen im anderen System sollte auf nachprüfbaren Tatsachen beruhen.
- Erforderlich sei eine realistische und differenzierte Analyse statt der Propagierung pauschaler Feindbilder und der Erweckung von Bedrohungsängsten.

Einschränkend wird indessen zu den Grenzen der ideologischen Auseinandersetzung ausgeführt:

„Die ideologische Auseinandersetzung ist so zu führen, daß eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten unterbleibt. Kritik, auch in scharfer Form, darf nicht als eine ‚Einmischung in die inneren Angelegenheiten‘ der anderen Seite zurückgewiesen werden. Jedenfalls gilt auch hier das Prinzip der souveränen Gleichheit, daß keine Seite praktisch in Anspruch nehmen darf, was sie der anderen nicht zubilligt.“

Zu den Grundregeln werden ferner die Möglichkeit einer offenen Diskussion über den Wettbewerb der Systeme, ihrer Erfolge und Mißerfolge, Vorzüge und Nachteile innerhalb jedes Systems und die umfassende Informiertheit der Bürger in Ost und West (einschließlich die Erleichterung der Verbreitung von periodisch und nicht-periodisch erscheinenden Zeitungen) sowie Besuche und Gegenbesuche, Teilnahme an Seminaren, wissenschaftlichen, kulturellen und politischen Veranstaltungen über Systemgrenzen hinweg gezählt.

2.6) In Kapitel VI, „Neues Denken, neues Handeln“, werden die Leitgedanken einer gemeinsamen Politik der Friedenssicherung knapp zusammengefaßt, wobei die Notwendigkeit betont wird, auf Versuche zu verzichten, „sich unmittelbar in die praktische Politik in anderen Staaten einzumischen“.

3) Das Grundsatzpapier enthält in seinen einleitenden Kapiteln eine einseitige Festlegung auf das friedenspolitische Konzept des Warschauer Paktes. Nicht befriedigen kann insbesondere die völlige Trennung der Frage der Sicherheit von den Menschenrechten sowie deren Einengung auf die „wechselseitige Bedingtheit von sozialen, politischen und persönlichen (individuellen) Rechten“ nach östlichem Sprachgebrauch.

In den folgenden Kapiteln trägt das Papier hingegen, von den offen dargelegten Differenzen in Grundsatzfragen abgesehen, deutlichen Kompromißcharakter mit zum Teil widersprüchlichen Resultaten (z.B. Ausführungen zur Abgrenzung des zulässigen ideologischen Streits von der Einmischung in die inneren Angelegenheiten). Bemerkenswerte Zugeständnisse seitens der DDR sind insbesondere die Aussagen zum „friedlichen Wettbewerb“ und zur „Friedensfähigkeit“ der Systeme unter Verzicht auf das herkömmliche ideologische „Kampfvokabular“ (Klassenkampf, Imperialismus). Allerdings führte Professor Reinhold auf der Pressekonferenz in Berlin (Ost) einschränkend hierzu aus, daß dies nicht heiße, „daß die Marxisten-Leninisten ihre Meinung über den Imperialismus geändert hätten und sich jetzt davon leiten ließen, der Imperialismus habe sein Wesen geändert“. Auch andere relativierende Äußerungen der DDR-Seite anläßlich der

Vorstellung des Papiers lassen es angeraten erscheinen, seine Bedeutung als etwaige Berufungsgrundlage für eine offenere Diskussion des Verhältnisses zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus und systemkritischer Fragen in der DDR nicht überzubewerten. Dennoch wird seine Veröffentlichung und Erörterung in den DDR-Medien auf großes Interesse der dortigen Öffentlichkeit stoßen.

In der öffentlichen Diskussion bei uns, die inzwischen bereits wieder nachgelassen hat, überwiegt hingegen der Eindruck der Zwiespältigkeit. Hauptkritikpunkt – auch aus den Reihen der SPD selbst – ist dabei weniger der Inhalt des Papiers als die Tatsache seines Zustandekommens (Anlage 3¹²), obwohl es sich nach den Worten von SPD-Präsidiumsmitglied Eppler ausdrücklich um kein „Manifest der Verbrüderung“ handelt.

Hinsichtlich der vorgeschlagenen Form des politischen Umgangs miteinander enthält das Papier eine Reihe begrüßenswerter – wenn auch nicht gänzlich neuer – Aspekte. Es bleibt abzuwarten, in welcher Weise die dort niedergelegten Grundsätze in der politischen Auseinandersetzung Anwendung finden werden.

gez. Lambach

Referat 210, Bd. 145175

¹² In einer Presseerklärung vom 27. August 1987 legte CDU-Generalsekretär Geißler dar, die SPD verwische durch ihre Gespräche mit der SED den „fundamentalen Unterschied zwischen Freiheit und Diktatur. Wer die Unterschiede nicht zur Kenntnis nimmt, kommt zu falschen Analysen und infolgedessen auch zu falschen politischen Entscheidungen. [...] Die SPD setzt die Linie fort, die sie mit ihrer Nebenaußenpolitik begonnen und mit ihrem Irseer Programmentwurf fortgesetzt hat. Im Irseer Entwurf wurde der Marxismus für die Sozialdemokraten wieder akzeptabel, nachdem er im Godesberger Programm nicht mehr zu finden war.“ Vgl. Referat 210, Bd. 145175.

241

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten von Ploetz**Dg 20/201-360.92 FRA-1139/87 geheim****2. September 1987**Über Herrn Staatssekretär¹ Herrn Bundesminister²

Betr.: Deutsch-französische sicherheitspolitische Zusammenarbeit;
hier: Französischer Anschlußvorschlag für wirtschafts- und währungs-
politische Zusammenarbeit

Bezug: Weisung BM vom 29. August 1987³

Anlg.: 1) Aufzeichnung über deutsch-französische Gespräche vom 28.8.1987 –
D 2/201-360.92 FRA-1135/87 geheim⁴
(nebst Anlage – D 2/201-360.92 FRA-1134/87 geheim⁵)
2) Vorlage vom 8. Januar 1987 – Dg 20/201-360.92 FRA-11/87 geheim⁶–
nur bei 1. Ausfertigung

Zur Vorlage der Abteilung 4⁷ wird aus hiesiger Sicht auf folgendes hingewiesen:

1) Der französische Anschlußvorschlag hat uns nicht überrascht (vgl. Anlage Ziffer 2⁸). Wir hatten damit gerechnet, daß unser Vorschlag zur Institutionalisierung

¹ Hat Staatssekretär Sudhoff am 2. September 1987 vorgelegen.

² Hat Bundesminister Genscher am 13. September 1987 vorgelegen.

Hat Oberamtsrat Kusnezow am 14. September 1987 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Ministerialdirigent von Ploetz verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfitzen-Arnach am 15. September 1987 vorgelegen.

Hat Ploetz am 15. September 1987 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen und Referat 201 verfügte.

³ Für die Weisung des Bundesministers Genscher vgl. Dok. 239, Anm. 1.

⁴ Dem Vorgang beigelegt. Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen faßte das deutsch-französische Gespräch über sicherheitspolitische Zusammenarbeit am 27. August 1987 in Paris zusammen und vermerkte: „Das Gespräch soll am 17. September d. J. in Bonn im gleichen vertraulichen Kreis fortgesetzt werden. MD Teltschik sagte bis dahin eine Antwort auf den französischen Vorschlag des Wirtschafts- und Währungsrats zu. Er wird unverzüglich bei ihm bekannten Mitgliedern des Zentralbankrats sondieren und eine interministerielle Arbeitsgruppe aus Bundeskanzleramt, Auswärtigem Amt, BMVg, BMWi, BMF und Bundesbank mit der Frage befassen. Vor dem 17. September soll auch ein Ministergespräch zur Wirtschafts- und Währungsproblematik unter Vorsitz BK und Teilnahme des Präsidenten der Bundesbank stattfinden. Bei einem positiven Ergebnis und einer Einigung mit F könnte am 17. September Entwurf einer gemeinsamen Erklärung ausgearbeitet werden, die Bundeskanzler und Präsident bei ihrer Begegnung anläßlich der Übung ‚Kecker Spatz‘ am 24. September vorliegen, von ihnen erörtert und ggfs. öffentlich abgegeben werden könnte. Diese Erklärung könnte zunächst eher allgemeinen Inhalts sein, während die Verabschiedung detaillierter Beschlüsse dem 50. deutsch-französischen Gipfel am 12./13. November 1987 vorbehalten bliebe, die anläßlich des 25. Jahrestages des Elysée-Vertrages am 22. Januar 1988 umgesetzt werden könnten.“ Vgl. VS-Bd. 12087 (201); B 150, Aktenkopien 1987.

⁵ Dem Vorgang beigelegt. Vgl. Dok. 239.

⁶ Dem Vorgang nicht beigelegt.

Für die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen vgl. Dok. 4.

⁷ Für Auszüge vgl. Anm. 8.

⁸ Dem Vorgang beigelegt. In der Aufzeichnung der Abteilung 4 vom 2. September 1987 wurde dargelegt: „Eine weitere Intensivierung der wirtschafts- und währungspolitischen Zusammenarbeit würde wegen unterschiedlicher Interessenlagen und Ausgangsdaten nicht einfach sein. Wenn beide Seiten nicht zu ehrgeizig sind und der politische Wille da ist, dürften die absehbaren Probleme aber lösbar

und Konkretisierung der bilateralen sicherheitspolitischen Zusammenarbeit – und damit einer Einschränkung der Autonomie in diesem Bereich – von Frankreich mit der Gegenforderung beantwortet werden würde, die sicherheitspolitischen Beziehungen im Gesamtzusammenhang der Beziehungen zu sehen, insbesondere einer Konkretisierung und Institutionalisierung der wirtschafts- und finanzpolitischen Zusammenarbeit zuzustimmen.

Attali hat dies am 27. August 1987 auf die Formel gebracht: „Die deutsche Nuklearwaffe ist die D-Mark.“

2) Die Haltung des Auswärtigen Amtes zu diesen Fragen hat der Bundesminister in seiner Rede unter den EG-Botschaftern am 24. März 1987⁹ öffentlich verdeutlicht. Wir haben sie in allen anschließenden Beratungen sowohl innerhalb der Bundesregierung wie auch bei deutsch-französischen Gesprächen mit Nachdruck vertreten. Das Bundeskanzleramt (Ebene Teltschik) teilt unsere Lageanalyse und unser auf dieser Grundlage entwickeltes Konzept für die nächsten Schritte im deutsch-französischen Verhältnis. In den die jetzigen vertraulichen Kontakte vorbereitenden Gesprächen ist dies sehr deutlich geworden.

Aus taktischen Gründen haben wir uns bewußt darauf beschränkt, in diese Gespräche zunächst nur den deutschen Vorschlag für die Konkretisierung und Institutionalisierung der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit einzubringen. Diesen haben wir inhaltlich – angesichts zu erwartender und durch den bisherigen Verlauf der Gespräche bestätigter französischer Zurückhaltung – maximalistisch gestaltet, um – auch nach gewissen Zugeständnissen – noch immer substantielle Fortschritte durchsetzen zu können.

Indem wir Frankreich die Initiative¹⁰ im Bereich Wirtschafts- und Währungspolitik überließen, ist die Ausgangsposition ausgewogen: Jede Seite ist in einem zentralen Bereich Demandeur. Diese Konstellation weist gewisse Gemeinsamkeiten mit derjenigen auf, die seinerzeit beim Schuman-Plan¹¹ so wesentlich für seinen Erfolg war.

3) Es ist wichtig, daß Frankreich – der Ankündigung Attalis gemäß – zunächst einen eigenen Vorschlag für einen Rat für Wirtschafts-, Finanz- und Währungsfragen einbringt.

Attali hat es mit seiner Formulierung leichter als wir, weil er die grundsätzlich positive Haltung der Bundesregierung bereits kennt: Bei den Beratungen am 27. August 1987 hat Teltschik sie deutlich gemacht, er hat ausdrücklich darauf

Fortsetzung Fußnote von Seite 1215

sein. [...] Insbesondere haben sich die französischen wirtschaftspolitischen Grundvorstellungen in letzter Zeit den unseren stark angenähert. Im Vordergrund stehen auch in Paris Marktwirtschaft, Stabilität, Wachstum und Strukturanpassung. [...] Im übrigen zeigen aber die französischen Vorschläge und Initiativen der letzten Monate und Jahre – auch die zur Schaffung eines Wirtschaftsrats –, daß der französische Interessenschwerpunkt eindeutig im Währungsbereich liegt. Offensichtliches Ziel zahlreicher französischer EWS-Vorschläge ist es z. B., den französischen Franc mit Hilfe der DM aus seiner ‚Zweitklassigkeit‘ herauszuführen.“ Eine engere deutsch-französische Kooperation dürfe „nicht mit einem Stabilitätsverlust der DM verbunden sein. Dies wäre innenpolitisch nicht durchsetzbar.“ Vgl. VS-Bd. 12087 (201); B 150, Aktenkopien 1987.

⁹ Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genschers anlässlich des 30. Jahrestags der Unterzeichnung der Römischen Verträge vom 25. März 1957 vgl. BULLETIN 1987, S. 243 f.

¹⁰ Die Wörter „Frankreich die Initiative“ wurden von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Das ist doch wohl nur die formale Initiative?!“

¹¹ Zum Schuman-Plan vom 9. Mai 1950 vgl. Dok. 4, Anm. 28.

hingewiesen, „daß das Auswärtige Amt einen derartigen Vorschlag begrüßen würde und daß der Bundeskanzler gewiß bereit sei, auch diese Fragen zu erörtern“. Es war innerhalb der deutschen Delegation abgesprochen, daß Teltschik diese positive Grundhaltung verdeutlicht. Aus Sicht des AA ging es auch darum, das Bundeskanzleramt insofern für die nunmehr erforderlichen internen deutschen Beratungen voll in die Pflicht zu nehmen. D2¹² hat ergänzend zu den Ausführungen Teltschiks die Haltung des AA und besonders BMs verdeutlicht.

Zum weiteren Vorgehen:

a) Zur Substanz

Wir sollten intern unsere Vorstellungen zu dem von französischer Seite vorgeschlagenen Rat, seinen Aufgaben und seiner Struktur entsprechend dem Muster, das wir für den Verteidigungsrat entwickelt haben, klären.

Kernfragen sind:

- Aufgaben und Befugnisse des Rates,
- Struktur,
- Konkretisierung des ersten Schrittes (was soll die „gemischte Brigade“¹³ sein?).

b) Zum Verfahren

Der Vorschlag der Abteilung 4, zunächst ein kurzes Konzeptpapier zwischen BK-Amt und AA zu entwickeln, ist richtig. Auch wenn wir kein Junktim zwischen der Entwicklung im Sicherheits- und im Wirtschaftsbereich herstellen wollen, ist eine Synchronisierung inhaltlich und zeitlich zwingend notwendig. Für diese Synchronisierung ist Abteilung 2 verantwortlich. In Absprache mit dem BK-Amt wird sie sich deshalb an allen Arbeiten beteiligen.

Die Einsetzung einer förmlichen interministeriellen Arbeitsgruppe steht unter Vorbehalt der Zustimmung des Bundeskanzlers, das gleiche gilt für die Behandlung des Themas bei einem Ministergespräch unter Vorsitz BK und Teilnahme des Präsidenten der Bundesbank¹⁴.

Es ist wichtig, daß der Bundesminister im Sinne seiner Rede vor den EG-Botschaftern dem Bundeskanzler nahelegt, für interne Überlegungen und zur Erweiterung der Gespräche mit Frankreich auch auf diesem Bereich das grüne Licht zu geben¹⁵. Eine förmliche Befassung von BMF und BMWi sollte nach Vorlage des französischen Vorschlags erfolgen.

i. V. Ploetz

VS-Bd. 12087 (201)

¹² Hermann Freiherr von Richthofen.

¹³ Zum Vorschlag des Bundeskanzlers Kohl für eine deutsch-französische Brigade vgl. Dok. 211.

¹⁴ Karl Otto Pöhl.

¹⁵ Korrigiert aus: „Licht gibt“.

242

Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, an das Auswärtige Amt**VS-NfD****Fernschreiben Nr. 2877****Citissime****Aufgabe: 4. September 1987, 18.46 Uhr¹****Ankunft: 4. September 1987, 17.14 Uhr**Betr.: Haftfall Rust²

Zur Unterrichtung

Der dritte Prozeßtag endete nach Schlußvortrag des Verteidigers³ und letztem Wort des Angeklagten mit dem Urteil: vier Jahre Arbeitsbesserungslager allgemeines Regime (berechnet ab 29.5.87), keine Konfiskation des Flugzeugs, Gerichtskostenübernahme von Rubel 494,-, Rückerstattung des Flugzeugs an den Club. Gegen das Urteil ist ein Rechtsmittel nicht möglich. (Das Urteil kann, wie jedes rechtskräftige Urteil in der Sowjetunion, mit einem „Protest“ beim Gerichtspräsidenten und/oder auf dem Gnadenwege geändert werden.)

1) In einem ausgewogenen, rhetorisch gut vorgetragenen, wohldurchdachten Vortrag suchte der Verteidiger das Gericht davon zu überzeugen, die Strafvorschrift des Para⁴ 81 StGB Estn. SSR⁵ (Verletzung der Staatsgrenze) als von Para 84 StGB RSFSR⁶ (Verletzung der internationalen Flugregeln) konsumiert anzusehen. Während er Para 84 als erfüllt ansah, verneinte er die Anwendbarkeit von Para 206 Abs. 2 StGB RSFSR (grober Hooliganismus) wegen mangelnden Vorsatzes. Aus diesem Grunde und auf Grund einer menschlich anrührenden und einfühlsamen Würdigung des Charakters, der Friedfertigkeit und des Friedenswillens des Angeklagten beantrage er unter Hinweis auf die Möglichkeit einer Geldstrafe, die nach Para 84 ausgeworfen werden kann, „eine minimale Strafe“.

2) Der Angeklagte bat in seinem letzten Wort unter Hinweis auf seine Stellungnahme zur Sache und zum Zweck seiner Reise um ein mildes Urteil. Seine Tat sei ein großer Fehler gewesen, er bestärke heute seine Reue, er habe niemandem Leid zufügen, niemanden kränken wollen. Die Bedeutung des Roten Platzes habe er wirklich nicht gekannt. Seine Eltern hätten gelitten, er habe sich inzwischen verändert. Er gebe die Garantie, daß er das Vertrauen, das ihm durch ein mildes Urteil entgegengebracht werde, nicht enttäuschen werde.

3) Das Urteil, dessen Verlesung etwa 30 Minuten in Anspruch nahm, ging auf die Erwägungen der Verteidigung nicht ein und sah die Anklage in vollem Umfang als erwiesen an. Die Friedens Erwägungen des Angeklagten akzeptierte das Ge-

¹ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heyken am 4. und erneut am 7. September 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Legationsrat I. Klasse Grunenberg sowie den Umlauf in Referat 213 verfügte.

Hat Grunenberg am 7. September 1987 vorgelegen.

Hat Legationsrat I. Klasse Brett am 7. September 1987 vorgelegen.

² Zum Haftfall Mathias Rust vgl. Dok. 160.

³ Wsewolod Jakowlew.

⁴ Paragraph.

⁵ Estnische Sozialistische Sowjetrepublik.

⁶ Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik.

richt nicht, sondern glaubte, R. habe gehandelt aus Abenteuerertum, Wunsch nach Berühmtheit und Selbstreklame. Bei den Versuchen des Landeanflugs habe er mit besonderer Dreistigkeit die öffentliche Ordnung aufs gröbste verletzt und die Gefühle der Sowjetmenschen offensichtlich geringgeschätzt.

Zum Strafmaß: Absicht, Dreistigkeit und Gefährlichkeit von Rusts Handeln führten das Gericht dazu, auf Freiheitsstrafe zu erkennen. Als mildernd sah es die Jugend des Angeklagten, das Fehlen von Vorstrafen und seine Reue an.

Das Strafmaß setzt sich zusammen aus zwei Jahren für die Verletzung der Staatsgrenze, aus drei Jahren für die Verletzung internationaler Flugregeln sowie vier Jahren für groben Hooliganismus.

4) Damit blieb das Gericht bei dem vom Ankläger geforderten Strafmaß für Hooliganismus, ging etwas hinter den Antrag zur Verletzung der Staatsgrenze und weit unter den Antrag zur Verletzung der Flugregeln. Im Gesamtstrafmaß hälfte es den Antrag. Nach Auffassung des Verteidigers, die er einem deutschen Journalisten gegenüber äußerte, hätte das Gericht die Möglichkeit gehabt, das bisher im sowjetischen Strafrecht nicht voll anerkannte Institut der Konsumtion von Straftaten abzusegnen. Bei der Bewertung des Hooliganismus zeigte sich die allgemeine Tendenz sowjetischer Gerichte, vom Ergebnis der Straftat her und nicht von dem subjektiven Willen des Täters her zu urteilen.

5) In einem anschließenden Gespräch mit dem Verteidiger erfuhr L RK⁷, daß er beabsichtige, den Verurteilten entweder zu einem Protest beim Präsidenten des Obersten Gerichts⁸ oder zur Beschreitung des Gnadenwegs zu veranlassen. In einer ersten Einschätzung meinte er mit dem Zeichen gewisser Erleichterung, das Gericht habe immerhin nur auf die Hälfte des Strafantrags und auf eine leichtere Form des Lagers erkannt.

6) Sobald die Botschaft den Willen von Herrn Rust und seinem Anwalt kennt, schlage ich vor, sollte die Botschaft im Namen der BReg diesen Weg gegenüber dem SAM unterstützen. Auf jeden Fall warne ich, auch bei möglichem innenpolitischen Druck, vor einem Vorpreschen, ohne klare Kenntnis des unmittelbar Betroffenen. Auch öffentliche Urteilsschelte könnte Rust im Hinblick auf einen Gnadenerweis oder Urteilsminderung aufgrund eines Protests nur schaden.⁹

[gez.] Meyer-Landrut

Referat 213, Bd. 139417

⁷ Leiter der Rechts- und Konsularabteilung war Gerhard Enver Schrömbgens.

⁸ Wladimir Iwanowitsch Terebilow.

⁹ Dieser Absatz wurde hervorgehoben. Dazu handschriftlicher Vermerk: „[richtig]“.

243

Gesandter Paschke, Washington, an das Auswärtige Amt

114-5291/87 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 3753

Aufgabe: 4. September 1987, 17.00 Uhr¹
Ankunft: 4. September 1987, 23.21 Uhr

Betr.: Amerikanisch-sowjetische Rüstungskontrollverhandlungen;
hier: START

Bezug: DB Nr. 3345 VS-v vom 7.8.87²
DB Nr. 3689 VS-NfD vom 1.9.87³

Zum derzeitigen Stand der START-Verhandlungen war in der Politisch-Militärischen Abteilung des State Department zu erfahren: Man habe sich schon kurz nach Einbringung des sowjetischen Vertragsentwurfes Ende Juli darauf verständigen können, einen gemeinsamen Entwurf nach dem Muster der INF-Verhandlungen zu erarbeiten. Dabei gehe es jetzt allerdings sehr langsam voran. Fortschritte in der Sache habe es noch keine gegeben. Man diskutiere über Formalien, in einigen wenigen Einzelbereichen habe man mit der Erarbeitung gemeinsamer Vertragssprache begonnen, beispielsweise bei den bereits einvernehmlichen numerischen Festlegungen und in einigen Formulierungen zur Verifikation.

Das gegenwärtige langsame Tempo sei nicht auf politische Verzögerung zurückzuführen, man befinde sich in einer sehr technisch und kompliziert verlaufenden Konsolidierungsphase und könne den sowjetischen Verhandlungspartnern zubilligen, daß sie eifrig mitarbeiteten. Man habe zwar davon abgesehen, eine Verhandlungsunterbrechung zu vereinbaren, dennoch habe sich das allgemeine Arbeitstempo im August durch die urlaubsbedingte Abwesenheit verschiedener Unterhändler verlangsamt. Außerdem müsse man wohl zugestehen, daß die Hauptaufmerksamkeit beider Seiten derzeit beim INF-Bereich liege.

- ¹ Das Fernschreiben wurde von Legationsrat I. Klasse Gottwald, Washington, konzipiert. Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter am 7. September 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Wagner, Legationsrat I. Klasse Mülmenstädt, Legationsrat I. Klasse Müller „n[ach] R[ückkehr]“ sowie an Referat 201 verfügte. Hat Wagner am 8. September 1987 vorgelegen. Hat Müller vorgelegen.
- ² Für den Drahtbericht des Gesandten Paschke, Washington, über den Entwurf der UdSSR vom 31. Juli 1987 für ein START-Abkommen vgl. Dok. 227.
- ³ Botschafter van Well, Washington, berichtete über das Gespräch der Staatsministerin Adam-Schwaetzer mit dem amerikanischen Sonderbotschafter Kampelman zu INF und START am 1. September 1987: „Kampelman drückte seine Erwartung aus, daß INF-Abkommen zustande kommen werde, da SU daran interessiert sei. Vorher würden intensive Verhandlungen liegen, bei denen die SU noch einmal Schwierigkeiten machen werde, um eine für sie möglichst günstige Schlußphase der Verhandlungen vorzubereiten. Kampelman glaubt, daß Schewardnadse bei AM-Treffen in Washington (15. bis 17.9.1987) bereit sein werde, die verbleibenden Probleme zu lösen. Bei START spricht nach Kampelman die Wahrscheinlichkeit gegen ein Abkommen, es gebe aber auch Anzeichen sowjetischer Bewegung. Man könne eine Übereinkunft keineswegs ausschließen.“ Kampelman zufolge gebe es „im START-Bereich bereits eine relativ große grundsätzliche Übereinkunft (Reduzierung um 50 Prozent auf 6000 GK auf 1600 Trägersystemen)“. Insbesondere die Verifikation werde sich aber weit „schwieriger gestalten, als dies bei INF, gerade nach Erreichen der Null-Lösung, der Fall sei“. Vgl. Referat 220, Bd. 144771.

Beim AM-Treffen in Washington⁴ dürfte neben dem Junktim START/Weltraum, wo Fortschritte zunächst vom sowjetischen Einlenken abhängen, die Frage der Aufteilung der 6000 verbleibenden Gefechtsköpfe auf Unterkategorien im Mittelpunkt stehen.

Dabei ergeben sich u. a. folgende Fragen:

Am wenigsten problematisch erscheint die Einigung auf höchstens 4800 ballistische Raketen. Die Sowjets hätten selbst bereits einmal von maximal 80 Prozent gesprochen. Klarheit bestehe auch bei den Zählregeln für Bomber, da man Bomber mit Schwerkraftbomben einvernehmlich als ein GK zähle. Nicht einig sei man über die Zählweise der Gefechtsköpfe auf ballistischen Raketen. Hier habe die SU vorgeschlagen, für jedes Trägersystem die jeweils höchste Zahl an GK anzunehmen, mit der es getestet worden sei. Man habe jedoch Zweifel, ob dies ausreiche. Es sei vorstellbar, daß ein Trägersystem eine höhere potentielle GK-Nutzlast haben könne als die, mit der es getestet worden sei.

Flexibilität bestehe noch bei der nächsten Untergrenze, bei der man gegenwärtig über die Zahl 3300 für interkontinentale ballistische Raketen spreche. Hier gebe es auch amerikanische Überlegungen, wie weit man sich bei der Zahl der seegestützten Raketen (SLBM) beschränken lassen könne. Dabei spiele auch eine Rolle, daß bei weniger U-Boot-Trägersystemen die gegnerischen Anti-U-Boot-Kräfte sich auch auf weniger Ziele verteilen müßten und diese dadurch größerer Gefährdung ausgesetzt wären. Die SU habe einmal einen Anteil von höchstens 60 Prozent für die Zahl der GK auf einem bestimmten Trägersystem vorgeschlagen, vielleicht bestehe hier eine Einigungsmöglichkeit.

Bei seegestützten Cruise Missiles (SLCM) sei man sich darüber einig, daß eine Begrenzung außerhalb des 6000-GK-Limits vorzunehmen sei. Einzelheiten seien noch nicht festgelegt worden.

Bei luftgestützten Cruise Missiles (ALCM) glauben die Amerikaner, daß die Verifikation von nicht auf Trägersystemen (Flugzeugen) befindlichen Systemen (non-deployed) nicht praktikabel sei. ALCMs seien zu klein und ihre Produktion vergleichsweise zu einfach, als daß man sich darauf verlassen könne, die Lage der Bestände zu entdecken oder die Produktion kontrollieren zu können. Die Sowjetunion wolle zwar eine Einbeziehung von non-deployed ALCMs, habe aber für deren Verifikation bisher noch keine Vorschläge machen können. Bei der Zählweise von ALCMs denke man daran, diese durch die maximale Kapazität der Trägersysteme festzulegen, wobei die genaue technische Festlegung der Kapazität eine der noch zu prüfenden Fragen sei. Da es keine landgestützten strategischen Cruise Missiles (über 5500 km Reichweite) gebe, müsse man sich zumindest über diese Kategorie keine Sorgen machen.

Eine weitere Unterkategorie stelle man sich derzeit bei der Zahl von 1650 GK auf schweren ICBMs oder solchen mit mehr als 6-GK-Kapazität vor. Offen sei auch noch die Frage der Behandlung von mobilen ICBMs. Die USA würden ein völliges Verbot grundsätzlich bevorzugen, man müsse aber davon ausgehen, daß die SU aufgrund der enormen hierfür aufgewendeten Investitionen dazu kaum bereit sein werde; auch in den USA seien nicht alle mit einem solchen Verbot

⁴ Der sowjetische Außenminister Schewardnadse besuchte die USA vom 15. bis 17. September 1987. Vgl. dazu Dok. 261.

einverstanden. Für die Beschränkung mobiler ICBMs gebe es verschiedene Möglichkeiten. Man könne daran denken, diese in die 1650-Unterkategorie einzuordnen oder von dieser eine eigene Unterkategorie für mobile ICBMs in Abzug zu bringen. Auch Festlegung einer Beschränkung der zulässigen Zahl von GK per Trägersystem komme in Frage. Welcher Option man letztlich den Vorzug geben werde, hänge in erster Linie von den jeweiligen Verifikationsmöglichkeiten ab.

Strittig sei mit der SU auch das Konzept des Wurfgewichtes. Die Sowjets hielten dieses grundsätzlich nicht für ein sinnvolles Beschränkungskriterium, hätten aber zu verstehen gegeben, daß sie sich mit einer von den USA geforderten Einschränkung auf 50 Prozent parallel zur bereits grundsätzlich vereinbarten 50-prozentigen Reduzierung der gesamten strategischen Bestände einverstanden erklären könnten. Amerikanischerseits arbeite man derzeit an einer Definition des Wurfgewichtes. Dieses gebe nicht etwa die jeweilige nukleare Sprengkraft des Gefechtskopfes an, sondern beziehe sich tatsächlich auf dessen Gewicht. Dieses könne man je nach dem Verwendungszweck des GK unterschiedlich aufteilen. Beispielsweise könne man die äußere Hülle des GK besonders hart zur Erreichung unterirdischer Ziele konstruieren. Oder man könne dem Gefechtskopf eigene Manövrierfähigkeiten geben, was Gewicht für Treibstoff erfordere. Eine andere Möglichkeit wäre die Verbesserung der Zielgenauigkeit durch zusätzliche Navigationssysteme. Es handele sich hier um hochkomplizierte, sehr ins Detail gehende Untersuchungen, die insbesondere auch für die Verifikation noch große Fragen aufwerfen würden.

Nachdem die Amerikaner sich aufgrund der Zustimmung zur doppelten Null-Lösung im INF-Bereich zu einer Vereinfachung der Verifikationserfordernisse bereit gefunden haben, fällt die Pionierrolle für die Kontrolle verbleibender Bestände nunmehr einem künftigen START-Abkommen zu. Auf die Frage, ob selbst bei grundsätzlicher politischer Einigung über die strittigen Fragen die Erarbeitung der entsprechenden Verifikationsbestimmungen zeitlich im Rahmen der derzeitigen Administration zu bewältigen sei, zeigte sich Gesprächspartner äußerst skeptisch. Zum Stand der Genfer Verhandlungen zum Bereich Weltraum folgt gesonderter Bericht.⁵

[gez.] Paschke

VS-Bd. 11283 (220)

⁵ Botschafter van Well, Washington, berichtete am 8. September 1987: „Im Weltraumbereich der Genfer Verhandlungen hat es seit der Einbringung des sowjetischen Vertragsentwurfes Ende Juli keine Bewegung gegeben, da beide Seiten an ihren miteinander unvereinbaren Grundpositionen festhalten. Gleichwohl hat eine intensive Erörterung des sowjetischen Textes in konstruktiver Arbeitsatmosphäre stattgefunden. Die weitere Entwicklung ist geprägt durch die zunehmende Betonung von START, nachdem vom Zustandekommen eines INF-Abkommens ausgegangen wird.“ Im amerikanischen Außenministerium sei darauf hingewiesen worden, „daß das Junktim, mit dem START- und Weltraumverhandlungen verbunden seien, tatsächlich ein Junktim START-SDI sei. Die Interdependenz zwischen offensiven und defensiven Systemen sei eine Position, die auch die Amerikaner durchaus teilen. Wolle man die Verhandlungen deblockieren, so setze dies voraus, daß die SU bereit sei, ihren derzeitigen Ansatz abzuwandeln, der die effektive Blockierung der Entwicklung von SDI bedeute. In diesem Falle bestünde auf amerikanischer Seite Bereitschaft zur Flexibilität.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3783; Referat 213, Bd. 143569.

244

**Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem
Generalsekretär des ZK der SED, Honecker**

VS-NfD

7. September 1987¹

Besuch von GS Honecker vom 7. bis 11. September 1987²;
hier: Erstes Gespräch mit dem Herrn Bundeskanzler im Kreis der Delegationen
am 7.9.1987 von 10.50 bis 12.00 Uhr³

Teilnehmer: siehe Anlage 1⁴

Der *Bundeskanzler* gab zu Beginn der Sitzung folgende Erklärung ab⁵:

Ich heiße Sie, Herr Generalsekretär, und Ihre Begleitung hier in Bonn willkommen. Sie besuchen zum ersten Mal in offizieller Funktion die Bundesrepublik Deutschland.

Dieser Arbeitsbesuch eröffnet vielfältige Möglichkeiten, die Beziehungen zwischen den beiden Staaten in Deutschland zum Wohle der Menschen weiterzuentwickeln. Unsere Gegensätze in Grundsatzfragen werden wir nicht überwinden, aber was uns im Grundsätzlichen trennt, sollte uns nicht an praktischer Zusammenarbeit hindern. Dies entspricht auch dem Grundlagenvertrag, den die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik am 21. Dezember 1972 unterzeichnet haben.⁶ Im Rahmen dieses Vertrages steht auch Ihr Besuch.

Die Bundesregierung hält fest an der Einheit der Nation, und wir wollen, daß alle Deutschen in gemeinsamer Freiheit zueinander finden können. Diese Haltung hat im Grundlagenvertrag und im Brief zur deutschen Einheit⁷ ihren Niederschlag gefunden.

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Stern, Bundeskanzleramt, am 10. September 1987 gefertigt.

² Zum Besuch des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, in der Bundesrepublik vgl. auch Dok. 245, Dok. 255 und Dok. 258.

³ Für das Gespräch vgl. auch das Gesprächsprotokoll der DDR; KOALITION DER VERNUNFT, S. 582–592.

⁴ Dem Vorgang beigelegt. Für die Teilnehmerliste vgl. Bundesarchiv, B 136/20572.

⁵ Für den Wortlaut der Erklärung des Bundeskanzlers Kohl vom 7. September 1987 vgl. auch BULLETIN 1987, S. 709 f.

⁶ Für den Wortlaut des Vertrags vom 21. Dezember 1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR und der begleitenden Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 423–429. Vgl. dazu auch AAPD 1972, III, Dok. 418.

⁷ Im „Brief zur deutschen Einheit“, der anlässlich der Unterzeichnung des Moskauer Vertrags vom 12. August 1970 im sowjetischen Außenministerium übergeben wurde, stellte die Bundesregierung fest, „daß dieser Vertrag nicht im Widerspruch zu dem politischen Ziel der Bundesrepublik Deutschland steht, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt“. Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 356. Vgl. dazu auch AAPD 1970, II, Dok. 407.

Einen wortgleichen Brief richtete Staatssekretär Bahr, Bundeskanzleramt, an den Staatssekretär beim Ministerrat der DDR, Kohl, anlässlich der Unterzeichnung des Vertrags vom 21. Dezember 1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 425.

Wir haben uns darin zugleich erneut zum Gewaltverzicht bekannt, der ein zentrales Element der Politik der Bundesrepublik Deutschland seit ihrer Gründung gewesen ist und bleiben wird. Wir achten die bestehenden Grenzen, aber die Teilung wollen wir auf friedlichem Weg durch einen Prozeß der Verständigung überwinden.

Bei unserer Begegnung in Moskau im März 1985 haben wir gemeinsam erklärt: Von deutschem Boden darf in Zukunft nur noch Frieden ausgehen.⁸ Ich füge hinzu: Gerade auch an der Grenze mitten durch Deutschland darf Anwendung und Androhung von Gewalt nicht länger ein Mittel der Politik sein. Wirklicher Friede ist auch nicht möglich ohne Gewährleistung der Menschenrechte.

Für die Bundesrepublik Deutschland sind die Grundwerte der Freiheit und der Demokratie unverzichtbar. Deshalb stehen wir fest in der Gemeinschaft der freien westlichen Staaten.

In letzter Zeit hat es einen intensiven West-Ost-Dialog und eine positive Bewegung bei den Bemühungen um Abrüstung und Rüstungskontrolle gegeben. Der in Aussicht stehende Abschluß eines Abkommens zwischen den USA und der Sowjetunion über Mittelstreckenwaffen liegt im Interesse aller Europäer und ist ein wichtiges Element in einem Gesamtkonzept der Rüstungskontrolle und Abrüstung.

Mit meiner Erklärung zu den Pershing Ia⁹ habe ich noch einmal deutlich gemacht, daß die Bundesregierung zu ihrem erklärten Ziel steht: Frieden schaffen mit weniger Waffen.

Eine Vereinbarung über den Abbau von Mittelstreckenwaffen macht die Beseitigung des bestehenden Ungleichgewichts bei bodengestützten nuklearen Flugkörpersystemen kürzerer Reichweite und im Bereich konventioneller Rüstungen besonders dringlich – übrigens auch die weltweite Beseitigung chemischer Waffen.

Wir erwarten, daß die DDR ihren Einfluß im Rahmen ihres Bündnisses geltend macht, damit es hier bald ebenfalls zu konkreten Schritten kommt.

Jeder Fortschritt in den Ost-West-Beziehungen eröffnet auch Chancen für das bilaterale Verhältnis. Andererseits können beide Staaten in Deutschland durch die Ausgestaltung der beiderseitigen Beziehungen zur Vertrauensbildung und zur Zusammenarbeit in den West-Ost-Beziehungen allgemein beitragen und damit auch die Lösung von Fragen der Sicherheit erleichtern.

Eine zentrale Frage für beide Staaten in Deutschland ist Berlin. Wir respektieren den besonderen Status der Stadt, wie er sich aus den Vereinbarungen und Beschlüssen der Vier Mächte aus der Kriegs- und Nachkriegszeit ergibt. Wir halten fest an der strikten Einhaltung und vollen Anwendung des Vier-Mächte-Abkommens von 1971.¹⁰ Dazu gehört aber auch die Erhaltung und Entwicklung

⁸ Bundeskanzler Kohl hielt sich anlässlich der Trauerfeierlichkeiten für den verstorbenen Generalsekretär des ZK der KPdSU, Tschernenko, vom 12. bis 14. März 1985 in der UdSSR auf und traf am 12. März 1985 in Moskau mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, zusammen. Vgl. dazu AAPD 1985, I, Dok. 75.

Für den Wortlaut der gemeinsamen Erklärung Kohls und Honeckers vgl. BULLETIN 1985, S. 230.

⁹ Zur Erklärung des Bundeskanzlers Kohl vom 26. August 1987 vgl. Dok. 235.

¹⁰ Für den Wortlaut des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin vom 3. September 1971 sowie des Schlußprotokolls vom 3. Juni 1972, mit dem das Abkommen in Kraft trat, vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 174 vom 15. September 1972, Beilage, S. 44–73. Vgl. dazu auch AAPD 1971, II, Dok. 281.

der Bindungen des westlichen Teils der Stadt an die Bundesrepublik Deutschland. Das ist für uns unverzichtbar. Unsere Beziehungen können daher keinesfalls um Berlin herum entwickelt werden.

Herr Generalsekretär, ich denke, wir sind uns einig, daß Fragen, die zur Zeit nicht lösbar sind, nicht in den Vordergrund gestellt werden sollten, daß wir uns auf das Machbare konzentrieren müssen. Es müssen in jedem Fall Lösungen gefunden werden, die keine Seite überfordern.

Wir haben auf diese Weise in den vergangenen Jahren miteinander manches erreicht. Andererseits sind viele Wünsche und Fragen nach wie vor offen. Für uns stehen die Kontakte zwischen Menschen auf allen Ebenen und in allen Lebensbereichen im Vordergrund. Wir begrüßen die Zunahme des Reiseverkehrs, insbesondere die Vervielfachung der Reisen jüngerer Menschen aus der DDR. Wir streben aber letztlich einen freien Reiseverkehr an. Die bestehenden Beschränkungen sollten schrittweise abgebaut, der grenznahe Verkehr ausgeweitet und besonders auch in Berlin die offenen Fragen im Reise- und Besucherverkehr bald geregelt werden.

Wir wünschen einen verstärkten Austausch innerhalb der jüngeren Generation, einen Ausbau des Tourismus, weitere Städtepartnerschaften mit ihren vielfältigen Möglichkeiten für persönliche, sportliche und kulturelle Begegnungen. Ebenso sind beim Sportverkehr die Möglichkeiten noch lange nicht ausgeschöpft. Im Telefonverkehr werden dringend zusätzliche Leitungen benötigt.¹¹ Generell muß die Kommunikation zwischen den Menschen in allen Bereichen verbessert werden. Wichtig ist gegenseitiges Kennenlernen und der Abbau von Vorurteilen. Auch die Arbeit der Journalisten kann dazu einen erheblichen Beitrag leisten; sie sollte deshalb nicht behindert werden.

Es geht uns immer und vor allem um die Menschen. Deshalb haben Menschenrechte und humanitäre Fragen in unseren Beziehungen eine herausragende Bedeutung. Wir konnten in der Vergangenheit vielfach Härtefälle lösen. Dies sollte auch weiter möglich bleiben.

Die Vertragsbeziehungen konnten in den letzten Jahren ausgebaut werden. Das Kulturabkommen¹² hat deutliche Impulse für den Kulturaustausch gegeben. Morgen werden drei Verträge zum Umweltschutz, über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit sowie über einen Informations- und Erfahrungsaustausch auf dem Gebiet des Strahlenschutzes unterzeichnet werden.¹³

¹¹ Vgl. dazu die Mitteilung des Bundesministeriums für das Post- und Fernmeldewesen vom 24. November 1987 über Verbesserungen im Telefonverkehr mit der DDR ab 15. Dezember 1987; TEXTE ZUR DEUTSCHLANDPOLITIK III/5, S. 359.

¹² Am 6. Mai 1986 unterzeichneten Staatssekretär Bräutigam, Ost-Berlin, und der Stellvertretende Außenminister der DDR, Nier, ein Abkommen über kulturelle Zusammenarbeit. Für den Wortlaut vgl. INNERDEUTSCHE BEZIEHUNGEN, S. 259–261.

¹³ Bundesminister Riesenhuber und der Minister für Wissenschaft und Technik der DDR, Weiz, unterzeichneten am 8. September 1987 in Bonn ein Regierungsabkommen über die Zusammenarbeit auf den Gebieten der Wissenschaft und Technik. Für den Wortlaut des Abkommens einschließlich der dazugehörigen Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1988, Teil II, S. 78–80.

Ebenfalls am 8. September 1987 schlossen Bundesminister Töpfer und der Minister für Umweltschutz und Wasserwirtschaft der DDR, Reichelt, in Bonn eine Vereinbarung „über die weitere Gestaltung der Beziehungen auf dem Gebiet des Umweltschutzes“. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1987, Teil II, S. 598f.

Zudem unterzeichneten Töpfer und der Präsident des Staatlichen Amtes für Atomsicherheit und Strahlenschutz der DDR, Sitzlack, am 8. September 1987 in Bonn ein Regierungsabkommen über

Damit fügen wir unserer praktischen Zusammenarbeit einige wichtige Bausteine hinzu.

Wir haben eine gemeinsame Verantwortung für die Erhaltung der Lebensgrundlagen unseres Volkes. Auch die DDR muß erkennen, daß Umweltschutz von ihr höhere Aufwendungen verlangt. Die Probleme der Gewässerreinigung bei Werra¹⁴ und Elbe¹⁵ bedürfen dringlich einer Lösung. Gemeinsam sollten wir nach Wegen suchen, den Sorgen wegen der Umweltverträglichkeit der Abfalldeponie Schönberg zu begegnen.

Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden Staaten haben sich in den letzten Jahren insgesamt positiv entwickelt. Sicher gibt es aber auch hier noch ungenutzte Möglichkeiten. Im nichtkommerziellen Zahlungsverkehr muß weiter konstruktiv nach Verbesserungen gesucht werden. Hier könnten mit relativ geringem Aufwand viele Beschwerden beseitigt werden.

Auf kommerzieller Ebene werden zur Zeit Gespräche über Stromlieferungen zwischen beiden Staaten unter Einbeziehung von Berlin (West) geführt.¹⁶ Wir hoffen,

Fortsetzung Fußnote von Seite 1225

Informations- und Erfahrungsaustausch auf dem Gebiet des Strahlenschutzes. Für den Wortlaut des Abkommens einschließlich der dazugehörigen Anlage vgl. BUNDESGESETZBLATT 1988, Teil II, S. 159 f.

¹⁴ In einer Aufzeichnung des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen vom 31. Juli 1987 wurden die Ergebnisse einer Bund-Länder-Besprechung über Maßnahmen zur Reduzierung der Werra-Versalzung am Vortag notiert: „1) Nachdem die DDR auch auf politischer Ebene das Flotationsverfahren als Maßnahme zur Reduzierung der Werra-Versalzung abgelehnt hat (vgl. Erklärung der DDR vom 3.6.1987), besteht keine Aussicht mehr, die Flotation als Einstieg in die Reduzierung durchzusetzen. 2) Der von Bund und Ländern angestrebte Einstieg in die Reduzierung kann auch durch das E[lektro]STA[tische Trennung]-Verfahren erreicht werden. Es besteht Einvernehmen, daß die Bundesregierung ESTA in entsprechender Weise auf hoher politischer Ebene gegenüber der DDR anspricht und sich um Schaffung der erforderlichen Voraussetzungen bemüht, damit die unterbrochenen Verhandlungen erfolgversprechend fortgesetzt werden können.“ Bund und Länder gingen „unverändert vom Verursacherprinzip, einer maßgeblichen Eigenbeteiligung der DDR und vom bisherigen Rahmen für eine finanzielle Beteiligung an Maßnahmen der DDR aus“. Vgl. Referat 210, Bd. 145249.

¹⁵ Der Erste Bürgermeister von Hamburg, von Dohnanyi, teilte Bundeskanzler Kohl mit Schreiben vom 19. Februar 1987 mit: „Das hamburgische Interesse an der Reinhaltung der Elbe ist enorm. Die Stadt ist in zunehmendem Maße mit einer problematischen Vorbelastung der Elbe durch Schwermetalle, halogenierte Kohlenwasserstoffe und andere Umweltgifte konfrontiert. Etwa 95 % dieser schädlichen Stoffe stammen von Einleitern in der Tschechoslowakei, vor allem aber in der DDR.“ Eine Zusammenarbeit mit der DDR sei auch an „unüberbrückbar scheinenden Gegensätzen in der Frage der Elbengrenze“ gescheitert. Es sei nicht überraschend gewesen, „daß Herr Dr. Mittag die Frage einer Zusammenarbeit zur Reinhaltung der Elbe sehr schnell mit einer Lösung in der Grenzfrage verband“. Dohnanyi bat um Berücksichtigung der „Anregung Herrn Dr. Mittags“. Vgl. Referat 210, Bd. 145248. Bundesminister Schäuble, Bundeskanzleramt, beantwortete das Schreiben am 18. März 1987: „Daß der stellvertretende Vorsitzende des Staatsrates der DDR, Herr Dr. Mittag, Ihnen gegenüber einen Zusammenhang zwischen diesem Problem und der Frage der Feststellung des Grenzverlaufes im Elbe-Bereich herausgestellt hat, entspricht der von der DDR seit geraumer Zeit vertretenen Linie. Die Bundesregierung ist dem stets entgegengetreten. Sie wird das auch weiterhin tun. Denn hier besteht kein sachlicher Zusammenhang.“ Vgl. Referat 210, Bd. 145248.

¹⁶ In einer Aufzeichnung des Bundesministeriums für Wirtschaft vom 14. Juli 1987 wurde vermerkt, es sei die „gemeinsame Zielsetzung von Bundesregierung und Berliner Senat, eine Stromverbindung zwischen Berlin (West) und dem übrigen Bundesgebiet zu schaffen, um die Stromversorgung von Berlin (West) zu optimieren“. Weiter wurde dargelegt: „In Kontakten mit VEBa hat die DDR Bereitschaft zur langfristigen stromwirtschaftlichen Zusammenarbeit unter Einfluß von Berlin (West) erkennen lassen und folgendes Konzept entwickelt: Bau einer 380-KV[olt]-Doppelleitung aus dem Raum Helmstedt nach Berlin (West) mit dem Ziel, Strom nach Berlin (West) zu liefern, verbunden mit der Möglichkeit wechselseitiger Bezüge und Lieferungen zwischen der DDR und dem Bundesgebiet. Das Projekt soll auf kommerzieller Ebene durchgeführt werden. DDR erwartet Über-

daß es hier zu einem erfolgreichen Abschluß kommt. Daneben bleibt der Ausbau von Verkehrsverbindungen, insbesondere für den Berlin-Verkehr, wichtig. Im Vordergrund stehen dabei aus unserer Sicht jetzt Verbesserungen im Eisenbahnverkehr. Auf längere Sicht sollten wir auch versuchen, im Luftverkehr zu einer Regelung zu kommen, die dann allerdings auch die Flughäfen in Berlin einschließen muß.

Herr Generalsekretär, es geht uns um eine Entwicklung der Zusammenarbeit beider Staaten, wo immer dies bei den sonst bestehenden Gegensätzen möglich ist. Sie soll den Menschen dienen, für die wir Verantwortung tragen. Wir können in diesen beiden Tagen sicherlich nicht überall zu detaillierten Absprachen kommen. Aber ich habe die Hoffnung, daß unsere Gespräche Impulse für einen Ausbau der Zusammenarbeit geben. Und ich hoffe, daß Ihr Besuch zu einer Vertiefung und Verstetigung des politischen Dialogs zwischen unseren beiden Staaten beiträgt. Ich möchte Sie gern beim Wort nehmen und mit Ihnen eine Politik der Vernunft und des Realismus verwirklichen. Dies ist das Gebot unserer Verantwortung vor den Deutschen in Ost und West und für den Frieden in Europa.

GS *Honecker* dankte für die Einladung zum offiziellen Besuch in der Bundesrepublik Deutschland und für die freundliche Aufnahme sowie für die Einleitung des Meinungsaustausches durch den Bundeskanzler. Alle wesentlichen Punkte, die Inhalt des Meinungsaustausches werden sollten, seien angesprochen worden. Er möchte einige Bemerkungen zu den Fragen machen, die aus der Sicht der DDR insbesondere anstünden.

Trotz gewisser hoffnungsvoller Anzeichen, die sich aus dem Gipfeltreffen von Reykjavik¹⁷ ergeben hätten, gäbe es Gefahren, die zur Sorge veranlaßten; die größte sei die Gefahr eines Atomkrieges. Es sei notwendiger denn je, alles für den Frieden zu tun. In einem Kernwaffenkrieg gebe es keinen Sieger, sondern nur noch einen gemeinsamen Untergang. Es müsse alles getan werden, um diese Gefahr abzuwenden. Er freue sich, daß beide deutsche Staaten die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen in Genf unterstützten. Die Friedenshoffnung der Menschen dürfe nicht enttäuscht werden.

Das Ost-Berliner Gipfeltreffen des Warschauer Paktes¹⁸ habe sich zur Abrüstung bekannt. Ein Abkommen über nukleare Abrüstung könne gleichzeitig der Einstieg für konventionelle Rüstungskontrolle vom Atlantik bis zum Ural sein. Die DDR sei dazu bereit, daß die Streitkräfte sich ihrem Auftrag, ihrem Umfang und ihren Fähigkeiten nach ausschließlich an den Verteidigungsanforderungen ausrichten. In diesem Zusammenhang komme der Diskussion der Militärdoktrinen große Bedeutung zu.

Eine Vereinbarung über die doppelte Null-Lösung eröffne das Terrain zu weiteren Abrüstungsschritten. Die Ankündigung des Bundeskanzlers vom 26. August 1987 zur Pershing Ia begrüße er sehr.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1226

nahme der gesamten Investitionskosten durch bundesdeutsche Seite und als Gegenleistung für die Durchleitung von Strom nach Berlin (West) Stromlieferungen.“ Vgl. Referat 210, Bd. 145222.

¹⁷ Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 vgl. AAPD 1986, II, Dok. 282 und Dok. 284–286.

¹⁸ Am 28./29. Mai 1987 fand in Ost-Berlin die Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Paktes statt. Für den Wortlaut des Communiqués vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 385–391.

Um keine Waffenart dürfe bei der Abrüstung ein Bogen gemacht werden. Die DDR sei für ein kernwaffenfreies Europa und eine chemiewaffenfreie Welt. Sie trete für eine 50-prozentige Reduzierung der strategischen Waffen ein unter gleichzeitiger Regelung des Problems der Weltraumwaffen. In diesem Bereich trete sie für die Ausarbeitung des von der Sowjetunion vorgeschlagenen Dokuments über Schlüsselbedingungen ein.

Das INF-Abkommen werde ein Gipfeltreffen zwischen GS Gorbatschow und Präsident Reagan ermöglichen.¹⁹ Er unterstütze ein Treffen noch in diesem Jahr und halte es für möglich, ebenfalls noch in diesem Jahr ein Abkommen über nukleare Mittelstreckenwaffen abzuschließen. Sein Wunsch sei, noch in diesem Jahrhundert alle Kernwaffen zu beseitigen.

Nukleare Rüstungskontrolle bedürfe der Ergänzung durch konventionelle Rüstungskontrolle. Auf dem Gebiet der konventionellen Rüstungskontrolle habe der Osten als ersten Schritt eine 25-prozentige Reduzierung vorgeschlagen.²⁰ Weitere Schritte könnten folgen. Bestehende Asymmetrien sollten durch Abbau und nicht durch Aufrüstung beseitigt werden.

Der Bundeskanzler habe in seiner Erklärung vom 26. August die Hoffnung ausgesprochen, daß auch der Osten auf Modernisierung verzichte. Er wolle in diesem Zusammenhang auf die Erklärung des Ost-Berliner Gipfels hinweisen, wo ein ein- bis zweijähriges Moratorium für Rüstungsausgaben vorgeschlagen worden sei.²¹

Das bei der KVAE in Stockholm²² erzielte Ergebnis sei wichtig und habe zur Vertrauensbildung beigetragen. Frieden sei die Kernfrage der heutigen Zeit. Die DDR stehe zu der gemeinsamen Erklärung vom 12. März 1985 in Moskau, daß von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgehen dürfe, sondern Frieden ausgehen müsse. Er gehe davon aus, daß dies auch für die Bundesregierung gelte.

Er begrüße den Gedanken einer Sicherheitspartnerschaft. Sicherheit müsse auf Gegenseitigkeit beruhen. An der sensiblen Trennlinie zwischen Ost und West müsse ein Klima der Entspannung herrschen. Hieraus resultiere das Interesse der DDR an einem chemiewaffenfreien und nuklearwaffenfreien Korridor.²³ Die Bemühungen um eine nuklearwaffenfreie Zone stünden im Zusammenhang mit entsprechenden Bemühungen für den Norden Europas und für den Balkan. Man könne in der ersten Phase eine Zone von 300km Durchmesser ins Auge

¹⁹ Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, besuchte die USA vom 7. bis 10. Dezember 1987. Vgl. dazu Dok. 360, Dok. 364 und Dok. 365.

²⁰ Auf der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts am 10./11. Juni 1986 in Budapest verabschiedeten die Teilnehmer eine Erklärung zur Reduzierung der Streitkräfte und konventionellen Rüstungen in ganz Europa vom Atlantik bis zum Ural. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 450–453.

²¹ Vgl. Ziffer 4 des Communiqués der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts am 28./29. Mai 1987 in Ost-Berlin; EUROPA-ARCHIV 1987, D 387 f.

²² Die KVAE wurde am 17. Januar 1984 in Stockholm eröffnet und endete nach zwölf Verhandlungsrunden bei seit 19. September 1986 „angehaltener Uhr“ am 22. September 1986 mit der Annahme des „Dokuments der Stockholmer Konferenz“. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 625–638. Vgl. dazu auch AAPD 1986, II, Dok. 253 und Dok. 267.

²³ Zum Vorschlag der ČSSR und der DDR vom 12. September 1985 zur Bildung einer chemiewaffenfreien Zone bzw. zu ihrem Vorschlag vom 3. April 1987 zur Bildung einer nuklearwaffenfreien Zone in Mitteleuropa vgl. Dok. 86, Anm. 5 und 10.

fassen. Die Sowjetunion habe erklärt, daß sie ihre Atomwaffen zurückziehen werde. Man könne dann aber auch die Atomwaffenfreiheit auf ganz Mitteleuropa ausdehnen. Er schlage vor, hierüber Expertengespräche zu führen.

Die DDR trete für eine chemiewaffenfreie Zone ein. Auf dem Territorium der DDR lagerten keine chemischen Waffen. Er begrüße die Gespräche, die zwischen den Delegationen beider Staaten in Genf – auch auf trilateraler Ebene²⁴ – stattfänden.

Auch ein Auseinanderrücken besonders gefährlicher konventioneller Waffen sei möglich. In dieser Hinsicht komme dem Jaruzelski-Plan²⁵ eine besondere Bedeutung zu.

Die Konsultationen zwischen der DDR und uns über Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle halte er für besonders wichtig.

Die DDR sei an Ergebnissen in allen Bereichen der Schlußakte der KSZE²⁶ interessiert. Ein wesentliches Ergebnis solle die Konferenz zu humanitären Fragen in Moskau²⁷ sein. Die friedliche Koexistenz sei die einzig mögliche Form des Zusammenlebens. Konflikte könnten nicht mit militärischen Mitteln ausgetragen werden. Alle müßten einen Beitrag zum Frieden leisten. Die DDR sei bereit, mit allen zusammenzuarbeiten, die hierzu bereit seien. Die beiden deutschen Staaten sollten alles tun, um nicht die 40-jährige Friedensperiode zu gefährden. Dies verstehe die DDR unter der Politik des Realismus und der Vernunft. Beide Staaten sollten hierzu ihren Beitrag leisten. Er schlage vor, fortlaufende Konsultationen zur Rüstungsbegrenzung zu führen.

GS Honecker fuhr fort, in der zurückliegenden Zeit hätten trotz unterschiedlicher Auffassungen in Grundfragen viele Dinge geklärt werden können. Besonders wichtig seien gewesen der politische Dialog, die ökonomische und die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit sowie die Zusammenarbeit im Bereich der Umwelt, des Strahlenschutzes und auf anderen Gebieten. Als Ergebnis könne man Fortschritte auf vielen Gebieten feststellen. Jetzt komme es darauf an, das Erreichte zu festigen. Es würden sich viele Probleme ergeben, die zu lösen seien. In diesem Zusammenhang möchte er besonders auf den Reiseverkehr zwischen den beiden deutschen Staaten hinweisen. In diesem Jahr seien bis zum 31. August bereits 3,2 Mio. Bürger der DDR aus privaten und touristischen Gründen in die Bundesrepublik Deutschland und nach West-Berlin gereist, darunter allein 866 000 Reisen von Bürgern der DDR in dringenden Familienangelegenheiten. Die DDR sei bereit, in dieser Richtung weiter zu arbeiten.

AM Fischer warf ein, daß es sich um die Zahl der Reisen und nicht der Reisenden handele.

GS Honecker erklärte weiter, dies seien die Ergebnisse der Zusammenarbeit in der Vergangenheit, und er habe auch Vorschläge für die Zukunft. Hierbei müßten

²⁴ Zu den trilateralen Gesprächen über chemische Waffen vgl. Dok. 132, Anm. 27.

²⁵ Zu den Abrüstungsvorschlägen des Staatsratsvorsitzenden Jaruzelski vom 8. Mai 1987 vgl. Dok. 148, Anm. 29.

²⁶ Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

²⁷ Zum Vorschlag der UdSSR vom 5. November 1986 für eine Menschenrechtskonferenz in Moskau vgl. Dok. 225, Anm. 8.

auch Grundfragen gelöst werden. Dazu zähle er die Frage des Grenzverlaufs in der Elbe.²⁸ Er habe den Eindruck gewonnen, daß nach unserer Auffassung eine Festlegung des Grenzverlaufs in der Mitte des Stromes ein großes Entgegenkommen darstelle. Er sei dagegen der Meinung, daß es um die Interessen beider Seiten gehe. Beide könnten durch die Grenzfeststellung gewinnen. Reibungsflächen könnten vermieden werden, niemand verliere etwas. Rechtspositionen würden nicht berührt. Durch die bisherige Nichtübereinstimmung werde eine Reihe von anderen Fragen blockiert. Er möchte hierzu insbesondere die Abkommen über den Binnenschiffsverkehr, Sportbooteverkehr, Fischerei, Hochwasser und Gewässergüte nennen. Wenn wir ein Stück vorwärts kämen und das fixieren würden, was seit 1945 Praxis sei, dann könnte eine ganze Reihe von anderen Fragen gelöst werden. Die DDR sei bereit, sehr weitgehende Vereinbarungen zu treffen.

GS Honecker fuhr fort, er habe ein Papier mit Positionen zu einigen Sachfragen mitgebracht. Die DDR sei bereit, Berlin (West) selbstverständlich einzubeziehen. Außerdem habe er ein Papier über die Entwicklung des grenzüberschreitenden Verkehrs mitgebracht. Er übergab beide Papiere (Anlagen 2 und 3²⁹). Man könne daraus ersehen, daß der Wille zur Entwicklung der Beziehungen vorhanden sei.

Der *Bundeskanzler* erklärte, jetzt sollten weniger bilaterale Fragen besprochen werden, dazu sei noch ausreichend Zeit. Er möchte gern seine Vorstellungen dazu zum Ausdruck bringen, was in unserer Politik wichtig sei. Ungeachtet nicht überbrückbarer Gegensätze hätten wir Deutschen aus der Geschichte gelernt. Die längste Friedensperiode der deutschen Geschichte sei von 1871 bis 1914 gewesen. Unsere Periode habe fast die gleiche Länge. Wir sollten uns nicht übernehmen. Dies wüßten wir aus der Geschichte. Aber unser Beitrag sei auch nicht gering einzuschätzen. Jeder solle in seinem Bereich das Seinige dazu beitragen. Die Richtung sei eindeutig: Politik der Vernunft. In diesem Sinne habe er auch seine Entscheidung zu Pershing Ia getroffen. Er sei schon immer der Auffassung gewesen, daß der Abschluß des Mittelstreckenwaffenabkommens in der jetzigen Amtszeit des Präsidenten Reagan getroffen werden müsse. Wenn der Abschluß in diesem Jahr nicht zustande käme, dann könnte die Ratifizierung im nächsten Jahr nicht mehr erfolgen. Dann kämen die Wahlen in den USA³⁰,

²⁸ Vortragender Legationsrat I. Klasse Lambach vermerkte am 29. Juli 1987: „Die Frage des Grenzverlaufs zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR ist seit längerem Gegenstand der Erörterungen in der durch ein Zusatzprotokoll zum Grundlagenvertrag mit der DDR vom 21.12.1972 eingesetzten bilateralen Grenzkommision (Federführung auf unserer Seite beim BMI). [...] Die DDR strebt in der Grenzkommision eine Regelung des Grenzverlaufs auf der Elbe ‚entsprechend dem internationalen Recht‘ (Flußmitte) an und hat dies zum Gegenstand der vier sogenannten ‚Geraer Forderungen‘ vom Oktober 1980 gemacht. Die Grenzfeststellung im Elbe-Bereich ist sehr kompliziert, weil die Besatzungsmächte den im Text des Londoner Protokolls enthaltenen Grenzverlauf (‚springende Grenze‘) erkennbar nicht vollzogen haben. Die Ermittlung der davon abweichenden Grenze der ehemaligen britischen und sowjetischen Besatzungszone muß auch die nachfolgende Praxis der ehemaligen Besatzungsmächte berücksichtigen. Hierüber liegen umfangreiche, zum Teil widersprüchliche Dokumente vor.“ Die Bundesrepublik halte an der Auffassung fest, „daß der Grenzverlauf seinerzeit von den Alliierten an das Ostufer gelegt worden ist. Diese Haltung findet auch im Londoner Protokoll selbst, insbesondere in der beigefügten ‚Map A‘, eine Stütze.“ Vgl. Referat 210, Bd. 145253.

²⁹ Dem Vorgang nicht beigefügt.

Für die undatierten Papiere vgl. HONECKER, Moabiter Notizen, S. 149–157.

³⁰ Am 8. November 1988 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

und ein Abschluß sei dann erst wieder nach 1990 möglich. Wir würden also drei ganz wichtige Jahre verlieren. Aus diesem Grunde habe er soviel dafür getan, daß der Vertrag zustande komme. Bei einigem guten Willen sei dies jetzt auch möglich. Er spreche sich deshalb dafür aus, daß das Treffen zwischen Präsident Reagan und GS Gorbatschow in diesem Jahr stattfinden solle. Die Reduzierung der Waffen sei ein erster Schritt. Eine entsprechende Entwicklung sei in allen Bereichen erforderlich. Auch wenn der Anfang sehr klein sei, psychologisch sei es immens wichtig, das Tor zu öffnen. Die Chemiewaffen dürften dabei nicht vergessen werden. Auch der Bereich der konventionellen Waffen sei wichtig. Ebenso sei es ein wichtiges Ziel, Obergrenzen für die Atomwaffen bis 500 km Reichweite einzuführen.

Die Abrüstung sei allerdings kein Wert an sich, Gewalt sei kein Mittel der Politik. Jetzt sei es wichtig, ein Klima zu schaffen, das Fortschritte in allen Bereichen ermögliche. Hierbei könne das Klima zwischen den beiden deutschen Staaten das Ost-West-Klima beeinflussen. Zu der Abrüstung müßten Fortschritte in der Wirtschaft, der Kultur, der Umwelt und anderen Bereichen hinzukommen. Die Bundesrepublik Deutschland tue das Mögliche, auch mit der Sowjetunion, Ungarn, Bulgarien und anderen Staaten. Auch die beiden deutschen Staaten sollten das Notwendige tun. Alles andere wäre töricht. Beide Staaten müßten ihren Beitrag leisten. Später dürfe nicht gesagt werden, es sei eine Chance vertan worden. In dem jetzigen Zeitabschnitt bestünden mehr Chancen als bisher. Niemand wisse, wie lange dieser Abschnitt anhalte. Vieles sei erreicht worden, jetzt müsse noch mehr erreicht werden. Die jeweils andere Seite dürfe nicht überfordert werden. Es sei mit Klugheit und Gelassenheit vorzugehen, was nicht ganz leicht sei. Dies sollte die Maxime unseres Handelns sein. Viele kleine Schritte seien für diesen Besuch erforderlich gewesen. Jetzt würden wieder viele kleine Schritte möglich sein. Er hoffe auf sehr offene Gespräche, auch dort, wo es schmerzt.

GS Honecker danke sehr für die Ausführungen des Bundeskanzlers. Er bestätigte, daß die Frage der gegenseitigen Offenheit eine Quelle für Fortschritte sei. Weltpolitisch gebe es derzeit große Chancen für Fortschritte, und zwar nicht nur für die Welt allgemein, sondern auch für die Entwicklung der Beziehungen zwischen den beiden Staaten.

Aufgrund des Treffens zwischen Präsident Reagan und GS Gorbatschow gebe es die Chance, ein großes Stück voranzukommen. Ein INF-Abkommen sei ein wichtiger Einstieg, der große Möglichkeiten eröffne, um auf allen Gebieten voranzukommen. Anläßlich des Ost-Berliner Gipfeltreffens habe er die Haltung der DDR zu Europa dargelegt. In Verbindung mit den Gesprächen über Sicherheit sollten auch Schritte unternommen werden, um das Europäische Haus aufzurichten und auszubauen, ohne eigene Wege zu gehen. Er habe anläßlich dieses Treffens lange mit GS Gorbatschow diskutiert.³¹ Die Sowjetunion sei wirklich daran interessiert, ein Abkommen abzuschließen und auch bei der konventionellen Rüstungskontrolle voranzukommen. Ebenso natürlich auch in den Bereichen Wirtschaft, Umwelt, Wissenschaft, Technik u. a. Die Chance, zu einem Abkommen zu kommen, sei jetzt größer denn je. Diese Chance müsse wahrgenommen werden, die

³¹ Für das Gespräch des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 28. Mai 1987 in Ost-Berlin vgl. GORBATSCHOW UND DIE DEUTSCHE FRAGE, Dok. 14.

Bremsklötze müßten beseitigt werden. Er teile die Auffassung des Bundeskanzlers, daß durch die Wahl in den USA Jahre vertan würden, wenn es jetzt nicht zum Abschluß käme.

GS Honecker faßte noch einmal zusammen: In den Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR sei seit dem Grundlagenvertrag eine grundlegende Veränderung eingetreten. Keiner solle den anderen überfordern. Es bestehe die Möglichkeit, weiter voranzukommen. Das Wichtigste sei jetzt ein Abkommen über nukleare Mittelstreckenwaffen. Danach werde es möglich sein, bei den Nuklearwaffen von Null-Lösung zu Null-Lösung zu gehen. Die Probleme bei den konventionellen Waffen seien schwieriger. Die DDR sei jedoch bereit, alles zu tun, um auch hier Lösungen zu ermöglichen.

GS Honecker erklärte abschließend, er habe zwei Weltkriege erlebt. Er möchte nicht einen dritten erleben. Dies wäre der Untergang der Bundesrepublik Deutschland und der DDR sowie der ganzen Menschheit. Um so notwendiger sei die friedliche Zusammenarbeit, wobei die Frage der Abrüstung erhebliches Gewicht habe.

GS Honecker dankte erneut für die Darlegungen des Bundeskanzlers und wünschte viel Erfolg für die weiteren Gespräche.

Auf die Frage des Bundeskanzlers erklärte GS Honecker, bei den Reisezahlen handele es sich um die Zahl der Reisen (nicht der Reisenden). Insgesamt seien es bis Ende August 3,2 Mio. Reisen gewesen, davon 866 000 in dringenden Familienangelegenheiten. Diese letzteren reisten im wesentlichen nicht mehrfach. Die Entwicklung dieser Zahlen beruhe auf der damaligen Absprache mit dem Bundeskanzler.³² Jener Meinungs austausch sei entscheidend für die weitere Entwicklung gewesen.

Der *Bundeskanzler* erklärte, daß auch unsere Seite einen wichtigen Schritt getan habe. Man solle nicht sofort die Rechnung aufmachen, ob es sich bezahlt mache. Damals habe man sich gegenseitig vertraut, das sei richtig gewesen.

Bundesarchiv, B 136/20572

³² Vgl. Anm. 8.

245

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker

VS-vertraulich

7. September 1987¹

Besuch von Generalsekretär Honecker in der Bundesrepublik Deutschland²;
hier: Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit Generalsekretär Honecker am
7. September 1987 im kleinen Kreis³

Teilnehmer: Bundeskanzler Dr. Kohl, Bundesminister Dr. Schäuble, Ministerial-
dirigent Dr. Duisberg; Generalsekretär Honecker, Staatssekretär F.-J. Herrmann,
Botschafter Seidel.

Der *Bundeskanzler* schlug eingangs mit Zustimmung von GS Honecker vor, in dem
Gespräch ganz offen über alle Fragen zu sprechen, ohne daß dies im einzelnen
öffentlich verwertet werden solle – es sei denn, man verabrede das ausdrücklich.
Unter Bezug auf seine Ausführungen in der Delegationssitzung wiederholte er,
daß er zur Zeit im West-Ost-Verhältnis besondere Chancen sehe. Die Bundesregie-
rung habe zahlreiche Kontakte (Ungarn, Bulgarien, zuletzt Einladung seitens der
ČSSR⁴); wir wollten aber nicht nur mit anderen Staaten des Warschauer Pakts
die Beziehungen entwickeln, sondern vor allem mit der DDR. Er wisse nicht, wie
sich die Dinge in der Sowjetunion längerfristig entwickelten, meine jedoch, daß
sich für die nächste Zeit Möglichkeiten eröffneten, die man wahrnehmen solle.

Der Bundeskanzler wertete positiv die bisher bestehende Möglichkeit vertrau-
licher Kontakte. Sie sollten fortgesetzt werden; man müsse sich jederzeit sagen
können, was möglich sei und was nicht. Auch dürften Schritte der einen Seite
nicht sofort gegen Schritte der anderen aufgerechnet werden; das Verhältnis
müsse vielmehr immer in einem längerfristigen Zusammenhang gesehen werden.

Der Bundeskanzler fügte hinzu, er sei sich einer breiten politischen Unterstüt-
zung bei dem Besuch sicher, auch wenn an dem heutigen Tage vielfältige Emo-
tionen aufkommen würden.

Der Bundeskanzler sprach dann konkret den Reiseverkehr⁵ an, würdigte die
positive Entwicklung der letzten Zeit, einschließlich der von GS Honecker mit-
geteilten jüngsten Zahlen, und betonte die Notwendigkeit des Fortschreitens

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Duisberg, Bundeskanzleramt, am 8. Sep-
tember 1987 gefertigt.

² Zum Besuch des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, vom 7. bis 11. September 1987 in der
Bundesrepublik vgl. auch Dok. 244, Dok. 255 und Dok. 258.

³ Für das Gespräch vgl. auch das Gesprächsprotokoll der DDR; KOALITION DER VERNUNFT, S. 592–600.

⁴ Im Gespräch mit Bundeskanzler Kohl am 13. Mai 1987 bestätigte der tschechoslowakische Außen-
minister Chroupek eine Einladung des Präsidenten Husák an Kohl. Vgl. dazu Dok. 132.
Kohl besuchte die ČSSR am 26./27. Januar 1988. Vgl. dazu AAPD 1988.

⁵ Zum Reiseverkehr von der DDR in die Bundesrepublik vermerkte Staatssekretär Bräutigam, Ost-
Berlin, am 13. März 1986: „Bei den Reisen von DDR-Bürgern im Rentenalter beträgt die Steigerung im
Jahre 1985 ca. 3,9% im Vergleich zum Jahre 1984. Besonders erfreulich ist jedoch, daß ca. 66 000
jüngere DDR-Bewohner in dringenden Familienangelegenheiten in die Bundesrepublik Deutsch-
land besuchsweise reisen konnten. Dies ist die größte Zahl seit Einführung dieser Regelung im Jahr
1972 und bedeutet gegenüber dem Jahr 1984 eine Steigerung von 8,2%. Anzumerken ist in diesem Zu-
sammenhang, daß es sich bei der Zahl von 66 000 jüngeren DDR-Bürgern um solche Personen handelt,

auf diesem Wege. Dies dürfe nicht ein einmaliges Ereignis bleiben; wichtig sei vielmehr, daß Kontinuität hineinkomme. Von großer Bedeutung für die einzelnen Menschen sei auch die Aussicht, im nächsten Jahr wieder kommen zu können.⁶

GS *Honecker* stellte die Möglichkeit der positiven Weiterentwicklung der Beziehungen in den Rahmen der allgemeinen weltpolitischen Situation. Nach seiner Überzeugung sei die Politik Gorbatschows langfristig angelegt; er werde sie weiterführen. Es gehe Gorbatschow letztlich darum, die Lebensumstände der Menschen zu verbessern. Die DDR sei auf wirtschaftlichem Gebiet für die Sowjetunion der wichtigste Partner. Die Handelsbilanz sei ausgeglichen. Der Rückgang der Erdölpreise begünstige die DDR. Die DDR habe langfristige Absprachen mit der Sowjetunion, die es auch ermöglichten, westliche Embargomaßnahmen, z.B. in der Mikroelektronik und der Lasertechnik, zu durchbrechen. (Die DDR werde in Kürze in der Lage sein, selbst Chips von 1 bis 4 Megabit herzustellen und eine eigene Produktion von Glasfaserkabeln aufzunehmen.) Die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion erhalte damit eine neue Qualität. Er wiederholte, die DDR sei wirtschaftlich heute der wichtigste Partner für die Sowjetunion: „Sie steht jetzt bereits dort, wo Gorbatschow hin möchte.“ Bei einem jährlichen Wachstum von 4 bis 4,5 %, einer Zunahme der Arbeitsproduktivität von 7 bis 8 %, entwickle sich die Volkswirtschaft dynamisch mit der Folge auch von Strukturänderungen; in Verbindung damit ergäben sich Folgen für die Sozialpolitik. In bezug auf den Lebensstandard sei die DDR heute mit keinem anderen RGW-Land zu vergleichen. 207 Mrd. Mark seien in den letzten 40 Jahren allein für den Wohnungsbau ausgegeben worden. Honecker wiederholte nochmals, die wirtschaftliche Entwicklung sei so, daß die DDR einen ausgezeichneten Partner für die Sowjetunion darstelle; mit den sozialistischen Staaten würden insgesamt etwa 70 % des Außenhandels abgewickelt. Nächstwichtiger Partner sei für die DDR die Bundesrepublik Deutschland. Hier sollten sich Handel und Zusammenarbeit auf wissenschaftlich-technischem Gebiet weiter entwickeln. Probleme gebe es allerdings beim Transfer von Hochtechnologie.

Der *Bundeskanzler* warf ein, daß entsprechend dem Prinzip „das große Wasser nimmt das kleine mit“ es möglicherweise nach Abschluß eines INF-Abkommens im nächsten Jahr auch zu einer Überprüfung der COCOM-Regeln kommen könne. Dies sei eine Frage der Entwicklung von Vertrauen.

GS *Honecker* fuhr fort, daß nach seiner Überzeugung sich die von Gorbatschow verfolgte Politik in der Sowjetunion durchsetzen werde. Die Sowjetunion habe

Fortsetzung Fußnote von Seite 1233

die von unseren Behörden festgestellt worden sind. Es muß jedoch angenommen werden, daß nicht alle Personen wirklich erfaßt werden; aus zuverlässiger Quelle der DDR verlautet, daß die wirkliche Zahl ca. 100 000 beträgt. [...] So erfreulich die positive Entwicklung speziell bei Reisen in dringenden Familienangelegenheiten ist, so erscheint ihre absolute Zahl angesichts der Reisebedürfnisse in der DDR-Bevölkerung doch gering. Bei der Bewilligung von Reiseanträgen werden vielfach den Antragstellern nicht einsehbare Kriterien zugrunde gelegt. Das Mitspracherecht der Betriebe kann zu einem sachfremden Entscheidungsumfeld (Kollegen-Neid; Bewertung der Arbeitsleistung) führen. Es ist zu vermuten, daß potentielle Antragsteller sich vielfach einer solchen Situation nicht aussetzen wollen.“ Vgl. Referat 210, Bd. 139203.

Am 14. August 1986 übermittelte Attaché Kampmann der Botschaft in Washington Zahlen zum innerdeutschen Reiseverkehr. Die Zahl der Reisen aus der DDR und Ost-Berlin in das Bundesgebiet wurde mit 1 564 000 (1984) bzw. 1 600 000 (1985) angegeben. Vgl. dazu den Drahterlaß Nr. 986; Referat 210, Bd. 139203.

allerdings auf vielen Gebieten einen starken Nachholbedarf. Sie sei deshalb auf Zusammenarbeit mit anderen Staaten angewiesen. Die DDR habe ihrerseits viel zu bieten; ihre besondere Stärke liege aufgrund des Ausbildungssystems auch in der Vielzahl von qualifizierten Fachkräften.

GS Honecker ging dann auf die vom Bundeskanzler angesprochene Frage der Stabilisierung im Reiseverkehr ein. Er sei entschlossen, auf dem bisher beschrittenen Wege weiterzugehen. Das sei freilich nur miteinander möglich; das heiße, auch auf unserer Seite seien Schritte erforderlich, damit eine offene Aufnahme von Reisenden aus der DDR möglich werde. Nach seinen Vorstellungen werde die Zeit kommen, wo auch die DDR zu einer anderen Methode übergehen werde, um zu regeln, ob jemand reisen könne oder nicht; das heiße, daß schließlich jeder, der einen Paß habe, auch reisen dürfe. Er bewege diese Frage in seinem Kopf. Auf jeden Fall wolle man auf dem bisherigen Wege weitergehen.

Der *Bundeskanzler* sagte, er sei in dieser Frage persönlich sehr engagiert und werde nichts tun, um diesen Prozeß zu belasten.

Der Bundeskanzler warf dann die Frage nach Kontaktverboten auf. *Honecker* erklärte, Kontaktverbote seien aufgehoben. Zuerst habe man nur den Kreis der Geheimnisträger eingeschränkt, was jedoch Probleme aufgeworfen habe, da im Ergebnis schließlich alle außer den SED-Mitgliedern hätten reisen bzw. Westbesuche empfangen dürfen. Aus diesem Grunde habe man schon vor einiger Zeit das Kontaktverbot generell aufgehoben. Allerdings gebe es nach wie vor bestimmte Richtlinien, die Kontaktmöglichkeiten für Angehörige der Armee, des Innenministeriums und des MfS einschränken.

Der *Bundeskanzler* fragte nach Lösungsmöglichkeiten für die Probleme im grenznahen Bereich. *Honecker* verwies auf das in der Delegationssitzung übergebene Positionspapier der DDR und die dort erwähnte Möglichkeit auf Einbeziehung von Hamburg, Hannover und Kiel in den grenznahen Verkehr.⁶ Hier bestehe allerdings auch ein Zusammenhang mit noch ungeklärten Grenzfragen. Im Elbe-Abschnitt sollte eine Feststellung der Grenze in Strommitte möglich sein.⁷ Aus den Karten der britischen Rheinarmee ergebe sich doch, daß der Grenzverlauf auch von den Besatzungsmächten seinerzeit so gesehen worden sei.

Der *Bundeskanzler* erklärte, daß in der gegenwärtigen Lage noch kein Beschluß dazu möglich sei. Wenn aber der Besuch so verlaufe, wie er das hoffe, dann sehe er eine Möglichkeit für Gespräche. Der Kontakt drber sollte auf politisch qualifizierter Ebene fortgesetzt werden, bevor die Angelegenheit formal in der Grenzkommission abgeschlossen werden könne. Beide Seiten hätten hier ein Interesse an Bewegung. Gegenüber der Öffentlichkeit sollte das Thema aber jetzt nicht weiter vertieft werden. Er mchte aber ausdrücklich erklären, daß er nicht die Absicht habe, es ad calendas graecas zu vertagen.

GS *Honecker* erklärte, daß dann auch die Einbeziehung der drei Städte in den grenznahen Verkehr möglich sein werde.

⁶ Vgl. den ersten Absatz im Abschnitt „Reise- und Besucherverkehr“ des undatierten Papiers; HONECKER, Moabiter Notizen, S. 150.

⁷ Zur Frage des Grenzverlaufs zwischen der Bundesrepublik und der DDR im Bereich der Elbe vgl. Dok. 244, Anm. 28.

Der *Bundeskanzler* kam dann auf Berlin zu sprechen: Er halte es nicht für gut, wenn in Berlin eine Stimmung aufkomme, daß die Stadt hinter der allgemeinen Entwicklung der West-Ost-Beziehungen zurückbleibe. Bundesminister *Schäuble* ergänzte, daß aus Berliner Sicht Berlin insbesondere im Reise- und Besucherverkehr hinter der allgemeinen Entwicklung hinterherhinke. 1984 seien in Berlin Hoffnungen geweckt worden, die bis heute nicht realisiert worden seien. Bei den Berlinern dürfe nicht das Gefühl verstärkt werden, daß sie eine Sonderbehandlung erfahren dadurch, daß die sonst für den grenznahen Verkehr eröffneten Möglichkeiten hier nicht gelten sollten. Die Einführung der Zwei-Tages-Regelung sei daher unverändert ein wesentliches Anliegen. Wenn dies zur Zeit nicht erfüllt werden könnte, dann sollte wenigstens die Sichtvermerksausgabe an Inhaber von Mehrfachberechtigungsscheinen an der Grenze eingeführt werden. Auch die Wiederaufnahme der Bezirkskontakte, eventuell Bezirkspartnerschaften, wäre ein Mittel, um das Gefühl der Benachteiligung Berlins abzubauen. Im Jugendaustausch sollte etwas bewegt werden, ebenso gebe es beim Kulturaustausch noch viele ungenutzte Möglichkeiten.

Honecker wies auf vorhandene Verbesserungen für Berlin hin: Die Verhandlungen über den Gebietsaustausch würden fortgesetzt; hier könne man den Wünschen des Senats entsprechen.⁸ Bei den Ein-Tages-Besuchen sei die Besuchsdauer bis 2.00 Uhr morgens verlängert worden. Die Möglichkeit der Einreise bis zu 48 Stunden werfe dagegen besondere Probleme auf: Es sei wichtig, daß Berlin (Ost) nicht überrannt werde; Schwierigkeiten würden sich dann auch bei der Durchführung des Mindestumtausches⁹ ergeben. In der Frage der Sichtvermerksausstellung am Grenzübergang müsse man berücksichtigen, daß es

⁸ In einer Aufzeichnung des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen vom 3. August 1987 wurde vermerkt, seit November 1983 fänden zwischen dem Senat von Berlin und dem Außenministerium der DDR Verhandlungen über einen Gebietsaustausch statt: „Die Verhandlungen werden von den Beauftragten für den Reise- und Besucherverkehr geführt, die sich bis einschließlich 26. Oktober 1984 zu sechs Verhandlungsrunden trafen. Die DDR erklärte dann, daß die ‚Voraussetzungen‘ für die Fortführung der Gespräche fehlten. [...] Erst bei dem Treffen zwischen dem Regierenden Bürgermeister und GS Honecker in Leipzig am 15. März 1987 signalisierte die andere Seite, daß jetzt wieder über Gebietsaustausch gesprochen werden könne. Am 25. März und am 15. April 1987 fanden dann zwei weitere Gespräche statt. [...] Verhandlungskonzept des Senats ist es, die Exklavenprobleme Berlins durch Abgabe von Exklaven (Wüste Mark, Falkenhagener Wiesen, Laßzinswiesen) und durch Schaffung eines Zugangs (Fichtewiese, Erlengrund) zu lösen. Erworben werden sollen von der DDR stadtplanerisch interessante Flächen wie Lenné-Dreieck, Neukölln-Mittenwalder-Dreieck, Flächen am Lohmühlenplatz, Waldgebiet Kienhorst bei Eiskeller und andere kleinere Flächen. Über die in den Gebietsaustausch einzubeziehenden Flächen konnte in den letzten beiden Verhandlungsrunden Einvernehmen erzielt werden.“ Eine Vermessung habe noch nicht stattgefunden. Vgl. Referat 210, Bd. 145179.

⁹ Am 9. Oktober 1980 gab die DDR bekannt, daß mit Wirkung vom 13. Oktober 1980 an der Mindestumtauschsatz für Besuche in die DDR von 13 auf 25 DM und nach Ost-Berlin von 6,50 auf 25 DM angehoben werde. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Freiherr von Richthofen vom 10. Oktober 1980; Referat 210, Bd. 132464.

Am 27. September 1983 teilte Staatssekretär Boenisch, Presse- und Informationsamt, mit, die DDR habe am selben Tag „Jugendliche bis zum vollendeten 14. Lebensjahr vom verbindlichen Mindestumtausch bei Reisen in die DDR“ befreit. Vgl. BULLETIN 1983, S. 915.

Am 25. Juli 1984 entschied das Kabinett, die Garantie für einen Kredit der Deutschen Bank in Höhe von 950 Mio. DM an die DDR zu übernehmen. Staatsminister Jenninger, Bundeskanzleramt, teilte dazu mit, die DDR werde den Mindestumtausch für Rentner von 25 auf 15 DM senken und weitere Erleichterungen im Reiseverkehr vornehmen. Vgl. dazu den Artikel „Bonn übernimmt Garantie für neuen DDR-Kredit und gibt elf Zugeständnisse Ost-Berlins bekannt“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 26. Juli 1984, S. 1.

derzeit 170000 Inhaber von Mehrfachberechtigungsscheinen gebe. Die Ausstellung der Sichtvermerke am Übergang würde dort zu großen Stauungen führen, die man nicht wolle. Man könnte sich aber vielleicht überlegen, in der Nähe der Grenze Büros einzurichten, in denen die Sichtvermerke ausgestellt würden. Darüber sollte man jedenfalls noch einmal nachdenken. GS Honecker fügte hinzu, schließlich gehe es der DDR auch darum, eine bestimmte Kontrolle der Personen zu haben, die einreisen, auch den Schmuggel müsse man unter Kontrolle halten.

Der *Bundeskanzler* warf ein, ob es nicht sinnvoll sei, über alle diese Fragen auf anderer Ebene weitere Gespräche zu führen. *Honecker* stimmte zu, man könne weiter darüber sprechen. Er fügte an, er sei auch für eine Ausweitung des Kreises der Inhaber von Mehrfachberechtigungsscheinen.

Honecker erwähnte dann die Möglichkeit der weiteren Offenhaltung von Staaken.¹⁰ Die DDR sei dazu bereit; sie könne dies auch selbst entscheiden. Es müssten dann am Übergang aber bestimmte Änderungen, die im Positionspapier aufgeführt sind, erfolgen. Honecker erwähnte ferner die Frage des Südbahnhofs: Hierzu sei früher bereits eine Vereinbarung getroffen worden, die sich dann aber nicht realisiert habe; möglicherweise hätten sich die Dinge inzwischen anders entwickelt; man sollte deshalb erneut darüber sprechen. Die DDR sei entschlossen, zu Ergebnissen zu kommen.¹¹

Honecker bestätigte auch die Bereitschaft der DDR, die Nutzungsmöglichkeiten der Übergänge im Süden Berlins zu erweitern; er räumte andererseits ein, daß man nicht alles auf einmal machen könne. Er erwähnte ferner die Entwicklung des Transitverkehrs, der sich stark ausgeweitet habe und völlig unbehindert verlaufe; Verdachtskontrollen seien praktisch auf ein Minimum beschränkt worden.

¹⁰ Referat 210 gab am 27. Oktober 1987 folgenden Sachstand: „Mit dem 1977 vereinbarten Neubau der Autobahnverbindung Hamburg–Berlin parallel zur Fernstraße 5 war bis spätestens Ende 1984 die Verlagerung des für den Transitverkehr von und nach Hamburg zugelassenen Übergangs in Berlin von Heerstraße/Staaken im Westen Berlins nach Heiligensee/Stolpe im Nordwesten der Stadt vorgesehen. Da in Berlin (West) der Zubringer zum neuen Übergang nicht rechtzeitig fertiggestellt war, verlängerte die DDR diese vereinbarte Frist einseitig bis zum 31.12.1987. Für den 22.12.87 ist in Berlin (West) die feierliche Eröffnung des neuen Zubringers zum Übergang Heiligensee vorgesehen. [...] Es war stets das besondere Interesse Berlins (und der Bundesregierung), den Übergang Staaken auch nach Eröffnung des neuen Übergangs Stolpe/Heiligensee für den Transitverkehr von und nach Hamburg offenzuhalten, um den stark gestiegenen Transitverkehr nach Norden auf zwei Übergänge zu verteilen und auf diese Weise auch den Zubringerverkehr innerhalb von Berlin (West) nach Heiligensee zu entlasten.“ Sollte die DDR zu einer Offenhaltung bereit sein, müsse die Bundesregierung die Kosten übernehmen. Das Bundesministerium der Finanzen habe den Höchstbetrag der Kostenbeteiligung auf zehn Millionen DM beziffert. Vgl. Referat 210, Bd. 145186.

Am 8. Dezember 1987 teilte die Ständige Vertretung der DDR dem Bundeskanzleramt mit, daß der Übergang Staaken zum 31. Dezember geschlossen werde. Vgl. dazu die Presseerklärung; Referat 210, Bd. 145186.

¹¹ In einem Schreiben der Senatskanzlei von Berlin an die Senatsverwaltung für Verkehr und Betriebe vom 23. November 1987 wurde dargelegt: „Der Senat von Berlin verhandelt gegenwärtig mit der Deutschen Reichsbahn über die Anpassung der Vereinbarungen über das sogenannte Südgelände von 1974/80 an die aktuelle Entwicklung. In diesen Verhandlungen hat die Reichsbahn vorgeschlagen, die bisher im Bahnhof Grunewald vorgenommenen Rangieraufgaben auf die Bahnhöfe Wustermark und Seddin zu verlagern. In der Konsequenz bedeutet dies, daß in den Westsektoren Berlins kein funktionierender Rangierbahnhof mehr vorhanden wäre.“ Die Senatskanzlei bat um eine Prüfung, „ob aus der Sicht der Notstandsplanung Bedenken gegen ein Eingehen auf den Reichsbahnvorschlag bestehen“. Vgl. Referat 210, Bd. 145197.

Der *Bundeskanzler* erklärte, man solle dann so verbleiben, daß Bundesminister Dr. Schäuble mit seinem Gesprächspartner¹² ausmacht, wann und in welcher Form die Gespräche fortgesetzt werden sollen, um im einzelnen zu prüfen, was hier in Berlin noch gemacht werden kann. Der Bundeskanzler betonte noch einmal, daß dies für uns und für ihn persönlich ein sehr wichtiger Punkt sei.

Honecker sagte, in Berlin hätten sich gewaltige Veränderungen vollzogen, die die Lebenskraft der Stadt gestärkt hätten. Daher ergebe sich auch die Frage, was man weiter tun könne, auch in bezug auf die Verkehrsverbindungen. Darüber sollte, wie im Kommuniqué¹³ vorgesehen, verhandelt werden.

Der *Bundeskanzler* sprach daraufhin den Mindestumtausch an. *Honecker* sagte dazu, er sehe in der aktuellen Lage keine Möglichkeit einer Veränderung. Derzeit seien Jugendliche bis 14 Jahre vom Mindestumtausch befreit, Rentner brauchten nur DM 15,- täglich zu tauschen; weitere Erleichterungen seien z.Zt. nicht möglich.

Der *Bundeskanzler* antwortete, er nehme zur Kenntnis, daß diese Mitteilung sich auf die aktuelle Lage beziehe. Der Mindestumtausch bleibe für uns aber ein Thema, auch wenn er es jetzt nicht aktualisieren wolle. Er sehe auch das Problem der größeren Reisezahlen; hier habe sich ja tatsächlich etwas verändert. Die DDR müsse nur verstehen, daß der Mindestumtausch für uns unverändert ein Problem bleibe, vor allem auch in der öffentlichen Meinung. *Honecker* wiederholte, es sei nicht möglich, hier vorerst etwas zu tun; er habe aber keine Einwendungen dagegen, daß das Thema weiter auf der Tagesordnung bleibe. *Honecker* fügte hinzu, daß es auch in der DDR eine lebhaft Diskussions über Reise- und Umtauschmöglichkeiten gebe. Es sei das Ziel, in diesen Fragen bis zur Menschenrechtstagung der KSZE¹⁴ zu weiteren Klärungen zu kommen.

Der *Bundeskanzler* ging auf die Problematik des Schießbefehls ein: Hier müsse sich etwas ändern. *Honecker* erklärte, es gebe im Grunde keinen Schießbefehl, sondern lediglich eine Schußwaffengebrauchsanweisung, die ähnlich sei wie in der Bundesrepublik Deutschland. (Er zitierte aus unserem Gesetz über die Anwendung unmittelbarer Gewalt von 1974.¹⁵) Die Grenzübergangsstellen und der Grenzbereich seien nun einmal militärisches Sperrgebiet, wo bestimmte Kontrollregeln gelten. Er sagte dann wörtlich: „Wir sind nicht für diese Zwischenfälle, erst recht nicht dafür, daß Menschen dabei zu Schaden kommen.“ Er fügte hinzu, daß es allerdings in Wahrheit sehr viel weniger Zwischenfälle gebe als Meldungen darüber. Er sei dafür, daß auf diesem Gebiet Opfer nach Möglichkeit vermieden würden; entsprechend werde auch bei der Anwendung des Waffengebrauchs verfahren.

¹² Alexander Schalck-Golodkowski.

¹³ Für den Wortlaut des Gemeinsamen Kommuniqués über den Besuch des Generalsekretärs des ZK der SED, *Honecker*, vom 7. bis 11. September 1987 in der Bundesrepublik vgl. BULLETIN 1987, S. 710–713.

¹⁴ Vom 30. Mai bis 23. Juni 1989 fand in Paris eine Konferenz der KSZE-Teilnehmerstaaten über die „menschliche Dimension der KSZE“ statt.

¹⁵ Für den Wortlaut des Gesetzes über die Anwendung unmittelbaren Zwanges und die Ausübung besonderer Befugnisse durch Soldaten der Bundeswehr und zivile Wachpersonen vom 12. August 1965 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1965, Teil I, S. 796–799.

§ 3 und § 7 des Gesetzes wurden durch Artikel 159 des Einführungsgesetzes zum Strafgesetzbuch vom 2. März 1974 geändert. Vgl. dazu BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil I, S. 582.

Der Bundeskanzler sagte, er wolle das ganz pragmatisch sehen: Der Schießbefehl sei eine der schwersten psychologischen Belastungen für die Beziehungen, weil jeder Vorfall an der Grenze Emotionen hervorrufe und zu Spannungen führe. Er sehe auch die Zwänge, unter denen sich die DDR fühle; er möchte aber doch den dringenden Wunsch aussprechen, im Nachgang zu den jetzigen Gesprächen zu überlegen, was man hier tun könne, damit wir nicht mit diesem Dauerbrenner in unseren Beziehungen leben müßten.

Der Bundeskanzler kam dann auf die Möglichkeiten für die Entwicklung eines wechselseitigen Tourismus zu sprechen. *Honecker* verwies auf die einschlägige Aussage im Kommuniqué und berichtete, daß der Neubau von Hotels vorgesehen sei, zunächst in Berlin, dann auch in Dresden und Erfurt. Der Bundeskanzler sagte, es solle im beiderseitigen Interesse liegen, daß die Menschen, gerade junge Leute, auch hier wissen, wo Dresden und Weimar liegen; alle sollten ganz Deutschland kennenlernen. *Honecker* verwies auf die von der DDR vorgelegten Reisezahlen, aus denen sich auch das sehr große Interesse ergebe. In der DDR sei ein spezielles Programm beschlossen worden für den Bau von neuen touristischen Hotels, um auch dort Aufnahmemöglichkeiten zu schaffen. Der Bundeskanzler sagte, man sollte diese Programme ermutigen und unterstützen. BM Dr. Schäuble fragte, ob von den übergebenen Zahlen Gebrauch gemacht werden könne, was *Honecker* bejahte.

Der Bundeskanzler trug das Anliegen des Zentralrates der Juden in Deutschland hinsichtlich des Studiums an der Jüdischen Hochschule in Heidelberg und der Benutzung von Archiven in der DDR vor. Er fügte hinzu, daß wir aus unserer gemeinsamen Geschichte gegenüber den Juden besondere Verpflichtungen hätten, so daß es eine gute Geste sei, wenn diesen Wünschen Rechnung getragen werden könnte. *Honecker* erwähnte sein kürzliches Gespräch mit dem Präsidenten des Weltrates der Juden¹⁶ über Fragen der Wiedergutmachung sowie die Besetzung des Rabbinerpostens in der jüdischen Gemeinde der DDR durch einen Rabbiner aus den USA¹⁷. Er erklärte Einverständnis mit der Archivbenutzung; hinsichtlich der Studienmöglichkeit sei es am zweckmäßigsten, wenn Herr Nachmann sich an den Vorsteher der jüdischen Gemeinde in der DDR¹⁸ wende.

Der Bundeskanzler erwähnte ferner das Angebot der Körber-Stiftung für Stipendien an graduierte DDR-Studenten. *Honecker* nahm dies mit Interesse entgegen und sagte, die Frage sollte geprüft werden.

Der Bundeskanzler ging dann auf Städtepartnerschaften ein.¹⁹ Er begrüßte die bisherige Entwicklung und betonte das Interesse, daß nicht nur Bürgermeister

¹⁶ Präsident des Jüdischen Weltkongresses war Edgar Bronfman.

Am 23. Juni 1987 führte der Präsident der Conference on Jewish Material Claims against Germany, Miller, in Ost-Berlin ein Gespräch mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker. Vgl. dazu den Artikel „Erich Honecker empfing Rabbiner Dr. Israel Miller“; NEUES DEUTSCHLAND vom 24. Juni 1987, S. 1.

¹⁷ Rabbiner der Jüdischen Gemeinde in der DDR war seit 23. September 1987 Isaac Neumann.

¹⁸ Helmut Aris.

¹⁹ In einer Aufzeichnung des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen vom 25. Februar 1987 hieß es: „Die Haltung der DDR zu innerdeutschen Städtepartnerschaften ist weiterhin gekennzeichnet von grundsätzlicher Zurückhaltung und Vorsicht. Positive Entscheidungen im Einzelfall sind als Ausnahmen zu betrachten (DDR: ‚Testfälle‘), mit denen die DDR Erfahrungen sammeln will. Dennoch ist eine Kontinuität positiver Einzelfallentscheidungen zu erkennen, die sich fortsetzen dürfte (keine Anhaltspunkte für eine grundsätzliche Änderung dieser Praxis). Über Berücksichtigung und Auswahl

oder Gemeinderäte, sondern vor allem die Bürger sich im Rahmen dieser Partnerschaften treffen sollten. Es gebe hier eine Vielzahl von Möglichkeiten, daß örtliche Vereine, besonders beim Sport, miteinander Kontakt aufnehmen könnten. *Honecker* sagte, die Städtepartnerschaften sollten Schritt für Schritt aufgebaut werden. Auch er halte es für wichtig, daß neben Kommunalpolitikern die einfachen Bürger sich begegnen könnten. Der *Bundeskanzler* äußerte dann noch als persönlichen Wunsch, daß Ludwigshafen eine Städtepartnerschaft entweder mit Dessau oder Zwickau ermöglicht werden könnte. *Honecker* sagte Prüfung zu.²⁰

Auf Wunsch des Bundeskanzlers ging dann Bundesminister *Dr. Schäuble* auf die Fragen der Verkehrsprojekte ein. Er sagte, man solle sehr offen über alle Fragen einschließlich der in dem Positionspapier der DDR enthaltenen Punkte reden. Innerhalb der Bundesregierung habe es eine Diskussion darüber gegeben. Wir seien grundsätzlich bereit zu Gesprächen über den Ausbau der Eisenbahnverbindung Hannover–Berlin. Das heiße nicht, daß man nicht in demselben Zeitraum auch über Straßenverkehrsprojekte reden könne. Wichtig sei jedoch, die Priorität für den Eisenbahnbau festzuhalten. Zu bedenken sei auch, daß in absehbarer Zeit Gespräche über die Transitzuschule geführt werden müßten.²¹ In einem bestimmten Zeitraum könnten wir schließlich nicht alles machen. BM *Dr. Schäuble* fragte dann speziell nach den Bedingungen für die weitere Offenhaltung des Übergangs Staaken; die DDR habe in ihrem Positionspapier Forderungen für den Ausbau erhoben, zugleich aber auch einen Zusammenhang mit der Frage der Grunderneuerung von Autobahnabschnitten hergestellt. *Honecker* erklärte, Staaken sei bisher entsprechend den Wünschen des Senats über früher festgelegte Termine immer wieder offengehalten worden, solle aber jetzt Ende des Jahres endgültig geschlossen werden. Wenn man das tue, dann werde das jedoch eine schlechte politische und psychologische Wirkung haben. Wenn man

Fortsetzung Fußnote von Seite 1239

von Partnergemeinden wird offenbar in der DDR zentral und auf hoher Ebene entschieden. Die DDR-Gemeinden haben darauf vermutlich keinen oder nur geringen Einfluß. [...] In den bisherigen Verhandlungen mit DDR-Gemeinden haben sich folgende Punkte als kritisch erwiesen: politisch-programmatische Aussagen im Sinne der DDR; ausreichende und verbindliche Berücksichtigung kommunaler und bürgerschaftlicher Elemente; Unterbringung in Privatquartieren; Einbeziehung von Schülern in Jugendbegegnungen. Durch die Berücksichtigung von Trier (CDU-Mehrheit) und Fellbach (CDU-Mehrheit, FDP-OB) hat sich die anfangs beobachtete politische Einseitigkeit bei der Berücksichtigung von Partnerschaftswünschen durch die DDR (nur SPD-regierte Städte) abgeschwächt.“ Vgl. Referat 210, Bd. 145216.

²⁰ In der Presse wurde berichtet: „Eine Vereinbarung über Städtepartnerschaft zwischen Dessau und Ludwigshafen am Rhein wurde am Dienstag von den Volksvertretern der Dessauer Stadtverordnetenversammlung beschlossen. Der Stadtrat von Ludwigshafen, der bereits am 2. März dem Dokument seine Zustimmung gab, war bei der Ratifizierung im ‚Haus der Jugend und Sportler‘ mit einer Delegation vertreten.“ Vgl. den Artikel „Städtepartnerschaft Dessau–Ludwigshafen beschlossen“, NEUES DEUTSCHLAND vom 30. März 1988, S. 2.

²¹ Nach Artikel 18 des Transitabkommens vom 17. Dezember 1971 entrichtete die Bundesrepublik der DDR für den Transit von und nach Berlin (West) jährlich eine Pauschalsumme als Gebühren für Straßennutzung und Visa. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 75.

Mit Protokoll vom 16. November 1978 wurde die Transitzuschule für die Jahre 1980 bis 1989 auf 525 Millionen DM jährlich festgelegt. Für den Wortlaut vgl. BULLETIN 1978, S. 1254 f.

Am 14. September 1988 vereinbarten beide Regierungen weitere Verbesserungen im Transitverkehr. Dafür stimmte die Bundesregierung einer Erhöhung der jährlichen Transitzuschule von 1990 bis 1999 auf 860 Millionen DM zu. Für den Wortlaut des am 5. Oktober 1988 unterzeichneten Protokolls vgl. BULLETIN 1988, S. 1138.

es aber endgültig offenhalte, dann müsse man auch etwas dafür tun. Hinsichtlich der übrigen Fragen stimme die DDR im Prinzip zu, daß vor allem über die Eisenbahn gesprochen werden solle. Wir hätten dazu bestimmte Vorstellungen (IC-Verkehr).²² Wie alle Verkehrsfragen sei auch diese mit erheblichen Belastungen verbunden. Die konkreten Punkte sollten von den Experten geklärt werden; über die Kosten müsse man sich dann verständigen. Der *Bundeskanzler* warf ein, daß wir uns auch finanziell nicht überfordern dürften; wichtig sei deshalb, Prioritäten zu setzen.

Bundesminister *Dr. Schäuble* kam noch einmal auf die Offenhaltung von Staaken zurück und erklärte, daß man sie keinesfalls mit dem Problem der Grunderneuerung in Verbindung bringen könne. *Honecker* erklärte sich einverstanden, daß die Frage der Grunderneuerung hiermit nicht verbunden werden solle. Er fügte hinzu, daß die Offenhaltung von Staaken keine Frage sei, die mit der Sowjetunion geklärt werden müsse; die DDR könne hier selbständig entscheiden.

Der *Bundeskanzler* fragte darauf, welche Chancen *Honecker* für die Verbesserung des Luftverkehrs zwischen den beiden deutschen Staaten sehe. *Honecker* erklärte, es gebe für Berlin ja die alliierten Regelungen.²³ Da Schönefeld außerhalb dieses Bereiches liege und von den alliierten Regelungen nicht erfaßt werde, sei die DDR einverstanden, wenn ein Flugverkehr zwischen Schönefeld und Frankfurt durch Interflug und Lufthansa aufgenommen werde. Bundesminister *Dr. Schäuble* erklärte dazu, es sei ausgeschlossen, daß die Lufthansa Schönefeld anfliege, ohne die Anflugsmöglichkeit für Tegel zu haben.²⁴ *Honecker* meinte demgegenüber, die vier Alliierten würden sich in dieser Frage nicht einig werden. BM *Dr. Schäuble* räumte ein, daß dies nicht leicht sein werde; aus mittlerer

²² Am 29. Oktober 1987 fand eine Besprechung („Dreierkreis“) zwischen dem Bundeskanzleramt, dem Auswärtigen Amt und dem Bundesministerium der Finanzen statt, an der auch Staatssekretär Bräutigam, Ost-Berlin, teilnahm. Zum Thema Schnellbahn Berlin–Hamburg wurde in einer Aufzeichnung des Referats 210 vom 30. Oktober 1987 notiert: „StS Obert (BMF) äußerte finanzielle Bedenken gegenüber allen bisherigen Optionen. Er fragte nach weiteren, kostengünstigeren Möglichkeiten und behielt sich vor jeder Sondierung mit der DDR ein Ministergespräch vor. BM Schäuble und StS Bräutigam wiesen auf die Vorgabe des Kommuniqués [hin]: schnellere Fahrzeit, höhere Frequenz. Ergebnis der Beratung: BMV wird weitere kostengünstigere Optionen ausarbeiten. Auf dieser Grundlage wird StS Obert bei BM Stoltenberg vortragen. Nach Zustimmung durch BMF wird StS Bräutigam die Sondierungen mit der DDR aufnehmen. Die Alliierten werden über den Sachstand unterrichtet.“ Vgl. Referat 210, Bd. 145186.

²³ Zu den Bestimmungen über den Luftverkehr von und nach Berlin vgl. Dok. 354, Anm. 10.

²⁴ Zur Situation des Luftverkehrs nach und von Berlin legte das Bundesministerium für Verkehr am 9. Februar 1987 dar, auf der Grundlage der Vier-Mächte-Rechte und -Verantwortlichkeiten arbeite unter Mitwirkung der UdSSR das Berlin Air Safety Center (BASC), „das das Befliegen der Berlin Control Zone (BCZ) regelt. Zur BCZ gehört neben den Flughäfen in Berlin (West) de jure auch der in der DDR gelegene Flughafen Schönefeld. De facto hat jedoch die Sowjetunion den Luftverkehr von und nach Schönefeld der Mitwirkung der Westalliierten entzogen; sie verstößt damit gegen die Vier-Mächte-Rechte und -Verantwortlichkeiten. Aus diesem Grunde genehmigen die Westalliierten und die Bundesrepublik Deutschland grundsätzlich keine Flüge aus ihren Hoheitsgebieten nach Schönefeld.“ Für nicht-amerikanische, nicht-britische bzw. nicht-französische Luftfahrzeuge sei der Luftzugang nach Berlin (West) grundsätzlich nur außerhalb der festgelegten Luftkorridore möglich: „Bisher sind alle mit Unterstützung der Drei Mächte unternommenen Versuche der Bundesregierung, die Zustimmung der Sowjetunion für einen Anflug von Berlin (West), z.B. durch die Deutsche Lufthansa, sowie entsprechende Überfluggenehmigungen der DDR zu erhalten, ohne Erfolg geblieben. Solange aber der Anflug von Berlin (West) außerhalb der Luftkorridore von der Sowjetunion und der DDR blockiert wird, wird die Bundesregierung auch in Zukunft grundsätzlich keine Ausflugerlaubnisse nach Berlin-Schönefeld erteilen.“ Vgl. Referat 210, Bd. 145236.

Sicht sei es aber auch nicht ganz auszuschließen. Wir könnten jedenfalls so lange nicht mit der Lufthansa nach Schönefeld fliegen und umgekehrt Interflug von Schönefeld nach Frankfurt, solange nicht auch eine Anflugmöglichkeit für Tegel eröffnet sei. Vielleicht könnte der Flugverkehr nach Leipzig ein erster Schritt sein, wenn beide Seiten sich bemühten, daran weitere Schritte anzuschließen. *Honecker* erwiderte, daß die alliierten Festlegungen einen Anflug von Tegel außerhalb der Korridore sehr schwierig machten. Man könne aber damit beginnen, zunächst einen Luftverkehr zwischen Frankfurt, Leipzig und München zu entwickeln, um das Netz dichter zu machen. Für Berlin sehe er allerdings im Augenblick keine Möglichkeit.

Der *Bundeskanzler* ging dann auf Fragen des Umweltschutzes ein und betonte zunächst die Notwendigkeit, etwas für die Reinhaltung der Elbe zu tun.²⁵ *Honecker* erklärte, die Frage könne am besten gelöst werden in Verbindung mit der Grenzfeststellung. Wenn man sich darüber einig sei, hier Fortschritte zu machen, könnten Elbe-Gespräche gleichzeitig vorbereitet werden. Er fragte, welche Priorität für uns die Werra-Entsorgung²⁶ habe. Beides koste schließlich etwas. Bundesminister *Dr. Schäuble* fragte dagegen, ob die DDR bereit sei, die Priorität auf die Elbe zu verlegen. Man könne sich immerhin fragen, ob es sinnvoll sei, noch sehr viel Geld in die Werra-Entsorgung zu investieren, wenn der Kaliabbau ohnehin in etwa 20 Jahren beendet werde.

Honecker wiederholte, wenn die noch offene Grenzfrage der Elbe gelöst werden könne – und er hoffe hier auch auf sein Gespräch mit Ministerpräsident *Dr. Albrecht*²⁷ –, dann könne man auch alle anderen Fragen lösen. Er habe ebenfalls Rücksichten zu nehmen, auf seine Öffentlichkeit und auf sein Kollektiv.

Der *Bundeskanzler* fragte, ob die DDR nicht etwas helfen könne, auf die ÖSSR in Fragen der Luftreinhaltung einzuwirken; BM *Dr. Schäuble* ergänzte, daß man auch bei der Elbe die ÖSSR brauche. *Honecker* sagte, daß in der DDR dem Umweltproblem insgesamt große Aufmerksamkeit gewidmet werde, allerdings im Rahmen der ökonomischen Möglichkeiten. Er bekräftigte die Verpflichtung zur Herabsetzung des SO₂-Ausstoßes um 30 %²⁸ und erwähnte ein Programm für Berlin, wo Kraft- und Heizwerke auf Erdgas umgestellt werden sollten, so daß Braunkohle dort nicht mehr verfeuert würde.

Zum Ende des Gespräches sprach GS *Honecker* die offizielle Einladung an den Bundeskanzler aus. Er fügte hinzu, daß aber auch die Möglichkeit eines privaten Besuches jederzeit bestehe, wenngleich hierfür natürlich auch gewisse Vorkehrungen aus Sicherheitsgründen getroffen werden müßten. Der Bundeskanzler brauche jedenfalls nicht auf einen offiziellen Besuch zu warten, sondern könne vorher auch persönlich kommen. Die Information könne eventuell über die Herren Rehlinger und Vogel erfolgen.

²⁵ Zu den Bemühungen um die Reinhaltung der Elbe vgl. Dok. 244, Anm. 15.

²⁶ Zu den Verhandlungen über die Reduzierung der Werra-Versalzung vgl. Dok. 244, Anm. 14.

²⁷ Der Generalsekretär des ZK der SED, *Honecker*, traf am Abend des 7. September 1987 zu einem Gespräch mit dem niedersächsischen Ministerpräsidenten *Albrecht* zusammen. Vgl. dazu KOALITION DER VERNUNFT, S. 570, Anm. 8.

²⁸ Vgl. dazu das am 2. September 1987 in Kraft getretene Helsinki-Protokoll vom 8. Juli 1985 zum Übereinkommen vom 13. November 1979 über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung; UNTS, Bd. 1480, S. 216–219.

Der *Bundeskanzler* bedankte sich auch für die private Einladung.²⁹ Er betonte, daß ihm und seiner Frau dies immer ein besonderes Anliegen gewesen sei.

Honecker sagte dann noch, er wolle den Bundeskanzler auch darüber informieren, daß er den Bundespräsidenten ebenfalls zu einem „offiziellen Besuch in der DDR“ eingeladen habe; der Bundespräsident habe die Einladung auch angenommen.³⁰

Bundesarchiv, B 136/59755

246

Bundeskanzler Kohl an Bundesminister Genscher

7. September 1987¹

Persönlich/Vertraulich

An den
Bundesminister des Auswärtigen
Herrn Hans-Dietrich Genscher
Adenauerallee 99–103
5300 Bonn

Lieber Hans-Dietrich,

aus dem Umfeld der FDP kommt an mich die Information, daß es offensichtlich Überlegungen gibt – und dabei wird auch Dein Name genannt –, den von mir gemachten Vorschlag zur Frage des Abbaus der Pershing Ia² im Zeitplan zu verändern und der Sowjetunion einen weiteren kräftigen Schritt entgegenzukommen. Möglicherweise steht diese Absicht im Zusammenhang mit dem Wahltermin am 13. September.³

Ich will Dich rechtzeitig darauf hinweisen, daß ein solcher Schritt keinesfalls meine Zustimmung findet und ich nach den Erfahrungen mit Deinen Äußerun-

²⁹ Bundeskanzler Kohl hielt sich vom 27. bis 29. Mai 1988 anlässlich einer Privatreise in der DDR auf.

³⁰ Für das Gespräch des Bundespräsidenten Freiherr von Weizsäcker mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, am 7. September 1987 in der Villa Hammerschmidt vgl. KOALITION DER VERNUNFT, S. 576–581.

¹ Ablichtung.

An dieser Stelle handschriftlicher Vermerk vom 8. September 1987: „Ab mit Boten.“

² Vgl. die Erklärung des Bundeskanzlers Kohl vom 26. August 1987; Dok. 235.

³ Bei den Wahlen zum Landtag von Schleswig-Holstein am 13. September 1987 erreichte die SPD 45,2 % der abgegebenen gültigen Stimmen, die CDU 42,6 % und die FDP 5,2 %. Aufgrund einer Patt-Situation im Landtag gelang es nicht, eine neue Regierung zu bilden. Die Folge waren vorgezogene Neuwahlen am 8. Mai 1988.

Zudem fanden am 13. September 1987 Wahlen zur Bremer Bürgerschaft statt. Die SPD erreichte 50,5 % der abgegebenen gültigen Stimmen und stellte mit Klaus Wedemeier weiter den Senatspräsidenten. Die CDU erreichte 23,4 %, die Grünen 10,2 %, die FDP 10,0 % und die DVU 3,4 %.

gen vor der FDP-Fraktion⁴ besonders aufmerksam die Entwicklung beobachten werde.

Mit freundlichen Grüßen
[Helmut Kohl]⁵

Sammlung Bundeskanzler a. D. Dr. Helmut Kohl

247

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Außenminister der DDR, Fischer

8. September 1987¹

– Von BM noch nicht gebilligt –

BM: Er freue sich, mit Fischer im Zusammenhang mit dem Besuch des GS erstmals in der Bundesrepublik Deutschland zusammenzutreffen², nachdem es Begegnungen zwischen ihnen in aller Welt gegeben habe.³ Der Besuch Honeckers

⁴ In der Presse wurde berichtet, Bundesminister Schäuble, Bundeskanzleramt, und Bundesminister Genscher hätten am Freitag, den 4. September 1987, „mit knappen Erklärungen Forderungen der CSU zurückgewiesen, der bedingte Verzicht Bundeskanzler Kohls auf die Modernisierung der 72 Pershing-1A-Raketen der Bundeswehr müsse überprüft werden. [...] Der Unmut in der CSU war durch Berichte über Äußerungen Genschers am Mittwoch vor der FDP-Fraktion gewachsen, Kohl habe von der Richtlinienkompetenz gar nicht Gebrauch gemacht, weil er Kohl zuvor in dieser Sache beraten habe. Am Freitagvormittag veröffentlichte Schäuble eine kurze Erklärung: ‚1) Die Entscheidung von Bundeskanzler Kohl in seiner Pressekonferenz am 26. August, eine klarstellende Erklärung zu den 72 Pershing-1A abzugeben, war mit dem Außenminister nicht abgestimmt. 2) Die Erklärung des Bundeskanzlers in seiner Pressekonferenz am 26.8. wie vor dem Deutschen Bundestag am 2.9. ist verbindlich.‘ [...] Fast zur gleichen Zeit mit der Erklärung Schäubles veröffentlichte das Auswärtige Amt eine Erklärung Genschers aus Kiel: ‚Die Erklärung des Bundeskanzlers vom 26. August 1987 hat eine große außenpolitische Bedeutung. Sie darf nicht zerredet werden. Es ist seine Entscheidung. Sie entspricht meiner Überzeugung. Das allein ist für mich wichtig. Ich habe weder die Absicht, seine Erklärung für mich in Anspruch zu nehmen, noch habe ich behauptet, sie sei mit mir abgestimmt.‘ Beide Erklärungen richten sich auch gegen Äußerungen von FDP-Generalsekretär Haussmann, der gesagt hatte, er könne ‚nur bestätigen‘, daß Kohl seine Entscheidung mit Genscher abgestimmt habe.“ Vgl. den Artikel „Strauß: Mit Freunden abstimmen, nicht nur mit Genscher telefonieren“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 5. September 1987, S. 1 f.

⁵ Verfasser des nicht gezeichneten Schreibens.

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Kastrup am 9. September 1987 gefertigt.

Hat Ministerialdirigent Jansen am 11. September 1987 vorgelegen, der den Umlauf im Ministerbüro verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat Elbe am 11. September 1987 vorgelegen.

Hat den Vortragenden Legationsräten Ischinger und Schumacher am 14. September 1987 vorgelegen.

² Der Außenminister der DDR, Fischer, begleitete den Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, bei dessen Besuch vom 7. bis 11. September 1987 in der Bundesrepublik. Vgl. dazu Dok. 244, Dok. 245, Dok. 255 und Dok. 258.

Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit Fischer vgl. auch die Gesprächsaufzeichnung der DDR; HONECKER, Moabiter Notizen, S. 222–226.

³ Vgl. dazu zuletzt das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Außenminister der DDR, Fischer, am 24. September 1986 in New York; AAPD 1986, II, Dok. 258.

finde in einer Situation statt, die zu großen Hoffnungen und Erwartungen Anlaß gebe. Rückblickend werde man sagen können, daß dies der beste Zeitpunkt gewesen sei. Beide deutsche Staaten hätten nicht unerheblich dazu beigetragen. In diesem Sinne heiße er Fischer willkommen.

Fischer: Er könne den Begrüßungsworten des BM nur zustimmen. Der Zeitpunkt des Gesprächs sei in der Tat bemerkenswert; Historiker würden später an keinen Zufall glauben. In der Wahl des Termins liege eine Logik; wir befänden uns gegenwärtig in einer „Schaltzeit“. Wir stünden vor der Möglichkeit, den Einstieg in die Abrüstung wirklich erreichen zu können. Die Erklärung des Bundeskanzlers zur PIa⁴ sowie die verschiedenen Äußerungen des Bundesministers zu diesem Thema seien ihm bekannt, und er sehe darin bedeutungsvolle Schritte. Es könne ja auch nicht sein, daß ein Einstieg in die Abrüstung an der Bundesrepublik Deutschland scheitere. Er sei sicher, daß die Bundesregierung alles Notwendige tun werde, um weitere Signale in der positiven Richtung in Bewegung zu setzen.

Er, Fischer, würde sich freuen, wenn BM ihn einmal besuchen könne, ohne daß er in Kompetenzschwierigkeiten komme. Von den Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten dürften keine Spannungen ausgehen; im Gegenteil, sie müßten und könnten zur Klimaverbesserung beitragen. Das Gewicht der beiden deutschen Staaten sei groß. Dies werde von immer mehr Staaten anerkannt. Je normaler die Beziehungen seien, um so größer sei die Ausstrahlung. Die DDR sei zur Mitwirkung bereit. Ihre Politik sei verlässlich und berechenbar.

BM: Ziel unserer Politik sei es von Anfang an gewesen, daß die Mittelstreckenraketen verschwinden sollten. Er habe immer davor gewarnt, unsere entsprechenden Erklärungen nicht ernst zu nehmen. Heute bestehe kein Zweifel, daß dies der richtige Weg war. Wir seien auch von Anfang an für eine weltweite Lösung gewesen. Dies sei sinnvoller unter dem Aspekt der Verifikation, aber auch politisch: um zu zeigen, daß bei einer überschaubaren Waffenkategorie die globale Beseitigung möglich ist.

Die Erklärung des Bundeskanzlers vom 26. August liege in der Logik und in der Konsequenz der bisherigen Politik der Bundesregierung. Es sei wichtig, daß das Gespräch Shultz/Schewardnadse⁵ jetzt die Verhandlungen voranbringe und die noch offenen Fragen, die nicht uns betreffen, gelöst würden. Im Hinblick auf die PIa sei klar, daß dieses System auslaufen werde und daß die Sprengköpfe abgezogen würden, wenn die Raketen nicht mehr da seien.

In ganz Europa gebe es ein Gefühl der Erleichterung, daß ein INF-Ergebnis in diesem Jahr noch möglich sei. Manchmal sei Zeitdruck nützlich.

Fischer: Zeitdruck dürfe nicht das alleinige Mittel des Ansporns sein. Jeder sollte sein Interesse an einem Ergebnis artikulieren und sich nicht zurücklehnen, weil er meine, schon alles getan zu haben. Beide deutsche Staaten seien nicht direkt beteiligt an den Verhandlungen, aber von ihnen betroffen. Dies erlege ihnen die Pflicht auf, zu sagen, was sie wollten.

⁴ Zur Erklärung des Bundeskanzlers Kohl vom 26. August 1987 vgl. Dok. 235.

⁵ Der sowjetische Außenminister Schewardnadse besuchte die USA vom 15. bis 17. September 1987. Vgl. dazu Dok. 261.

BM: Natürlich sei für ein Verhandlungsergebnis guter Wille entscheidend, aber Zeitdruck könne manchmal heilsam sein. Er habe Kwisinskij bereits am 26. August gesagt, die Erklärung des Bundeskanzlers zur P I a sei ohne jeden Hintergedanken erfolgt und habe ihr Gewicht, das gewürdigt werden sollte.⁶

Natürlich seien wir mit einem sich abzeichnenden INF-Ergebnis nicht am Ende der Fahnenstange. Der Nichtverbreitungsvertrag⁷ enthalte Verpflichtungen nicht nur für die Nichtkernwaffenstaaten, sondern auch für die Nuklearmächte. Deshalb habe er die amerikanisch-sowjetische Erklärung vom 8.1.1985⁸ als wichtigen Wegweiser und Fahrplan zur Abrüstung unterstützt. Wir seien ungeduldig über den Stand der Verhandlungen über ein globales Verbot chemischer Waffen, die vorhandenen Probleme müßten kurzfristig überwindbar sein. BM erwähnte die unterschiedlichen Auffassungen zum geographischen Ansatz eines CW-Verbots. Er freue sich, daß sich der weltweite Ansatz nunmehr durchsetze. Bei einer regionalen Lösung wäre die ohnehin schwierige Verifikationsfrage noch komplizierter.

In unserer Diskussion spielten die Nuklearwaffen kürzerer Reichweite eine wichtige Rolle. Die östliche Überlegenheit in diesem Bereich sei für uns eine Realität, wobei allerdings für die Bedrohung nicht nur quantitative Überlegungen den Ausschlag gäben. Er verstehe, daß auf östlicher Seite grundsätzliche Bereitschaft zu Verhandlungen bestehe. Es sollte Möglichkeiten zur Annäherung geben. Der Bundeskanzler habe im Hinblick auf die Scud-B Erwartungen ausgesprochen, keine Bedingungen. Entscheidend sei, daß wir zu Verhandlungen kämen.

Bei den wichtigen konventionellen Verhandlungen handele es sich um eine besonders schwierige Materie. Es sei gut, daß der Osten sich mit einer Diskussion über Militärdoktrinen⁹ und Sicherheitsphilosophien einverstanden erklärt habe. Mit einer solchen Diskussion könnten wir uns von einem zu technokratischen Ansatz lösen. Wenn man sich zu einer kooperativen Sicherheitspolitik entschlöße, müsse man sich über deren Elemente verständigen: Wir brauchten Streitkräfte zur Gewährleistung autonomer Verteidigung, aber ihre Zahl, Struktur und Ausrüstung müßte sich an den Erfordernissen für kooperative Sicherheitsstrukturen

⁶ Im Gespräch mit Bundesminister Genscher am 26. August 1987 legte der sowjetische Botschafter Kwisinskij dar, er sei über die Erklärung des Bundeskanzlers Kohl vom selben Tag „nicht besonders erbaut; die zahlreichen ‚wenns‘ gefielen ihm nicht“. Die Erklärung „enthalte keinen ausdrücklichen Verzicht auf die P I a; sie enthalte auch keinen Verzicht auf einen Eigenbau der Bundesrepublik Deutschland; dies sei nun möglich, nachdem die Beschränkungen aufgehoben worden seien“. Genscher antwortete, dies sei „keine Erklärung mit irgendwelchen Hintergedanken. Wir beabsichtigten nicht, einen eigenen Produktionszweig aufzubauen. Bei der Erklärung sei der Kontext zu beachten. Es handele sich nicht um einen vertraglichen Text, sondern um eine politische Erklärung, die jeder Gutwillige richtig verstehen könne.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 010, Bd. 178904.

⁷ Für den Wortlaut des Nichtverbreitungsvertrags vom 1. Juli 1968 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 786–793.

⁸ Durchgängig korrigiert aus: „8.1.1986“.

Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung der Außenminister Gromyko (UdSSR) und Shultz (USA) vom 8. Januar 1985 über ihr Treffen in Genf vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 85 (1985), Heft 2096, S. 30. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 60. Vgl. dazu auch AAPD 1985, I, Dok. 7 und Dok. 8.

⁹ Für den Wortlaut der Erklärung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts über Militärdoktrinen auf seiner Tagung am 28./29. Mai 1987 in Ost-Berlin vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 392–394.

ausrichten. Hierzu hätten die NATO-Außenminister in ihrer Erklärung von Brüssel¹⁰ wichtige Elemente formuliert.

Notwendig sei ein Instrumentarium zur Bewältigung von Krisen. Das Tätigwerden des Weltsicherheitsrats im Golfkrieg¹¹ sei eine ermutigende Entwicklung und ein gutes Beispiel für kooperative Konfliktlösungen.¹²

Viele Kriege hätten ihren Ausgang von Europa genommen. Heute sei Europa fast eine Insel der Stabilität. Unser Interesse sei, das zu festigen.

Beide deutsche Staaten könnten dafür wichtige Beiträge leisten.

Fischer: Die sozialistischen Staaten seien rückhaltlos offen für alle Maßnahmen, die für die Verifikation der Einhaltung von Verträgen erforderlich seien. Die jüngste restriktive Haltung der Amerikaner bei den INF-Verhandlungen in Genf mache ihm Sorge. Sie könnte den ganzen Verhandlungsprozeß hemmen. Bei den CW sei auch die DDR für ein weltweites Abkommen. Ihre Hoffnungen auf einen Abschluß in diesem Jahr seien leider nicht eingetreten. Es treffe zu, daß man chemischen Waffen nicht ansehe, in welchem geographischen Bereich sie zum Einsatz kommen könnten. Trotzdem könnte ein regionales Abkommen, wie von der DDR und der ČSSR vorgeschlagen¹³, die Verhandlungen über ein weltweites Verbot stimulieren. Warum sollte man nicht den Mut zu einer solchen Pionierleistung aufbringen?

Im Hinblick auf Nuklearwaffen in der Reichweite von 0 bis 500 km seien die sozialistischen Staaten bereit, von Null-Lösung zu Null-Lösung zu gehen. Im Augenblick sei es aber wichtig, über ein INF-Abkommen den Einstieg zu erreichen. Damit wäre das Tor für weitere Ergebnisse geöffnet.

Im Zusammenhang mit den Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrolle sei eine Diskussion über Militärdoktrinen wichtig und könne zu mehr Vertrauen führen. Man müsse sich jetzt zusammenfinden, um einen Auftrag zu erteilern und zu formulieren. Was in der WP-Gipfelerklärung von Ost-Berlin zur konventionellen Rüstungskontrolle ausgeführt wurde¹⁴, sei bedeutsam. Man müsse Höchstgrenzen für Streitkräfte und Rüstungen auf niedrigem Niveau anstreben. Wer mehr hat, müsse mehr abrüsten, wobei in manchen Bereichen der Osten, in anderen der Westen mehr haben dürfte.

¹⁰ Für den Wortlaut des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Dezember 1986 in Brüssel, dem die „Erklärung über Konventionelle Rüstungskontrolle“ beigelegt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 13f. und S. 73–76. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 74–79. Vgl. dazu ferner AAPD 1986, II, Dok. 359 und Dok. 363.

¹¹ Zum irakisch-iranischen Krieg vgl. Dok. 232, Anm. 3.

Botschafter Freitag, Teheran, berichtete am 17. September 1987: „Die Kampfätigkeit an allen Frontabschnitten war während der letzten Tage gering, vorwiegend werden Aufklärungstätigkeiten und leichte Artilleriegefechte gemeldet. Iran berichtet lediglich, daß am 13./14.9.87 kurdische Widerstandskämpfer erfolgreiche Guerilla-Aktionen in Rawanduz, Erbil und Kirkuk durchgeführt hätten. [...] Gestern haben zum ersten Mal wieder umfangreiche irak[ische] Luftangriffe auf Ziele im Iran stattgefunden. Dabei wurden zwei Ölanlagen in Khuzestan, außerdem die Insel Kharg und ein Tanker vor Kharg getroffen. [...] Mit den neuesten irak. Luftangriffen auf Ziele im Golf und im Iran scheint die Periode der Zurückhaltung bei militärischen Aktionen gegen das Hinterland ihrem Ende zuzugehen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1678; Referat 311, Bd. 139980.

¹² Zur Resolution Nr. 598 des VN-Sicherheitsrats vom 20. Juli 1987 vgl. Dok. 221, Anm. 6.

¹³ Zum Vorschlag der ČSSR und der DDR vom 12. September 1985 zur Bildung einer chemiewaffenfreien Zone in Mitteleuropa vgl. Dok. 86, Anm. 10.

¹⁴ Vgl. Ziffer 4 des Kommuniqués der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts am 28./29. Mai 1987 in Ost-Berlin; EUROPA-ARCHIV 1987, D 387 f.

Was in Stockholm erreicht worden sei, sei als hoffnungsvoller Anfang außerordentlich zu begrüßen. Jetzt gelte es, in der Praxis herauszustellen, was auf der Basis des Dokuments von Stockholm¹⁵ an Vertrauensbildung erreicht werden könne.

Fischer hielt es für nützlich, daß sich beide deutsche Staaten immer wieder zur doppelten Null-Lösung äußern. Man müsse dafür sorgen, daß andere Waffensysteme die Eliminierung der abzubauenen Raketen nicht kompensierten. Das Prinzip „Frieden schaffen mit immer weniger Waffen“ müsse als fortdauernde Maxime angewendet werden. Fortlaufende Nachrüstungen dürften kein Mittel der Sicherheitspolitik sein.

Im Zusammenhang mit den Kurzstreckenraketen und den Bemühungen um konventionelle Rüstungskontrolle verwies F. auf die bekannten Korridor-Vorschläge. Im Interesse der Vertrauensbildung wäre es gut, wenn wir uns mit der DDR, der ČSSR und Polen auf eine Diskussion dieses Gedankens einlassen würden. Es sei wichtig, die Abrüstungskonsultationen fortzuführen. Vielleicht sei es möglich, die Ebene anzuheben.

BM: Das Ergebnis von Stockholm werde in der Öffentlichkeit weithin unterschätzt. Historiker würden es einmal als Wendepunkt ansehen, und zwar insbesondere im Hinblick auf zwei Ergebnisse: die Erfassung des ganzen europäischen Raumes vom Atlantik bis zum Ural und die Vereinbarung von Inspektionen vor Ort. BM erinnerte sich an ein Gespräch mit Gromyko vor Eröffnung der KVAE in Stockholm¹⁶, wo dieser ihm einen langen Vortrag über die Unzumutbarkeit von Inspektionen vor Ort gehalten habe; von daher sei es ein weiter Weg bis zum Dokument von Stockholm gewesen.

Zur CW-Thematik wolle er offen sagen, daß man keine Energie mehr für regionale Lösungen verschwenden dürfe, wenn man so nahe an dem Ziel eines weltweiten Verbots sei. Chemische Waffen seien eine Geißel der Menschheit, auch wenn sie z.B. im Mittleren Osten eingesetzt würden¹⁷, sie müßten weg. Es

¹⁵ Für den Wortlaut des „Dokuments der Stockholmer Konferenz“ vom 19. September 1986 vgl. EURO-PA-ARCHIV 1986, D 625–638. Vgl. dazu AAPD 1986, II, Dok. 253 und Dok. 267.

¹⁶ Die KVAE wurde am 17. Januar 1984 eröffnet. Bundesminister Genscher führte am 18. Januar 1984 in Stockholm ein Gespräch mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko. Vgl. dazu AAPD 1984, I, Dok. 14.

Zuvor trafen Genscher und Gromyko am 15./16. Oktober 1983 in Wien zusammen. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 303–306 und Dok. 310.

¹⁷ Zum Einsatz chemischer Waffen im irakisch-iranischen Krieg vgl. Dok. 152, Anm. 6. Botschafter Freitag, Teheran, berichtete am 2. Juli 1987: „Der amtierende AM Besharati (B.) verurteilte in einer Stellungnahme vor den einbestellten hies[igen] Missionschefs am 1.7. scharf den jüngsten Einsatz von C-Waffen durch Irak und forderte die internationale Gemeinschaft und den VN-SR nachdrücklich auf, durch entschiedene Maßnahmen den weiteren Einsatz dieser Waffen zu verhindern. Im Anschluß an die Zusammenkunft besuchte der größere Teil der Missionschefs auf Einladung des iran[ischen] AM ein Krankenhaus mit CW-Verletzten.“ Freitag teilte weiter mit, dieser Besuch habe „erschütternde Eindrücke“ vermittelt: „Auch für den Laien war erkennbar, daß es sich bei den Verletzungen um Folgen einer erst kürzlich stattgefundenen Einwirkung von Giftgas handelt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1156; Referat 222, Bd. 162056.

In der Presse wurde berichtet: „Der Irak hat abermals Giftgas gegen Kurden eingesetzt. Das hat die Gesellschaft für bedrohte Völker am Mittwoch unter Berufung auf Führungskreise der Patriotischen Union Kurdistans mitgeteilt. Seit dem 3. September seien mehr als 40 Orte nördlich und östlich der Stadt Suleimanije im Grenzgebiet zu Iran von der irakischen Luftwaffe mit Senfgas und den Nervengasen Tabun und Sarin bombardiert worden. Diese Kampfgase würden in einer Fabrik bei Samarra produziert. Die Zahl der Opfer sei nicht bekannt.“ Vgl. den Artikel „Der Irak setzt Giftgas gegen Kurden ein“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 10. September 1987, S. 6.

müßte mit dem Teufel zugehen, wenn man sich darüber nicht verständigen könnte. Wir würden dies zu einem großen Thema machen, im Bündnis, auf der Abrüstungskonferenz in Genf und in der Öffentlichkeit.

Die angestrebten Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrolle würden sehr kompliziert sein. Der Abbau von Überlegenheiten sei ein wichtiges Prinzip. Es wäre gut, wenn wir den Meinungsaustausch über dieses und andere Abrüstungsthemen fortführten und intensivierten. Gespräche zwischen den Delegationen beider deutscher Staaten an den Konferenzorten seien nützlich, ebenso die regelmäßigen Konsultationen der Abrüstungsbeauftragten. BM und Fischer sollten das Gespräch fortsetzen, ohne sich in den Zwang internationaler Konferenzen zu begeben.

Auf Frage BM nach Einschätzung der West-Ost-Beziehungen erklärt *Fischer*: Hinsichtlich des Verhältnisses der Sowjetunion zu den USA müsse man das Gespräch Schewardnadse/Shultz abwarten. Er möchte nichts Falsches sagen, da er die Haltung der USA zu wenig kenne. Die Sowjetunion spreche nicht nur vom neuen Denken, sie handele auch danach und meine es ernst. Moskau habe die Absicht, weiterzukommen. Beide deutsche Staaten müßten öffentlich artikulieren, was wir erwarteten. Wir müßten unsere Stimme erheben. Neues Denken sei aber für beide Seiten notwendig.

Was die Haltung des WP zur NATO betreffe, so liege ein Vorschlag für Konsultationen unter Einbeziehung der Militärs auf dem Tisch.¹⁸ Die Staaten des RGW seien bemüht, ihr Verhältnis zur EG zu normalisieren. Sie bereiteten sich auf den Botschafteraustausch mit der Kommission vor.¹⁹ Die östliche Seite sehe die Welt so, wie sie ist.

BM: Ein neues Denken sei auch auf unserer Seite vorhanden. Er verweise auf die Erklärung vom 8.1.1985. Das neue Denken habe sich auch bei der Begegnung zwischen Reagan und Gorbatschow gezeigt.²⁰ Von Reykjavik habe er keine konkreten Ergebnisse erwartet und sei deshalb auch nicht enttäuscht gewesen.

Im Verhältnis Sowjetunion/USA sei es wichtig zu erkennen, daß die Ost-West-Beziehungen mehr als nur Abrüstung umfaßten. Es komme darauf an, durch breiteste Zusammenarbeit zur politischen Vertrauensbildung beizutragen. Unser Verhältnis zur DDR biete dafür ein gutes Beispiel. Zu verweisen sei auch auf

¹⁸ Zu den Bemühungen der Warschauer-Pakt-Staaten um Kontakte zur NATO vgl. AAPD 1986, II, Dok. 361.

Referat 201 vermerkte am 10. August 1987, die NATO habe den Wünschen nach unmittelbaren Kontakten nicht entsprochen: „Zahlreiche Behandlungen dieses Themas durch die Ständigen Vertreter ergaben, daß sich ein Konsens für derartige Kontakte nicht ergeben wird. Insbesondere Frankreich vertritt eine eindeutig ablehnende Haltung [...]. Die USA hingegen, wie auch UK, zeigen sich flexibel, allerdings mit deutlicher Skepsis gegenüber formalen Kontakten der beiden Bündnisorganisationen, die auf diese Weise ‚gleichgestellt‘ würden, wodurch der WP ‚unerwünschte Legitimität‘ erhalte. Lord Carrington hat die Haltung des Bündnisses aufgrund der Beratungsergebnisse dahingehend zusammengefaßt, daß es keinen Konsens im Bündnis für die Änderung der bisherigen Praxis gebe, so daß weder vom Generalsekretär noch von den Mitgliedern des Internationalen Stabes Kontakte mit dem WP aufzunehmen seien.“ Vgl. Referat 201, Bd. 143446.

¹⁹ Zu den Beziehungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und dem RGW vgl. Dok. 177, Anm. 31.

²⁰ Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 in Reykjavik vgl. AAPD 1986, II, Dok. 282 und Dok. 284–286.

unsere Beziehungen zur ČSSR. Der Moskauer Vertrag²¹ enthalte ein langfristig angelegtes Programm der Zusammenarbeit. Wir befänden uns im Gespräch mit der Sowjetunion darüber, wie der Vertrag tiefer ausgeschöpft werden könne.

Wichtig sei auch die kulturelle Zusammenarbeit. Leider werde das Budapester Forum²² in seiner politischen Bedeutung unterschätzt. In der EG hätten wir eine gute Idee verwirklicht, nämlich jedes Jahr eine Stadt zur Hauptstadt der europäischen Kultur zu wählen.²³ Er, BM, sähe gern, wenn dieser Gedanke auch in der KSZE umgesetzt würde und nicht auf die EG beschränkt bliebe. Generell müsse der Gefahr entgegengewirkt werden, daß die Ost-West-Beziehungen auf Abrüstung beschränkt blieben. BM verweist in diesem Zusammenhang auf die Bemühungen, den Golfkrieg zu beenden. Hier liege ein Element, das im Verhältnis der Großmächte zueinander über die Abrüstung hinausreiche. Im übrigen hätten diese Bemühungen den Vorteil, daß auch Nord und Süd beteiligt seien.

Fischer: Er teile die Beunruhigung über den Golf und verstehe die Sorge des BM. Unsere Aktivität im Sicherheitsrat sei von der DDR mit Aufmerksamkeit verfolgt worden. Bei der Begegnung in New York könne man sich näher über VN-Fragen unterhalten.²⁴

BM erwähnt die gute Zusammenarbeit im Rahmen des KSZE-Prozesses; sie könne verbessert und ausgebaut werden. Die Schlußakte von Helsinki²⁵ sei unser „Marschkompaß“. Er wiederhole: Beide deutsche Staaten sollten den Ehrgeiz haben, ein Beispiel für die Entwicklung und Durchführung der Schlußakte zu geben. Die Förderung des KSZE-Prozesses solle ein wichtiger Gegenstand des Meinungsaustausches bleiben.

Fischer: Er sei bereit, Weisung an seine Delegation in Wien zu geben, die Kontakte vor Ort zu intensivieren.

BM: Er werde das gleiche veranlassen.

BM: Bei der KSZE habe es bei manchen zwei grundsätzliche Mißverständnisse gegeben. Einmal werde die KSZE nicht genügend als ein weiterführender Prozeß angesehen. Bei der Schlußakte handele es sich um eine Wegweisung. Man könne Ergebnisse nicht über Nacht erwarten. Zum anderen bestehe die Gefahr einer Bürokratisierung und der Routine. Die politische Bedeutung des Helsinki-Prozesses müsse auch in guten Zeiten erkannt werden.

²¹ Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354 f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, II, Dok. 387 und Dok. 388.

²² Zum Kulturforum der KSZE vom 15. Oktober bis 25. November 1985 in Budapest vgl. Dok. 106, Anm. 7.

²³ Zur „Kulturstadt Europas“ vgl. Dok. 188, Anm. 16.

²⁴ Bundesminister Genscher führte am 23. September 1987 in New York ein Gespräch mit dem Außenminister der DDR, Fischer. Themen waren der Besuch des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, vom 7. bis 11. September 1987 in der Bundesrepublik, mögliche Konsultationen der Planungsstäbe der Außenministerien der Bundesrepublik und der DDR, Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle, das KSZE-Folgetreffen in Wien, die Lage im Persischen Golf und die Neuwahl des Generaldirektors der UNESCO. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 22 des Ministerialdirigenten Kastrup, z. Z. New York, vom selben Tag; Referat 010, Bd. 178934.

²⁵ Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

Fischer: Von östlicher Seite sei der Vorschlag eines Treffens auf Ministerebene gemacht worden, und er bitte, darüber nachzudenken.²⁶

BM: Er schließe ein Ministertreffen nicht aus.

Referat 010, Bd. 178903

248

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Lambach

210-321.00

8. September 1987¹

Über Herrn Dg21²/D2³, Herrn Staatssekretär⁴ Herrn Bundesminister

Betr.: Die Ära Honecker;

hier: Personelle Situation der SED-Führung im September 1987

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

1) Der Besuch von Generalsekretär Honecker in der Bundesrepublik Deutschland (7. bis 11.9.1987⁵) stellt aus DDR-Sicht die Krönung ihrer seit langem beharrlich verfolgten Politik dar, im Westen nicht nur formal anerkannt, sondern als gleichberechtigter Partner respektiert zu werden. Mit dem Besuch im anderen deutschen Staat, der nach zwei gescheiterten Ansätzen (1983, Herbst 1984⁶) auch zu einem persönlichen Prestigeanliegen des nunmehr 75-jährigen Generalsekretärs Honecker geworden ist, hat die DDR – verglichen mit anderen osteuropäischen Staaten – ihren „Nachholbedarf“ fast aufgeholt und den Makel der jahrzehntelangen politischen Isolierung weitgehend abgeschüttelt.

Die Position Honeckers ist derzeit innerhalb der SED, aber wohl auch im sozialistischen Lager insgesamt unangefochten. Honecker und sein Führungskollektiv garantieren gerade angesichts der tiefgreifenden Veränderungen, die sich in der Sowjetunion vollziehen, in der besonders exponiert gelegenen DDR Stabilität.

Andererseits ist aus reinen Altersgründen damit zu rechnen, daß die heute über 70-jährigen Politbüromitglieder einschließlich des Generalsekretärs äußersten-

²⁶ Zum Vorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 10. April 1987 für ein Treffen der Außenminister der KSZE-Teilnehmerstaaten vgl. Dok. 217, Anm. 16.

¹ Durchschlag als Konzept.

Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lambach und Legationsrat I. Klasse Geyer konzipiert.

² Hat Ministerialdirigent Kastrup am 9. September 1987 vorgelegen.

³ Hat Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen am 9. September 1987 vorgelegen.

⁴ Jürgen Sudhoff.

⁵ Zum Besuch des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, in der Bundesrepublik vgl. Dok. 244, Dok. 245, Dok. 255 und Dok. 258.

⁶ Zur Absage des für 1983 geplanten Besuchs des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, in der Bundesrepublik vgl. AAPD 1983, I, Dok. 123.

Zur Absage des für 1984 geplanten Besuchs vgl. AAPD 1984, II, Dok. 232.